PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/neue-wege_1960_54

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

54

Vierundfünfzigster Jahrgang

1960

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: Vereinigung Freunde der «Neuen Wege»

84959
V St
1960

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Tullio Vinay: Übereinstimmung der Tat mit dem Glauben	1
Georges Casalis: Kann der moderne Mensch die Predigt des Evangeliums hören?	33
Albrecht Goes: Verborgene Herrlichkeit	65
Leonhard Ragaz: Die Gemeinde	113
Dr. Oskar Eder: Versöhnung und Friedensdienst	125
Walter Lüthi: Ein Sonntagnachmittag mit Blumhardt	145
Herbert Werner: Nicht tothassen – lebendiglieben!	177
G. S. Huber: Das Prophetische im neuen Zeitalter	225
Christoph Blumhardt: Folge mir nach!	257
Robert Junod: Die Kirchen verraten Gott und führen die Menschen in die Irre	293
Leonhard Ragaz: Nicht verzehrt werden	325

Religiöse Fragen

Pfr. Ludwig Rodenberg: Synode des Friedens oder des Krieges?	88
Alice Herz: Vom religiösen Sozialismus in Amerika und dem Fall Uphaus	116
Georg Heidingsfelder: Die Partisanen der Barmherzigkeit (I. Teil)	146
Georg Heidingsfelder: Die Partisanen der Barmherzigkeit (Schluß)	182
Jack Boggis: Brief aus England	329

Kultur- und Geistesgeschichte

Franz Keller: Die Geschichte als Verlust und Rückeroberung des Paradieses	40
Hugo Kramer: Ein Kämpferleben	68
Margarete Susman: John Milton	71

Politische und soziale Fragen

Eberhard Lempp: Die totalitäre Bewegung	35
Ein Brief von Prof. Ragaz an Emil Arnold (24. 1. 1944)	150
Redaktion: Amerikanische und englische Pressestimmen zur Gipfelkonferenz	159
Renate Riemeck: Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen	184
Paul Furrer: Noch einmal «Moralische Aufrüstung»	195
Emmy Moor: Die Weltgesundheitsorganisation über den Gesundheitsdienst in Osteuropa	331

Afrika

Mangaliso Sobukwe: Eine Stimme aus Südafrika	129
Millicent Furrer: Afrika wohin?	200
Tom Mboya: Eine afrikanische Antwort	203
Redaktion: Einige Bemerkungen über die Vorgänge im Kongo	204
Abel Djassi: Die portugiesischen Kolonien in Afrika	236

Asien.

	Seite
Paul Furrer: Indien und China	11
Paul Furrer: Chinas Einstellung zur Weltpolitik	90
Redaktion: Chinas Sieg über den Hunger	241
Alice Herz: Tibet im Weltgetümmel (I. Teil)	262
Alice Herz: Tibet im Weltgetümmel (II. Teil)	302
Redaktion: Weltpolitik von China aus gesehen	310
Alice Herz: Tibet im Weltgetümmel (III. Teil)	338

Amerika

IFFF: Die Entnazifierung Amerikas	92
Redaktion: McCarthy geht immer noch um	193
Erklärung von Linus Pauling	266
Prof. L. L. Matthias: Lateinamerika – eine große Hoffnung, aus «Neue Politik»	275

Deutschland

Pfr. Herbert Mochalski: Der christliche Schlamm	17
Redaktion: Bischof Dibelius und der Nazismus	46
Redaktion: Antisemitismus	49
Redaktion: Ein paar Zahlen als Ergänzung	51
Redaktion: Das Verhältnis Amerikas zu Deutschland	86
Pfr. Ludwig Rodenberg: Die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande und das Christentum	123
Z. Z.: Weshalb Globke nicht fällt	192
Dr. Hans-Werner Bartsch: Wiedervereinigung oder Freiheit?	229
Redaktion: Lehrfreiheit in Deutschland (I. Teil)	223
Redaktion: Lehrfreiheit in Deutschland (Schluß)	271

Kampf um den Frieden

Elisabeth Rotten: Todeslauf durch Wettrüsten oder gemeinsamer neuer Start durch gemeinsame Abrüstung?	5
Versammlungsfreiheit in der Schweiz! (Mitgeteilt)	51
Pfr. Ludwig Rodenberg: Kirche und Christentum in der DDR und das Ringen um Frieden	74
Paul Furrer: Ein Hoffnungsschimmer für die sechziger Jahre?	78
Paul Furrer: Der Baruchplan	82
Pfr. Ludwig Rodenberg: Synode des Friedens oder des Krieges?	88
Urs Hauser: Eine totgeschwiegene Konferenz	92
Gerard Piel: Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung	152
Linus Pauling: Erklärung	266
Elisabeth Rotten: Schutz dem Unbekannten Kinde!	295
Millicent Furrer: Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter	307

Von Mensch zu Mensch

EPD: «Flüchtlingsmutter» feiert den 70. Geburtstag	96
Religiös-soziale Vereinigung: Hugo Kramer siebzigjährig	151
Redaktionskommission: Dr. Hugo Kramer zum 70. Geburtstag am 11. Juli	152
Redaktionskommission: Wir gratulieren! (Gertrude Baer)	310

Zitate und Worte

	Seite		Seite
Prof. R. H. Tawney	U Mai	Anne Louise Strong	U Juni
Leserbrief an die «Detroit News»	U Mai	Emil Fuchs 1936	324
Leonhard Ragaz	U Juni		

Weltrundschau (Dr. Hugo Kramer)

	Seite		Seite		Seite
Januar	20	Juni	163	November	313
Februar	53	Juli/August	207	Dezember	348
März/April	97	September	244		
Mai	133	Oktober	279		

Schweizerisches

Versammlungsfreiheit in der Schweiz (Mitgeteilt) 51

Der Schweizerische Friedensrat wendet sich an die Abrüstungskonferenz 161

Redaktion: Der «Dank» der Gemeinde (Gaudenz Giovanoli) 277

Von Büchern und Filmen

Redaktion: «Das letzte Ufer» (Filmbesprechung) 20

Schalom Ben-Chorin: Vom U-Boot-Kommandanten zum Pazifisten (Dietmar Schmidt: Martin Niemöller) 44

Georges Casalis: «Der moderne Mensch und die frohe Botschaft» (B. W.) 52

Hugo Kramer: Ein Kämpferleben (Emil Fuchs: «Mein Leben») 68

Karl Barth: «Den Gefangenen Befreiung» (B. W.) 94

Richard Imberg: «Theologie für jedermann» (B. W.) 94

Albrecht Goes: «Worte zum Fest» (B. W.) 94

Walter Lüthi: «Gottes Völklein» (B. W.) 94

Bruno Frei: «Der große Sprung – China heute» (H. H.) 95

Eugen Steinemann: «Afrika – unser Partner» (M. F.) 132

Julius Rößle: «Von Bengel bis Blumhardt» (H. K.) 224

Redaktion: Bemerkungen zu einem Film («Mein Kampf») 273

Myriam Orr: «Sie leben für den Frieden» (H. K.) 313

Donald Stuart: «Yandi» (P. F.) 334

Berichte, Aufrufe, Mitteilungen, Redaktionelles

An unsere Abonnenten U Jan.

Hinweis auf Bücher 93

Bericht über die Jahresversammlung (H. H.) 130

Auskunftstelle für Flüchtlinge, Zürich (Tätigkeitsbericht 1959) 162

Dank und Gruß (Hugo Kramer) 206

An unsere Abonnenten U Juli/Aug.

Hinweis auf eine Herbsttagung U Juli/Aug.

Einladung zur Herbsttagung im «Rigiblick» U Sept.

Die Tagung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege» (H. H.) 278

An unsere Abonnenten U Nov.

Zum Vortrag Mochalski 348

Sonderdrucke U Dez.

Übereinstimmung der Tat mit dem Glauben

Auf meinem Tisch steht das Bild eines kleinen Mädchens, das so mager und abgezehrt ist, daß es eher einem Skelett gleicht, das Bild eines unbeschreiblichen Leidens. Hunger und Mangel an allem haben es in einen solchen Zustand versetzt. Tausende und Millionen solcher Geschöpfe sterben jeden Tag und jede Nacht auf den Straßen und in den Gräben in Indien und in vielen anderen Ländern, weil es ihnen am Allernötigsten fehlt. Aber in dem obengenannten Bild sind es die Augen, die einem am meisten beeindrucken: sie schauen einen an, sie klagen nicht an, sie richten auch nicht, sie bitten nicht einmal um Erbarmen. Sie fragen; fragen, wie so viele Kinder fragen, wenn sie wirklich Kinder sind: «Warum?».

Vor diesem kleinen Geschöpf können auch wir nicht anders als uns fragen: «warum?» Warum verwenden die Nationen all ihre Kräfte und ihre wissenschaftlichen Entdeckungen, um zu zerstören oder um Zerstörung zu bereiten, wenn sie doch diesen Kindern Brot und Hilfe geben und ihnen eine Zukunft bereiten könnten? Warum wird die Produktionskraft unserer Welt nicht dazu verwendet, um das Leiden von Millionen und Millionen von Menschen zu lindern durch eine bessere Verteilung der Reichtümer? Warum wird auf der einen Seite der Reichtum vergeudet und auf der anderen gibt man diesen Kindern nicht einmal die Brosamen, die sie vom Tode retten würden? Aber wichtiger als alles und vor allem, warum erkennt die Kirche in diesen «Geringsten» nicht den Herrn, der sie besucht, den Herrn, der Durst und Hunger hat, der unter der Ungerechtigkeit seufzt, der wieder stirbt, gekreuzigt von dieser Welt, die ihn nicht aufnimmt, unter ihrem schuldigen Schweigen, d. h. von uns allen?

Von dem «Warum?» dieses Hungers sterbenden Kindes geht ein Gericht über uns alle aus, über unsere moderne Gesellschaft, über unsere Kirche. Unsere Zivilisation wird verurteilt, unser Christentum endgültig für nichtig erklärt, denn es ist sinnlos, daß wir die Wiederkunft Christi erwarten, wenn wir ihm nicht dienen wollen und können, wo er uns entgegenkommt und um ein Stück Brot bittet.

Aber dies alles führt uns dazu, daß wir unsere christlichen Kirchen Europas etwas näher betrachten. Kein bewußter Gläubiger kann übersehen, daß die Kirche heute eine Glaubenskrise durchmacht wie seit langem nicht mehr. Es scheint, daß wir in der Zeit leben, in der «die Liebe in vielen erkalten wird». Wohl bezieht Christus dieses Wort auf das Ende der Welt und uns ist nicht erlaubt, unser geschichtliches Zeitalter in seine Pläne einzureihen, denn «die Zeit und die Stunde kennt allein der Vater», aber es ist auch wahr, daß wir wohl erkennen müssen, daß die «Liebe», d. h. der in den Taten lebendige Glaube,

überall fehlt und daß uns alle eine allgemeine Lauheit ergriffen hat. Eine allgemeine Atmosphäre der Apathie und der Losgelöstheit von unserer christlichen Berufung erstickt und überwindet uns. Bei uns in Europa gibt es keinen Pfarrer oder bewußten Laien, der nicht alles versucht, um seiner Kirche neues Leben einzuhauchen, mit neuen und alten Methoden, manchmal unter Zustimmung, meist jedoch unter Ablehnung der Gemeinde. Man sucht nach den verschiedensten Wegen. Man analysiert die Lage, man stellt Umfragen an, man weist auf Heilmittel hin. Die Theologie hat ernste Forschungen unternommen, die Laien geben ihr Letztes, um sich unter den verschiedensten Aktivitäten aufzuteilen, die Jugendorganisationen gehen von einem Versuch zum andern über. Ökumenische Tagungen, Kongresse, Lager, Gemeinschaftsversuche . . . jeder Weg wird versucht, und doch bleibt das Bewußtsein, daß nichts von alledem durchdringt, daß die Atmosphäre der Krise uns immer mehr ergreift, uns das Vertrauen raubt, jede Tat sinnlos erscheinen läßt, jedes Unternehmen hoffnungslos. Die Kirchen reagieren nicht, die Welt hört nicht, die Jugend der einen und der anderen ist mehr denn je abgelenkt. Und wer denkt, viel zu tun, bringt doch, trotz seiner Sicherheit, nichts mehr als einen Pfiff im Getöse eines Sturmes hervor. Wie oft ist über die jetzige Lage der Kirchen diskutiert worden, wieviele Entschlüsse sind gefaßt worden . . .! Aber dann?

Aber durch seine Frage führt mich dieses kleine Mädchen in seiner äußersten Abzehrung zu einer Antwort, von deren Gültigkeit ich heute mehr denn je überzeugt bin.

Die Kirche hat ihre Fähigkeit zu glauben und daher zu handeln heute verloren, denn sie hat nicht vermocht, der Lehre Christi in der Welt, in der sie lebt, wirklich treu zu leben. Sie hat damit begonnen zu sagen, daß dieses oder jenes Wort des Herrn in der menschlichen Gesellschaft, wie sie heute ist, nicht mehr befolgt werden kann; und sie ist von einem Kompromiß zum anderen gegangen, soweit, bis sie selbst die bestehende Gesellschaft als Ausdruck einer christlichen Zivilisation verteidigt hat. Aus Vorsicht hat sie den Schwachen nicht verteidigt, aus Gleichgültigkeit hat sie den Hungrigen kein Brot verschafft; sie hat nicht ihr «Nein» zum Krieg gesprochen, weil dies in einer Welt wie der unseren nicht möglich ist; sie hat weiter Rassen- und Klassenunterschiede gebilligt um der Ordnung willen; usw . . . Aber auf dieser schiefen Ebene ist sie so weit gegangen, daß die Gültigkeit des Evangeliums für das Leben selbst in Frage gestellt ist und sie ihr Vertrauen auf eine wirksame Tat Gottes verloren hat. Alles andere versteht sich von selbst. Wie müssen wir doch Indien bewundern, wo Gandhi mit seiner kleinen Schar von Anhängern, die in Übereinstimmung mit ihrer Botschaft der Versöhnung und der Gewaltlosigkeit lebte, die Macht des Britischen Weltreiches gestürzt hat, und das

heute als freie Nation dieselbe Politik der Gewaltlosigkeit und der Versöhnung fortsetzt, während wir europäische Christen weiter behaupten, daß das nicht möglich ist, und es vorziehen, das Kreuz mit der Atombombe zu verteidigen! Und doch haben wir in Christus mehr als eine Friedensbotschaft . . . wir haben einen lebendigen Herrn, der die Brote vermehrt und aus einem Senfkorn einen Baum wachsen läßt, in dessen Laub zahlreiche Geschöpfe Gottes Herberge finden . . .! Aber wenn wir unserem Glauben nicht treu sind, was wollen wir von unseren Taten erwarten?

Der Mangel an Glaubenskonsequenz ist im Begriffe die Demokratie zu zerstören (man hat es in Frankreich erfahren!): das Volk achtet nicht mehr auf die Parteien, denn diese trachten mehr nach der Ergreifung der Macht und nach den Interessen ihrer Vertreter als nach der Verteidigung des Volkes, den vorgelegten Programmen entsprechend. Der Mangel an Glaubenskonsequenz macht unsere Bildung zunichte, denn so losgelöst von der Tat kann sie unsere Gesellschaft nicht mehr wirklich erreichen. Der Mangel an Übereinstimmung zwischen Glauben und Leben führt die Kirche in eine solche Lage, daß in absehbarer Zeit nach deren Existenzberechtigung gefragt werden wird. Und nicht wenige haben sich diese Frage schon gestellt. Solange es Zeit ist, d. h. solange das Wort der Barmherzigkeit Gottes verkündigt wird, bleibt uns heute nur ein Weg: das Evangelium in unserem Leben zu verwirklichen mit äußerstem Ernst und ohne Kompromisse, um zu Christus «Ja» sagen zu können und «Nein» zu allem, was in Geist und Wort seinem Evangelium widerspricht; dies im wirtschaftlichen und politischen Leben verwirklichen, um gegen die Wiederaufrüstung, die in todbringenden Waffen das Brot des Volkes aufbraucht, aufzustehen; gegen jeden Krieg, dessen Früchte jeder kennt; gegen jede Klassen-, Rassen- oder Denominationstrennung; gegen jede soziale Ungerechtigkeit. Auf der anderen Seite ein «Ja» zu all den Entspannungskräften; ein unbedingtes «Ja» zu all dem, was geschieht, um den Hungernden Brot und Schulen zu geben; «Ja» zu all denen, die so oder so Liebe und Versöhnung predigen. Dann werden auch Worte wie «Gnade» und «Sündenvergebung» einen Sinn erhalten und dann wird auch das Warten auf das Kommen des Reiches Gottes nicht heuchlerische Sektiererei sein, die uns von den anderen trennt, sondern Sehnsucht, wahres Seufzen von uns und der ganzen Schöpfung Gottes, die «sich sehnt und immerdar ängstet». Einstein sagte, daß, wenn zwei Prozent der Einberufenen den Militärdienst verweigerten, die Kriege aus Mangel an Kämpfern verschwinden würden; wir können hinzufügen «wenn zwei Prozent der Christen ihrem Glauben entsprechend leben wollten, wäre die Kirche nicht so unfähig, der Welt ein Wort der Erlösung zu verkündigen»!

Und nun ein Wort an euch, liebe Freunde von Agape! Agape ist

nach dem Kriege entstanden aus einem Bedürfnis, mit der Botschaft des Evangeliums in Übereinstimmung zu leben. Es war wie eine Glocke, die mit ihrem Geläute die Jugend aus aller Welt zusammengerufen hat. Aber der Ruf zu einem konsequenten Glaubensleben ist nicht minder wahr für uns. Ja, Agape, das als Werk sehr gewachsen ist, kann seinen wahren Sinn in diesem Moment auf anderen Wegen verlieren. Es kann aber auch mit Gottes Hilfe einen wirksamen Beitrag der Berufung und des Dienstes erweisen. Agape wird aber keinesfalls ein Recht haben zu bestehen, wenn wir nicht vermögen, die Lehre des Evangeliums in völliger Übereinstimmung damit in unser Leben zu tragen: gleich ob wir das Gespräch in einem politischen Kreis beginnen, oder in einem kirchlichen Milieu, oder in einem Lager, oder ob wir uns in der Schule oder an unserem Arbeitsplatz befinden, in diesem oder in jenem Weltteil. Agape wird seine Aufgabe haben, nur wenn wir, die wir uns auf unsere Erfahrungen hier berufen, bis ins Innerste Christen sein werden. Wenn man uns anklagen will, so ist es besser, man klage uns des Fanatismus an als der Nicht-Übereinstimmung zwischen Glauben und Tat, der Schwärmerei als des Mangels an Ausdruckskraft, denn die Kirche leidet eben unter diesem Mangel an Ausdruckskraft und nicht an ihrem Übereifer. Es ist sinnlos, von sozialer Gerechtigkeit zu sprechen und von gerechten sozialen Forderungen des Volkes, wenn in unserem Hause nicht einmal eine Spur von einem Arbeiter zu finden ist und wir seine Probleme nur theoretisch lösen wollen, ohne daß es uns in unserem täglichen Leben etwas kostet. Es ist sinnlos, daß wir immer wieder von der Liebe Gottes sprechen, von der Liebe Gottes . . . Agape, Agape, Agape . . ., wenn wir Kindern wie dem auf dem Bild nicht einmal die Brösel unserer Mahlzeit geben; es ist sinnlos, daß die Kirche das Reich Gottes verkündigt, wenn sie nicht vermag, die Prestige- und Gewaltpolitik der Welt abzulehnen in den Nationen, in denen sie predigt. Wenn wir so fortfahren, bleibt nichts mehr, das die Kirche belebe, denn «So das Salz dumm wird, womit soll man's salzen? Es ist hinfort zu nichts nütze, denn daß man es hinausschütte und lasse es die Leute zertreten.»

Wir sind nun soweit: entweder lehnt sich die Kirche gegen alle ungerechten Methoden dieser Welt auf und ist bereit, die Folgen ihres Widerstandes zu tragen, oder kein Fund der Theologie und keine Phantasie im Aktivismus werden sie vom Untergang retten. Es wird ihr nichts mehr bleiben (und für uns wird es zu spät sein), als zu warten, daß das Evangelium ihr wieder von chinesischen, indischen oder afrikanischen Missionaren verkündigt wird, von diesen neuen Keimen, die aus dieser Erde hervorbrechen, die unsere christliche Zivilisation getreten und zerstört hat.

Tullio Vinay

Todeslauf durch Wettrüsten oder gemeinsamer neuer Start durch gemeinsame Abrüstung?

Wenn die Welt nicht ganz und gar verschwinden soll,
so muß man sich zu denen halten, welche sie aufzubauen
im Stande sind.

Goethe an den Philosophen Schelling, 16. Jänner 1815

«Warum ist Wahrheit fern und weit?
Birgt sich hinab in tiefste Gründe?»

Niemand versteht zur rechten Zeit! –
Wenn man zur rechten Zeit verstünde:
So wäre Wahrheit nah und breit,
Und wäre lieblich und gelinde.

Goethe an Sulpiz Boisserée, 1. Mai 1818

Es kann kein Zweifel sein, daß das Nobel-Preis-Komitee des norwegischen Storting, als es am 6. November 1959 den Nobel-Friedenspreis 1959 dem britischen Staatsmann Philip Noel-Baker verlieh, mit den einzelnen großen Leistungen des Erwählten ein Gesamtwerk kennzeichnen wollte, in dem Persönlichkeit und Tat, Dienst an der Wahrheit im politischen und völkerrechtlichen Leben und eine hohe Menschlichkeit sich zu einem wirksamen Ganzen verwoben haben, dessen noch viel intensivere Ausstrahlung der heutigen Welt bitter not tut.

Schon in seiner Studienzeit in Cambridge mit einem Ehrenstipendium für Völkerrecht ausgezeichnet, hat Ph. Noel-Baker diese tatkräftige Neigung für *Frieden durch Recht* in seinem öffentlichen Wirken lebenslang mit dem heißen Mühen um *allgemeine Abrüstung* verbunden. Er war, gemeinsam mit Lord Robert Cecil und andern einer der geistigen Väter des Völkerbundes und hat am Aufbau der Vereinten Nationen maßgebend teilgenommen. Seit seiner Mitarbeit an der Pariser Friedenskonferenz 1919 und seinem anschließenden Eintritt in das Sekretariat des Völkerbundes in Genf verknüpfte er beides immer enger durch Beobachtung und Erforschung der Möglichkeiten, durch einen *Allgemeinen Abrüstungsvertrag* die technische Durchführung des stufenweisen Rüstungsabbaus zu erleichtern, Treu und Glauben durch Begegnung und konkrete Zusammenarbeit wiederherzustellen und die Welt von Last und Angst der Kriegsvorbereitung, vom Aberglauben an Waffengewalt zur Herstellung von Recht und vom Absinken in das Barbarentum des totalen Krieges zu befreien. Auch als Staatsminister im Außenministerium der Labour-Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg hat er dieses Doppelziel so wenig aus den Augen verloren wie in seiner Eigenschaft als Mitglied des britischen Unterhauses, dem er seit 1929 ununterbrochen angehört; seine Tätigkeit als Professor für Internationale Beziehungen an der Universität London hat ihn noch tiefer in diese Zusammenhänge geführt.

Bei alledem ist es kein Zufall, daß Ph. Noel-Baker in der Zeit von 1919 bis 1933 Erster Assistent und maßgeblicher Mitarbeiter so hervorragender Männer wurde wie der schon genannte Lord Robert Cecil; Sir Eric Drummond, der erste Generalsekretär des Völkerbundes; Fridtjof Nansen – den er zu gewinnen wußte, seinen wissenschaftlichen Aufgabenkreis zugunsten humanitärer Werke, teils im Rahmen des Völkerbundes, teils unabhängig, wo die neue Institution versagte, zu verlassen – und endlich Arthur Henderson, Generalsekretär der Genfer Abrüstungskonferenz um 1932: immer ein Dienender und zugleich in hohem Maße schöpferischer Wegbereiter im Kampf für «der Menschheit große Gegenstände».

Diese Sorge um die Befreiung der Völker vom Rüstungswettlauf durch Weltabrüstung fand ihren Niederschlag schon in früheren Büchern: «The Geneva Protocol» (1925); «Disarmament» (1926); «The Private Manufacture of Armaments» (2 Bände 1936 und 1937), von denen die letzteren noch heute lesens- und beherzigenswert sind, auch für die Schweiz. Hier soll vom jüngsten Werk dieser Reihe die Rede sein, das die Lebenserfahrung und den einzigartigen Wissensschatz dieses unermüdlichen Forschers in Eins faßt, tiefernste Warnung und hell leuchtende Hoffnung zugleich: «The Arms Race»* – «Der Rüstungswettlauf» – a Programme for World Disarmament, Atlantic Books, Stevens and Sons Ltd., London. Man erfährt aus London, daß Mitglieder der konservativen Regierung dem Buch große Aufmerksamkeit geschenkt haben, weil die Persönlichkeit des Verfassers, ungeachtet seiner Labour-Partei-Zugehörigkeit, dafür bürgt, daß wenig beachtete Tatsachen, die es ans Licht bringt, und die daraus gezogenen ungewöhnlichen Schlußfolgerungen gewissenhafte Beachtung verdienen. Wer es gelesen hat, möchte es in viele Sprachen übersetzt sehen, damit UNO-Delegierte, Parlamentarier aller Länder und die Sorgenden und Auswege Suchenden in den Regierungen und in den Völkern es durchdenken und in ihre inneren und äußeren Entscheidungen einbeziehen.

Warum ist das Buch so aufrüttelnd – ein Mahnmal und ein Wegweiser zugleich? Es ist in jeder Beziehung ein *großes* Buch, das man selbst lesen, mit dem man sich im Stillen und im Gespräch mit andern gründlich auseinandersetzen muß. Trotzdem sei es gewagt, einiges von den wichtigsten Punkten anzudeuten.

Aus durchgeprüfter und menschlich miterlebter Erfahrung, und dennoch überpersönlich, läßt uns der Verfasser hineinblicken in den Widerspruch zwischen sachlicher Annäherung und immer wieder politischem Auseinanderfall der Abrüstungsverhandlungen während

* Das Buch «The Arms Race» wird demnächst im Verlag der «Forschungsgesellschaft für Friedenswissenschaft», Dr. Wuesthoff, München 9, Schweigerstr. 2, in deutscher Sprache erscheinen!

dreier Jahrzehnte, die er seismographisch genau registriert, in allen Einzelheiten dokumentarisch exakt belegt und kritisch, aber auch mit vollem Augenmerk für alles Positive, Hoffnung geben und zur Unterstützung Verpflichtende durchleuchtet. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: den ungeheuren Fleiß der Sichtung der Unterlagen oder die Klarheit und Einfachheit der Darstellung trotz der Kompliziertheit des Gegenstandes. Mit Recht hat ein namhafter englischer Gelehrter, Horace Alexander, gesagt, es sei auch *eines der bestgeschriebenen Bücher der letzten Jahre.* Keine unnötigen Wiederholungen, die den an den konzentrierten Stil von Zeitschriftenaufsätzen Gewöhnten in Büchern so oft ermüden; dafür vor- und rückwärts genaue Verweisungen auf Ausführungen, die in verschiedenem Zusammenhang neu bedacht werden müssen. Die Darstellung begnügt sich keineswegs mit der Schilderung des Hauptinhalts der Verhandlungen. Schonungslos, unsentimental und doch mit tief verhaltener Scheu und Scham enthüllt es uns die Natur der modernen Vernichtungswerkzeuge gegen Menschen, die nur Mißbrauch der Sprache «Waffen» zum «Schutze» nennen kann – die nur Euphemismus und Legende den Völkern annehmbar machen konnten, und unter denen die Atombomben noch nicht die entsetzlichsten und am grausigsten menschenschänderisch sind.

Der Umfang und die Ausklügelei der A-, B- und C-«Waffen» macht einleuchtend, warum im jetzigen Entwicklungsstadium kein Feilschen um Reduzierung auf einzelnen Rüstungsgebieten, während die Aufrüstung in anderen wuchert, im eigentlichen Sinne «Abrüstung» genannt werden kann. Hingegen habe euphemistische Propaganda es dahin gebracht, daß selbst unter den «Kompetenten» die wenigsten übersehen, um was es geht. (Wir denken dabei daran, daß jüngst ein schweizerischer Oberstdivisionär in höchster Naivität laut Tagespresse erklärt hat: «Ein vernünftiger und tapferer Mann» habe «keinen Grund, einen mit Atommunition ausgetragenen Krieg mehr zu fürchten als irgend einen andern.»)

Zugleich aber überzeugt die Darstellung dieser militärtechnischen Lage, gemeinsam mit den vielen, *dem großen Publikum meist verborgenen, positiven Elementen* der bisherigen Abrüstungsverhandlungen, von der Richtigkeit der Grundthese des Autors: daß nicht kleine, zagende Schritte für Teilentwaffnung vorwärts führen, sondern einzig *ein universaler Abrüstungsvertrag als erster Schritt,* der die allseitige technische Durchführung einschließlich Kontrolle – wofür, auch noch für den heutigen Stand (aber bei der rasenden Entwicklung der militärwissenschaftlichen Forschung *in fünf bis zehn Jahren kaum mehr!*) detaillierte, praktische Pläne vorliegen –, unendlich erleichtern würde.

Kein Wunder, daß die Öffentlichkeit so wenig von dieser konstruktiven Seite unterrichtet wurde. Es gibt vermutlich keinen zweiten so gründlichen und so gewissenhaften Kenner der ganzen Materie wie

Ph. Noel-Baker. Die Berichte der Verhandlungen der «Abrüstungs-Unterkommission» der UNO von 1954 und 1955 wurden von der britischen Regierung gedruckt auf 1327 Seiten zu je rund 600 Wörtern, ohne Index, und die zugehörigen Vorschläge und andere Dokumente getrennt in Weißbüchern wiedergegeben; die wichtigen Unterhandlungen von 1956 und 1957 sind überhaupt nicht im Druck erschienen, weil dem UNO-Sekretariat die 750 Pfund Sterling dafür pro Jahr (man vergleiche dies mit den Milliarden für Rüstungen!) verweigert wurden. Sie sind vervielfältigt in einigen großen Bibliotheken wie British Museum zu finden.

Mit Staunen und Erschrecken erfährt der Leser, wie nahe man zweimal, 1932 und 1955, *einem allseitigen, günstigen Abschluß und Ausblick* für ein von den Völkern so tief ersehntes, kaum mehr erhofftes Abrüstungsabkommen war – bis vorsichtiges Zögern auf westlicher, besonders britischer Seite und dann die herannahende Nazi-Revolution das erste Mal – und noch nicht völlig aufgeklärte Gründe das zweite Mal alles wie ein Kartenhaus einstürzen ließen.

Die aufregende, wie alles andere aufs sorgfältigste mit genauen Quellenangaben belegte Geschichte des Zusammenbruchs der Verhandlungen von Genf 1955 muß man selber nachlesen, weil ihre Eindruckskraft in ihrer Geschlossenheit liegt. Nur so viel sei angedeutet:

Bis Mai 1955 waren die Russen das große Hindernis für eine Verständigung. In diesem Monat aber trat eine überraschende Wendung ein. Die Sowjets erklärten sich nicht nur mit den in der Schwebe befindlichen westlichen *Vorschlägen für drastische Abrüstung in allen Waffengattungen einverstanden*: ihr eigenes Angebot für die Einschränkung der Streitkräfte ging weiter und bedeutete ein größeres Opfer von Seiten der Russen als der Westen verlangt hatte. Die sowjetischen Vorschläge für Inspektion und Kontrolle im Landesinnern und an den Häfen bedeuteten einen Durchbruch aus dem Eisernen Vorhang und eine Einschränkung der Souveränität, wie niemand sie von dort erwartet hätte.

In dieser Phase, Mai 1955, verlangte der Westen, ohne auf die neuen Angebote einzugehen, eine Verhandlungspause. Bei der Wiederaufnahme im September 1955 – dazwischen lag die «Konferenz des Lächelns» – waren es die Westmächte, die eine Kehrtwendung machten und die russischen Vorschläge unerörtert liegen ließen. Als einziger Grund wurde angegeben, die Sowjets hätten selbst auf die Schwierigkeit aufmerksam gemacht, die in der Kontrolle geheimer älterer Kernwaffenvorräte läge. Gewiß, sagt Noel-Baker, dies war die einzige noch vorhandene, und tatsächlich eine große technische Schwierigkeit. Aber sie sei dem Westen längst bekannt gewesen, ehe die Russen darauf verwiesen; und *auch dafür gebe es Lösungen*, deren Risiko gewiß geringer wäre als die Fortsetzung eines immer irrsinniger werdenden Wettrüstens.

Das Erschütternde und Überzeugende der Schilderung dieses Her-

gangs liegt darin, daß man so unzweideutig spürt: es ist dem Verfasser nicht um Parteinahme, nicht um Lob oder Vorwurf, sondern einzig um die *Wahrheit* – die volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu tun.

Und wir fragen uns: war nicht der tiefere Grund der westlichen Ablehnung das alte Mißtrauen, daß aus dem Osten nichts Gutes kommen könne? Freilich konnte es Bluff sein, bemerkt Noel-Baker, obwohl der Ton nicht darnach geklungen hätte; aber, setzt er hinzu, die einzige Abklärung hätte darin bestanden, die Probe zu machen, und das sei nicht geschehen.

Auch uns liegt nichts an einer Apologie des Sowjet-Standpunkts, sondern lediglich daran, zu erfahren, was wirklich geschehen ist und zur Debatte stand – und was und wie wieder neu belebt und fruchtbar gemacht werden könnte, was damals in Stücke ging.

Und wir denken daran, wie Anfang der zwanziger Jahre F r i d t j o f N a n s e n, der die Schreibende zu besuchen pflegte, wenn er aus Rußland zurückkam, nicht müde wurde, zu berichten und anzuerkennen, *daß die Russen ausnahmslos und zuverlässig alle Abkommen* – schriftliche, aber auch oftmals bloß mündliche – während der von Nansen geführten Kampagne zur Stillung der russischen Hungersnot g e h a l t e n hätten. Oft mußten Waggons mit Lebensmitteln, die von den Spendern aus diesem oder jenem Lande für eine bestimmte, ihnen von früher verbundene Region gestiftet waren, wochenlang in einer andern, ebenso schwer vom Hunger geschlagenen Gegend warten – aber nie sei einer geplündert worden. Es waren dieselben Bolschewiki, von denen, ebenfalls glaubwürdig, die schauerlichsten Greuelgeschichten kursierten – und die alte Geschichte vom Echo aus dem Walde will einem einfallen . . .

Prof. G u n n a r M y r d a l hat uns in Genf ausführlich erzählt, wie während seiner 10jährigen Leitung der ECE in allen Gruppen die Russen reibungslos und ohne unsachliche Schwierigkeiten zu machen mitgearbeitet hätten, und daß es immer möglich gewesen, auch bei Materien, die hart ans Politische grenzten, *ohne Abstimmung* zu gemeinsamen, befriedigenden Resultaten zu kommen.

Liegt nicht vielleicht das Geheimnis darin, daß weder Nansen – der politisch Konservative – noch Myrdal von ihren Unterhandlungs- oder Gesprächspartnern abstrakt als «Bolschewiki» oder «Sowjetrussen» oder «Marxisten» dachten, sondern sie schlicht und unmittelbar als ansprechbare Menschen behandelten?

Auch der Verfasser von «The Arms Race» ist von diesem Schrot und Korn, und wir können nur hoffen, er werde auf Grund seiner Sachkenntnis und seiner echten Menschlichkeit zu den künftigen Abrüstungsverhandlungen zugezogen, nachdem auch das Osloer Komitee durch seine weise Wahl die Unantastbarkeit seines Charakters bezeugt hat.

Sollten nicht wir alle von der Geisteshaltung solcher Männer lernen können und mithelfen, daß das vom Friedens-Nobelpreisträger 1959 Erarbeitete als Grundlage für weitere Verständigung anerkannt und fruchtbar gemacht wird? Goethe schreibt am 7. September 1821 an Prof. J. S. Zauper, er habe sich nie gerührt, wenn seine Dichtungen angegriffen oder herabgesetzt wurden und es getrost der Zeit überlassen, ob sie «ihren Weg machen und wirken, früh oder spät». «Bei wissenschaftlichen Dingen», fährt er fort, «ist es anders. Die Wissenschaft erhält ihren Wert, indem sie nützt, die Menschen lehrt, wie man lange verborgene, verkannte, ans Licht gezogene, neu entdeckte Vorteile zu unübersehbarem Gebrauch anwenden könne. Das falsche Wissen hingegen hindert die Anwendung, ja verkehrt sie, dawider soll und muß man sich erklären.» Ganz in diesem Sinne endet die «Wiener Erklärung» der 3. «Pugwash-Konferenz» in Kitzbühel im September 1958, an der östliche und westliche Forscher – unter diesen auch Noel-Baker – friedlich und sachlich zusammenarbeiteten: «... der eigentliche Zweck der Wissenschaft» bestehe darin, «das menschliche Wissen zu vermehren und uns bei der Bändigung der Naturkräfte zum Wohle aller zu helfen.» Wenn ein Forscher, der auch als Politiker und Staatsmann sein Verantwortungsgefühl als «publisher of truth» – als Wahrheitskünder – bewahrt hat, begabt mit Unterscheidungsvermögen und Darstellungskraft, sich der großen Mühe unterzogen hat, das Erkannte der Mitwelt faßlich vorzulegen, so darf es unsere freudige Pflicht sein, das Vorgebrachte ebenso vorurteilsfrei durchzudenken, mit unserem bisherigen Wissen oder Meinen zu vergleichen und uns hörbar und deutlich für das zu erklären, was uns als wohlbegründet entgegengetreten ist, einerlei, ob bequemes oder unbequemes Wissen, ob es in unser Konzept paßt oder von uns fordert, uns ein neues zu machen und es andern nahezubringen.

Nachdem von 1956 an die Abrüstungsbemühungen sich ganz und gar auf «partiellen» Rüstungsabbau konzentriert haben, wird vielleicht in den damit befaßten Kreisen die These, daß *einzig ein allumfassender Vertrag* sämtlicher Staaten, bei dem *das Ziel von Anfang an klar* ist, uns aus der Sackgasse des vermeintlichen Rüstungszwangs führen kann, den meisten Zweifeln begegnen. Sie zerstreuen zu helfen, wenn wir uns vom Gegenteil überzeugt haben, gehört auch zu unserer Aufgabe. Es ist begreiflich, daß im Raum der Politik nach so viel Vergeblichkeit vielen der Mut zu großen Lösungen ausgegangen ist. Wir andern aber dürfen und sollen es wagen, diese weitblickende Auffassung eines Wissenden in den größeren Zusammenhang jener geistigen Zeitströmung einordnen zu helfen, die auf allen Lebensgebieten – in der Erziehung, in Kunst und Wissenschaft, in der Religion und vor allem im Zusammenleben der Menschen – den Weg aus der Zerstükkelung zum Ganzheitlichen sucht. Der deutsche, im Zweiten Weltkrieg umgekommene Dichter Alfons Paquet hat einmal gesagt: «Alle Raumüberwindung unserer Zeit hat uns noch nicht den

Mut gegeben, die Menschheit als Ganzes anzusprechen. Sie wartet auf dieses Anrecht.» Hier ist einer, der diesen Mut gefunden hat – nicht aus utopischer Schwärmerei, sondern aus Tatsachenkenntnis und unbefangener menschlicher Einsicht und Weitsicht, und aus daraus erwachsendem Glauben und Vertrauen. Möchten sich viele dadurch aufgeschlossen fühlen und einen neuen Start wagen eingedenk des Wortes von John Stuart Mill, das der Autor seinem Buch vorangestellt hat:

«Gegen ein großes Übel bringt ein kleines Heilmittel nicht etwa ein kleines Ergebnis hervor – es führt überhaupt zu keinem Ergebnis.»

Elisabeth Rotten

Indien und China

Der enthusiastische Empfang, der Präsident Eisenhower bei seinem kürzlichen Staatsbesuch in Indien bereitet wurde, wie der Nachdruck, mit dem er auf die «gemeinsamen demokratischen Ideale» Amerikas und Indiens hinwies, müssen jeden Beobachter internationaler Entwicklungen aufhorchen lassen. Vor noch nicht langer Zeit, kurz gesagt, bevor die Erregung über die Grenzstreitigkeiten im Lande Nehrus eine Welle antichinesischen Nationalismus erzeugte, war die politische Haltung Indiens dem amerikanischen Staatsdepartement ausgesprochen verdächtig — Foster Dulles nannte die indische Neutralität unmoralisch, andere Kreise sprachen von ihr als prokommunistisch. Der nicht leicht zu erklärende Vorstoß Chinas hat sich so scheinbar ganz zugunsten der amerikanischen Versuche, Indien für den Westen zu gewinnen, ausgewirkt, und des Präsidenten Freundschaftsangebot ist der Hammer, der das Eisen schmiedet, solange es warm ist. Eisenhower wird auch nicht verfehlen, sich in seinem letzten Amtsjahr für massive Hilfe an Indien und großzügige amerikanische Kapitalanlagen einzusetzen. Damit stellt sich von selbst wieder die Frage, ob Indien dadurch der «freien Welt» wird erhalten werden können.

Eine auf neuesten Untersuchungen beruhende Antwort auf diese Frage ist in einem Bericht von Professor René Dumont enthalten (zusammengefaßt im «New Statesman» vom 19. Dezember 1959), der 1959 einer UNO-Kommission für die Begutachtung der indischen Community Development Schemes angehörte. Diese «Planwirtschaft auf Grundlage der Dorfgemeinschaften», wie man die CDS etwa übersetzen könnte, ist der Versuch Indiens, auf die diktatorische Planwirtschaft, wie sie in Rußland und seit zehn Jahren in China zur Anwendung kommt, zu verzichten und ihr ein freiheitliches Entwicklungsprogramm gegenüberzustellen. Sie befaßt sich mit der Moderni-

sierung der Landwirtschaft, der Einführung von Klein- und Hausindustrie und der Hebung des allgemeinen und kulturellen Lebensstandards der indischen Dorfbevölkerung. An erster Stelle, angesichts der chronischen Unterernährung der ärmeren Volksschichten, steht die Steigerung der Erträge der Landwirtschaft. Doch just in diesem Punkte haben die Maßnahmen der Regierung Nehrus offensichtlich versagt, so daß bei steigenden Geburtsziffern und fallender Sterblichkeitsrate die Unterernährung in den kommenden Jahren sich noch verschärfen wird. Gründe für diese tragische Situation, die zu beurteilen René Dumont als landwirtschaftlicher Berater vieler Regierungen in unterentwickelten Ländern wohl in der Lage ist, liegen nicht allein an den physischen Gegebenheiten. Allerdings ist der Großteil des landwirtschaftlich genutzten Bodens durch jahrzehntelange Mißwirtschaft ausgelaugt. Kunstdünger kennt man in Indien kaum und Kuhmist wird bekanntlich getrocknet und als Brennmaterial verbraucht. Bewässerungsanlagen bestehen in großem Umfang und werden weiter ausgebaut, doch auch diese Anlagen werden nicht rationell ausgenützt. Und doch wäre mit etwas Dünger und Wasser dem indischen Boden ein Vielfaches an Ernten abzuringen.

Dumont sieht die Gründe für das Versagen der Landwirtschaft zum Teil *in den sozialen Verhältnissen Indiens*. Bekanntlich wurde kurz nach der Befreiung des Landes (1948) der Großgrundbesitz und das Zamindarsystem abgeschafft. Doch, wie sich seither herausgestellt hat, nur auf dem Papier. Die Großgrundbesitzer wurden für ihre Landabtretung großzügig entschädigt. In Wirklichkeit ermöglichte ihnen ihre gesellschaftliche Stellung und der Druck, den sie als alleinige Geldverleiher auf ihre Pächter ausüben konnten und können, große und fruchtbare Ländereien in ihrem Besitz zu erhalten. Daraus ergibt sich, daß nach wie vor das landlose Proletariat und die Kleinpächter einen erschreckend großen Teil der indischen Bevölkerung darstellen. Daran ändert auch der Landabgabefeldzug eines Vinoba Bhave im Grunde sehr wenig.

Ein weiterer Grund für die Stagnation der indischen Landwirtschaft liegt, nach Dumont, in der Einstellung der Inder zu körperlicher Arbeit und im Fortbestehen des Kastenwesens. Für den Brahmanen, den Angehörigen der obersten Kaste, ist körperliche Arbeit entehrend. Diese Auffassung ist natürlich kein Monopol der genannten Kaste, sie pflanzt sich nach unten fort, so daß schließlich nur derjenige, der sich nicht durch Verpachtung von etwas Land um die Arbeit drücken kann, körperliche Arbeit leistet. Auch Wucher ist, wie Dumont feststellt, noch sehr verbreitet und führt in der *Praxis* zu Arbeitsbedingungen, die man andernorts als Leibeigenschaft bezeichnen würde. Es ist darum auch nicht erstaunlich, daß freiwillige Arbeit für die Dorfgemeinschaft, für welche idealistische Sendboten der Regierung in den ersten Jahren nach der Befreiung noch willige Hände fanden, am Verschwinden ist. Es mag Enttäuschung der Grund sein, vielleicht auch

körperliches Unvermögen, Unterernährung, ein erschlaffendes Klima oder noch andere Ursachen — Tatsache ist, daß die Inder in einem passiven Fatalismus Hilfe auch heute zu sehr von außen, wie einst von den Kolonialherrschern, den Engländern, so neuerdings von den befreundeten Amerikanern oder der UNO erwarten, und daß der Sinnspruch, der sagt, der Mensch sei der Herr seines Schicksals, im indischen Volk kaum ein Echo findet.

Es ist dies ein betrübliches Bild der indischen Verhältnisse. Daß es im ganzen richtig gesehen ist, dafür bürgt nicht allein die Autorität des Berichterstatters, René Dumont, und die UNO als auftraggebende Organisation, sondern auch der Umstand, daß eine 13köpfige Kommission der Ford-Foundation, eines amerikanischen Forschungsinstitutes, zu denselben Ergebnissen kam, soweit sie sich mit dem Stand der indischen Landwirtschaft befaßte. Es ist darum nicht so recht einzusehen, wie amerikanische Hilfe, selbst durch großzügige Investitionen, bei Respektierung der heutigen sozialen Struktur Indien zum Gedeihen verhelfen kann. Solange amerikanische Hilfe die untersten Schichten, auf deren Schultern die Hauptbürde der Arbeit liegt, nicht erreicht – und es ist schwer zu sehen, wie dies unter obwaltenden Umständen der Fall sein sollte –, solange kann nicht von einem prosperierenden Indien oder von einer Sicherung Indiens für den Westen die Rede sein. Amerikas Hilfe an China während des Krieges und nach dem Kriege versickerte in den Taschen der Tschiang Kai-schek-Clique, aber das Volk gewannen die Kommunisten.

Es gibt wohl keinen auffallenderen Kontrast zu diesem Bericht über Indien als die Schilderung der Entwicklung Chinas, die Lord Boyd Orr, der erste Direktor des Ernährungs- und Landwirtschaftsamtes (FAO), 1959 veröffentlichte.* Er hat keine Apathie in China festgestellt, wohl aber zielbewußte Arbeit und erstaunliche Erfolge auf allen Gebieten. Auch Dumont muß, ob er will oder nicht, Indien mit China vergleichen. Hier seine bezeichnende Gegenüberstellung: «China verlangt von seinen Bauern eine Anstrengung, die übermenschlich und oft sogar unmenschlich ist. Indien, das keine echte Agrarreform erlebte, kann unter seinen Bauern nicht die Begeisterung entzünden, die es braucht, um sich der harten Arbeit zu unterziehen, die nur sie leisten können . . . Kann Indien eine wirkliche soziale Revolution durchführen – die Kasten abschaffen und die allzu auffallenden Ungleichheiten auf ein erträgliches Maß reduzieren – all dies mit nicht-kommunistischen Methoden? Es ist unwahrscheinlich. In Tat und Wahrheit sind die bisher angewandten Methoden heute diskreditiert, ausgerechnet durch den Mißerfolg des Community Development Scheme, der bald an den Tag kommen wird, nachdem es so vertrauensvoll als die Geheimwaffe des Anti-Kommunismus angepriesen

*«What is Happening in China?» Lord Boyd Orr and Peter Townsend, Macdonald, London, pp. 159, 15 Shillings.

worden ist. China wird uns bald dazu zwingen, all diese Probleme von neuem durchzudenken.»

Soweit Dumont. Lord Boyd Orr, der 1958 mit seiner Frau als unabhängiger Beobachter, also auch auf eigene Kosten, China bereiste, wünschte zu sehen, wie weit die Leistungen, die die Regierung für das neue China in Anspruch nahm, Tatsache seien. Für dieses Unternehmen war er insofern besonders gut vorbereitet, als er als erster Direktor der FAO die Probleme der von kolonialer Herrschaft befreiten Länder besonders gut kannte und Indien, Japan, Rußland mehrfach besucht hatte. Berichten von Geschäftsleuten, die für das neue Regime keine Sympathie empfanden, aber dennoch mit ihrer Anerkennung für die Unbestechlichkeit und Tatkraft der neuen Regenten nicht zurückhielten, standen gegenteilige Schilderungen amerikanischer und britischer Zeitungen gegenüber – Hungersnöte, verheerende Überschwemmungen, terrorisierte Bauern, die mit Sehnsucht die Rückkehr Tschiang Kai-scheks erwarteten – waren einige der immer wiederkehrenden Aussagen von Journalisten. Widersprüche dieser Art bewogen Lord und Lady Boyd Orr schließlich, sich selbst zu überzeugen, eingedenk des chinesischen Sprichwortes: «Ein Gramm Selbstgeschautes wiegt mehr als ein Zentner Berichte».

Unterstützt wurden Lord Boyd Orr und seine Gattin durch Peter Townsend, der 1942 mit einer Quäkerambulanz nach China gereist war, dort zehn Jahre in den industriellen Genossenschaften tätig war, und der Chinesisch spricht und schreibt. Ihre Aufzeichnungen zu veröffentlichen, entschlossen sich Lord und Lady Orr schließlich, weil ihre Feststellungen zu dem verzerrten Bild, das die westliche Presse über China verbreitet, in krassem Gegensatz standen und weil ihre Beobachtungen überdies mit den Wahrnehmungen anderer unabhängiger Berichterstatter – eines australischen Professors Fitzgerald, zum Beispiel – übereinstimmten.

Einer ihrer ersten Eindrücke, der sich nicht mit westlichen Berichten deckte, war der Ernährungszustand der chinesischen Bevölkerung. Sie sahen nichts von Hunger – große Armut wohl – und da und dort Anzeichen von Unterernährung, doch nicht Hunger, am allerwenigsten bei Kindern, die gesund und glücklich sind. Die Leute, die die Reisenden auf der Straße, in Fabriken und Läden zu Gesicht bekamen, waren alles andere als apathisch, sondern energisch und arbeitsfreudig. Nahrung und Kleidung fanden sie billig, wenn auch wenig abwechslungsreich. Wohnungen sind immer noch knapp in China, aber sauber gehalten. Auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist nach Lord Boyd Orr gut, dank den hygienischen Maßnahmen der Regierung, die innerhalb von wenigen Jahren der Seuchen Typhus und Pest Herr geworden ist und die Geschlechtskrankheiten, Opiumsucht und so weiter mit größter Energie bekämpft. Grundlegend für viele fortschrittliche Maßnahmen ist die politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau, die für China an sich schon eine Revolution bedeutete. Die

Entwicklung des Verkehrswesens, der Bau neuer Straßen und Eisenbahnstrecken und Flughäfen geben heute Gewißheit, daß eine Mißernte oder eine Überschwemmung in einer entfernten Provinz nicht wie früher zur Katastrophe werden und Millionen an Menschenleben kosten. Gewaltige Anstrengungen werden gemacht, um durch Zähmung der riesigen Flüsse Kulturland zu gewinnen und Kraftwerke für die Industrialisierung zu bauen, und dies während der ersten zehn Jahre mit den primitivsten Werkzeugen. Wie Lord Boyd Orr berichtet, werden schon jetzt die meisten Arbeiten und kompliziertesten industriellen Prozesse von Einheimischen geleitet, so daß russische Ingenieure und Berater kaum mehr in Erscheinung treten. Das bedeutet, daß die Ausbildung von Wissenschaftern und Ingenieuren mit der Arbeit Hand in Hand geht; die Studierenden müssen ihr theoretisches Wissen fortwährend in der Praxis erproben.

Wie steht es mit der geistigen Freiheit? Lord Boyd Orr hörte erstaunlich offene Kritik an Partei und Beamten. Die Regierenden sind offenbar intelligent genug, einzusehen, daß ohne Kritik dieser Art dem Mißbrauch der Macht Tür und Tor geöffnet würde. Doch ebenso sicher ist, daß eine Zeitung, zum Beispiel, die sich gegen die sozialistischen Auffassungen der Regierung richtete, nicht geduldet würde. Nehmen wir den Übergang von Genossenschaftsfarmen zu den Kommunen, der im Laufe des Jahres 1958 erfolgte, eine Neuerung, die durchschnittlich 5000 Bauernfamilien in eine wirtschaftliche Einheit zusammenfaßt, mit voller Verantwortung für Produktion, Aufbau von lokalen Industrien bis zum Bildungswesen. Lord Boyd Orr wagt nicht zu behaupten, daß eine solche Umstellung ohne Zwang vor sich ging. Die Einheimischen, das heißt die leitenden Organe dieser Kommunen, bestehen darauf, daß diese Zusammenfassung der menschlichen Arbeitskräfte durch den Mangel an Kapital und Maschinen notwendig wurde, weil nur eine ausreichende landwirtschaftliche Produktion die erforderliche rasche Industrialisierung Chinas ermögliche. Interessant ist, wie Lord Boyd Orr feststellt, daß die Russen mit der Kollektivierung im Gegensatz zu den Chinesen zuwarteten, bis sie den Kolchosen einen einigermaßen genügenden Maschinenpark zur Verfügung stellen konnten. Der oben erwähnte Professor Fitzgerald stellt die Anwendung von Gewalt absolut in Abrede. Er besuchte im September 1959 Kommunen unterschiedlichen Typs in verschiedenen Teilen Chinas, die aber so viel gemein hatten, daß sie selbständig arbeiteten, so daß es von ihnen abhing, wie weit sie ihren Lebensstandard verbessern wollten. (Eine gewisse Dezentralisation der Landwirtschaft geht ja übrigens auch in Rußland vor sich, wie sich aus manchen Berichten ergibt.)

Lord Boyd Orr, um zusammenzufassen, hegt keinen Zweifel, daß Volkschina nach den Fortschritten, die es in den zehn Jahren seines Bestehens aufzuweisen hat, seiner Zukunft mit Vertrauen entgegen-

sehen kann. Er hat keinerlei Anzeichen einer Auflehnung gegen das Regime wahrgenommen – eine Rückkehr von Tschiang Kai-schek hält er schon gar nicht für wahrscheinlich. Der Chinese, *Bauer oder Arbeiter oder Beamter*, hat, was er in Jahrhunderten nicht gekannt hat, genügend Nahrung und Sicherheit für sich und seine Familie und gute Aussicht, sich besser zu stellen. Die früheren Gutsbesitzer, soweit sie sich nicht durch Verbrechen außerhalb der Gemeinschaft stellten, sind mindestens nicht schlechter gestellt als ihre einstigen Untergebenen. Der Gefahr der Bürokratisierung begegnet die Regierung auf ihre Weise, indem sie ihre Beamten zeitweise auf die Dörfer schickt, wo sie in gemeinsamer Arbeit mit den Bauern den Kontakt mit dem «gemeinen Volk» wieder gewinnen können.

Wie wird sich das chinesische Volk zur übrigen Welt einstellen, wenn es, im Besitz von ungeheuren Bodenschätzen und einer ausgesprochenen technischen Begabung, in einigen Jahrzehnten vielleicht zur mächtigsten Nation unseres Planeten wird? Unterredungen Lord Boyd Orrs mit Tschu En-lai lassen erkennen, daß China, das eben erst aus einem Kolonialland zur selbstbewußten Nation geworden ist, nicht die Absicht hat, die Fehler seiner früheren Beherrscher zu wiederholen und damit die ganze Welt gegen sich aufzubringen. Trotz Tibet und den indisch-chinesischen Grenzstreitigkeiten? Es dürfte sich herausstellen, daß auch dort die Dinge nicht ganz so liegen, wie die westliche Presse sie darstellt. Man möge nur noch etwas zuwarten.

Den einen Rat Lord Boyd Orrs jedenfalls sollte der Westen beherzigen. Wir müssen das neue China kennenlernen. Noch gehört es nicht den Vereinten Nationen an. Schon jetzt aber regt Lord Boyd Orr an, die chinesische Regierung möchte der UNO gestatten, Vertreter ihrer Spezial-Organisationen als «fact-finding commissions» zu ausgedehnten Studienaufenthalten einreisen zu lassen, um dem Westen über die Fortschritte Chinas im Kampf gegen den Hunger in Landwirtschaft, Gesundheitspflege wie in der Bildungsarbeit ein objektives Urteil zu verschaffen. Den Westen müßte interessieren, daß hier ein Volk alle seine Kräfte einsetzt, um den Rückstand gegenüber dem Westen, im Kampf gegen den Hunger wie in seiner gesamten Lebenshaltung möglichst schnell aufzuholen, ein Programm zu erfüllen also, das vor dem Forum der Weltöffentlichkeit an erster Stelle steht. Mit diesem Ethos der Verantwortlichkeit – nicht religiöser Inspiration – vergleiche man die Haltung der christlichen Kirchen des Westens, die in erster Linie auf die Erhaltung ihres Dogmas bedacht sind und zu ihrem Schutz der Atombombe bedürfen!

Was nottut, ist nicht affektgeladene Ablehnung oder Zustimmung zum heutigen China, sondern vorurteilslose Erforschung, die allen Aspekten seiner Entwicklung gerecht zu werden sucht. *P. Furrer*

Der christliche Schlamm

Wir haben alle vom Wiederauftauchen des Hakenkreuzes und der Parolen der Rassenverhetzung gehört und können nicht verstehen, daß sich, 15 Jahre nach dem Ende des Krieges, Deutsche bereit finden, solche Parolen wieder aufzunehmen. Vorkommnisse der letzten Monate zeigen, daß die evangelisch-lutheranische Kirche in ihrer Blindheit für die wirklichen Gefahren, jetzt wie einst, dazu beiträgt, den nationalistischen Ungeist am Leben zu erhalten.

Dr. Martin Niemöller hätte am 3. November vor einer Versammlung der Internationale der Kriegsdienstgegner über das Thema sprechen sollen: «Der Friede als politische Aufgabe». Das evangelische Gemeindehaus Bayreuth weigerte sich, seinen Saal zur Verfügung zu stellen, mit der Begründung, daß sich unter den leitenden Persönlichkeiten der Kriegsdienstgegnergruppe auch Atheisten und andere Kirchenfeinde befänden. Hinzuzufügen ist, daß dieser Saal den politischen Parteien ohne weiteres zur Verfügung steht. Um das Maß voll zu machen, erlaubte man am 3. Dezember 1959 — genau einen Monat später — dem berüchtigten William S. Schlamm, im selben evangelischen Gemeindehaus zu sprechen. Sein Thema lautete: «Das frömmliche Unheil der Deutschen». Wir geben dazu Teile eines Artikels von Pfarrer Herbert Mochalski wieder, der in der «Stimme der Gemeinde» vom 1. Januar 1960 erschien.

Wer Schlamm ist, hat sich herumgesprochen. Wer nicht sein Buch *«Die Grenzen des Wunders»* gelesen hat, bekommt Gelegenheit, ihn zu sehen und zu hören. Westdeutschland ergeht sich in einer *Schlamm-Orgie*. Wer etwas auf sich hält, schlammt. Evangelische Gemeindehäuser und Festsäle der Universitäten stehen ihm offen. Heimatdienst-Zentralen und Allgemeine Studentenausschüsse (Asta) – von unsren Steuergeldern gespeist – servieren Schlamm. Der christliche Schlamm ist zum Stimulans des satten und lüsternen Bundesbürgers geworden. – Das ist zu hart geurteilt? Nein, es ist nur hart ausgesprochen, was ist! Denn wo Schlamm redet, wiederholt er, was er schrieb:

«Der Westen geht an seiner Friedensgier zugrunde. Und vielleicht wird es sich wirklich für eine christliche Zivilisation als unmöglich erweisen, eine Epoche zu überstehen, in der die Bereitschaft, einen Krieg nach dem anderen zu führen, die Voraussetzung des Überlelebens ist.» – «Eine westliche Politik, die glaubhaft bereit ist, alle militärische Macht hinter die legitime Forderung Deutschlands nach Rückerstattung des usurpierten deutschen Gebietes zu stellen, würde den Rückzug der Sowjets aus Ostdeutschland bewirken. Niemand kann voraussagen, wie lange es dauern würde und welche Machtmittel eingesetzt werden müßten, aber niemand, der die Geschichte und das Wesen des Bolschewismus kennt, wird bestreiten wollen, daß die Sowjets am Ende *Ostdeutschland preisgeben würden*, eher als wegen Herrn Ulbricht einen Krieg zu riskieren.» – «Ein Deutschland, das mit uneingeschränkter amerikanischer Unterstützung handelt, könnte endlich eine ernsthafte Lösung des Wiedervereinigungsproblems wagen; und wenn die Sowjetunion mit einer radikalen Veränderung des kontinentalen Kräfteparallelogramms konfrontiert ist, wäre sie zum ersten Mal seit Jahrzehnten in die Defensive gedrängt.» – «Eine militärische Rü-

stung gegen den kommunistischen Expansionsdrang hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf einem Konzept der Offensive basiert.» – «Die Staatsmänner des Westens werden zwischen zwei gleichermaßen unpopulären Haltungen zu wählen haben – entweder eine sinnlose Rüstung gegen ein zunehmend stürmisches Massen-Veto durchzusetzen, oder eine obstinat pazifistische öffentliche Meinung resolut von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß der Kommunismus siegen muß, wenn der Westen nicht die Offensive ergreift.» Die Atomphysiker und Biologen werden von Schlamm als Lügner und Narren abgestempelt. Seine Beweisführung gipfelt in der Feststellung: «Dem Übel zu widerstehen, auch wenn der Widerstand den gräßlichen Tod ungezählter Menschen bedeutet, ist entweder moralisch vertretbar oder es ist moralisch nicht vertretbar. Wenn es moralisch vertretbar ist, dann will ich dem Übel widerstehen, auch wenn der Widerstand das nächste Mal zweihundert Millionen Menschen töten sollte, während es im letzten Krieg nur einhundert Millionen Opfer waren.»

Die «Fränkische Presse» vom 4. Dezember 1959 schreibt u. a. über das Auftreten Schlamms im evangelischen Gemeindehaus von Bayreuth:

«These Nr. 1: Die Sowjets wollen keinen Krieg. Und zwar in der Erkenntnis, daß sie wirtschaftlich und ideologisch ihre Ziele erreichen können, während sie in einer bewaffneten Auseinandersetzung alles zu verlieren haben. Sowjetische Grundtendenz: Angst vor dem Krieg; resultierend daraus die innere Bereitschaft, ihn um jeden Preis (auch um den Preis der Räumung Ostdeutschlands, Polens, des Baltikums und der Balkanstaaten) zu vermeiden. Aus dieser Annahme, die – wie uns scheint – den tödlichsten Irrtum der Weltgeschichte enthält, folgert Schlamm These Nr. 2: Die USA und die Bundesrepublik schließen einen Friedensvertrag, der Bonn die Souveränität über alles deutsche Gebiet zuspricht. Verbunden damit wird ein Militärpakt. Nach Abschluß beider Verträge wird der zweite Kalte Krieg in Szene gesetzt. Er beginnt nach Schlamm ‚mit der Entschlossenheit beider Staaten, die Rückerstattung des widerrechtlich besetzten deutschen Gebietes an Deutschland zu erzwingen'. – Diesen letzten Satz sagte Schlamm in einem Interview mit dem ‚Spiegel'. Er sagte ihn auch in Bayreuth. Ungleich hingegen war seine Antwort auf die nächste zwangsläufige Frage. (Und hier muß eingeschaltet werden, daß sich im Bayreuther Gespräch insofern ein ‚Glücksfall' ereignete, als Mr. Schlamm eine Aussage machte, die er den ‚Spiegel'-Redakteuren verweigert hatte.) Die Frage auf Schlamms obigen Satz lautete in beiden Fällen ‚Wie erzwingen?' (wie wollen Sie die Rückgabe der Ostgebiete erzwingen?). Die Antwort darauf hieß im ‚Spiegel'-Gespräch: ‚Mit welchen Mitteln, wird sehr absichtsvoll nicht gesagt'. Die Antwort in Bayreuth: ‚Mit ultimativen Forderungen an die Sowjets'. Nächste Frage (in Bayreuth): ‚Und wenn diese ultimativen Forderungen vom Osten

abgelehnt werden, *beginnt der Westen mit dem Krieg?*' Darauf Schlamm, klar und unmißverständlich: ‚Ja'. Damit war es heraus.

Aber es wiederholte sich nicht. Es ist bezeichnend für Schlamm, der von sich behauptet, seine Auffassung mit rückhaltloser Offenheit und Nennung aller Konsequenzen zu vertreten, daß er es nicht wagt, die letzte Konsequenz seiner Forderung der Öffentlichkeit klarzumachen. Denn das oben zitierte Gespräch ergab sich in einer vorangehenden *Pressekonferenz.* Im nachfolgenden Vortrag (also vor der Öffentlichkeit) brachte es Schlamm nur zum mehr oder minder unverbindlichen Aufruf zum Widerstand, der eine ‚Bereitschaft zum Kriege' einschließen müsse. Daß es ihm aber nicht auf die ‚Bereitschaft zum Kriege', sondern auf das, was folgen müßte, ankommt, sagte er im Vortrag nicht. So weit geht Schlamms ‚rückhaltlose Offenheit' nicht, so weit kann sie auch gar nicht gehen, wenn Anhänger gewonnen werden sollen. Schlamm kommt es – und das ist das Wesentliche, aber auch das Gefährliche – nur darauf an, eine Situation zu schaffen, die eine unerbittliche Automatik ist, die beim Krieg endet. Er, Schlamm, braucht deshalb nur das Uhrwerk in Gang zu setzen, ohne den Menschen sagen zu müssen, wann der Wecker zum ersten Atombombenwurf klingeln wird. Denn die einmal in Gang gesetzte Mechanik läßt sich dann nicht mehr aufhalten. Daher wäre es von ihm überaus ‚töricht', das Ende der Mechanik zu erwähnen. Schlamm weiß, daß er es nicht nötig hat, das Volk – wie vor früheren Kriegen – in Taumel und Begeisterung zu versetzen. Er geht – öffentlich – nur bis zum ‚zweiten Kalten Krieg', weil er weiß, daß die Automatik einer kalten Aggression unerbittlich zur heißen führen muß. So oder so.»

Der Bericht der «Fränkischen Presse» schließt mit der Beobachtung: «Man kommt um den Eindruck nicht herum, daß die Menschen das Auftreten Schlamms genießen wie einen Gruselfilm; wie ein Schreckenskabinett auf einem Rummelplatz. Das macht wohl auch den Erfolg seines Buches ‚Die Grenzen des Wunders' aus. Ein neuer Anreiz, eine neue Aufregung sind gegeben und sie werden ausgekostet.»

Schlamm ist der *Propagandist des Krieges!* 15 Jahre nach dem tötalen Zusammenbruch und angesichts des atomaren Massenmordes!

Wie hieß es doch in dem Brief des Kirchenrates und Dekans Kübel an Niemöller? «Die evangelische Gemeinde Bayreuth hätte berechtigten Anstoß daran genommen, wenn ihr Gemeindehaus *atheistischen* Versammlungsleitern zur Verfügung gestellt worden wäre.»

Der christliche Schlamm hat das Wort! «Der Friede als politische Aufgabe» ist in einem evangelischen Gemeindehaus fehl am Platz. Denn: «Es wird nicht zu vermeiden sein, daß Niemöller als Vertreter der Kirche gehört und seine Auffassung, wenn nicht als kirchliche, so doch als kirchlich gebilligte, verstanden wird.» Das ist offensichtlich das Schrecklichste, was der Kirche passieren kann. Diese Vorstellung scheint so eine Art Alptraum von vielen Pfarrern, Dekanen, Kirchenräten, Oberkonsistorialräten und Bischöfen zu sein. Darum her mit

dem christlichen Schlamm. – 1948 und 1950 redete selbst die Kirche sehr konkret gegen Krieg und Aufrüstung. *Das ist vorbei.* Wir machen wieder mit. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wird im Februar 1960 über die Sonntagsheiligung sprechen. –

Wissen sie immer noch nicht, was die Stunde geschlagen hat?

H. M.

«Das letzte Ufer»

Ein Film, betitelt «Das letzte Ufer», der kürzlich in 16 Städten der Welt zur gleichzeitigen Erstaufführung gelangte, hat bei uns eine sehr zwiespältige Aufnahme gefunden. Der Autor des Zukunftsromans «On the Beach», Nevil Shute, der vor wenigen Tagen gestorben ist, wollte der heutigen Welt vor Augen führen, wie beim gegenwärtigen Stand der nuklearen Rüstung und der unheilvollen Spannung ein Weltkrieg ungewollt, durch einen Zufall oder Irrtum ausbrechen könnte. Diesen dritten Weltkrieg nun, vielmehr seine letzten Auswirkungen, denn die Kampfhandlungen gingen schon vor Monaten zu Ende — erleben wir im Film. Alles Leben auf den großen Kontinenten ist erloschen. Wir hören, daß die Windströmung den Atomtod in einer berechenbaren Frist von Wochen und Tagen zu den letzten Überlebenden im Süden Australiens bringen wird. Eine Warnung an die Menschheit also und als solche sicher nicht überflüssig. Sie wird in der Erzählung Nevil Shutes eindringlich und psychologisch echt gestaltet — vom Film jedoch durch die Überbetonung und Verzerrung der Liebesgeschichte ins Triviale gezogen. Der am stärksten haftende Eindruck war vielleicht das Spruchband, das nach dem letzten Heilsarmee-Gottesdienst über der toten Stadt flatternd mahnt: «Noch ist es Zeit, Bruder, noch ist es Zeit.» Red.

WELTRUNDSCHAU

Dem Gipfel entgegen Das neue Jahr hat von den politischen Wetterpropheten im allgemeinen keine schlechte Voraussage mit auf den Weg bekommen. Zum mindesten steht es jetzt endlich fest, daß die west-östliche Gipfelkonferenz am 16. Mai in Paris beginnen wird, und wenn sie nicht geradezu ein Mißerfolg wird, sollen sich ihr weitere Zusammenkünfte der Regierungshäupter Amerikas, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion – vielleicht auch noch anderer Staaten – anschließen. Daß sich der Gedanke einer Gipfelkonferenz gegen alle Widerstände nun doch durchgesetzt hat, ist sicher nicht gering zu achten. Es ist vor allem ein Ausdruck der im Westen überhandnehmenden Erkenntnis, daß sich im vergangenen Jahrzehnt das militärische Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Ostblocks (eingeschlossen China) verschoben hat.

Churchill konnte in den Tagen des amerikanischen Atombomben-Monopols noch unverhüllt mit dem Präventivkrieg drohen, und Truman wie Foster Dulles konnten auch nachher noch ihre Politik der gewaltsamen «Eindämmung» und «Zurückrollung» der Sowjetunion entwickeln. Eisenhower scheint indessen begriffen zu haben, daß es für eine Niederkämpfung der Sowjetunion endgültig zu spät ist und daß der «Kalte Krieg» eine hoffnungslose Sache geworden ist. Dazu hat natürlich auch die andere Erkenntnis beigetragen, daß die Sowjetunion wahrhaftig anderes zu tun hat als einen Angriff auf den Westen vorzubereiten, daß Kriegsrüstungen und Kriegsindustrie für ihren inneren Aufbau nur ein schweres Hindernis sind, und daß trotzdem ihre Wirtschaftskraft von Jahr zu Jahr zunimmt, hat sich doch sogar nach den Angaben von Alan Dulles, des Leiters der amerikanischen Spionagedienste, das Rohprodukt der sowjetischen Volkswirtschaft in den letzten Jahren um mehr als neun Prozent jährlich vermehrt, gegen kaum drei Prozent in den Vereinigten Staaten und nur anderthalb Prozent in Großbritannien. Noch vor zehn Jahren stellte die Produktion der Länder des «sozialistischen Lagers» erst 20 Prozent der Weltproduktion dar; heute sind es über 30 Prozent, und 1965 werden es vermutlich 50 Prozent sein.

Präsident Eisenhower hat freilich aus diesen Tatsachen nicht die allein vernünftige Folgerung gezogen: radikale Abrüstung auf der ganzen Linie, wie sie Chruschtschew verlangt. Er predigt weiterhin die «Abschreckung» des Kommunismus durch militärische Einkreisung und H-Bomben, aber er reicht doch, vorsichtig und zögernd zwar, die Hand zu einer Verständigung mit dem «Erzfeind» und möchte gar zu gern als «Friedenspräsident» in die Geschichte eingehen. Als Mann des Friedens ist er denn auch auf seiner Blitzreise durch die halbe Welt von riesigen Volksmassen begeistert begrüßt worden (woraus seine Partei bei der kommenden Präsidentenwahl mächtig Kapital zu schlagen hofft); im übrigen galt aber seine Reise durch elf Länder der «freien Welt» (worunter sich solche Musterdemokratien wie Griechenland und die Türkei, Persien, Pakistan und Spanien befanden) mehr der Stärkung des inneren Zusammenhalts der kapitalistisch-feudalen Länder im Kampf gegen den Kommunismus, wobei die Zusicherung vermehrter Dollarhilfe an die notleidenden Regierungen dem Willen zur Treue gegenüber den gemeinsamen Idealen natürlich besonders starken Neuauftrieb gab . . .

Das gilt nicht zuletzt für S p a n i e n. Trotz den reichen amerikanischen Zuschüssen, die das Regime Franco in den letzten sechs Jahren bekam (fast eine Milliarde Dollar als Wirtschaftshilfe und rund 700 Millionen Dollar für den Ausbau der amerikanischen Militärstützpunkte und die Modernisierung der eigenen Armee) ist Spanien dem Bankerott immer näher gekommen. Franco mußte so neuerdings auf den Bettel gehen, und eine Gruppe ausländischer Finanzinstitute, an der Spitze der Internationale Währungsfonds und die Organisation

für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE), erbarmte sich schließlich auch seiner – freilich nur unter harten Bedingungen, die unter anderem eine Abwertung der Peseta, Zollabbau, Erleichterungen für die Anlage von Fremdkapital und Rückgängigmachung der Verstaatlichung gewisser Industrien in sich schlossen. Die Durchführung dieser typisch kapitalistischen «Sanierungsmaßnahmen», die ihm vom Ausland, besonders von den zehn an der internationalen Anleihe beteiligten amerikanischen Banken, diktiert wurden, rettete zwar das Regime Franco noch einmal vor dem Zusammenbruch, verschärfte aber die Not des spanischen Volkes noch viel mehr. Teuerung und Arbeitslosigkeit steigen bedenklich an und die Unzufriedenheit auch in bisher regierungstreuen oder doch politisch gleichgültigen Bevölkerungsschichten greift immer mehr um sich. Aber die Wirtschaftssachverständigen glauben, daß eine Arbeitslosenzahl von einer halben Million für Spanien durchaus erträglich sei und daß der erwartete Einstrom ausländischen Kapitals die Wirtschaft aufs neue beleben und damit auch Francos Herrschaft wieder festigen werde. Eisenhowers Besuch in Madrid sollte jedenfalls die Solidarität der Vereinigten Staaten mit Spanien bekräftigen und ihren Wunsch unterstreichen, daß all seinem Faschismus zum Trotz auch Franco offiziell in den Kreis der Teilhaber an der Kultur- und Verteidigungsgemeinschaft freier Nationen aufgenommen werde.

Risse im Westblock Auf seiner Rückreise ist dann der amerikanische Präsident in Paris mitten in die heftigen und langwierigen Auseinandersetzungen hineingeraten, die sich im Schoße der verschiedenen Körperschaften des westlichen Bündnissystems abspielten und zeitweise geradezu den Charakter einer schweren Krise der NATO annahmen. In den drei Wochen, welche diese Verhandlungen dauerten, sollen nicht weniger als 250 interalliierte Sitzungen stattgefunden haben – und doch war ihr Ertrag zuletzt ganz geringfügig, wenn nicht einfach gleich Null. Dies nicht nur darum, weil, wie versichert wird, für die einzelnen Sitzungen meist ganz wenig Zeit zur Verfügung stand (besonders wenn man die zeitraubenden Übersetzungen abrechnet), oft nur eine halbe oder eine ganze Stunde, sondern vor allem wegen der Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, die vielfach sehr weit auseinandergehenden Auffassungen der Teilnehmer unter einen Hut zu bringen.

Es handelte sich um drei Streitgebiete: das militärische, das politische und das wirtschaftliche. Der Hauptkampf spielte sich um die *militärischen* Fragen ab. Im Dezember 1957, auf dem Höhepunkt der «Sputnikkrise», waren bis in alle Einzelheiten die Beiträge der 15 Mitgliedstaaten der NATO an die gemeinsame «Verteidigung gegen die sowjetische Gefahr» festgelegt worden, die im Jahr 1963 – wie man annahm – ihre schärfste Zuspitzung erfahren werde. Schon jetzt zeigte

sich aber, daß die gesteckten Ziele bis dahin unmöglich zu erreichen sind. Statt der geforderten 30 Divisionen, die in West- und Mitteleuropa zur Verfügung stehen sollten, sind zurzeit nur 16 mehr oder weniger schlagbereit. Von den hundert mit Kernwaffen ausgerüsteten Flugzeugeinheiten, die 1963 da sein sollten – 50 davon schon heute –, sind nicht einmal 20 einsatzbereit. Mit den taktischen Flugzeuggeschwadern soll es noch schlechter stehen. Dazu kommt, daß auch die besonders von Amerika verlangte Vereinheitlichung der Waffentypen und des Oberkommandos von ihrer Verwirklichung weiter entfernt ist als je, weil sich de Gaulle nicht nur gegen ein Einheitskommando – namentlich ein solches für die Luftwaffe – des entschiedensten sträubt, sondern auch droht, die französischen Einheiten aus dem Verband der taktischen NATO-Luftgeschwader zurückzuziehen, und keinerlei amerikanische Kernwaffenvorräte auf französischem Boden duldet. Die Amerikaner – auch General Eisenhower – empfinden die französische Haltung als unsinnig und unloyal, so wie sie Frankreich, das eben in Algerien festgelegt ist, auch mit der Hauptschuld für den Rückstand im Aufbau kriegsstarker Landdivisionen belasten, während sich Frankreich heftig wehrt, als Sündenbock hingestellt zu werden, und seinerseits auf die Nichterfüllung des militärischen Plansolls durch Belgien, die skandinavischen Staaten und Griechenland hinweist. Zu irgendeiner wesentlichen Verständigung über diese Dinge ist es in Paris nicht gekommen; die ganze Frage ist einfach auf die lange Bank geschoben worden.

Mit den *politischen* Streitpunkten steht es nicht viel besser. Von einem gemeinsamen westmächtlichen Programm für die Verhandlungen mit der Sowjetunion ist noch keine Rede; seine Ausarbeitung ist drei «Arbeitsgruppen» übertragen worden, die in Paris eingesetzt wurden, aber keinerlei feste Richtlinien für ihr Vorgehen bekommen haben. Unklarheit herrscht besonders über die Berliner Frage; während die Westdeutschen jedwede Änderung des bisherigen Zustandes schärfstens ablehnen und ein Entgegenkommen an die Russen als Verrat brandmarken, ist es kein Geheimnis, daß man sowohl in London als in Washington einer «Übergangslösung» für Berlin allein nicht abgeneigt ist, die von der Lösung der gesamtdeutschen Frage getrennt wäre und früher oder später zu einer stillschweigenden Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik führen müßte.

Auch mit den unter den Westmächten umstrittenen *Wirtschaftsproblemen* ist man in Paris nicht weitergekommen. Der Gegensatz zwischen den sechs Mitgliedstaaten des «Gemeinsamen Marktes» und den sieben Ländern der «Freihandelszone», insbesondere zwischen Westdeutschland und Frankreich auf der einen und Großbritannien auf der andern Seite, hat an Schärfe kaum verloren, wenn sich auch die Vereinigten Staaten lebhaft um einen Ausgleich bemühen und die wirtschaftliche Einigung Westeuropas als Vorstufe zum engeren politischen Zusammenschluß nach Möglichkeit fördern, in der Mei-

nung natürlich, daß in Europa nicht etwa eine «dritte Kraft» entstehe, die sich der amerikanischen Kontrolle entziehen könnte. Eine besondere Wirtschaftskonferenz der westeuropäischen Staaten soll diese Fragen weitererörtern, wobei Amerika schon jetzt darauf dringt, daß die Hilfsaktionen für unterentwickelte Länder, für deren Kosten bisher die Vereinigten Staaten sozusagen allein aufgekommen sind, angesichts der erneuten Wirtschaftsblüte Westeuropas künftig von *allen* Mitgliedern der NATO und der OECE finanziert werden sollen.

Alles in allem: die Interessengegensätze innerhalb des Westblocks sind ernst und kaum zu überbrücken, wenigstens nicht im Rahmen des Kalten Krieges. Daß sie überhaupt in dieser Schärfe aufgekommen sind, ist ein deutliches Anzeichen für die Widersinnigkeit des Kalten Krieges selbst; in dem Maße, da er überwunden wird und sich die Notwendigkeit der west-östlichen Koexistenz und der Abrüstung durchsetzt, werden auch die Streitpunkte, die die Westalliierten entzweien, als gegenstandslos dahinfallen und wird die Einigung Europas auf einer viel breiteren und haltbareren Grundlage möglich werden, als sie jetzt von den Anhängern eines natürlich antisowjetisch ausgerichteten Kleineuropas zu schaffen versucht wird.

Abbau der Landarmeen! Die hartnäckigsten Verfechter des kleineuropäischen Gedankens und damit der konsequenten militärischen Aufrüstung sind im Kreise der westlichen Staatsführer, wie man weiß, de Gaulle und Adenauer. Der «Général Moi», wie de Gaulle in Frankreich spöttisch oft genannt wird, diese Reliquie aus dem 17. Jahrhundert, träumt – wie sein Kollege in Bonn – immer noch von einer neuen Größe des souveränen nationalen Machtstaates, den er zu verkörpern beansprucht. Alle Abrüstung ist ihm ein Greuel, sowohl diejenige der «konventionellen» Waffen und der Landarmeen, wie er sie für den Algerienkrieg braucht, als diejenige der Kernwaffen, die er im Gegenteil auch Frankreich sichern will, und um seine nationalen Sonderziele zu erreichen, scheut er vor keinem Druckmittel zurück, dessen Anwendung oder auch nur Androhung die Verbündeten Frankreichs gefügig machen könnte. Aber de Gaulle ist ja selbst nur ein Aushängeschild und Werkzeug allgemeiner gesellschaftlicher Mächte, die hinter ihm stehen: der reaktionären Bourgeoisie, des Kolonialfranzosentums, des faschistischen Militärklüngels und des immer dreister auftretenden Klerikalismus. Bezeichnend für die neuen Klerikalisierungsbestrebungen ist das kürzlich von der Nationalversammlung angenommene Schulgesetz, das den konfessionellen Privatschulen namhafte Zuwendungen und sonstige Vorteile sichert, wenn es auch sogar in diesem regierungsfrommen Scheinparlament nur gegen heftigen Widerstand und mit einigen Milderungen zugunsten des Grundsatzes der neutralen Schule durchgedrückt werden konnte.

Aber auch in der Außenpolitik Frankreichs macht sich der klerikale Einfluß aufs stärkste geltend. Warum, so fragt Professor Bernard Lavergne, der treffliche Pariser Soziologe, in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift «L'année politique et économique» (November 1959), warum stemmt sich Frankreich so hartnäckig gegen einen friedlichen Ausgleich mit der Sowjetunion? Und er antwortet: «Weil es mit kurzen Unterbrechungen seit 1945 beständig von Klerikalen regiert worden ist, das heißt von Leuten, die von der Pflicht überzeugt sind, Tag für Tag ihre Losungen vom Vatikan zu empfangen . . . Seit 20 Jahren sind die Regierungen und die meisten Verwaltungszweige Frankreichs dem ultramontanen Einfluß hörig, während doch die französischen Volksmassen weithin weltlich und ungläubig sind.» Der Vatikan ist aber, wie allbekannt, seit der russischen Revolution der erbittertste Feind des Kommunismus, den er mit allen Mitteln bekämpft, ohne freilich seine Ausbreitung und Befestigung hindern zu können. «Ganz im Gegenteil», meint Lavergne; «diese planmäßige Anschwärzung, diese gewollte Blindheit gegenüber den gewaltigen Wandlungen, die in unserer Zeit unter dem Einfluß des Kommunismus geschehen sind, hat nur zur Folge, daß der Vatikan als eine unheilbar reaktionäre und verblendete Macht dasteht . . . Solange der Quai d'Orsay (das französische Außenministerium. H. K.) eine politische Ablage des Vatikans bleibt, besteht keine Hoffnung, daß sich unsere angeblichen Diplomaten bemühen, irgend etwas von dem zu verstehen, was auf dem Erdenrund vorgeht, und daß sie die wirklichen Interessen der Nation vertreten. Als sturer Anhänger des Kalten Krieges, weil das eben die Haltung der römischen Kurie ist, hat der Quai d'Orsay sich darauf festgelegt, daß es niemals eine Annäherung zwischen Ost und West geben könne.»

Ähnliches kann man von dem Regime *Adenauer - Brentano - Strauß* sagen, auch wenn die westdeutsche Gesamtpolitik in erster Linie von den Interessenten der kapitalistischen Oberschicht und von den noch tief im Volksbewußtsein verwurzelten nationalistisch-militaristischen Kräften bestimmt sein mag. Der in Westdeutschland so merkwürdig planmäßig neuaufflackernde Judenhaß, dessen Bekundungen sich freilich auch auf eine ganze Reihe anderer Länder ausgedehnt haben, ist nur *ein* Anzeichen dafür, daß die Geistesverfassung, aus der die Hitlerseuche hervorgegangen ist, im deutschen Volk noch lange nicht überwunden ist. Die Bonner Regierung und ihre Stützen suchen freilich vergebens die Mitverantwortung für dieses Wiederaufleben des Antisemitismus von sich abzuschütteln, haben sie doch seit Jahren nicht nur *ein* Auge, sondern alle zwei gegenüber der Vergangenheit ehemaliger Nationalsozialisten geflissentlich zugedrückt. Es wimmelt ja in Westdeutschland nur so von Beamten, Diplomaten, Richtern, Lehrern usw., die nicht widerwillig, sondern ganz überzeugt dem Hitlerregime dienten und dessen «Geist» in der Bevölkerung auch heute aufrechterhalten. In der Bundesregierung allein sitzen zwei früher sehr tätig

gewesene Nationalsozialisten, und als seinen persönlichen Staatssekretär hat Adenauer keinen Würdigeren als den Kommentator der Judengesetze, den Herrn Globke, auserwählt. Wie ist es da anders möglich, als daß der Nazismus und Antisemitismus, besonders in der jungen Generation, unter der Asche weiterglomm und beim ersten Anblasen hell wiederaufloderte? Ist es etwa ein Zufall, daß die Gedenkstätten für die Opfer des Nazismus in Dachau, Belsen usf. meist von Ausländern besucht werden, während sich an Hitlers «Adlerhorst» bei Berchtesgaden, wie man hört, die Deutschen in hellen Scharen herandrängen?

Und wie der Antisemitismus und der mit ihm verschwisterte Nazismus, so ist in Westdeutschland auch der Antikommunismus, als Erbe der Hitler-Goebbels-Zeit, in allen Schichten noch äußerst lebendig und wird von den Regierenden mit größtem Erfolg für ihre Rüstungspolitik nutzbar gemacht. Mit Stolz legte Dr. Strauß, Adenauers Kriegsminister, dem NATO-Rat in Paris den in voller Ausführung begriffenen westdeutschen Rüstungsplan vor: 1961 werden 200 000 Mann einsatzbereit dastehen, eingeteilt in 12 Divisionen, deren jede mit Raketen vom Typ «Honest John» ausgerüstet sein wird. 1963 wird die Luftwaffe 28 Geschwader besitzen, auch sie mit Raketen (Matador, Mace, Nike und Hawk) reichlich versehen. Die Kriegsmarine wird im gleichen Jahr über 22 Seegeschwader und zwei Luft-Seegeschwader verfügen. Der Kern der NATO-Streitkräfte wird so durch die westdeutsche Wehrmacht gebildet werden, die in zunehmendem Maß ihre Organisation und Ausrüstung besonders mit der britischen Armee, Flotte und Luftwaffe in Einklang bringt.

Die westdeutsche Volksvertretung bewilligt die Ausgaben für diesen Neuaufbau der Wehrmacht im Handumdrehen; ja, der Verteidigungsausschuß des Bundestags beschloß im Dezember die Zahl der ursprünglich geforderten Jagdflugzeuge vom Typ «Starfighter» sogar von 300 auf 364 (im Kostenbetrag von 2,5 Milliarden Mark) zu erhöhen. Aber von den Westalliierten ist es einfach unverantwortlich, den Deutschen wieder eine moderne, kriegsbereite und mit Atomwaffen ausgestattete Armee in die Hand zu geben – nach allem, was deutsche Regierungen in den letzten Jahrzehnten mit diesem furchtbaren Werkzeug angefangen haben! Und vollends unentschuldbar ist es, daß die westdeutsche Sozialdemokratie nicht den allerstärksten Widerstand gegen die Rüstungspolitik der Regierung Adenauer leistet. Ja, anfangs schien es, als ob die Sozialdemokratie wenigstens die Ausstattung der Wehrmacht mit Atomwaffen tatkräftig bekämpfen würde. Aber wie Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 1/1960) schreibt: «Um die Bewegung ‚Kampf dem Atomtod' ist es so still geworden wie seinerzeit um die Paulskirchenkundgebung. Erst nachträglich erkannten die vielen Männer und Frauen – die freudig mitgetan hätten, wiewohl sie keine Parteimitglieder waren –, weshalb von der Partei so viel Wert darauf gelegt worden war, die Bewegung von oben zu steuern.

Sie hatte es auf diese Weise in der Hand, sie voranzutreiben, sie aber auch abzustoppen. Der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung war für die Parteiführung nach Erlers Äußerungen auf dem Münchner Kirchentag keine Gewissensentscheidung, sondern eine Frage des taktischen Verhaltens gewesen . . . Bundestagsabgeordnete der SPD ließen es sich nicht nehmen, trotz der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr freiwilligen Wehrdienst zu leisten. Die Parteiführung gab sich als Avantgarde des westlichen Antikommunismus.»

Ganz wie bei uns, möchte man sagen. Denn auch unsere *schweizerische* Sozialdemokratie macht ja grundsätzlich die ganze irrsinnige Aufrüstungspolitik der bürgerlichen Parteien, die jetzt alljährlich mindestens 1200 Millionen Franken verschlingt, «aus voller Überzeugung» mit. Und wenn es einmal an die Einführung von Atomwaffen geht (für die von den Militärs unermüdlich Propaganda gemacht wird), kann man sicher sein, daß die große Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Parlamentsfraktion ebenfalls dabei sein wird, war doch der eine ihrer beiden neugewählten Bundesräte einer der fünfunddreißig Partei- und Gewerkschaftsführer, die sich seinerzeit so entrüstet gegen die beginnende atomwaffenfeindliche Volksbewegung wandten.

Was angesichts dieser ganzen Sachlage, wie sie in den Ländern des Westens besteht, bei den kommenden Gipfelverhandlungen über die Abrüstung herauskommen wird, kann man sich unschwer denken. Nur wird sich eben die *Sowjetführung* dadurch kaum entmutigen lassen. Es ist zwar traurig und für den Westen beschämend, daß er den Vorkampf für die radikale Abrüstung so gänzlich den vielgeschmähten Kommunisten überläßt. Aber das ist nun eben einmal so, und man muß darum froh sein, daß Chruschtschew beim Neujahrsempfang im Kreml sagte, die Sowjetunion werde sich nicht «in ein Labyrinth endloser Gespräche über die Abrüstung hineinziehen lassen, sondern sich überlegen, ob es nicht angezeigt sei, die sowjetischen *Landstreitkräfte herabzusetzen* und sich auf die Verteidigung bloß mit Raketen umzustellen. Wir hätten es natürlich viel lieber gesehen, Chruschtschew hätte statt des bloßen einseitigen Abbaus der Landstreitkräfte gleich die einseitige Gesamtabrüstung – also auch die atomare Abrüstung – ins Auge gefaßt. Aber auch wenn die Sowjetunion nur ihre Landarmee auflösen oder doch massiv verringern würde, so ergäbe sich daraus eine ganz neue Lage.

Der Westen wird ja immer noch – wenigstens in der Volksphantasie; die Regierungen glauben es längst nicht mehr – von der Vorstellung beherrscht, die 3,9 Millionen Soldaten, über die die Sowjetunion verfüge und die im Ernstfall auf 7 Millionen gebracht werden könnten, seien mit ihren 20 000 einsatzbereiten und weiteren 15 000 in Reserve stehenden Panzern eine tödliche Gefahr für die «freie Welt». Und da der Westen eben dieser Riesenarmee keine ebenbürtigen konventionellen Streitkräfte entgegenstellen könne (warum

eigentlich nicht? Die Westmächte haben eine weit größere Bevölkerung als die Länder des Sowjetblocks), so könnten die Russen einzig durch eine ständig schlagfertige Atomwaffenmacht einigermaßen in Schach gehalten werden. Diese Vorstellung und Behauptung könnte bei einem Abbau der sowjetischen Landarmee nicht mehr aufrechterhalten werden. Das ganze Gebäude der westlichen Kriegsrüstungen und Militärallianzen würde erschüttert und der Kalte Krieg auch im Bewußtsein der jetzt noch irregeführten Völker endgültig als sinn- und zwecklos erwiesen werden.

Die Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten werden denn auch im Westen, der alten, üblen Gewohnheit gemäß, bereits nach Möglichkeit als nicht ernst zu nehmend hingestellt; sie seien mehr auf «Propagandawirkung» eingestellt, mit dem Zweck, den Westen zu größerer Nachgiebigkeit in bezug auf die Abrüstungskontrolle zu veranlassen (vgl. «NZZ» Nr. 15). Aber *wenn* die Sowjetregierung wirklich den von Chruschtschew angedeuteten Weg einschlüge, so würden diese Verwedelungskünste bald versagen und die Westmächte wie die ihnen folgenden «Neutralen» gezwungen sein, nicht nur ihre konventionellen, sondern auch ihre atomaren Waffen zum alten Eisen zu werfen, den Kalten Krieg abzublasen und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf dem Boden der Wirtschaft, der Sozialreform und des geistigen Lebens zu suchen. Der Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Kommunismus (beziehungsweise Sozialismus) und der Kampf um die Seele der unterentwickelten Völker würde dann in einen neuen Abschnitt eintreten, in dem es um echte Gegensätze und Werte, nicht mehr um Scheinpositionen ginge wie bisher.*

„Der rote Handel droht" Aber auch auf diesem Boden sind die Aussichten des Westens im Vergleich zu denen der Sowjetunion alles andere als günstig, vor allem was die Beziehungen zu den *unterentwickelten Ländern* anbelangt. Die Vereinigten Staaten denken ja bei ihrer Hilfe an die «zurückgebliebenen» Völker nicht in erster Linie an deren wirkliche und dringende Bedürfnisse, sondern an ihren eigenen Nutzen, nämlich an die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln, die sie von ihnen erwarten können, und an ihre Bedeutung für den Kampf der westlich-kapitalistischen Welt gegen den Kommunismus. Von der Gesamtheit der amerikanischen Auslandshilfe (der militärischen wie der wirtschaftlichen) geht darum seit 1947, wie Claude Julien im «France-Observateur» (17. Dezember 1959) darlegt, von vornherein der Großteil nicht an die unterentwickelten, sondern an die bereits industrialisierten Länder, die eben militärisch für Amerika weitaus am «interessantesten» sind. Groß-

* Inzwischen hat die Sowjetregierung bereits beschlossen, ihre Streitkräfte wenigstens einmal um 1,2 Millionen Mann zu verringern, so daß sie nach Durchführung des Abbaus noch 2,4 Millionen Mann umfassen werden.

britannien steht mit 41,1 Prozent der amerikanischen Auslandhilfe weitaus an der Spitze der Empfängerstaaten, Frankreich folgt bereits in weitem Abstand mit 13,7 Prozent, während die orientalischen und lateinamerikanischen Länder zusammen nur 10 Prozent bekommen haben. Der europäische Anteil an der amerikanischen Auslandhilfe verringert sich zwar in dem Maße, da Westeuropa sich wirtschaftlich erholt, aber die Vereinigten Staaten sind dennoch gegenüber den wirklich notleidenden Ländern Asiens viel zurückhaltender, als sie es je gegenüber Europa waren. Und innerhalb Asiens selbst sind es vor allem die militärisch für den Westen nützlichsten Länder, die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung bekommen. Japan, Südkorea, Formosa und die Philippinen zum Beispiel haben im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung sechzehnmal mehr Dollar erhalten als Indien, das eben bisher eine mehr oder weniger neutralistische Politik verfolgt hat. Zwischen 1955 und 1958 haben die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung an Indien zwar leicht erhöht (auf 419 Millionen Dollar), aber das kleine Südvietnam, das eben strategisch besonders wichtig ist, hat in der gleichen Zeit mehr bekommen als Indien (491 Millionen), und nach Südkorea sind gar 671 Millionen Dollar geflossen. So sehr denkt man in Washington in militärisch-machtmäßigen Begriffen, obgleich doch eigentlich der Kampf gegen die Armut auch vom amerikanischen Standpunkt aus die beste Abwehr gegen den Kommunismus wäre!

Nun fließt zwar auch amerikanisches Privatkapital in die unterentwickelten Länder (sogar doppelt soviel wie die Regierungshilfe ausmacht) – aber nur dorthin, wo es nach kapitalistischen Grundsätzen rentiert. Und diese Rentabilität hat eben gerade wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der asiatischen und afrikanischen Länder und wegen der dort herrschenden politischen Unsicherheit ihre engen Grenzen. Wirkliche, durchgreifende Hilfe aber durch Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung und politische Demokratisierung zu gewähren – das hieße für die amerikanische und die westliche Kapitalistenklasse überhaupt fast Selbstmord. Private Kapitalanlagen aus dem Westen vermögen also den zurückgebliebenen Völkern nur geringfügig weiterzuhelfen. Was aber den Nutzen der *Regierungshilfe* betrifft, so ist er oftmals höchst fragwürdig, schon weil die amerikanischen Subventionsgelder großenteils in die Taschen einer korrupten Oberschicht fließen, dann aber auch wegen des ganz ungenügenden Ausmaßes dieser Hilfe. In der gleichen Zeit, da die amerikanische Hilfe an das riesengroße, wenig industrialisierte Indien mit seinen hungernden Proletariermassen 400 Millionen Dollar betrug, erhielten Griechenland und die Türkei 2000 Millionen, über deren Verwendung zugunsten des gemeinen Wohls man die merkwürdigsten Dinge hört. «Das Bruttoverhältnis», so schreibt Julien in dem erwähnten Aufsatz, «ist also eins zu fünf; es wäre aber eins zu sechzig, wenn man die Bevölkerungszahl berücksichtigte. Hätte Indien eine verhält-

nismäßig ebenso bedeutende Wirtschaftshilfe erhalten wie Griechenland und die Türkei (400 mal 60 gleich 24 000 Millionen Dollar), so befände es sich trotzdem heute im gleichen Elend wie bisher, haben doch auch die massiven Dollareinspritzungen diesen beiden Ländern nicht wirklich helfen können.»

Dazu kommt nun aber noch ein anderer, wichtiger Umstand, auf den der Oxforder Volkswirtschafter Thomas Balogh im «New Statesman» (12. Dezember 1959) aufmerksam macht. Die hochentwickelten Industrienationen des Westens sind wieder mehr und mehr zu der vor dem Zweiten Weltkrieg üblich gewesenen Politik übergegangen, die stetige Erhöhung der Preise durch typisch deflationistische Maßnahmen – Kreditbeschränkung, Beschneidung der staatlichen Ausgaben usw. – zu bekämpfen. Die Folge war unter anderem, daß sie immer weniger imstande sind, die Rohstoffe und Lebensmittel, auf deren Absatz die unterentwickelten Länder angewiesen sind, zu Preisen abzunehmen, die für die Produzenten einigermaßen erträglich sind. Die Kluft zwischen den *reichen* und den *armen Völkern* erweitert sich so aufs gefährlichste, zumal die Bevölkerung der unterentwickelten Länder infolge abnehmender Sterblichkeit in außergewöhnlichem Maße zunimmt. Die armen Völker aber richten ihre Blicke immer mehr nach den kommunistischen Ländern – Sowjetunion und China in erster Linie –, deren wirtschaftliche und soziale Fortschritte alle Welt in Erstaunen setzen. Die Sowjetunion ist dabei in einer besonders günstigen Lage, um den zurückgebliebenen Ländern zu helfen. «Die Ertragsfähigkeit der russischen Landwirtschaft ist», wie Dr. Balogh bemerkt, «in den letzten fünfzig Jahren auf dem gleichen Stand geblieben, während sich die industrielle Erzeugung rasch gehoben hat und jetzt in absoluten Zahlen derjenigen einiger von den fortgeschrittensten westeuropäischen Ländern nahekommt. Infolge davon betragen in Rußland die Lebensmittelkosten, besonders für hochwertige Nahrungsmittel wie Fleisch, ein Vielfaches der entsprechenden Kosten im Westen.»

Was liegt also näher, als daß die Sowjetunion ihre überlegene industrielle Produktionskraft dazu benützt, Nahrungsmittel und Rohstoffe in unterentwickelten Ländern im Austausch gegen Industrieerzeugnisse zu kaufen? «Dadurch würden sich die Handelsbedingungen für die Rohstoffländer aufs stärkste zu ihren Gunsten verschieben und diese Länder aus dem Handelsverkehr mit Rußland erheblichen Nutzen ziehen . . . Das russische Eigeninteresse und das Interesse der armen Länder würde somit zusammenfallen. Das ist eine höchst bedrohliche Aussicht für die industriellen Länder Westeuropas, die auf die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigwaren angewiesen sind . . . Die Russen haben es in der Hand, bedeutende westeuropäische Länder – besonders England, das im Wettlauf um das Ausmaß der Wirtschaftsausdehnung weit hinter Deutschland, Frankreich und Italien zurückgeblieben ist – zum Stillstand zu verurteilen, sofern diese

Länder das Ausmaß ihrer Kapitalanlagen und ihres Fortschritts nicht entscheidend erhöhen können . . . Wenn einmal das Wettrüsten vorbei wäre, könnten sich die Russen darauf konzentrieren, ihre ländlichen Arbeitskräfte schneller in die Industrie einzubeziehen, da sie dann mehr Kapital zur Verfügung hätten oder weniger kapitalintensive Produktionsmethoden anwenden können.» Kurz: «Eine erfolgreiche Koexistenz der kapitalistischen Länder mit dem Sowjetblock hängt davon ab, ob es den ersteren klar ist, daß das nichttotalitäre Wirtschaftssystem in die Verteidigung gedrängt ist.»

Entkolonisierung Im Wettkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die Gestaltung der Zukunft der unterentwickelten Länder spielt *Indien* zweifellos eine entscheidende Rolle. An und für sich müßte Indien, das vor zwölf Jahren seine politische Freiheit von britischer Herrschaft gewonnen hat, eher im antikapitalistischen Lager stehen, und Nehru ist in der Tat nicht nur «Neutralist», sondern auch Sozialist. Allein die erdrückende Mehrheit der nationalbewußten Kräfte Indiens ist eben zugleich auch ausgesprochen bürgerlich-kapitalistisch, also entschieden antisozialistisch und erst recht antikommunistisch ausgerichtet. Die junge indische Bourgeoisie hat darum auch wenig Hemmungen, mit dem ausländischen Kapital zusammenzuarbeiten, das nach wie vor eine maßgebende Stellung in der Wirtschaft Indiens einnimmt und seine Investitionen in Industrie, Handel und Verkehr zwischen 1947 und 1957 von 22 auf 35 Prozent erhöht hat. Aus dem gleichen Grund ergriff sie mit Freuden die Gelegenheit, welche die chinesischen Grenzvorstöße und die Niederwerfung der tibetanischen Gegenrevolution ihr bot, um die antikommunistischen Gefühle im Volk zu nähren und Nehru mehr und mehr an die Seite der Westmächte zu drängen. Die Vereinigten Staaten nützten ihrerseits diese Lage geschickt aus, indem sie Eisenhower nach Indien schickten, das nach amerikanischer Auffassung «der asiatische Prüfstein der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Freiheit» ist.

Ob es dem USA-Präsidenten gelungen ist, eine Wendung in der außenpolitischen Haltung Indiens herbeizuführen, bleibt trotz den lockenden Dollarmillionen, die nun in verstärktem Maße in das «Wunderland» fließen werden, mehr als zweifelhaft – es sei denn, die Chinesen treiben ihre südlichen Nachbarn mit Gewalt vollends ins westliche Lager. Wirtschaftslage und Volksnot sind in Indien so schwer, daß – wie an anderer Stelle dieses Heftes gezeigt wird – ganz andere, radikalere Eingriffe in das gesellschaftliche Gefüge des ungeheuren Landes nötig sein werden, um einen wirklichen Umschwung zu bewirken. Und zu solchen Eingriffen ist die indische Bourgeoisie eben unfähig. Sie konnte wohl eine führende, fortschrittliche Rolle im Kampf für die nationale Befreiung spielen; im Kampf um die *soziale*

Befreiung des indischen Volkes und die Umgestaltung seiner Wirtschaft im Geiste des Sozialismus muß sie notgedrungen versagen.

Vor einer ähnlichen Lage stehen auch die anderen unterentwickelten Länder, vor allem diejenigen *Afrikas*, die jetzt in so stürmische Bewegung gekommen sind. Vor zehn Jahren noch gab es im schwarzen Afrika erst zwei mehr oder weniger unabhängige Staaten, Liberia und Abessinien, die aber beide keine gute Reklame für die afrikanische Freiheitsbewegung waren. Seither sind vier weitere dazugekommen: Ghana, Guinea, der Sudan und an diesem Neujahr Kamerun. Mali (Senegal und der französische Sudan), Nigeria, Madagaskar, Somaliland, der Belgische Kongo und vielleicht auch Tanganyika (das ehemalige Deutsch-Ostafrika) werden in Bälde folgen, so daß südlich der Sahara in der Hauptsache nur noch Französisch-Äquatorialafrika, die portugiesischen Gebiete von Angola und Mozambique sowie Kenia samt Uganda – vorerst – als Reste des ehemaligen weißen Kolonialreiches im schwarzen Erdteil verbleiben, neben der auch fernerhin von Weißen beherrschten Südafrikanischen Union und der benachbarten Zentralafrikanischen Föderation (Rhodesien und Njassaland). Im «braunen» Afrika sind Marokko, Tunesien und Libyen gleichfalls unabhängig geworden, und Algerien wird es trotz allem in naher Zukunft auch werden.

Das ist eine gewaltige Revolution; der schwarze und braune Mensch stellt sich mehr und mehr gleichberechtigt neben den weißen und entwickelt seine eigene, kühne und reiche Persönlichkeit. Aber es ist mit der politischen Befreiung eben doch nicht getan. Die Befreiung von der *wirtschaftlichen* Vorherrschaft der Weißen muß dazukommen. Und hiezu wird es neuer, großer Kämpfe bedürfen. Die ehemaligen Kolonialherren machen ja die stärksten Anstrengungen, um wenigstens die riesigen Profite zu retten, die sie aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte und Naturschätze zogen und ziehen. Die Vereinigten Staaten haben es ihnen längst vorgemacht, daß es gar keiner Kolonien im formalen Sinn bedarf, um ganze Länder und Erdteile in Unterwerfung und Tributpflichtigkeit zu halten. Warum sollte das Gleiche nicht auch in Afrika möglich sein, zumal amerikanisches Kapital nördlich wie südlich der Sahara schon jetzt höchst erfolgreich «arbeitet»? In Marokko liegen nicht weniger als 80 Prozent der Industrie- und Handelsanlagen in fremden Händen, und in anderen «souveränen» Staaten Afrikas – Libyen, Liberia, Guinea zum Beispiel – steht es ähnlich. Die französische Politik setzt denn auch alles daran, um die vom «Mutterland» politisch abgefallenen oder in absehbarer Zeit abfallenden afrikanischen Länder wenigstens wirtschaftlich in der «Communauté» festzuhalten, und England befolgt längst die gleiche Methode.

Dennoch – das letzte Wort wird nicht der Kapitalismus und Kolonialismus haben. Sein Bund mit der kolonialen und halbkolonialen Bourgeoisklasse und Feudalkaste wird nicht von Dauer sein. Die

Kann der moderne Mensch die Predigt des Evangeliums hören?

. . . . .

Es ist wesentlich, daß der moderne Mensch nicht nur da erreicht wird, wo er sich befindet, sondern daß er in der christlichen Predigt auch ernst genommen wird mit seinen Problemen, die er jetzt hat und in welchen seine immerwährende Größe und Hinfälligkeit zutage tritt.

Alle Versuche, diesen Menschen zu erreichen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn die Christen nicht *Menschen* sind, die *mitten in dieser Zeit drin* stehen. Sie dürfen dem modernen Menschen also nicht als schlechte Kameraden erscheinen, die, wie Albert Camus sagt, ständig zwischen Ergebung ins Unglück und Flucht ins Jenseits hin- und hergerissen sind. Eine eiserne Regel sollte jeder christlichen Predigt zugrunde liegen: *Man hat nur das Recht, von der Ewigkeit zu reden, wenn man auch diese Zeit bejaht, weil ja der Herr der Ewigkeit auch der Herr dieser Zeit ist.* Sonst verkündigt man nicht mehr das Evangelium, sondern man verbreitet Opium im Volk! Der moderne Mensch erwartet von den Christen — mit Recht! —, daß sie mit ihm am Wagnis des menschlichen Lebens beteiligt seien und daß die Kirche sich nicht scheut, zu den Ereignissen dieser Welt und Zeit Stellung zu nehmen. In Algerien hat mich vieles stark beeindruckt. Ganz besonders ist mir aber aufgefallen, wie aufmerksam die Leute der Predigt zuhörten, weil jeder sich darüber Rechenschaft gab, daß diese auf die Lage Bezug nehmen müsse, in der die Menschen in diesem Lande zu leben gezwungen sind. Daraus erklärt sich, daß die geistlichen Radiobotschaften vom Sonntagmorgen im Rundfunk von Algier in allen Kreisen, bei Katholiken, Juden und Mohammedanern, ein außergewöhnliches Echo haben. Diese Rundfunkandachten sind ohne Zweifel eines der wertvollsten Hilfsmittel, die die Kirche dort zu ihrer Verfügung hat; und sie macht davon einen ausgezeichneten Gebrauch, um den modernen Menschen zu erreichen. Sicher, die Frage, ob die Predigt aktuell sein soll, ist immer eine umstrittene Frage. Es wird stets Leute geben, die gegen «die Politik auf der Kanzel» protestieren. Aber ist es von der Bibel her gesehen nicht besser und richtiger, daß eine Predigt beunruhigt und Anstoß erregt, als daß ein sanftes und einschläferndes Gesäusel von der Kanzel herab ertönt, das niemand mehr ernst nimmt? Wie sollte es übrigens annehmbar sein, daß Gottes Liebe, die die Welt leitet, nicht alle Lebensgebiete durchdringe und erleuchte? Nochmals, hüten wir uns davor, das Evangelium zu verkürzen, bis es nur noch eine persönliche und private Angelegenheit ist! Nichts ist allumfassender und öffentlicher als Gottes Wort.

«Das Evangelium ist revolutionär. Es nährt im Namen von Gottes Unbedingtheit in der Welt dauernd eine Revolution, angesichts deren

die Sünde sehr bezeichnenderweise als Kompromiß und als gutes Gewissen in Erscheinung tritt[1].»

Ich möchte an dieser Stelle, daß wir *das Alte Testament* ernst nehmen und mit seiner Hilfe die Bedeutung der Gegenwart, die Wichtigkeit der geschichtlichen Umstände, der gesellschaftlichen und nationalen Schichtungen und der Dauer der Ereignisse und Umstände wieder finden. Das Neue Testament ist zu sehr von Hoffnung erfüllt und zu nahe bei der Auferstehung und bei Pfingsten, als daß es ihm neben dem Reden und Zeigen vom Nahen des Reiches Gottes noch möglich gewesen wäre, all das auch noch neu zu überdenken. Vor allem die Propheten gilt es neu zu lesen: Amos und seine Predigt über die Ehrfurcht vor dem Recht; Hosea und seine Mahnung zur Wahrheit, die für das Leben der Allgemeinheit so wichtig ist; Jesaja und seine Warnung vor dem Nutzen einer Politik, die nur kurzfristige Erfolge sucht; Jeremia und seine Kritik des Nationalismus. Wenn wir es hier oder anderswo wagten, in ihrer Lautstärke und mit ihrer Deutlichkeit zu reden, würde es zweifellos geschehen, daß wir wie sie behandelt würden. Das ist übrigens der Fall in Ostdeutschland, in Ungarn, in Spanien oder in gewissen lateinamerikanischen Ländern, bisweilen auch viel, viel näher bei uns. Aber kein Zweifel, dann bekäme das Evangelium seine Schärfe wieder. Es geht also darum, daß wir unsere Bibel lesen und nochmals lesen und aus *dieser* Quelle den rechten christlichen Ernst schöpfen, den beide Testamente atmen, jedes in seiner Weise, indem sie einander korrigieren und ergänzen. Und wenn wir da getrunken haben, sollen wir auch Ernst machen mit unserem Christentum, und das heißt mit der Tatsache, daß Christus diese Welt regiert bis auf den Tag, da er in Herrlichkeit wiederkommen wird, um alles seinem Vater zu übergeben.

Wenn ich sage: *wir*, so meine ich damit die Gemeinschaft der Christen, die Gemeinde und die Kirche in der ganzen Welt. Wir sind dazu berufen, einander zu helfen und miteinander die Bedeutung dieses prophetischen Dienstes und den für dieses Wagnis erforderlichen Mut wiederzufinden. Denn es ist ein Wagnis, so in seine Zeit hinein Gottes Wort auszurichten. Diesen Dienst erwartet der moderne Mensch am meisten von uns, selbst wenn er es nicht weiß und wenn er sich dagegen auflehnt und aufbegehrt, weil eine solche christliche Predigt ihn stört. Solcher Protest könnte sehr wohl nur die Kehrseite seiner Ehrfurcht sein. Er ist auf jeden Fall der Gleichgültigkeit hundertmal vorzuziehen. Das Evangelium wird übrigens nie helle Begeisterung hervorrufen. Es ist zu schonungslos wahr, als daß eine irgendwie geartete Nachsicht seinerseits uns verlockend scheinen könnte. Es redet zu eindeutig über die Möglichkeiten unseres Stolzes und die Wege unserer Freiheiten, als daß es uns angenehm berühren könnte. Es verpflichtet uns zu allzu hohen Forderungen, als daß wir ihm nach

[1] M. A. Chevalier, «Notre prédication en Algérie 1958».

unserer Natur leichthin beistimmen könnten. Es schenkt uns alles, aber gleichzeitig stellt es alles in Frage. Wir lassen uns nicht gern die Frage stellen. Wir haben Angst davor, beunruhigt, in Bewegung gesetzt und herausgerufen zu werden aus unserer kleinen, ichsüchtigen und bequemen Umgebung, die wir uns ausgesucht und geschaffen haben, und aus unserer ganzen Passivität. Nein, all das haben wir wirklich nicht gern, wir lieben ganz einfach Gott nicht. Aber Gott liebt uns. Darum wird uns sein Wort bis ans Ende der Welt immer neu aufwecken.

Georges Casalis

. . . . . .

Aus: Der moderne Mensch und die frohe Botschaft. Friedrich-Reinhardt-Verlag, Basel.

Die totalitäre Bewegung

In der Auseinandersetzung mit Rußland und dem Kommunismus überhaupt wird vor allem die totalitäre Bewegung, die in diesen Ländern herrscht, als eine Ordnung herausgestellt, mit der der Christ nicht paktieren könne (siehe zum Beispiel meinen Briefwechsel mit Pfarrer Trautvetter im «Aufbau», Jahrgang 1959, Nr. 40). Ich möchte dies sehr ernst nehmen. In der Tat: Totalität bedeutet ja, daß der Staat oder die herrschende Richtung im Staat alles reglementieren will, nicht nur die Wirtschaft, das Verkehrswesen unter anderem, sondern die ganze Kultur, Wissenschaft und Kunst, schließlich sogar den Glauben und das Gewissen. Er maßt sich an, den Menschen nach *seinem* Bilde zu gestalten, nicht nach dem Bilde Gottes. Dagegen erheben sich alle freiheitlich gesinnten Menschen. Denn hier wird der Staat zum Götzen gemacht, der über den Menschen ganz nach seinem Willen verfügen will, er will alles beherrschen, nicht nur den Leib, sondern auch die Seele des Menschen. In seiner extremen Gestalt schreibt er auch noch vor, was gut und böse, was wahr und nicht wahr ist. So bekommt er eine ungeheure Machtfülle. Wer sich dem entziehen will, ist in seiner Existenz, oft auch an seinem Leben bedroht. Wir haben dies beim Nationalsozialismus und Faschismus erlebt, wir sehen dies auch weithin im Kommunismus, mindestens in der Ära Stalin. Die KZ- und Straflager, die Verschleppungen, die erpreßten Schuldgeständnisse geben davon ein erschütterndes Zeugnis. Wie viel Gewissensnot, wie viel zerbrochenes Menschentum liegt dahinter verborgen! Dazu kann ein Christ nimmermehr ja sagen. *Es handelt sich hier um den weltgeschichtlichen Kampf zwischen Christus und Cäsar,* der ja besonders die ersten drei Jahrhunderte der christlichen Frühzeit beherrschte. «Wer ist dein Herr, dem du ganz gehören und dich opfern sollst», hat es geheißen, «Christus, der Kürios, oder der Kaiser in Rom?» Was für ein Martyrium haben da die ersten Christen auf

sich genommen, weil sie sich weigerten, diesen Kaiser als ihren alleinigen Herrn anzuerkennen! Es ist etwas Ungeheures, das in seiner tiefen Bedeutung noch gar nicht genügend erkannt worden ist, daß die römischen Kaiser mit all ihrer ungeheuren Machtfülle, all ihren grausamen Foltern, der Zerstörung der christlichen Kirchen, der Verbrennung der Bibeln die Standhaftigkeit dieser Christen nicht brechen konnten, die wehrlos und machtlos, ohne jeden äußeren Schutz, diesem grausamen Vernichtungsversuch trotzten, ja schließlich über diese römische Macht siegten, rein durch die kraftvolle Bezeugung ihres Glaubens und «das Blut ihrer Märtyrer». Mit dem Wort: «Du hast gesiegt, Galiläer», soll ja der letzte heidnische Kaiser Julian gestorben sein. Folgt daraus nicht, daß auch wir heute nichts anderes tun können, als die Christen aufzurufen, solchen totalitären Mächten bis aufs Blut zu widerstehen und darin unsere Treue zu Christus zu bewähren? Hat nicht einst die bekennende Kirche in Deutschland daraus die Kraft geschöpft, dem nationalsozialistischen Staat mit all seiner Brutalität und seiner Verleumdung standzuhalten und bis zum Schlusse zu trotzen trotz mancher Schwachheiten und Fehler?

Ist Totalität nur beim Faschismus und Kommunismus zu finden?

Ist nun die Totalität eine moderne Erscheinung, die erst mit dem Aufkommen des Faschismus und Kommunismus entstanden ist? Oder geht sie nicht durch die Geschichte der ganzen Menschheit, auch in westlichen Ländern, ja sogar durch die Geschichte der Kirche? War nicht das die große Tragik des Christentums, daß dasselbe bald nach dem Siege, den es gegen das Heidentum sich erkämpft hatte, selbst zu einer totalen Macht wurde, das keinen andern Glauben, keine andere Überzeugung neben sich dulden wollte, ja vielfach mit Feuer und Schwert diesem Glauben Bahn zu brechen suchte? Davon zeugt die Ausbreitung des Christentums zum Beispiel durch Karl den Großen in Sachsen, durch die Orden der Deutschritter und durch die Kreuzzüge. Davon zeugen auch die Scheiterhaufen, die man gegen die Ketzer errichtete, die Inquisition, die Verfolgungen all der Häretiker, von den Albigensern und Waldensern bis zu Johannes Huß. Luther hat wohl durch sein mannhaftes Bekenntnis in Worms der Freiheit des Glaubens und Gewissens eine Bahn gebrochen, aber er blieb auf halbem Wege stehen, wie auch Calvin. Den sogenannten «Schwärmern», den Täufern und Unitariern, wollten die Reformatoren diese Freiheit nicht zugestehen, auch diese Kreise wanderten ins Gefängnis oder in den Tod (Servet) oder mußten von einem Lande zum andern flüchten, bis sie endlich in Nordamerika eine dauernde Freistatt fanden. Der Dreißigjährige Krieg legt ein schauerliches Zeugnis ab von dieser gegenseitigen Intoleranz. Und noch an seinem Ende im westfälischen Frieden wurde der Grundsatz bestätigt: cujus regio, ejus religio, das heißt, war der Fürst evangelisch oder katholisch, so mußten es auch

die Untertanen sein. Die Andersgläubigen mußten auswandern. Diese Unduldsamkeit beherrscht ja heute noch weithin die katholische Kirche und ebenso die Länder des Islam, ohne daß deshalb das christliche und demokratische Abendland energisch dagegen Front macht, man denke an Spanien, Jordanien, Ägypten und viele Staaten in Südamerika. Ja man schließt ruhig Bündnisse mit solchen totalitären Diktaturstaaten! Auch der Zarismus war ja ein solcher sehr harter Diktaturstaat, der im Bunde mit der griechisch-orthodoxen Kirche seine Untertanen beherrschte und die Widerspenstigen in Kerker und Verbannung schickte. Wir sehen also: mag die Diktatur jeweils verschiedene Formen angenommen haben, *die totalitäre Regierungsform ist jedenfalls keine Erfindung des Kommunismus*. Dieser hat sie vielmehr vielfach von seinen Gegnern übernommen und wurde durch die scharfe Bekämpfung, die ihn zu vernichten drohte (man denke an die Interventions- und Bürgerkrieg in Rußland), und durch die Notwendigkeit, ein vollständig zerrüttetes Staatswesen unter Hunger und Entbehrung wiederaufzubauen (Rußland und China) mindestens vorläufig weithin dazu gezwungen.

Die Ursache der totalitären Bewegung

Diese entspringt verschiedenen Quellen: der Herrschsucht und Gewalttätigkeit einzelner Persönlichkeiten (Napoleon, Hitler, Stalin), der Intoleranz, die gerade auf religiösem Gebiet so oft zutage trat, der Erschütterung eines Staatswesens durch soziale oder nationale Wirren oder den anarchischen Mißbrauch der Freiheit, die ins Chaos zu führen droht und dann als Gegenschlag die Diktatur und Tyrannis heraufführt (Napoleon, de Gaulle und andere). Vor allem aber ist es der *Krieg*, der — ganz besonders in heutiger Zeit — die totalitären Tendenzen in ihrer krassesten Form erzeugt. Denn gibt es eine größere Vergewaltigung des Menschen, als wenn man ihn zwingt, sich auf die Schlachtbank führen zu lassen, sich töten oder verstümmeln zu lassen, und, was noch schwerer wiegt, schuldig zu werden durch Massenmord an andern?

Gewiß wird dies oft dadurch verhüllt, daß man die Menschen bewußt oder unbewußt in einen narkotischen Rausch und Taumel zu versetzen weiß, daß man dies als ein Opfer für die höchsten Ideale des Lebens hinstellt. Wie furchtbar dabei der Idealismus besonders der Jugend mißbraucht wurde, haben wir Deutsche gerade im letzten Weltkrieg erfahren.

Im Krieg, da gibt es auch kein Recht und keine Gerechtigkeit, rücksichtslos wird der einzelne zertreten, das Land verwüstet, das Eigentum geraubt oder vernichtet, ganze Völker verschleppt, da ist der einzelne vielfach nur noch «Menschenmaterial», «Kanonenfutter», und das Gefühl für die Heiligkeit des menschlichen Lebens stirbt ab. Es gibt keinen Bezirk mehr, in dem das Gesetz des Krieges nicht alles

beherrschen würde, auch Frauen und Kinder werden im totalen Krieg eingespannt und auseinandergerissen. Es ist darum auch kein Wunder, daß nach den Kriegen die Verwilderung eines großen Teils der Jugend und die Zunahme der Verbrechen um sich greifen. Dazu weckt der Krieg eine Massenpsychose, ja Massenhysterie, der sich nur wenige entziehen können, auch in den demokratischen Staaten. Hat nicht in den meisten Kriegen jedes Volk geglaubt, daß es im Recht sei, daß der andere der Angreifer und es selbst der Angegriffene sei? Man denke an den Ersten Weltkrieg! Denn auch in den demokratischen Staaten gibt es eine durch Presse und Rundfunk gelenkte Meinungsbildung, einen Kalten Krieg oft sehr schlimmer Art, aus dem der heiße entsteht.

Darum ist es heute unsere erste Pflicht, uns für den *Frieden* in jeder Form einzusetzen, nicht nur mit schönen Worten, sondern mit der Tat. Gott zeigt uns jetzt deutlich genug, daß wir der Katastrophe entgegeneilen, wenn wir so weitermachen mit Wettrüsten, immer stärkerer Atombewaffnung und gegenseitiger Hetze. Wir müssen den Weg der gegenseitigen Verständigung suchen. Wir haben in den letzten Wochen wieder einmal in erschütternder Weise einen Ausbruch antisemitischen Hasses erlebt. Das soll uns eine Warnung sein, daß wir uns nicht in ähnlicher Weise in einen *antikommunistischen* Haß hineintreiben lassen, was eines Tages leicht zu ähnlichen Greueltaten und Pogromen führen könnte wie bei den Juden, wie wir dies zum Beispiel schon in Ungarn erlebt haben. «Wer Wind sät, wird Sturm ernten!» Aus Haß und Rache entsteht nie eine bessere Welt. So werden wir nie das totalitäre System überwinden.

Wie überwinden wir die totalitäre Bewegung?

Daß wir dieselbe nicht mit Gewalt «ausrotten» können, sollte klar sein, das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben wollen! Das Ergebnis wäre unvorstellbar grausig. Wir überwinden ihn aber auch nicht dadurch, daß wir sein Schreckgespenst unaufhörlich an die Wand malen. Das führt nur zur Haß- und Angstpsychose mit all ihren schlimmen Folgen. Es gilt vielmehr, der Totalität weltlicher oder kirchlicher Mächte die *Totalität Christi* entgegenzusetzen, das heißt aber konkret gesprochen, der Gewalt die gewaltlose Kraft des Geistes und des Opfers, dem Haß die Liebe, der Angst das Vertrauen auf Gott, dem sturen Sichabschließen die Aufnahme von Kontakten. Damit soll keineswegs einem blinden Hinwegsehen über die Gefahren und die widergöttlichen Kräfte in den totalitären Systemen das Wort geredet werden und noch weniger einem falschen Sichanpassen an ihre Ideologien und Handlungsweisen; zur Liebe muß die Wahrheit treten, das unerschrockene Zeugnis für die Wahrheit und der Ruf zur Umkehr von falschen Wegen, was aber natürlich etwas anderes ist als der Ruf zu einem bürgerlichen Lebensstil früherer Prägung.

Aber diesen Ruf zur Umkehr wollen wir im Westen vor allem zuerst *an uns selbst* richten, zumal wir ja an der Entwicklung im Osten einen großen Teil Schuld tragen und dem Osten ein Christentum vorgelebt haben, das durch seinen Bund mit herrschenden reaktionären Mächten, durch seinen Gewaltglauben und Mammonsdienst eher die andern abgestoßen als angezogen hat. Es gilt nun, im Geiste Christi, aber in völliger Unparteilichkeit, die Heiligkeit jedes Menschen, besonders aber der Unterdrückten, Schwachen, Elenden und Zertretenen zu vertreten, sowohl gegenüber dem Kapitalismus und Kolonialismus des Westens wie gegenüber der rücksichtslosen, oft so brutalen Vergewaltigung des einzelnen oder bestimmter Kreise im Osten. Letzteres darf auch nicht um der «großen Ziele» willen geschehen, die man vor Augen hat, die man aber eben dadurch in ihrem innersten Kern vergiftet und so aus Befreiung neue Knechtschaft macht. Es gilt aber auch, dem Egoismus und Wuchergeist, der Geld- und Genußgier, die bei *uns* eingerissen haben, einen wahrhaft *christlichen Sozialismus* entgegenzustellen, dem das Wohl des andern, auch im andern Volke, gerade so wichtig ist wie das eigene Wohl und der die Gerechtigkeit und Brüderlichkeit aus der *Kraft Gottes* ebenso ernst oder noch besser verwirklichen will, als dies drüben mit weltlichen Mitteln versucht wird.

Es gilt ferner, das Positive auch in den andern Systemen zu sehen und anzuerkennen und die Versuche dieser, zu einer toleranteren und liberaleren Haltung zu gelangen, wie sie zum Beispiel am 20. Parteitag der Kommunisten in Rußland sicherlich ehrlich gemacht wurden, nicht dadurch wieder zunichte zu machen, daß man sie zum Sturz des ganzen Systems und zur Wiedereinführung alter reaktionärer Ordnungen auszunützen sucht, was natürlich einen schweren Rückschlag erzeugen muß (Ungarn).

Es gilt vor allem, sowohl der Kirche wie der Welt, sowohl den freiheitlichen Staaten des Westens wie den totalitären des Ostens *den echten, lebendigen Christus* vor Augen zu führen und zu verkündigen, der nicht der Hüter des Bestehenden, sondern der Wegbereiter des Kommenden sein will und durch den die *tiefste* Revolution unseres Daseins und der Gesellschaft entstehen soll.

Hier ergeben sich *große Aufgaben für uns religiöse Sozialisten*, falls wir dessen noch fähig sind und Gott nicht andere Werkzeuge dafür berufen muß. Unsere Zeit ist voll großer Gefahren, aber auch voll großer Möglichkeiten, und unsere Hoffnung ist, daß Gott gerade durch die Wirren der Zeit uns seinem Reiche entgegenführen will. Er ruft uns heute besonders zu einer durchgreifenden Hilfe für die hungernden Völker, und wenn die Völker in Ost und West sich in dieser *praktischen* Hilfe einigten, würden sie am besten auch über die bestehenden Gegensätze hinauskommen. Denn nichts führt so zusammen wie gemeinsame Aufgaben und gemeinsamer Dienst am Nächsten.

Noch sind Berge von Vorurteilen, Haß und Mißtrauen zu überwinden, aber der «Zwang zum Überleben» und die zunehmende Friedenssehnsucht der Völker wird, so hoffe ich, auch diese Berge abtragen, wenn wir das Unsere dazu tun, so daß das Wort des erhöhten Christus wahr wird: «Siehe, ich mache alles neu!»

Eberhard Lempp

Die Geschichte als Verlust und Rückeroberung des Paradieses

Wir geben nachstehendem Aufsatz Raum, ohne den Gedankengängen des Verfassers immer zuzustimmen. Red.

«Mein Standpunkt ist überhaupt das Christentum in der Totalität seiner geschichtlichen Entwicklungen, mein Ziel jene erst wahrhaft allgemeine Kirche (wenn Kirche hier noch das rechte Wort ist), die allein im Geist zu erbauen ist und nur im vollkommenen Verständnis des Christentums, seiner wirklichen Verschmelzung mit der allgemeinen Wissenschaft und Erkenntnis bestehen kann.»
(Schelling in «Philosophie der Offenbarung»)

Der größte Teil der Abendländer sucht das Goldene Zeitalter nicht in der Zukunft, sondern in der Vorzeit. Die einen lesen wehmütig die Sagen antiker Halbgötter und versunkener Reiche, die andern wandern aus, um in der Südsee oder in Alaska Reste des verlorenen Paradieses zu finden.

Nur eine kleine Schar von Christen hält sich an die Propheten und wartet auf ein Paradies in der Zukunft. Zu ihnen gesellen sich, nicht weniger gläubig, die Gottlosen. Auch ihnen wurde verheißen, daß die Menschen die gegenseitige Entfremdung überwinden, daß die Klassen sich auflösen und die Schwerter zu Pflugscharen werden.

Woraus schöpfen die gläubigen und die ungläubigen Sozialisten ihre Zuversicht? Die Frommen bauen auf die Offenbarung, die der harrenden Menschheit das Kommen des Reiches Gottes verheißt. Sie fühlen sich als Glieder eines sündigen Geschlechts, das des Paradieses verlustig ging, das aber in seinem Erlöser Jesus Christus den König erblickt, der es wieder zurück in die Stadt Gottes führt. Die gottlosen Dialektiker dagegen vertrauen auf die Kraft *ihres* Geistes, der sie befähigt, das geschichtliche Bewußtsein aus dem Sein der Gesellschaft zu erklären und die Welt zu erkennen, um sie zu verändern.

Auch die Gottlosen sprechen von einer Schuld der Individuen, Klassen und Nationen. Denn wie die Frommen wissen auch sie, daß die Zerklüftung in reich und arm, mächtig und schwach, Freund und Feind am Anfang der Geschichte nicht bestand und nur durch menschliches Versagen, durch Neid, Habgier und Ausschweifung über die Welt gekommen ist. Und endlich wurde auch den Gottlosen ein

Prophet geschenkt, der das Gesetz auflöste, um es zu erfüllen. Es ist Karl Marx, der einer ständig wachsenden Schülerschaft lehrt, wie das Übel in die Welt kam und wie es zu überwinden sei. Es sind Marxisten, welche heute die alten Tafeln zerbrechen und eine Gesellschaft schaffen wollen, die endlich den Mensch zum Menschen macht. Ihr großer Apostel, Lenin, hat in «Staat und Revolution» geschrieben, daß es einmal keinen Staat mehr geben wird, «infolge des einfachen Umstandes, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach gewöhnen werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit *Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des Zusammenlebens* einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung und ohne den besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt, einzuhalten». Lenin fügte hinzu: «Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des Absterbens nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt.» (Auszeichnungen von uns.)

Diese Worte lösen die Gesetze des Staates und die Gebote der Sittlichkeit auf, um sie zu erfüllen.

Auch der Haß der Marxisten gegen die Bourgeois erinnert an den heiligen Zorn Christi auf die Krämer und Pharisäer im Tempel. Wir haben in einer Betrachtung über Psychohygiene und Religion* gezeigt, daß Christus nur gegenüber dem Nächsten an unserer Seite, also nur in privaten Händeln, den Backenstreich nicht zu erwidern empfahl. Der große Seelenkenner ging von der Tatsache aus, daß man in der Regel nur dann eine Ohrfeige bekommt, wenn man jemanden beleidigt hat. Auch wenn der Streich der Kränkung nicht angemessen ist, gebietet die Weisheit, den Streit zu schlichten, indem man nachgibt. Christus trat mit diesem Rat dem jüdischen Rachegeist entgegen. Er verurteilte die alttestamentlichen Worte: «Auge um Auge, Zahn um Zahn». Er erwähnte aber die Steigerung nicht, die bis zum «Leben um Leben» führt. Wir schließen daraus, daß er die Notwehr guthieß, sowie er auch riet, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Gewiß lesen wir bei Matthäus, daß wir dem Bösen nicht widerstehen sollen. Doch es ist uns aufgefallen, daß diese Stelle bei den andern Evangelisten fehlt, so daß wir die Annahme wagen, daß Matthäus eine falsche Verallgemeinerung beging. Auch das Wort von der Feindesliebe dürfte auf die Versöhnlichkeit im Innern des Staates zu beziehen sein, denn der Kaiser verlangt nicht nur Steuern, sondern auch Kriegsdienste vom Bürger. Der große Kirchenvater Augustin erörterte die Macht, die einem Kaiser zusteht, mit folgenden Worten: «Er (der Staat) verlangt nach einer Art irdischen Friedens selbst in den niedrigsten Dingen. Zu diesem Frieden nur wünscht er durch seine Kriege zu gelangen; denn wenn er siegt, und keiner ist mehr, der ihm widerstehe, so wird

* «Vom seelischen Gleichgewicht» (Francke, Bern 1945)

ja Frieden sein, den die nicht haben, die wider einander kämpfen und, von der Not getrieben, um Dinge streiten, die sie zusammen nicht besitzen können. Diesen Frieden suchen die mühevollen Kriege, und diesen Frieden erwirbt der Sieg, der für so glorreich gilt. Und wenn die siegen, die in der gerechten Sache kämpfen, wer sollte einen solchen Sieg nicht froh begrüßen, der den erwünschten Frieden bringt? Denn das sind Güter und sind ohne Zweifel Gaben Gottes.» (Über «Krieg und Frieden im weltlichen Staat» in: De civitate dei.)

Berücksichtigen wir Lenins sittliche Begründung seiner Theorie der Revolution, so können wir behaupten:

Der Kirchenvater Augustin und Lenin, der Schöpfer des kommunistischen Staates in Rußland, haben über Weg und Ziel der *Machtpolitik* verwandte Gedanken geäußert. Der Hauptunterschied, der sie trennt, ist Gottesfurcht. Doch heute erhebt ein großer Christ seine Stimme, um in einem Buch über Rußland zu erklären, daß auch im Kommunismus eine christliche Glaubenskraft lebendig sei. Es ist der Dekan von Canterbury, der in seinem Buch «Ein Sechstel der Erde», S. 345, sagt: «Ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Atheismus bedeutet vom christlichen Standpunkt aus ebensowenig, daß ein Mensch grundsätzlich irreligiös sei, wie das leidenschaftliche Bekenntnis des Glaubens an Gott einen Menschen als unbedingt religiös abstempelt. Es hängt viel davon ab, welche Bedeutung wir den Begriffen Religion und Gott beimessen.» Der Dekan fährt dann fort: «Tolstoj, so wird uns berichtet, fragte einmal Maxim Gorki unvermittelt: ‚Glauben Sie an Gott?' Gorki erwiderte: ‚Nein.' Ich möchte Tolstojs Erwiderung sinngemäß wiedergeben: ‚Sie sagen nein, und Sie glauben auch, daß das die Wahrheit ist. In Wirklichkeit verhält es sich aber nicht so, denn jedes Wort, das Sie schreiben, zeugt vom Gegenteil. Nicht das, was ein Mensch sagt oder denkt, sondern das, was ein Mensch *ist*, verrät die Wahrheit. Ihr ganzes Sein beweist mir, daß Sie an Gott glauben!' Wir dürfen uns hier wohl die Worte Christi ins Gedächtnis rufen: ‚Nicht jeder, der zu mir sagt, Herr, Herr, wird ins Himmelreich kommen, sondern der den Willen meines Vaters erfüllt.'» Und wir fragen: Hat nicht auch Augustin gesagt: «Ama et fac, quod vis?» (Liebe und mache, was du willst!).

Die kommunistische Lehre und die Weisheit des Gottesstaates von Augustin verraten ihre Verwandtschaft vor allem in ihrem tiefen Wissen um die *Zweideutigkeit* der Macht. Beide sind sich einig, daß der Zweck die Mittel heiligt, aber beide haben erkannt, daß das Friedensziel *nur* die Mittel und nicht auch die *Motive* heiligt, wie sich später der Basler Theologe Liechtenhan ausgedrückt hat. Wenn ein Soldat aus Grausamkeit tötet, und wenn ein Richter aus Rache richtet, begehen sie ein Verbrechen, mögen Krieg und Gerichtsurteil auch noch so gerecht sein. Auch jener Herrscher ist böse, der sich an seiner Macht berauscht, so wie ein Untersuchungsbeamter verworfen ist, wenn er aus Eigennutz seines Amtes waltet. Den Unterschied zwischen erha-

benem Zweck und niedrigem Beweggrund hat auch Jacob *Burckhardt* gesehen. Er lehrte, daß die Macht *an sich*, also die Macht um der Macht willen, böse ist, während die Macht, die ein Herrscher zum Wohle des Volkes gebraucht, die Grundlage der Kultur darstellt. (Vgl. Kulturgeschichte der Renaissance.)

In großartiger Schau hat ferner *Pestalozzi* «den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts» dargestellt und über die Problematik der Macht das folgende geschrieben: «Der Mensch ist schon in der Höhle nicht gleich, unter dem Dach, hinter Riegel und Wänden wächst diese Ungleichheit mächtig, und wenn er zu Hunderten und Tausenden zusammensteht, so ist er gezwungen, ob er will oder nicht will, er muß zu dem Starken sagen: ‚Sei du mein Schild', zu dem Listigen: ‚Sei du mein Führer', und zu dem Reichen: ‚Sei du mein Erhalter.' Das ist der Ursprung der Macht, der tief in unserer Natur liegt und sich auf das wesentliche Bedürfnis der Entwicklung des ganzen Geschlechts gründet; aber freilich auch wie der Strom, der ganze Reiche wässert, oft ganze Provinzen verheert. *Nicht die Macht, der Mensch, der sie in der Hand hat, ist schuld an dem Verderben seines Geschlechts.*» (Auszeichnung von uns.)

Aber nicht nur Pestalozzi, sondern auch Lenin hat in seinen Schriften den Krieg und den Zwang nur dann als notwendig erachtet, wenn keine andern Mittel zur Erkämpfung des Friedens im Staat und unter den Völkern vorhanden sind. Litwinow hat denn auch nach dem siegreichen Abschluß der russischen Revolutions- und Interventionskriege sofort die Abrüstung verlangt und den Frieden als unteilbar bezeichnet. Erst als Leningrad einer Bedrohung durch die Wehrmacht Hitlers ausgesetzt war, sah sich Rußland gezwungen, das Mittel des Krieges erneut zur Anwendung zu bringen. Daß der finnische Krieg einer Verteidigungsmaßnahme gleichkam, ließ auch der Sowjetfeind Kravchenko in seinem Buch «Ich wählte die Freiheit» gelten. Seitdem Hitler überwunden ist, rufen die kommunistischen Führer wieder unermüdlich nach Abrüstung. Sie schlagen diesen Versöhnungsweg selbst für Länder vor, die in einen Bürgerkrieg verwickelt sind, denn sie zählen auch dort auf einen friedlichen Sieg des marxistischen Ideals.

Aber noch haben die Marxisten das Prinzip der *Diktatur* auch nach einem friedlichen Sieg nicht aufgegeben. Dadurch bleibt nicht nur die Spaltung der Arbeiterparteien bestehen, sondern auch der parlamentarische Sieg, ja selbst die Abrüstung werden in Frage gestellt!

Erst wenn sich die Kommunisten überall dort, wo sie noch in der Minderheit sind, zu einem klaren Bekenntnis zur *Freiheit* vor und nach dem Sieg durchringen könnten, würde der Bruderstreit zwischen und selbst innerhalb der Arbeiterparteien sein Ende gefunden haben. Wären die Werktätigen in einer einzigen sozialistischen Partei zusammengeschlossen, so wäre ihnen die Mehrheit in kurzer Zeit gewiß, denken wir nur an die Fortschritte der Nenni-Partei, die radikalen Sozialismus mit dem Ideal der Freiheit verknüpft.

Macht ist nicht immer böse, aber die Geschichte schreitet einem Ziel entgegen, wo sowohl der Krieg als auch der Zwang sich erübrigen. Lassen wir Dogmen fallen und hören wir auf die Zeichen der Zeit. Die Wahrheit offenbart sich immer in neuer Gestalt. Im 3. Band seines Bibelwerkes schrieb L. Ragaz, S. 25: «Es ist sonnenklar und durchaus die Meinung der Bibel, daß wir mit einer *fortschreitenden* Offenbarung Gottes in der heiligen Geschichte und durch sie rechnen müssen . . . Es gilt, eine gewisse *Relativität* der Wahrheit anzuerkennen. Das bedeutet: es kann unter bestimmten Umständen und in bestimmten Zeiten etwas religiös und sittlich Wahrheit, Recht und Norm sein, was unter andern Umständen und in andern Zeiten zu Irrtum, Unrecht, ja Verbrechen wird.»

Dazu gehören nach Ragaz auch Bürgerkrieg und Diktatur. Beide hatten in bestimmten Zeiten ihre Berechtigung. Mehr und mehr aber werden sie nicht nur im Westen, sondern auch im Osten zu Irrtum, Unrecht, ja Verbrechen. *Franz Keller*

Vom U-Boot-Kommandanten zum Pazifisten

Seit einem Vierteljahrhundert steht die Gestalt des deutschen Pastors Martin Niemöller, heute Kirchenpräsident der evangelischen Kirche von Hessen-Nassau, im Scheinwerferlicht des politischen Interesses, das weit über das konfessionelle hinausgeht. Niemöller wurde in seiner Dahlemer Zeit der große christliche Antagonist des Hitler-Regimes, einer der großen bekennenden Glaubenszeugen im Dritten Reiche und mußte für diese mutige Haltung, die «Gott mehr als den Menschen gehorchte», mit acht Jahren KZ büßen. Ungebrochen kam Niemöller aus dem KZ heraus, wurde im In- und Auslande geehrt und zum «Außenminister» der Deutschen Evangelischen Kirche ernannt. Aber bald geriet er auch mit der Bundesrepublik in Konflikt, widersetzte sich dem Gedanken der Aufrüstung und Einführung der Bundeswehr, ließ die Ost-West-Grenzen im christlichen Raume nicht gelten und ging endlich als christlicher Pazifist so weit, soldatische Schulung im Atomzeitalter als «Erziehung zum Berufsverbrechertum» zu brandmarken.

Nun hat es D i e t m a r S c h m i d t unternommen, die Biographie dieses «deutschen Jeremias» zu schreiben (Dietmar Schmidt, Martin Niemöller, Hamburg 1959, Rowohlt-Verlag. 256 S.). Die Biographie Niemöllers wurde ein Zeitdokument ersten Ranges, das nicht nur den Theologen und nicht nur den Protestanten, nicht nur den Deutschen oder den Christen, sondern jeden Zeitgenossen angeht, denn die Probleme dieses Lebens sind Grundfragen des Zeitalters, das pseudoreligiöse Ersatz-Heilslehren anstelle des Glaubens und technisierte Gewalt anstelle von Gerechtigkeit und Liebe stellt.

Für den jüdischen Leser würden auch diese Aspekte genügen, um das Buch für ihn (auch für ihn) wesentlich zu machen. Aber er hat noch mehr damit zu schaffen. An der Judenfrage, freilich an der Judenfrage *in* der Kirche, wurde Niemöller zum Rebellen. Als der Arierparagraph in der Kirche eingeführt wurde, als die sogenannten «Deutschen Christen» mit ihrem Reichsbischof Müller den Rassenwahn auch in die Kirche selbst hineintragen wollten, da gab es für Niemöller kein Paktieren mehr. Man muß sich den Weg dieses westfälischen Pfarrersohnes ansehen: deutschnational bis auf die Knochen, U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg, konservativ und kaisertreu — so tritt der junge Theologe seinen Weg auf die Kanzel an. Thron und Altar sind ihm zusammengehörige, vom Vater ererbte Begriffe. Es ist ein weiter Weg von solcher Kirchenschablone zum selbständigen Glaubenszeugen. Nicht nur am Antichristen Hitler ist der Christ Niemöller gewachsen, auch am Nichtchristen Gandhi, von dem er den Weg des *gewaltlosen Widerstandes* gelernt hat.

Ich erinnere mich sehr wohl eines Vorwurfes gegen Niemöller, den Dietmar Schmidt nicht zitiert: es war der Protest des unvergeßlichen Schweizer religiösen Sozialisten und Pazifisten Prof. Leonhard Ragaz, der in seinen «Neuen Wegen» um 1935 Niemöller angriff, weil dieser nur gegen den Arierparagraphen in der Kirche Front machte, aber gegen die Entrechtung der Juden im allgemeinen seine Stimme nicht erhob, ja vielleicht selbst von Antisemitismus nicht ganz frei war.

Wenn man den Lebensweg Niemöllers, wie ihn D. Schmidt so fesselnd schildert, verfolgt, dann darf man annehmen, daß der Niemöller von heute sich der Position eines Leonhard Ragaz sehr angenähert hat: *religiöser Pazifismus* . . . im «Reich Gottes für *diese* Erde», das war der Kern und Stern von Ragazens Verkündigung. Und heute klingen diese Töne bei Niemöller gewaltig an. Freilich trennte sich der Zürcher Münster-Prediger und Theologieprofessor Ragaz von allem Kirchentum, und Niemöller ist bis heute Kirchenpräsident. Aber das ist nicht das Entscheidende: das Entscheidende bleibt, daß beide Männer aus den Schablonen des Kirchentums zu religiöser Verwirklichung im harten Raum der Politik vorstießen.

Niemöllers Vater hat einmal Palästina besucht, nämlich im Gefolge des deutschen Kaisers Wilhelm II. Martin Niemöller war noch nicht in Israel, und wir finden in dem Buche Schmidts auch keinen Hinweis auf eine eventuelle Stellungnahme Niemöllers zu Israel. Und doch möchten wir fast hoffen, daß dieser aufrechte Glaubenszeuge unserer Zeit auch noch diesen Weg finden wird. Amerika und Rußland, Europa und Indien hat Niemöller nach dem Zweiten Weltkriege bereist, und er ist durch die ungeheure Erweiterung des Horizontes ein Anderer geworden. Er hat bei Gandhi ein «Christentum ohne Christus» gefunden: sollte er nicht in Israel noch etwas finden können, was seiner Verkündigung (wie mir scheint) fehlt: die Ergänzung nach der

alttestamentlichen Seite hin: Gottes Treue mit seinem alten Bundesvolk Israel, an dem sich das Volk Niemöllers so tief versündigt hat . . . nicht nur durch den Arierparagraphen in der Kirche. — In Amerika haben Rabbis für den eingekerkerten deutschen Pfarrer gebetet (S. 160), aber in der Nachkriegszeit haben führende amerikanische Rabbis wie Abba Hillel Silver und Stephan Wise den Vorwurf gegen Niemöller erhoben, daß er den Antisemitismus im Nachkriegsdeutschland bagatellisiere (S. 190).

Aber Pastor Niemöller ist ein Mann unterwegs, das ist der Eindruck, den uns Dietmar Schmidts Biographie vermittelt. Und von einem Mann unterwegs darf man hoffen, daß sein harter Weg zu noch weiteren Erkenntnissen führt. Schmidt hat kein Motto über seine Biographie gesetzt. Wir wollen es nachholen. Ein Spruch aus dem «Cherubinischen Wandersmann» des Angelus Silesius umreißt dieses ganze Leben: «Wer Gott will gleiche sein, muß allem ungleich werden . . .»

Das ist die Quintessenz aus dem Leben eines echten Gottsuchers in unserer Zeit, der nicht nur den Weg «Vom U-Boot zur Kanzel», sondern von traditionellem Kirchentum zum lebendigen Glauben fand.

Schalom Ben-Chorin (Jerusalem)

Bischof Dibelius und der Nazismus

Der amerikanische jüdische Kongreß erklärte (laut «NZZ», Nr. 443, vom 10. Februar 1960), zwischen dem Staatsdepartement und Westdeutschland bestehe eine stillschweigende Übereinkunft, Informationen über die Rolle von ehemaligen Nazi im Bonner Regime zu unterdrücken. Diese Behauptung wird kaum aus der Luft gegriffen sein. Daß aber auch volle Kenntnis der schlimmen Rolle eines Politikers der «12 Jahre» nicht notwendigerweise einer Protestaktion ruft, hat sich in letzter Zeit ebenfalls gezeigt.

Wir haben in der Januar-Ausgabe der «Neuen Wege» Anlaß genommen, auf die bedenkliche Urteilslosigkeit der kirchlichen Gefolgschaft Deutschlands hinzuweisen. Wie ihnen im Fall William S. Schlamm ein bloßer, fanatischer Antikommunismus den Wert einer politischen Konzeption zu verbürgen scheint, so dürfte die Diskussion um die Tätigkeit Bischof Dibelius' beweisen, daß die politischen Geschehnisse auch im Herzen eines autoritär gesinnten Kirchenmannes eine eigene Metamorphose durchmachen und ihn zu einer seltsamen Stellungnahme veranlassen können, je nach dem politischen Lager, das für die Ereignisse verantwortlich ist. Herr Hartmut Bunke erinnert in «*Die andere Zeitung*» (3. Januar-Ausgabe 1960), daß Dr. Dibelius nach dem großen Wahlerfolg der Nazi im September 1932 sich ebenfalls über den «Obrigkeits»-Begriff ausließ, und zwar so, daß eine kommende Hitler-Regierung von ihm ohne Einschränkung als Obrigkeit willkommen geheißen wurde.

Der Sieg der Hitler-Partei gab, wie H. Bunke weiter ausführt, Dibelius' missionarischem Denken gewaltigen Auftrieb. «Die nationalsozialistische Bewegung», sagte Dibelius, «verdankt ihre Kraft nicht zuletzt der Entschlossenheit, nicht an den Reichsgrenzen haltzumachen, sondern einen neuen Begriff von «Reich» in die Herzen zu prägen. Alles was deutsch ist auf der Welt, soll zu einer lebendigen Volksgemeinschaft zusammengeschlossen werden.» Als kirchliches Hauptmissionsgebiet war von Dibelius Rußland ausersehen!

Eine dringliche Aufgabe sah Dr. Dibelius darin, «das Ausland über die Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die am Tag der Machtergreifung ihren unverkennbaren Anfang nahmen, hinwegzutäuschen». Am 5. April 1933 richtete er über den damaligen deutschen Kurzwellensender einen Appell an Amerika. Dies «während sich die Keller und Zellen der Gefängnisse und der Gestapo mit zusammengeschlagenen Kommunisten und Sozialisten, Juden, Freidenkern und Atheisten füllten und die Konzentrationslager ebenfalls ihren grausamen Anfang genommen hatten». Der Kurmärkische Generalsuperintendent stellte sich vor das Mikrophon, um jene Berichte der ausländischen Presse zu dementieren, in denen eben über jene mit der «Machtergreifung» begonnene Schreckensherrschaft — zum Teil durch erste geflüchtete Augenzeugen! — berichtet wurde. Dazu meinte Dr. Dibelius nach dem Hinweis, daß die Revolution von 1918 ein gewaltsamer Aufstand gewesen sei, bei dem Blutvergießen und Grausamkeiten zur Tagesordnung gehörten, während die neue Revolution ganz anderer Art sei, da sie durch rechtmäßige Entscheidung des deutschen Volkes zustande gekommen sei:

«Die neue Regierung hat als ihre erste Aufgabe die Rettung Deutschlands vor dem Bolschewismus in Angriff genommen . . . Die bolschewistische Propaganda bereitete einen neuen Krieg vor. Wir warteten mit steigender Sorge auf die Entscheidungsschlacht zwischen der abendländischen Zivilisation und dem Bolschewismus, die auf deutscher Seite hätte geschlagen werden müssen. Nun ist es anders gekommen, als wir es für möglich gehalten haben. Sie ist ohne Straßenkämpfe und ohne Blutvergießen geschlagen worden. Die neue Regierung hat mit durchgreifenden Maßnahmen die kommunistischen Agitatoren und ihre Bundesgenossen aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet. Natürlich sind — namentlich in den ersten Tagen — Ausschreitungen vorgekommen. Aber die ständige Mahnung der Regierung zu unbedingter Disziplin hat sehr schnell gewirkt. Die kommunistischen Führer sind sämtlich gefangengesetzt worden. Wie lange sie in Gefangenschaft bleiben werden — das wird erst entschieden werden können, wenn in Deutschland und den anderen Ländern Beruhigung eingetreten ist . . . An den Schauernachrichten über grausame und blutige Behandlung der Kommunisten in Deutschland ist kein wahres Wort. Auf Grund dieser falschen Nachrichten hat nun das Judentum in mehreren Ländern eine Agitation gegen Deutschland

begonnen. Um diesen Boykott zu brechen, haben nun die deutschen Nationalsozialisten eine Boykottbewegung gegen das Judentum eingeleitet . . . Nebenher läuft eine Aktion der Regierung, die Juden aus der staatlichen Verwaltung, namentlich aus den Richterstellen, zu entfernen. Die Juden bilden in Deutschland noch nicht ein Prozent der Bevölkerung. Hier sollen die Verhältnisse wieder so werden, wie sie früher waren . . . Aus diesem Grund bitte ich als Diener der Kirche die christlichen Freunde in Amerika herzlich und dringend, daß sie ihren Einfluß dafür einsetzen möchten, daß keine falschen Nachrichten über Deutschland mehr verbreitet und geglaubt werden.»

Es sind seither Versuche gemacht worden, Dr. Dibelius reinzuwaschen. Es besteht aber, nach Hartmut Bunke, keine authentische Erklärung, mit der sich der kurmärkische Bischof von seinen Äußerungen von 1933 distanziert hätte. Es sind im Gegenteil noch zwei Erklärungen belegt, die von Dibelius 1936 an das nationalsozialistische Regime und seinen Führer gerichtet wurden. Zu einer Zeit, «da die faschistische Mordmaschine in den Konzentrationslagern und andernorts bereits auf Hochtouren lief», erklärte Dr. Dibelius wörtlich:

«Nun hat ein starker Wille die Nation zusammengefaßt, zu dem Ziel, Freiheit (!) und Ehre, deutsche Art und deutsches Blut zu retten.»

«Ewige Sehnsucht der Deutschen hat angefangen, Erfüllung zu werden! Die Erfüllung soll sich festigen und vollenden: Das deutsche Volk, einig in dem Willen, einen neuen Abschnitt der Geschichte kraftvoll zu beginnen! Ein Volk, ein Reich, ein Führer!»

Wie sehr sticht von diesen widerlichen Nazislogans im Munde eines kirchlichen Würdenträgers der einfache Brief eines zum Tode verurteilten Bauernburschen ab. Er ist dem Band «Du hast mich heimgesucht bei Nacht» entnommen, einer Sammlung von Abschiedsbriefen und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933 bis 1945. (Herausgegeben von Helmut Gollwitzer, Käthe Kuhn und Reinhold Schneider, Chr.-Kaiser-Verlag, München.) Er lautet:

«3. Februar 1944

Liebe Eltern!

Ich muß Euch eine traurige Nachricht mitteilen, daß ich zum Tode verurteilt wurde, ich und Gustav G. Wir haben es nicht unterschrieben zur SS, da haben sie uns zum Tode verurteilt. Ihr habt mir doch geschrieben, ich soll nicht zur SS gehen, mein Kamerad Gustav G. hat es auch nicht unterschrieben. *Wir beide wollen lieber sterben als unser Gewissen mit so Greueltaten beflecken.* Ich weiß, was die SS ausführen muß. Ach, liebe Eltern, so schwer es für mich ist und für Euch ist, verzeiht mir alles, wenn ich Euch beleidigt habe, bitte, verzeiht mir und betet für mich. Wenn ich im Kriege fallen würde und hätte ein böses Gewissen, das wäre auch traurig für Euch. Es werden noch viele Eltern ihre Kinder verlieren. Es fallen SS-Männer auch viel. Ich danke Euch für alles, was Ihr mir seit meiner Kindheit Gutes getan habt, verzeiht mir, betet für mich . . .»

Dr. Dibelius wurde von einer Mehrheit der Berlin-Brandenburgischen Provinzialsynode (24./29. Januar 1960) wiederum das Vertrauen ausgesprochen, trotzdem sein Brief an Dr. Lilje, den Bischof von Hannover, «ein unverhohlener Angriff auf den Kommunismus und Sozialismus im allgemeinen und die Deutsche Demokratische Republik im besonderen war». «Die christlichen Bürger der DDR wurden indirekt, aber unmißverständlich aufgefordert, mit gutem Gewissen die Gesetze und Verordnungen ihres Staates zu übertreten.»

Soll man sich wundern, wenn in der DDR ein Bischof Dibelius für die Kirche eine Belastung bedeutet? Es gibt glücklicherweise in der DDR Geistliche, die einsehen, «daß die Kirche in einer sich wandelnden Welt nicht an politischen und wirtschaftlichen Formen einer vergangenen Zeit starr festhalten darf» (Schweizerischer Evangelischer Pressedienst, 3. Februar 1960) und daß sie, um wirken zu können, bisher unbegangene Wege einschlagen muß. Der Pfarrer dürfte unter diesen neuen Bedingungen weniger als kirchlicher Beamter auftreten, sondern ohne viele Worte als brüderlicher Helfer des Bedrängten. Nach der Lektüre der theologischen Auseinandersetzung in- und ausländischer Synoden sehnt man sich nach einem solchen Christentum der Tat. *Red.*

Antisemitismus

Geht Deutschland einem neuen Faschismus entgegen? Wollte man auf die beruhigenden Erklärungen des Bundeskanzlers abstellen, so wäre im nördlichen Nachbarland alles in bester demokratischer Ordnung und die wieder auftauchenden Hakenkreuze und judenfeindlichen Slogans das Werk von Verleumdern des friedfertigen deutschen Volkes. Doch wer erinnerte sich nicht der unzähligen Friedensbeteuerungen des «Führers»? Das Mißtrauen bei den Opfern des Nazismus — den deutschen sowohl wie bei den von Deutschen überfallenen Völkern — ist jedenfalls von neuem geweckt. Die unehrliche Art, in der hinter dem Rücken des Volkes die deutsche Wiederaufrüstung in die Wege geleitet wurde, wie übrigens auch die Reaktion der Bonner Regierung auf die neuesten Tätlichkeiten, sind nicht dazu angetan, dieses Mißtrauen zu zerstreuen.

Wir sehen, daß Adenauer als Antwort auf die Proteste der Weltöffentlichkeit zu bagatellisieren versucht, was geschah. Er sprach von «Lümmeln» oder «Flegeln», denen für ihre Schmierereien eine Tracht Prügel verabfolgt werden sollte. Er verhöhnt damit zynisch alle jene, die Synagogenschändung und ähnliche Vergehen als das Symptom des tiefersitzenden Übels, des Nazismus, erkennen.

Heute, da demokratische Volksschichten — man denke etwa an die englische Labourpartei oder die Sozialisten des skandinavischen Nordens — einmütig die Entfernung der Stützen des alten und neuen

Faschismus aus Verwaltungs-, Justiz-, Militär-, Erziehungs- und Propaganda-Institutionen Deutschlands verlangen, ist es zu spät, nachzuholen, was im Westdeutschland der ersten Nachkriegsjahre nicht versäumt, sondern absichtlich unterlassen wurde, die *Demokratisierung der Wirtschaft* und die Auflösung der Kartelle, die übrigens von der westlichen Arbeiterschaft verlangt wurde. Anstatt zum Beispiel für eine *Nationalisierung des Bodens und der Bodenschätze* zu sorgen — eine Maßnahme, die den Wiederaufstieg der Reaktion verhindert hätte —, installierten die westlichen Besatzungsmächte die sogenannten Entnazifizierungsgerichte mit ihren unzähligen Fragebogen, die bald zum Gespött der Deutschen wurden. Was die politisch maßgebenden Kreise des Westens — Amerikaner und Engländer und Franzosen — als politischen Partner für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands wollten, war das gleiche Gremium, das einst Hitler in den Sattel geholfen hatte, die Stahlbarone der Ruhr, die Großindustriellen und Bankiers mit ihrem Anhang. So mußten die westlichen Besatzungsmächte, wie sich Basil Davidson ausdrückt (Look Back Again in Anger, UDC-Broschüre, 1959), notwendigerweise auch die Gangster akzeptieren, die seit 1933 zur westdeutschen Wirtschaft gehörten. Das Zurückströmen von Tausenden von braunen Machthabern in das Gefüge der Bonner Republik ist darum kein Zufall, es konnte nicht ausbleiben.

Warum haben die westlichen Reaktionäre dies alles getan? Weil sie (nach «Reynolds News» vom 3. Januar), «wie jene, die Hitler ermutigten, glaubten, ein wiederbewaffnetes, rechtsstehendes Deutschland könne zum europäischen Bollwerk gegen den Bolschewismus werden».

Wie viel oder wie wenig bedeutet auf diesem Hintergrund die Verurteilung von Nazi-Schandtaten, die Dr. Adenauer verkündet, und der Hinweis auf seine eigene antifaschistische Vergangenheit? Wo blieb im Westdeutschland der Nachkriegsjahre die Aufklärung über die Verbrechen der Nazizeit? Was weiß die junge Generation, die seit 1945 heranwuchs, vom Schicksal der deutschen Juden unter Hitler? Behörden, Schulen wie Kirchen sind einig in ihrer «conspiracy of silence». Man mag von manchen politischen Erscheinungen in der DDR halten, was man will, sicher ist, daß — wie ein Blick in die Geschichtslehrmittel zeigt — in Ostdeutschland Rassenverfolgung und andere Naziverbrechen schonungslos bloßgestellt wurden und werden.

Nun gilt bekanntlich alles, was in der DDR geschieht, für Westdeutschland als abschreckendes Beispiel. Daß der Kanzler, wie die Disziplinarverfahren gegen manche Intellektuelle beweisen, entschlossen ist, alle geistigen und kulturellen Kontakte mit der DDR zu unterbinden, läßt sich aus seiner autoritären Auffassung des Amtes verstehen. Er ist, wie aus seiner Römer Rede hervorgeht, von Gott beauftragt, «Deutschland zum Schutzwall gegen den drohenden Kommunismus zu machen». Daß auch die deutsche Sozialdemokratie, nach ihren

Erfahrungen mit der Diktatur, die Zusammenhänge von Antisemitismus, Zusammenballung politischer Macht und Aufrüstung nicht durchschaut und sich hauptsächlich auf den Kampf gegen die SED beschränkt, ist für jeden freiheitlich Gesinnten bedrückend. Auch noch so schöne Reden Ollenhauers im Bundestag täuschen nicht darüber hinweg, daß die Regierung des Kanzlers ihren Weg der Konsolidierung der Macht und der Regimentierung des deutschen Volkes unbeirrt fortsetzt. Wenn die Sozialisten jetzt nicht die Initiative ergreifen und mit der Billigung aller demokratischen Völker ihre Forderung auf energische Bekämpfung des Rassenwahns stellen, dürfte es angesichts der in Aussicht stehenden Einführung von Notstandsgesetzen auch dafür bald zu spät sein. *Red.*

Ein paar Zahlen als Ergänzung

Nach einer deutschen Zeitung, dem sozialistischen Freiburger Wochenblatt «Arbeit», hatten 25 Prozent der 519 Abgeordneten des deutschen Bundestages der Nazipartei oder einer ihrer Sektionen angehört. Daneben sind in diesem Deutschland des Kanzlers Adenauer eine große Zahl einstiger Nazi-Richter und Staatsanwälte noch in voller Tätigkeit. Man zählt ihrer 17 in den Bundes- und Länder-Ministerien, 23 in Gerichten oberster Instanz, 134 in Kassationsgerichten, 35 von ihnen sind Gerichtspräsidenten oder Senatspräsidenten. Es finden sich nicht weniger als 276 Ex-Nazi in den Obergerichten, wovon 147 als Präsidenten und Abteilungsdirektoren, weitere 257 in den Landesgerichten, mit 28 Vertretern als Präsidenten oder Direktoren, 54 schließlich in richterlichen Behörden verschiedenster Art mit 17 Präsidenten und Direktoren.

231 Ex-Nazi fungieren als Staatsanwälte und 86 sogar als Oberstaatsanwälte. Und da soll man einem Herrn Adenauer aufs Wort glauben, wenn er erklärt, Gott habe Deutschland als Schutzwall gegen den Kommunismus geschaffen. Man versteht jedoch, warum die Moralische Aufrüstung ihr Vertrauen auf den alten Kanzler setzt.

Wenn man sich vorstellt, daß so viele junge Männer ihr Leben hingegeben haben im Glauben, daß sie damit das Ihre täten, um den Nazismus für immer auszurotten . . .

(*La Sentinelle*, La Chaux-de-Fonds, 8. Februar 1960)

Versammlungsfreiheit in der Schweiz!

In Bern versammelten sich Mitglieder und Sympathisanten der «Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» unter freiem Himmel, um gegen die bevorstehenden Atombombenversuche

in der Sahara zu protestieren. Max Winiger, Zürich, *teilte den Versammelten mit, daß der bestellte Casinosaal auf Intervention des Bundeshauses in letzter Minute verboten wurde.*

Die Meteorologische Anstalt der Schweiz teilt weitgehend unsere Befürchtungen, daß die Südwinde aus der Sahara radioaktive Teile in unsere Atmosphäre tragen. Der Eisenbahner Rolf Siegenthaler, Basel, erinnerte in seinen Ausführungen an Frankreichs heldenhaften Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Heute — nach zwanzig Jahren — bedient es sich selbst des Mittels der Folterung gegen die Freiheitsbewegung in Algerien. Mit der Versuchsexplosion der französischen Atombombe in der Sahara wird Frankreich viele Sympathien in der Schweiz zerstören. Leider verzichten unsere Behörden aus wirtschaftlichen Gründen darauf, unser Volk vor den Gefahren der Radioaktivität gewissenhaft zu warnen und zu schützen.

Als Vater und Schuldirektor protestierte Daniel Graf Biel, gegen die unverantwortlichen Versuche mit ihren drohenden Gefahren. Die politischen Gefahren im Zeitalter der erwachenden Völker Afrikas sind auf Jahrzehnte hinaus unüberblickbar. Wo bleibt die Hoffnung für unsere Jugend?

Eine aus den Teilnehmern Fräulein Dr. Helene Stähelin, Basel, Herrn Pfarrer Fritschi aus Tavannes und den beiden Referenten bestehende Delegation überbrachte der französischen Botschaft einen Brief an General de Gaulle, der die dargelegten Befürchtungen enthält und den Staatspräsidenten dringend ersucht, auf die Explosion zu verzichten. (Mitg.)

BUCHBESPRECHUNG

Georges Casalis, *«Der moderne Mensch und die frohe Botschaft»*. Mit einer Einführung von Walter Lüthi, übersetzt und zusammengestellt von Matthis Thurneysen. 230 Seiten. Friedrich-Reinhardt-Verlag, Basel. Fr. 6.80.

Georges Casalis, Pfarrer in Straßburg, der bei uns kein Unbekannter ist, führt in diesen zehn Arbeiten mitten in die Probleme der Gegenwart hinein. Es sind Predigten, Radiosendungen und Vorträge, die konkret zu bestimmten Fragen Stellung nehmen. Der Berner Münsterpfarrer sagt in seinem Vorwort: «. . . So sind es heiße Böden, auf denen Casalis in diesem Nachkriegsjahrzehnt geackert hat, heiße Eisen, die da ohne Aengstlichkeit angerührt werden . . . Gefährliche Aussagen werden mit geradezu ‚freudigem Auftun des Mundes' gewagt, frei von theologischen Routineformulierungen, frei von allem politischen und gesellschaftlichen Konformismus, unbeschwert von der öffentli-

chen Meinung . . . Georges Casalis gehört zu jenen Begnadeten, von denen man den Eindruck hat, daß sie deswegen reden, weil sie etwas zu sagen haben. Seine Vorträge enthalten auch interessante Einzelmitteilungen, vermitteln auch allgemeine Kenntnisse und tiefe Wahrheiten, wie das bei Vorträgen nicht anders zu erwarten ist — aber darüber hinaus geht von ihnen ein heller Ton aus, ein hilfreicher Glanz, ein richtunggebender Ruf, kurz das, was man eine *Botschaft* nennt . . .»

Die zentrale Arbeit «Kann der moderne Mensch die Predigt des Evangeliums hören», ein Vortrag aus dem Jahre 1958, ist eine umfassende Analyse der modernen Menschen, wie man die Botschaft an ihn heranbringen, wo man ihn erreichen kann: «Darf ich schließlich noch sagen, daß der moderne Mensch einen sehr entscheidenden Vorzug besitzt, nämlich seine Skepsis gegen alles, dieses tiefe, tiefe Mißtrauen, das ihn erfüllt, weil er zu vieles gesehen, zu vieles gehört und zu viel gelitten hat. Alle Lockmittel, alle Schaumschlägereien, alle Propaganda und alle Zeitungen lassen ihn völlig kalt, auch wenn sie ihn aufregen oder verärgern . . . Es ist eine tiefe Ungläubigkeit gegen jedes Reden vorhanden. Das ist einer der Punkte, wo die Sache sich für uns zuspitzt. Ist dieser Mensch noch in der Lage, eine Predigt zu hören, nachdem er mit Worten überfüttert worden ist und auf jede Rede mit Unglauben antwortet? Dieses Mißtrauen ist tatsächlich ein sehr entscheidender Vorzug. Denn dieser Mensch gewinnt gerade von da aus ein außergewöhnliches Gefühl für das Echte und Unverfälschte.» *B. W.*

WELTRUNDSCHAU

Wie lange noch Algerien! Durch den mißglückten Aufruhr der «Ultras» ist *Algerien* im Berichtsmonat unversehens aufs neue in den Vordergrund der Ereignisse geschoben worden. Unversehens, aber doch im Grunde nicht unerwartet. Denn der algerische Krieg geht ja nun schon ins sechste Jahr, und noch ist kein Ende des Gemetzels und der Leiden abzusehen. Jeden Tag fallen Opfer unerhört; die Franzosen haben wiederholt berichtet, daß innert 24 Stunden rund hundert «Aufständische» getötet worden seien. Nicht zu reden von den anderthalb Millionen, die in Massenlagern elend verkommen, und von den zahllosen Gefangenen, die als selbstverständlicher Bestandteil der französischen Justiz zu Tode gefoltert werden. Dabei ist von einer fortschreitenden Niederwerfung der algerischen Freiheitsarmee keine Rede; die Rebellen stoßen immer wieder bis ganz in die Nähe der großen Städte vor. Und

doch jagt die Armeeleitung immer noch dem Phantom eines vollständigen militärischen Triumphes über die algerische Widerstandsbewegung nach, unfähig, nach 13 Jahren ununterbrochener Kolonialkriege (Madagaskar, Indochina, Algerien) einen Zustand ins Auge fassen zu können, in dem das Militär keine Aufgabe mehr hätte, und unterstützt von der Million europäischer Siedler, die ihre bevorrechtete Stellung in Algerien um jeden Preis festhalten will und allen Grund zu der Befürchtung hat, daß ein freies Algerien ihrem ausbeuterischen und anmaßenden Herrenmenschentum ein Ende machen würde.

So hat sich beim Offizierskorps im Lauf der anderthalb Jahre, die das Regime de Gaulle nun währt, eine zunehmende Erbitterung über die Haltung des Staatspräsidenten angestaut, der eben die Politik des «Jusqu'au bout», der «Algérie française» nicht mitmacht, vielmehr den Algeriern eine freilich kaum ehrlich gemeinte Selbstbestimmung anbietet, in der Hoffnung, der mohammedanische Volksteil werde in ein paar Jahren doch derart bearbeitet sein, daß er sich in einer Volksabstimmung für das Verbleiben in der französischen Staatengemeinschaft aussprechen werde. Der Gegensatz zwischen de Gaulle und dem Offizierskorps war so von Anfang an vorhanden, kam aber nur nicht in voller Schärfe sogleich zum Ausdruck. Beide Teile hatten Grund zur Zurückhaltung. De Gaulle *brauchte* die Armee, um den algerischen Kolonialkrieg erfolgreich zu beenden, und wollte auch wohl aus einem gewissen Kameradschaftsgefühl die Generäle und Obersten nicht vor den Kopf stoßen, denen er seinen Wiederaufstieg an die Spitze des Staates verdankte. Auf der anderen Seite brauchte die Armee auch de Gaulle, wenn sie ihren Siegfrieden erkämpfen wollte, aber auch deshalb, weil es völlig undenkbar gewesen wäre, daß sich die in Algerien stehenden Streitkräfte (mehr als eine halbe Million Mann) halten könnten, wenn die Zufuhr, die Geldmittel und die moralische Unterstützung von Frankreich her abgeschnitten würden. So suchte der eine Teil den anderen zu täuschen und für seine Zwecke zu benützen, und insbesondere de Gaulle zögerte immer wieder, seine Autorität gegenüber dem immer selbstherrlicher schaltenden Offizierskorps, das Algerien völlig in der Hand hatte, unzweideutig durchzusetzen.

Im Herbst 1958, als sich in Frankreich über 80 Prozent der Stimmen nach einer beispiellos demagogischen Kampagne für de Gaulle erklärt hatten, wäre er durchaus imstande gewesen, die algerischen Extremisten an die Wand zu drücken, ohne daß die Armee für sie einen Finger gerührt hätte. Seither hat sich aber der harte Kern des Siedlervolkes als eine zu allem entschlossene, ja verzweifelte und auch gut bewaffnete Widerstandsgruppe organisiert, die immer enger mit der Armeeleitung zusammenarbeitete und konspirierte. Und als dann der Fallschirmgeneral Massu, dieser brutale Schlächter (man braucht nur sein Bild anzusehen, um schon zu wissen, mit was für einem Typ man es zu tun hat), in seiner Unterredung mit einem deutschen Jour-

nalisten die «defaitistische» Haltung de Gaulles ganz offen und rücksichtslos kritisierte und deshalb vom Staatschef gegen den Widerstand der Leisetreter in seiner Umgebung kurzerhand seines Kommandos entsetzt wurde, da glaubten die «Ultras» den Augenblick gekommen, um loszuschlagen und mit Hilfe der Armee und ihrer Verbündeten im Mutterland das Regime der Fünften Republik ebenso stürzen zu können, wie sie im Gefolge des Staatsstreiches vom 13. Mai 1958 schon die Vierte Republik gestürzt hatten.

Der Plan schlug fehl. De Gaulle hatte zwar auch jetzt noch Hemmungen, die staatlichen und militärischen Machtmittel, über die er verfügte, wirksam einzusetzen; aber die Armee wagte doch nicht, mit den Aufrührern gemeinsame Sache zu machen und den Befehlen aus Paris offen zu trotzen. So wurden die reichlich theatralisch agierenden «todesmutigen» Barrikadenkämpfer in Algier mehr und mehr von der Bevölkerung getrennt und nach kaum acht Tagen zur Übergabe gezwungen. Der Putsch ist zusammengebrochen. Aber was soll jetzt geschehen? Im Augenblick, da wir schreiben, ist der Gesamtplan der Regierung noch nicht klar. Aber wenn man *einen* Wunsch aussprechen darf, so ist es der, daß de Gaulle die Einsicht und die Kraft bekommen möge, um entschlossen alle Spekulationen auf einen Siegfrieden in Algerien fallen zu lassen und mit der Führung der algerischen Befreiungsbewegung sofort Verhandlungen anzuknüpfen, deren Ziel nur noch die völlige, ehrliche Gewährung der Freiheit Algeriens sein darf, über seine Zukunft selber zu entscheiden. Der französische Staatschef könnte damit sehr wahrscheinlich eine klare Mehrheit seines Volkes hinter sich bringen, und vor der Armeeleitung braucht er heute weniger Angst zu haben als je. Dringendste Aufgabe der Linken ist es jedenfalls, Herrn de Gaulle auf diesen Weg zu weisen und damit nicht nur der «sale guerre» ein Ende zu machen, sondern auch die schwere Belastung der französischen Demokratie (sofern es so etwas überhaupt noch gibt) abzuschütteln, die der algerische Kolonialkrieg und die Umtriebe der zivilen wie der militärischen Faschisten darstellen. Gelingt das nicht, dann kann schwerlich etwas anderes als eine Katastrophe am Ende der Algerienpolitik de Gaulles und seiner Regierung stehen*.

---

* Inzwischen hat de Gaulle die Algerienarmee und die zivile Verwaltung weitgehend von den Anführern und Helfershelfern des Putschversuches gesäubert und sich so vorderhand Autorität verschafft. Aber der Preis dafür war sein nach mühsamen Verhandlungen mit der Armeeleitung gegebenes Einverständnis mit den Grundforderungen des Offizierskorps: Weiterführung des Krieges bis zur völligen Unterwerfung der «Rebellen»; Verbleiben der Armee in Algerien bis zu einer Volksabstimmung; Erstrebung einer möglichst «französischen» Lösung der Algerienfrage. «Die Armee wird in Algerien bleiben, damit Algerien französisch bleibt», erklärte der neue Kriegsminister, General Meßmer, offen und unzweideutig. Wie unter diesen Umständen eine neue Krise um Algerien vermieden werden soll, ist schwer zu sehen. Jacques Soustelle, der staatsmännisch begabte, von de Gaulle aus der Regierung ausgeschiffte Führer der französischen Rechtsradikalen, steht bereits in der Kulisse und wartet auf sein Stichwort. (14. Februar)

Die Schraube ohne Ende Das Verhältnis Frankreichs zu Algerien spielt natürlich auch sehr stark in seine Beziehungen zu den andern Mächten hinein. Solange Frankreich so weitgehend wie bisher in Algerien festgelegt ist oder noch mehr Kraft aufbieten muß, um mit seinem nordafrikanischen Kolonialproblem fertig zu werden, ist es militärisch wie diplomatisch in seiner internationalen Bewegungsfreiheit schwer gehemmt. Das empfindet man besonders stark in *Bonn*, wo man erleichtert aufatmete, als der algerische Aufruhr — vorläufig — ein ruhmloses Ende nahm, hatte doch der Erzintrigant Adenauer in de Gaulle vermeintlich seinen besten Helfer bei seinen Quertreibereien gegen die angelsächsische Entspannungspolitik. Auch die *italienische* Regierung hoffte er auf seiner jüngsten Romreise in seine Pläne einspannen zu können, und das vor seiner Rückkehr veröffentlichte Communiqué ließ auch tatsächlich darauf schließen, daß Segni und Pella der Bundesrepublik das uneingeschränkte Mitspracherecht bei der Vorbereitung der Gipfelkonferenz zugestanden wie auch das deutsche Begehren anerkannt hätten, eine Neuregelung in Berlin und Ostdeutschland müsse von der ganzen Bevölkerung bestätigt werden. Doch scheint aus andern, nichtamtlichen Verlautbarungen hervorzugehen, daß Adenauer und Brentano in Rom eher taube Ohren für ihre dreisten Begehren gefunden haben, liegt doch für die italienische Diplomatie kein Grund vor, sich mit England und Amerika zu überwerfen, wie das der Fall wäre, wenn sie sich in das Spiel Adenauers hineinziehen ließe. Ob und wie weit de Gaulle selbst mit ihm gemeinsame Sache macht, steht auch noch sehr dahin.

Inzwischen geht freilich die *militärische Aufrüstung* der Westmächte weiter, wie wenn der Kalte Krieg ewig fortdauern müßte. Daß die Sowjetunion die Zahl ihrer Streitkräfte auf 2 423 000 Mann herabzusetzen entschlossen ist, auf einen Stand also, der etwa der Truppenstärke der Vereinigten Staaten entspricht, scheint auf die Leiter der atlantischen Allianz keinerlei Eindruck gemacht zu haben, obwohl der Zeitpunkt immer näher rückt, in dem die konventionellen Streitkräfte der NATO denjenigen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten mindestens gewachsen sein werden. Der amerikanische Verteidigungsminister Gates und der Vorsitzende des Ausschusses der Wehrmachtchefs, General Twining, haben Mitte Januar vor der Militärkreditkommission des Abgeordnetenhauses sogar erklärt, die Militärmacht der Vereinigten Staaten (zu der natürlich auch und in erster Linie ihre Kernwaffen gehören) sei schon heute größer als diejenige der Sowjetunion; die Atombombenvorräte der USA insbesondere überstiegen bei weitem diejenigen der Sowjetunion. Trotzdem sollen sich die Wehrmachtausgaben der Vereinigten Staaten im Voranschlag für das kommende Finanzjahr 1960/61 wiederum auf 45 Milliarden Dollar, das sind 56 Prozent der Gesamtausgaben der USA, belaufen.

Von einer Herabsetzung der amerikanischen Truppenbestände ist

jedenfalls vorerst keine Rede, so klar es ist, daß die Sowjetunion mit ihren ständig verminderten Landstreitkräften immer weniger imstande wäre, einen Angriffskrieg zu führen, auch wenn sie das wollte, und ihre Rüstungspolitik ganz und gar auf die Abschreckung eines neuen Angriffes von Westen her einstellt. Und erst recht ist diese Sachlage offenbar für die Leiter der *westdeutschen* Politik kein Grund, mit ihrer massiven Neuaufrüstung einzuhalten, obwohl diese mit Verteidigungszwecken so wenig zu tun hat wie die Militärpolitik des Dritten Reiches und des Zweiten Kaiserreiches. Nach ihren eigenen Aussagen führten natürlich die Deutschen von jeher nur Verteidigungskriege, und so hat auch Adenauer, als er in Rom dem Papst seine Aufwartung machte, wieder einmal behauptet, Gott habe dem deutschen Volk eine besondere Aufgabe anvertraut, nämlich diejenige, eine Sperrmauer zum Schutze des Westens gegen die Vorstöße von Osten aufzubauen — ähnlich wie sich bekanntlich auch Hitler als das Werkzeug der Vorsehung im Kampf gegen den östlichen Kommunismus fühlte. So wird eben im Westen aller Entspannungspolitik zum Trotz gerüstet, gerüstet, gerüstet — eine Schraube ohne Ende, wenn es nicht über kurz oder lang ein Ende mit Schrecken geben wird.

Reueloses Deutschland Der von Adenauer neuerdings als Staatsgrundsatz verkündete Antikommunismus spielt in der Tat in der Politik der deutschen Bundesrepublik, wie im Bewußtsein breitester Volksschichten, eine entscheidende Rolle. Jetzt muß er sogar herhalten, um die *judenfeindliche, neunazistische Schmierpropaganda* zu erklären, weil man nicht sehen will, wo die wahren Wurzeln des auch in Bonn als peinlich empfundenen Übels liegen: in dem nie überwundenen alldeutschen Nationalismus und dem militaristischen Ausdehnungs- und Herrschaftsdrang, die ihrerseits beide in der kapitalistischen Wirtschaftsweise tief verwurzelt sind. Das arbeitet auch Herbert Mochalski in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 2) klar heraus, wenn er feststellt, daß die jugendlichen Hakenkreuzpropagandisten «das Ergebnis unserer bis heute ausgebliebenen Umkehr und Absage an den Geist des Gewaltdenkens und des Völkerhasses, an den Geist der Revanche und der Selbstrechtfertigung» sind. Gewiß hätten in allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung viele Menschen aus dem Zusammenbruch und aus dem, was ihm voranging, gelernt. «Noch mehr wollten Vergangenes aber einfach vergangen und vergessen sein lassen. Sie rechtfertigten nicht, was geschehen war. Aber sie setzten sich mit ihm auch nicht auseinander . . . Und dann wurden sie aus dem Vergessen herausgerissen. Sie durften nicht mehr vergangen sein lassen, was sie vergessen wollten. Die Vergangenheit, *ihre* Vergangenheit, wurde wieder Gegenwart. Die Uniform, die sie ausgezogen hatten, sollten sie wieder anziehen. Die Waffen, die ihnen aus der Hand geschlagen waren oder die sie weggeworfen hatten, sollten sie wieder aufnehmen . . . Denn die Parole war

die gleiche, die Hitler ausgegeben hatte: ‚Gegen die Bedrohung aus dem Osten'.»

Weil man diesen Zusammenhang von Neumilitarismus und Neunazismus nicht zugeben will, ist auch die ganze jetzt unternommene Bekämpfung des Antisemitismus und der sonstigen Deutschtümelei so ziemlich wirkungslos. Mit harten Strafen gegen die Hakenkreuzmaler und mit Verboten rechtsradikaler Gruppen unterdrückt man nur Symptome, die an und für sich in der *heutigen* Lage wenig gefährlich sind, rottet aber nicht die tiefersitzenden und lebensbedrohenden Ursachen der Krankheit aus. Schon wichtiger wäre eine gründliche Reform des Geschichtsunterrichtes in den westdeutschen Schulen. Wie es mit diesem Unterricht steht, sieht man zum Beispiel aus einem Vergleich zweier Ausgaben eines weitverbreiteten westdeutschen Geschichtsbuches für Schüler der fünften und sechsten Klasse. Das Ergebnis ist: Geschichte des Hitlerreiches in der Ausgabe von 1949: 41 Seiten, in derjenigen von 1958: 13 Seiten. Judenverfolgung: 3 Seiten im Jahr 1949, aber nur mehr 14 *Zeilen* im Jahr 1958. Religionsverfolgung im Dritten Reich: Ausgabe 1949 noch 2 Seiten, 1958 noch ganze 4½ Zeilen. Von den Konzentrationslagern und der Widerstandsbewegung findet sich in der Ausgabe von 1958 überhaupt kein Wort mehr.

Kann man die gänzliche Reuelosigkeit der Westdeutschen angesichts ihrer so entsetzlich belasteten Vergangenheit deutlicher illustrieren? Nur eine völlige Sinnesänderung könnte hier helfen — aber freilich nicht nur eine sozusagen abstrakte Verurteilung des Nazismus und Antisemitismus, wie sie jetzt weit herum geübt wird (auch zum Beispiel in einer an sich wohlgemeinten Kundgebung im Zürcher Schauspielhaus); die hier verkündeten Grundsätze einer humanistischen Gesinnung müssen vielmehr ganz konkret auf die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit angewandt werden, also vor allem auch auf den neudeutschen Kapitalismus und Imperialismus, in dessen Dienst Nazigeist und Judenhaß stehen. Wie aber kann man erwarten, daß ein sich in greifbaren Taten bekundender Gesinnungswandel im westdeutschen Volk Platz greife, wenn dieses gleiche Volk sich bis tief hinein in die Arbeiterschaft an seinem «Wirtschaftswunder» berauscht und die Sozialdemokratische Partei in ihrem neuen Programm eine regelrechte Schwenkung zur «Privatinitiative» und zur «Marktwirtschaft», also zur kapitalistischen Denkweise vollzogen hat?

Ich habe gewiß keine Lust, die Zustände in der Deutschen Demokratischen Republik zu idealisieren; aber was Richard Crossman, der britische Labourpolitiker, im «New Statesman» (23. Januar) von einer Reise durch Ostdeutschland berichtet, verdient im Blick auf die entsprechenden Verhältnisse in Westdeutschland doch alle Beachtung. Beamte und Lehrer, Studenten und Schulkinder, so schreibt er, «sind höchst wirksam gegen Faschismus geimpft und dazu erzogen worden, Juden und andersrassige Menschen als Brüder zu behandeln. In den Kindergärten zum Beispiel war ich entzückt, zu sehen, wie die farbigen

Kinder behandelt wurden.» Und mit offenbarer Zustimmung führt er die Feststellung General Hoffmanns, des Kommandanten der ostdeutschen Streitkräfte, an, daß in der ganzen Armee der DDR kein einziger Offizier aus Hitlers Wehrmacht zu finden sei. «Bei uns hier haben wir die Faschisten vollständig entmachtet. Drüben sind die Faschisten am Ruder. Darum gibt es in ihren Schulen keine antifaschistische Erziehung und keine gegen den Antisemitismus gerichtete Belehrung.» Die DDR ist eben immerhin ein Land, in dem der Kapitalismus verpönt ist und der Sozialismus aufgebaut wird, während in der Bundesrepublik die «freie Wirtschaft» der Konzerne und Monopole blüht und gedeiht wie nur je . . .

Etwas vom Nasserismus Der westdeutsche Kapitalismus bemüht sich besonders eifrig um die Gewinnung der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Märkte. Er hat dabei auch bereits ganz erkleckliche Erfolge aufzuweisen, beispielsweise in Indien und Argentinien, muß aber gelegentlich auch empfindliche Niederlagen einstecken. Die letzte war die Vergebung aller drei Stufen der Errichtung des *Assuandammes* am oberen Nil an die Sowjetunion, welche die deutsche Konkurrenz zum großen Ärger der ganzen westlichen Welt zwar nicht mühelos, aber doch mit entscheidendem Vorsprung hinter sich ließ. Das hat zunächst gar nichts mit einer Vorliebe Ägyptens für die Sowjetunion und das von ihr verkörperte Gesellschaftssystem zu tun; Moskau konnte für seine Mitarbeit am Dammbau einfach bessere technische und finanzielle Bedingungen bieten als Bonn und der Westen überhaupt (nur zweieinhalb Prozent Verzinsung der notwendigen Anleihe statt fünf bis acht Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Jahren statt nur höchstens sechs, wie die Westdeutschen sie gewöhnlich zugestehen, Zustimmung zur Herstellung aller Stoffe und Geräte, die Ägypten nicht unbedingt vom Ausland beziehen muß, im Lande selbst, usw.). Aber daß die Sowjetunion imstand ist, solch günstige Bedingungen zu gewähren, das ist doch eine Reklame für die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft, die nicht nur in der Vereinigten Arabischen Republik, sondern im ganzen Orient und darüber hinaus ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Die Russen rechnen jedoch wahrscheinlich auch noch mit einer anderen, nicht minder bedeutsamen Wirkung, die ihre großzügige Förderung des ägyptischen Stauwerkes haben dürfte. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß ein Land, das in einer umfassenden Industrialisierung, Modernisierung und Revolutionierung seiner Wirtschaft und Gesellschaft begriffen ist, gezwungen ist, nach außen hin eine Politik planmäßiger Friedenswahrung zu treiben. Das gilt auch für die Arabische Republik. Hans Fleig, der dem Baubeginn am Assuandamm beigewohnt hat, bemerkt deshalb in der «Tat» (19. Januar) wohl mit Recht:

«Mit dem Arbeitsbeginn an diesem Riesenprojekt hat sich Nasser auf viele Jahre hinaus auf eine friedliche arabische Außenpolitik ohne

Abenteuer festgelegt . . . Die notwendigen Kredite für die weiteren Ausbaustufen würden zurückgezogen oder blieben einfach aus, wenn es anders wäre. Und die Notwendigkeit der Friedenswahrung wird noch viel stärker, wenn der Damm nach Jahren einmal stehen wird. Denn es gibt, wie man aus jüngsten Erfahrungen weiß, nichts Verwundbareres als einen Damm dieser Art. Seine Zerstörung durch wenige Bomben konventioneller Art würde die Ertränkung Ägyptens bedeuten. . . . Darum bedeutet Hochassuan den Frieden und nochmals den Frieden, die Hinwendung zu den eigentlichen Kernproblemen der arabischen Sozialstruktur und die Abkehr von gefährlichen außenpolitischen ‚Ersatzleistungen', lies: Eroberungen oder ähnlichen Abenteuern. Der Nil wird so zum Garanten des Friedens. Es gibt keine bessere Rechtfertigung für diesen Bau.»

Widerspricht aber dieser Deutung nicht die ägyptisch-syrische Feindseligkeit gegen Israel, die gerade jetzt wieder zu bedenklichen Grenzzwischenfällen und zu einer neuen Spannung im Orient geführt hat? Wir wollen hoffen, daß sich die arabischen Völker, oder genauer ihre herrschenden Schichten, doch endlich mit dem Bestehen des neuen Israel abfinden werden, und annehmen, daß die Schürung des Hasses gegen Israel mehr agitatorischen Zwecken des Panarabismus dienen soll als wirklichen Kriegsabsichten. Wie Professor Willard Range in «The Western Political Quarterly» (Salt Lake City, Utah, Dezember 1959) sehr überzeugend auseinandersetzt, ist vor allem Präsident Nassers großes Ziel in erster Linie die Wiedererweckung des arabischen Geistes aus seiner jahrhundertelangen Lähmung, im Zusammenhang mit der Befreiung der arabischen Völker von der Herrschaft innerer und äußerer «Teufel», zu denen namentlich auch die Großgrundbesitzer, Parteiführer, korrupten Königsfamilien und kapitalistischen Geschäftemacher gehören, die die Massen der Bauern und Arbeiter ausgebeutet haben und vielfach noch heute ausbeuten. «Es kann», so schreibt der Verfasser, «nicht zu stark betont werden, daß Nassers überragendes Ziel nicht wirtschaftliches Gedeihen oder sonst etwas Materialistisches ist, so wichtig das auch als zweitrangiges Ziel sein mag. Es ist eine Renaissance des arabischen Bewußtseins und Geistes, was er mehr als alles andere erstrebt und was, wie er glaubt, erreicht werden muß, bevor viel anderes getan werden kann . . . Der panarabische Staat, den Nasser will, wäre ein Staat von großer möglicher Stärke, und schon der Ausblick auf ihn erhebt den arabischen Geist.» Er würde alle Länder umfassen, in denen die arabische Sprache und Kultur vorherrscht, vom Atlantik bis zum Persischen Golf, von der türkischen Grenze bis ins Herz von Afrika, mit einer Bevölkerung von über 70 Millionen. Bei allen ihren Unterschieden und Gegensätzen haben die arabischen Völker, so betont Nasser, mehr gemeinsame Interessen als die westeuropäischen Völker, und das genüge, um einen Bund zu schaffen, der auf eigenen Füßen zu stehen vermag. «Nasser weist darauf hin, daß die Araber wenn nötig eine

militärische Streitkraft von gegen zwei Millionen Mann aufstellen könnten.» Eine solche Streitmacht, so folgert er, «würde viel dazu beitragen, jeden Angreifer abzuschrecken, und Hilfe von außen wäre nur im Fall eines allgemeinen Angriffs von seiten eines der großen Blöcke nötig. Im Fall eines solchen Großangriffs von Ost oder West her würde aber nach Nassers Überzeugung das Gebot der Machtpolitik den anderen Block zur Hilfeleistung an die Araber zwingen.»

Professor Range sieht voraus, daß auch im Orient ein gesicherter Friedenszustand nicht eintreten werde, solange nationalistische Führer mit demagogischer Propaganda und revolutionären Mitteln arbeiten zu müssen glauben, um ihre Ziele zu erreichen. Allein wie schon der Suezkrieg gezeigt hat, sind die Großmächte beider Lager auch noch da, um kriegerische Abenteuer im vorderasiatischen Raum zu verhindern, die — wie es fast unvermeidlich wäre — eine Weltkatastrophe auslösen könnten. So sind auch dem Nasserismus Grenzen gesetzt, die trotz allen pathetischen Gebärden und militärischen Drohungen nicht überschritten werden dürften — noch ganz abgesehen davon, daß Nasser in Präsident Kassem, dem Diktator von Irak, einen Konkurrenten im Streben nach der Führung der arabischen Welt hat, der allfälligen Ausdehnungsgelüsten des Ägypters einen wirksamen Dämpfer aufzusetzen vermöchte.

Zähes Ringen in Ost- und Südasien Während im Nahen Orient gegenwärtig der Kampf zwischen Kommunismus und Antikommunismus mehr im Hintergrund weitergeht, spielt er in Ost- und Südasien immer sichtbarer die Hauptrolle. Zwei Geschehnisse auch der Berichtszeit gehören in diesen Rahmen. Das eine ist der Wahlausfall in *Kerala*, dem südwestlichen indischen Staat, der sich auf ganz gesetzlichem Weg seinerzeit eine kommunistische Regierung gegeben hatte. Sie wurde durch das Eingreifen der Zentralregierung in Delhi im letzten Jahr bekanntlich mit Gewalt beseitigt, und die soeben abgehaltenen Neuwahlen zur Volksvertretung haben nun selbstverständlich hintendrein die nötige «legale» Grundlage für diesen gegenrevolutionären Akt schaffen müssen. Große Hoffnungen auf die fernere Abwehr der kommunistischen Gefahr für Indien knüpfen sich in aller Welt an diesen «Sieg der Demokratie», obwohl die Kommunistische Partei in Kerala diesmal nicht weniger, sondern acht Prozent mehr Stimmen bekommen hat als vor drei Jahren . . .

Das andere Ereignis ist der Abschluß eines Militärbündnisses zwischen *Japan* und den *Vereinigten Staaten*. Damit sollen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern «normalisiert», das heißt auf den Fuß der Gleichberechtigung gebracht werden; aber es ist klar, daß Japan nun einfach auf förmliche Weise in das von Amerika beherrschte System von Militärallianzen einbezogen worden ist, das die Welt umspannt. Um den Schein zu wahren, bestimmt der in Wa-

shington unterzeichnete Vertrag, daß die in Japan stationierten amerikanischen Streitkräfte erst nach vorgängiger «Konsultation» der Tokioter Regierung kriegsmäßig eingesetzt werden dürfen — aber man weiß zu gut, was solche Vorbehalte in Wirklichkeit wert sind, um sich noch von juristischen Formeln täuschen zu lassen.

Natürlich geht es hier gegen das kommunistische *China*, auf dessen inneren Zusammenbruch man in Amerika noch immer hofft, zumal man ja auch noch Tschiang Kai-schek in Reserve hat, der Arm in Arm mit den USA und Japan von außen her etwas nachhelfen könnte. Aber es ist nicht nur unwahrscheinlich, daß das neue China in sich selber zusammenbrechen wird, sondern auch, daß es Anlaß zu einem kriegerischen Eingreifen auswärtiger Mächte geben wird. Auch sein Grenzstreit mit *Indien* wird sich, so unnötig und verkehrt er ist, nicht zu einer militärischen Machtprobe ausweiten. Die Gefahr für die bürgerlich-kapitalistische und feudalistische Welt Ost- und Südasiens, die von China ausgeht, ist überhaupt nicht militärischer Art; sie liegt in dem sozial-revolutionären Beispiel, das China den anderen unterentwickelten Völkern für die Lösung ihrer Probleme gibt.

Das gilt vor allem für Indien, wie in den «Neuen Wegen» schon wiederholt ausgesprochen worden ist. Auch der amerikanische Nationalökonom Malenbaum sieht es so in einer Abhandlung, die von der «Monthly Review» (Januar 1960) zitiert wird. Daß in Indien planwirtschaftliche, ja zum Teil sozialistische Vorstellungen wirksam sind, hat dabei nicht viel zu sagen; der private Wirtschaftsabschnitt umfaßt immer noch 90 Prozent der Produktion und der Dienstleistungen, und von einem ausgebauten System ineinandergreifender Planungsmaßnahmen ist sowieso nicht die Rede. Trotzdem hat Indien ungefähr zu gleicher Zeit wie China, vor etwa zehn Jahren, ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm auszuführen begonnen. Was ist das beidseitige Ergebnis? Malenbaum findet, daß Indiens Realeinkommen zwischen 1950 und 1959 jährlich um fast 3,5 Prozent gestiegen ist, während in der gleichen Zeit dasjenige Chinas annähernd dreimal schneller gewachsen ist. Die Kapitalanlagen — in unterentwickelten Ländern ein entscheidender Umstand — betrugen in Indien Ende der fünfziger Jahre das Doppelte derjenigen von 1950; in China waren sie fünfmal so hoch. 1952 stand der Haushaltverbrauch in China 10 bis 15 Prozent unter dem Durchschnittsverbrauch in Indien; seit 1955 hat er den indischen Verbrauch mehr und mehr eingeholt, und das trotz der gegenüber Indien viel höheren Anlage von Sparkapital, trotz dem viel schnelleren Wachstum der chinesischen Bevölkerung und bei gleichzeitiger mächtiger Ausdehnung der öffentlichen Dienste (Schulen, Wohnungsbau, Gesundheitsfürsorge usw.) in China, das Indien auf diesem Boden weit hinter sich läßt. Müssen in Indien weiterhin alljährlich viele Hunderttausende von Menschen verhungern, bis man sich entschließt, wie in China radikale Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Eigentumsordnung zu ergreifen?

Ähnliche Feststellungen wie der amerikanische Gelehrte trifft eine Veröffentlichung des Royal Institute of International Affairs (London) über China, das Dr. T. Balogh im «New Statesman» bespricht (30. Januar). Die Gesamtproduktion Chinas ist danach seit der Anhandnahme des Entwicklungsprogramms mindestens doppelt so schnell gestiegen, als es je in der Sowjetunion und in Japan der Fall war, und etwa fünfmal so schnell wie in Indien. «Es unterliegt keinem Zweifel», so schreibt der englische Forscher, «daß China rasch zur dritten Weltmacht emporsteigt. Ob recht oder schlecht — wir haben mit ihm zu rechnen, weil sein Erfolg die nichtsnutzigen, von Amerika inspirierten Militärdiktaturen in Asien, die politische Unterdrückung mit sozialer und wirtschaftlicher Inhaltslosigkeit verbinden, in ihrem wahren Lichte zeigt.» Man vergleiche mit diesem nüchternen Urteil die tendenziösen Berichte über das «Scheitern» der chinesischen Wirtschaftspolitik, wie sie fortwährend in unserer Presse erscheinen, so erst letzthin wieder einer in der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Hongkong, diesem Zentrum chinafeindlicher Gerüchtemacherei und Wühlarbeit, über das angebliche Versagen der Volkskommunen.

Wem die Stunde schlägt Zwischen Indien und China ist jedenfalls ein Wettkampf im Gang, dessen Verlauf wir mit wirklicher Spannung verfolgen, sieht es doch bisher gar nicht so aus, als stünden die Aussichten für die Zukunft der — wie gesagt — nach ausgesprochen kapitalistischen Grundsätzen geführten indischen Wirtschaft irgendwie günstig. Ähnliches ist von dem friedlichen Wettkampf zwischen der *Sowjetunion* und den *Vereinigten Staaten* zu sagen. Auch hier macht es keineswegs den Eindruck, als würde bald die Todesstunde des kommunistisch-sozialistischen Regimes schlagen. Hören wir wieder einen unverdächtigen amerikanischen Fachmann. In einer Einvernahme vor dem parlamentarischen Wirtschaftsausschuß der Vereinigten Staaten (erste Session des 86. Kongresses, 1959) stellt Professor R. W. Goldsmith fest, daß von 1913 bis 1958 das Rohprodukt der russischen Volkswirtschaft je Kopf und Jahr um zwei bis zweieinhalb Prozent zugenommen hat, ein wenig mehr als dasjenige der Vereinigten Staaten. Da aber für die Sowjetunion die Jahre zwischen 1913 und 1926 und dann wieder von 1940 bis 1948 «leere Jahre» gewesen seien, könne man tatsächlich erst von Anfang der fünfziger Jahre an, das heißt seit Überwindung der ärgsten Kriegsfolgen, die beiden Größen vergleichen. Und da zeige sich, daß von 1951 bis 1958 das sowjetische Rohprodukt je Kopf alljährlich um 4½ bis 5½ Prozent gewachsen sei, dreimal so schnell wie in einer langfristigen, ungestörten Entwicklung das amerikanische, ja nach einer anderen Berechnung sogar fünfmal schneller in den Jahren 1933 bis 1959. Die Zeit, da in *absoluten* Beträgen die sowjetische Produktion die amerikanische einholen wird, kann danach kaum mehr sehr fern sein.

Nun ist selbstverständlich die rein wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit nicht alles, ja nicht einmal die Hauptsache, besonders für ein dem Sozialismus verpflichtetes Land, obwohl die bürgerliche Kritik gerade auch *diese* Seite der Leistungskraft eines sozialistischen Systems immer mit größtem Mißtrauen betrachtet hat. Es kommt vor allem darauf an, welchen *Gebrauch* ein Land von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit macht. Und da kann kaum bestritten werden, daß die Sowjetunion ihre steigende Produktion in viel höherem Maß für die Förderung des Allgemeinwohles verwendet als die Vereinigten Staaten: für Erziehung und Bildung, für wissenschaftliche Forschung, Gesundheitsfürsorge, Stadt- und Siedlungsplanung, soziale Sicherheit für Jugendliche, Alte, Kranke und sonst Bedürftige, für Hilfe an unterentwickelte Völker und so weiter, nicht zu reden davon, daß sie einen bedeutend geringeren Teil des Volkseinkommens (beziehungsweise der Staatsausgaben) für Kriegsrüstungen ausgibt als die Vereinigten Staaten. Auch wo die Sowjetunion produktionsmäßig Amerika einholen will, gedenkt sie nicht den amerikanischen Lebensstil nachzuahmen, zum Beispiel im Automobilbetrieb, der in den Vereinigten Staaten (wie in Westeuropa auch) immer mehr zu einer der bösartigsten Menschheitsplagen ausartet, von der Sowjetunion aber planvoll beherrscht und geordnet werden will.

Alle urteilsfähigen westlichen Beobachter stimmen darum in der Feststellung überein, daß sich im ganzen Leben und Gehaben der Sowjetbevölkerung gegenüber der ersten Nachkriegszeit (um nicht weiter zurückzugreifen) ein gewaltiger Wandel zum Besseren, Menschlicheren, Freieren vollzogen habe. Der sowjetische Mensch — so findet Alexander Werth, der nach elfjähriger Abwesenheit in die Sowjetunion zurückgekehrt ist («New Statesman», 9. Januar 1960) — fühlt sich heute ungleich selbstsicherer und freier als ehedem. Die enorme Hebung der Lebenshaltung gegenüber 1948 sei mit Händen zu greifen; «zum ersten Male in ihrer Geschichte fühlen sich die Russen als eine Nation von ‚Habenden', nicht von ‚Habenichtsen'». Die neue Selbstsicherheit drücke sich auch im offenkundigen Schwinden der Kriegsfurcht aus (so sehr man besonders Westdeutschland mißtraue) und nicht zuletzt in dem Bewußtsein, daß die Geheimpolizei, früher ein Staat im Staate, heute aller willkürlichen Macht entkleidet und eine zuverlässige «sozialistische Gesetzlichkeit» geschaffen worden sei; Henry Shapiro, seit rund 25 Jahren Chefkorrespondent der amerikanischen United-Preß-Agentur in Rußland, bezeichnet diese Wandlung sogar als «die revolutionärste aller Veränderungen seit dem Beginn der Industrialisierung vor 30 Jahren», als die «vierte russische Revolution».

Die Tatsache springt nicht ganz voreingenommenen Zeitgenossen immer klarer in die Augen, daß sowohl die Russen und die Chinesen wie die kleineren Völker Osteuropas und Ostasiens, die sich ein geplantes, auf Gemeineigentum gegründetes Wirtschafts- und Sozial-

Betrachtung: Verborgene Herrlichkeit

Zweimal im Jahr geschieht es, daß weltliches und geistliches Jahr einander deutlich entgegen sind: wenn die Welt Abschied nimmt von Farbe und Sonnenlicht, dann feiert die Kirche Advent: Ankunft und Neubeginn; und wenn die Welt in den Frühling schaut, dann sieht das Auge der Gemeinde auf die Passion Christi. So vom Sichtbar-Vorhandenen weg auf das Unsichtbare gewiesen, buchstabiert Christenheit das Geheimnis von der «Verborgenen Herrlichkeit», von der das große Gebet des abschiednehmenden Herrn — Johannes im Siebzehnten aufgezeichnet — erfüllt ist.

Schon vom Zwiegespräch unter Menschen gilt, daß nur der kleinste Teil für einen Dritten wirklich verständlich sein kann; alles Wesentliche bleibt im Verborgenen; erst recht gilt dies für das Gebet, die Zwiesprache des Menschen mit dem ewigen Gott, und wie ganz gilt es für das Gespräch des Sohnes mit dem Vater. Dieses Wort ist wie ein großer Teppich vor dem Allerheiligsten: was uns zugewandt ist, kann nur die Rückseite sein, die rätselhafte Fülle der Nähte und der Verknüpfungen; die aber *ist* uns zugewandt, und wie die Jünger das Wort des heimkehrenden Sohnes gehört haben — «Ich habe deinen Namen offenbart den Menschen», «Ich habe vollendet das Werk», «Die du mir gegeben hast: ich habe sie bewahrt», «Sie haben dein Wort behalten», «Sie sind dein» —, so hören wir auf diese Worte und erfahren durch sie, was in der Welt sein wird, solange Welt Welt ist: verborgene Herrlichkeit wird sein.

Und das ist: der Widerspruch wird bleiben, das immerwährende «Aber», das, je nachdem man den Aussagesatz beginnt, ein Aber der Trauer oder des Vertrauens heißt.

Bleiben wird: der rätselhafte Gott. «Alles, was da ist, das ist ferne und sehr tief; wer wird's finden?» steht im alten Buch des Predigers, und das heißt: niemand wird am Menschen auslernen. Niemand wird erfahren, was alles in ihm möglich ist, gleichzeitig: das Böseste und das Beste, Taten der Liebe und Werke der Zerstörung. Und: niemand wird Gottes erbarmungsvolle und furchtbare Gegenwart enträtseln: die Güte seines Gewährens, die Gewalt seiner Zulassungen, sein vernehmliches Reden, sein unbegreifliches Schweigen. Aus der Wüstennacht der Welt, in der wunderbare Bewahrung und täglich-neue Gefährdung wechseln — nach welchem Sinn, welchem Plan? —, ruft die menschliche Seele, die nach Eindeutigkeit verlangende, immer mit Moses Stimme ruft sie: «Laß mich deine Herrlichkeit sehen!» Wird ihr Antwort zuteil? Ja. Diese Antwort: «Siehe, es ist ein Raum bei mir; da sollst du auf dem Fels stehen. Wenn denn nun meine Herrlichkeit vorübergeht, will ich dich in der Felskluft lassen stehen und meine Hand ob dir halten, bis ich vorübergehe. Und wenn ich meine Hand von dir tue, wirst du mir hinten nach sehen: aber mein An-

gesicht kann man nicht sehen.» So wird geantwortet, und weiter als bis zu diesem «Nachsehen» gelangen wir nicht.

Und doch: «Ich habe deinen Namen offenbart.» Das Väterliche, die lebenzeugende, ordnende, bewahrende Macht des Väterlichen, sie ist eingestiftet in diese Welt. Psalter und Prophetie haben begonnen, sie zu sehen, Jesus hat sie mit neuer Stimme bezeugt, und wir wagen, auf sein Zeugnis hin, zu glauben, daß «dennoch und trotzdem ein gütiger Vater / So gewaltig als gütig, so groß als grausig / Diese kleine wankende Erde regiere: / Daß wir Staub sind von Ihm / Und doch seinesgleichen / Doch ein Teil von Ihm / Seines Geistes ein Hauch —». Eine Erinnerung an die Kindheit wird lebendig: wie die wunderbare alte Frau, sonst so scheu und sparsam mit allem geistlichen Wort, am Bett des Knaben mit einer innigen Festigkeit Lavaters Abendstrophe sprach: «Vater! dieser Nam' erweitert / Jede Brust voll Angst und Schmerz / Wie der Mond die Nacht erheitert / Bringst Du Ruh in jedes Herz —»: die Welt, immer im Dunkeln liegend, war auch damals Kriegswelt, und das Kind konnte nicht an ihr vorbei leben. Aber aus der Nachtstunde — und viel mehr aus dem Leben der Beterin, die mit diesen Strophen zu leben und zu altern vermochte, kam eine große Klarheit, das Licht eines Kinderglaubens, der Zukünftiges erhellt: «wie der Mond die Nacht erheitert . . .»

Und bleiben wird: das Rätsel der Passion Christi. Nicht nur dies: daß die Stunde des Kaiphas, des Pilatus, die Stunde der Kriegsknechte, des Verrats und der Verleugnung in der Welt *war*; auch nicht nur dies: daß sie in der Welt *ist* als die Stunde unsrer Leidensscheu, unsres Widerstands, unsrer Gleichgültigkeit, unsrer Flucht, unsrer Grausamkeit gegen das leidende Leben, als der Triumph des Teuflischen unter uns. Die Passionsbilder des Malers Georges Rouault, die mitten in unsrer Zeit gemalten, warum gehen sie uns so bedrohlich an? Weil sie immer aufs neue dies eine zu sagen scheinen: daß es in der Welt ist, als wäre jener erste Tod unfruchtbar gewesen, als hätte er uns alle nicht in die Scham gewiesen, in das Erschrecken und Zögern hinein. Nicht nur dies; sondern mehr noch das Rätsel, das uns anfällt wie ein Feind: muß es denn so sein, daß «ein Mensch sterbe für das Volk»? Ist das ins Grundgefüge so eingemauert als die Wahrheit vom Opfer, was einer, die Ohnmacht des Gekreuzigten verhöhnend, aussprach: «Andern hat er geholfen und *kann* sich selbst nicht helfen . . .» Kann er am Ende wirklich nicht?

Aber: «Ich habe vollendet das Werk.» Das ist das Wort der Vollmacht und des Sieges. Und heißt: das Werk *ist* in der Welt, wie der Wirkstoff im Teig, es ist nicht mehr aus ihr hinaus zu denken. Das Werk der großen Verwandlung: daß die Sicheren unsicher werden, weil dieser Eine sie stört, die Erschrockenen aber getrost, weil dieser Eine sie kennt, die Unruhigen ruhig, weil dieses «Kommet her» ge-

sagt ist, und die Schuldigen getrost, weil «die Liebe der Sünden Menge deckt». Die Kraft der Mittlerschaft ist da, die Zugbrücke ist niedergelassen, die Gotteswelt ist nahe; der Stellvertreter ist da, der, dessen Rücken frei ist, fremde Last zu tragen, der Stellvertreter, der es nicht, wie sonst ein Stellvertreter, nur eben notdürftig macht, der vielmehr es gut macht für alle und in allem.

Für alle. Für wen? Für die kleine Schar, die der Abschiednehmende bei sich hatte, und für die große Schar, die im Gang der Geschichte heranwuchs. Wer sind sie? Wie sind sie? Wir kennen sie; wir kennen uns ein wenig. Einfältige Weisheit sollte unser Teil sein: wie ist so viel absichtsvolle Klugheit daraus geworden? Feuer war entzündet — und wie sind wir in den Fanatismus geraten? Die Wohnung der Liebe war gemeint, nicht die starre Mauer des Rechts. Kann man von Herrlichkeit reden, wenn man von den Christen spricht?

Und doch: «Sie haben behalten.» Sie können bewahren. Sie können das Anvertraute festhalten, wie Kinder den Taler, den man ihnen in die Hand gibt, festhalten, so daß von ihrem Dasein in der Welt eine Ahnung von Helligkeit und Heiterkeit und Freiheit ausgeht, noch immer ausgeht. Sie bewahren; sie sind bewahrt. Sie haben — um des Vaters willen — das Kinderrecht der Spiele und des Vertrauens, auch der klarbegrenzten Aufgabe, wie Väter sie den Kindern zumuten, den Kindern, die sie kennen; sie haben, da einer, Christus, ihr Meister ist, als die Gesellen das Recht, nur eben ein Bruchstück zuwege zu bringen, und die Freude, lernen zu dürfen. Und sie sind, da der Eine sich nicht schämt, sie Brüder zu heißen, mit dem Zeichen einer Zusammengehörigkeit gesegnet, von der sie wissen: daß sie nicht bei ihnen begann — und nicht mit ihnen zu Ende geht.

Wie lesen wir, Jesaja im Zweiunddreißigsten: «Daß mein Volk in Häusern des Friedens wohnen wird, in sicheren Wohnungen und in stolzer Ruhe.» Ist das unser Teil: die offene Herrlichkeit? Dies noch nicht. Aber dann lesen wir weiter: «Der Gott der Geduld und des Trostes gebe euch, daß ihr einerlei gesinnt seid untereinander»: das ist der siebenfarbige Bogen des Friedens über den Wetterwänden aller Welt. Die ihn aufgerichtet sehen, die vertrauen: nicht auf den Triumph vor aller Welt. Doch: daß sie bewahrt sind, wo sie bewahren. Und noch wo sie nicht bewahren, nicht sich und nicht das anvertraute Gut —: daß sie, um der verborgenen Herrlichkeit, der stellvertretenden Liebe willen, in alle Ewigkeit doch nicht gar zerbrochen werden.

Albrecht Goes

Mit Zustimmung des Furche-Verlags entnommen aus: Albrecht Goes «Worte zum Fest». (Furche-Bücherei, Nr. 173.)

Ein Kämpferleben

Schon lange hätten wir in den «Neuen Wegen» den zweiten Band der Lebenserinnerungen von Emil Fuchs besprechen sollen, deren erster Teil im Maiheft 1958 gewürdigt wurde. Das Versäumnis sei nun aber jetzt doch endlich nachgeholt, mit dem gleich vorausgeschickten Wunsch, auch von unseren Lesern möchten recht viele zu der nun ganz vorliegenden Selbstbiographie unseres Leipziger Freundes greifen*. Denn ihr zweiter Teil rechtfertigt noch viel mehr den Untertitel, der schon dem ersten Band beigegeben wurde: «Ein Christ im Kampfe gegen den Faschismus, für Frieden und Sozialismus.»

Schilderte uns der Verfasser im ersten Band mehr seinen menschlichen und religiösen Entwicklungsgang und seine erste Begegnung mit den Aufgaben eines Pfarrers in einer großen Industriegemeinde, so führt er uns nun in die großen, harten Kämpfe hinein, die das Deutschland der Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg erschütterten, bis hin zum Auftreten und Zusammenbruch des Dritten Reiches und zum Zerfall Deutschlands in zwei sich gegenseitig bitter befehdende Hälften. Der Versuch eines Neuaufbaus der Menschen- und Volksgemeinschaft inmitten der Zersetzung der ganzen westlichen Gesellschaft und Kultur, das schuldhafte Versagen der Kirchen gegenüber ihrer Aufgabe und Sendung, die innere Schwächung und Verwirrung der sozialistischen und Arbeiterbewegung, die Volksbildungs- und Jugendarbeit, dann das Aufkommen des Nazismus, sein scheinbarer Triumph und seine rasche Katastrophe — das alles zieht am Auge des Lesers in spannend-dramatischer Abfolge vorbei. Und mitten drin in dieser stürmischen Bewegung sehen wir einen Mann stehen und seinen Pfad suchen, der, selbst von schweren Schicksalsschlägen getroffen, den Kompaß doch nie verliert und immer wieder aus seinem Glauben das Licht und die Kraft gewinnt, um richtungweisend, aufrüttelnd, warnend und mahnend seiner Kirche und seinem Volk voranzugehen. Man muß die Erzählung dieser Erlebnisse Fuchsens selber nachlesen, um zu ermessen, was es damals hieß, festzustehen und einer Strömung Trotz zu bieten, die fast das ganze deutsche Volk in ihren Strudel riß und so sein Verderben herbeiführte.

Emil Fuchs zog aus dem Versagen der Kirche, des Bürgertums und der Sozialdemokratie auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Folgerung, daß er Ende 1949 eine Berufung nach Leipzig als Professor für christliche Ethik und Religionssoziologie annahm. Er schrieb damals dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kurt Schumacher, einen Brief, der heute so wahr ist wie vor einem Jahrzehnt, so wenig hat sich seither die Grundhaltung des

* Emil Fuchs: «Mein Leben». Erster Teil 1958, zweiter Teil 1959. Verlag Koehler und Amelang, Leipzig.

westdeutschen Volkes und seiner Sozialdemokraten geändert. Ihre Verbürgerlichung und Verschanzung hinter einem bornierten Antikommunismus ist inzwischen nur noch beschämender und verhängnisvoller geworden. Wie damals, so gilt heute erst recht, daß die Versöhnung mit dem Osten eine Hauptaufgabe gerade auch Westdeutschlands ist. «Es muß», so rief Fuchs dem sozialdemokratischen Führer zu, «uns allen deutlich werden, daß Rußland und der Kommunismus ihre ungeheure, bezwingende Anziehungskraft für die Millionen der Verzweifelten haben, und daß diese Anziehungskraft wächst, je mehr die Demokratie die Wege geht, auf denen sie die Völker um ihre Zukunft betrügt und zu Machtsphären des Kapitalismus macht. Hier scheint mir wieder einer der Fehler unserer Bewegung zu liegen: Man hat die Scheidung gegenüber dem Kommunismus in einer Weise vorgenommen, die das Verständnis für ihn völlig unmöglich macht und dadurch dem Wiederaufrichten des Kapitalismus Vorschub leistet. ... Nicht Lenin und Stalin sind die Schuldigen, sondern diejenigen, die jede Reform verhinderten, bis der Ausbruch kam. Für die kommende Katastrophe werden die die Schuldigen sein, die heute den Neubau hindern und damit einen neuen Ausbruch vorbereiten ... So bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ich in meiner Art und Haltung drüben mehr für die Entwicklung über die Diktatur zur wahren Freiheit tun kann als in der Demokratie hier.»

Fuchs nahm diese neue, späte Aufgabe vor allem als Christ an, der schon seit Jahrzehnten die Verbindung des Evangeliums Jesu mit der sozialen Erneuerung heiß ersehnt und dafür gestritten und gelitten hatte. Es war ihm längst klar, daß es, wie er schreibt, «unmöglich sei, Jünger Jesu zu sein in einer Welt, deren Grundlagen von einem dem völlig entgegengesetzten Geiste gebildet waren und sind.» Die Kirche verschloß sich in ihrer Gesamtheit fast vollständig dieser Erkenntnis. «Sie kämpfte darum, daß sie sich in ihrer Organisation in den Kämpfen der Zeit behauptete, als eine finanzielle, organisierte, von den Menschen um ihres Einflusses willen geachtete und gefürchtete Macht. Je mehr sie darum kämpfte, desto mehr erstickte der kirchliche Egoismus und Selbsterhaltungstrieb das Gefühl für die reine, schlichte Frömmigkeit und deren Lebensbedürfnisse.» Im Widerstand gegen solche Erstarrung und Verirrung hatten Fuchs und seine Freunde schon in den zwanziger Jahren die Bewegung der religiösen Sozialisten geschaffen, die Jesus und das Volk wieder zusammenbringen wollte. «Wir nannten uns Sozialisten. Wir wollten damit sagen, daß nach unserer Meinung heute keine Frömmigkeit die Frage aller Fragen umgehen könne, nämlich, wie wir diese kapitalistische Gesellschaftsordnung umwandeln könnten in eine, die der Haltung eines religiösen Menschen wirklich entspräche, und ihm Raum zum Leben und Wirken gäbe ... Wer diese Aufgabe umgeht, kann auch der heutigen Menschheit keine Führung für ihr Leben und Wirken geben. Ein Christentum, das hier versagt, muß von den Menschen verlassen

werden, denn es kann ihnen keine wahre Hilfe in den Lebensentscheidungen sein.»

*

Wie Ragaz, so mußte auch Fuchs immer wieder den Vorwurf hören, daß er den Sozialismus mit dem Reiche Gottes gleichsetze und also meine, durch eigenes Tun das Reich Gottes herbeiführen zu können. Und immer wieder mußten sich die religiösen Sozialisten ebenso fälschlicherweise sagen lassen, daß sie «die Politik in die Kirche hineintrügen». In der Abwehr dieser Anklagen stießen sie zum erstenmal auch mit Karl Barth zusammen, so sehr dessen «neue Theologie» selbst im Kampf gegen ein weltförmig und kulturselig gewordenes Christentum stand. Der Auseinandersetzung mit Barth (und Gogarten) widmet Fuchs in seinen Erinnerungen bezeichnenderweise viel Raum. Er anerkennt rückhaltlos, daß es Barths tiefe Leidenschaft ist, die Christenheit vor aller Verfälschung des Evangeliums zu schützen und dessen Verkündigung ganz und gar unabhängig zu machen vor dem, was der Mensch dazu tun und was er ihm nehmen kann. Aber auf den Wegen, die Barth im Blick auf dieses Ziel ging, konnte er ihm unmöglich folgen. Er lehnte die dogmatische Verengerung und Erstarrung der biblischen Verkündigung und die «immer peinlichere Schriftgelehrsamkeit» der neuen theologischen Schule entschlossen ab. «Nun plagen sich die Menschen wieder mit der rechten Lehre und ihrer Formulierung, statt den Ruf zum rechten Leben aus dem Geiste zu hören und ihm sich hinzugeben». Es gelte in der Tat zu erkennen, «daß alle Formulierungen des Glaubens menschliche Schöpfungen sind, dem Irrtum unterworfen, immer wieder zu korrigieren und zu erneuern. Immer wieder muß die Form der Verkündigung gesucht werden, die den Menschen dieser Zeit den Ruf verständlich macht und ihnen die Aufgabe zeigt, in der sie ihm heute gehorchen müssen.»

Damit hängt ein zweiter Unterschied zwischen der Haltung Fuchsens und derjenigen Barths und seiner Freunde zusammen. «Gerade weil sich Barth müht, das Mitwirken des Menschen beim Reinhalten der Botschaft völlig auszuschalten, lenkt er des Menschen Aufmerksamkeit von dem ab, in dem dieses Reinhalten durch ihn hindurch geschieht ... In unserer verantwortungslosen Untätigkeit, die so «fromm» alles Gott überlassen und sich nicht dem Hochmut hingeben will, daß wir Menschen etwas tun könnten, was göttlich ist, liegt der Ungehorsam, in dem die göttliche Führung immer wieder erstickt wird und durch den sich die Kirche der göttlichen Führung unwürdig gemacht hat.»

Barths Lehre, wir stünden eben in der Welt der Sünde und könnten mit all unserem Tun nicht darüber hinauskommen, dürften also auch dem Staat und der Wirtschaft keine dem Evangelium gemäßen Aufgaben stellen, erscheint ihm gänzlich abwegig. Der Staat, so stellt er fest, überschreite die Grenze seiner Aufgaben nicht nur da, wo er

in den Raum der Kirche eindringe, sondern auch überall dort, wo er als Träger einer widergöttlichen Macht auftrete. Dem Staat wie allen gesellschaftlichen Mächten müsse ganz klar und deutlich gesagt werden, «daß sie im Dienste einer einheitlichen höheren Aufgabe stehen, die dem Menschen und der Menschheit durch eine Zielsetzung gegeben ist, die nicht in ihrer Macht steht, der sie sich fügen oder die sie ablehnen können. . . . Jenes Ablehnen der göttlichen Zielsetzung ist die Sünde. In ihr wählt der Mensch seine eigenen Ziele, und das ist die Hybris, der Übermut. Auch wenn der Mensch sich dabei sehr fromm seiner Beschränktheit im Irdischen und Sündigen bewußt bleibt, ändert das gar nichts an der Tatsache, daß er seine Zielsetzung in der irdischen Welt sucht und die göttliche ausschließt . . . Das ist die Haltung der Christenheit seit Jahrhunderten, seit Luther, und Barth bestärkt sie darin. Der Schweizer, dem Verantwortung für die Gemeinschaft von Jugend auf anerzogen ist, sah nicht, wie gefährlich seine Haltung für deutsche Theologen war. . . . Wie kann eine Kirche Glauben für ihre Botschaft finden, die gleichzeitig den Menschen das Schauspiel gibt, daß auch sie ihre Existenz und die Existenz ihres Volkes nicht vom Gehorsam gegen Gottes Willen erwartet, sondern von einer Gesellschaftsordnung, die auf dem bewußten und dauernden Ungehorsam gegen den Geist der Wahrheit und der Güte begründet ist und deshalb zu immer wiederkehrenden Zuständen verzweifelter Kämpfe und seelischer Zerrüttung führen muß?»

Wir glaubten diese Abschnitte aus des Verfassers Rückschau auf seine Kämpfe etwas ausführlicher zitieren zu müssen, weil sie uns auch in der heutigen Lage eine Hilfe und Wegleitung sein können. Wir grüßen in Emil Fuchs einen großen Verbündeten in unserer erneuten und sichtlich einer Entscheidung zudrängenden Auseinandersetzung mit den Mächten des Bösen, den «geistlichen» wie den weltlichen. Sein Kampf sei uns immer Ansporn, wo wir zu erlahmen drohen, Ermutigung, wo wir uns enttäuscht zurückziehen möchten, und Verheißung, wenn die Hoffnung auf Sieg zu schwinden scheint. Das Reich muß uns doch bleiben! *H. K.*

John Milton

Die Leser der «Neuen Wege» werden sich freuen, nach langer, durch schwere Krankheit unserer Freundin erzwungener Unterbrechung wieder einen Beitrag von *Margarete Susman* zu erhalten. Aus tiefem Erleben schöpfend, weiß sie hier das prophetische Gedankengut und die bahnbrechende Rolle einer Dichtergestalt des 17. Jahrhunderts für uns zu deuten. Sie erfüllt darin im besten Sinne ein Anliegen der «Neuen Wege». Wir danken Margarete Susman dafür.

Ich bin gebeten worden, einige Worte über einen großen Mann zu schreiben, der der Gesinnung der «Neuen Wege» in vieler Hinsicht nahe steht. Es ist der Dichter John Milton.

Wer den Namen Milton hört, denkt zuerst an den großen Dichter und vor allem an «Das Verlorene Paradies» — eine jener gewaltigen Dichtungen, die uns heute noch überwältigen und die auch Leonhard Ragaz so sehr geliebt hat. Milton weiß um alle Seligkeiten, alles Glück des Paradieses, und doch ist das Seltsame an dieser Dichtung, daß Satan, als der von Gott Abgefallene, in ihr eine wesentliche Rolle spielt. Aber der eigentliche Held dieser großen Dichtung ist weder Satan noch Christus, die einander hier gegenüberstehen. Ihr Gegenstand ist nach der Deutung des größten Deuters dieses Werkes die ganze Menschheit und die Begründung ihres Falles, aus dem sie sich wieder emporzubringen strebt.

Wenn man die Szenen im Himmel und den Kampf zwischen den Engeln liest, scheint es, zumal in jenem Zeitpunkt, als sei dies alles das Vorbild für ein wahrhaftiges «Commonwealth», die «Herrschaft der Heiligen» — und der Satan stellt nur jene Kräfte dar, die dieses Vorbild ständig untergraben. Es ist dies also ein Bild unserer Welt, das über das englische Commonwealth weit hinausreicht.

Aus diesem Bild wird uns die Gewißheit, daß Milton nicht nur ein großer Dichter, sondern auch ein großer Politiker war. Denn dies erhabene Commonwealth war sicher ganz real gemeint.

So erhält Miltons Werk einen doppelten Wert dadurch, daß dieser Dichter zugleich ein Mann der Tat war, und was er aussprach, auch wirklich ausführte, soweit es Menschenkraft erlaubt. Sein Wahlspruch war: «Die Wahrheit siegt», und in ihrem Namen hat er sein Leben und das seines Volkes auf sich genommen.

In einer Zeit voller Verwirrung (1608 bis 1674), die in vielem an die unsere erinnert, hat er die klaren Linien fester politischer Gesetze und Ordnungen eingezeichnet. Er konnte die Wirklichkeit seiner Zeit selbstverständlich nicht vollkommen durchbrechen, aber das Wesentliche eines neuen England ist auf seinen Geist zurückzuführen.

Er wollte als demokratischer Mensch sein Leben lang die Herrschaft des Parlaments über die des Königs stellen, wie dies ja lange nach seinem Tode auch verwirklicht worden ist. Leidenschaftlich setzte er sich für die Freiheit ein, sowohl in Wort wie in Schrift, und verteidigte auch die Freiheit der Presse. Er hat in diesem Zusammenhang die große Wahrheit ausgesprochen: «Wer ein Buch vernichtet, tötet die Vernunft selbst, denn es ist möglich, daß eine Wahrheit, einmal gewaltsam unterdrückt, in der Geschichte niemals wiederkehrt.» Er war in alldem ein großer Kämpfer, der sich mit reiner Furchtlosigkeit in den Dienst seiner großen Sache stellte, einer Sache, die vor allem darum so groß war, daß sie von einer festen religiösen Überzeugung getragen war. Er hat sich in diesen Kämpfen vom Katholizismus in jeder Gestalt abgewendet und einen reinen Protestantismus, ja Puritanismus auf seine Fahne geschrieben, der für England für immer entscheidend geblieben ist. Er wurde verfolgt und angefeindet um dieser seiner Sache willen, die ja in jedem Bezirk eine letzthin

revolutionäre war, weil sie überall aus dem reinen Willen zur Freiheit entsprang.

Milton hat sich natürlich auch mit der gesamten englischen Dichtung befaßt. Er hat Shakespeare in doppeltem Licht gesehen: Einmal wußte er, daß man vor dieser übermächtigen Dichtung «zu Stein erstarrt», zum anderen erschien sie ihm, der auch ein großer Wissenschafter war, als zu naturhaft und nicht ganz als in sich selber ruhende Kunst. Dies ist vielleicht der Grund dafür, daß dieser große Engländer von Dante mehr als von Shakespeare gelernt hat.

Mit Dante hat Milton das Schicksal geteilt, daß er sich «in der Mitte seines Lebensweges in einem finsteren Walde fand», daß ihm von nun an der gerade Weg zu allen Dingen verrammelt war; nur war dies Schicksal bei Milton noch grausamer: er, der tätige und schöpferische Mensch, ist in der Mitte seines Lebens erblindet. Ein Liebender und ein alles Leben Liebender, dem das erste Organ der Liebe, das Auge, genommen ist, lebt er nicht selbst in einem verlorenen Paradies? Insofern ist seine größte Dichtung mit seinem persönlichen Schicksal eins. Er hat aber auch noch eine andere unmittelbarere Antwort auf diese Verdüsterung seines Seins gegeben, ein kurzes, erschütterndes Gedicht.

Wenn ich erwäge, wie mein Licht erloschen
Noch vor der Hälfte meiner Tage
In dieser dunklen Welt und Weite,
Und wie die eine Gabe, die zu verbergen Tod bedeuten würde,
Nutzlos bei mir beherbergt ist,
Obschon meine Seele fest entschlossen war,
Mit ihr nur meinem Schöpfer zu dienen
Und ihm Rechenschaft abzulegen,
Daß er nicht einstens zürnen möge.
«Verlangt Gott von mir Tagesarbeit, wenn das Licht versagt?»
Frag ich verwirrt. Doch um mein weiteres Murren zu verhindern,
Gibt die Geduld die Antwort:
«Gott braucht weder des Menschen Werk
Noch seine eigene Gabe.
Wer am besten sein mildes Joch erträgt,
Dient ihm am besten. Sein Staat ist königlich.
Tausende folgen seinem Befehl,
Eilend über Länder und Ozeane ohne Rast.
Auch jene dienen, die nur stehn und harren.»

Margarete Susman

«Das milde Joch» — wer sonst hätte dieses schwere Menschenschicksal so bezeichnet? Dieser Auffassung des von Gott Gesandten ist Milton immer treu geblieben. Aber dieses kurze Gedicht ist nur eines von vielen, die er über die Blindheit geschrieben hat.

Miltons letzte große Dichtung, deren Held der von den Philistern geschorene und geblendete Simson ist, sieht dieses Schicksal nicht als ein von Gott auferlegtes, sondern als ein menschlich-geschichtliches an. Hier kommt die doppelte Not des gefesselten Blinden aus der Sturheit und Ahnungslosigkeit des Volkes, das den Helden und seine dem Heil zugewandte revolutionäre Botschaft verkennt. Jäh und gewaltig erhebt er sich, als ihm mit dem Haar auch die Kraft wieder gewachsen ist. Mit beiden Armen ergreift er die mächtigen Säulen des Palastes und reißt das versammelte Volk der Philister mit in den eigenen Untergang hinein.

Und eben dies war immer die Doppelhaltung des großen Dichters und Menschen Milton: ganz unter Gott und sein mildes Joch gebeugt, hat er die Unzulänglichkeit der Menschen mit Leidenschaft erkannt und bekämpft.

Kirche und Christentum in der DDR und das Ringen um Frieden

Die vor mehr als zehn Jahren herbeigeführte unselige Spaltung unseres deutschen Landes und Volkes, der westlicherseits eine ganz bestimmte Absicht zugrunde lag, die durch die Einführung einer eigenen Währung für die drei westlichen Zonen noch unterstrichen wurde, hat auch die evangelischen Landeskirchen Deutschlands auseinandergerissen. Das geschah zu der Zeit (1948), als der seitdem diesen westlichen Teil unseres Vaterlandes beherrschende ultramontane Kanzler zuerst an die mögliche Herbeiführung eines Krieges gegen die Sowjetunion dachte, was soeben erneut durch den Mitbegründer der CDU, Oberbürgermeister Wilhelm Elfes, vor dem Düsseldorfer Gericht bestätigt wurde. Wenn die evangelische Kirche seitdem immer wieder durch gesamtdeutsche evangelische Kirchentage die Gemeinschaft des gewaltsam auseinandergerissenen Volkes ihrer Gläubigen zu dokumentieren versucht hat, so lag darauf, mehr oder weniger deutlich erkannt, immer ein dunkler Schatten. Man wollte sich der Gemeinschaft freuen und konnte doch nicht ohne verborgenen Trauerflor die Tage begehen. Schon 1950 in Essen spürte der Teilnehmer die ersten Anfänge der in der Stille geplanten Wiederaufrüstung in dem Staat, der sich «Bundesrepublik Deutschland» nannte! Und je weiter die Rüstung, ohne einer Volksabstimmung Gehör gegeben zu haben, fortschritt, je stärker die Mittel für einen heißen Krieg bereitgestellt wurden, um so mehr wuchs auch der Kalte Krieg mit den Fluten seiner Hetze, Verleumdung und Vergewaltigung der Gewissen. Wer schon kurz nach dem Essener Kirchentag 1950

seine ernsten Bedenken gegen diese Entwicklung anmeldete und seitdem in dem Kampf um wahren Frieden und Wiederherstellung der gemeinsamen Heimat in Ost und West steht, der sah die Entwicklung voraus und sah sie im letzten der evangelischen Kirchentage in München 1959 voll und über alle Befürchtungen hinaus bestätigt. Atomare Bewaffnung unter diktatorischem, klerikal-ultramontanem Regiment, am schmählichsten ausgeprägt in der sinnlosen Behauptung von der Nichtexistenz des anderen deutschen Staates, dessen Anerkennung durch dritte souveräne Staaten mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen bedroht wird! Wahrlich ein in der Geschichte einmaliger Vorgang traurigster Arroganz und völliger Verkennung der Lage!

Daß bei dieser so tragischen, aber vom Westen her gewollten Entwicklung auch die evangelische Kirche in beiden Teilen Deutschlands in den Kalten Krieg hineingezogen wurde, verstand sich von selbst. Aber nicht nur das: sie wurde in ganz besonderer Weise im Kalten Krieg für die Rüstung zum Heißen Krieg ausgenutzt. In allen nur denkbaren Tonarten wurde der Bevölkerung der Bundesrepublik und des Westens überhaupt die Gottlosigkeit des «atheistischen Ostens» und die traurige Drangsalierung der Christen in ihm vor Augen geführt, um sie für den Antikommunismus reif zu machen. Und Professor Hromadka, Prag, stellte vor kurzem mit vollem Recht fest: «Die Kirchen sind der Hysterie des Kalten Krieges mehr erlegen als die Welt.»

Wie schwer aber die von Westdeutschland am meisten propagierte Aufrüstung im Rahmen der NATO auch in anderen Ländern die evangelischen Kirchen und Gemeinden bedrückt, mag aus den unerhörten Vorgängen im faschistischen Spanien hervorgehen, wo alles Evangelische ausgetilgt wird. Das Land mit seiner totalitären Regierung aber soll willkommen sein im Rahmen der NATO und nimmt Milliarden zur Anlegung von militärischen Stützpunkten aus amerikanischen Händen entgegen, während das Volk vegetiert. Bonn aber empfängt den Außenminister des Landes wie einen Fürsten, und niemand wagt es, die Abstellung der Unterdrückung der evangelischen Freiheit in Spanien zu verlangen, auch nicht die evangelischen Mitglieder des Bundeskabinetts!

Der Kalte Krieg nun innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands und gegen dieselbe im deutschen Osten wird immer eines der traurigsten Kapitel deutsch-evangelischer Geschichte bleiben. Der Kalte Krieg lebt von Lüge und Verhetzung und hat es zur vollendeten Methode gebracht, irgendwelche Fehler oder Schwächen beim anderen Teil zu entdecken oder mit Hilfe von Spionen und geistig abhängigen Kreaturen sich übermitteln zu lassen, um alsbald durch Übertreibung und Entstellung eine große Sache daraus zu machen, so daß alle «redlichen Christen» nur mit Abscheu zu rufen vermögen: Ach, die armen Brüder und Schwestern in der Ostzone! Das ist un-

ter Umkehrung der Vorzeichen vieltausendfach geschehen seit 1948, und es geschieht noch heute, wenn auch der leibliche Hunger dieser «Armen» nicht mehr glaubhaft gemacht werden kann, so um so mehr der geistige und geistliche in einer «bedrückten Atmosphäre». Was ist die Wahrheit und wo liegt die Gottlosigkeit, die die Kirche bedroht?

Als das Hitlersche, wahrlich nicht von christlichen Motiven geleitete Reich zusammenbrach und die sowjetischen Divisionen in den vorherrschend evangelischen deutschen Osten eindrangen, da sind weite Teile der Bevölkerung und auch der evangelischen Pfarrerschaft nach dem Westen geflohen, sehr viele mit der bedrückenden Gewissenserkenntnis, dem Nazismus selbst und damit der Katastrophe des Volkes Vorschub geleistet zu haben. Man erwartete deshalb ein strenges Gericht auch gegenüber den kirchlichen Organen und ihren Rechten. Nie werden wir, denen ebenfalls die Flucht nach dem Westen empfohlen wurde, die aber als Hirten ihrer Herde dem Volk in seiner Gesamtheit treu bleiben wollten, das Erstaunen vergessen, mit dem wir Kenntnis davon nahmen, daß keinerlei Kirchenverfolgung einsetzte und daß auch alle die Geistlichen — und das waren in den dem Nazismus erlegenen Landeskirchen nicht wenig —, die der Partei Hitlers bis zuletzt angehört hatten, weiterhin frei ihres Amtes walten konnten. Wir erlebten bei der sowjetischen Besatzung eine hohe Achtung vor dem, was auch dem sowjetischen Volk heilig war, und es hat Pfarrer gegeben, die in den ersten Tagen des Zusammenbruchs das geistliche Gewand nicht abgelegt haben und die in diesem Gewand unbehelligt blieben. Alle kirchliche Arbeit in Gottesdienst, Seelsorge und Unterricht wurde von den sowjetischen Kommandanturen kurze Zeit nach der Besetzung des Landes freigegeben, auch der kirchliche Besitz wurde nicht angetastet und fiel nicht unter die Maßnahmen der Bodenreform.

In den seitdem vergangenen Jahren, und das heißt auch seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, ist bei der durchgeführten Trennung von Staat und Kirche die kirchliche Arbeit durchweg unbehindert gewesen, und die in der Verfassung festgelegten Rechte und Freiheiten der religiösen Überzeugung sind gewahrt geblieben. Erschwert wurde des öfteren eine sachgemäße und friedliche Erledigung schwebender Fragen und Aufgaben durch die vom Westen her betriebene Hetze gegen den angeblich allein in der DDR herrschenden Kommunismus und Atheismus. Diese beiden Ismen werden immer wieder als ein Gespenst an die Wand gemalt. Der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat aber steht in entschlossenem Aufbau des Sozialismus und hat auf diesem Wege nach dem totalen Zusammenbruch wahrhaft große und unerhörte Leistungen vollbracht. Kein einsichtiger und sachlich urteilender Mensch aber kann behaupten, daß in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung religiöse und christliche Erkenntnisse und Grundsätze keinen Platz haben könnten oder daß in einer kapitalistischen Wirtschaft die Betätigung in der christ-

lichen Lehre leichter durchzuführen und besser gesichert sei. Religiöse Erkenntnisse und Hingabe sind noch zu keiner Zeit eine selbstverständliche Tatsache bei der Mehrheit des Volkes gewesen, und eine starke Entwicklung im Laufe der letzten Jahrhunderte zu einer religionslosen Auffassung und zu einem organisierten Freidenkertum ist längst evident geworden und in keiner Weise allein charakteristisch für die östlichen Volksdemokratien oder für die DDR. Bei der weltanschaulichen Auseinandersetzung wird sich aber mit größter Wahrscheinlichkeit zeigen, daß die einer Friedensordnung unter den Völkern zustrebende sozialistische Welt, frei von Krieg und Gewalt, sich besser mit der christlichen Lehre verbinden läßt als mit der mammonistischen Welt, die heute den Fluch jahrhundertelanger Ausbeutung kolonialer Völker zu tragen hat.

Die evangelische Kirche aber, die in jahrhundertelanger Verbindung von Thron und Altar und unter überwiegend starkem Einfluß der besitzenden Schichten und der Patronate des Großgrundbesitzes vieles versäumt und nicht geringe Schuld der Vergangenheit wieder gutzumachen hat, sollte wissen, daß sie kein Recht hat, sich zu beklagen, wenn der Atheismus sie vor besondere Aufgaben stellt, der zuerst nicht in den unteren Schichten des Volkes, sondern in den höheren vorgelebt worden ist.

Wo solche aus der historischen Entwicklung entnommene Erkenntnis vorhanden ist, wird man gefeit gegen eine den Kalten Krieg schürende Verhetzung und sieht auch die Fragen und Aufgaben, die im Zusammenhang mit Jugendweihe und Konfirmation sich ergeben haben, unter einem anderen Licht, frei von klerikalem Selbstbewußtsein und ergeben allein dem Herrn, der lieber litt als rechthaberisch zu fordern. Wenn ein englischer Kirchenfürst vor kurzem auf Grund von ihm zuteil gewordenen Informationen leitender Kirchenmänner und Politiker des deutschen Westens meinte, sagen zu müssen, daß die evangelische Kirche in der DDR um ihr Leben zu kämpfen habe und daß «praktizierende Christen» es in der DDR zu nichts bringen könnten, so ist eine solche unsachliche Information bezeichnend für die Methoden des Kalten Krieges, der überall dort ein Ende finden wird, wo friedliche Wege der Verständigung zwischen Ost und West und damit auch zwischen beiden Teilen Deutschlands gesucht und dann mit Sicherheit auch gefunden werden. Das wird geschehen, wenn die Sinnlosigkeit einer atomaren Aufrüstung auf deutschem Boden wie in aller Welt erkannt ist und in einer atomwaffenfreien und nicht mehr machtpolitischen Welt sich ein einig Volk von Brüdern wiedergefunden hat.

Pfarrer *Ludwig Rodenberg*

Ein Hoffnungsschimmer für die Sechziger Jahre?

Die Uhrzeiger auf der Titelseite des «Bulletin of the Atomic Scientists», die auf 3 Minuten vor 12, das heißt vor der Katastrophe standen, sind in der neuesten Ausgabe des «Bulletin» um 5 Minuten zurückgestellt worden, was symbolischer Ausdruck sein soll für eine gewisse Entspannung der Weltlage. Redaktor Eugene Rabinowitch äußert sich über die vergangenen zehn Jahre und das kommende Dezennium im wesentlichen wie folgt:

Wenn wir vom 1. Januar 1960 auf die letzten zehn Jahre zurückblicken, mag plötzlich der atemraubende Gedanke in uns aufsteigen: Wäre es nicht möglich, daß wir in diesen Jahren einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit erlebt haben?

In der Ausgabe vom Januar 1955 des «Bulletin» erschienen 1945 bis 1955 als «zehn Jahre, die die Welt erschütterten». Nun, da weitere fünf Jahre ins Land gegangen sind, auf dem Hintergrund von Angst und Verwirrung der durch Hiroshima gezeichneten Epoche, beginnen sich die vagen Umrisse einer neuen Welt abzuzeichnen.

Drei Revolutionen

Wenn der russische Dichter Alexander Blok auf dem Totenbett sagte, er höre «den Sturmwind der Geschichte», so können wir hinzufügen, daß dieser Sturm seit 1914 nie mehr aufgehört hat, wohl aber in unserer Zeit zum Orkan geworden ist. Große Umwälzungen haben seither ihren Höhepunkt erreicht — der Aufstand der verelendeten Schichten gegen eine Gesellschaft, die nichts tat, um ihr Los zu erleichtern, die Erhebung kolonialer Völker gegen die imperialistischen Machtgebilde, die nicht rasch genug den Übergang zu einer modernen Vereinigung freier Nationen fanden, und schließlich die große wissenschaftlich-technische Revolution, die den Menschen mit unerhörter Fähigkeit zur Selbstzerstörung ausrüstete oder ihm zugleich alle Möglichkeiten materieller Prosperität eröffnete.

Das Erscheinen der Atombombe zeitigte, wie zu erwarten war, unmittelbar die Forderung nach einer Weltverfassung — nach Weltregierung. Von dem damals ausgearbeiteten Verfassungsentwurf von Professor Borgese ist heute kaum mehr die Rede. Auch der weniger anspruchsvolle Plan, der den Besitz und die Entwicklung der Atomenergie den Vereinten Nationen vorbehalten wollte, scheiterte am Veto der Sowjetunion. Dieser Plan erscheint heute als ein Traum, den nur weltfremde Wissenschafter je ernst nehmen konnten (vergleiche Artikel über den Baruch-Plan).

An dieses ungünstige Omen reihen sich andere. Noch ist die heftigste Leidenschaft vieler Völker auf den Sturz anderer Nationen oder ihre Zerstörung ausgerichtet — auf Ziele, die nur durch Krieg zu erreichen sind. Soll man daraus schließen, was «praktische» Politiker 1945 und seither immer wiederholt haben —, daß die Atombombe Wesen und Ablauf der Geschichte als Kampf um die Macht nicht geändert habe und nicht ändern werde?

Auf den ersten Blick scheint vieles diese düstere Prognose zu bestätigen. Noch unterstehen mehrere osteuropäische Staaten militärischer Fremdherrschaft, die durch eine ideologische Minderheit im Land verkörpert wird. Die Minderheit, die den Bürgerkrieg in China verlor, wird noch immer durch eine ausländische Macht ausgehalten, mit dem Ziel der Wiedereroberung Chinas. Im geteilten Korea wie in Vietnam wird mit Mühe ein Waffenstillstand — doch nicht Friede — gewahrt. Zwischen China und Formosa besteht nicht einmal ein Waffenstillstand.

Das Neue ist, daß jedes Aufflammen aktiver Feindseligkeiten an diesen Brandherden sofort erstickt und die frühere Lage — wie offenbar unmöglich sie auch sein mochte — wieder hergestellt wurde. *Die Weltkarte wurde «eingefroren» aus Furcht vor einer Weltkatastrophe,* wie die Vorgänge um Suez, Libanon, Quemoy und sogar Berlin zeigen.

Wir glauben nicht mehr an Krieg und Gewaltherrschaft

Die alte diplomatische Technik der Kriegsdrohung hat allem Anschein nach abgewirtschaftet. Übrig geblieben sind Bluff und Gegenbluff. Obwohl dies eine Wendung zum Guten ist, stecken darin doch noch große Gefahren, denn ein Regime, dessen Drohung als Bluff bloßgestellt wird, könnte aus Wut über seine Demütigung zur Tat schreiten. Man kann feststellen, daß darum in den letzten Jahren alle Großmächte den Gegnern wie sich selbst Rückzugsmöglichkeiten offen ließen, wenn die Verhandlungen kritisch wurden. Sie sind sich bewußt, daß die Politik der «gepanzerten Faust» der Kanonenboote wie der modernsten Drohmittel heute nichts zur Lösung zwischenstaatlicher Differenzen beiträgt. Auch die augenblicklich grassierende Besuchsdiplomatie mit ihren spektakulären Empfängen und gelegentlichen Fiaskos kann kaum als Zeichen eines neuen Zeitalters betrachtet werden. Persönliche Kontakte dieser Art — es gab sie schon vor Generationen — sind zu begrüßen, doch soll man ihnen nicht zuviel Bedeutung beimessen.

Gemeinschaftliche Aufgaben

Zukunftsweisend sind anderseits internationale Abkommen wie dasjenige über die Demilitarisierung des Südpolgebietes, durch das der sechste Kontinent gemeinsamer Erforschung reserviert wird. Beachten müssen wir den eklatanten Erfolg des internationalen geophysikalischen Jahres, das nicht nur die Wissenschaft aller Völker, sondern selbst ihre militärische Rüstung, Kriegsschiffe usw. in Dienst nahm. Weitere gemeinsame Unternehmungen oder erste Schritte dazu sind die Vereinbarung über die Erforschung des Weltalls — die internationale Atomenergie-Körperschaft, die verstärkte Tätigkeit der Spezialorganisationen der UNO, der Spezialfonds der UNO für die unterentwickelten Länder Afrikas und Asiens. Zu großen Hoffnungen berechtigen schließlich die als Pugwash-Konferenzen bekannten Ge-

späche der Wissenschafter aus Ost und West, die zum Ausdruck bringen, daß unter der Eiskruste der politischen Ideologien die internationale Zusammenarbeit der Völker für den Frieden weitergeht.

Vielleicht wird man in zehn Jahren, wenn man schon etwas Distanz zu den Ereignissen der Nachkriegszeit gewonnen hat, feststellen, daß hier ein erster Bruch mit der Trennungs- und Abstoßungstendenz der Vergangenheit und ein Beginn mit der Politik gemeinsamer Verantwortung gemacht wurde.

Weiter dürfen wir wohl behaupten, ohne auf Widerstand zu stoßen, daß die Glorifizierung des Krieges und des Schlachtenruhmes besonders bei der jungen Generation kein Echo mehr findet und daß auch die Einstellung zur gewaltsamen Beherrschung der Völker sich vor unseren Augen wandelt. Während noch bis zum Zweiten Weltkrieg das Recht starker Nationen auf die Herrschaft über schwache Völker bei uns einfach zur Kenntnis genommen wurde, glaubt heute niemand mehr an die Legitimität solcher Ansprüche. Wir sehen noch nicht in jedem Fall, wie die Herrschaft der Gewalt gebrochen werden kann, aber die Überzeugung besteht, daß die Sowjetunion die Völker ihres Herrschaftsbereichs ebensowenig ohne deren Zustimmung bei der Stange behalten kann, als es Frankreich gelingen wird, aus den Nordafrikanern Mitglieder der Communauté française zu machen.

Verantwortung

Wie der Glaube an Krieg und Gewaltherrschaft durch die Ereignisse der letzten 30 Jahre abgebaut wird, so auch der Aberglaube einer Eigengesetzlichkeit nationalen wirtschaftlichen Gedeihens. Gegen alle Widerstände verschafft sich das Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit bei den Völkern Gehör. Wir spüren heute, daß eine Nation weder das moralische Recht noch die Möglichkeit hat, als Insel des Reichtums in einer See der Armut zu bestehen. Wie unerwartet unter Umständen ein solcher Gesinnungsumschwung vor sich gehen kann, sieht man aus der Aufnahme, die ein Vorschlag von Vizepräsident Wallace erfuhr. Er wollte hungernden Hottentotten-Kindern Milch beschaffen! Heute spricht ein amerikanischer Präsident, der gewählt wurde, um mit diesem Geschwätz von globaler Verantwortung Schluß zu machen, von einem «Weltfeldzug gegen den Hunger» (Eisenhower in Delhi).

Aufbauende, statt zerstörende Konkurrenz

Abscheu vor Krieg und das Gefühl der Verantwortung sogar für Angehörige anderer Völker ist nicht allein dem moralischen Wachstum der Menschheit zuzuschreiben. Wie immer in der Geschichte machte man in diesem Fall eine Tugend aus der Notwendigkeit. Der Mensch beginnt einfach einzusehen, daß die Verwirklichung dieser Ideen die Chancen seiner eigenen Wohlfahrt und der Existenz seiner Nachkommen erhöht.

Der Rüstungswettlauf, die Konkurrenz der Zerstörung, nimmt übrigens — im Versuch, die noch keinem Lager verpflichteten Völker zu gewinnen — eine neue Form an. Man könnte sie die Konkurrenz des Aufbaus nennen. Obschon das ursprüngliche Motiv — der Ausbau der eigenen Machtposition — nicht übersehen werden darf, wenn Amerika Deutschland und die Sowjetunion den Indern Stahlwerke bauen, so erfüllt dieser Wettbewerb doch einen positiven Zweck und kann schließlich zur Zusammenarbeit führen. Er dürfte im Lauf der Zeit hüben und drüben zu einer realistischeren Beurteilung der gegenseitigen Ziele beitragen.

Segensreiche Wissenschaft

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik verwandelt zusehends die Bedingungen menschlichen Daseins. Man braucht kein Marxist zu sein, um einzusehen, daß die Veränderung des Daseins auch ein neues Bewußtsein schafft. Heute sind kleine Minderheiten der Menschheit in der Lage, sich gegenseitig völlig zu vernichten. Damit ist die historische Auffassung vom Kampf um die Macht überholt. Doch braucht das menschliche Bewußtsein eine gewisse Zeit, um sich dem neuen Zustand, in dem es keine Sicherheit außer der Sicherheit für alle gibt, anzupassen. Die selbe technologische Entwicklung verwandelt eine Welt beschränkten Reichtums, in welcher jede Nation (und jede Klasse innerhalb der Nation) nur auf Kosten der andern Nationen und der anderen Klassen gedeihen konnte, in eine Welt, in der Reichtum für alle möglich ist, sofern Wissenschaft und Technik auf dieses Ziel eingestellt werden. Doch die Auffassung, daß Reichtum nur für die Wenigen da ist, und die Idee des Kampfes um den Reichtum unter Völkern und Rassen schwindet nur langsam aus dem Bewußtsein. Als Ministerpräsident Chruschtschew sich in Amerika aufhielt, erklärte er: «Die Sklaven des Kapitalismus leben gut», und gab damit zu, daß das kapitalistische System, dem er die kommunistische Wirtschaftsweise vorzieht, genügend Reichtum hervorbringt, um jedermann eine ordentliche Existenz zu bieten. Solche Einsicht kann dazu beitragen, den Machtkampf zwischen der Sowjetunion und dem Westen zu mildern, ist er doch verbittert durch den beiderseitigen übertriebenen Glauben an die ökonomische Wirksamkeit dieses oder jenes Systems der Güterproduktion und -verteilung.

Dies sind einige Anzeichen, die ein Abweichen vom Kurs traditioneller Machtpolitik als psychologisch möglich erscheinen lassen. Noch sind die Umrisse einer neuen Weltgemeinschaft hinter der überlieferten Form einer entzweiten menschlichen Gesellschaft nur schwach wahrzunehmen. Was die vorstehenden Ausführungen andeuten wollen, ist dies: Ein neues zusammenhaltendes Element ist in das Spiel der Kräfte eingetreten, geeignet, das Schicksal der Menschheit etwas weniger hoffnungslos erscheinen zu lassen. *P. F.*

Der Baruchplan

Wo immer in den letzten Jahren von Abrüstung die Rede war, stieß man früher oder später auf die resignierte Feststellung, daß alle Bemühungen in dieser Richtung am Widerstand der Russen scheiterten. Nach der «Neuen Zürcher Zeitung» (19. Februar 1960, Blatt 6), kam der amerikanische Staatssekretär Herter in einer Rede vor dem National Pressclub auf die «von den Sowjets seit 1946 (Baruchplan) immer wieder abgelehnten amerikanischen Vorschläge zur Bewältigung des Problems der Atomwaffen» zu sprechen. Nicht in dieser Darstellung allein, sondern in unzähligen Reden von westlichen Diplomaten und Politikern, wie in den einschlägigen Artikeln der Presse, wird die Ablehnung insbesondere des Baruchplanes als eine Art Sündenfall der Sowjetpolitiker behandelt, aus dem sich die Kettenreaktion von Atomrüstung, Drohung und Abschreckung, kurz was wir den «Kalten Krieg» nennen, ergeben habe.

Daß dies eine sehr willkürliche Deutung der Ereignisse ist, zeigten wir schon in unserer Sondernummer der Neuen Wege «Bericht an Franklin Delano Roosevelt» vom März 1956, die, zuerst im amerikanischen «Churchman» publiziert, überzeugend nachweist, daß die *Politik Roosevelts, die auf friedliche Koexistenz des Ostens mit dem Westen* abzielte, mit dem Tode des Präsidenten (12. April 1945), ein abruptes Ende nahm. Wie der «Bericht an FDR» ausführt, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Vatikan an einem Sieg der Achsenmächte vital interessiert war, ja, daß er ihn seit Jahren durch die Förderung der verschiedenen faschistischen Parteien zu sichern gesucht hatte. Als dann im Laufe des Jahres 1944 deutlich wurde, daß der Sieg den Demokratien nicht zu entreißen war, verlegten der Vatikan und seine klerikalen Drahtzieher in aller Welt ihre Anstrengungen darauf, die Niederlage der Faschisten so wenig schmerzhaft als möglich zu machen. Daß sie klein beigeben würden, stand bei der Zähigkeit der vatikanischen Politik nicht zu erwarten. Wohl aber mußten sie ins andere, demokratische Lager übergehen, was der unerwartete Tod Roosevelts — ein wahres Geschenk für sie — sehr erleichterte. Es ist heute nicht nur den Eingeweihten bekannt, daß der politisch unerfahrene Nachfolger Roosevelts sich der Führung Admiral Leahys, des Hauptvertreters der klerikalen Richtung verschrieb. Das erste Ziel der neuen Politik galt der Durchkreuzung des Jalta-Abkommens und der Isolierung Rußlands. Noch waren allerdings einige Widerstände zu überwinden. Die Berichte aus dem besiegten Deutschland, die Entdeckung der grauenhaften Verbrechen in den Konzentrationslagern des Nazibereiches hatten in Amerika eine zu nachhaltige Empörung ausgelöst, als daß die Propaganda zum Kreuzzug gegen den ehemaligen Verbündeten eingeschlagen hätte. Zunächst war eine gewisse Abkühlungsperiode vonnöten.

Der am 6. und 9. August 1945 veranlaßte Abwurf der ersten

Atombomben diente jedoch demselben Zweck — der Isolierung Rußlands — mit anderen Worten, der Einleitung des Kalten Krieges. Der Bombenabwurf läßt sich kaum durch die militärische Lage erklären — Japan stand vor dem Zusammenbruch und hätte nach dem Zeugnis amerikanischer Sachverständiger in kürzester Zeit die bedingungslose Kapitulation annehmen müssen — auch ohne Abwurf der Bomben und ohne amerikanische Invasion der Hauptinseln. Ein ungleich wichtigerer Grund war der in Jalta vereinbarte russische Angriff auf Japan, der am 8. August fällig war und am 9. August begann. Fünf Tage später kapitulierte Japan, und zwar gegenüber den Amerikanern allein. Damit war die russische Einflußnahme in Japan vereitelt. Zugleich hatte damit *Amerika im Kalten Kriege seine Ausgangsstellung bezogen.*

Auch der in der westlichen Presse immer wieder angezogene Baruchplan ist, wie P. M. S. Blackett, der englische Physiker und Nobelpreisträger ausführt[1], nicht «eines der edelmütigsten Angebote in der Geschichte», sondern, wie wir sehen werden, ein schlauer Schachzug der Amerikaner, der die spätere Eindämmungspolitik Dulles' vorausnahm. In den wichtigsten Punkten sah der Baruchplan vor, daß alle Phasen der Entwicklung und Verwendung von Atomenergie einer internationalen Behörde (ADA = Atomic Development Authority) anvertraut werden sollten. Deren Zuständigkeit sollte sich erstrecken auf: Betriebskontrolle bei allen Tätigkeiten auf den Gebieten der Atomenergie; Inspektion und Lizenzierung damit auch aller Forschung auf dem Atomgebiet.

Nach Einigung der Staaten der UNO auf ein ausreichendes Kontrollsystem für Atomenergie und das Verbot der Bombe als Waffe, nach Einigung ferner über angemessene Strafen für Verletzung von Kontrollbestimmungen, sollte das Angebot der USA — nämlich die Überlassung aller Informationen über die Herstellung von Atomenergie an die ADA in Kraft treten. Weiter sollte dann seitens der USA die Fabrikation von Bomben eingestellt und über die vorhandenen Bomben verfügt, das heißt deren Zerstörung durchgeführt werden. Strafen gegen vertragbrechende Staaten sollten dem Veto, das in der Charta der UNO enthalten ist, *nicht unterstehen.*

Vor Preisgabe oder Vernichtung der vorhandenen Bomben verlangte Amerika jedoch eine sichere Garantie gegen alle Waffen der Massenvernichtung, worauf besonders zu achten ist.

Die Verwirklichung des Baruchplanes konnte — kurz analysiert — die Entwicklung von Atomenergie in verschiedenen Ländern je nach Wunsch der Atombehörde fördern oder aufhalten. Krafterzeugung großen Stils sollte der nationalen Kontrolle ausdrücklich

[1] P. M. S. Blackett, Angst, Krieg und die Atombombe, Atomenergie in Politik und Strategie, Steinberg-Verlag Zürich, 1950. SS. 283.

entzogen werden. Größere Energiereserven bedeuten aber nicht nur einen höheren Lebensstandard, sondern auch wachsende Stärke auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Dies war der springende Punkt. Die Entwicklung von Atomenergie sollte sich nicht in erster Linie nach den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der verschiedenen Länder richten, sondern dem Bedürfnis nach militärischer Sicherheit untergeordnet werden. Man darf hier hinzufügen, der Sicherheit des Landes, das als erstes Atomenergie in so verheerender Weise mißbraucht hatte.

Auf Rußland bezogen, hätte das Inkrafttreten des Baruchplanes zweifellos zu einer unmittelbaren Verringerung der russischen Kriegsstärke — verglichen mit Amerika — geführt, Rußland wäre darüber hinaus gezwungen gewesen, die Entwicklung einer neuen Energiequelle, deren Bedeutung für die Wirtschaft sich voraussehen ließ, aufzugeben. In bezug auf die damalige Lage (1946) mußten die Wirkungen einer unbeschränkten internationalen Inspektion der Sowjetunion übrigens viel abträglicher sein als den Vereinigten Staaten, hatten die letzteren doch schon einen Vorrat an Atombomben, sowie Zugang zu Luftstützpunkten, von denen aus die Bomben gegen Ziele in Rußland getragen werden konnten. Rußland hatte gegen diese Waffe nichts einzusetzen. Weiter bestanden für das Inkrafttreten der verschiedenen Stufen des Planes keine Garantien, weder zeitliche noch sachlich bedingte. Sicher war für Rußland nur eines: es würde sich in den Entscheidungen der Kommission immer einer von Amerika geführten Mehrheit unterziehen müssen.

Der Gedanke einer internationalen Kontrolle wurde, wie Blackett betont, von gewissen politischen Gruppen als zu großes Entgegenkommen an das Ausland betrachtet. Lag es nicht nahe, daß diese Kreise durch die Forderung nach einer so betont einseitigen Kontrolle die Annahme des Planes durch Rußland zum Beispiel zum vornherein verunmöglichen wollten? Wenn Rußland ablehnte, so wurde eine Kontrolle überhaupt verhindert, was der Zweck der Übung war. Der Baruchplan wäre jedoch, wie Blackett ausführt, zum Scheitern verurteilt gewesen, selbst wenn alle seine Befürworter aufrichtig in ihren Zielen gewesen wären, weil er das Unmögliche möglich machen wollte und versuchte, Amerika eine fast hundertprozentige Sicherheit zu verschaffen. «Damit war er unausweichlich auf eine Linie festgelegt, auf der die Sowjetunion einer Gruppe von Nationen unter amerikanischer Führung untergeordnet worden wäre. Da Amerika seine Atombomben — wie wir gesehen haben — bis zu einer späten Phase des Ingangkommens behalten wollte, konnte die Sowjetunion keine feste Garantie haben, daß nicht zu dem Zeitpunkt, an dem die Bomben beseitigt werden sollten, irgendein technischer Einwand erhoben würde, der ihre Beibehaltung rechtfertigte. In der Zwischenzeit hätte die Sowjetunion ihr Land und ihre Volkswirtschaft der Inspektion und damit auch notwendig der militärischen Spionage geöffnet.»

«Und doch war», wie Blackett ausführt, «der Erfolg, mit dem dieser trügerische Plan in den meisten Ländern als staatsmännische und großmütige Maßnahme an den Mann gebracht wurde, so groß, daß es möglich wurde, die Sowjetunion nach ihrer Ablehnung als das einzige Hindernis des Weltfriedens zu brandmarken». Freilich lassen sich nicht länger alle Beobachter auf ein so einseitiges Urteil festlegen. Der britische Staatsmann Philip Noel Baker, der 1959 den Friedens-Nobelpreis erhielt, läßt in seinem Buch «The Arms Race»[2] keinen Zweifel darüber aufkommen, daß mindestens seit 1955 (das heißt seit sie sich den Amerikanern technisch nicht mehr unterlegen fühlen) die Russen sich zu weitgehenden Konzessionen und einer Einschränkung ihrer Souveränität bereit finden, die erstaunlich weit geht. Auch ein amerikanischer Physiker, Professor Jay Orear, von der Cornell-Universität und Vorsitzender des Bundes amerikanischer Wissenschafter, erklärte (laut «New York Times» vom 6. Januar 1960): «Wir dürfen die Schuld für das Steckenbleiben der Konferenz (sie verhandelt über das Verbot der Atomtests in Genf) nicht allein den Russen zuschieben. *Meiner Meinung nach liegt die Hauptverzögerung auf unserer Seite.*»

Im eingangs zitierten Bericht der «NZZ» aus Neuyork ist zu lesen: «Bisher konnte man mit einiger Übertreibung sagen, die Vereinigten Staaten strebten die Inspektion ohne Abrüstung an, während die Sowjets Abrüstung ohne Inspektion befürworteten. Heute nähern sich die Sowjets, wenigstens nach ihrem Verhalten in Genf zu schließen, der amerikanischen Auffassung an.» Erinnern wir uns schließlich, daß die UNO-Generalversammlung am 20. November 1959 *einstimmig* die Resolution auf allgemeine und totale Abrüstung unterstützte, wie sie im September 1959 von Premierminister Chruschtschew gefordert worden war. Die Resolution drückte die Hoffnung aus, daß die Zehn-Nationen-Abrüstungskommission, die im März 1960 in Genf zusammentritt, in kürzester Zeit detaillierte Maßnahmen für kontrollierte Abrüstung ausarbeiten werde. Hinzufügen möchte man dies: Die Möglichkeiten positiver Zusammenarbeit dürften sich verbessern, wenn einseitige und nicht zu rechtfertigende Beschuldigungen, wie wir sie eingangs erwähnten, nicht länger als Bleigewichte mitgeschleppt würden.

P. F.

---

[2] Erscheint demnächst in deutscher Sprache unter dem Titel «Der Rüstungs-Wettlauf». Vergleiche Artikel von Dr. Elisabeth Rotten in der Januar-Ausgabe 1960 der «Neuen Wege».

Das Verhältnis Amerikas zu Deutschland

Eine ausgezeichnete Analyse der deutschen Verhältnisse und ihre Einwirkung auf die USA-Politik findet sich in I. F. Stones* «Weekly» vom 18. Januar 1960 unter dem Titel *«Die warnende Handschrift an der Synagogenmauer»*.

Seit der Niederlage Hitlers wird der Versuch, ein neues Deutschland zu schaffen, immer wieder dadurch vereitelt, daß man dem kleinen Hitler-Gefolge zuviel Aufmerksamkeit schenkt, während die großen Verbrecher frei ausgehen. Das gilt auch für den Lärm über die neulichen Synagogenschmierereien. Die ganze Wucht des Gesetzes fällt auf ein paar schäbige, kleine Bauernfiguren des Spiels, und man übersieht — wie es die Drahtzieher wünschen —, bis zu welchem Grade das neue Deutschland Adenauers von den *selben* Figuren regiert wird, die Hitlers Deutschland «managten». Adenauers Innenminister, Gerhard Schröder, der Polizeigewaltige des Reiches, war ein Sturmbannerführer Hitlers. Der Flüchtlingsminister, Theodor Oberländer, war SS-Hauptmann und Verbindungsoffizier bei den Überläufer-Russen der sogenannten Wlassow-Armee, Leuten, die von den Nazi bald so weit korrumpiert wurden, daß sie alle Slawen als Untermenschen behandelten. Anklagen, dahingehend, daß er 1941 an einem Judenmassaker bei der Besetzung von Lwow teilgenommen habe, sind noch pendent. Ein drittes Mitglied der Adenauer-Regierung, der Justizminister Schäfer, machte einen unerhört frechen Angriff auf das Programm der Wiedergutmachung gegenüber Naziopfern. Diese Wiedergutmachung ist arg im Rückstand, während Nazi ihre Pensionen einstreichen, und ein überführter Kriegsverbrecher, wie Dr. Schlegelberger, der unter Hitler «Justizminister» war, läßt sich's wohl sein bei einer Jahrespension von über 5000 Dollar. Der Kanzler selbst gab zu, daß zwei Drittel der Beamten des Außenministeriums unter Hitler Dienst taten. Der deutsche Botschafter hier in Washington, Grewe, war Mitglied der Rechtsanwälte- und Professoren-Gruppe bei der Nazipartei. Eine Reporterin, die diese Tatsache von der deutschen Botschaft bestätigt haben wollte, wurde nach langem Hin und Her an eine jüdische Public-relations-Firma in Neuyork gewiesen, die schließlich zugab, daß Grewe 1947 «entnazifiziert» worden sei, und man fragte die Journalistin, ob sie eine Gratisreise nach Deutschland zu unternehmen wünsche. Die Deutschen hatten es sehr eilig, jüdische Rechtsanwälte und Presseagenturen in Dienst zu nehmen; sie sollten in Amerika als Fassade funktionieren. Ein jüdischer Rechtsanwalt in Washington ist zugleich Rechtsvertreter der Israeli-Bot-

*Stone ist ein amerikanischer Publizist, der sich immer bemüht, die wirklichen Ursachen einer politischen Maßnahme zu ergründen, statt sich mit den offiziellen Erklärungen zu begnügen. Sein Buch über den Koreakrieg, «The History of the Korean War» (1952), ist für den Wahrheitssucher ein Dokument erster Ordnung.

schaft und daneben Agent (auf Kommissionsgrundlage) für deutsche Großkaufleute, die während des Krieges konfiszierte deutsche Werte freizubekommen versuchen. Das deutsche Rechtswesen ist gestopft voll von Männern, die keine Mühe hatten, den Nazi zu dienen und die Industrie von Leuten wie K r u p p & F l i c k, die Riesenvermögen aus Nazi-Diebstählen und Sklavenarbeit anhäuften und denen man gestattete, ihr Geschäft wieder in Gang zu bringen.

Noch schlimmer — wenn möglich — als die Nazi

Man kann nicht sagen, daß diese Leute die Nazi-Ansichten beibehalten haben; es ist noch schlimmer, indem diese regierende Schicht von Deutschen aus Männern besteht, die überhaupt an nichts glauben, es sei denn an ihre eigene Schlauheit. Hätte Hitler gewonnen, so wäre für sie alles in schönster Ordnung gewesen. Als er dann aber stürzte, waren sie gerissen genug, sich aus dem Schlamassel herauszuwinden. Damals waren sie Nazi. Heute sind sie «Demokraten». Morgen werden sie genau das sein, was ihrer Karriere und ihrem Geldsack am besten dient. Wie Hitler vor ihnen, erschlichen sie sich die Sympathie des Westens und Vergebung ihrer Sünden, indem sie immer wieder auf die Drohung aus dem Osten hinwiesen. Wie Hitler, werden sie ohne Bedenken ihren Pakt mit Moskau schließen, sollte es ihren Interessen dienen.

Das Beispiel, das diese Kreise der deutschen Jugend geben, ist so zynisch als möglich, und die Regierung, deren Drahtzieher sie sind, bringt es denn auch fertig, bei aller demokratischen Fassade und äußeren Form, im Geiste autoritär zu bleiben. Dr. Adenauer — «der Alte» — ist ein jähzorniger, hochmütiger Routinier eines Einmann-Regierungssystems, der weder von seinen Partei-Untergeordneten noch von der Opposition groß Notiz nimmt, kaum der richtige Mann, um die Deutschen zur Selbstregierung zu erziehen.

Man darf nicht vergessen, daß diese Republik noch schwächere Wurzeln hat als diejenige von Weimar. 1918 stürzte das deutsche Volk den Kaiser und schloß Frieden. Es gab keine solche Revolution gegen Hitler, keine Partisanen, die ihn bekämpften, wie es Partisanen gab, die gegen Mussolini fochten. Der *Großteil* der deutschen Bevölkerung war nicht nur zufrieden, von Hitlers Raubzügen und Sklavenarbeit zu profitieren, er war davon sogar begeistert, bis er den Fehler beging, den Krieg zu verlieren. Und doch ist es dieser unstabile und unverläßliche Staat, der mehr und mehr zum Hauptpartner in unserer amerikanischen Außenpolitik aufgerückt ist, der sein Veto einlegt gegen jeden Versuch, die Ost-West-Differenz auszugleichen, bis er mit Nuklearwaffen und der größten Armee Westeuropas Verhandlungen mit Rußland auf eigene Rechnung und aus einer Position der Stärke führen kann.

Wie die Schrift an der Wand im Buch Daniel, sind die Synagogen-

Aufschriften in Deutschland und anderswo eine prophetische Warnung. Der krankhafte Größenwahn, den Hitler für seinen Nationalismus ausnützte, besteht im Geheimen weiter und könnte die Menschheit noch einmal teuer zu stehen kommen. Hüten wir uns davor, die neuen Nuklearwaffen jenen anzuvertrauen, die Hitler dienten. In unserem Seilziehen mit Hitler haben wir ein Scheusal heraufbeschworen und bewaffnet. Die Kreaturen, die wir zum Dienst verpflichteten, haben schon einmal bewiesen, daß sie kein Ohr haben für menschliche Leiden und daß allein persönliche und nationale Machtbesessenheit sie antreibt. *Red.*

Synode des Friedens oder des Krieges?

Mit tiefer Betrübnis und innerem Entsetzen haben weiteste Kreise der evangelischen Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der Bundesrepublik und mit ihnen die christlich fundierte Bevölkerung der europäischen Staaten Kenntnis von der Behauptung des leitenden Bischofs der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Tagung der Synode in Berlin genommen, daß eine klare und endgültige Stellungnahme zu der Frage der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands erst nach eingehender und Zeit wie Geduld fordernder Prüfung geschehen könne. Mit größtem Erstaunen mußte die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands vernehmen, daß ein bereits 1958 eingesetzter Ausschuß der Synode zur Prüfung der Aufgaben der Evangelischen Kirche im Hinblick auf die atomare Bewaffnung und Vorbereitung eines Krieges bis zum heutigen Tag und bis zum Zusammentreten dieser Synode kein Ergebnis seiner Beratungen habe vorlegen können. Tief bewegt und erschüttert wurden auch die weitesten Kreise durch die Behauptung von der Notwendigkeit der Trennung zwischen den «rein kirchlichen Aufgaben», wie sie in der Heiligung der Feiertage oder in Erziehungsfragen die Synode beschäftigen sollen, und den äußeren und deshalb «politischen» Fragen der Stellungnahme zur Obrigkeit und zur Wiederbewaffnung nach zwei vernichtenden Weltkriegen, und das heißt: zur Vorbereitung eines dritten und letzten Waffenganges. Als wenn diese letzteren und größten Lebensfragen für unser Volk und die Völker der Welt und ihre Lösung im Geiste des Evangeliums und des Herrn der Kirche nicht das Grundlegende und Primäre wären, demgegenüber alle anderen, noch so wichtig erscheinenden Fragen des inneren religiösen wie kultischen Lebens gering erscheinen. Wenn die Rüstung so fortschreitet wie bisher und die systematische Vergiftung der Atmosphäre fortgesetzt wird und zu einem Krieg mit atomaren Waffen hintreibt, dann fallen alle sogenannten inneren und innerkirchlichen Probleme dahin

und die Selbstauflösung der Welt des christlichen Abendlandes ist gekommen. Dann stehen wir mit oder ohne eine handlungsfähige Synode am Totenbett der christlichen Kirchen überhaupt.

Was ist denn seit der Einsetzung eines Ausschusses der Synode zur Prüfung der Frage der atomaren Bewaffnung im Jahre 1958 geschehen?

In den vergangenen 18 Monaten ist, um nur das Wichtigste zu nennen, der Brüsseler Vertrag dreimal revidiert worden, um Westdeutschland die Erlaubnis zu erwirken, die Herstellung bisher vertraglich verbotener Waffen aufzunehmen. Die erste Veränderung erlaubte der westdeutschen Regierung, lenkbare Tankabwehrraketen herzustellen, die zweite gab die Erlaubnis, Kriegsschiffe von 4800 bis 5000 Tonnen zu bauen, die dritte gestattete die Herstellung verschiedenster Typen der Luftabwehrraketen. Inzwischen aber gingen die Verhandlungen mit Frankreich, den USA und Großbritannien, um der Bundeswehr die Waffen zu liefern, die sie noch nicht selbst herzustellen vermochte. Schon im Dezember 1959 konnte der Minister Strauß eine lange Liste von Raketen und nuklearen Waffen bekanntgeben, die der Bundeswehr für hohe Milliardenbeträge geliefert werden, so Nike-Ajax, Nike-Herkules, Sidewinder, Honest John, Matador, Mace usw. Man mußte den Eindruck gewinnen, als sei Deutschland gut genug, die Kriegsindustrie der genannten Länder anzukurbeln und den Kriegsindustriellen ihre Riesenprofite zu sichern auf Kosten der deutschen Steuerzahler!

Sind den Mitgliedern der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihres Atomausschusses diese Tatsachen nicht bekannt? Haben sie nicht Kenntnis genommen davon, daß mit Erlaubnis und Förderung der Bonner Regierung ein Mann wie William Schlamm landauf und landab zieht, um in Vorträgen und Kundgebungen in sinnloser und verbrecherischer Weise zum atomaren Krieg gegen die DDR und die östlichen Staaten zu hetzen und dabei mit einem an Wahnsinn grenzenden Zynismus 200 Millionen Tote und mehr einzukalkulieren? Haben sie das elende Machwerk dieses Österreich-Amerikaners «Die Grenzen des Wunders» nicht gelesen? — Sind die Zusammenhänge zwischen solch verbrecherischer Hetze zum Krieg, den dafür bereitgestellten hohen Milliardenbeträgen, die mehr als ein Drittel der Haushaltsmittel verschlingen, und den vorbereitenden Gesetzen betreffend die innere Sicherheit und die Herabsetzung der Leistungen der Krankenversicherung nicht offenbar? Ist Krankenbehandlung, Schutz des Lebens bei jung und alt auch «nur» eine wirtschaftliche «politische» Frage, die von der Kirche beiseite geschoben werden könnte, um sich «innerkirchlichen» und «rein religiösen» Fragen zuzuwenden? Sind die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Leib und Seele nicht bekannt?

Kann es die Kirche Christi schweigend hinnehmen, daß Kriegs-

hetzer und eingefleischte Militaristen gefördert und mit Riesensummen ausgestattet werden, während die Träger des Friedensgedankens, der Verständigung und der Koexistenz wie Schwerverbrecher wegen Staatsgefährdung, wie in Düsseldorf, nun schon monatelang vor Gericht stehen und abgeurteilt werden sollen? Muß die grenzenlose Schmach, die Deutschen von Deutschen angetan wird, im Blickfeld der Öffentlichkeit aller Völker der Welt noch weiter getrieben werden?

Die evangelische Kirche und ihre Vertreter müssen sich darüber völlig klar werden, daß ein Versagen in der Anlegung der christlichen Maßstäbe und Lehren an die Grundprobleme der Zeit nunmehr über Sein oder Nichtsein der Kirche als Organisation entscheiden wird!

Pfr. *Ludwig Rodenberg*, Mitglied des deutschen Friedensrates

Chinas Einstellung zur Weltpolitik

Was wir in der westlichen Presse über China zu lesen bekommen, stammt in den meisten Fällen aus der Nachrichtenbörse von Hongkong und hat mit der Wirklichkeit nicht immer viel gemein. Mehr ins Gewicht fallend sind für uns Berichte aus China selbst, von Persönlichkeiten verfaßt, denen eine kritische Einstellung dem Regime gegenüber die Augen geschärft hat. Nachstehendes Interview mit Chen Yi, dem Vizepremier und Außenminister Chinas, wurde dem kanadischen Journalisten Gerald Clark gewährt und ist dem Buche «Der ungeduldige Riese» entnommen, das 1960 in London erschien. (Impatient Giant, Red China Today. W. H. Allen, London pp. 224.)

Edgar Faure, der frühere französische Premierminister, hatte nach einem Besuch Chinas 1956 erklärt, die kommunistische Regierung sehe die internationale Szene als Ganzes und werde nicht zugeben, daß man die politischen Probleme, die China betreffen, einzeln zu lösen suche. Die Erledigung der Formosafrage, diplomatische Anerkennung, Aufnahme in die UNO, den Sicherheitsrat und in den Kreis der «Großen Fünf», internationales Ansehen und führende Rolle in Asien; alle diese Dinge bildeten ein Ganzes, und China würde nicht eines ohne das andere annehmen.

Diese Darstellung Edgar Faures wurde von Chen Yi wie folgt kommentiert:

«Mr. Faure hat alle diese Fragen miteinander in Verbindung gebracht und damit vielleicht seinen guten Willen uns gegenüber beweisen wollen. Aber in einem Punkt — das möchte ich betonen — täuscht er sich gründlich. Unser oberstes Ziel ist, China landwirtschaftlich und industriell aufzubauen, unser Dasein immer besser zu organisieren und das Niveau des geistigen und materiellen Lebens der Millionen und aber Millionen unserer Landsleute immer höher zu heben.

Diese riesige Anstrengung als unser Beitrag wird natürlich ihren Einfluß auf den Fortschritt der Menschheit haben. Einer diplomatischen Anerkennung durch andere Völker jedoch laufen wir nicht nach. Wir begrüßen es natürlich, wenn uns andere Länder diplomatische Anerkennung zugestehen, aber wir laufen ihr nicht nach. Es liegt uns wirklich nicht viel daran. Wenn ein großer Berg dasteht, und es gibt Leute, die ihn nicht sehen, dann wohl weil sie blind sind. Aber der Berg wird nicht verschwinden, nur weil sie ihn nicht sehen. Was die führende Rolle oder Führerschaft anbelangt, so sind wir nicht daran interessiert, weder im Fernen Osten noch allgemein in der Welt. Es sind nur die Kolonialpolitiker des Westens, die fortwährend eine führende Stellung zu gewinnen suchen oder sich anmaßen, um schwache Völker zu tyrannisieren. China ist gewillt, den unterdrückten Völkern zu helfen — aus natürlicher Sympathie für sie, weil wir selber 100 Jahre lang unter imperialistischer Unterdrückung litten. Wir betrachten dies als brüderliche Pflicht — was wir sehen möchten, ist eine freundliche, große Familie von Nationen. Aber der Führerschaft imperialistischer Länder wollen wir tatsächlich ein Ende machen, denn sie war die tiefste Ursache des Krieges. So sind wir Mr. Faure durchaus nicht dankbar und lehnen sein Bemühen, uns die Führung im Fernen Osten zu übertragen, ab. Ich habe nicht gelesen, was Mr. Faure schrieb, aber wem möchte er denn die Führung der Welt zuerkennen? Den Vereinigten Staaten? Das würden wir nicht annehmen. Alle Länder — große, kleine und mittlere — sollten im Frieden miteinander leben. Und jedes von ihnen soll selbst seinen Weg finden. Sie brauchen keine Führung. Sie sollen unter sich brüderlich zusammenarbeiten, das ist die chinesische Auffassung. Wenn wir etwas als gut erkannt haben, so mögen andere Leute mit der Zeit zu derselben Einsicht kommen, aber wir denken nicht daran, unsere Auffassung anderen aufzuerlegen. Wenn einer sagt: Ich habe die Führung und du mußt auf mich hören — so ist das eine imperialistische Haltung, sie ist ganz falsch. Wir wollen hoffen, die Politiker des Westens sehen bald ein, daß wir heute in einem andern Zeitalter leben. Ihr Überlegenheitskomplex, was westliche Zivilisation betrifft, wie ihre Idee, daß große Länder kleine Nationen tyrannisieren und fortgeschrittene industrialisierte Länder unterentwickelte Bauernvölker unterdrücken können — all das ist wirklich überholt. Sie sollen endlich einmal den Kolonialismus, ihre militärischen Stützpunkte aufgeben, ihre Besatzungen im Ausland zurückziehen, sich mit dem Gedanken abfinden, daß Völker als eine große Familie friedlich und ohne Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer nebeneinander leben können. Darin liegt Hoffnung für die Menschheit.» *P. F.*

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

(amerikanischer Zweig) über die Entnazifizierung Amerikas

Die Internationale Frauenliga kann nur mit Abscheu und Ekel mitansehen, wie ein neuer Anfall von Antisemitismus auf die deutsche neonazistische Welle der Weihnachtstage folgte. Viele von unsern Mitgliedern sind der Überzeugung, daß ein Zusammenhang besteht zwischen diesem neuen Ausbruch der Seuche und der Präsenz bekannter Nazi in der Regierung der Bundesrepublik, wie in Bank- und Industriekreisen Westdeutschlands. Es scheint auch, daß im westdeutschen Erziehungswesen zuwenig Gewicht auf die Verbrechen des Nazismus gelegt worden ist, obschon wir zugeben müssen, daß es den Behörden schwerfallen muß, so bald nach dem Zusammenbruch zu gestehen: unser Land tat unrecht.

Wir hoffen aufrichtig, daß die Beteuerungen der westdeutschen Regierung, wie ihr Versprechen, die Juden zu schützen, echt seien. Wir werden unserseits dringend auf einer politischen «Useputzete» bestehen und auf entschiedenere Aufklärung über den Nazismus als Beweis wirklichen Gesinnungswandels. Dies ist eine Aufgabe für die gesamte Liga, wie im besonderen für unsere deutsche Zweiggruppe.

Daß unsere amerikanische Sektion die Verpflichtung hat, die Anzeichen eines schwelenden Antisemitismus und Gangstertums in unserem eigenen Land sehr ernst zu nehmen, möchten wir besonders betonen. An uns liegt es, den Menschenrechten Achtung zu verschaffen und die Liebe zum Nächsten zu wecken; *wir* müssen dafür sorgen, daß Lebensbedingungen, die in unserer Mitte Angst und Verzweiflung erzeugen und schließlich zum Rufen nach dem Sündenbock führen, ausgemerzt werden. Anti-jüdische Vorfälle bei uns machen es uns zur Pflicht, in dieser Angelegenheit zuerst vor der eigenen Türe zu wischen. WILPF

Eine totgeschwiegene Konferenz

Wenn sich erstmals seit Beginn des Kalten Krieges Parlamentsmitglieder aus dem Osten und dem Westen zusammenfinden, um Fragen der Abrüstung zu besprechen, dürfte dies immerhin einiges Interesse hervorrufen. Doch die «unoffizielle Friedenskonferenz» in London, an der Vertreter von 15 Ländern, insbesondere Rußlands, Amerikas, Englands und Frankreichs teilnahmen, blieb so gut wie unbeachtet. Abgesehen von zwei Blättern konnte man die gesamte englische Tagespresse mit der Lupe absuchen, ohne auch nur die Spur

einer Pressemeldung zu finden. Unter den prominenten Politikern befanden sich unter andern Ilja Ehrenburg und Rubenstein aus der UdSSR, der amerikanische Kongreßmann Charles Porter, der englische Nobelpreisträger Philip Noel-Baker, der frühere Finanzminister Lord Dalton und andere mehr. Sie einigten sich in folgenden Punkten:

1. Unsere Zivilisation könnte keinen Krieg größeren Ausmaßes überleben.

2. Das einzige Mittel zur Verhütung einer weltweiten nuklearen Katastrophe ist die allgemeine kontrollierte Abrüstung. Der Verzicht auf Atomwaffen sowie andere Massenvernichtungswaffen ist dabei vordringlich.

3. Es bleibt uns wenig Zeit, zu verhüten, daß andere Länder als die bisherigen Großmächte in den Besitz der Atomwaffe gelangen.

4. Die Aufteilung der Welt in Machtblöcke, die gegeneinander rüsten, ist eine dauernde Gefahr für die Menschheit.

5. Die Umstellung auf Friedensproduktion im Fall einer allgemeinen Abrüstung würde sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftsstruktur der kommunistischen Länder wie auch auf die freie Marktwirtschaft keine unüberwindlichen Probleme stellen.

6. Die Risiken, selbst im Falle eines Kontrollsystems, das nicht vollkommen ist, wären mit Sicherheit weniger groß als ein fortgesetzter Rüstungswettlauf.

Wenn diese sechs Punkte von der kommenden Gipfelkonferenz im Mai akzeptiert würden — und wir sehen nicht ein, warum das nicht möglich sein sollte —, könnte der Kalte Krieg beendigt werden und die Welt befände sich auf dem Weg zum Frieden und zur Vernunft. (Aus «VPOD», 11. März 1960) *Urs Hauser*

Hinweis auf Bücher

Die Rubrik «Buchbesprechungen» ist in den letzten Jahren weniger zum Wort gekommen, als es wünschenswert gewesen wäre. Dafür bestehen zwei Gründe, einmal der Platzmangel, wodurch solche Besprechungen immer wieder zurückgestellt werden müssen oder mußten, dann aber auch — besonders wenn es sich um theologische Schriften handelt — der Mangel an kompetenten Persönlichkeiten, die zu einer Besprechung Lust und Zeit hätten. So bleiben einzelne Schriften liegen, bis es dann zu spät ist, noch als Neuerscheinung über sie zu berichten. Als Ersatz für solche ungeschriebene Buchbesprechungen weisen wir, wie schon in der letzten Nummer, nur kurz auf einige Bücher hin, deren Lektüre unseren Lesern Gewinn und Freude bringen kann. Vielleicht bekommt dann auch dieser oder jener Leser den Mut, auf die gleiche wissenschaftlich anspruchslose Art auf eine Neuerscheinung, die ihn gepackt hat, aufmerksam zu machen.

Karl Barth: «*Den Gefangenen Befreiung*». Predigten aus den Jahren 1954 bis 1959 (Evangelischer Verlag AG, Zollikon. 200 Seiten. Fr. 12.80.)

Die meisten dieser Predigten wurden in der Basler Strafanstalt gehalten, wo nun auch das Buch gesetzt und gedruckt wurde. Sein Titel soll an Lukas 4,18 erinnern, wo Jesus in der Synagoge aus dem Buch des Propheten Jesaia vorlas: «Der Geist des Herrn ruht auf mir, weil er mich gesalbt hat; er hat mich gesandt, den Armen frohe Botschaft zu bringen, den Gefangenen Befreiung zu verkündigen und den Blinden das Augenlicht.» Auch wir sind in mancher Hinsicht Gefangene und Blinde, und die schlichten Predigten, die der menschlichen Unvollkommenheit in brüderlicher Liebe Rechnung tragen, bringen uns allen Trost und Hoffnung, daß in persönlichen Wirren und in den Wirren der Völkergemeinschaft «Gott es mit uns hält».

Richard Imberg: «*Theologie für jedermann*». Mit einem Geleitwort von *Karl Barth* (Evangelischer Verlag AG, Zollikon. 128 Seiten. Fr. 6.80.)

Unter den Titeln «Welt und Reich Gottes» und «Übermächtige Gnade» sind hier Briefe ausgewählt, die vom Verfasser wöchentlich ausgeschickt wurden, und die bei aller Frömmigkeit sehr weltnah sind. Aus der Fülle von Anregungen, die in diesen lebendigen Briefen den Leser — wenn nicht den Theologen, so doch sicher den «Jedermann» — ansprechen, wollen wir nur eine herausgreifen: im Zusammenhang mit dem 2. Brief an die Korinther schreibt Imberg: «Laßt mich da zunächst einmal sagen, wie sehr ich es bedaure, daß man diese «Briefe» viel zu wenig wie Briefe liest ... ... Bei Briefen sind wir ganz anders bei der Sache als bei Abhandlungen oder Referaten. Man muß es erst wieder regelrecht lernen, die Briefe des Apostels Paulus wie Briefe zu lesen. Natürlich setzt das einige Arbeit voraus, denn wir müssn uns ja zunächst in die besondere Situation derer versetzen, an die die Briefe gerichtet waren ... ... Wer diese Arbeit nicht scheut und dann die Briefe im Zusammenhang liest, wird erstaunt sein über ihre Lebendigkeit und Aktualität, die mit nichts zu vergleichen sind.»

Aber auch im Alten Testament findet Imberg die Beziehung zur Gegenwart. So in der Geschichte des Jona: «... Ninive war doch der Erbfeind. Und daß ausgerechnet ein Hebräer von Gott benützt wird, um die Leute von Ninive zur Umkehr zu rufen, das ist doch geradezu die Höhe. Das wäre ja, wie wenn einer aus dem Westen hilfebringend zu dem bösen Feind in den Osten gehen würde oder umgekehrt. Dürften sich denn die im Westen nicht freuen, wenn es denen im Osten schlecht ginge oder umgekehrt? — Da muß allerdings Jona heftig mit Gott rechten. ... Daß es zu unendlich viel mehr als zu einer Koexistenz führen würde, wenn Ost und West, beide, Ninive und Jerusalem, den Herrn anrufen, an das hat Jona wohl nicht gedacht, so wenig wie man heute daran denkt, wo man allen Schutz nur von der Atombombe erwartet.

Albrecht Goes: «*Worte zum Fest*». (Furche-Bücherei Nr. 173. Geschenkbändchen. Fr. 2.75.)

Das schmale Büchlein will uns mit seinen nachdenklichen und zugleich poetischen Worten durch alle Feste des Jahres geleiten, Besinnung bringen auf das Fest, im Alltag der trostlosen Gegenwart. Die Worte zur Passionszeit stehen am Anfang dieser Nummer und weisen schon auf Ostern.

Walter Lüthi: «*Gottes Völklein*». Bibelarbeit und Predigt, gehalten am Deutschen Evangelischen Kirchentag 1959 in München (Verlag Friedrich Reinhardt AG, Basel. 72 Seiten. Fr. 3.80.)

In diesen Arbeiten läßt Walter Lüthi durch seine zentrale und von markanter Sprache erfüllte Verkündigung das Wort Gottes klar in die Zeit hineinleuchten

und stellt die Liebe Gottes als «Erklärung Gottes auf höchster Ebene» in den Mittelpunkt. Diese Bibelarbeit hat stellenweise bei den Zuhörern einige Beunruhigung hervorgerufen. Anlaß dazu gab in der Auslegung «Gehaßt von der Welt» das mutige Bekenntnis zu Albert Schweitzer, Martin Niemöller und Karl Barth, das wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten:

«... Welcher Art dieses hier von Christus erwähnte Zeichen der Erwählung heute sein kann, mögen drei Beispiele wenigstens andeuten. Um nicht das allgemein bekannte Gehaßtwerden der Brüder im Osten zu wiederholen, wählen wir Fälle aus der westlichen Welt. — Albert Schweitzer, der Urwalddoktor aus Lambarene, war Jahrzehnte hindurch wohl der populärste Europäer. Als man gar anfing, ihn zu verfilmen, fehlte nicht viel, man hätte ihn zum Mythus, zum Heiligen erhoben. Aber Gottes erwählende Gnade blieb bei ihm. Eines Tages erhebt der greise Doktor seine Stimme gegen den Wahnsinn und gegen das Verbrechen der atomaren Kriegführung. Und siehe, einige Wochen nach seinem ersten Aufruf an die Weltöffentlichkeit gegen die atomare Aufrüstung erschien in der ‚Neuen Zürcher Zeitung' prompt ein Artikel gegen den unbequemen Mahner... Wohl ihm! So sachte, kaum merkbar, fängt es jeweilen mit dem Haß der Welt an. Andern ist es ähnlich ergangen. Ein Martin Niemöller war unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches im Ausland wohl der populärste Deutsche. Wenn er irgendwo diesseits oder jenseits des Ozeans sprach, glich sein Kommen einem Triumphzug... Aber seit er sich veranlaßt sah, gegen die Hochrüstung Deutschlands und gegen die Vorbereitung eines Atomkrieges seine Stimme zu erheben, hat er aufgehört, zu den beliebten Deutschen zu zählen. Es kam bereits so weit, daß ihm in der Bayrischen Landeskirche von einem Pfarrer die Kanzel verweigert wurde. Aber auch in Bern geschah letzten Winter dasselbe durch einen Kirchgemeinderat. Das Zeichen der Erwählung scheint auch ihm treu zu bleiben. Wohl ihm! Karl Barth, um diesen als Dritten zu nennen, ist auf theologischem Gebiet ein anerkannter Mann in der christlichen Welt. Aber weil er es unverdrossen unternimmt, mitten durch allen politischen und kulturellen Pharisäismus hindurch an die freie Wirkungsmöglichkeit der Christusgnade zu glauben, darum läßt der Haß dieser Welt auch von ihm nicht ab. So begleitet auch ihn treu das Zeichen der Erwählten. Wohl ihm!» *B. W.*

Bruno Frei: «Der große Sprung — China heute». Aufbau-Verlag, Berlin W 8, 262 Seiten Taschenbuchformat, Fr. 4.85.

Wir möchten auf dieses neue China-Buch aufmerksam machen. Es ist eine Sammlung von anspruchslos, aber fesselnd geschriebenen Reportagen, die der Autor, ein bekannter österreichischer Publizist, in den Jahren seines China-Aufenthaltes, 1957 bis 1959, verfaßt hat. «Reportagen vermitteln ein Bild der Wirklichkeit, gesehen mit den Augen des Reporters. Das subjektive Element ist in ihnen nicht ganz entbehrlich. Dennoch darf die objektive Wirklichkeit nicht verzerrt werden.» Diese Äußerung des Autors im Vorwort bestätigt sein ganzes Buch, dessen Ehrlichkeit aus jeder Zeile spricht.

Unsere Leser wissen durch Artikel dieser Zeitschrift, vor allem durch die verdienstvollen Berichte unseres Redaktors Kramer, um das neue China einigermaßen Bescheid. Wir möchten dieses Buch trotzdem jedermann zur Lektüre empfehlen. Es ist dem Autor gelungen unter weitgehendem Verzicht auf Statistiken und Produktionsziffern *den Atem einzufangen* der das neue China durchweht. In zahlreichen Einzelbildern, durch Gespräche mit einfachen Leuten, durch Interviews mit führenden Funktionären wird dem Leser ein lebendiger Eindruck vermittelt von dem großartigen Geschehen, das sich heute in China vollzieht.

«Das Chinesische Wunder ist nicht das Was, sondern das Wie.» «Das Chinesische Wunder ist der Mensch, nicht die Maschine.» — Diese Verwandlung des Menschen macht das Buch einem deutlich. Es wird klar, daß hier ein neuer Geist

und ein gewaltiger Wille am Werk sind, um die Welt bewußt zu gestalten. Eines der Ziele ist, Unwissenheit, Armut und Elend, die hier Jahrtausende als Schicksal gegolten haben, binnen weniger Jahre zu überwinden. Dieser Wille geht von einer überlegenen, zielbewußten Führung aus, aber er strömt in die Einzelnen dieses Millionenvolkes; er reißt sie mit, er weckt in ihnen selber gewaltige Kräfte der Initiative, des Willens, der Tat, so daß sie mit Begeisterung an die jeweils gestellte Aufgabe herangehen. Es sei das nun die Überwindung des Analphabetentums, der Feldzug für Hygiene, um die Seuchen zum Verschwinden zu bringen, oder technische Höchstleistungen, wie der Bewässerungskanal oder der Dammbau bei den Ming-Gräbern. Und dies weitgehend ohne das Kapital, die Maschinen und Hilfsmittel wie wir sie im Westen überreich zur Verfügung haben.

Vielleicht kann die bescheidene Parallele unserer «Anbauschlacht» während des Zweiten Weltkrieges am ehesten das Verständnis vermitteln für das, was heute in China im größten Maßstab und auf vielen Fronten zugleich getan wird.

Man lese die Kapitel des Buches — und man wird es aus der Hand legen, bereichert an Verständnis und Wissen, und — wir möchten fast sagen mit einem Gefühl der Erhebung, aber auch der leisen Beschämung. *H. H.*

«Flüchtlingsmutter» feierte den 70. Geburtstag

Frau Dr. h. c. Gertrud Kurz, die «Mutter der Flüchtlinge», trat am 15. März in die Reihe der 70er. Wohl nur wenige Menschen haben so schlicht und selbstverständlich ein Christentum der Tat gelebt wie diese Frau, die aus den Kraftquellen des Glaubens und der Liebe stets neue Mittel und Wege für den Dienst an den Bedrückten und Leidenden fand. «Gott kennt», so schrieb sie einmal, «die Nöte aller Menschen und auch die besonders große Not der Fremdlinge und Flüchtlinge; darum hat er sie lieb, und wir wollen sie auch lieben.»

So ist Gertrud Kurz zur Flüchtlingsmutter geworden, die viele Kinder in der Schweiz, in ganz Europa und auch jenseits der Meere besitzt. Zahlreiche von ihnen hatte einst der große Flüchtlingsstrom an das Schweizerufer gespült. Manche sind weitergewandert, nachdem ihnen Mutter Kurz Trost, Kraft und seelische Hilfe gespendet hatte. Viele aber beanspruchen nach wie vor die tätige Hilfe dieser mit einem wahrhaft mütterlichen Herzen ausgestatteten Frau, die für Notleidende Niemals «keine Zeit» hat, sondern immer bereit ist, das Schicksal der Leidenden gleichsam auf sich selber zu laden.

Das Elternhaus von Frau Gertrud Kurz stand im appenzellischen Lutzenberg. Die dort herrschende Atmosphäre: Weltoffenheit, tätiges Christentum und erquickender Humor, hat ihr Wesen stark geprägt. 1912 verheiratete sie sich mit dem Gymnasiallehrer Albert Kurz in Bern. Bald wurde das Haus Kurz zu einem beliebten Absteigequartier für allerlei Brüder der Landstraße. Durch die Begegnung mit den «Kreuzrittern», die Etienne Bach nach dem Ersten Weltkrieg im Ruhrgebiet ins Leben rief, erstand eine neue große Aufgabe. Heute heißt dieses Werk «Christlicher Friedensdienst». Seit 1931 dient ihm Frau

Kurz offiziell als internationale Sekretärin, tatsächlich aber als Leiterin. Es handelt sich um eine ökumenische Laienbewegung, der es vor allem darum geht, jeden Nährboden für Haß und Unfrieden zu beseitigen. Als Flüchtlingsmutter betreut Frau Dr. Kurz alle jene Flüchtlinge, die aus irgendeinem Grund nicht in die Kategorien der großen Flüchtlingshilfswerke passen. Besonders gilt ihre Anteilnahme dem Volke Israel und den rassisch Verfolgten. Sie leidet in Trauer und Beschämung darunter, daß in unserem Jahrhundert Christen an den Juden furchtbare Verbrechen begangen haben und farbige Menschen in ihrer angestammten Heimat unterdrücken. Überall möchte sie Friedenszeichen aufrichten, bei uns und auch in fernen Ländern. Vor zwei Jahren hat ihr die Theologische Fakultät Zürich den Titel eines Ehrendoktors verliehen. An ihrem 70. Geburtstag gedachten unzählige Menschen dieser mütterlichen Frau, die ihnen Lichtstrahlen der Liebe schenkte. *EPD*

WELTRUNDSCHAU

Eine brüchige Weltordnung Es geht jetzt rasch der vielberufenen *Gipfelkonferenz* entgegen. Die Pläne und sonstigen Vorbereitungen dafür, eingeschlossen die zahllosen Besuchsreisen der Staatsmänner usw., nähern sich der Vollendung — auf beiden Seiten. Und dann kann das Seilziehen losgehen, das — wie allgemein erwartet wird — sehr zäh und vielleicht auch langwierig sein wird.

Mit welchen Absichten gehen die Konferenzteilnehmer nach Paris? Auf westmächtlicher Seite sind bei den Zusammenkünften der Regierungshäupter, der Außenminister und der Militärführer Amerikas, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands, die im Dezember 1959 in der französischen Hauptstadt veranstaltet wurden, die Hauptlinien der Kampfführung nicht nur für die Gipfelkonferenz vom Mai, sondern auch für allfällige weitere Treffen auf höchster Ebene, die damit eine ständige Einrichtung würden, bereits festgesetzt worden. Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

Die Weltpolitik wird grundsätzlich von einem Direktorium der vier westlichen Großmächte — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland — bestimmt. Die Sowjetunion wird nach Bedarf dazu eingeladen. Die Deutsche Bundesrepublik wird als beherrschende militärisch-wirtschaftliche Macht des europäischen Festlandes anerkannt. Frankreichs neues Streben nach Großmachtsrang wird, so gut es geht, befriedigt werden. Die kleineren NATO-Staaten und die lateinamerikanischen Regierungen werden auf dem

laufenden gehalten und regelmäßig befragt werden; Asien und Afrika haben überhaupt nicht mitzusprechen. Die Organisation der Vereinten Nationen wird auf einen zweiten Platz geschoben, sofern es sich als unmöglich erweist, sie in die Politik der vier Großen einzugliedern.

Das Programm des westlichen Weltdirektoriums ist zweifellos ehrgeizig. Es hat, wie Scott Nearing in der Neuyorker «Monthly Review» schreibt, nur den Fehler, daß es auf Grundlagen aufgebaut ist, die schon seit etlichen Jahrzehnten am Zusammenbrechen sind: auf einem überholten (wenn auch neuaufgeputzten) kapitalistischen Wirtschaftssystem, einem mechanisch fortgesetzten militärischen Wettrüsten und einem hartnäckig festgehaltenen, obschon mehr oder weniger modernisierten Kolonialismus. Der Kapitalismus wird trotz all seinen blendenden Erfolgen auf immer enger werdende Räume innerhalb des Weltganzen zurückgedrängt. Das Wettrüsten kann höchstens noch zum Ruin der großen und kleinen Militärstaaten, wenn nicht zur Vernichtung der Menschheit, führen. Und der Kolonialismus verliert in Asien und Afrika wie in Lateinamerika so rapid an Boden, daß sein Ende kaum mehr sehr fern ist. Der Versuch, Weltherrschaft auf die schmale geographische Basis von Westeuropa und Nordamerika zu gründen, Osteuropa, Asien und Afrika aber von der gleichberechtigten Mitsprache auszuschließen, *muß* fehlschlagen. Denn seit 40 Jahren schon ist außerhalb Westeuropas und Nordamerikas eine neue Welt im Entstehen, die freilich von der alten Welt aus mit allen Mitteln der Politik und Diplomatie, der Wirtschaft und der Propaganda niedergehalten, bekämpft und verlästert wird, mit vorübergehendem Erfolg zwar, aber auf die Länge doch vergeblich. «Verdrehung, Entstellung, Verleumdung, Boykott, Blockade, Hilfsgelder für Wühler, Saboteure und Aufwiegler und militärisches Eingreifen großen Stils — all das kam», so erinnert uns Nearing, «zur Anwendung in einem sozialismusfeindlichen Kreuzzug, der darauf ausging, die neue sozialistische Ordnung zurückzudrängen, zu unterhöhlen, auszuhungern und womöglich zu vernichten. Der Proteststurm, der zur Zeit der amerikanischen und französischen Revolution gegen die Republikaner entfacht wurde, war noch mild und wirkungslos im Vergleich zu der Sturmflut von Feindseligkeit, die nach 1917 gegen die Kollektivisten losbrach ... Die westlichen Staatsmänner gewannen im 19. Jahrhundert die Führung der Welt. In den Jahren zwischen 1905 und 1919 suchten sie die Weltmacht neu zu verteilen. Aus ihrem Mißerfolg entsprang die Russische Revolution. Von 1932 bis 1945 suchten sie aufs neue die Gegensätze unter den imperialistischen Mächten zu schlichten und die revolutionären Bewegungen in Europa und Asien zu zerschlagen. Sie erlitten einen neuen Mißerfolg. Der zweite Fehlschlag führte zum Verlust der großen Kolonialgebiete in Asien und Afrika. Nun ... schicken sich die Finanzimperialisten an, einen dritten Versuch ins Werk zu setzen, um ihre geschlagenen kapitalistischen und imperialistischen Kräfte wieder

zu sammeln und das Revolutionsfeuer einzudämmen, das über Asien und Afrika hinfegt. Aber der dritte Anlauf, den Kapitalismus wieder zu festigen und zu verjüngen, wird ebenso scheitern wie seine beiden Vorgänger. Sein Fehlschlag wird das Ende des Kapitalismus als beherrschende Weltkraft bedeuten. Er wird auch sozialistischen Baumeistern den Weg bahnen, dem Menschengeschlecht eine neue Heimstatt zu schaffen.»

„Noch ist es Zeit, Bruder!" Es kann kein Zweifel daran sein, daß die Überwindung des Kapitalismus und die Grundlegung einer sozialistischen Weltordnung einer geschichtlichen Notwendigkeit entspricht. Sie verbindet sich mit der andern, noch dringlicheren Notwendigkeit, die zu einem dritten Weltkrieg treibenden Kräfte lahmzulegen und eine gefestigte, friedliche Völkerordnung zu schaffen. Der gewaltige Menschheitskampf unserer Zeit spielt sich auf diesen beiden Linien ab, die immer wieder auf die verschiedenste Art durcheinanderlaufen und sich bald hemmend, bald vorwärtstreibend begegnen und überschneiden. Die Führung im Kampf für den Frieden wie für den Sozialismus beansprucht, wie man weiß, die Sowjetunion und, mit ihr verbündet, nun immer mehr — mindestens in Asien — auch die Chinesische Volksrepublik. Aber es versteht sich für uns von selber, daß wir die Sache weder des Friedens noch des Sozialismus einfach mit der Politik dieser beiden Reiche gleichsetzen können. Wir gehen mit ihnen einig, soweit sie nach unserer Kenntnis der Dinge wirklich der Überwindung allen Kriegswesens und aller kapitalistisch-materialistischen Wirtschaftsmethoden samt den zugehörigen Gesellschafts- und Kulturformen dienen. Wo das nicht der Fall ist, lehnen wir ihr Vorgehen im Namen des Friedens-, Freiheits- und Gerechtigkeitsgeistes ab, der für uns — ohne daß wir dafür ein engherziges Monopol beanspruchen würden — seine reinste Quelle und stärkste Kraft in der Botschaft der Bibel hat. Das ändert indessen nichts daran, daß wir in der Beobachtung und Beurteilung der Kräfte, die den Gang der Weltereignisse bestimmen, so wirklichkeitsgemäß als möglich auch den Antrieben und Absichten der vielgeschmähten Ostblockstaaten gerecht werden müssen. Wir fragen uns also im Blick auf die Pariser Gipfelkonferenz, was wohl im Rahmen ihrer politischen Gesamtstrategie die Taktik der Russen in den beiden Hauptfragen sein wird, die dort aufs Tapet kommen: der deutschen Frage und der Abrüstungsfrage.

In der *deutschen Frage* scheint es uns immer klarer, daß die Sowjetpolitik die westdeutschen Stellungen frontal angreifen und mit allen Mitteln eine ihr günstige Neuregelung des Statuts von Berlin erstreben wird, womöglich in Form einer neutralisierten Freistadt. Wenn die Westmächte, wie die Bonner Regierung von ihnen kategorisch verlangt, darauf nicht eintreten werden und auch jede Annäherung an den sowjetischen Standpunkt ablehnen sollten, wird Moskau zwei-

fellos den längst angekündigten Sonderfrieden mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) abschließen, die dadurch in aller Form zum souveränen Staat erklärt würde, mit voller Verfügungsfreiheit auch über ihre Zugangswege auf dem Land und in der Luft. Der Westen soll dadurch gezwungen werden, mindestens tatsächlich, mit der Zeit aber auch rechtlich die DDR anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. Ein gutwilliges Einlenken des Westens scheint hier fast ausgeschlossen.

Im westmächtlichen Lager bestünde zwar nicht übel Neigung, den Russen in der Berliner Frage etwelche Zugeständnisse zu machen; die britische Regierung versucht schon lange, Washington dafür zu gewinnen, und im Staatsdepartement sagt man auch keineswegs unbedingt nein, aber das Militärdepartement (der Pentagon) will davon ganz und gar nichts wissen, und Eisenhower ist zu schwach, um den Generälen ernsthaft zu widerstehen. De Gaulle war bisher auch eher für den schärferen Kurs, scheint jedoch neuerdings größere Selbstsicherheit an den Tag zu legen, die es ihm vielleicht erlauben würde, ohne den Anschein von Schwäche sich etwas geschmeidiger zu zeigen. Aber das große Hindernis bleibt eben die starre und sture Haltung der Bonner Regierung, die im gleichen Grad anmaßender und rücksichtsloser wird, je weiter ihre militärische Aufrüstung fortschreitet (siehe die spanische Affäre, von der gleich die Rede sein wird). Adenauer nützt denn auch die Unsicherheit auf westalliierter Seite weidlich aus und schwenkt dazu noch kräftig die rote Vogelscheuche, so daß an ein Durchdringen der Politik Macmillans in der deutschen Frage kaum zu denken ist.

In der *Abrüstungsfrage* mag eine Verständigung eher möglich sein. Chruschtschew wird nicht auf seinem Maximalplan — der völligen Auflösung der Armeen und militärischen Einrichtungen innert vier Jahren — beharren; er wird sich mit der Einigung auf eine erste Abrüstungsstufe begnügen, und der neue, dreiteilige amerikanische Plan, an dessen Ende eine «internationale Friedenspolizei» steht, dürfte ihm ein Entgegenkommen erleichtern, wenn auch dieser Plan zunächst nur für die am 15. März in Genf beginnende Abrüstungskonferenz der zehn Mächte bestimmt ist. Die große Frage bleibt freilich immer, ob und wie weit sich der Abrüstungswille des amerikanischen Staatsdepartements mit dem Aufrüstungswillen des Militärdepartements verträgt, das von der fixen Idee besessen ist, ein technischer Vorsprung der Russen könne das ganze Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten, ja ihre Existenz selber unmittelbar in Frage stellen.

Dazu kommt die Sorge der Rüstungsinteressenten und weiter Kreise der amerikanischen Bevölkerung, eine massive Abrüstung werde den Wirtschaftskörper der USA aufs schwerste erschüttern und eine riesige Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Auch in der unabhängig-sozialdemokratischen Neuyorker Zeitschrift «Dissent»

(Nr. 1/1960) bezweifelt ein Mitarbeiter wohl mit Recht, daß die amerikanische Bundesversammlung bereit wäre, zugunsten einer internationalen Abrüstung die rund 45 Milliarden Dollar, die jetzt die Kriegsvorbereitung jährlich kostet, irgendwelchen Friedenszwecken in den Vereinigten Staaten selbst und in den unterentwickelten Ländern zuzuführen, um die Wirtschaft voll in Gang zu halten.

Aber — auch wenn man einmal von Amerika absehen will — wo ist der Abrüstungswille seiner Verbündeten und der (mehr oder weniger) Neutralen? Wenn auch alles abrüsten sollte — die Schweiz zum Beispiel wird sich unter dem gegenwärtigen Regime nie und nimmer «wehrlos machen» ... In England diskutiert man zwar ernst und heftig über die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, die schweren und doch nutzlosen Rüstungslasten abzuschütteln. Aber *Frankreich*? Herr de Gaulle hat die Versuchsexplosion mit seiner Sahara-Atombombe einfach erzwungen, erpreßt. Er hat die Proteste der ganzen übrigen Welt gelassen in Kauf genommen; er hat der kaum verhüllten Mißbilligung Amerikas die Stirn geboten; er hat sich zynisch über eine Entschließung der UNO-Versammlung hinweggesetzt, aber seine Atombombe mußte er um jeden Preis haben, um den Großmachtscharakter Frankreichs zu beweisen. Was er *wirklich* erreicht hat, ist der Beweis, daß auch ein Industrieapparat mäßigen Umfangs mit keineswegs erstklassigen wissenschaftlich-technischen Spezialisten imstand ist, Atombomben zu bauen. Was aber, wenn auch Nasser und Tschiang Kai-schek, Franco und Verwoerd, der südafrikanische Rassenfanatiker, solche Dinger in die Hand bekommen? — Von Strauß und Adenauer gar nicht zu reden! Und was wäre wohl passiert, wenn Frankreich schon 1954, als die Niederlage in Indochina vor der Tür stand, seine Atombombe gehabt hätte? Bidault war ja damals zu allem entschlossen und konnte nur durch Englands Weigerung, da mitzumachen, von der Entfesselung des Atomkriegs gegen China abgehalten werden.

Der Menschheit droht Entsetzliches, wenn sich die Atombombenseuche weiter ausdehnt. Manche Leser werden den Film «Das letzte Ufer» gesehen haben. Obwohl die Wirklichkeit einer atomaren Ausrottung der Erdbevölkerung unendlich grauenhafter wäre, als es nach dem Film scheinen könnte, verfolgen mich diese unheimlichen Kamerabilder seitdem bis in den Schlaf. Und die — freilich anders gemeinte — Mahnung der Heilsarmee: «Noch ist es Zeit, Bruder!» sollte uns nicht mehr loslassen, bis wir das wahnsinnige Verbrechen der Kernwaffenrüstung unwiderruflich ausgetilgt haben. Noch ist es — vielleicht! — Zeit dazu; aber wie lang noch?

Der westdeutsche Militärplan Frankreichs atomare Aufrüstung ist um so gefährlicher, als *Westdeutschland* seine Kriegsrüstung mit noch rücksichtsloserer Konsequenz und Dreistigkeit vorwärtstreibt als bisher. Von ostdeutscher

Seite ist dem Bonner Wehrmachtsminister, Franz Josef Strauß, der Ausspruch zugeschrieben worden: «Zunächst erfüllen wir unseren militärischen NATO-Beitrag. Wenn aber die Bundeswehr einsatzbereit steht, dann reden wir mit den hirnverbrannten Moskaufahrern und Entspannungsaposteln mal richtig deutsch und zeigen ihnen, wer die NATO wirklich führt.» Man könnte an der Echtheit dieses Spruches, wenn man wollte, Zweifel hegen. Aber was Herr Strauß da gesagt haben soll, stimmt so vollkommen nicht nur mit seiner brutalen Ausdrucksweise, sondern auch mit der ganzen von ihm geleiteten Wehrmachtspolitik zusammen, daß es zum mindesten durchaus echt und glaubhaft klingt. Wie Gerhard Gleißberg in der Hamburger «Anderen Zeitung» (Nr. 9) ganz richtig schreibt, sind die Zweifel an der Gefährlichkeit der westdeutschen Militärpläne nun erst recht im Schwinden «seit dem 23. Februar, an dem durch einen Artikel des Herausgebers der ‚New York Times', C. L. Sulzberger, der ganzen Welt bekannt wurde, daß die westdeutsche Bundeswehr mit der Franco-Regierung seit dem Bonner Besuch des spanischen Außenministers Castiella im vorigen Herbst über die Errichtung eigener militärischer Stützpunkte in Spanien verhandelt. Daß man in Bonn diese Enthüllung so dreist zu dementieren versuchte, wie man seit 1949 jeden Schritt der westdeutschen Aufrüstung so lange abgeleugnet hat, bis er vollzogene Tatsache war, hat das, was Sulzberger schrieb, nur bestätigt und die Bonner Absichten in den Augen der Welt nur noch verdächtiger gemacht. Als man in Bonn merkte, daß sich die Welt nicht belügen ließ, versuchte man es mit abschwächenden Teilgeständnissen: es handle sich nur um «Nachschubdepots» für die Bundeswehr in Spanien, allenfalls um ‚Übungsplätze'. freilich auch um Flugplätze, da der ‚Luftraum' über Westdeutschland zu klein für die Bundeswehr sei, — aber diese Teilgeständnisse konnten nichts mehr daran ändern, daß der Weltöffentlichkeit auch jener Teil der Wahrheit bekannt ist, den man in Bonn (mit Schimpfen über ‚Indiskretionen') krampfhaft verschweigt: daß es, wie schon Sulzberger andeutete, auch um westdeutsche Raketenabschußplätze in Spanien geht, und, wie jüngst der britische Labour-Abgeordnete Edwards erklärte, bereits eine Raketenfabrik in Spanien für die westdeutsche Bundeswehr im Bau ist.»

Die letzte Behauptung wird von westdeutscher Seite — ausnahmsweise — glaubhaft bestritten. Aber im Ganzen kann man die spanischen Pläne der Bonner Rüstungspolitiker nicht ernst genug nehmen. Zum Glück ist durch die Enthüllung der «Sondierungen», die die Regierung Adenauer in Madrid hinter dem Rücken oder auf jeden Fall gegen den Willen der Westmächte vorgenommen hat, die öffentliche Meinung besonders in England und Frankreich heftig aufgerüttelt worden. Der «New Statesman» nimmt kein Blatt vor den Mund: «Vor etwas über 20 Jahren haben Hitlers Wehrmacht und Luftwaffe den spanischen Bürgerkrieg als realistisches Übungsfeld für ihre neuen

technischen Methoden und Waffen benützt. Jetzt stehen sie, im Besitz noch unendlich tödlicherer Waffen, im Begriff, von neuem dorthin zurückzukehren ... Diese letzte Stufe der westdeutschen Aufrüstung (ist) ein Akt bewußter Herausforderung gegenüber den demokratischen Grundsätzen, auf denen das NATO-Bündnis angeblich beruht, eine Beschimpfung des Andenkens derer, die in Spanien wie später in der ganzen Welt im Dienste der Wiederherstellung des Völkerrechtes gestorben sind.» Der deutsche Vorstoß in Spanien, so stellt das einflußreiche Londoner Blatt fest, erfolgte «unter klarem Bruch der feierlichen Verpflichtungen, die Westdeutschland einging, als die Westeuropäische Union gebildet und es selbst in die NATO aufgenommen wurde ... Er ist nur der letzte, wenn auch der sensationellste einer Reihe von Schritten, mit denen Deutschland die Beschränkungen umgeht, die im Jahr 1954 seiner militärischen Handlungsfreiheit auferlegt wurden ... Der Hauptzweck von Deutschlands geplanter Abmachung mit Spanien kann nur darin bestehen, sich Abschußrampen für die geheime Erprobung strategischer Waffen zu sichern.»

Ähnliches vermutet Anne Laurens im Pariser «Observateur» (3. März): «Es steht fest, daß Bonn eine von der NATO unabhängige Armee schaffen will, die eigene moderne Waffen besitzt. Bei der Vorbereitung darauf liegt der Vorteil von Stützpunkten in Spanien darin, daß dieses Land nicht dem Atlantikbund angehört und außerhalb der diplomatischen Reichweite der Inspektionen des Kontrollamtes des Pariser Vertrages steht, das Deutschland gerade verhindern soll, auf eigene Rechnung Kernwaffen herzustellen und zu besitzen. Was Deutschland plant, unterliegt also keinem Zweifel. Er glaubte einmal, seine Absicht in einem System gemeinsamer Militärproduktion mit Frankreich verwirklichen zu können. Heute ist es überzeugt, daß es nicht auf General de Gaulle zählen kann, um zu seinem Ziel zu kommen, und hat sich nun auf das spanische Abenteuer eingelassen, trotz dem Mißvergnügen seiner Verbündeten. Es wäre kindisch, anzunehmen, daß es darauf verzichten würde, eine ‚vollberechtigte' Militär- und Atommacht in Europa zu werden.»

Um so trauriger die Haltung der übrigen Westmächte. Die Beunruhigung, ja Bestürzung, die anfänglich auch ihre amtlichen Kreise ob dem deutsch-spanischen Techtelmechtel an den Tag legten, ist auffallend schnell einer grundsätzlichen Billigung des sachlichen Zieles der westdeutschen Schritte gewichen. Man wünscht nur noch, daß Bonn die «Nachschublager», Übungsplätze usw., die es im Ausland unbedingt zu brauchen erklärt, im Einvernehmen mit der NATO anlege. Offenbar hat man immer noch die Vorstellung, daß man damit den westdeutschen Tatendrang am ehesten zügeln und sogar in den Dienst der eigenen Politik — gegen den Osten natürlich — stellen könne. Aber was für eine Verblendung ist das doch! Das «demokratische» Deutschland Adenauers wird alle formalen Beschränkungen seines Machtwillens ebenso hemmungslos abwerfen, wie das Hit-

lers Drittes Reich getan hat und wie schon das wilhelminische Kaiserreich vertragliche und völkerrechtliche Verpflichtungen als lästige «Papierfetzen» zerrissen hat. Wehe der Welt, wenn dieser Tag da sein wird! Das Erwachen aus dem süßen Traum, dem man sich in töricht-blindem Antikommunismus hingegeben hat, wird dann ebenso zu spät kommen, wie es 1939 zu spät war, Hitler in den Zügel zu fallen.

Zug nach links in Amerika! Denn das liegt ja auf der Hand: Die Hilfe, die die Westmächte der Deutschen Bundesrepublik, ihrem neuen Kapitalismus und ihrer neuen Aufrüstung angedeihen lassen, hat ihren entscheidenden Grund in der Berechnung, sie würden die wiederaufgerichtete deutsche Großmacht zu gegebener Zeit in den Endkampf gegen den östlichen Kommunismus einsetzen können. Hier trifft also das Ringen um den Frieden mit dem Ringen um eine soziale, ja sozialistische Neuordnung der Welt zusammen. Ohne daß man die Grundlegung einer sozialistischen Ordnung als *Voraussetzung* für die Aufrichtung eines haltbaren Völkerfriedens bezeichnen dürfte, ist es doch sicher, daß eine mehr und mehr durchbrechende Bewegung im Westen *in der Richtung* auf den Sozialismus für den Friedenskampf eine unermeßliche Hilfe darstellen würde. Der westliche Antikommunismus, dessen weitaus stärkste Triebkraft kapitalistisch-gegenrevolutionärer Natur ist, verlöre damit seine hypnotisierende Macht in einem Maße, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf geistigem und wirtschaftlich-sozialem, also jedenfalls nicht militärischem Boden erfolgen könnte.

Von einem solchen Durchbruch ist nun freilich auch nur annäherungsweise nichts zu bemerken. Höchstens von Anzeichen einer Abschwächung des wüstesten Antikommunismus in gewissen Ländern. Dazu gehören namentlich auch die *Vereinigten Staaten*, die Heimat des für das angeblich liberale Amerika so beschämenden McCarthyismus. Schon vor dem Tod McCarthys hatte die von ihm entfachte «Hexenjagd» an Zugkraft eingebüßt, und heute kann drüben sogar eine Biographie des Meisterdemagogen erscheinen, die ihn in seiner ganzen Schmutzigkeit und Verlogenheit bloßstellt. «McCarthy», so erzählt man nun dem amerikanischen und internationalen Publikum, «hatte Erfolg nicht *trotz*, sondern *wegen* seiner Lügen und seiner Gesetzesverachtung . . . Er begann seine Verbrecherlaufbahn als Richter in Wisconsin, indem er gewisse Schriftstücke verbrannte, die dem Appellationsgericht bewiesen hätten, daß er bestochen worden war, um einen bestimmten Entscheid zu fällen . . . Sein erster Akt handgreiflicher Bestechlichkeit als Senator war, daß er 10 000 Dollar von der Lustron AG annahm, der er eine Vorlage für staatlichen Wohnungsbau bodigen half. Später kassierte er allwöchentlich Tausende von Dollars für seinen antikommunistischen Kreuzzug ein und

verwendete sie für sich selber, da er keinerlei Organisation hinter sich hatte.» Und so ging das weiter, ohne daß irgend ein Gericht, irgend eine parlamentarische Körperschaft, irgend eine hochgestellte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens wirksam gegen McCarthy einzuschreiten wagte. Bis in die obersten Staatsstellungen hinauf kroch alles feig vor einem Menschen, von dem jeder, der es erfahren wollte, genau wußte, daß er ein krankhaft zu nennender, jedenfalls vollkommen gewissenloser Betrüger und Volksverführer war — bis der ehemalige Nationalheld sein Leben in Trunk, Spiel und Grundstückspekulation beschloß.

Ein Trost, daß der Bann des McCarthyismus wenigstens in seinen ärgsten Formen nun doch gebrochen scheint. Insbesondere im Filmwesen, im Buchverlag, in der Tages- und Zeitschriftenpresse wie im Hochschulbetrieb herrscht wieder eine freiere, anständigere Luft, wobei allerdings die wissenschaftlichen und technischen Erfolge der Sowjetunion kräftig mitgeholfen haben, die McCarthy-Seuche einzudämmen, deren Nährboden der Glaube war, daß Amerika in allen Dingen an der Spitze stehe und nur ein «Roter» das in Zweifel ziehen könne . . .

Ob diesem Wiedererwachen liberaler Gesinnung und Haltung in den Vereinigten Staaten auch ein Vordringen antikapitalistischer, sozialfortschrittlicher Bestrebungen folgen wird, steht dahin. Der für die Arbeiter verhältnismäßig günstige Abschluß des Stahlarbeiterstreiks mag immerhin, wie die «Monthly Review» schreibt (Februar 1960), den Beginn einer Periode anzeigen, die den kämpferischen Geist in der Arbeiterschaft erneut aufruft. Die Zeit, da Unternehmer und Gewerkschaften «wirtschaftsfriedlich» zusammenarbeiteten, um die Konjunkturprofite unter sich zu verteilen, scheint vorbei zu sein; der amerikanische Kapitalismus hat wieder — nicht zuletzt infolge der schärferen Konkurrenz des Auslands — härter zu kämpfen und ist weniger zu Zugeständnissen an die Arbeiter bereit. Daraus kann sich eine gewisse Radikalisierung der Gewerkschaften ergeben, die auch auf das Parteileben übergreifen müßte und die amerikanische Innenpolitik aus dem Zustand von Stockung und Versumpfung herauszuführen geeignet wäre, in den sie seit Jahr und Tag verfallen ist. Nur darf man davon noch lang keine Erschütterung der reaktionär-kapitalistischen Klassenherrschaft erwarten, die die Vereinigten Staaten zum Bollwerk der internationalen Gegenrevolution und — neben Westdeutschland — zur bedrohlichsten Kriegskraft gemacht hat.

Dollar und Rubel Vorerst bestimmen eben immer noch die Interessen der besitzenden Oberklasse die äußere wie die innere Politik Nordamerikas. Im Dienst dieser Interessen stand auch die Besuchsreise Präsident Eisenhowers in einigen

wichtigen Staaten *Südamerikas*. Ihren Zweck hat eine Washingtoner Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» (vom 21. Februar) ebenso naiv wie zutreffend umschrieben mit dem Hinweis darauf, daß es sich dabei um die «Gestaltung der amerikanischen Politik gegenüber den in revolutionärem Entwicklungsfieber begriffenen lateinamerikanischen Republiken» handelt. Genauer: um die Abschirmung Südamerikas gegenüber den «unheilvollen» Ausstrahlungen der kubanischen Revolution, die sich im ganzen übrigen Lateinamerika bedenklichster Sympathien erfreut. Fidel Castro, der neue Diktator Kubas, ist tatsächlich zum Schreckgespenst der US-Kapitalisten geworden. «Ein Gefahrensignal, das in ganz Lateinamerika bemerkt wird», so stellt «US News & World Report» (22. Februar) fest, «ist die Tatsache, daß das Einströmen von US-Anlagedollar nach Kuba jetzt völlig zum Stillstand gekommen ist. Die Amerikaner, die bereits annähernd eine Milliarde Dollar in Kuba hineingesteckt haben, scheinen keine Lust zu haben, noch mehr zu verlieren.» Und in Südamerika, wo man mehr als alles andere Dollar begehrt, fürchtet man, daß sich das nordamerikanische Kapital von weiteren profitsuchenden Anlagen auch in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Chile usw. abschrecken lasse.

Eisenhower hatte also die Aufgabe, die Südamerikaner — das heißt ihre regierenden Schichten — zu beruhigen, mit ihnen über die Eindämmung des «revolutionären Entwicklungsfiebers» zu beraten und sie des ferneren guten Willens der nordamerikanischen Regierung und der US-Privatkapitalisten zum Offenhalten des Dollarstromes zu versichern. Ob ihm das gelungen ist, muß sich erst zeigen; die Presse spricht zwar von einem «großen persönlichen Erfolg» des nordamerikanischen Präsidenten, vermerkt aber auch, daß sich Eisenhower gehütet habe, irgendwelche greifbaren Versprechungen in bezug auf eine wesentliche Verstärkung der amtlichen und privaten Finanzhilfe an südamerikanische Länder zu machen.

Anders verhielt sich Chruschtschew auf seiner jüngsten Werbereise in *Süd- und Südostasien*, die ungefähr gleichzeitig mit Eisenhowers Besuchsfahrt ablief. Sein «persönlicher Erfolg» mag geringer gewesen sein als der des amerikanischen Präsidenten, obwohl sich die «Neue Zürcher Zeitung» aus Delhi berichten ließ (in Nr. 601), das wichtigste Ergebnis der Indienfahrt Chruschtschews bestehe darin, «daß sie eine erhebliche politische Aufwertung Moskaus in Indien bewirkte». Die Besprechung Nehrus mit Tschu En-lai wegen des indisch-chinesischen Grenzstreites, die nun doch zustandekommen wird, ist sicher der Vermittlertätigkeit des Sowjetführers zu verdanken. Und auch in Burma, Indonesien und Afghanistan hat Chruschtschew kaum vergebens die Solidarität der Sowjetunion mit den entwicklungsbedürftigen Ländern Asiens verkündet. Aber die Hauptsache ist, daß sich diese Solidarität sofort in festen Abmachungen und verbindlichen Zusagen über sowjetische Hilfeleistungen ausdrückte: Anleihen, Lieferung ganzer Fabrikausrüstungen und Kraft-

werkanlagen, Erstellung und Ausstattung von Spitälern und Forschungsanstalten, Handelserleichterungen und -vermehrungen usw. Die Ankündigung einer in Moskau zu errichtenden Hochschule für Studenten aus unterentwickelten Ländern steht dabei nicht an letzter Stelle.

Was den Ländern Asiens und Afrikas, die sowjetische Hilfe bekommen, besonders Eindruck macht, das sind die günstigen Bedingungen, unter denen diese Leistungen erfolgen (langfristige Kredite zu niedrigem Zins ohne sonstige Auflagen), die Möglichkeit einer Rückzahlung der Anleihen mit Ausfuhrgütern oder in der Landeswährung und die Entsendung von Fachkräften aller Art in die Entwicklungsländer wie umgekehrt von sowjetischen Angehörigen dieser Länder zur Ausbildung in der Sowjetunion. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den schwachentwickelten Ländern Asiens und Afrikas rasch verstärken, hat sich doch der sowjetische Außenhandel mit den in Frage kommenden 14 Ländern allein von 1953 bis 1957 auf das Fünffache erhöht. Und seither ist höchst wahrscheinlich eine weitere Steigerung eingetreten.

Die amerikanische Auslandshilfe wirtschaftlicher und sozialer Art wird auf die Länge gegen diese sowjetische Anstrengung nicht aufzukommen vermögen. Eisenhower hat zwar schon öfter versichert, das amerikanische System sei auch im Verkehr mit den unterentwickelten Ländern dem sowjetischen überlegen, weil es auf der Freiheit als höchstem Wert beruhe. Aber so einfach ist die Sache wirklich nicht. Was die «zurückgebliebenen» Völker unter Freiheit verstehen, ist in ihrer heutigen Lage in erster Linie Freiheit von Not, von Armut, von Krankheit, von Unwissenheit. Das brauchen sie vor allen anderen Dingen. Dann erst können die politischen Freiheitsrechte und die demokratischen Regierungsformen an die Reihe kommen und sich nutzbringend entfalten, die ja auch in Westeuropa und Nordamerika nicht einfach doktrinär verordnet und «eingeführt» wurden, sondern nur auf einem geistig, wirtschaftlich und kulturell gut vorbereiteten Boden aufblühen konnten. Und die Sowjetunion — wie das neue China — weiß nun eben aus eigener, unendlich schmerzhafter Erfahrung, daß es in unterentwickelten Ländern vor allem gilt, das ganze wirtschaftliche, soziale und politische Gefüge von Grund auf zu ändern, wenn die Völker auf eine höhere, menschenwürdige Lebensstufe gehoben werden sollen. Darum kann sie ihre Auslandhilfe weitestgehend auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der betreffenden Länder einstellen — gewiß nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern weil der Vorteil dieser Länder auch *ihr Vorteil* ist, weil die Hilfe, die *sie* ihnen gewährt, sie der Ausbeutung durch den Feudalismus und Kapitalismus entzieht und sie einer sozialistischen Ordnung näherbringt, die zugleich am besten der Sicherung des Völkerfriedens dient.

Nicht so die kapitalistischen Länder, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten. Sie können die Entwicklungsländer nur insoweit unterstützen, als dadurch das kapitalistische Regime auf ihrem eigenen Boden und in den «rückständigen» Gebieten der Welt nicht geschwächt oder gar aufgehoben wird. Sie brauchen die bisher unterentwickelten Nationen auch notwendig für den Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, dürfen also nicht zugeben, daß sich dort selbst revolutionäre Bewegungen und Einrichtungen breit machen. Und sie müssen nicht zuletzt darauf achten, daß sich die Auslandshilfe auch im kapitalistischen Sinn bezahlt macht, also nicht in Anlagen gesteckt wird, die — wie Schulen, Spitäler und gewisse Verkehrseinrichtungen — keine oder erst spät greifbare Profite abwerfen. Ein Beispiel. Der englische Labourabgeordnete Fenner Brockway, ein Vorkämpfer der freiheitsdurstigen Kolonialvölker, berichtet in den «Peace News» (26. Februar) von einer Amerikareise, er habe im Mittelwesten, der riesigen Kornkammer der Vereinigten Staaten, unzählige haushohe Silos gesehen, in denen «überschüssiger» Mais und Weizen aufgespeichert werde. In amerikanischen Häfen lägen außerdem reihenweise Schiffe voller Getreide sinn- und zwecklos vor Anker; das alles, während in Asien und Afrika die Menschen massenhaft Hungers sterben. Als er einem Universitätsprofessor in Minneapolis diesen menschlichen und sittlichen Widersinn vor Augen hielt, meinte der, die Verschenkung des amerikanischen Getreideüberschusses an hungernde Völker würde nur den Mechanismus der (kapitalistischen) Weltwirtschaft aus den Fugen bringen . . .

Anderseits haben Fachleute der Vereinten Nationen kürzlich festgestellt, daß in den letzten beiden Jahren die unterentwickelten Länder in Form niedrigerer Weltmarktpreise für ihre Ausfuhrwaren mindestens ebensoviel verloren haben, wie sie in Form von Anleihen und Hilfsgeldern gewannen. Auch das gehört zum Mechanismus der «freien» Wirtschaft. Namentlich aber verhindert es die vorhin erwähnte Feindseligkeit der kapitalistischen Länder gegen alle sozialrevolutionären Bestrebungen in den Entwicklungsländern, daß die Hilfe, die sie diesen zukommen lassen, der Not an die Wurzel geht und eine neue Führungsschicht ans Ruder kommt. Man denke etwa an Persien, Pakistan, Laos, Formosa, Süd-Vietnam, Süd-Korea und — als neuestes Beispiel — an Kuba. Nein, wo kapitalistisches Denken und kapitalistische Interessen vorherrschen, ist wirksame, durchgreifende Hilfe an die notleidenden Völker nicht möglich. Die Hilfe muß aus einem anderen Geist und mit anderen Methoden kommen. Und wenn die sich frei nennenden Völker des satten Westens dabei von den Kommunisten überspielt werden, so fehlt ihnen jegliches Recht, sich darüber zu entrüsten, daß die «Roten» auf *ihre* Fasson ein Hilfswerk an die Hand nehmen, an das sie selber nicht rechtzeitig und nicht wirksam genug herangegangen sind.

Italien und die Sozialisten All das gilt natürlich auch für *Afrika*, das nicht nur ein unterentwickelter, sondern auch ein noch weithin unter eigentlicher Kolonialherrschaft stehender Erdteil ist. Doch wollen wir uns heute mit einem bloßen raschen Blick auf die dortigen Freiheitskämpfe begnügen, zumal sie in den vergangenen Wochen zu keinen wesentlich neuen Ergebnissen geführt haben. Auch die «neue» *Algerienpolitik* de Gaulles ist ja alles andere als überraschend; die jüngsten Erklärungen des Generals haben nur manchen Leuten die Augen dafür geöffnet, wie zweideutig, ja unehrlich, auf jeden Fall unhaltbar diese Politik von Anfang an war mit ihrem Doppelziel: militärische Niederwerfung der Aufstandsbewegung (wofür de Gaulle offenbar noch einige Jahre in Aussicht nimmt) und dann, wieder nach mehreren Jahren, unter dem Druck der französischen Armee «freie Volksabstimmung», die nach der nun festgelegten Formel «ein algerisches Algerien mit Bindung an Frankreich» bringen soll. Ebenfalls nur gerade erwähnt sei die Brüsseler Konferenz über den *Kongo*, die zur endgültigen Einigung über die Unabhängigkeitserklärung am 30. Juni 1960 geführt hat, und die Londoner Konferenz über *Kenia*, die eine erhebliche Lockerung der weißen Vorherrschaft in der künftigen Verfassung der Kolonie festlegen will, aber die Bodenfrage ungelöst läßt.

Hingegen sei zur Lage in einem der unterentwickelten Länder unseres eigenen Erdteiles, in *Italien*, einiges Notwendige gesagt. *Wie* unterentwickelt unser wundervolles südliches Nachbarland ist, weiß man zur Genüge; trotz der Wirtschaftsblüte in Oberitalien ist das Volk im ganzen, schon in den Mittelprovinzen, noch viel mehr aber in Süditalien, auf Sizilien und Sardinien schrecklich arm und verwahrlost, mit oft unglaublich untermenschlichen Behausungsverhältnissen, mit noch weitverbreitetem Analphabetentum und einer Kindersterblichkeit von 60 bis 69 Promille im ersten Lebensjahr beim ländlichen und industriellen Proletariat.

Die neueste Regierungskrise, ausgelöst durch den Absprung der «Liberalen» (der Partei des Industrie- und Finanzkapitals), gäbe Gelegenheit, den Anfang zu einer gründlichen Gesundung dieser trostlosen Zustände zu machen. Sie wird aber vermutlich nur zu einer weiteren Verschiebung der parlamentarischen Mehrheit nach rechts führen und die Herrschaft des alten Dreibunds von Großkapital, Großgrundbesitz und Kirchentum eher noch festigen. Eine grundsätzliche Wendung der italienischen Politik wird erst möglich werden, wenn die Uneinigkeit der dem Sozialismus verpflichteten Linken durch eine aus dem Arbeiter- und Bauernvolk selbst herauskommende Bewegung überwunden sein wird — und davon merkt man noch immer fast nichts. Ein Haupthindernis für einen solchen Schulterschluß ist, neben einer gewissen Unzuverlässigkeit der Kommunisten, der Antikommunismus der Mehrheit der Sozialistischen Partei, deren Führer Nenni darum hartnäckig nach einer Koalition mit der großen

Regierungspartei der Christlich-Demokraten (Democrazia Cristiana, D. C.) trachtet, wenn auch mit einem fortschrittlichen Programm.

Eine Minderheit der Partei, deren bester Kopf Lelio Basso ist, bekämpft seit Jahren diese Tendenz. In den «Problemi del socialismo» (Nr. 12/1959) legt er in einem sehr bemerkenswerten «Offenen Brief an Pietro Nenni» die Gründe dar, die eine völlig andere Einstellung der linkssozialistischen Bewegung verlangen. Der italienische Faschismus, so schreibt er, war das Ergebnis der ganzen geschichtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes. Die Aufgabe, die sich den italienischen Demokraten stellte, war darum nicht einfach die Wiederherstellung der sogenannten demokratischen Gesetzlichkeit, sondern die Verdrängung der großkapitalistischen Kräfte aus der politischen Leitung des Landes, und das machte tiefgreifende Strukturreformen nötig, ohne die keine lebensfähige politische Demokratie möglich ist. Die Erreichung dieses Zieles ist aber nur möglich auf Grund eines planmäßigen, umfassenden Kampfes breiter Volksschichten und mit Hilfe eines klaren Programmes für die demokratische Erneuerung Italiens, nicht auf Grund von Kompromissen der Parteispitzen mit den konservativen Kräften oder durch parlamentarische Kombinationen mit den Parteien, die jene Kräfte vertreten. Die treibende Kraft einer solchen Bewegung muß die Sozialistische Partei sein, die sich aber weder einer Volksfrontpolitik im Sinne der Kommunisten noch einem Antikommunismus sozialdemokratischer Art verschreiben darf.

Der Weg zu einer wirklichen Demokratie in Italien führt, wie Basso immer und immer wieder betont, einzig über die Zerbrechung des Bündnisses der jetzt den Staat beherrschenden Mächte. Und das wiederum ist nur möglich, wenn die katholischen Arbeiter der Vormundschaft der Christlich-Demokratischen Partei entrissen werden, die, wie in anderen Ländern auch, die Aufgabe hat, die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen und der demokratischen Reife des katholischen Laienvolkes zu bremsen, um einen Regierungsblock im Dienste der herrschenden Minderheitskräfte an der Macht zu halten. Es wäre eine Selbsttäuschung, wollte die Sozialistische Partei auf eine Spaltung der Christlichdemokraten und auf eine Verbündung mit ihrem linken Flügel spekulieren, sind doch auch die Fanfani und Moro tatsächlich nur Werkzeuge der antidemokratischen und antisozialistischen Kräfte, die die Aufrechterhaltung der Macht des Klerikalismus und der Monopole wollen. Ein Zusammengehen mit ihnen auf Grund bloßer parlamentarischer Kombinationen müßte die Sozialistische Partei auf den verhängnisvollen Weg der westdeutschen Sozialdemokratie führen, die mit ihrem Verzicht auf einen wirklich sozialistischen Kampf und ihrem sturen Antikommunismus aufgehört hat, eine Kraft wirklicher Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstruktur ihres Landes zu sein. Die Verbündung mit irgendwelchen Kräften, die die herrschenden Mächte vertreten, mit Frontstellung

gegen die heute weithin den Kommunisten folgenden Arbeitermassen, wäre ein Verhängnis nicht nur für die Sozialistische Partei, sondern vor allem für die so dringend notwendige demokratische Erneuerung Italiens. «Gewiß», so schließt Basso, «der Weg einer apertura a sinistra (das heißt einer Koalition der Christlichdemokraten mit der nichtkommunistischen Linken), einer einfachen nachgeordneten Teilnahme an der Mehrheitsgruppierung, mag kürzer sein. Aber er wäre unvermeidlicherweise dazu bestimmt, den Weg zur Demokratie noch länger, mühsamer, härter zu machen.»

Zum Glück scheinen in dem Augenblick, da ich schreibe, die Aussichten auf eine Koalition der Partei Nennis mit der Democrazia Cristiana sehr gering zu sein. Die alte Regierungskoalition wird, wohl etwas geflickt, von neuem die Geschäfte übernehmen. Die Sozialistische Partei gewinnt so Zeit, sich auf ihre wirkliche Aufgabe zu besinnen. Wird sie die Atempause benützen und die Sammlung der Linkskräfte vorbereiten, die allein Italien aus seiner Starre und Rückständigkeit herausheben und sein Volksleben, seine Wirtschaft und seinen Staat erneuern kann?

Begegnung mit der Revolution Aber wenden wir uns nochmals der revolutionären Bewegung der unterentwickelten Völker und Klassen als Gesamtheit zu, die die Welt so völlig in Atem hält und von Grund auf erschüttert. Die überentwickelten Nationen sehen daran nur das Gewalttätige, Auflösende, Umstürzende, verstehen aber nichts von den dahinter wirkenden Triebkräften — *wollen* nichts davon verstehen, weil sie mit *ihrem* Lebensstil ganz zufrieden sind und ihn noch gar als die Höchstform von Freiheit und Menschenrecht preisen. Aber das Gericht darüber ist schon auf dem Weg. «Wenn ihr Amerikaner den Weg fortsetzt, den ihr jetzt geht, werden sich viele meiner Landsleute dem Kommunismus zukehren», schreibt Richard Shaull, ein seit langem in Kolumbien und Brasilien wirkender nordamerikanischer Missionar und Professor, in seinem Buch «Encounter with Revolution[1]». Und was den Vereinigten Staaten gesagt werden muß, das sollten auch die anderen Westländer allmählich wissen — England, wo es den Leuten «niemals so gut ging wie jetzt», Westdeutschland mit seinem «Wirtschaftswunder» und nicht zuletzt unsere Schweiz, die in ihrem Wohlleben fast erstickt. Vor allem sollten es sich die Christen gesagt sein lassen, die in erster Linie die Aufgabe haben, die Welt zu verändern, und zwar durch die Schaffung einer eigenen, der Botschaft Jesu gemäßen gesellschaftlichen Lebensform, die dem Dynamismus der kommunistischen Bewegung überlegen wäre. Aber wie steht es damit? Lateinamerikanische Studenten, so schreibt Shaull, haben

[1] Ich habe vergeblich versucht, das 1955 erschienene und offenbar vergriffene Buch aus den Vereinigten Staaten zu bekommen, und muß es deshalb nach «The Plough» (Nr. 4/1959), der Vierteljahresschrift der Bruderhofgemeinschaften, zitieren.

manchesmal gesagt: «Euch Protestanten scheint nur daran zu liegen, die Menschen dazu zu bringen, daß sie das Rauchen, Trinken und Tanzen aufgeben; wenn aber die Kommunisten zu uns reden, so sprechen sie davon, daß man die Hungrigen speisen, die Unwissenden lehren und der Ausbeutung und Ungerechtigkeit ein Ende machen müsse.» Das Wesen des christlichen Glaubens als der Offenbarung von Gottes Willen für uns und die Welt muß, wie der Verfasser aufs stärkste betont, notwendigerweise einen bestimmten Lebensstil in der christlichen Gemeinschaft hervorbringen. Das verlangt nicht nur die Aufstellung einer Reihe von strengen sittlichen Regeln, sondern die Schaffung einer allumfassenden neuen Lebensform, die sich radikal von dem Leben der bestehenden Gesellschaft unterscheidet und gerade darum die von den revolutionären Bewegungen unserer Zeit gestellten Probleme lösen hilft.

Genau zum gleichen Schluß kommt ein anderer Amerikaner, Jacques Ellul, der in seinem Buch «The Presence of the Kingdom» («Die Gegenwart des Reiches») dem bürgerlichen und dem kommunistischen Lebensstil den christlichen Lebensstil entgegensetzt: «Wenn wir das Leben der Christen in unseren Kirchen anschauen, so bemerken wir sicher, daß sie gute Söhne, Väter, Gatten, Arbeitgeber und Arbeiter sind; . . . sie haben viele individuelle Tugenden — aber sie haben keinen Lebensstil, oder vielmehr, sie haben genau denjenigen, der ihnen von ihren soziologischen Umständen aufgedrängt worden ist, das heißt von ihrer Gesellschaftsschicht, ihrem Volk, ihrer Umgebung und so fort. Ihr Lebensstil wird nicht von ihrer geistigen Haltung bestimmt, sondern von ihren politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen . . . Vielen Christen wird es aber gegenwärtig vollauf klar, daß das ein unerträglicher Zustand ist und daß er, falls er fortdauern darf, den völligen Zusammenbruch der westlichen Kirchen vorbereitet.» (Nach «The Plough».)

Die Warnung könnte nicht ernster, nicht besser begründet sein. Hören wir sie? Helfen wir mit, der riesenhaften Revolution, die mit der Gewalt eines Naturereignisses in unsere Welt einbricht, diejenige Gestalt zu geben, die vor dem christlichen Gewissen und damit auch vor einer wirklich freiheitlichen Sinnesart bestehen kann?

11. März. *Hugo Kramer*

Die Gemeinde

Das erste Kind des Heiligen Geistes ist die *Gemeinde*.
Am Pfingsttage ist die Gemeinde entstanden.

Diese Behauptung scheint insofern nicht ganz richtig zu sein, als wir ja von der Gemeinde geredet haben, die sich um *Jesus* gebildet hat, und auch die Verheißung vernommen haben, die er ihr gegeben. Es gilt aber zu unterscheiden zwischen der freien Gemeinde Jesu, die mit ihren fließenden Formen mit dem Reiche Gottes und seinem Träger unmittelbar gesetzt ist, und zwischen der *Gemeinde als Organisation*, im weitesten Sinne des Wortes. Von dieser letzteren sagen wir, daß sie das Erstlingskind des Heiligen Geistes und zu Pfingsten entstanden sei. Es wird berichtet, daß unter dem Eindruck des Pfingstwunders und der es erläuternden Rede des Petrus auf einmal dreitausend Menschen sich zu der Gemeinde der Apostel und der andern Jünger und Jüngerinnen gesellt hätten und damit ein dauerndes Organ der Sache Christi zustande gekommen sei.

Dieses Ereignis hat im Besonderen seine unabsehbar gewaltige geschichtliche Bedeutung und ist eine Revolution ohnegleichen. Auch die Gemeinde ist eine *Überraschung*, ein Wunder, eine neue Schöpfung. Wir finden weder vorher noch nachher in der Geschichte etwas, das ihr gliche. Was wir Analoges im Heidentum finden, sei's im antiken, sei's im späteren, bis auf diesen Tag, ist höchstens ein Schatten davon.

Das wird klar, wenn wir Sinn und Wesen dieser Gemeinde verstehen. Sie ist, ganz allgemein ausgedrückt, die letzte und höchste Gemeinschaft von Menschen, die Gemeinschaft in Gott, genauer in Christus, oder noch genauer: in Jesus, den sie als Christus (= Messias) bekennen. Es muß aber, um Sinn und Wesen dieser Gemeinde zu charakterisieren, sofort noch ein weiteres, wesenhaftes Merkmal hervorgehoben werden: Es ist eine *demokratische* Gemeinschaft. Mit andern Worten: *Der Geist wird in ihr demokratisch*. Das ist eine gewaltige Tatsache und ist eine gewaltige Revolution. Die Gemeinde ist damit die Erfüllung des Alten Bundes. Im Alten Bund erscheint der Geist im allgemeinen, Ausnahmen abgerechnet, als ausschließliche Gabe an die Männer Gottes, besonders an die Propheten. Aber es erhebt sich schon im Alten Testamente die Weissagung, daß dieses besondere Vorrecht der Propheten eines Tages eine allgemeine Gabe werde. Diese Verheißung ist bei Moses mehr noch Sehnsucht mit geringer Erfüllung (vgl. 4. Mosis 11, 29), bei Jeremia wird sie zur klaren Voraussage (vgl. Jeremia 31, 31 ff.). Und bei Joel nimmt sie jene Gestalt an, auf welche sich Petrus in seiner Pfingstrede beruft: «Und nach diesem wird es geschehen. daß ich meinen Geist ausgieße über alles Fleisch; und eure Söhne und Töchter werden weissagen, eure Greise werden Träume träumen, und eure Jünglinge werden Gesichte

sehen. Auch über die Knechte und über die Mägde will ich in jenen Tagen meinen Geist ausgießen» (Joel 2, 28—29).

Was hier geweissagt ist, das ist in Pfingsten erfüllt. Wir drücken das Gewaltige, das damit geschehen ist, am deutlichsten aus, wenn wir sagen: *Die Prophetie ist nun aus einer Sache einzelner eine allgemeine Sache geworden. Jeder Jünger bekommt den prophetischen Geist.* Damit wird der prophetische Geist demokratisiert. «Keiner muß mehr zum andern sagen, kein Bruder zum andern: ‚Erkenne den Herrn!', sondern sie werden ihn alle erkennen, groß und klein» (Jeremia 31, 31 ff.). Mit andern Worten: *Die Unmittelbarkeit des Verhältnisses zu Gott ist jedem Menschen gegeben* und damit die Demokratie im Tiefsten gegründet.

Das ist, in dieser Beziehung, der ungeheure Sinn des Pfingstereignisses. Es ist, auf einer bestimmten Linie, die tiefste *Befreiung*, die in der Geschichte eingetreten ist. Sie tut sich besonders durch das Zungen- und Sprachenwunder kund: durch die selbständige Zeugnisrede jedes Gliedes der Gemeinde, von der Petrus bloß ein Vertreter ist. Denn in der Fähigkeit zur *Rede* tritt vornehmlich der Geist hervor. Der Geist ist *Wort. Selbständige Rede ist letzte und tiefste Demokratie.*

Verfolgen wir, besonders auch unter diesem Gesichtspunkt, die neue Schöpfung, die Gemeinde, in die Geschichte der Sache Christi und damit auch in die Weltgeschichte hinein.

Wir treffen zunächst die Gemeinde in *Jerusalem* an, dieses besondere Wunder, von dem sofort Genaueres zu sagen ist, und wenden von dort aus den Blick auf die Gemeinden, welche besonders durch die Predigt des *Paulus* in der weiten Juden- und Heidenwelt entstehen. Es ist eine demokratische, ja kommunistische Gemeinschaft. Diese verbindet Elemente, die sonst nie sich zu wirklicher Gemeinschaft gefunden haben: Reiche und Arme, Herren und Sklaven, Gerechte und Sünder, Männer und Frauen, Juden, Griechen und Barbaren. Es gibt zwischen ihnen keinen Unterschied des Wertes. Sie sind vollkommen gleichberechtigt und gleichwürdig, vor Gott und voreinander selbst. So wie Paulus sagt: «Denn alle seid ihr Söhne Gottes durch den Glauben an Christus Jesus. Denn so viele ihr auf Christus getauft seid, habt ihr Christus angezogen. Da ist weder Jude noch Grieche (weder Beschneidung noch Vorhaut, weder Barbare noch Skythe), weder Sklave noch Freier; da ist nicht Mann noch Frau. Denn alle seid ihr eins in Christus Jesus» (vgl. Galater 3, 26—28 und Kolosser 3, 11). Das ist etwas Neues unter der Sonne, ein unerhörtes Wunder. Hier ist, was einst als die Losung von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Flammen aus der Welt auflodern wird, in wunderbarer Klarheit, Einfachheit und Selbstverständlichkeit verwirklicht. Gott der Herr ist zum Vater geworden.

Hier entspringt aus dem Gottesberg die tiefste und reinste Quelle der Freiheit und der Gemeinschaft zugleich.

In dieser Gestalt geht die Gemeinde in die alte Welt hinein und schafft in aller Stille, während diese alte Welt zerfällt, die neue. Sie wird zur Hoffnung und zum Sammelpunkt des *Volkes*, der Entrechteten und Entwurzelten, «ein großes Licht des Volkes, das in Finsternis und Schatten des Todes sitzt», aber zum Lichte strebt.

Freilich teilt auch die Gemeinde, diese neue Gemeinschaftsform des Reiches Gottes, das Gesamtlos desselben, gilt auch von ihr, was vom Heiligen Geiste gilt: Aus der Gemeinde wird im Laufe der Jahrhunderte, durch das Erlöschen des Geistes und das Zurücktreten des Reiches Gottes, die *Kirche*. In der Kirche wird die Demokratie zur Klerokratie (Herrschaft des Klerus), die Inspiration weicht dem Dogma, und das allgemeine Priestertum, das zur allgemeinen Prophetie gehört (vgl. 1. Petrus 2, 9—10), wird zum Berufspriestertum einiger weniger. Die Unmittelbarkeit des Verhältnisses zu Gott geht an die Autorität verloren, und mit alledem verwelken Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Aber auch die Gemeinde läßt sich nicht umbringen, so wenig als der Geist. Sie geht, mit diesem verbündet, neben der Kirche her. Sie wird Sache der Revolutionäre: der *Ketzer*. So tritt sie in den Waldensern auf. So in den Wickleffiten, Hussiten und Täufern. Aber auch in der offiziellen Reformation des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, ganz besonders in der Zürcher und Genfer Reformation, während sie in der Wittenbergischen an den Staat und an das Fürstentum verloren geht. Von Genf aus wird sie eine Trägerin auch der politischen Freiheit und Demokratie. Das kirchliche Gemeindeprinzip geht in das politische über. Die Gemeinde des allgemeinen Priestertums, diese Urform der Demokratie, flößt der angelsächsischen Welt weitgehend ihren Geist ein. Die Autonomie der Gemeinde gegen den Staat wird zum verkörperten Protest gegen Gleichschaltung und totalen Staat, die Freiheit der Söhne Gottes zur Freiheit des Bürgers. Und wir beobachten heute eine Entwicklung, welche als Föderalismus die Gemeinde in einem weiteren Sinne zur organischen Zelle einer neuen Welt des Rechtes und der Freiheit, wie der wahren Gemeinschaft, machen will.

Die Gemeinde geht so als schöpferische Unruhe der Freiheit und ewige Sehnsucht nach Bruderschaft durch die Geschichte. Immer wieder flammt sie in revolutionären Gestaltungen auf. Am schönsten wohl im Tabor der Hussitenbrüder; mit schwerem Irrtum vermischt, wenn auch nicht in dem Maße, wie die entstellende übliche Darstellung vorgibt, in der Täufergemeinde von Münster; unter einer mehr politisch-sozialen Form, aber ebenfalls in blutiger Tragödie endend, in der Kommune von Paris.

Aber alle diese großartigen und unendlich schöpferischen Verwirklichungen, wie all diese verirrte Sehnsucht, stammen von Pfingsten ab und von seinem Erstlingskind: der Gemeinde.

Aus: Leonhard Ragaz. «Die Bibel — Eine Deutung», Band VI

Vom religiösen Sozialismus in Amerika und dem Fall Uphaus

Vor hundert Jahren drohte die scheinbar festgefügte Union der Staaten von Nordamerika auseinanderzufallen. Rund eine halbe Million von Bürgern schlachteten einander in einem erbitterten Bruderkrieg ab. Die südlichen Staaten trugen den Hauptteil der Verwüstungen an Natur- und Sachwerten.

Worum handelte es sich in diesem Kriege? Die Ursachen liegen weit zurück in der Zeit vor der Befreiung der ursprünglich britischen Kolonien von ihren Oberherren in London im Jahre des Heils 1776.

Im Jahre 1618 wurde der englischen Handelsgesellschaft «The Royal African Company» das Monopol für den Sklavenhandel zwischen der afrikanischen Goldküste (heute das selbständige Ghana) und den britischen Kolonien in Nordamerika erteilt. Die Kolonisten jedoch wollten nichts von Sklavenwirtschaft wissen. Virginia, Massachusetts und später Georgia verboten gesetzlich deren Einführung. Agenten des «Britischen Komitees für Ueberseeplantagen» versuchten, den Kolonisten klarzumachen, daß sie ohne die Hilfe von Sklavenarbeit nicht existieren könnten. Als das nicht half, ging die Britische Krone mit Gewalt vor und verfügte die Aufhebung aller gegen die Sklaverei erlassenen Gesetze. Nach der Befreiung behielten die Plantagenbesitzer im Süden ihre Sklaven, während im vorwiegend Handel und Industrie treibenden Norden das Sklavenhalten zwar nicht verboten, doch nicht allgemein geübt wurde.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts erwarb (und zum Teil eroberte) die Bundesregierung ausgedehnte Territorien im Westen und Südwesten, wie Kalifornien, Utah, Neu-Mexiko und andere. Die Nordstaaten verlangten, daß in diesen Gebieten die Sklaverei verboten werden sollte. Dagegen begehrten die Südstaaten leidenschaftlich auf und drohten mit Absplitterung. Im Februar 1861 gründeten sie den Bund der «Confederate States of America». Zwei Monate später feuerte der Staat Süd-Carolina auf das von nördlichen Soldaten besetzte Fort Sumter. Das war der Auftakt zum allgemeinen Losschlagen. Genau vier Jahre später, am 9. April 1865, legte der Süden erschöpft die Waffen nieder und ergab sich beim Dorfe Appottomax in Virginia den Siegern. Die Union war gerettet.

Wir schreiben zurzeit 1960. Im kommenden Jahr jährt sich der Tag des Kriegsbeginns zum hundertsten Male. Nach einem Bericht der Neuyorker Wochenschrift «The Nation» ist schon heute die Bundesregierung damit beschäftigt, das Jubiläum des Krieges im Kolossalstil vorzubereiten. Sie und die einzelnen Staaten, auch die damals besiegten, haben Millionen bereitgestellt, um diese Feier «zur längsten, kostspieligsten, geschichtsgetreuesten Wiederinszenierung dieser Volkstragödie zu machen, wie es bisher in der Geschichte zivilisierter Völker noch nicht vorgekommen ist».

Schon während des Krieges, im Januar 1863, hatte Präsident Lincoln feierlich die Emanzipation der Negersklaven erklärt und weise Nachkriegspläne für ihre Einordnung in die Gesellschaft der Weißen ausgearbeitet. Wenige Tage nach Kriegsende wurde er ermordet. Eine geordnete «Rekonstruktion» wurde dadurch verhindert. Allgemeines Chaos war die Folge. Die übermütigen Sieger erzwangen sogleich für alle Neger gleiche Rechte, auch das Wahlrecht. Menschen, die ohne irgendeine Schulung ihr Leben auf Baumwollfeldern verbracht hatten, sollten auf einmal ihre Stimme für Volksvertreter und Gesetze abgeben. Das Aufkommen des maskierten Ku-Klux-Klan mit seinem Terror und Lynchmorde waren die Folge. Geschichtsprofessor Henry Steele Commager von der Columbia-Universität in Neuyork schrieb darüber: «Die Periode des Aufruhrs und Zwistes in der Zeit bis 1877 war eine beklagenswerte Tragödie. Wie viel besser wäre es dem Lande ergangen, wenn, wie Lincoln geplant hatte, die Abschaffung der Sklaverei etappenmäßig vorgenommen worden wäre und die Sklavenhalter angemessene Entschädigung erhalten hätten. Das hätte den Negern Zeit zu ihrer Eingewöhnung gegeben, die Gemüter besänftigt und der Nation 600 000 kraftvolle junge Männer gerettet, die bei den Unruhen ihr Leben verloren . . ., dazu dem Süden den ungeheuren Ruin, der ihn noch heute verkrüppelt, erspart. Ein planmäßiger, durch sittlichen Antrieb geleiteter Neubau würde beide Teile vor dem Absinken ins Vulgäre und in die Roheit bewahrt haben, die das dem Kriege folgende «vergoldete Zeitalter» des hemmungslosen Geldraffens charakterisierte.

Die positive Seite des Krieges sieht der Professor folgendermaßen: «Der Sturm hat die Nation von Schlacken gereinigt und zu einem großen Ganzen zusammengeschweißt, was ein sanfteres Verfahren nicht vermocht hätte.» Im Aufzählen der Heldentaten auf beiden Seiten überkommt ihn der romantische Rausch, der von jeher Mann und Roß befähigt hat, für ein Ziel, edel oder gemein, Legionen zu vernichten und selber «den schönsten Tod, den auf dem Felde der Ehre» zu sterben. Er schließt seine Betrachtung mit den Worten: «Es war ein Epos, das wieder und wieder erzählt werden wird.»

Es scheint, daß die heutige Regierung mit ihrer Jahrhundertfeier bezweckt, sich selbst und das Volk zurück in den schwärmerischen Rausch von 1861 zu zaubern, zwar mit dem melancholischen Unterton, daß solche Zeiten für immer versunken sind. Für den «Knopfdruckkrieg» des Atomzeitalters muß eine neue Romantik erfunden werden.

Schon während des Krieges hatte sich der industrielle Aufschwung der «Neuen Welt» angebahnt. Im ersten Jahrzehnt danach wurden 20 000 Meilen Eisenbahnschienen transkontinental über Ebenen und Berge gelegt, von Stadt zu Stadt Telegraphen- und Telephondrähte gezogen, der Ozean von Kabeln durchquert, Kohlen, Elektrizitäts- und Erzbergwerke, Ölraffinerien, Webereien, Mühlen und Schlacht-

höfe mit neu-patentierten Maschinen versorgt. Giganten technischen Erfolges, die wie Pilze aus der Erde schossen: Carnegie, der Eisen- und Stahlmagnat, Rockefeller, der Petroleumriese, Vanderbilt, der Eisenbahnkönig, Armour und Swift, die Herren der Schlachthöfe und über allen die Lenker der Banken um Pierpont Morgan und Genossen, die das Ballspiel der Millionen von Dollars dirigierten und durch Spekulation aufbliesen, verschafften den Vereinigten Staaten den Namen des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten. Die erste große Weltausstellung in Chicago im Jahr 1893 entfaltete ihre Wunder vor den erstaunten Augen der Besucher aus allen Kontinenten. «Europamüde» strömten zu Hunderttausenden in «das Land der Zukunft». Sie wurden dringend gebraucht und ohne Umstände im großen «Schmelztiegel» aufgesogen. Für politisch und religiös Verfolgte war Amerika von jeher das Land der Freiheit gewesen.

Doch die gesegnete Freiheit bekommt eine grausame Kehrseite, wenn Geld nicht nur durch Tüchtigkeit und redlichen Fleiß, sondern durch ungehemmtes Über-Leichen-Gehen erworben werden darf. Millionen, die durch die Freiheit des Ellbogens aufgehäuft sind, werden zum Fluch. Das mußten skrupellos ausgenutzte Einwanderer zusammen mit ihren Kameraden, den einheimischen Industriearbeitern, die sie als Lohndrücker verwünschten, erfahren. Menschenopfer, unerhört, fielen unter diesen Zuständen. Warnende und anklagende Stimmen erhoben sich aus den Reihen von Volkswirtschaftern, wie Henry George, Demerst Lloyd, George Bellamy. Jane Addams begann ihr segensreiches Hilfswerk im Jahre 1889 in den Slums von Chicago. Die Kirchen übten ihre traditionelle Wohltätigkeit, hüteten sich aber, die Wurzel des Übels anzutasten und auf Änderung des Systems zu dringen. Ihre Aufgabe, so meinten sie, war, die Seelen auf das Ewige zu lenken und das Zeitlich-Weltliche der Obrigkeit zu überlassen. Doch gegen Ende des Jahrhunderts traten prophetische Geister auch unter Kirchenmännern auf und machten sich «unangenehm» bemerkbar, unter ihnen Baptistenpfarrer Walter Rauschenbusch, Freund von Leonhard und Clara Ragaz, und Pfarrer George D. Herron, der eine sozialistische Gruppe für angewandtes Christentum führte. «Zurück zu Jesus!» war ihre Losung, die sie durch Wort und Schrift und Tat verkündeten. Doch sie blieben Einzelgänger, bis sich etwas ereignete, was die Allgemeinheit aufschreckte, wie nichts zuvor.

Im Jahre 1906 erschien Upton Sinclairs Buch «Der Dschungel». Es enthüllte der Öffentlichkeit den Sumpf der Chicagoer Schlachthöfe mit ihrem grauenvollen Unrat, ihren durch die Umstände entmenschten Arbeitern. Wir erleben die Geschichte eines jungen, liebenswerten Einwandererpaares aus Litauen und seine im Räderwerk solchen Betriebes körperliche und seelische Zermalmung. Das Buch schlug ein wie eine Bombe und erweckte die Erkenntnis, wohin die «goldene Freiheit» führt, wenn sie sich, ungehemmt durch gesetzliche Fesseln, austoben darf. Es veranlaßte Präsident Theodore Roosevelt,

im heftigen Kampf mit den Großverdienern Verordnungen und Gesetze zur Regelung der Lebensmittelindustrie durchzusetzen und durch Antitrustgesetze die hemmungslose Erwerbsgier von nebenbei kirchentreuen Kraftmenschen einzudämmen.

Auch in das Allerheiligste der Kirche schlug die Bombe ein. Der Methodistenkirche gebührt der Ruhm, sich mit ihrem «sozialen Glaubensbekenntnis» zuerst auf wirtschaftliches und politisches Gebiet gewagt zu haben. Auf der Generalversammlung von 1908 wurde beschlossen, daß die Kirche die Pflicht hat, für gleiche Rechte und gleiche Rechtsprechung für alle Menschen einzustehen, ferner für den Schutz der Familie, für Regelung der Frauenarbeit, gegen Kinderarbeit und Alkoholismus, für auskömmlichen Lohn und das Recht des Arbeiters, durch Gewerkschaften für seine Menschen- und Bürgerrechte zu kämpfen. Sie stellt fest, daß Eigentum verpflichtet und Ausbeutung Sünde ist.

Aus dem «Sozialen Glaubensbekenntnis» reifte ein umfangreiches Erziehungs- und Wohlfahrtswerk der Kirchen auf dem Grundsatz, für sozial-gerechte Zustände zu arbeiten, die Almosen, wo möglich, überflüssig machen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde auch der Kampf gegen den Krieg in das Bekenntnis gefügt. Zu allen politischen Krisenzeiten sind grundsatztreue Kirchenmitglieder belästigt und verfolgt worden.

Zu solchen gehört heutzutage Dr. Willard Uphaus, ein tätiges Laienmitglied der Methodistengemeinde in New Haven, Connecticut. Seine Lebensgeschichte ist einfach und gerade, wie es der ganze Mensch ist. Er wurde 1890 in einem Farmhaus im Staate Indiana geboren. Die Großeltern Uphaus waren aus Preußen in Amerika eingewandert, die Großeltern mütterlicherseits aus Weinheim in Baden. Als Knabe half er den Eltern bei der Landwirtschaft. Er wollte Religionslehrer werden, machte seinen Dr. phil. an der Yale-Universität in Connecticut und unterrichtete an Volks- und Hochschulen, bis ihm 1934 das Amt des Generalsekretärs an der «National Religion and Labour Foundation» angeboten wurde, einer Stiftung mit dem Ziel, dem Industriearbeiter durch materielle Hilfe in Nöten beizustehen, ihm Bildungsmöglichkeiten zu bieten und ihm, dem der Religion Entfremdeten, zu zeigen, daß er in den Propheten des Alten und Neuen Testaments seine besten Helfer und Fürsprecher hat. Dies alles in Fühlung mit den Arbeiter-Gewerkschaften. 16 Jahre wirkte Willard Uphaus in diesem Amt, bis ihm im Herbst 1950 unerwartet gekündigt wurde. Wie kam das?

1950! Das Jahr, da im Juni amerikanische Bomben auf die Dörfer Nordkoreas fielen, und hernach die Vereinten Nationen den Krieg als ihre Polizeiaktion übernahmen. Im Frühling des gleichen Jahres hatte Uphaus an einer großen Friedensaktion in Neuyork mitgewirkt, auf der rund 1000 Männer und Frauen, an der Spitze Quäker, Pfar-

rer, Lehrer, Landwirte, Gewerkschafter nach friedlichen Alternativen für den drohenden dritten Weltkrieg suchen wollten. Es war dies ein erstmaliges Sichaufraffen der Friedenskräfte in den USA. Die Kriegskräfte sahen sich bedroht und setzten die Namen der Organisatoren, darunter Willard Uphaus, auf die Liste der Umsturzverdächtigen. Furchtlos folgte er im Herbst des gleichen Jahres dem Drang seines Herzens, an einem Weltfriedenskongreß in Warschau teilzunehmen. Nach der Lage der Dinge wurde dieser vornehmlich zu einer erschütternden Solidaritätskundgebung für das Volk von Nordkorea. Alle Teilnehmer, die ich hörte, bezeugten, daß sie das Herz der Menschheit pulsen fühlten, als die koreanische Abgeordnete spontan von zwei Männern auf die Schultern gehoben, unter endlosem Jubel durch den Saal getragen wurde. Einer kleinen Gruppe der Kongreßteilnehmer wurde die Gelegenheit geboten, einen kurzen Abstecher nach Moskau zu machen, um dort Worte des Friedens zu wechseln. Willard Uphaus war darunter. Als er von seiner Ferienreise zurückkehrte, fand er seinen Kündigungsbrief vor.

Seine Stellenlosigkeit benutzte er dazu, Friedensgruppen zu gründen und zu ermutigen. Im nächsten Jahr bot sich die Möglichkeit, Menschen zu einem «Friedenskreuzzug» in Chicago zu sammeln. 6000 Menschen aus allen Himmelsrichtungen, manche von weit aus dem kalifornischen Westen und dem atlantischen Osten, kamen an. Ich sah Familien mit Kindern, Säuglingen im Körbchen, die sich durch «tramping» die Kosten der Reise vermindert hatten, alle begeistert, trotz der Polizeikolonne, die den Versammlungsort umringte und sich die Lizenznummern der ankommenden Autos notierte. Es war ein großes Erlebnis. Das waffenlose Volk begehrte auf gegen die Waffengewaltigen, die ihm drohten, nach ihrem Belieben über sein Leben zu verfügen. Es war ein Gruß an die ganze Welt, die gleichsam bedrohte!

Nicht lange danach, im Jahre 1952, wurde Willard Uphaus und seiner Frau Ola das Angebot gemacht, die Leitung des Sommerferienheims «World Fellowship» (Weltbruderschaft) im Staate New Hampshire zu übernehmen. Frau Ola hatte vor ihrer Ehe 17 Jahre als Missionslehrerin in China gearbeitet. Das Ferienheim war im Jahre 1940 von dem Ehepaar Charles und Eugenia Weller gegründet worden, beide verdienstvolle Wohlfahrtsarbeiter in Chicagos Slum-Vierteln, daneben Dichter und Schriftsteller.

Gelegentlich der zweiten großen Weltausstellung in Chicago hatte Charles Weller mit einem indischen Freund eine gleichzeitig tagende Konferenz von Vertretern religiöser und philosophischer Bekenntnisse aus aller Welt organisiert. Es war ein grandioses Unternehmen. 355 geistige Führer aus allen fünf Erdteilen, Männer und Frauen nahmen von ihrem Gesichtspunkt aus Stellung zur Welt-Wirtschaftskrise, Sozialismus versus Kapitalismus, Stellung der Frau, Krieg und Frieden usw. In einem Buch von 986 Seiten, betitelt «World Fellowship of Faiths» hat Charles Weller die bedeutendsten Reden, geistreich kon-

densiert gesammelt, der Nachwelt aufbewahrt. Sie enthalten Schätze prophetischer Weisheit, für alle Zeiten gültig.

Erfüllt von dem Erfolge seines Unternehmens suchte Weller den gewonnenen Weltkontakt fortzusetzen. Eine günstige Konjunktur ermöglichte ihm, ein großes Stück Land am Fuße der Weißen Berge in New Hampshire zu erwerben und die darauf befindlichen ländlichen Gebäude brauchbar für ein internationales Ferienheim herzurichten. Eine bunte Gesellschaft weißer, gelber, brauner, schwarzer Hautfarbe versammelte sich alljährlich zwischen Juni und September auf dem Wald-, See-, Wiesengelände zu Spiel und Sport, Ausflügen in die Berge, und des Abends zu Kunstdarbietungen und Vorträgen über die Weltprobleme, von Prominenten und Amateuren dargeboten.

Das blühende Unternehmen konnten die Wellers mit Vertrauen dem Ehepaar Uphaus übergeben, als sie sich im Jahre 1952, beide in den Achtzigern, zur Ruhe setzten. Mit Begeisterung gingen die neuen Leiter ans Werk, als im September 1953 plötzlich ein Angriff auf Dr. Uphaus in der führenden Tageszeitung von New Hampshire erfolgte. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde er als Kommunist verdächtigt. Im Juni 1954 mußte er im Büro des Generalstaatsanwaltes einer Inquisition von drei Stunden standhalten. Freimütig gab er Auskunft über alle Einzelheiten seines Lebens und Wirkens, legte die Bibel und das methodistische Glaubensbekenntnis auf das Pult des Inquisitors und erklärte, daß er aus diesen Quellen die Leitsätze seines Lebens schöpfe, nicht aus Washington oder Moskau.

Die Sommersaison 1954 verlief harmonisch und unbelästigt. Die Zahl der Gäste war um hundert größer als im Vorjahr. Da erfolgte im September der zweite Schlag. Der Generalstaatsanwalt verlangte, daß Dr. Uphaus die Liste seiner Gäste einreiche. Dies verweigerte er aus Gewissensgründen und als Eingriff in seine verfassungsgemäß gewährten Freiheitsrechte. Darauf brachte der Generalstaatsanwalt den Fall vor das Gericht von New Hampshire. Es stellte das gleiche Ansinnen und erfuhr die gleiche Abweisung. Darauf verurteilte es Uphaus zu Gefängnis solange, bis er die verlangte Liste einreiche, was so viel wie auf Lebenszeit bedeutete. Das Oberste Gericht von New Hampshire bestätigte im Berufungsentscheid das Urteil des ersten Gerichts, das heißt zwei der fünf Richter, also die Minorität, erklärten sich für Freisprechung. Doch die Majorität gibt den Ausschlag. Darauf Berufung an das Oberste Bundesgericht in Washington. Einstimmig erklärte es sich für Freisprechung. Doch der Generalstaatsanwalt ließ sein Opfer nicht los. Er nahm ein New-Hampshire-Staatsgesetz von 1951 in Anspruch, das während der McCarthy-Zeit angenommen und gegen Umstürzler gerichtet war. Die Sache ging von vorn los bis ans Gericht in Washington. Dieses Mal erklärten sich fünf der neun Richter, also die Majorität, für Verurteilung, vier für Freisprechung.

Seit dem 15. Dezember letzten Jahres sitzt der 69jährige Menschheitsfreund hinter Schloß und Riegel, keines andern Verbrechens

schuldig, als für die *eine Welt* gearbeitet zu haben, ohne deren Erfüllung das Menschengeschlecht zur Selbstvernichtung verdammt ist. Wenn ihm das Gericht eine Begrenzung des Urteils auf ein Jahr zugebilligt hat, so ist diese «Milde» wohl dem Umstand zu verdanken, daß sich ein Sturm von Protest im ganzen Lande erhob. Von Freunden und Fremden wurde er mit Briefen und Gaben überschüttet. Die Presse von der größten bis zur kleinsten Tageszeitung ging einig in der Verdammung dieser Vergewaltigung der Freiheitsrechte. Voran die «New York Times», die zwei Artikel brachte. Die «Washington Post» nannte das Urteil «the shame of New Hampshire». Die Neuyorker «The Nation» brachte kürzlich eine allgemeine Verurteilung der Inquisition von New Hampshire. Alle diese Sympathiekundgebungen erleichtern natürlich dem Gefangenen den Raub von Licht, Luft und Freiheit. Seine Besucher finden ihn strahlend, guten Mutes und getröstet. Augenblicklich läuft ein Gnadengesuch auf Entlassung. Wir müssen hoffen, so schwach die Hoffnung angesichts der Art seiner Verfolger auch ist.

Aus Gründen des Raummangels kann ich leider keine Auszüge aus Schriften von Willard Uphaus geben, um sein Wesen zu kennzeichnen. Nur ein paar Sätze möchte ich anführen, die seine Arbeit für World Fellowship und die Art und Weise seiner Verteidigung charakterisieren.

«In World Fellowship wollen wir uns nicht aus der Welt zurückziehen, sondern sie aus erweiterter Perspektive betrachten. Unser ernstes Sinnen zusammen mit verwandten Seelen über die höchsten geistigen, sittlichen und ästhetischen Werte, unsere Ehrfurcht vor dem Erhabenen über uns, stehen nicht im Widerspruch zu unsern sozialen Idealen, die uns zu Taten für ihre Verwirklichung treiben. Wir suchen nach einem Sinn unseres Lebens, der uns Leitstern für unser Handeln sei . . . Zu einer Zeit und in einer Welt, die fromme Worte für Bruderschaft und Demokratie hat, aber tatsächlich bösartige Schranken zwischen Mensch und Mensch aus Gründen der Rasse oder der politischen Überzeugung aufrichtet, steht das Tor von World Fellowship allen denen offen, die ehrlich nach Wahrheit und Freundschaft suchen.»

«Man stellte an mich das Ansinnen, als Angeber zu dienen, das heißt, mich einer der erniedrigendsten Handlungen schuldig zu machen, . . . die unschuldige Menschen, die zu World Fellowship auf Ferien, zum Ruhen und zu gegenseitiger Aussprache über die brennendsten Menschheitsfragen kamen, in Bedrängnis bringen würden, oder noch schlimmer, sie der Beschimpfung oder sogar dem Verlust ihres Broterwerbs aussetzen könnten.

Ich sagte «Nein» auch, weil ich mich andern verbunden fühlte, die im gleichen Kampf wie ich stehen. Hätte ich nachgegeben und damit mein legitimes Recht auf Meinungsfreiheit erweicht, so würde ich den heroischen Kampf unserer Negerbrüder um ihr legitimes Recht auf

volle Bürgerschaft geschwächt haben ... *Ich fühle im tiefsten, daß mein Leben nicht mir allein gehört ... Ich gehöre zu meinen bedrohten Brüdern, den weißen und dunkelfarbigen im Süden, die marschieren für die Freiheit, selbst wenn Bomben ihre Häuser zerstören und Kerker und gar Tod ihnen droht. Ich bete um Kraft zum Ausharren. Ich werde nicht wanken.*»

Sollten sich Leser gedrungen fühlen, dem Gefangenen und doch Freien ein paar Zeilen zu senden, auf Deutsch oder Englisch, so bitte an folgende Adresse: Dr. Willard Uphaus, Box 9, Boscawen, New Hampshire, USA. *Alice Herz*

Die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande und das Christentum

Die weltpolitische Lage ist ernst, solange nicht der Wahn atomarer Aufrüstung überwunden und ein friedliches Miteinander und Füreinander der Völker gesichert ist. Weite Teile der Menschheit hungern noch heute und warten darauf, daß an ihnen wieder gutgemacht wird, was eine ausbeutende Kolonialwirtschaft verdorben hat. Die Erde ist klein geworden, und es bedarf überall einer straffen Zusammenfassung aller Kräfte und einer weiten Planung, um die Ernährung der rasch anwachsenden Menschenzahl sicherzustellen.

Mit Riesenprofiten einer kapitalistischen und zum größten Teil der Rüstung dienenden Industrie macht man keine Völker satt, stellt sie nur früher oder später vor den letzten Ruin nuklearer Verseuchung. Das ist in Amerika offenbar, wo bei unermeßlichen Gewinnen der Kriegsindustrie die Farmer um ihre Existenz kämpfen. Im Westen unseres Volkes, der sich der amerikanischen Politik verschrieben hat, beobachten wir mit steigender Sorge das Dahinschwinden der kleineren bäuerlichen Wirtschaften und die immer neue Beschlagnahme von Ländereien für deutsche und ausländische Truppen zu Übungsplätzen und zur Errichtung immer neuer Kasernen, Abschußrampen und anderen Notwendigkeiten einer aggressiven Aufrüstung gegen den Osten. Hunderttausende von Bauern haben ihre Heimstätten und Ländereien verlassen und weitere Tausende sind in den «grünen Plan» mit einkalkuliert. Wie viel wirtschaftliche und innere Not und Gewissensqual ist mit diesem Vorgang verbunden, eine Not und Qual, die den sozialen wie geistigen und ethischen Dienst der Christenheit herausfordert. Doch von einem solchen Dienst ist in den Kirchen des Westens nur wenig zu merken.

In dem östlichen Teil Deutschlands, in der DDR, ist von Anfang an der Landwirtschaft und ihrer Produktion das größte Interesse und die weitgehendste Förderung der Regierung zuteil geworden. Was von den Arbeitern aus den Ruinen des Krieges an industriellen großen

Werten und Erfolgen erarbeitet wurde, ist zu weiten Teilen der landwirtschaftlichen Produktion wieder zugeflossen. Dabei war der Aufbau einer genossenschaftlichen Produktion nicht etwa nur eine sozialistische Idee oder Marotte, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Bei ihrem Aufbau muß ein sehr hohes Maß des Einsatzes und des wirtschaftlichen Ethos gefordert und neu gebildet werden. Den noch selbständigen bäuerlichen Betrieben wurden in der Vergangenheit durch die Maßnahmen der Regierung große Vorteile zuteil. Sie hatten nicht zu klagen und konnten reiche Gewinne buchen und viele andere Berufsstände, insbesondere der Angestellten und Arbeiter überflügeln.

Jedem, der diese parallele Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in dem genossenschaftlichen und privaten Sektor beobachtete, mußte, je länger um so mehr, klar werden, daß die Gesamtlage der Volkswirtschaft unter dem Blickfeld der weltpolitischen Lage zu einer Zusammenfassung drängen werde und das heißt zu einer Großraumwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis, deren Ergebnisse die Sicherstellung der Ernährung in der erstrebten Höhe garantieren könne. — Viele einsichtige Bauern hatten in den vergangenen Jahren bei allem Hängen an persönlicher Wirtschaftsform sich schon dem genossenschaftlichen Denken und Handeln erschlossen und waren Mitglieder der Produktionsgenossenschaften geworden. Wer selbst auf dem Lande unter ihnen wohnt, konnte beobachten, daß bei allen Anfangsschwierigkeiten im Neubau der sozialistischen Wirtschaftsform kein Bauer das Empfinden einer Herabsetzung seiner Person und seines Wirkens oder des Wirkens seiner Familie zu empfinden brauchte — im Gegenteil! Es wächst ein neues Standesbewußtsein aus der sozialen Verbundenheit in der völlig gemeinsamen Verantwortung vor der Gesamtheit des Volkes und seinem geschichtlichen Gang in einem Staatswesen, das grundsätzlich auf privatkapitalistische Nutzung des Bodens verzichtet hat.

Daß bei der vollen Durchführung der genossenschaftlichen Organisation und sozialistischen Umgestaltung mancherlei Unklarheiten und Bedenken zu beseitigen waren und mancher an seiner privaten Wirtschaft hängende Bauer sich in die neuen Zusammenhänge gemeinsamen Wirkens erst hineintastet, der eine leichter, der andere schwerer, ist eine Selbstverständlichkeit. Niemandem aber wird etwas genommen, das nicht im gemeinsamen Planen und Schaffen neu und größer wieder gewonnen wird. Und so manchem ist eine Last abgenommen, die er allein nicht mehr zu tragen vermochte, so wie auch so manche überlastete Bäuerin in dem neuen genossenschaftlichen Leben aufatmen wird. Es ist deshalb unverantwortlich, wenn unter dem Einfluß westlicher Agitation bei einem Strukturwandel der Dörfer von Angst oder Resignation gesprochen worden ist oder gar von «angefochtenen Gewissen». Vielmehr kann es nur die Aufgabe aller und damit auch und nicht zuletzt der christlichen Kräfte der Kirche als Organisation und der Verkündung brüderlicher Gemeinschaft sein,

frohe Tatkraft zur Bewältigung der neuen großen Pflichten zu erwecken und zu stärken. Christliches Bewußtsein ist nicht an kapitalistische Wirtschaftsform gebunden, es kann und muß sich mit gutem Gewissen der neuen Ordnung einfügen, die die Existenz des Ganzen garantiert und helfen wird, das große Gesetz zu erfüllen: «Einer trage des anderen Last».

Der Staat der Arbeiter und Bauern hat auf den Ruinen einer durch den Hitlerkrieg ruinierten Landwirtschaft ein neues Bauerntum aufgebaut und wird auch fernerhin alles tun, um eine friedvolle Entwicklung auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage sicherzustellen. Dazu bedarf er der freudigen Mithilfe aller, auch der Schichten des Bürgertums und der Intelligenz und nicht weniger der Christen, aber nicht einer Kritik, die von falschen Vorstellungen und Voraussetzungen ausgeht.

Ludwig Rodenberg
Mitglied des Deutschen Friedensrates

Versöhnung und Friedensdienst

«Ich aber sage euch: Wer mit seinem Bruder zürnt, der ist des Gerichts schuldig; wer aber zu seinem Bruder sagt: Racha (d. i. Nichtsnutz), der ist des Rats schuldig; wer aber sagt: du Narr, der ist des höllischen Feuers schuldig. Darum, wenn du deine Gabe auf dem Altar opferst und wirst allda eingedenk, daß dein Bruder etwas wider dich habe, so laß allda vor dem Altar deine Gabe und gehe zuvor hin, und versöhne dich mit deinem Bruder, und alsdann komm und opfere deine Gabe.» Matth. 5/22—24.

«Wer seinen Bruder hasset, der ist ein Totschläger.» 1. Joh. 3/15.

Heute wird oft die Frage erhoben: Gibt es noch eine Rechtfertigung für Kriege? Ist Atomrüstung nicht widersinnig, verbrecherisch? Darf man sich als Christ daran beteiligen, oder muß man den Wehrdienst verweigern und vielleicht statt dessen besser, als «Ersatz», Friedens- und Aufbaudienste tun?

Dazu kann zunächst nicht genug betont werden: Eine bloß ablehnende Einstellung zu Gewalt und Krieg genügt nicht, weder für den, der sich auf sie stützen wollte, noch als Zeugnis des Friedens für andere. Eine Verneinung allein kann niemals einen festen Grund für eine Lebenshaltung oder auch nur für eine einzelne Entscheidung abgeben (höchstens für ein Ausweichen vor der Entscheidung). Sie ist aber schon gar nicht geeignet für eine Erweckung der Friedensbereitschaft in anderen. Eine solche Aufgabe — vor die sind wir alle gestellt — erfordert mehr als nur Kriegsdienst verweigern: Nicht Kriegsdienstverweigerer, sondern Friedensbekenner sollte unser Name und damit unser Wesen sein. Das Bekenntnis schließt das Zeugnis ein für das, was man erkannt hat.

Den Frieden bekennen, setzt damit voraus, ihn seinem Wesen und seinen ihm innewohnenden Gesetzen nach erkennen.

Das erste Gesetz ist: Der Friede ist unteilbar. Das gilt für das Herz des einzelnen Menschen genau so wie für die weltweite Politik. Durch die Raketen- und Atomwaffen ist diese Unteilbarkeit nur offensichtlich gemacht; sie bestand an sich schon immer. Spricht man vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so heißt das, daß er nur eine andere Erscheinungsform des selben Grundtatbestandes ist. Das gilt gleichermaßen für Angriffs- wie für Verteitigungskriege. Denn jede Politik — im Gegensatz zu Verwaltung — ist gerichtet auf Vermehrung der Macht und Wirtschaftskraft bzw. deren Sicherung und Erhaltung. Damit schließt sie das uneingeschränkte Streben nach Frieden, wie es oben aufgezeigt wurde, aus.

Die entscheidende Frage geht also nicht dahin, ob atomare Aufrüstung oder nicht, sondern sie lautet für jeden einzelnen: Entweder in Christi Liebe und Frieden Überwindung der seitherigen weltgerichteten Denk- und Lebensweise, und Nächstenliebe gegenüber aller Schöpfung, also auch gegenüber Russen, Juden, farbigen Völkern (Dr. Heinemann: «Christus ist nicht gegen Marx gestorben, sondern für uns alle»; Prof. Weizsäcker: «Feindesliebe ist nicht ein Gebot, sondern Gnade aus dem Evangelium»); oder, wer das nicht will, muß befangen bleiben in der Welt mit all ihrer Not, Angst, Krieg — und Vergänglichkeit auch dessen, was man verteidigen möchte!

Solche Liebe wird große Aufgaben vorfinden, die schon lange ihrer Erledigung harren — unerfüllt bisher: Die Tilgung der noch offenen Schulden.

Erkennt der Friedensbekenner den Krieg insgesamt als Unrecht, so wird er gar nicht erst lange danach fragen, ob andere Mitschuld haben an dem Ausbruch des letzten Krieges, sondern er wird voll Entsetzen und Beschämung sich eingestehen müssen, daß Deutschland ungeheure Schuld auf sich geladen hat, nicht nur dadurch, daß es sich zu einer Politik militärischer Gewalt bekannte, sondern darüber hinaus Exzesse in den besetzten Ländern übte. Jeder weiß heute, daß es sich dadurch sogar die freundlich gesonnenen Ukrainer und andere zu Feinden machte, und daß die Furcht der östlichen Völker (wie auch etlicher westlicher Partner) eben darauf beruht und nicht etwa nur auf Hetzpropaganda von Zeitungen.

Was liegt da näher, als Friedensdienste den Russen, den Polen, Griechen usw. anzubieten, deren Wunden auch im materiellen Bereich noch längst nicht geheilt sind, um in solcher freiwilliger Wiedergutmachung für eine Versöhnung zu wirken! Keiner wende ein, wir hätten Reparationen bezahlen müssen, und Kriegsgefangene seien noch draußen: Was der Gerichtsvollzieher im Auftrag des Geschädigten pfändet, kann niemals die freiwillige und persönlich erbrachte Bußleistung ersetzen. Oder hätten die Siegermächte auch Millionen von Deutschen als Sklaven weggeführt zum Wiederaufbau ihrer Länder, so würde deren Arbeit für die Versöhnung zwischen den Menschen doch nicht einen Bruchteil dessen wert sein, was der freiwillig

dargebrachte Friedensdienst einiger Hundert oder Tausend, die dieses Opfer für ihr Volk auf sich nehmen, bedeuten würde. Sollten diese etlichen Hundert oder Tausend gar in Auftrag und Segen des deutschen Volkes ihr Versöhnungswerk leisten dürfen, so würde das eine unvergleichlich bessere Grundlage für eine Verständigung mit dem Osten bilden als eine neue Aufrüstung im Zeichen der Politik der Stärke.

Sage auch keiner, daß dies möglicherweise nicht im Einklang stehe mit der gegenwärtigen Regierungspolitik und daher unterbleiben müsse: Nichts, was der Versöhnung und dem Frieden der Völker in Christo dient, darf jemals wieder als einer Regierungspolitik widersprüchlich unterbleiben, wenn wir uns nicht neuerdings eines kollektiven Versagens vor dem Herrn, vor der Welt wie aber auch vor uns selbst schuldig machen wollen. Selbst wenn die Politik einer Regierung dem hinderlich wäre, ließe brennende Friedensliebe sich dennoch nicht abhalten, sondern eher nur noch weiter anfachen, gerade auch um des eigenen Volkes willen.

Jedoch weit schlimmer als gegen Russen, Polen usw. hat Deutschland sich versündigt gegenüber den Juden. Mit ersteren befand es sich, völkerrechtlich gesehen, immerhin im Kriegszustand; letztere dagegen wurden meuchlings überfallen, verschleppt, gemordet, dahingeschlachtet ärger als Vieh, in Deutschland und in den besetzten Ländern. Schon nach menschlichen Gesetzen war dies Mord. Für die Christen aber kommt hinzu, daß es sich dabei um ein Verbrechen an Gottes eigenem Volk handelte, das gerade ihnen zur Prüfung gesetzt ist (Röm. 11/11—22). Sein Blut klebt noch an den deutschen Händen und schreit nach Sühne. Sogar an der Jugend wird die Geistesverworrenheit der Älteren offenbar, die sich, abgesehen von Vereinzelten, gar nicht die Mühe machen, sich ernsthaft und aufrichtig Rechenschaft zu geben über die geistige Ursache der Katastrophe; die daher auch der Jugend keine klare glaubwürdige Richtung weisen können, sondern die einfach weitertaumeln wie bisher. Es ist, als ob die auf den Judenhaß angedrohten Flüche (5. Mose 30/7, Jer. 12/17 u. a.) schon zu wirken begonnen haben.

Was also zaudern wir noch? Wer immer die Judenverfolgung als Schändung des Namens Christi, aber auch des deutschen Namens, empfindet, ist aufgerufen zur Umkehr von seiner bisherigen Lauheit oder gar Aversion gegen die Juden, und zur Hinwendung zu diesem Volk in demütiger Versöhnungsbereitschaft. Dies um so mehr, da die arabischen Völker sich als Freunde Deutschlands betrachten gerade auch wegen der Judenverfolgungen und -morde (!), und da jeder einzelne Deutsche von ihnen des deutschen Namens wegen — also ohne Unterschied, ob er NS-Anhänger oder -Gegner war — als persönlicher Freund behandelt wird, sozusagen als Spießgeselle im gemeinsamen Mordplan; und, was das bestürzendste ist: daß deutsche Geschäftsleute heute noch ihre Geschäfte mit Arabern auf diesen Ju-

denhaß gründen und wir alle durch unsere Wirtschaft davon profitieren!

Wir könnten Israel und der Welt einen wahren Friedensdienst erweisen, wenn wir den Arabern durch unsere freiwillige Tat aus einer erneuerten und geläuterten Gesinnung heraus zeigen wollten, daß wir den Judenhaß und -mord unter keinen Umständen mehr als ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte ansehen können, sondern er im Gegenteil uns noch sehr belastet, wie er einst auch sie belasten wird. (Die Restitutionen werden von den Arabern nur als Diktat der Besatzungsmächte betrachtet, nicht als Ausdruck eines Gesinnungswandels des deutschen Volkes).

Noch peinlicher und beschämender war es für mich, in Israel erfahren zu müssen, daß dieses Volk mehr noch als unter den Hitlerschen Massakern darunter leidet, daß es so gut wie nichts von einem Gesinnungswandel oder einem allgemeinen Scham- und Reuegefühl des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit oder wenigstens Mehrheit wahrnehmen kann. Verweise da keiner auf die Restitutionen; denn mit denen wird, im ganzen gesehen, kaum ein Ausgleich geschaffen für die Zerstörungen und «Beschlagnahmen» jüdischen Vermögens (das allein in Deutschland laut Schätzung der Reichsfinanzverwaltung im Jahre 1933 etwa 8 bis 10 Milliarden betrug, wozu natürlich die inzwischen eingetretene Preis- und Wertsteigerung um das zweieinhalb- bis dreifache hinzukommt); außerdem beruhen sie doch nicht so sehr auf dem freien und spontanen Willen des Volkes als auf den Schultern einiger weniger verantwortungsbewußter Politiker. — Mit welcher Hochachtung werden dagegen in Israel die Darmstädter Marienschwestern betrachtet, die zwei ihrer Schwestern zum Dienst dorthin entsandt haben!

So ergibt sich für alle einsichtigen und gutwilligen Deutschen eine Reihe bedeutender Aufgaben, die freilich nicht um politischer Augenblicksvorteile willen zu tun sind, sondern denen wir uns schon um unserer geistigen Erneuerung willen unterziehen müssen. Sie sind also zu sehen unter dem eingangs gebrachten Satz aus der Bergpredigt und aus dem ersten Johannes-Brief (denn in unserem deutschen Namen sind die Verbrechen des Hasses begangen, und wenn wir uns nicht in tätiger Reue und Buße davon reinwaschen, bestätigen wir damit nur die Sünden der Väter und bleiben in Verstocktheit und Haß). Wir müssen diesen Satz aus der Bergpredigt also dahin auffassen, daß uns keinerlei Aufbauleistung, weder auf geistigem, noch auf kulturellem, noch auf materiellem Gebiet, weder auf dem Umweg etwa einer Hilfe in unterentwickelten Gebieten noch unmittelbar in unserem Land, auf die Dauer gelingen wird, auch bei größtem Opferwillen nicht, wenn wir vorher nicht deren Ehre wiederhergestellt und deren Blut gesühnt, das heißt uns mit denen versöhnt haben, mit denen wir gezürnt, die wir beleidigt, verachtet, gefoltert, getötet haben. Tun wir das nicht, werden all unsere andern Opfer nicht angenommen wer-

den, wird unserer Hände Werk vergeblich bleiben müssen, da es dann nicht aus einem gereinigten und geläuterten Herzen kommt. Betrachten wir den wirtschaftlichen Aufschwung nicht als Beweis des Gegenteils, auch nicht in falscher Selbstgerechtigkeit als billigen Ausgleich dafür, daß wir den Krieg verloren haben — wer so denkt, rechtfertigt ihn! — sondern als eine Gabe, die uns leichter in Stand setzt, begangenes Unrecht gutzumachen. Oder meint da einer im Ernst, ein Haus des Friedens und des Wohlstandes aufbauen zu können mit blutbefleckten Händen; aufbauen zu können auf ungetilgtem Unrecht, an dessen geschichtlicher Tatsache sich keiner vorbeidrücken kann, der deutschen Namens ist? Auch die junge Generation kann es nicht, solange die Schuld der Väter ungetilgt auf ihr lastet. Sie darf sich nicht verstocken, sondern muß helfen abtragen, was die Väter versäumt haben. Nur so wird sie sich selbst läutern und Klarheit verschaffen können für ihren eigenen Lebensweg.

Die sich aber in selbstloser Demut (= Dienmut!) nur um des Herrn Ehre willen dieser Aufgabe hingeben, werden durch Seine Gnade ein Licht im Volke werden, das nicht verborgen bleiben kann und zu seinem Segen wird.

Sicher werden nun viele bereit sein, solchen Versöhnungs- und Friedensdienst zu tun, als Ausfluß eines gewandelten Denkens. Doch aus mancherlei Gründen, die hier nicht im einzelnen aufzuzählen sind, wäre es unklug, wenn jeder auf eigene Faust handeln und irgendeinen Friedensdienst beginnen wollte, sei es im Land einer der geschädigten Völker, sei es innerhalb Deutschlands; oder sonstwie für diese. Der Möglichkeiten sind viele; doch Selbstzucht tut auch hier not, um nicht durch falschen Eifer noch mehr zu zerstören. So mag jeder, der sich zu solchem Dienst berufen weiß, sich mit einer der Gruppen, die Versöhnungs- und Friedensdienste tun, oder unmittelbar mit mir in Verbindung setzen.

Möge der Herr, unser Gott und Vater, den Geist rechter Buße in vielen wecken, zu ihrem eigenen Nutz und Frommen, zum Segen des ganzen Volkes und zur Versöhnung und zum Frieden der Völker in Ihm — um Seines Namens und um Seines Preises willen.

Dr. Oskar Eder

Eine Stimme aus Südafrika

Mangaliso Sobukwe, Präsident des Pan-Afrikanischen Kongresses rief (laut Hsinhua News Agency vom 10. April 1960) das südafrikanische Volk zum Kampf gegen rassische Diskriminierung auf. Als erstes forderte er die Abschaffung des verhaßten Paßgesetzes. Die

Aktion sollte am 21. März dieses Jahres beginnen und vier Jahre dauern. Aus seinem Manifest zitieren wir:

«Im jetzigen Stande unseres Kampfes haben wir diese Wahl: Sind wir willens, in unserem Vaterland noch länger als unter-menschliche Geschöpfe behandelt zu werden — oder wollen wir Bürger eines demokratischen Südafrikas sein, das keine Rassenunterschiede kennt?

Wie lange sollen wir in unserem Vaterlande noch hungern, inmitten der Fülle? Wie lange noch sollen wir 11 Millionen Schwarze in unserem Vaterland eine rechtlose, stumme Masse (ohne Stimmrecht) bleiben? Wovon nährt sich wohl unser harter weißer Boß, daß er so mächtig geworden ist?

Söhne und Töchter Afrikas: entweder sind wir Sklaven oder freie Menschen; damit ist alles gesagt. Unsere Energie und unsere Kräfte stehen auf gegen ein System, eine Auffassung, einen Mythus — gegen etwas, was gewisse Leute rassische Überlegenheit oder Herrenvolktum, wieder andere gerechte weiße Führerschaft oder einfach Herrschaft des weißen Mannes nennen.

Wir kämpfen gegen die calvinistische Lehre, nach der eine gewisse Nation von Gott ausersehen war, andere Nationen zu führen, zu dirigieren und zu beschützen.

Diesen Kampf wird der Pan-Afrikanische Kongreß geschlossen durch gewaltlosen Widerstand führen.»

Bericht über die Jahresversammlung

Am Sonntag, dem 27. März, fand im Volkshaus in Zürich die gutbesuchte Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» statt.

Der Vormittag war einem Vortrag von Dr. Walther Allgöwer gewidmet «Technik besiegt den Krieg». Als ehemaliger Generalstabsoffizier, der den Dienst verließ, weil er militärische Mittel und Ziele im Zeitalter der Atombombe als überholt empfindet, ist Dr. Allgöwer ein berufener Referent für unseren Kreis und als Redaktor führender Tageszeitungen in jeder Hinsicht wohlinformiert. Wie sein Buch, das den gleichen Titel führt, war auch sein Vortrag in hohem Grade interessant, aufschlußreich und anregend. Wir möchten hier unsere Leser nachdrücklich auf dieses wertvolle Buch verweisen (siehe auch dessen Besprechung im Dezemberheft der «Neuen Wege») und hier nur über den Hauptgedanken referieren und was dazu von unserer Seite zu sagen ist und in den anschließenden Voten der Diskussion auch zum Ausdruck kam.

Aus der klaren und vom Vortragenden schön herausgearbeiteten Erkenntnis des grundlegenden Unterschiedes aller bisherigen Kriege

gegen das, was ein heutiger Krieg, bei der ungeheuren Zerstörungskraft der atomaren Waffen und der Raketentechnik, bedeuten würde, glaubt Dr. Allgöwer schließen zu dürfen, daß sich «der Krieg als tragbare Form für Auseinandersetzungen unter den Völkern von selbst ausgeschaltet hat». «Die Verantwortung für die Vernichtung der Menschheit kann keine Regierung übernehmen, weder im Westen noch im Osten. Aus diesem Grunde wird die politische wie die militärische Führung, ganz gleich in welchem Lande, dem Risiko eines neuen Weltbrandes ausweichen.» (Nach dem Buch zitiert, Seite 47.)

Wir halten die optimistische Betrachtungsweise von Dr. A. für sehr dankenswert. Es ist nötig, sich bewußt zu machen, daß durch die Gefahr, in der die Menschheit seit der Entdeckung der atomaren Kräfte und ihrer Bereitstellung für Kriegszwecke steht, daß eben mit dieser allgemeinen großen Gefahr auch eine starke Gegenkraft und eine große Hilfe für die endliche Überwindung des Krieges entstanden sind. Aber wir glauben, daß dieses Bewußtsein für die wirkliche Überwindung des Krieges nicht ausreicht. So billig bekommen wir «den Frieden» nicht! Man darf die starken Elemente der Verantwortungslosigkeit, ja des Bösen, die auch in der Welt sind, nicht unterschätzen. (William Schlamm zum Beispiel, seine Person, sein Buch und seine Vortragserfolge sind dafür ein lebendiges Beispiel!). Davon abgesehen, ist der Krieg etwas, das sich aus der bisherigen Haltung des Menschen beinahe zwangsläufig ergibt: Man kann nicht Jahrtausende dem persönlichen wirtschaftlichen und nationalen Egoismus nachleben und nunmehr, weil einem vor den letzten Konsequenzen, die jetzt offenbar werden, schaudert, erwarten, daß sie sich darum schon vermeiden lassen. Sondern die *Umkehr* — gleichfalls seit Jahrtausenden, aber bisher vergeblich gefordert — wird endlich *getan* werden müssen: im Nationalen, im Wirtschaftlichen und im Persönlichen. Und der Mensch wird seine tiefsten Kräfte, im religiösen Urgrund seiner Seele wurzelnd, dazu nötig haben.

Im Buch und im Schlußwort seines Vortrages kam zum Ausdruck, daß Dr. Allgöwer die Zusammenhänge von Kriegsüberwindung und der Änderung aller unserer Lebensumstände bewußt sind. Ist es vielleicht nur eine Akzentverschiebung, die uns trennt? Er sieht die Dinge mit den Augen des praktischen Politikers, der erwartet, daß Vernünftigkeit und Lebenswille des Einzelnen wie der Völker die Menschheit auf den richtigen, nunmehr zwingend gebotenen Weg führen werden. Wir aber meinen, daß Besinnung, Wille und Kraft, auf Letztes gerichtet, wird hinzukommen müssen.

Der Nachmittag war den statutarischen Geschäften gewidmet. Zu berichten ist, daß das Defizit der «Neuen Wege» dank der Opferwilligkeit der Mitglieder der beiden Vereinigungen und dank einem Entgegenkommen der Druckerei gedeckt werden konnte. Bemühungen, es künftig zu vermeiden oder wenigstens kleiner zu halten, sind im Gange. Fräulein Zoller, unsere verdienstvolle Präsidentin, trat als

solche zurück, um sich besser und ausschließlich der Arbeit für die «Neuen Wege» widmen zu können. Die Versammlung dankte ihr durch den Mund von Herrn Hermann für ihre bisherige treue und aufopferungsvolle Tätigkeit. An ihrer Stelle übernahm Dr. Kramer auf Grund einstimmiger Wahl das Präsidium unter der Bedingung, daß er von jeder administrativen Arbeit, die damit zusammenhängt, entlastet wird. Eine verständliche Forderung, wenn man seine große redaktionelle Arbeitsleistung bedenkt. *H. H.*

BUCHBESPRECHUNG

Afrika — unser Partner! Beiträge zum Aufstand der Schwarzen in Afrika. Herausgegeben von Eugen Steinemann, Sonderdruck aus «der neue bund», Zeitschrift für Freiheit und Gemeinschaft, Heft 4, 1959 / Heft 1, 1960. 64 Seiten.

Eine wertvolle Broschüre liegt hier vor. Nach einer kurzen Geschichte des Sklavenhandels und der ersten Gaben, die Europa Afrika schenkte: Schnaps, Gewehre und Schießpulver, schildert die Broschüre die Aufteilung Afrikas, wie einige der Wirkungen der europäischen Zivilisation. Es folgen wichtige Angaben über den Stand der Befreiungsbewegung in den verschiedenen Ländern Afrikas (mit einer Karte der Länder und Städte). Aufgelockert wird das Ganze durch ein Beispiel echter Partnerschaft (St. Faith, Südrhodesien), durch die Geschichte der großen Arbeit, die Michael Scott für Südwestafrika leistete und durch Trevor Huddlestons Schilderung von Sophiatown. «Kapitel aus Pfarrer Huddlestons Berichten über das Leben in den Elendsvierteln von Johannesburg, wie über Sophiatown müßte eigentlich jeder Geschichtslehrer in den obern Klassen seinen Schülern vorlesen.»

Auch die Liste führender Politiker im Schwarzen Afrika und die Angaben der neueren Literatur über Afrika sind wertvoll. Zu ergänzen wäre sie durch die früherer Bücher von George Padmore «Afrika unter dem Joch der Weißen» (Rotapfel-Verlag, 1935) und «How Russia Transformed her Colonial Empire» (Dennis Dobson, 1946). Man hätte auch gern die Lebensskizze von Führern gelesen, die das Positive in den kommunistischen Ländern anerkennen. Felix Roland Moumie, der tapfere, kluge Führer der verbotenen Partei in Kamerun wird nur in drei Zeilen erwähnt, während ein Gewerkschaftsführer aus Tanganjika auf einer halben Seite beschreiben darf, wie er 13 junge Leute, die gerne Stipendien von kommunistischer Seite angenommen hätten, davon abhielt (aber 81 Studenten flogen aus Kenia nach Amerika).

Zu viel Gewicht wird in der Broschüre auf die *europäische* Kultur, das *europäische* Wissen gelegt. Man soll die Afrikaner «nicht den Kommunisten überlassen». Was in der Sowjetunion, was in China, was in Ostdeutschland vorgeht, wird aber von den afrikanischen Führern sehr beachtet. Vielleicht hätte es die Leser der Broschüre doch auch interessiert, daß vom 10. Jahrhundert an die Chinesen in Ostafrika Handelsstationen unterhielten (Tanganjika). (s. Basil Davidson in «UNESCO-Courier», Oktober 1959.) *M. F.*

Adenauer diktiert Die Westmächte treten zur Gipfelkonferenz, die am 16. Mai in Paris beginnen soll, ganz und gar nicht in geschlossener Front an. Die zahllosen Vorbesprechungen ihrer Staatsführer und Diplomaten, die sich in den letzten Wochen fast beängstigend gehäuft haben, zeigten nur immer wieder, wie schwer, ja unmöglich es ist, die Vertreter der «freien Welt» unter einen Hut zu bringen, handle es sich nun um Berlin, um die Einigung Deutschlands, um die Einstellung der Atombombenversuche oder um die militärische Gesamtabrüstung. Und außerhalb der Verhandlungen über die Gipfelkonferenz tauchen ja immer wieder neue und alte Fragen der internationalen Politik auf, wie die Algerienfrage und das südafrikanische Problem, über deren Lösung sich die Westmächte ebenfalls alles andere als einig sind.

Die Bonner Regierung kann sich nichts Besseres wünschen. Je handlungsunfähiger die Kabinette von London, Paris und Washington sind, um so freier können die Adenauer, Strauß, Erhardt und ihr Anhang handeln — und *sie* wissen bestimmt, was sie wollen. Gerade jetzt organisieren sie eine große Propaganda mit dem Stichwort «Selbstbestimmung des deutschen Volkes über seine Zukunft», das heißt (man hört es schon seit Jahren bis zum Überdruß) Herbeiführung der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten durch eine «freie Volksabstimmung» in West- wie in Ostdeutschland, die natürlich den triumphalen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und weiterhin den Anschluß des also vereinigten Alldeutschlands an den Westblock bringen soll. Worauf der Weg offen stünde für die Zurückgewinnung der 1945 an Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion verlorenen Gebiete, ja für die «Neuordnung des ganzen osteuropäischen Raumes» bis hin zum Ural. Alles auf ganz friedlichem Wege, versteht sich!

Man weiß natürlich in Bonn ebensogut wie in der übrigen Welt, daß von einem solchen «friedlichen» Beutezug ostwärts überhaupt keine Rede sein kann, und daß das Unternehmen, sollte es je versucht werden, genau so katastrophal scheitern würde, wie die beiden von Wilhelm II. und Adolf Hitler ins Werk gesetzten Germanenzüge in Richtung Ural gescheitert sind. Zum Überfluß hat es Chruschtschew auf seiner Frankreichreise nochmals ausdrücklich gesagt, als er vor jedem Versuch warnte, die Grenzen der Bundesrepublik über die Elbe und gar über die Oder und Neiße hinaus vorzuschieben. Die kapitalistische Bundesrepublik und die kommunistische DDR, so bemerkte er, seien sozusagen vorsehungsmäßig voneinander geschieden. «Wir müssen sie anerkennen, als wären sie, wie die Gläubigen sagen würden, von Gott gegeben . . . Ich erkläre Ihnen offen, daß es keine ir-

gendwie geartete Möglichkeit gibt, Westdeutschland wiederum nach Osten hin auszudehnen.»

Das sollte klar sein. Und doch bestärken die drei Westmächte die Bonner Regierung immer wieder in ihren Ausdehnungs- und Herrschaftsplänen. Auch in ihren *wirtschaftlichen* Herrschaftsplänen. Am ehesten beginnt man in England zu merken, wohin das führen muß. Der «Gemeinsame Markt», also die Zollunion zwischen Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg, droht auf weitere Sicht tatsächlich die britische Ausfuhrindustrie an die Wand zu drücken. Er zielt darauf ab, die Produktionsleistung des festländischen Westeuropa planmäßig zu erhöhen und ihm dadurch auf Kosten Englands einen wachsenden Anteil am Weltmarkt zu sichern. Von 1950 bis Ende 1959 ist der britische Anteil am Welthandel ohnehin schon von 25 auf 16,6 Prozent gefallen, während derjenige Westdeutschlands von 13 auf 20 Prozent gestiegen ist — und diese Entwicklung, so fürchtet man in England, würde sich fortsetzen, wenn der Gemeinsame Markt sich einmal richtig eingespielt hätte. Gleichzeitig würde Westdeutschland, auch politisch und militärisch, das stärkste Gewicht in einem künftigen Kleineuropa haben und die anderen Teilhaber der heutigen NATO-Gruppierung einfach in die Tasche stecken. Die Vorgänge um den Bonner Plan, in Spanien Fuß zu fassen, haben ja deutlich genug gezeigt, was sich der neue deutsche Nationalismus und Militarismus alles herausnehmen zu dürfen glaubt.

Trotzdem stellen sich Washington, Paris und zuletzt auch London immer wieder fest und treu hinter Bonn. Sie haben in der spanischen Affäre sachlich nachgegeben und helfen wacker mit, Westdeutschland Nachschub- und Übungslager außerhalb seiner Grenzen zu verschaffen. Und sie werden sich dem Druck der Bundesrepublik auch in den Fragen fügen, die auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz stehen — alles, um ja Adenauer bei guter Laune zu halten und den westdeutschen Freund im Kampf gegen den kommunistischen Osten nicht zu verlieren. Genau wie nach dem Ersten Weltkrieg!

Man behauptet zwar, man habe aus der damaligen Unterstützung der deutschen Wiederaufrüstung und Wiederausdehnung etwas gelernt — nämlich daß man zuletzt der Betrogene sei, wenn man einen Diktator zu beschwichtigen (to appease, wie die Engländer sagen) suche. Heute sei der Diktator eben Chruschtschew; die Lösung müsse darum sein: Keinen Zollbreit vor den sowjetischen Forderungen in bezug auf die Beendigung des Kalten Krieges zurückweichen! In Wahrheit ist aber die Grundrichtung der westmächtlichen Politik in Europa genau die gleiche geblieben, die sie schon in den zwanziger und dreißiger Jahren war. Sie fing nicht erst an, als Hitler ans Ruder kam, sondern schon nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, ja schon vorher, als die Russische Revolution durchbrach und die west-östliche Gegenrevolution organisiert wurde. Die Förderung Hitlers durch

die Westmächte war nur die logische Fortsetzung der antikommunistischen Politik, die bereits 1917 offen an den Tag trat.

Die Dummheit Hitlers unterbrach zwar für ein paar Jahre die Weiterführung dieser Linie; aber nach Roosevelts Tod wurde sie sofort wiederaufgenommen, und seither lassen sich die Westmächte mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, erneut zum Vorspann einer deutschen Politik machen, die in anderen Formen die Ziele Hitlers wiederverfolgt. Ihr zuliebe bringen sie jedes Opfer und werfen den Bonner Ausdehnungspolitikern eine Beute um die andere zu, treiben also eine Appeasement-Politik, wie sie schöner nicht gedacht werden kann. Und wenn es dazu unbedingt auch einen Diktator braucht — was ist denn der mumifizierte Adenauer anderes als ein richtiggehender Diktator, vor dem seine Deutschen fast so platt auf dem Bauch liegen, wie sie es vor Hitler taten? Der westdeutsche Kanzler kann sich etwas einbilden, daß er nun auch den Westmächten das Gesetz ihres Handelns diktieren kann. Was wunder, daß man in Bonn immer unverschämter und rücksichtsloser auftritt? Man denke nur etwa an die letzte Note des Herrn von Brentano an die Adresse Chruschtschews, dem die Westdeutschen böswillige Verleumdung ihrer ach, so guten, erzfriedlichen Absichten vorwerfen — sie, in deren Reden, Zeitungen und Radiosendungen seit Jahr und Tag die Sowjetunion mit Verleumdungen und Beschimpfungen überhäuft wird, die an Unsachlichkeit und Bösartigkeit kaum zu überbieten sind!

Südafrika in Aufruhr Es ist sträfliche Verblendung, die die Westmächte aus lauter Kommunistenangst nicht sehen läßt, woher die *wirkliche Gefahr droht*, so wie sie die tödliche Gefahr auch vor dem Zweiten Weltkrieg nicht sahen oder sehen wollten — oder doch erst zu spät, als Hitler bereits die Tschechoslowakei vergewaltigt hatte und sich anschickte, nun auch Polen (und den Rest!) zu erobern. Verblendung ist es auch, was die Franzosen nicht sehen läßt, daß die militärische Niederwerfung der algerischen Freiheitsbewegung ein Trugbild ist, dem nachzujagen nur immer neues Unheil über sie bringen kann. Und erst recht ist es Verblendung, wenn die weißen *Südafrikaner* — ihre erdrückende Mehrheit wenigstens — glauben, mit ihrer unmenschlichen Gewaltpolitik die zehn Millionen schwarze und farbige Afrikaner auf die Länge niederhalten und ausbeuten zu können!

Alle einsichtigen Sachkenner warnen seit Jahren vor einer Fortsetzung dieses Kurses — bisher vergebens; die Apartheid wurde in den letzten Monaten nur immer weiter verschärft. Ob die sich jetzt ankündigende Massenerhebung der Schwarzen die «Herrenrasse» nicht endlich doch aufrütteln und zur Umkehr bringen wird? Denn Südafrika steht nun wirklich in offenem Aufruhr. Es begann mit dem meist passiven Widerstand gegen die ja besonders gehässigen Paß-

gesetze, die in raffiniert ausgeklügelter Weise die Afrikaner einfach recht- und wehrlos machen, wenn sie nicht fortwährend ein paar Ausweise über ihre Person, ihre Arbeit, ihren Wohnsitz usw. usw. mit sich tragen. Dann kam das Blutbad von Sharpeville am 21. März mit über 70 Toten und mehr als 200 Verwundeten — lauter unbewaffneten Afrikanern, die nach zuverlässigen Zeugenaussagen von der Regierungspolizei ganz sinnlos und ohne vorherige Warnung durch Tränengas und dergleichen mit Maschinengewehren niedergestreckt wurden. Ein Aufschrei des Entsetzens ging durch die gesittete Welt — mit nur schwachem Widerhall freilich bei den Regierungen und der Presse der herrschenden Klassen in der «freien Welt». (Was für eine organisierte Hetze wäre wieder losgebrochen, wenn so etwas hinter dem «Eisernen Vorhang» geschehen wäre! Es ist nicht auszudenken . . .) Einen Augenblick lang stutzte auch die Regierung von Kapstadt; sie setzte sogar die Anwendung der Paßgesetze aus. Aber rasch fand sie ihre alte, brutal-hochmütige Haltung wieder. Ministerpräsident Verwoerd hatte die Stirn, zu behaupten, Sharpeville sei nur ein «lokaler Zwischenfall», der keineswegs gegen die Rassentrennung gerichtet sei und auch mit Armut und niedrigen Löhnen nichts zu tun habe; hinter der ganzen Sache stehe nur kommunistische Propaganda, die versuche, «die Leute so zu beeinflussen, daß sie gegen den weißen Mann Stellung nehmen». Und der Apartheids-Minister Maree ließ sich im gleichen Sinn vernehmen: es handle sich lediglich um die Tätigkeit von kommunistischen Gruppen, die darauf gerichtet sei, «die Autorität des Staates zu untergraben und die Demokratie zu zerstören». Die Demokratie der Schüler Hitlers und nun auch der französischen Algerienkrieger, deren Methoden, wie feststeht, von der südafrikanischen Regierung sorgfältig studiert wurden!

Die Terrormaschinerie der Apartheid wurde darum nicht abgestellt, sondern noch schärfer in Gang gebracht. Die Paßgesetze wurden wieder in Kraft gesetzt. Fast in der ganzen Union wurde der Notzustand ausgerufen, der den Behörden freie Hand für jegliche Willkür gibt. Tausende von Afrikanern, aber auch von oppositionellen Weißen wurden verhaftet; einer von diesen verübte einen Anschlag auf Dr. Verwoerd selber, zum Glück ohne ihn zu töten. Die Organisationen der Afrikaner wurden verboten — kurz, alles spricht dafür, daß die Regierung entschlossen ist, ihr Gewaltsystem um jeden Preis und gegen jeden Einspruch aufrechtzuerhalten. Es ist klar, daß sie damit zuletzt nicht durchkommen wird. Sie läuft nur Gefahr, die Afrikaner, die in ihrer sprichwörtlichen Gutherzigkeit und Geduld große Neigung zum gewaltlosen Widerstand haben, mehr und mehr zur eigentlichen Gewaltrevolution zu treiben, wo doch jetzt alles darauf ankäme, solange es noch einigermaßen Zeit ist, durch Einlenken auf einen neuen Kurs der weißen Minderheit in Südafrika eine würdige Zukunft in Gleichberechtigung mit den Schwarzen zu sichern. Aber das wollen die Rassenfanatiker gerade nicht. Sie wollen nicht

Gleichberechtigung, sondern Herrschaft, teils um ihre Klassenvorrechte aufrechtzuerhalten, teils aus Furcht, der weiße Volksteil werde über kurz oder lang im «Schwarzen Meer» spurlos versinken. Und doch gibt es keinen andern Weg als die Durchsetzung der Rechtsgleichheit für alles, was Menschenantlitz trägt. Die Aufstiegsbewegung der bisher minderberechtigten, niedergetretenen und ausgebeuteten farbigen Rassen ist mit keinem Terror mehr aufzuhalten. Sie ist in Asien in stürmischen Gang gekommen und wird dort weiterhin ihren Weg machen. Sie hat längst auch Afrika erfaßt, und kein Verwoerd, kein de Gaulle, kein Salazar wird noch etwas dagegen auszurichten vermögen. Es gilt nur, sie in Bahnen zu lenken, auf denen sie zu einer wohltätigen, aufbauenden Kraft wird, statt zuerst als zerstörender Lavastrom unabsehbaren Schaden anzurichten.

Kuba wird frei Nur langsam greift die soziale und nationale Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker auch auf Lateinamerika über. Sie hat zwar dort längst ebenfalls begonnen; die mexikanische Revolution von 1911 (der dann die erste chinesische folgte) hat sogar das erste Flammenzeichen für die Erhebung der kolonialistisch und imperialistisch ausgebeuteten Nationen gegen ihre einheimischen und fremden Unterdrücker gegeben. Aber die bisherigen Freiheitsregungen in den mittel- und südamerikanischen Ländern sind bisher doch meistenteils durch die konservativ-reaktionären Gegenkräfte mehr oder weniger erfolgreich niedergehalten worden; Britisch-Guyana und Guatemala sind die jüngsten Beispiele dafür. Nun ist *Kuba* an der Reihe — was wird aus *seiner* Revolution werden?

Ich habe in der letzten Weltrundschau bereits davon gesprochen, daß der Umsturz in Kuba die Vereinigten Staaten in erhebliche Sorge versetzt und zu Gegenwirkungen veranlaßt hat. Es ist aber nötig, noch etwas näher auf diesen ganzen, höchst bezeichnenden Vorgang einzutreten. Erinnern wir uns daran, daß der frühere Diktator Kubas, Batista, der Anfang 1959 gestürzt wurde, Hand in Hand mit den nordamerikanischen Interessenten der wirtschaftlichen Ausbeutung des Insellandes arbeitete. Sein korruptes und terroristisches Regime lieferte die Mineralschätze Kubas dem US-Kapital aus, verschaffte ihm den beherrschenden Einfluß auf die Zuckerindustrie, die Hauptindustrie, des Landes, ließ Havanna zu einem Paradies für die eine zweifelhafte «Entspannung» suchenden reichen Yankees werden und duldete sogar die ständige Besetzung der Hafenstadt Guantanamo durch nordamerikanische Marinetruppen. Diesem unerträglich gewordenen Zustand machte dann die volkstümliche Revolution unter der Führung Fidel Castros ein Ende. Mit all ihren Fehlern und Schwächen, die nicht beschönigt werden sollen, reihte sie sich doch in die Kette der sozialen und nationalen Freiheitsbewegungen ein, die ohne abzureißen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in so machtvoller

Art drei Kontinente erschüttern. Ihr Ziel war und ist ein doppeltes: Abschüttelung der politischen und wirtschaftlichen Fremdherrschaft, also nationale Selbstbestimmung, und in Zusammenhang damit Schaffung einer Gesellschaftsordnung, die das kubanische Volk zu Wohlstand und Bildung, Freiheit und Menschenwürde emporhebt. Wie überall, so setzte die Revolution auch in Kuba mit einer *Landreform* ein, die den Boden in weitem Umfang seinen Bebauern zurückgeben und die Macht der Zuckerplantagenbesitzer brechen sollte. Bisher gehörten 45 Prozent des kubanischen Bodens einer dünnen Schicht von nicht einmal zweieinhalbtausend Großbesitzern. Durch die Reform wurde diesen Feudal- und Industrieherren ihr Besitz genommen, soweit er 1000 Jucharten überstieg, und zwar gegen anständige Entschädigung, und an die verelendeten Landarbeiter und Kleinbauern verteilt. Jeder von ihnen bekam etwa 66 Jucharten; will einer Land hinzukaufen, so erhält er staatliche Beihilfe.

Gleichzeitig macht sich die Regierung Castro auch an eine Umgestaltung der Betriebsweise der Landwirtschaft. «Die neuen Landbesitzer wurden», wie Martin Keitzer in der Hamburger «Anderen Zeitung» berichtet (Nr. 8/1960), in verschiedenen Genossenschaftsformen organisiert, um maximale Erträge zu erzielen. In Gebieten mit vorwiegendem Kartoffel-, Gemüse- und Obstanbau ist die genossenschaftliche Organisation lose. Lediglich der Ankauf von Maschinen, Saatgut, die Kreditvergabe und der Verkauf der Produkte erfolgt im Rahmen der «Cooperativas». Eine sowchosenähnliche Betriebsform wurde für die riesigen Zuckeranbaugebiete gewählt, denn nach Aufteilung des Landes in viele kleine Grundbesitze hätte die Einzelwirtschaft schnell zu einem Ertragsschwund geführt. Das staatliche Instituto Reforma Agraria (Agrar-Reform-Institut) lenkt zentral die Bewirtschaftung dieses ehemals privaten Großgrundbesitzes. Die neuen Kleinbesitzer erhalten Löhne und Anteile am Gewinn. Diese Organisationsform soll so lange beibehalten werden, bis die ehemaligen Landarbeiter mit der Lenkung derartig komplexer Anbaugebiete vertraut sind. Dann sollen die Verwalter durch Wahlen bestimmt werden.»

Für Nordamerika und seine kapitalistische Oberklasse ist das alles natürlich schlimmster Kommunismus. «U. S. News & World Report» (30. November 1959) schrie erschreckt auf: «In Kuba ist eine der großen geschichtlichen Diebereien im Gang. Es ist ein neues Glied in der Kette von Diebstählen — vergangenen, gegenwärtigen und sich vorbereitenden —, die in Lateinamerika verübt worden sind oder verübt werden sollen. Das Opfer ist in jedem Fall der amerikanische Kapitalgeber, der gearbeitet, gespart, geplant, gewagt und den Reichtum geschaffen hat, der nun gestohlen werden soll. Der Räuber ist in jedem Fall eine Regierung, die bequeme Wege sucht, um den Reichtum anderer Leute zu plündern.» Die armen USA-Kapitalisten! Man muß direkt Mitleid mit ihnen haben, wenn sie jetzt tatenlos zusehen

müssen, wie ein kleines Volk, das ihnen bisher hohe Zinsen und Dividenden erarbeitet hat, daran geht, für sich selbst zu arbeiten und die Reichtumsquellen seines Bodens in eigenen Besitz zu bringen!

Die erbosten Investoren und Großbesitzer bleiben aber nicht untätig. Von den Vereinigten Staaten aus nähren sie eine gegenrevolutionäre Bewegung, die auf alle Art dem Regime Castros Schwierigkeiten macht; und wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß beispielsweise die Explosion eines mit belgischen Waffen für die Regierung beladenen Frachtdampfers im Hafen von Havanna ein amerikanischer Sabotageakt war, so sind um so glaubhafter die Berichte, daß von Florida aus immer wieder Flugzeuge über Kuba operieren, die bis zu eigentlichen Bombenangriffen auf kubanische Ziele schreiten. Die amerikafeindliche Stimmung der Bevölkerung Kubas, die wiederholt auch zu diplomatischen Zwischenfällen und Geplänkeln zwischen Havanna und Washington geführt hat, ist jedenfalls wohl zu verstehen. Das alte, bewährte Mittel nordamerikanischer Politik gegenüber aufsässigen Südländern — die Entsendung einer schlagkräftigen Militärgruppe — ist bisher offenbar nicht ernstlich in Betracht gezogen worden; dafür hat nicht sehr viel gefehlt, daß die USA-Regierung veranlaßt wurde, die bedeutende Zuckereinfuhr aus Kuba zu kürzen oder überhaupt zu sperren. Die Endwirkung einer solchen Maßnahme hätte sich vielleicht gegen Nordamerika selbst gerichtet.

Inzwischen befestigt sich in Kuba das Revolutionsregime auch wirtschaftlich. Das Volkseinkommen soll gestiegen sein; die Löhne konnten erhöht und die Preise (besonders für Zucker, Fleisch, Arzneien und elektrischen Strom) herabgesetzt werden; durch große öffentliche Arbeiten und planmäßige Kapitalanlagen in Industrie und Landwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit eingedämmt worden. Anderseits hat die Regierung im Anschluß an den Besuch Mikoyans, des Moskauer Fachmannes für Auslandswirtschaft, in Havanna ein Abkommen mit der Sowjetunion geschlossen, das Kuba ein gutes Stück weiterzuhelfen geeignet ist. Die Sowjetunion gewährt danach Kuba ein Anleihen von rund 450 Millionen sFr. und erklärt sich bereit, innerhalb der nächsten fünf Jahre fünf Millionen Tonnen kubanischen Zucker abzunehmen, was ungefähr einer Jahresernte entspricht.

Das gab begreiflicherweise dem amerikanischen Argwohn gegenüber der Regierung Castro neue Nahrung und steigerte die Furcht vor einer zunehmenden Durchdringung Lateinamerikas mit kommunistisch-revolutionären Ideen noch mehr. Ein nach den Vereinigten Staaten geflüchteter Kubaner erklärte nach einer Rundreise durch Südamerika der schon genannten Neuyorker Wochenschrift «U. S. News & World Report» (18. Januar 1960) gegenüber: «Es ist keine Frage, daß die kubanische Revolution die Phantasie der Massen in Lateinamerika beschäftigt. Die Kommunisten wissen das, wenn es auch andere nicht wissen. Die Kommunisten haben darum einen Feldzug begonnen, um Castro in Südamerika auszunützen.» Und seinerseits be-

richtet das Blatt, daß in Venezuela, Uruguay und Kolumbien eine lebhafte Plakatpropaganda für die Verteidigung der kubanischen Revolution betrieben, ja sogar ein Freiwilligenkorps zur Unterstützung der Streitkräfte Castros gebildet werde. «Hochgestellte Südamerikaner haben sich gegen Castro gewandt, nicht aber die Massen. Die Roten bearbeiten sie, um die kubanische Revolution nach Südamerika auszuführen.» Das mag amerikanischer Zweckalarm sein. Aber daß Kubas Beispiel im übrigen Lateinamerika zu zünden droht, wird schon stimmen, und insofern ist die Beunruhigung in den Vereinigten Staaten nicht unbegründet. Die Frage ist nur, ob Castro durchhält und die kubanische Revolution ihrem eigenen Schwergewicht folgend weiterrollen wird, oder ob über kurz oder lang die ganze Bewegung — wie in anderen lateinamerikanischen Ländern — unter dem Druck der Gegenmächte doch wieder steckenbleibt und versandet. Was in Guatemala geschehen ist, kann sich — auf anderen Wegen — in Kuba wiederholen. Die Zuckerinsel liegt Nordamerika zu nahe, als daß die geschäftsführende Oberschicht der Vereinigten Staaten sie schon heute als für die «freie Welt» verloren abschreiben würde.

Reichtum und Not in Lateinamerika

Auf die Dauer wird freilich — des können wir ganz sicher sein — weder in Kuba noch in Lateinamerika überhaupt die revolutionäre Bewegung aufzuhalten sein, so wenig wie dies in Asien und Afrika möglich ist. Wenn man *einmal* von einer geschichtlichen Notwendigkeit reden kann, die sich durchsetzt, weil sie einem *sittlichen* Gebot entspricht, so in diesem Fall. Dagegen kommt kein Widerstand der Beharrungsmächte auf, auch nicht ausländischer Nutznießer der wirtschaftlichen und geistigen Rückständigkeit farbiger Völker. Seit zwei Jahrzehnten sind Engländer, Holländer, Franzosen im unaufhaltsamen Rückzug aus ihren Kolonien begriffen, die ihnen gewaltige Reichtümer eingebracht haben; die Amerikaner werden die gleiche Erfahrung mit *ihren* Untertanenländern machen, besonders mit den 20 Ländern lateinischer Sprache südlich des Rio Grande.

Hier wartet ein Riesengebiet auf seine Hebung und Befreiung, dreimal so groß wie die Vereinigten Staaten. Vorerst noch sehr dünn besiedelt — mit nur 6 Prozent der Erdbevölkerung hat es 16 Prozent der bewohnbaren Bodenfläche der Erde — ist Lateinamerika ungemein reich an Naturschätzen. Brasilien besitzt die größten Holzvorräte der Erde. Mexiko ist der wichtigste Silberproduzent der Erde, Chile steht an zweiter Stelle unter den Kupferproduzenten, Venezuela an dritter Stelle unter den Erdölproduzenten, Bolivien ebenfalls im dritten Rang unter den Zinnproduzenten. Chile, Mexiko, Argentinien und Brasilien sind reich an Uranium — und so fort. Und doch gehören die Völker Lateinamerikas zu den ärmsten unserer Erde. Ihr gesamtes Jahreseinkommen beträgt nicht über 15 Milliarden Dollar, gegen 150 Milliarden Volkseinkommen allein in den Vereinigten Staa-

ten. Das Jahreseinkommen der Lateinamerikaner je Kopf wird auf kaum 100 Dollar geschätzt, rund 430 Schweizer Franken (in der Schweiz: 3700 Fr., in den Vereinigten Staaten: 6000 Fr.). Die kulturelle Rückständigkeit in den mittel- und südamerikanischen Ländern ist unglaublich; die Zahl der Analphabeten erreicht in gewissen Ländern 85 Prozent der Bevölkerung. Und vollends der Gesundheitszustand ist zum Erschrecken schlecht. «Es gibt», so stellt Josué de Castro in seinem berühmten Buch über den Welthunger fest, «nicht ein einziges Land in Südamerika, in dem die Bevölkerung frei von Hunger ist. Alle leiden unter diesem furchtbaren Übelstand; der einzige Unterschied ist, daß er in einigen Gebieten heftiger, in anderen gedämpfter ist.» Die Ernährungslage macht der Verfasser in erster Linie auch für die Armut der lateinamerikanischen Länder verantwortlich. «Sie ist eine Hauptursache ihrer unzureichenden Produktion, der unvollständigen Ausnützung ihrer Naturschätze, ihrer politischen Unbeständigkeit und ihres Rückstandes in Technik und Bildung.»

Nordamerikas Vorherrschaft Nichts Geringeres als eine wirtschaftliche und soziale Umwälzung ist nötig, um die Völker Lateinamerikas zu Wohlstand und menschenwürdigem Leben emporzuheben. Wirtschaftlich gesprochen heißt das Sicherung des Absatzes für die mineralischen, land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffe, Bodenreform und Industrialisierung. Wie dringend die Aufgabe ist, geht schon aus dem Wachstum der lateinamerikanischen Bevölkerung hervor, das mit über 20 Prozent so ziemlich das schnellste der Welt ist, doppelt so rasch wie dasjenige Asiens und viermal so rasch wie dasjenige Europas. Bis 1980 wird Lateinamerika, das jetzt 185 Millionen Einwohner zählt, schon 100 Millionen mehr haben und im Jahr 2000 gar auf 500 Millionen kommen, wenn die gegenwärtige Bewegung anhält. Der Bevölkerungsdruck, unter dem die Wirtschaft steht, ist wirklich außerordentlich.

Die rationelle Entwicklung und Selbständigmachung der lateinamerikanischen Wirtschaft stößt nun freilich auf ein schweres Hindernis: die einseitige Pflege eines bestimmten Produktionszweiges (Monokultur), die zugleich Folge wie Ursache der Abhängigkeit der mittel- und südamerikanischen Länder von ausländischem Kapital und ausländischen Absatzmärkten ist. So ist Brasilien in erster Linie von seiner Kaffeewirtschaft abhängig; in Chile entfallen 63 Prozent der Ausfuhr auf Kupfer, Kolumbien führt zu 83 Prozent Kaffee aus, Venezuela zu 94 Prozent Petrol, Kuba zu 84 Prozent Zucker, Bolivien zu 68 Prozent Zinn. Die Preisbewegung dieser Erzeugnisse auf dem Weltmarkt — und das heißt vor allem in Nordamerika — bestimmt das wirtschaftliche Wohlergehen der betreffenden Völker, ihre Gesundheit und ihr Leben wie die Stetigkeit ihrer politischen Verhältnisse und Einrichtungen. Daß die lateinamerikanischen Staaten sozu-

sagen fortwährend von Revolutionen, Putschen und sonstigen Unruhen erschüttert werden, hat hier einen Hauptgrund.

Die Entwicklung der lateinamerikanischen Wirtschaft ist so weithin in die Hände der ausländischen Kapitalmächte gegeben. Wie Georges Fournial in der Pariser «Démocratie Nouvelle» (März 1959) schreibt: «Die ganze Geschichte der Kolonisation des Kontinents bezeugt, daß einzig diejenigen Naturschätze ausgebeutet wurden, welche die kapitalliefernden fremden Mächte interessierten, und unter diesen diejenigen, die jeweilen in einer Wirtschaftskonjunktur den lohnendsten Ertrag abwarfen. Wenn Kuba den Getreidebau, die Viehzucht und teilweise sogar den Tabakanbau aufgab, so deswegen, weil die ‚United Fruit Co.' ihren Höchstprofit im Zucker sah. Der gleiche Trust verurteilt Guatemala und Nordkolumbien dazu, sich ausschließlich dem Anbau von Bananen zu widmen. Die ‚Swift' und ‚Armour' produzieren Gefrierfleisch und verwandeln die argentinischen und uruguayischen Viehherden in Konserven ... Sobald ein Produkt fette Gewinne in Aussicht stellt, wird ihm alles geopfert; das ganze Gebiet muß mitmachen, die Arbeitskräfte haben sich entsprechend anzupassen ... Die Kosten bezahlen die Bevölkerungen des Gebietes, niemals die ausländischen Monopole.»

Der größte Teil der Kapitalien, die in Lateinamerika angelegt sind, stammt aus den Vereinigten Staaten. Ende 1957 wurden sie auf 8,4 Milliarden Dollar geschätzt, ein Drittel der direkten nordamerikanischen Kapitalien, die im Ausland «arbeiteten». Im Jahr 1958 betrugen sie sogar 9,5 Milliarden Dollar. Und die Gewinne, die daraus flossen und weiter fließen, sind enorm; man veranschlagt sie auf mindestens drei Milliarden Dollar jährlich, also auf rund 30 Prozent des angelegten Kapitals. Kein Wunder, daß man in den Vereinigten Staaten größten Wert auf die Behauptung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in Lateinamerika legt. In der «New York Times» stand vor einem Jahr (26. April 1959) ein Artikel von Herbert L. Matthews «Warum Lateinamerika für uns lebenswichtig ist», in dem es hieß:

«Etwa ein Viertel all unserer Ausfuhren geht nach Lateinamerika, und ein Drittel all unserer Einfuhren stammt von dorther ... Ohne Stützpunkte auf den Karibischen Inseln und ohne den Panamakanal lägen die Vereinigten Staaten weit offen für einen Einfall da ... Zöge man die Stimmen der zwanzig lateinamerikanischen Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen von unserem Lager ab — wo stünden wir dann? ... Jedesmal muß man feststellen: ‚Hätten wir Lateinamerika nicht auf unserer Seite, so wäre unsere Lage verzweifelt'. Der Ausfall der Erzeugnisse und Absatzmärkte Lateinamerikas würde die Vereinigten Staaten zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken.»

Die Verhinderung einer Industrialisierung der mittel- und südamerikanischen Länder in einem Sinn, der die Selbständigmachung des Halbkontinents befördern würde, und gar die Verhinderung einer

sozialen Revolution in diesem Raum — das ist in der Tat ein Lebensinteresse der Vereinigten Staaten oder doch ihrer kapitalistischen Oberklasse. Darum ihre Angst vor dem «Kommunismus» und ihr Wille, mit allen Kräften die nationale wie die soziale Freiheitsbewegung der lateinamerikanischen Völker hintanzuhalten.

Die neue Revolution Dabei haben die Reformen, zu denen die Wirtschaft der lateinamerikanischen Staaten drängt, zunächst mit Kommunismus überhaupt nichts zu tun und mit Sozialismus recht wenig. Es sind Wandlungen, die, wie die Agrarreform und die Industrialisierung, in Westeuropa und zum Teil auch in Nordamerika schon im Gefolge der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts vollzogen worden sind — zu einer Zeit also, da der Kapitalismus noch eine fortschrittlich-revolutionäre Kraft war. Aber inzwischen sind Kapitalismus und Bürgertum eben mehr und mehr konservative, ja gegenrevolutionäre und rückschrittliche Kräfte geworden, so daß die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die in den kolonialen und proletarisierten Ländern fällig sind, die Herrschaft der einheimischen Feudal- und Kapitalistenklassen ebenso bedrohen, wie sie die mit ihnen verbündete Macht des ausländisch-kolonialistischen Kapitalismus unterhöhlen. Es kann so ganz wohl sein, daß der nordamerikanische Kapitalismus einen harten Stoß erführe, wenn ihm Lateinamerika verloren gehen sollte. Der Raum, in dem er sich entfalten kann, würde ihm nicht bloß in Europa, in Asien und Afrika enger und enger werden, sondern auch auf dem amerikanischen Kontinent selber. Und da der Kapitalismus sich immerzu ausdehnen oder aber ersticken muß, so begreift man die Sorgen seiner Träger und Nutznießer in den Vereinigten Staaten nur zu gut.

Am vordringlichsten ist in Mittel- und Südamerika die Umgestaltung der Eigentumsordnung in der *Land- und Plantagenwirtschaft*. Man weiß, wie schwer auf der Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas der Großgrundbesitz lastet, der im Besitz einer Handvoll Landaristokraten ist, während auf der anderen Seite die Masse der meist bettelarmen, unwissenden, halbhörigen besitzlosen Landproletarier steht. Die lateinamerikanischen Großgrundbesitzer sind die mächtigsten ihrer Art auf der Erde; die Güter von mehr als 6000 Hektaren stellen nur anderthalb Prozent der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe dar, umfassen aber mehr als die Hälfte des angebauten Bodens. In *Venezuela* zum Beispiel teilen sich rund 320 000 Kleinbesitzer — das sind 80 Prozent der Betriebsinhaber — in die Verfügung über ganze 3,8 Prozent des Bodens; am andern Ende der Stufenleiter findet man 6700 Großbesitzer (1,7 Prozent der Gesamtzahl) mit Gütern von 1000 bis 10 000 Hektaren, die fast drei Viertel des Landesbodens umfassen. «Das bedeutet», so bemerkt dazu Victor Alba in der «Critica sociale» (Nr. 19/1960), «daß der größte Teil des Bodens in den Händen einer kleinen Zahl von Familien liegt, die in Caracas,

an der Riviera oder in Neuyork leben und von ihren Ländereien nur verlangen, daß sie erzeugen, was unumgänglich notwendig ist, damit sie ihr reiches Stadtdasein weiterführen können . . . Der Boden bringt nicht hervor, was er könnte, und Venezuela muß alljährlich für etwa 150 Millionen Dollar Lebensmittel einführen.» Die trostlose Armut der Landbevölkerung, die drei Fünftel der Einwohnerschaft des Landes ausmacht, verhindert so auch die venezolanische Industrie, ihre Erzeugnisse auf dem heimischen Markt abzusetzen.

Die Regierung von Romulo Bétancourt, die das frühere Diktaturregime in Venezuela abgelöst hat, steht nun im Begriff, eine Agrarreform durchzuführen, die 350 000 Bauernfamilien Land zuteilen will, teils aus Staatsbesitz, teils aus privatem Großgrundbesitz. Die Kosten der Reform sind bedeutend — im ganzen etwa 7 Milliarden Dollar —, sollen aber teilweise durch den erwarteten höheren Ertrag der Landwirtschaft eingebracht, im übrigen aber durch die Verpachtung der Ölfelder bestritten werden, die dem Staat alljährlich Milliarden von Dollar liefert. Bezeichnend ist, daß die Großgrundbesitzer im ganzen der Landreform ebensowenig Widerstand leisten wie die Armee, die bisher immer wieder in den Dienst reaktionärer Interessen gestellt wurde, aber jetzt offenbar unter den Einfluß jüngerer, fortschrittlich gesinnter Offiziere gekommen ist.

Ist dieser Vorgang typisch für die kommende Entwicklung auch im übrigen Lateinamerika? Man möchte es annehmen; die Zeit ist eben erfüllt für eine große, wenn auch wohl langsame Wendung zum Besseren. Schon sind in Mittel- und Südamerika die meisten *Diktaturregierungen gestürzt*; zuletzt traf es diejenigen von Perón in Argentinien, Rojas-Pinilla in Kolumbien, Perez-Jimenez in Venezuela und Batista in Kuba. Jetzt bleiben noch vier Diktatoren: Stößner in Paraguay, Duvalier auf Haiti, Somoza junior in Nicaragua und Trujillo in Santo Domingo. Der letzte ist der übelste. Er hat unzählige politische Morde auf dem Gewissen. «Man glaubt», so schreibt Jim Peck in den «Peace News» (13. November 1959), «Trujillo habe das umfassendste Geheimpolizeisystem auf der westlichen Halbkugel, und die Vereinigten Staaten benützten es für ihre antikommunistischen Nachforschungen in ganz Lateinamerika . . . Da er Besitzer der meisten Wirtschaftsunternehmungen in Santo Domingo ist, so sind seine Geldmittel unbegrenzt — oder doch beinahe.» Offenbar hätte er große Lust, Kuba anzugreifen und Castro zu stürzen, aber die Vereinigten Staaten raten ihm davon dringend ab, um offene Kriegshandlungen im Bereich der Karibischen Inselgruppe zu vermeiden.

Wie dem auch sei — die fortschreitende Verdrängung der faschistischen Diktaturen durch eher liberale und volksfreundliche Kräfte weist darauf hin, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung der lateinamerikanischen Länder einer radikalen Umgestaltung entgegengeht. Mit politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln diesen Vorgang aufhalten zu wollen, ist vergebliches Bemühen. Das sieht

Ein Sonntagnachmittag mit Blumhardt

Aus dem Leben des älteren Blumhardt erzählt dessen Sohn eine Begebenheit, die uns ein wenig durchblicken läßt in den Zusammenhang, der besteht zwischen unserem Sonntag auf Erden und einem Sonntag im Himmel. Es war in den Jahren seiner schwersten Kämpfe mit der Finsternis. Da ging einst Johann Christoph Blumhardt, tief beeindruckt und niedergeschlagen durch all das Schreckliche, in das er im Kampf um die Seele jener Gottliebin Dittus Einblick bekommen hatte, in Begleitung einiger Männer aus seiner Gemeinde in den Wald hinaus. Unterwegs formte sich im Geiste Blumhardts jener Liedervers, der seither bekannt geworden ist:

Jesus ist der Siegesheld,
der all seine Feind besieget.
Jesus ist's, dem alle Welt
bald zu seinen Füßen lieget.
Jesus ist's, der kommt mit Pracht
und zum Licht führt durch die Nacht.

Er teilt das eben gedichtete Wort seinen Begleitern mit. Bald fangen sie an, das Lied nach einer bekannten Melodie zu singen. Und wie sie nun singend in eine Waldlichtung hinaustreten, da geschieht es, daß sie auf einmal innewerden, wie hoch über den Baumkronen in der Luft ein Singen anhebt. Es ist nicht das Echo, es ist ein wirkliches Singen in der Höhe, das sich mit den Stimmen der Männer vermischt. Und wie sie daraufhin nach Hause zurückkehren, durch dieses Zeichen getröstet und gestärkt, da begegnet ihnen gleich noch ein zweites Seltsames: Sie werden von der Gottliebin Dittus empfangen mit ebendemselben Vers, den ihr nicht ein Mensch kann mitgeteilt haben, weil ihn ja kein Mensch vorher gekannt hat.

So real ist der Zusammenhang zwischen der gottesdienstlichen Gemeinde hier auf Erden und der feiernden Gemeinde im «höheren Chor», dort wo Freude herrscht über jeden einzelnen Sünder, der hier auf Erden Buße tut. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dem Sonntag auf Erden ein ewiger Sabbath im Himmel entspricht.

So oft sich die Gemeinde hier auf Erden in «Tempeln, mit Menschenhand erbaut», zusammenfindet, muß sie sich bewußt sein, daß unsere Gottesdienstfeiern, gemessen an dem, was mit unseren Augen dabei sinnlich wahrnehmbar ist, denkbar unansehnlich sind. Ja uns soll die ganze Fragwürdigkeit dessen, was da Sonntag für Sonntag auf und unter den Kanzeln geht oder auch nicht geht, mit Ernst beunruhigen. Ach, unsere Gottesdienste sind ja tatsächlich immer wieder kein großes Aufatmen, weil wir so oft unser Wort, statt Gottes Wort verkündigen. Ach, die Luft über unseren Gottesdiensten mag zeitweise eher ersticken als erquicken, weil wir den Leuten Lasten auflegen und sie unter Menschensatzungen zwingen, anstatt sie zur herrlichen Frei-

heit der Kinder Gottes aufzurufen. Hier schleicht oft genug eher eine Moderluft, hier verbreitet sich eher ein Geruch der Gräber und Reliquien, statt ein Geruch der Osterherrlichkeit. Herr, Gott, daß du doch in unseren Kirchen und Kapellen ein Fenster aufrissest, und wenn du eine halbe Wand oder das Kirchendach damit wegreißen müßtest! Daß doch Höhenluft einströmte, frische, freie, starke Höhenluft!

Wie fragwürdig aber immer wir Menschen sind, die hier auf Erden Gottesdienst feiern, aus dem vierten Gebot vernehmen wir, daß der Sonntag nicht auf Erden beginnt und zum Himmel steigt, sondern umgekehrt im Himmel anhebt und bis zu uns Menschen hier unten auf die Erde herniederkommt. Weil Gott im Himmel feiert, darum sollen ja auch wir hienieden feiern. Ja, es ist und bleibt gleichsam der eigentliche Hauptgottesdienst, der dort bei den Engeln und Seligen im Angesichte Gottes stattfindet. Dort ruht Gott, und feiert, segnet und vollendet. So sind die Gottesdienste hier auf Erden, wenn's gut steht, Zeichen und Zipfelchen, die vom ewigen Sabbath Gottes in unsere Welt und Zeit hineinragen, ein vorläufiger Abglanz dessen, was in der unsichtbaren Welt an ewigem Gottessabbath vorhanden ist. Wenn wir etwa uns vergegenwärtigen, was der junge Jesaja dort im Tempel zu Jerusalem vernimmt und schaut, jenes «Heilig, heilig, heilig, ist der Herr Zebaoth, alle Lande sind seiner Ehre voll», dann merken wir, daß da der Prophet teilhat an einem oberen Gottesdienst, der seine Basis im Himmel hat, und dessen leuchtende Spitze bis auf die Erde hereinreicht. Oder wenn wir bedenken, was in der Weihnacht zwischen Himmel und Erde durchbricht, dann mag uns ahnungsvoll etwas von dem aufgehen, was Vater Blumhardt und seine Begleiter an jenem Sonntagnachmittag von hoch über den Baumkronen her für einen Augenblick vernehmen durften. So meinte es der Mann des 84. Psalmes, als er unsere irdische Gottesdienstfeier mit einem Vorhof verglich und das Bekenntnis aussprach: «Ein Tag in deinen Vorhöfen ist besser denn sonst tausend; ich will lieber die Türe hüten in unseres Gottes Hause denn wohnen in der Gottlosen Hütten.»

Walter Lüthi

(Aus «Dein Sonntag», Verlag Friedrich Reinhardt AG, Basel)

Die Partisanen der Barmherzigkeit

Die europäische Welt, schrecklich heimgesucht von zwei Kriegen in *einer* Generation, hat nicht heim ins Reich (Gottes) gefunden. Sie ist aufgespalten zwischen den beiden wettrüstenden Machtblöcken, die um die Welt streiten, heute noch im kalten, bald aber im heißen Krieg.

Die Partisanen von West und Ost formieren sich, erfüllt von der kriegerischen Ideologie, die die Welt schwarz-weiß aufteilt: in Ver-

derber, Verbrecher, Teufel einerseits, in Verteidiger, Wahrheitsstreiter, Lichtgestalten andererseits. Und diese sind «berufen», jene zu vernichten.

Da werden im zerrissenen Deutschland dann oftmals sogar leibliche Brüder gegeneinander stehen, gepreßte Wehrpflichtige ihrer «Zonen». Aber die «Experten für Brudermord» sagen in Westdeutschland: «Das ist nur eine Härte, die es immer gegeben hat; mit dem Gewissen hat das nichts zu tun» (Regierungsrat Dr. Flor vom westdeutschen Verteidigungsministerium); in Ostdeutschland aber gilt das Wort, das der Funktionär Novak zu einem im Gewissen Bedrückten spricht: «Hier wird ein Krieg geführt! Und es ist völlig gleichgültig, ob der Feind dein Bruder ist» (Stefan Heym im Roman «Die Augen der Vernunft»). Man erkennt, daß der Geist der beiderseitigen Partisanen bereits «kainitisch ideologisiert» ist: den Bruder umbringen — das ist nur harte Notwendigkeit.

Daß sich *Christen* nennende Menschen in diesen Reihen (geistig und militärisch) mitmarschieren, ja im Westen an der Spitze stehen, das kann seit Hitler nicht mehr verwundern: Die Deutschen haben «das Reich» endgültig verloren und werden nun allein von der Macht magnetisiert, die ja schon ihres «zweiten» und «dritten» Reiches steinernes Herz gewesen war. Die Ideologisierung verbirgt ihnen das schlechthin Widerreichlich-Satanische ihres heutigen Tuns: der biblische Zustand der *Verstockung* ist über diese christlichen Partisanen des Ostens und des Westens verhängt.

*

Der Partisan des Zweiten Weltkrieges war eine zwielichtige Figur: war er einerseits heroischer Mensch, der sich dem grausamen Eroberer widersetzte, so wurde er andererseits immer wieder selbst zu Grausamkeiten hingerissen, die sich insbesondere gegen wirkliche und vermeintliche «Kollaborateure» richteten, aber auch die Zwangssoldaten des Eroberers oft genug unmenschlich meuchelten. Die Bilanz des Partisanenkampfes ist grauenhaft! Hunderttausende gemordete Geiseln einerseits, hunderttausende von Opfern in den Reihen der «Wehrpflichtigen» andererseits. Diese Bilanz vergiftet noch heute die Beziehungen der Völker Europas und trug wesentlich dazu bei, einen Friedensschluß bis zur Stunde zu verhindern.

Christen haben im Zweiten Weltkrieg nicht nur in den Reihen des mörderischen faschistischen Eroberers gekämpft, sie haben auch in den Scharen der Waldgänger ihren Platz eingenommen. Sie waren zu unbarmherzigen Menschen geworden, hier und dort, die sich mit Blut befleckt, ihren Herrn und Meister verraten haben. Das ist die objektive Wahrheit. Subjektiv kann den Streitern Hitlers wie den Waldgängern vor allem zugute gehalten werden, daß ihre *Lehrer* und *Hirten* katastrophal versagt hatten.

Der Partisan dieser Stunde schickt sich an, das Werk seiner Vorgänger in der Apokalypse Europas zu vollenden. Ohne Gnade und Barmherzigkeit wird er Verwüstung und Massenvernichtung betreiben, ideologisch wähnend, so dem Deutschen Reich (als Patriot) und dem Gottesreich (als Kreuzzügler) bestens zu dienen. Der schizophren zerrüttete Geist hat diesen Wahnsinn geboren und wird ihn zur selbstmörderischen Tat treiben. «Die Deutschen werden bis ans Ende der Nacht gehen, die Krankheit ist zu weit fortgeschritten», hat Georges Bernanos schon 1947 vorausgesagt. Und dreißig Jahre früher schrieb Theodor Haecker über den Geist Europas: «Europa ist wie die Mumie in Strindbergs Gespenstersonate: sie kann einige Liedchen pfeifen aus vergangenen Tagen und hohe Worte plappern. Europa ist eine alte Vettel geworden; sie denkt nicht mehr, sie stinkt. Sie verwechselt das nämlich, weil es ähnlich klingt, wie die echten Paralytiker. Und lebt trotz Blut und Leichen in euphorischen Zuständen, wie die echten Paralytiker.»

Man gebe sich doch keinen Illusionen (mehr) hin, daß diese Krankheit, dieses Verhängnis mit Zeitungsworten oder politischen Handlungen kuriert werden könnte! Das heißt man die «vorgerückte Stunde» nicht erkennen, in der solche «Maßnahmen» die Heilung eines Krebses mit Umschlägen bedeuten. Die Stunde erfordert anderes.

Der Christ ist, zwischen den ideologischen Fronten, der *Partisan der Barmherzigkeit im Niemandsland*, welches das Land Gottes ist, ja: das Reich Gottes.

Der Christ vernichtet nicht die Atheisten des Ostens, noch kämpft er (mit Atomwaffen!) im Dienst des «christlichen Abendlandes». Er leistet auch keinen «Ersatzdienst», der indirekt die kriegerische, brudermörderische Gewalttat speist. Er steht nicht teilnahmslos beiseite, drückt sich nicht vom Einsatz seiner Person, sucht sich nicht in Sicherheit zu bringen. Er ist nicht Zyniker, der den gewaltgläubigen Narren ihren Untergang gönnt, noch Tragizist, der melancholisch das Verhängnis anstarrt.

Der Christ ist nicht revolutionärer Klassenkämpfer, der die Gesellschaft mit Gewalt «verändert». Er glaubt nicht, daß die Vernichtung der Bourgeoisie die tabula rasa schaffen müßte, auf der das Reich des Friedens aufwachsen könnte. Er glaubt nicht, daß den Unterdrückten und Ausgebeuteten Gerechtigkeit werden könnte mit Hilfe der H-Bombe.

Der Christ ist in diese Stunde gerufen als der Partisan des Reiches Gottes, das als Reich der Barmherzigkeit mit Christus in diese Welt eingetreten ist und das in ihr *auf keine andere Weise als die der Barmherzigkeit* behauptet werden kann. *Das* ist die Gestalt der «Frohen Botschaft» hier und heute.

Der Christ wirke, inmitten von Verstocktheit und Verhängnis, aus dem Geist der Barmherzigkeit Taten der Barmherzigkeit, nach seinem Vermögen (im doppelten Sinn), nach seiner Berufung, in der Nach-

folge seines barmherzigen Herrn, der der einzige wahre Kreuzzügler war, den die Welt aufzuweisen hatte.

*

Die Männer der mittelalterlichen «*Consolata*», die die Gefangenen und zum Tode Verurteilten der Tyrannis zu trösten wußten (Gertrud von Le Fort hat sie meisterhaft in Erinnerung gebracht während der Hitlerjahre), waren Partisanen der Barmherzigkeit; die «*Mercedarier*» die ihr Vermögen, ja ihr Leben gaben für die Befreiung der Sklaven der Sarazenen, waren Partisanen der Barmherzigkeit; das «*Rote Kreuz*» Dunants war eine Armee der Barmherzigkeit; jeder, der im «Dritten Reich» einem Juden half, war ein Partisan der Barmherzigkeit. Christus sagt: Wer auch nur einem Durstigen, gehöre er zu welchem «Lager» immer, nur einen Trunk Wasser reicht, der gehört zum Heerhaufen der barmherzigen Partisanen, dem göttliche Barmherzigkeit (und selige Herrlichkeit) verheißen ist.

Der Sitz der Barmherzigkeit ist *das Herz*, das Organ der Liebe. Die Erkenntnis des Herzens ist tiefer als die Erkenntnis des Bewußtseins, die ohne das Herz dem rationalistischen Stolz verfällt und in der ideologischen Verhärtung des Herzens endet. Das vom Geist der Barmherzigkeit erleuchtete Herz erkennt in jedem Menschen den *Bruder*, dem es den Dienst der leiblichen oder geistigen Barmherzigkeit schuldet. Ich darf hier die Werke der leiblichen und der geistigen Barmherzigkeit in Erinnerung bringen, wie sie der Katechismus lehrt, den wir alle längst vergessen haben. Dies sind die sieben leiblichen Werke der Barmherzigkeit: 1. Die Hungrigen speisen. 2. Die Durstigen tränken. 3. Die Nackten bekleiden. 4. Die Fremden beherbergen. 5. Die Gefangenen erlösen. 6. Die Kranken besuchen. 7. Die Toten begraben. Die Werke der geistigen Barmherzigkeit sind diese sieben: 1. Die Sünder zurechtweisen. 2. Die Unwissenden lehren. 3. Den Zweifelnden recht raten. 4. Die Betrübten trösten. 5. Die Lästigen geduldig ertragen. 6. Denen, die uns beleidigen, gerne verzeihen. 7. Für die Lebenden und die Toten beten.

Welch eine Fülle von Aufgaben wartet unser, der Partisanen der Barmherzigkeit! Wir können sie nicht aus dem Geiste der «Aktion», der Betriebsamkeit in Angriff nehmen und meistern wollen; sie müssen im *Herzen*, im Zentrum des liebenden Seins, Wurzel haben, um fruchtbar zu werden. Im Herzen des Christen stehe das Trachten nach dem Reiche Gottes zuerst und zuoberst. Dann wird ihm «alles andere nachgeworfen». Das Trachten nach dem Reiche Gottes ist nicht der Wille zur Aufrichtung eines politischen «christlichen» Reiches. Das ist «Kurzschluß», ist Irrtum. Die Christen können nur nach dem Reich der Barmherzigkeit trachten, denn *nur dieses* ist das Reich Gottes in dieser Welt. Es gibt hienieden niemals ein anderes. Die zweimal sieben Werke der Barmherzigkeit allein richten das Reich Gottes in dieser Welt auf.

Georg D. Heidingsfelder

(Schluß folgt)

Ein Brief von Prof. Ragaz an Emil Arnold

Zürich, den 24. Januar 1944

Werter Genosse!

Sie haben mir mit Ihrem Brief ein wertvolles Geschenk gemacht, wertvoller als Sie selbst es wohl ahnen. Daß ein Kommunistenführer mein «*Gleichnis*» auch lesen werde, hatte ich kaum zu hoffen gewagt; daß es nun geschehen ist, bedeutet für mich *sehr viel*. Mein Herz ist ja immer auf der Seite des Volkes und zwar ganz besonders *auf der Seite des Arbeitervolkes*, trotzdem ich selbst aus uraltem, einst sogar adeligem Bauerntum bin.

Ich bin aus der Sozialdemokratie nicht ausgetreten, weil sie mir zu radikal sozialistisch geworden wäre, sondern umgekehrt, weil sie den Sozialismus preisgegeben hat. Was aber den *Kommunismus* betrifft, so habe ich ihn als *die allein angemessene soziologische Form der Liebe Christi* (wie ich lieber sage als «Christentum») schon zu einer Zeit erklärt und mich zu ihm bekannt (und mich nach ihm gesehnt), als ich noch nichts von *Lenin* wußte. Wenn ich mich dann zu einem bestimmten Zeitpunkt gegen ihn gewendet habe, insofern es sich um den Eintritt der schweizerischen Sozialdemokratie in die dritte Internationale handelte, so geschah dies einfach, weil ich jene Gefahr fürchtete, die sich dann in *München und Ungarn* verwirklicht hat. Ich kann das auch heute nicht bereuen, aber es hat mir tief *weh* getan, daß ich mich so stellen *mußte*. Denn *ich bin in bezug auf den Kommunismus nie borniert gewesen, habe vielmehr die in ihm lebende große Wahrheit von Anfang offen anerkannt und ausgesprochen.*

Was mich von der Kommunistischen *Partei* getrennt hat, war auch nie die Religion, sondern das Problem der *Demokratie* und der *Gewalt*. Dies Wort von der *Diktatur* wollte dem Erben einer 1500jährigen altfryrätischen Bauernfreiheit nicht eingehen. Ich habe mich dann aber, als der *Faschismus* und Nazismus zu der großen Gefahr wurden, *immer stärker auf die russische Seite gestellt* und bin zum Beispiel gegen den *Finnlandschwindel* für das Recht Rußlands eingetreten. Das Bürgertum haßt denn bis auf diesen Tag keinen Sozialisten und Kommunisten mit einem so wütenden und unauslöschlichen Haß wie mich.

Es ist auch so, daß wir «religiösen Sozialisten» in der Schweiz und überall für den radikalen Sozialismus eintreten, wie es denn immer ein Irrtum war, wenn man uns für Reformisten hielt. Das waren wir nie.

Zum Schlusse gestehe ich Ihnen offen, daß eine *Verbindung* des Höchsten und Besten, was «Christus» bedeutet (was Christus für *mich* ist), was die gewaltigste aller Revolutionen darstellt, mit der sozialistisch-kommunistischen Weltrevolution, besonders beim Blick auf die slavische Welt, ein *besonders wichtiges Stück meiner Zukunftshoffnung* ist.

Aus dieser ganzen Einstellung und Gesinnung heraus drücke ich Ihnen in herzlicher Dankbarkeit die Hand und bin mit warmen Wünschen für Ihren Kampf. Ihr Leonhard Ragaz

(Aus «Arbeiterwort», Zürich, Mai 1960)

Hugo Kramer siebzigjährig

Am 11. Juli wird unser verehrter und lieber Mitarbeiter, Dr. Hugo Kramer, siebzig Jahre alt. Wir möchten ihm zu diesem Geburtstag herzlich gratulieren. Er hat in den vergangenen Jahren die Hauptarbeit für die «Neuen Wege» geleistet und unermüdlich den schweren Kampf für die religiös-soziale Bewegung geführt.

Es war ein Geschenk Gottes, daß nach dem Hinschied von Leonhard Ragaz die religiös-soziale Bewegung nicht zum Stillstand kam, sondern drei bewährte Mitarbeiter fand, die sich in die Leitung der Zentralstelle für Friedensarbeit und die Fortführung des religiösen Teiles und der politischen Weltrundschau der «Neuen Wege» teilten. — Nach der tragischen Spaltung im Herbst 1948 und in den kommenden Krisen stand Kramer unentwegt der «Weltrundschau» vor; sie gab den «Neuen Wegen» eine charakteristische Note und wurde von den Lesern überaus geschätzt. In den Jahren, wo die Auseinandersetzung zwischen Ost und West fast die ganze Politik beherrschte, wo aus verschiedenen Gründen die gefühlsmäßige Abneigung gegen den Osten das Urteil der Menschen gewaltig beeinflußte, hat Kramer die tatsächlichen Ereignisse und Verhältnisse der Weltpolitik in durchaus einzigartiger Weise dargestellt und sie nach Ursache und Wirkung gedeutet. Er hat diese Aufgabe mit größter Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis gelöst. Haß, Verleumdung und Verfolgung — wie sie ja auch Leonhard Ragaz erleben mußte — konnten Kramer in seiner Stellungnahme nicht beirren. Wir aber schätzen diese in der Flut der bürgerlichen und sozialistischen Presse unabhängige Stimme, weil sie mithalf, den Weg zur Wahrheit und damit auch den Weg zum gegenseitigen Verständnis der Völker zu weisen. Kramer führte so den Kampf für den Völkerfrieden, für den sich Leonhard Ragaz mit ganzer Seele eingesetzt hatte, unbeirrbar weiter.

Unsere Freundin, Margarete Susmann, hat es an unserer Tagung vor anderthalb Jahren deutlich ausgesprochen: «Ich habe seit langen Jahren alle Wandlungen, Zusammenbrüche und Auferstehungen der «Neuen Wege» miterlebt, wie man ein eigenes Schicksal miterlebt. Vieles hat sich seit der Zeit, als Leonhard Ragaz die «Neuen Wege» leitete, in unserer kleinen Gemeinschaft verändert. Sie hat sich zu meinem Schmerz zweimal gespalten. Ich bin über alles Persönliche hinweg immer *der* Gruppe treu geblieben, die mir am ehesten das Erbe von Ragaz zu verwalten schien.»

Dieser Eindruck, der auch der unsrige ist, wurde in hohem Maße

durch die gewaltige Arbeit von Hugo Kramer bewirkt, und dafür weiß ihm die Religiös-soziale Vereinigung tiefen Dank. — Unsere herzlichsten Wünsche für Gottes Segen, Kraft und Gesundheit begleiten ihn ins neue Jahrzehnt! *Religiös-soziale Vereinigung*

Dr. Hugo Kramer zum 70. Geburtstag am 11. Juli

Die Leser der «Neuen Wege» werden uns nicht «Personenkultus» vorwerfen, wenn wir an dieser Stelle unserem verehrten Mitredaktor und Autor der monatlichen «Weltrundschau» unseren Dank und herzliche Glück- und Segenswünsche zum 70. Geburtstag darbringen.

Seit dem Tode von Professor Leonhard Ragaz, im Dezember 1945, hat Hugo Kramer unserer Zeitschrift in nie versagender Treue und Unbestechlichkeit des Urteils gedient. Ein auf dem Evangelium begründeter Sozialismus, der seiner Freundschaft mit Professor Leonhard Ragaz entscheidende Eindrücke verdankte, war und ist sein Lebenselement. Ein Blick in die heutige Presse — auch unseres Landes — beweist, daß solche Grundhaltung nicht dazu angetan ist, den Weg des politischen Kämpfers zu ebnen. Wer sich — wie Hugo Kramer — dem Suchen nach der Wahrheit und dem Eintreten für die Wahrheit verpflichtet fühlt, *muß* Anstoß erregen in einer Welt, die in der Jagd nach dem äußeren Erfolg aufgeht. Wie noch selten in der Geschichte verstehen sich Eigennutz und engstirniges Vorurteil mit einem Dunst von wohltönenden Phrasen, manchmal auch mit dem Mantel einer zweckdienlichen Ideologie, zu tarnen. Da sind es Leute wie ein I. F. Stone in Amerika und Hugo Kramer bei uns, die sich weder durch hochstehende Namen noch durch Rücksicht auf ihr persönliches Wohl davon abhalten lassen, auszusprechen, was ist. Dr. Kramers «Weltrundschau» wird denn auch außerhalb der Schweiz mit großem Interesse gelesen. Dienst an der Wahrheit und damit Dienst am Volk und an der Gemeinschaft der Völker — die nur in derWahrheit gedeihen kann — das ist es, wofür Hugo Kramer steht. Die «Neuen Wege» danken ihm für seine aufopfernde Tätigkeit. *Die Redaktionskommission*

Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung

Die totale Abrüstung wird und muß kommen. Daran ändert der Rückschlag der mißlungenen Gipfelkonferenz nichts. Daß man sich in Amerika, wenn auch nicht offiziell, mit der Frage beschäftigt, was in der Wirtschaft an die Stelle des Rüstungsprogramms treten soll, zeigt ein Artikel des Redaktors der Zeitschrift «The Scientific American», Gerard Piel, der im Aprilheft des «Bulletin of the Atomic Scientists» erschien. Wir geben ihn auszugsweise wieder.

Wir leben in einer Epoche andauernder Prosperität, die wir zu einem bedeutenden Teil der Kernphysik verdanken. Es ist der Atom-

sprengkopf, der das interkontinentale Fernlenkgeschoß (ICBM) zur taktisch entscheidenden Waffe macht. Unter der Drohung des Druckknopfkrieges ist nationale Verteidigung zu einer fast ausschließlich technischen Angelegenheit geworden. Es scheint uns keine Mühe zu kosten, diese technischen Bemühungen Seite an Seite mit einer unerhört blühenden Friedenswirtschaft fortzuführen. Für jenen Teil der Arbeiterschaft, der mit der Rüstung zu tun hat, ist die Herstellung eines «stehenden» Arsenals von Raketen interessanter als Dienst in einer großen stehenden Armee. Ihre Arbeit bringt auch mehr ein und die Kaufkraft der ungefähr 6 Millionen Amerikaner, die für die Verteidigung arbeiten, trägt bedeutend zu einer niedagewesenen Nachfrage nach Konsumgütern und öffentlichen Diensten bei. Vorausgesetzt, daß wir die unvorstellbare Katastrophe vermeiden, ist nicht einzusehen, warum diese Kombination wirtschaftlichen Lebens sich nicht in alle Zukunft aufrechterhalten ließe.

Das Rüstungswettrennen mag sich so — wirtschaftlich gesehen — vorteilhaft auswirken und das Gleichziehen der beiden Lager im Wettrüsten kann möglicherweise einem Einfrieren unlösbarer Konflikte in der Anarchie der Nationen gleichkommen. Dennoch gibt es ein weltweites Sehnen nach Abrüstung. Wer kann auch nur den Gedanken eines dritten Weltkrieges ertragen? Wer wollte nicht lieber das Genie und den Reichtum der Zivilisation im Dienste der dringenden Aufgaben des Friedens sehen? Selbst in Einparteinationen ohne freie Presse, wo es schwierig ist, die Stimme des Volkes zu vernehmen, ist Abrüstung zu einem Anliegen geworden, das imstande ist, einen Druck auf unnachgiebige Regierungen auszuüben. Von all den offenen Fragen internationaler Politik ist Abrüstung die eine, die jetzt zur Behandlung kommt.

Können wir es uns leisten, abzurüsten?

Ein gewisses Maß an Abrüstung scheint also jetzt in Aussicht zu stehen, und sogleich sehen wir uns einer ganzen Serie neuer Probleme gegenüber. Eine ernstliche Erörterung der Abrüstung wirkt auf die amerikanische Wirtschaft als eine Art Erdbeben. Wir sehen uns gezwungen die Frage zu stellen, der wir seit 10 Jahren ausweichen: *Kann die amerikanische Friedenswirtschaft ihre hohe Prosperität aufrechterhalten, ohne daß die Regierung monumentale Summen für Rüstungszwecke ausgibt?* (Vom Übersetzer hervorgehoben.) Man vergißt gerne, daß die Frage vor einigen Jahren ganz anders gestellt wurde. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fürchtete man, daß unsere Wirtschaft die ungeheure Last der Rüstung nicht werde tragen können. Es war aber gerade die Kriegsanstrengung, die die heutige Konjunktur ingangsetzte. Der Krieg, der für die anderen Länder Not und Elend bedeutete, ließ die Wirtschaft Amerikas zu neuen Höhen in Leistung und Prosperität anlaufen. In diesen 20 Jahren ist die Kriegswirtschaft zum festen Bestandteil unseres normalen Wirtschaftslebens

geworden und der Normalzustand bedeutet heute einen unerhört hohen Grad wirtschaftlicher Tätigkeit. Das Nationaleinkommen ist dieses Jahr auf den nie erreichten Stand von 450 Milliarden Dollar angestiegen und dürfte 1960 500 Milliarden Dollar erreichen. Das durchschnittliche Familieneinkommen der Amerikaner überschreitet heute 5000 Dollar.

Aber die Freude an unserer Prosperität erfährt einige Störungen durch Umstände, die irgendwie nicht zur traditionellen Auffassung einer gesunden Wirtschaft passen. Das Bundesbudget ist in dieser Zeit nie zurückgegangen, ohne sogleich wieder zu anscheinend unbeschränkter Höhe anzusteigen. Mit 70 Milliarden Dollar pro Jahr machen die Bundesauslagen 15 Prozent unseres ganzen Nationalproduktes aus.

Trotz hohen Steuern weisen die Bundesfinanzen in 4 von 5 Jahren ein Defizit auf, und die Nationalschuld beläuft sich auf nicht weniger als 300 Milliarden Dollar.

Es ist anzunehmen, daß unsere Wirtschaftsführer sich darüber Gedanken machen, wie die Abrüstung unser Wirtschaftsleben beeinflussen wird und was anstelle der Rüstungsausgaben treten könnte. Jedenfalls aber hat die Öffentlichkeit von solchen Plänen nichts erfahren. Was aus Verlautbarungen führender Geschäfts- und akademischer Kreise bis in die letzte Zeit bekannt geworden ist, läßt schließen, daß nach Ansicht jener Kreise die Rüstungsindustrie noch viele Jahre einen unverminderten Bestandteil unserer nationalen Wirtschaft bilden soll.

Das Problem einer Abrüstung ohne schwere wirtschaftliche Störungen wird also dem amerikanischen Bürger zur Lösung überlassen. Was *er* bald einmal feststellt, ist dies: Es ist die wirtschaftliche Zwangslage mindestens ebensosehr wie die militärischen Notwendigkeiten, die die Höhe des Rüstungsbudgets bestimmt.

1929: Zwei Drittel der Nation in Not

Um jene Zwangslage zu verstehen, muß man sich in die Jahre zurückversetzen, da die wirtschaftliche Lage noch «normal», das heißt nur den bekannten Zyklen von Konjunktur und Krise unterworfen war. Im Jahre 1929 lebten zwei Drittel amerikanischer Familien auf dem Existenzminimum oder darunter. In ungefähr der Hälfte aller Familien waren Familienmitglieder entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das Einkommen dieser zwei Drittel belief sich auf etwa 25 Prozent des Nationaleinkommens. Das heißt, daß die Transaktionen der amerikanischen Industrie nur etwa einen Drittel der Nation erfaßten. Obwohl die amerikanische Industrie schon damals die weltgrößte war, funktionierte sie als eine Art Anhängsel einer armen Nation, deren Bevölkerung vom hohen Stand industrieller Entwicklung kaum profitierte.

In den Jahren der Hochkonjunktur, etwa 1926 bis 1929, versuchte

die amerikanische Industrie ihren Absatz durch neue Methoden, hauptsächlich durch die Entwicklung des Abzahlungsgeschäftes, zu vergrößern. Durch großzügig erweiterte Konsumentenkredite sollten die ärmeren Volksschichten in das Wirtschaftsleben einbezogen werden. Der Börsensturz vom Oktober 1929 führte bekanntlich zu einer allgemeinen Wirtschafts- und Kreditkrise, der schlimmsten, die Amerika bis jetzt erlebt hat und vor welcher Wirtschaftswissenschaft wie behördliche Maßnahmen vollkommen versagten.

Unter Präsident Roosevelt,

der 1933 sein Amt antrat, wurde zum ersten Mal versucht, neue Methoden der Krisenbekämpfung anzuwenden. Die Keynes'sche Auffassung, wonach die Anlage von Staatsgeldern in öffentlichen Arbeiten — Straßenausbau, Bodenverbesserung, Aufforstung, Flußkorrektionen neben vielen andern Projekten — anstelle von Investitionen in Kapitalgütern — die Produktion von Konsumgütern stimuliert und schließlich die ganze Wirtschaft wieder ingangsetzt, wurde in den dreißiger Jahren erprobt, mit dem Erfolg, daß das Nationaleinkommen wieder anstieg, und zwar um ein Mehrfaches der in öffentlichen Arbeiten angelegten Gelder.

Die amerikanische Industrie war aber damit nach wie vor nicht in der Lage, die Bedürfnisse von mehr als einem Drittel der Bevölkerung zu erfüllen, während zwei Drittel, die nur über ein Existenzminimum oder weniger an Einkommen verfügten, nicht in der Lage waren, selbst ihren wirklich dringenden Bedarf anzumelden.

Die Kriegswirtschaft

Diese Sachlage erfuhr eine drastische Änderung erst durch die Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges, dann allerdings fast über Nacht. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Rüstungszwecke stiegen von 8 Milliarden auf 98 Milliarden Dollar im Laufe von Monaten. Die industrielle Kapazität wurde voll ausgenützt und bald darauf gewaltig erweitert und, was neu war, Vollbeschäftigung wurde bis 1942 erreicht und damit auch dem ärmsten Wanderarbeiter die Möglichkeit gegeben, dank seiner Kaufkraft, seine Wünsche zu verwirklichen. Nicht alle Wünsche oder Bedürfnisse, denn das rapide Ansteigen des Bedarfes machte die Rationierung vieler Bedarfsartikel notwendig. Aber die bedeutungsvolle Wendung von der Not inmitten der Fülle zur Erfüllung der lebensnotwendigen Bedürfnisse *für Alle* — trotz kriegsbedingter Knappheit vieler Bedarfsgüter — dieser Wandel war in Amerika zum ersten Mal Tatsache geworden.

Rationierung und Preiskontrolle bewirkten, daß diese Kaufkraft in Form von Sparguthaben auch die ersten Nachkriegsjahre überbrücken half, für die viele Pessimisten eine schwere Depression vorausgesagt hatten. Dies trotz scharfer Einschränkung der Bundesausgaben.

Die Krise kündigte sich 1948 an, wurde dann aber infolge der Korea-Aktion und des Kalten Krieges durch eine neue Rüstungskonjunktur abgelöst. Gegenüber den Vorkriegsjahren hat sich das Produktionsvolumen Amerikas mehr als verdoppelt, was sich dahin auswirkt, daß nur noch ein Drittel der Bevölkerung (verglichen mit zwei Dritteln vor dem Krieg) schlecht ernährt, schlecht gekleidet und schlecht untergebracht ist.

Die Wirtschaft des Kalten Krieges

Die Verherrlichung eines Wirtschaftssystems der Fülle ist denn auch seit Jahren das Thema eines Großteils der amerikanischen Presse. Nur eben — man muß zugeben, daß diese Fülle zum Teil auf Militärausgaben beruht. Von den 70 Milliarden Dollar, die das Bundesbudget für 1959 auswies, waren 60 Milliarden für das Wehrwesen bestimmt, unter Einschluß allerdings der Verpflichtungen für Schuldzinse und Pensionsverpflichtungen aus früheren Kriegen. Ein großer Teil der 40 Milliarden Dollar, die direkt für die neue Rüstung aufgewendet werden, entfällt auf die Löhne von 3 Millionen Bundesangestellten und 3 Millionen Arbeitern in Rüstungsbetrieben, die zusammen rund 10 Prozent der Arbeitnehmerschaft ausmachen. Die 40 bis 60 Milliarden Dollar, die so in die Wirtschaft hineingepumpt werden, oder vielmehr ihr Produkt, militärische Waffen, können nicht mit der Güterproduktion der Privatwirtschaft in Konkurrenz treten. Sie belasten den Markt nicht, aber sie schaffen durch die von ihnen geschaffene Kaufkraft ein zusätzliches Produktionsvolumen für die Privatwirtschaft, das sich nach verantwortlichen Schätzungen bis auf 33 Prozent des Nationalproduktes beläuft.

Die nächste Forderung ist unwiderlegbar. Weitere Rüstungsproduktion, obschon sie bei der raschen Überalterung der Waffentypen theoretisch ad infinitum weitergeführt werden könnte — schließt sich aus, weil sie früher oder später zwangsläufig zu Krieg führen muß. An die Stelle der Waffenproduktion muß infolge ihrer lebenswichtigen wirtschaftlichen Rolle eine andere *Tätigkeit* treten, die die Konsumgüterwirtschaft inganghält.

Statt Waffen öffentliche Dienste

Daß dies nur Arbeiten der öffentlichen Hand sein können, scheint uns nach unseren bisherigen Ausführungen klar zu sein. Dies um so mehr, als der amerikanische Nationalhaushalt seit Jahren einen Tiefstand in den Zuwendungen für das öffentliche Wohl, für kulturelle und künstlerische Entwicklung aufweist.

Zehn Millionen amerikanische Kinder besuchen die Volksschule in Gebäuden, die längst als abbruchreif anerkannt sind. In Klassen von 50 bis 60 Schülern zusammengepfercht erhalten sie hier ein Minimum

an Unterricht. Die Lehrer werden unter diesen Umständen zu schlecht besoldeten Hilfskräften der Polizei degradiert. Schulgebäude wie der ganze Erziehungsprozeß auf der Volksschulstufe wie in den Mittelschulen bedürfen — nicht zuletzt im Interesse einer gedeihlichen Wirtschaft — einer gründlichen Erneuerung.

Die Wohnquartiere der Großstädte sind von den Wohlhabenden längst den niedrigsten Einkommensklassen und den rassischen Minoritäten — Portoricanern, Negern, Chinesen — überlassen worden, die durch ihre Zusammenballung in übervölkerten Slums Probleme schaffen, die gelöst werden müssen, wenn sie den Behörden nicht über den Kopf wachsen sollen. Dasselbe gilt von der zunehmenden Behinderung des öffentlichen Verkehrs, die droht, die Städte nicht nur unbewohnbar, sondern sogar unzugänglich zu machen. Natürlich handelt es sich um Riesensummen, die für die Beseitigung der Slums, den Bau neuer Verkehrsadern aufgebracht werden müßten. Wenn eine neue Untertunnelung des Hudson, zum Beispiel, auf rund 250 Millionen Dollar pro Meile veranschlagt wird, so wirken solche Kosten kaufmännisch betrachtet prohibitiv, unter dem Aspekt der Arbeitsbeschaffung können sie sich für das Gesamtwohl als das Richtige erweisen.

Die Liste von Unternehmungen der öffentlichen Hand, die alle als dringend anerkannt sind, könnte beliebig fortgesetzt werden. Hier seien nur noch erwähnt: der Gesundheitsdienst, der Kampf gegen die Bodenerosion, der, unter Roosevelt begonnen, erst zum Teil durchgeführt ist, die Regulierung der großen Flüsse, deren spektakuläre Möglichkeiten Tennesseetal vordemonstriert, am Missouri zum Beispiel fortgesetzt werden sollten, um die immer wieder eintretenden Überschwemmungen zu verhüten. Alle diese Aufgaben des öffentlichen Lebens wurden seit 1939 vernachlässigt, nicht allein von der Bundesregierung, sondern ebensosehr von den Behörden der Staaten und Gemeinden. Es bedarf der Initiative der Verantwortlichen auf jeder Ebene, wenn hier eine neue Einstellung Platz greifen soll.

Für die kommenden Dezennien eröffnet sich Amerika, wie auch anderen westlichen Ländern, die Aufgabe, den unterentwickelten Ländern zu einer höheren Lebenshaltung zu verhelfen, was nur durch deren mindestens teilweise Industrialisierung geschehen kann. In der Erforschung und Vorbereitung geeigneter Projekte dieser Art liegt ein Arbeitsgebiet für Ingenieure und Wissenschafter, die durch die Abrüstung brotlos werden. Das «Friends Service Committee» in Philadelphia hat berechnet, daß in Amerika in den nächsten 10 Jahren allein 20 Milliarden Dollar pro Jahr für Zwecke, wie sie oben skizziert wurden, eingesetzt werden sollten. Sachverständige würden diese Schätzung sicher als zu niedrig betrachten.

Wenn man sich fragt, warum von seiten der Geschäftswelt keine Vorschläge für Unternehmungen solcher Art laut werden, so muß man sich der Einstellung des Durchschnittsbürgers in dieser Frage bewußt

werden. Wie Professor J. K. Galbraith, ein Nationalökonom der Harvard-Universität, sagt, sind Tausende von geschickten Werbefachleuten damit beschäftigt, neue Industrieprodukte an den Mann zu bringen oder dem Publikum ein Bedürfnis für solche Erzeugnisse einzureden oder zu suggerieren. Wer ein neues Fabrikat zum «bestseller» macht, ist ein verdienter Mann. Wehe aber dem Politiker, der sich einfallen läßt, einen neuen Dienst zum Gemeinwohl vorzuschlagen. Er ist ein Verschwender.

Die Schwierigkeit liegt, wie gesagt, in unserer psychologischen Einstellung. Wir sehen, wie die Nation reicher wird, indem sie Riesensummen verschwendet für Waffen, die für den Schrotthaufen bestimmt sind. Aber wir sind nicht davon zu überzeugen, daß wir zweimal reicher werden könnten durch die Verwendung unserer Mittel für öffentliche Werke. Wir beurteilen die Wohlfahrt der Nation vom Standpunkt des Geschäftsmannes. Er betrachtet die Regierung als schlecht geführtes Unternehmen, das mit sauer verdienten Steuerbatzen inganggehalten wird. Ausgaben für öffentliche Zwecke sind daher nicht gewinnabwerfende Ausgaben und als solche deshalb nur unter zwingender Not zu rechtfertigen. Nur eine einzige öffentliche Aufgabe, die Landesverteidigung, erhält die Zustimmung der Bürgerschaft für wirklich massiven Einsatz von Steuergeldern.

Unternehmungen der öffentlichen Hand kommen eben nicht selten mit Einzel- oder Gruppeninteressen in Konflikt (wie der Widerstand der Elektrizitätsgesellschaften gegen die Missouri-Regulierung zeigte). Es wäre, wie Keynes ironisch illustrierte, für die Regierung mit weniger politischen und praktischen Schwierigkeiten verbunden, Banknoten in alte Flaschen zu stecken, sie in gehöriger Tiefe zu vergraben und sie durch private Unternehmen wieder ausgraben zu lassen, als — sagen wir — in öffentlichem Unternehmen Häuser zu bauen, die der Allgemeinheit zu gute kämen. In beiden Fällen wird Arbeit und damit Kaufkraft geschaffen und eine Erhöhung des Lebensstandards bewirkt. Bisher hat die westliche Welt den ersten Weg gewählt.

Heute sind wir an dem Punkt angelangt, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir die Macht, die die Wissenschaft uns zur Verfügung stellt, zum Aufbau oder zur Zerstörung einsetzen wollen. Die alte Anschauungsweise, die die Wirtschaft nur vom Standpunkt des «businessman» beurteilt, sieht nicht weiter als bis zur nächsten Konjunkturschwächung oder bis zur Katastrophe. Nur wer die Wirtschaft von außen — als Mittel zum Zweck — betrachtet, kann für die Zeit planen, da das ganze Volk und nicht nur ein Teil an den materiellen Segnungen einer wirtschaftlichen Zivilisation teilhaben wird.

Amerikanische und englische Pressestimmen zur Gipfelkonferenz

Unsere Schweizer Zeitungen sind sich bis auf wenige Ausnahmen darin einig, daß Chruschtschew die Gipfelkonferenz mit Vorbedacht torpedierte, was einmal mehr beweise, so argumentieren sie, daß die Russen eine Entspannung nicht wirklich wünschen, sondern nur auf Propaganda und Sensation aus sind.

Ein Blick in die amerikanische Presse zeigt, daß ernst zu nehmende politische Persönlichkeiten in den USA weniger geneigt sind, für das Mißlingen der Konferenz alle Schuld Chruschtschew zuzuschieben. So geht der Führer der demokratischen Partei, Adlai Stevenson, mit Eisenhower und seinen Beratern scharf ins Gericht, weil sie durch ihr Vorgehen nach dem Flugzeugzwischenfall Chruschtschew das Werkzeug in die Hand gaben, die Konferenz zu sprengen.

Eine der aufschlußreichsten Analysen enthält der in vielen Zeitungen gleichzeitig erscheinende Artikel von Walter Lippmann, einem allgemein angesehenen Kommentator. Unter dem Titel «Ike's Fehler provozierten Chruschtschews unnachgiebige Haltung» führt er aus: «Als das Flugzeug abgefangen wurde, das dürfen wir nicht vergessen, bot Chruschtschew dem Präsidenten einen diplomatischen Ausweg aus seiner peinlichen Lage. Er erklärte, er glaube Eisenhower sei nicht verantwortlich für den Befehl zu diesem Flug. Nun wußte Chruschtschew ganz sicher, daß der Präsident solchen Flügen allgemein zustimmte; es paßte Chruschtschew aber besser, ihn sagen zu lassen, er habe diesen speziellen Flug nicht angeordnet — was einen bedenklichen Eindruck machen mußte.

Die diplomatisch richtige Reaktion Eisenhowers wäre Schweigen gewesen, oder allenfalls das Versprechen einer gründlichen Untersuchung des Falles. Anstelle dieser Haltung übernahm der Präsident die Verantwortung für den Flug und fügte hinzu, solche Flüge seien notwendig. Er ließ durchblicken, wenn er es auch nicht in Worte faßte, daß sie fortgesetzt würden. Damit wurde die Türe, die die Russen noch offen gelassen hatten, zugeschlagen. Und aus der Verlegenheit, beim Spionieren erwischt worden zu sein, wurde eine direkte Herausforderung an die staatlichen Rechte der Sowjetunion.

Kein Staat und kein Staatsmann kann sich aber damit abfinden, daß sein Territorium in solcher Weise geflissentlich verletzt wird.

Präsident Eisenhower sah seinen Fehler ein. Am Samstag, 14. Mai, wurde der Presse mitgeteilt, er hätte nie andeuten wollen, daß die Flüge fortgesetzt würden. Und am Montag, 16. Mai, schließlich ließ Eisenhower Chruschtschew wissen, die Flüge seien eingestellt und würden nicht wieder aufgenommen werden.» Zu späte Einsicht!

Auch der Korrespondent der «New York Times» in Moskau, Max Frankel, schreibt, die Ereignisse, die der Konferenz vorausgingen,

hätten Chruschtschew keine andere Wahl gelassen, als das Treffen der Großen zu verschieben. Einige der höchst geachteten Diplomaten in Rußland, führt er aus, seien der Auffassung, daß eine Haltung, durch die man zu verstehen gab, man könne sich Rußland gegenüber Maßnahmen erlauben, die Zweifel an seiner Fähigkeit, sich zu verteidigen, aufkommen ließen, unfehlbar in eine Sackgasse führen mußten. Bevor sie sich in Verhandlungen einließen, wollten die Sowjets die Gewißheit haben, als Gleichgestellte behandelt zu werden. Daß Chruschtschew nach Paris reiste, um die Gipfelkonferenz auffliegen zu lassen, war die russische Form des Protests.

Andere Pressestimmen, die andeuten, daß Kräfte am Werk sind, die gemeinsamen ost-westlichen Anstrengungen auf die Abrüstung hin zu hintertreiben, finden sich im «Churchman» (Mai 1960), dem protestantischen Blatt der amerikanischen Episkopalkirchen. Dort stellt das American Friends Service Committee, die zentrale Quäkerorganisation der USA fest, daß eine kleine Gruppe von AEC-Mitgliedern und Wissenschaftern (Atomic Energy Commission) in Verbindung mit hohen Militärs alles getan habe, um eine Vereinbarung in Genf zu verhindern. Sie setzten durch, daß in Amerika unterirdische Atom-Tests weitergeführt werden, gerade weil die Russen nur ein Verbot aller Tests als Grundlage einer Vereinbarung akzeptieren. Nur ein allgemeines Testverbot ermöglicht ein wirksames Kontrollsystem und damit einen Schritt zur Abrüstung.

Basil D a v i d s o n schließlich, in seiner UDC-Broschüre (Union of Democratic Control), lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die unheilvolle Entwicklung der NATO (April 1960). Er weist überzeugend nach, daß dieses Militärbündnis, das in den letzten Jahren von Stalins Herrschaft defensiven Charakter getragen haben mag, sich vor unseren Augen in ein Instrument des Revanchekrieges der Nazi verwandelt.

Es läßt sich diese Entwicklung laufend verfolgen in der Übertragung wichtiger Kommandostellen an ehemalige Hitlergeneräle und dem steten Rückgang des britischen Einflusses. Auch die neulich von Norstad vorgeschlagene Idee einer unabhängigen Nuklearwaffen-Einheit dient in erster Linie dazu, den Kalten-Krieg-Strategen freie Bahn zu verschaffen und alle Hindernisse, die einer Auslieferung modernster Waffen an die deutschen Militärs entgegenstehen, zu beseitigen. Die heutige NATO ist daher ebenso wenig mit Friede und Abrüstung vereinbar wie die nationalistischen Ideen von Kriegsminister Strauß und Dr. Adenauer.

«Was den Frieden einzig noch sichern kann», schreibt Basil Davidson, «ist eine Auflösung der militärischen Bündnisse — NATO und WARSCHAU-PAKT — zugunsten eines europäischen Sicherheitsabkommens im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen. Bonn wird auf diesem Wege nicht folgen — ebenso wenig wie die Militärs in Washington und in der NATO.»

Der Schweizerische Friedensrat wendet sich an die Abrüstungskonferenz

An dem Tag, da die Konferenz ihre Arbeit wieder aufnahm, am 7. Juni, hat der Schweizerische Friedensrat den 10 Delegationsleitern folgenden Brief geschickt:

Exzellenz,

Der Schweizerische Friedensrat, die Dachorganisation der nichtkommunistischen pazifistischen Organisationen der Schweiz, erlaubt sich, Sie zu versichern, daß wir mit der größten Aufmerksamkeit die Anstrengungen verfolgen, mit denen Sie im Komitee der Zehn nach praktischen Möglichkeiten der Abschaffung aller Kriege zwischen den Nationen suchen.

Das Mißlingen der Gipfelkonferenz hat, indem es Ihre Aufgabe erschwerte, Ihre Anstrengungen noch wichtiger und dringender gemacht. Wir sind überzeugt, daß Sie sich Ihrer großen historischen Verantwortung bewußt sind und sich deshalb weder durch Verfahrensfragen noch durch die Rücksicht auf das nationale Prestige lähmen lassen werden. Jede Macht beweist ihre Größe dadurch, daß sie die Erhaltung des Friedens höher stellt als die nationalen Empfindlichkeiten und Interessen.

Wir unterbreiten Ihnen folgende Punkte und bitten Sie, dieselben in Betracht zu ziehen:

1. Das Ziel Ihrer Anstrengungen kann nicht eine bloße Beschränkung des Krieges durch eine teilweise Abrüstung sein; der Krieg selbst muß abgeschafft werden durch das etappenweise und kontrollierte Ausscheiden aller konventionellen Waffen auf dem Boden, auf dem Wasser und in der Luft, sowie der Atomwaffen, der bakteriologischen und chemischen Waffen.

2. Das scheint uns in einem Zeitraum von 5 Jahren erreichbar durch einen detaillierten Abrüstungsplan, der jeweils die für die Wirksamkeit der Anwendung notwendige internationale Kontrolle vorsieht.

3. Die Kontrolle über diese Vereinbarung sollte Delegierten der UNO anvertraut werden.

4. Die erste Maßnahme sollte das endgültige Verbot der Versuche mit Nuklearwaffen und die Fabrikation von bakteriologischen, chemischen und radioaktiven Waffen betreffen. Ein Vorschlag, um die Gefahren der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten zu beschränken, der von der XIX. Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes in Neu-Delhi ausgearbeitet, angenommen und den Regierungen im Mai 1958 unterbreitet wurde, sollte ohne Verzug ratifiziert werden und in Kraft treten. Dieser Vorschlag betrifft das Verbot der chemischen, bakteriologischen, radioaktiven und entzündenden Waffen im Fall eines Konfliktes.

5. Gleich zu Anfang, wenn der allgemeine und kontrollierte Abrüstungsplan verwirklicht werden soll, müssen alle Staaten Pläne vorbereiten und einem Büro der UNO unterbreiten, um die in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter auf Friedensproduktion umzustellen.

6. Damit alle Staaten sich verpflichten, die Abrüstungsbeschlüsse der UNO zu befolgen, müßte die chinesische Volksregierung Mitglied der UNO werden.

7. Der Abrüstungsplan muß die UNO verpflichten, nach Wegen zu suchen, um eventuelle Konflikte zwischen den Staaten auf friedlichem Wege zu schlichten.

Wir vertrauen auf Ihr Verantwortungsbewußtsein und hoffen, daß Sie einen entscheidenden Schritt vorwärts in der Regelung der allgemeinen Abrüstung und des Friedens machen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Für den Schweizerischen Friedensrat
der Präsident:
Jules Humbert-Droz, Journalist

Auskunftsstelle für Flüchtlinge Zürich

Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1959

Die Auskunftsstelle für Flüchtlinge, Zürich 57, hat sich mit dem 31. Dezember 1959 aufgelöst. Gegebene Umstände brachten es mit sich, daß ihr Leiter seinen zwei Jahrzehnte umfassenden Dienst an den Flüchtlingen aufgeben mußte, welcher beinahe seine gesamte Freizeit in Anspruch nahm. Da sich kein Nachfolger finden ließ, blieb nichts anderes übrig, als daß diese Flüchtlingshilfsstelle ihren Dienst einstellte. Sie war von der Familie des Herrn Prof. Dr. Leonhard Ragaz, als die ersten Flüchtlinge aus Nazideutschland die Schweiz erreichten, im Namen der Religiös-sozialen Bewegung der Schweiz gegründet und betrieben worden. Während den beinahe dreißig Jahren ihres Bestehens war es ihr vergönnt gewesen, manchem Menschen in Not zu raten oder weiterzuhelfen. Zuerst waren es die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich. Als die Auskunftsstelle für Flüchtlinge unter den nach und nach entstandenen Flüchtlingshilfen als «neutrales» Hilfswerk eingestuft wurde, zählte sie auch Russen, Polen, Litauer, Bulgaren, Jugoslawen und zuletzt noch Ungarn unter ihren Betreuten.

Während des Jahres 1959 unterstützten wir ständig 9 Flüchtlinge, während 14 vorübergehende Unterstützung fanden. Im ganzen betreuten wir am Jahresende 312 Flüchtlinge, von denen 273 ungarische waren. Wir sind den übrigen Flüchtlingshilfswerken dankbar, daß sie

die von uns bisher Betreuten nach freier Wahl übernommen haben, so daß niemand ohne eine Hilfsstelle bleiben muß. Wir danken besonders der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, welche stets zu Ratschlag und finanzieller Weiterhilfe bereit war, wenn unsere bescheidenen Mittel nicht ausreichten. Nicht zuletzt danken wir vielmals einer treuen Schar von regelmäßigen Spendern an unsere Hilfsaufgaben, ja dem ganzen Schweizervolke, daß es uns ermöglichte, jedes Jahr aus der Flüchtlingssammlung die uns noch weiter nötigen Gelder erwarten zu dürfen.

Der uns beim Rechnungsabschluß verbliebene Saldo kommt gesamthaft der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, im Betrage von Fr. 27 127.82, zur weiteren Verwendung für die Flüchtlingshilfe zu. Es verbleibt dem Leiter zum Abschluß noch bestens seinen Mitarbeitern im Arbeitsausschuß zu danken, welche jeweilen auf ihre Art am Gedeihen des Ganzen mithalfen. Besonders sei noch der treuen Arbeit der jeweiligen Rechnungsführerin gedankt, welche jahraus jahrein eine nicht kleine Arbeit leistete.

Zürich 57, im Juni 1960

Willi Kobe, Pfarrer H. Hölzle-Matter, Esther Kober,
Berta Cortellazzi-Frei, Dr. Christine Ragaz

WELTRUNDSCHAU

Der verhinderte Gipfel Im Vordergrund unseres diesmonatigen Überblicks über die Weltlage muß natürlich das unter so dramatischen Umständen erfolgte *Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz* stehen. Denn dieses Ereignis wirft, seines Sensationscharakters entkleidet, ein so scharfes Licht auf den Stand des Ringens um Krieg oder Frieden, daß es dringend nottut, über seinen Hergang und seine Hintergründe völlige Klarheit zu gewinnen. Dies um so mehr, als von westlicher Seite ein richtiger Lügennebel über die ganzen Vorgänge gebreitet wird, der weitherum eine verhängnisvolle Verwirrung anzurichten geeignet ist.

Die Behauptung der westmächtlichen Propaganda (und ihrer «neutralen» Ableger) ist bekannt: Chruschtschew sei nach Paris gefahren, um unter allen Umständen die Konferenz zu sprengen. Den Vorwand dazu habe ihm der Erkundungsflug der amerikanischen U-2-Maschine über der Sowjetunion geboten; der wahre Grund sei aber, daß seine heuchlerische Koexistenzpolitik an der Einigkeit der Westmächte gescheitert sei und so ihren Zweck verfehlt habe: die freie Welt zu zerteilen und zu zersetzen, damit der Kommunismus seine Herrschaftspläne um so leichter verwirklichen könne.

Diese Darstellung schlägt den Tatsachen geradewegs ins Gesicht. Die Wahrheit, wie ich sie wenigstens, nach sorgfältiger Prüfung aller mir erreichbaren Unterlagen, zu sehen vermag, ist die: Die treibenden Kräfte der westmächtlichen Politik haben von allem Anfang an der von der Sowjetunion mit durchaus ehrlicher Absicht verkündeten Koexistenzpolitik entgegengearbeitet, weil darin die Anerkennung des Dauerbestandes der kommunistisch regierten Staaten in ihrer heutigen Ausdehnung eingeschlossen war, während sie an der Hoffnung festhielten, das kommunistische Regime in den Oststaaten, von der DDR bis China, durch wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Druck zum Einsturz zu bringen, nötigenfalls im Gefolge einer endgültigen kriegerischen Kraftprobe. Als dann die Koexistenzpolitik doch gewisse Erfolge zu zeitigen drohte und die lange sabotierte Gipfelkonferenz unvermeidlich geworden war, taten die Westmächte alles, um zu verhindern, daß in Paris irgendwelche positive Ergebnisse erzielt würden, die der Sowjetunion auch nur eine bescheidene Genugtuung hätten bieten können. Und als Chruschtschew trotz dem skandalösen U-2-Flug der amerikanischen Regierung die Möglichkeit bot, sich halbwegs anständig aus der Affäre zu ziehen, benützten die Lenker der Weltpolitik der Vereinigten Staaten den Zwischenfall planmäßig dazu, die Sowjetführung erst recht vor den Kopf zu stoßen, «die Tür zuzuschlagen, die Chruschtschew aufgemacht hatte» (wie sich Walter Lippmann in der «New York Herald Tribune» und anderen amerikanischen Zeitungen am 18. Mai ausdrückte) und damit die Teilnahme des sowjetischen Ministerpräsidenten an der Konferenz ohne Demütigung unmöglich zu machen.

Sehen wir noch etwas näher zu. Auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz stand die internationale Abrüstung, die Einstellung der Kernwaffenversuche, die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands und vor allem die Frage von Westberlin. An der Beseitigung des unhaltbaren Zustandes in Westberlin lag und liegt der Sowjetunion besonders viel, ebenso wie natürlich auch, wenn gleich zum Teil aus anderen Gründen, der Regierung der DDR. Noch im Dezember 1958 zeigten sich zwar die NATO-Mächte bei ihrer Tagung in Paris völlig abgeneigt, der Sowjetunion irgendwie entgegenzukommen. Mit der Moskauer Reise des britischen Ministerpräsidenten Macmillan und dem Tod von John Foster Dulles, des amerikanischen Außenministers, schien sich jedoch die westliche Starrheit zu lockern. Die darauf folgende Genfer Außenministerkonferenz rückte geradezu eine west-östliche Verständigung über Berlin in die Nähe, und die Unterredungen die Chruschtschew im Herbst letzten Jahres mit Präsident Eisenhower hatte, bestärkten den sowjetischen Ministerpräsidenten vollends in der Überzeugung, daß die Politik der Vereinigten Staaten aufrichtig einer Überwindung des Kalten Krieges zustrebe, die internationale Abrüstung fest ins Auge fasse und der «anomalen Lage Westberlins» (die Worte Eisenhowers selbst!) ein Ende zu machen entschlossen sei.

Nur zu bald erwies sich aber, daß es nicht Eisenhower war, der die amerikanische Außenpolitik bestimmte, sondern ganz andere Kräfte — Kräfte, die nicht die *Beendigung*, sondern die *Verschärfung* des Kalten Krieges wollten und der ganzen Koexistenz- und Entspannungspolitik mit allen Mitteln entgegenarbeiteten. Es war neben den Militärführern und Rüstungsinteressenten der USA besonders die Regierung Adenauer-Strauß, die dank der immer stärker gewordenen militärischen und wirtschaftlichen Stellung Westdeutschlands innerhalb der westlichen Welt eine unheilvolle Rolle im Widerstand gegen die «Aufweichung» der Westfront spielte. Die NATO-Konferenz vom Dezember 1959 widerrief so die Zugeständnisse, die der Sowjetunion an der Genfer Außenministertagung gemacht worden waren; auf Drängen de Gaulles wurde die Gipfelkonferenz um ein halbes Jahr verschoben, und Adenauer verkündete von neuem die «geschichtliche Sendung» Westdeutschlands, die europäische Kultur gegen die östliche Barbarei zu verteidigen . . .

Chruschtschew, der schon im September 1959 auf die Quertreibereien der amerikanischen Scharfmacher hingewiesen hatte, wurde so immer mißtrauischer, und als ihm dann im April General de Gaulle in Paris kühl eröffnete, daß von westmächtlichen Zugeständnissen in der deutschen und besonders der Berliner Frage keine Rede mehr sein könne, als dann zum Überfluß auch die NATO-Konferenz in Istanbul die völlig negative Haltung bestätigte, auf die sich die westmächtliche Diplomatie gegenüber den sowjetischen Vorschlägen geeinigt hatte, da mußte es der Sowjetführung endgültig klar sein, daß der «Geist von Camp David» tot war und von der Gipfelkonferenz, der sie mit soviel Eifer und Geduld den Weg bereitet hatte, nichts mehr zu erwarten war. Eisenhower, der ohnehin nicht mehr lange Präsident sein wird, hatte nichts mehr zu sagen; die Vereinigten Staaten nahmen die Kernwaffenversuche neuerdings auf; der britische Abrüstungsplan wurde auf die Seite geschoben, und ein Friedensvertrag mit einem geeinigten Deutschland, ja nur eine Entmilitarisierung Westberlins erschien als hoffnungslose Utopie.

Chruschtschew hatte schon immer mit einer gewissen Gegnerschaft seiner eigenen Leute und eines Teils der Verbündeten der Sowjetunion, namentlich Chinas, zu rechnen, die nicht an eine ehrliche Bereitschaft der Westmächte zu einer Politik friedlichen Zusammenlebens und friedlichen Wettbewerbs der östlichen und der westlichen Welt glaubten. Jetzt mußte er sich — zu spät — selber überzeugen, daß er diese Bereitschaft weit überschätzt und die Stärke der Gegenkräfte gegen alle Verständigung mit der Sowjetunion (und mit China) ebensosehr unterschätzt hatte. Kann man ihm daraus einen großen Vorwurf machen? Hier, in den «Neuen Wegen», ist immer und mit wachsendem Nachdruck auf diese düsteren Kräfte hingewiesen und vor einem voreiligen Optimismus gewarnt worden. Und in der DDR, in der ich vor der Gipfelkonferenz und bis zu ihrem Scheitern weilte, antwortete ich

auf die Frage, was ich von Paris erwarte, jeweilen geradeheraus: «Überhaupt nichts.» Die zahllosen Resolutionen und Aufrufe, die von allen möglichen Körperschaften in der DDR im Blick auf den «Gipfel» verbreitet wurden, schienen mir mit ihren noch so wohlgemeinten Forderungen und Wünschen gänzlich wirklichkeitsfremd zu sein. Aber wenn Chruschtschew dennoch, wider allen Augenschein, an der Hoffnung festhielt, in Paris etwas zu erreichen (und sei es auch nur die westliche Zustimmung zu weiteren Zusammenkünften auf höchster Ebene), so tat er nur seine Pflicht. Der Vorkämpfer der Koexistenzpolitik durfte die Gipfelkonferenz nicht ohne ganz zwingenden Grund fallen lassen. Dieser Grund wurde ihm nun aber durch den amerikanischen Spionageflug vom 1. Mai in aller Form geliefert.

Spionage – Sabotage Es war ein *wirklicher* Grund, kein bloßer Vorwand, wie es im Westen jetzt fast überall heißt. Denn der Flug der U-2-Maschine von der Türkei aus über die Sowjetunion hin, mit einem Flugplatz in Norwegen als Ziel, war eine so krasse, vorbedachte Verletzung der sowjetischen Gebietshoheit und damit eine derart offenkundige amerikanische Angriffshandlung, daß es keinerlei künstliche Aufbauschung brauchte, um am Vorabend der Gipfelkonferenz die Frage stellen zu lassen, ob es jetzt noch irgendeinen Sinn habe, mit der Regierung der Vereinigten Staaten über Abrüstung und friedliche Koexistenz zu verhandeln. Wie hätte man denn in Amerika und in der übrigen westlichen Welt reagiert, wenn unmittelbar vor der Pariser Tagung ein sowjetisches Spionageflugzeug über den Vereinigten Staaten erwischt und abgeschossen worden wäre? Vielleicht hätte der Oberkommandant der amerikanischen Luftwaffe in der panikartigen Furcht vor einem russischen Überraschungsangriff, in der (angeblich oder wirklich) die Militärführung der USA lebt, geradezu auf den berühmten Knopf gedrückt, der den atomaren Weltkrieg ausgelöst hätte. Auf jeden Fall aber wäre eine unsagbare Empörung über die «schamlose Herausforderung» von seiten der Sowjetunion durch die «freie Welt» gebraust und der Beweis für die kriegerischen Absichten der Moskauer Gewalthaber als endgültig erbracht erklärt worden. Die Gipfelkonferenz wäre sehr wahrscheinlich sofort abgesagt worden.

Auch in der Sowjetunion und weit darüber hinaus entstand große Empörung. Aber die Regierung verhielt sich bemerkenswert nüchtern. Wenn man die Erklärungen liest, die Chruschtschew in seinem Vortrag vor dem Obersten Sowjet am 5. Mai und in seinem Schlußwort vom 7. Mai über den Flugzeugzwischenfall abgegeben hat, so bekommt man den bestimmten Eindruck, daß er nicht versuchte, die Angelegenheit künstlich zu dramatisieren, um den Vorwand für eine Absage an die Gipfelkonferenz zu schaffen. Bei allem Ernst, mit dem er den Zwischenfall behandelte, betonte er im Gegenteil wiederholt, daß es gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten seien, die mit diesem

Spionageflug die Konferenz zu hintertreiben suchten, während die Sowjetunion sich an die Regierung der USA wende mit dem Begehren, den Kalten Krieg zu beenden. «Wir haben», so hob er hervor, «trotz den Angriffshandlungen, die unserem Land gegenüber verübt wurden, die freundschaftlichen Begegnungen nicht vergessen, die wir während des Besuches in Amerika hatten.» Der Flugzeugzwischenfall werde vor den Sicherheitsrat gebracht werden, während auf der Gipfelkonferenz «das Wesen der wichtigen Probleme zur Sprache komme, die eine Lösung erheischen».

Auch der Umstand, daß der Sowjetregierung schon früher amerikanische Erkundungsflüge über ihrem Gebiet bekannt geworden sind, ohne daß sie sich darüber beschwerte, beweist nicht, daß der letzte Flug nur zu dem Zweck aufgegriffen wurde, um gegen die Abhaltung der Pariser Konferenz ausgeschlachtet zu werden. Den Spionagecharakter der früheren Flüge, so bemerkte Chruschtschew, habe die Sowjetunion nicht beweisen können; seit dem 1. Mai aber habe sie unwiderlegliche Beweise dafür in den Händen.

Kurz, in Moskau legte man es keineswegs auf eine Sprengung der Pariser Tagung an (dagegen spricht übrigens auch der neue Abrüstungsplan der Sowjetunion, der zwar erst nach der Gipfelkonferenz veröffentlicht wurde, aber offenkundig *für Paris* bestimmt war), betrachtete jedoch die schwere Verletzung der sowjetischen Gebietshoheit durch das U-2-Flugzeug unmittelbar vor dem Zusammentritt der vier Regierungshäupter als *Prüfstein*, an dem sich erweisen müsse, ob es den Vereinigten Staaten mit ihrer «Friedenspolitik» wirklich Ernst sei und ob Präsident Eisenhower die Kraft habe, die Scharfmacher abzuschütteln und im Geist von Camp David mit Chruschtschew auch in Paris zu verhandeln. Der sowjetische Regierungschef war sichtlich bemüht, es dem amerikanischen Präsidenten zu erleichtern, von dem Unternehmen des Militärfliegers Powers abzurücken. Er versicherte wiederholt, er halte Eisenhower für durchaus ehrlich und glaube nicht, daß er etwas von den Spionageflügen gewußt habe; sogar in seiner Moskauer Rede vom 28. Mai sagte er noch, er sei nach wie vor überzeugt, daß Eisenhower nicht auf dem laufenden über die Erkundungsoperationen seiner Luftwaffe gewesen sei. Was hätte darum näher gelegen, als daß Eisenhower, wie es in solchen Fällen üblich ist, den Zwischenfall bedauert, eine höfliche Entschuldigung ausgesprochen und Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse für die Zukunft in Aussicht gestellt hätte?

Aber wiederum hatte Chruschtschew nicht mit den *wahren* Regierern Amerikas gerechnet, die wohl gegenüber Kuba erst vor kurzem noch eine Entschuldigung für die Überfliegung von dessen Staatsgebiet durch ein amerikanisches Militärflugzeug zugelassen hatten, aber der Sowjetunion gegenüber entschlossen waren, keinerlei versöhnliche Gebärde zu machen, vielmehr sie in aller Form demütigen wollten. Da sie anfangs nicht wußten, daß der amerikanische Pilot

lebend und mit sämtlichen Beweisstücken für seinen Spionageauftrag in die Hand der Russen gefallen war, verlegten sie sich zuerst aufs Lügen und stellten mit Vorbringung erfundener flugtechnischer Einzelheiten, über deren Einfältigkeit man nur lachen kann, die ganze Sache als etwas verunglückten Versuch dar, die Witterungsverhältnisse im türkisch-sowjetischen Grenzgebiet zu erkunden, wobei der Pilot — ein Zivilist — das Bewußtsein verloren und sich verirrt habe . . . Als dann Moskau mit seinen Gegenbeweisen herausrückte, wechselte Washington die Taktik. Jetzt erklärte Staatssekretär Herter — es war am 11. Mai —, diese Flüge gehörten zur amtlichen Militärpolitik der Vereinigten Staaten und würden so lang fortgesetzt werden, bis die Sowjetunion ihre militärischen Einrichtungen ausländischer Kontrolle unterstelle. Auf andere Art und Weise könnten die Vereinigten Staaten nicht diejenigen Nachrichten über die sowjetischen Rüstungen gewinnen, die sie unbedingt brauchten, um einen Überraschungsangriff abzuwehren.

Damit verhinderten Herter und seine Hintermänner nicht nur Eisenhower, von sich aus eine Entschuldigung auszusprechen, sondern zwangen auch Chruschtschew, nunmehr in aller Form zu verlangen, daß die Regierung der USA ihr Bedauern über den U-2-Flug äußere, die Einstellung aller ähnlichen Unternehmungen verspreche und die Bestrafung der unmittelbar Verantwortlichen zusichere, falls die Pariser Konferenz überhaupt noch solle stattfinden können. Hätte Chruschtschew anders gehandelt, so hätte er das amerikanische Recht zu eigenmächtigen fliegerischen Angriffshandlungen anerkannt und wäre als verantwortlicher Staatsmann einer Großmacht ersten Ranges unmöglich geworden. Es wäre wohl richtiger gewesen, Chruschtschew hätte unter diesen Umständen nun wirklich auf die Pariser Reise verzichtet, konnte er doch nicht hoffen, daß Eisenhower seine Bedingungen für die Abhaltung der Konferenz annehmen würde. Trotzdem flog er am 14. Mai (Samstag) in die französische Hauptstadt — nicht um auf jeden Fall die Konferenz zu sprengen, sondern um zu retten, was noch zu retten war, soweit es ohne Demütigung der Sowjetunion möglich wäre. Andern Tags suchte er nach de Gaulle insbesondere Macmillan auf, der eine wenigstens formale Rettung der Konferenz für möglich zu halten schien, falls Eisenhower in die Einstellung der Spionageflüge und irgendeine Entschuldigung einwilligen würde, wie es Chruschtschew wünschte.

Eisenhower sagte denn auch am Montagvormittag die Einstellung der Flüge *für den Rest seiner Präsidentschaftszeit* zu, aber abgesehen davon, daß dieses Zugeständnis zu spät kam und der Sowjetunion auch keinerlei Sicherheit für die Haltung von Eisenhowers Nachfolger bieten konnte, war die Stimmung in der amerikanischen Delegation so, daß an die Schaffung einer ersprießlichen Konferenzatmosphäre gar nicht mehr zu denken war. Bereits waren die USA-Streitkräfte in Alarmzustand versetzt worden; General de Gaulle trat endgültig auf

die Seite der «Harten», die von keinerlei Entgegenkommen an die Sowjetunion etwas wissen wollten; und als die drei westlichen Regierungschefs am Dienstag Chruschtschew vor die Wahl stellten, entweder an einer für nachmittags drei Uhr anberaumten Sitzung teilzunehmen (was als Zurückziehung seiner Forderungen zu gelten hätte) oder aber die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz auf sich zu nehmen, entschloß er sich für das Zweite, um der Demütigung zu entgehen, die ein Rückzug aus seiner bisherigen Stellung bedeutet hätte.

Es war ein durchtriebenes, bösartiges Spiel, das die amerikanischen Scharfmacher spielten (mit Duldung oder offener Gutheißung der britischen und französischen Vertreter). Die Lage war ja geradezu grotesk: Chruschtschew hatte seit vielen Monaten auf die Abhaltung einer Gipfelkonferenz gedrängt und ihre Einberufung schließlich auch gegen alle westlichen Widerstände durchgesetzt, merkte aber zu spät, daß die Westmächte gar nicht ernstlich verhandeln — und das heißt doch: der Sowjetunion auf halbem Weg entgegenkommen — *wollten*, und wurde nun von diesen in eine Sackgasse hineinmanövriert, aus der er ehrenhaft nur herauskommen konnte, wenn er sich dem klug präparierten Vorwurf aussetzte, daß *er* die Konferenz nicht mehr wolle. Die Westmächte konnten so — die Welt will eben getäuscht sein — als die Verständigungswilligen posieren, denen zu ihrem großen Leidwesen der Konferenzboden unter den Füßen weggezogen worden sei. Und Chruschtschew, dem so raffiniert das Odium für den formellen Abbruch der Konferenz (noch vor ihrem eigentlichen Anfang) zugeschoben wurde, trug durch seine nachfolgenden rednerischen Ausschweifungen noch selbst zu dem von den westmächtlichen Regisseuren gewollten Eindruck bei, daß *er* der große Schuldige sei, während es in Wahrheit die amerikanischen Gegner aller friedlichen Koexistenz von West und Ost sind, die für das Pariser Fiasko verantwortlich gemacht werden müssen — sie, die die Luftspionage ihrer Militärs so geschickt zum Werkzeug der Sabotage der verhaßten Gipfelkonferenz zu machen verstanden.

Die fällige Entscheidung Das eine Gute hat das Scheitern einer ersten Gipfelkonferenz immerhin gebracht: es hat für jeden, der sehen *will*, völlige *Klarheit* über die Kräfte geschaffen, die die Politik der Westmächte wirklich beherrschen. Und das sind eben nach wie vor diejenigen kapitalistisch-militaristischen Gruppen mitsamt ihrem «ideologischen» Anhang in anderen Lagern (eingeschlossen die Mehrzahl der verbürgerlichten Kirchen), die kein Zusammenleben und Zusammenarbeiten mit der kommunistischen Welt wollen, sondern auf deren Zusammenbruch oder gewaltsame Zurückwerfung und «Unschädlichmachung» spekulieren. Und die entscheidende Aufgabe der absehbaren Zukunft ist es darum, *diese* Kräfte unschädlich zu machen, würden sie uns doch mit völliger Sicher-

heit in die atomare Weltkatastrophe hineinführen, wenn ihnen die Völker weiterhin freie Hand gäben.

Was soll nun aber praktisch geschehen? Man hat die Befürchtung geäußert, die Sowjetunion werde eigenmächtig durchzusetzen suchen, was sie durch Verhandlungen nicht mehr zu erreichen hoffen könne. Chruschtschews Berliner Rede spricht — mindestens in bezug auf die deutsche Frage — gegen diese Annahme. Der sowjetische Regierungschef läßt die Tür zu Verhandlungen weiter offen und meint sogar in sechs bis acht Monaten zu einer neuen Gipfelkonferenz antreten zu können. Aber wenn er sich darin wieder täuscht — was dann? Wird dann Chruschtschew seine Drohung wahr machen, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland abzuschließen, das seinerseits das «Berliner Loch» für die Abwanderung nach dem Westen zumachen und den Westmächten den Zugang zu Westberlin sperren würde — mit allen schweren Folgen, die daraus entstehen müßten? Oder ruft die Sowjetunion nochmals die Vereinten Nationen an? Die Ablehnung ihres Begehrens, die amerikanischen Spionageflüge zu verurteilen, durch den Sicherheitsrat läßt wenig Hoffnung darauf, daß die Sowjetunion in dieser wie in den anderen Streitfragen Genugtuung durch die Generalversammlung erhalten wird. Die Folge wird dann sein, daß im Ostlager ebenfalls eine Versteifung eintritt und die «chinesische Linie» durchdringt, das heißt die Haltung derjenigen, die an keine Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit den Westmächten glauben und alles auf die revolutionäre Karte setzen, namentlich auf die umwälzenden Wirkungen des Befreiungskampfes der unterentwickelten Völker, der immer entschlossener unterstützt werden müsse.

Im Ostlager wird man trotzdem nichts überstürzen. Man wird — bei aller planvollen Tätigkeit — warten können. Denn es ist wohl so, wie Paul Johnson im «New Statesman» (28. Mai) schreibt: «Die Zeit arbeitet für Chruschtschew. Schon herrschen starke Zweifel in bezug auf Amerikas Bereitschaft, sich um Berlins willen der atomaren Vernichtung auszusetzen. Und in dem Maße, da sich das militärische Schwergewicht weiterhin zugunsten Rußlands verschiebt und die Vereinigten Staaten in die gefährlichen Jahre der ‚Raketenlücke' hineinkommen, werden sich diese Zweifel noch verstärken. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Chruschtschew, indem er die Vereinigten Staaten zwang, auf das einzig sichere Mittel zur Feststellung sowjetischer Raketenrampen (Spionageflüge; H. K.) zu verzichten, ein Zugeständnis von großer militärischer Bedeutung herausgeholt hat. Wenn die Wahl einfach zwischen Krieg und einer Münchner Kapitulation steht, muß das Schwergewicht der Gründe unerbittlich zugunsten des Zweiten in die Waagschale fallen. Chruschtschew kann es sich leisten, auf einen zweiten Gipfel zu warten. Können wir es auch? Nur dann, wenn wir uns hier und jetzt an die Arbeit machen, um eine Lösung vorzubereiten, die diese undenkbare Entscheidung unnötig macht.»

Ja, *wenn* . . .! Aber bis jetzt fällt es den Westmächten gar nicht ein,

aus ihrer rein negativen Haltung gegenüber den Notwendigkeiten einer gründlichen west-östlichen Entspannung herauszutreten und durch radikale Abrüstung, Entmilitarisierung Deutschlands und Einbeziehung Chinas (und Indiens) in die internationalen Verhandlungen den Kalten Krieg zu beendigen. Dies, obwohl der Sturz des Regimes Bayar-Menderes in der Türkei und die Verjagung Syngman Rhees aus Südkorea wie der mächtige Widerstand des japanischen Volkes gegen das Militärbündnis mit Amerika den Westmächten zeigen sollte, daß sich auch das *politische* — nicht nur das militärische — Kräfteverhältnis mehr und mehr zu ihren Ungunsten verschiebt und die Stützen des von den Vereinigten Staaten beherrschten weltweiten Allianzsystems immer brüchiger werden, eine Verständigung mit der östlichen Welt also schon ein Gebot der praktischen Vernunft ist. Wohl hält *Macmillan* — mit Worten wenigstens — an seiner Vermittlerrolle fest, aber wenn es zur Entscheidung kommt, ordnet er sich eben doch fügsam der Übermacht Amerikas unter. Wohl macht sich in den *Vereinigten Staaten selbst* eine nicht unerhebliche Kritik, besonders natürlich in der Demokratischen Partei, an der unglaublichen Fehlleistung der Regierung Eisenhower in der Behandlung des U-2-Spionagefluges geltend; aber würde die amerikanische Außenpolitik wirklich auf einen neuen Kurs gebracht werden, falls der Nachfolger Eisenhowers ein Demokrat würde, hieße er selbst Kennedy, der öffentlich erklärte, er bedaure die Spionageflüge und hätte sich bei der Regierung der Sowjetunion anständig entschuldigt? Es müßte schon ein — vielleicht von der Wirtschaft herkommender — gänzlicher Umschwung im politischen Betrieb der Vereinigten Staaten eintreten, wenn so etwas möglich sein sollte. Und dafür fehlen vorderhand noch alle Anzeichen. Denken wir aber erst an *Westdeutschland*, so müssen wir jede Hoffnung auf einen nahen Sturz der unheiligen Allianz von Kapitalismus, Militarismus und Klerikalismus (beider Hauptkonfessionen) aufgeben, die die verhängnisvolle Außenpolitik Adenauers trägt. Auf die Sozialdemokratie ist ja keinerlei Verlaß; Adenauer hatte sogar die Dreistigkeit, von ihr die «bedingungslose Zustimmung» zu seiner Außenpolitik zu verlangen, was angesichts ihres bornierten Antikommunismus wirklich nicht mehr abwegig wäre, aber von ihr vorderhand doch abgelehnt wurde. So wird eben weiterhin für den ganzen Westbund gelten, was Staatssekretär Herter vor der Senatskommission für Auswärtiges von den USA sagte: «Solange die kommunistischen Mächte ihren Kurs nicht radikal änderten, müßten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre bisherige außenpolitische Linie mit erneutem Nachdruck verfolgen.» (Washingtoner Bericht der «NZZ» vom 28. Mai.)

Eine düstere Aussicht, fürwahr! Schließen wir uns darum der Hamburger «Anderen Zeitung» (Nr. 21) an, in der Gerhard Gleißberg warnt: «Die Besinnungspause, die durch die Vertagung der Gipfelkonferenz auf sechs bis acht Monate gewonnen ist, kann die letzte sein. Wird sie nicht genutzt, um den Appell an die Vernunft zu befol-

gen, droht die Katastrophe ... Mit Blindheit sind die geschlagen, die meinen, man könne die kommenden Monate verstreichen lassen, ohne den Finger zur Lösung der Probleme zu rühren, die gelöst werden müssen, und verbrecherisch ist es, dazu aufzufordern, die kommenden Monate mit neuen Provokationen auszufüllen.»

Augenschein in der DDR Unsere Leser und Leserinnen werden es mir zuguthalten, wenn ich hier nicht mit der Beleuchtung der sonstigen Weltereignisse fortfahre, vielmehr von den Beobachtungen zu erzählen beginne, die ich auf einer vierwöchigen Reise in der *Deutschen Demokratischen Republik* gemacht habe. Die DDR wird ja ohnehin bei der Weiterentwicklung der westöstlichen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen, so daß es sehr darauf ankommt, ein möglichst wirklichkeitsgemäßes Bild von ihrer Lage zu bekommen. Aus unserer Presse und unserem Radio vernimmt man allerdings — bis tief in die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsorgane hinein — sozusagen nur Schlechtes von der DDR. Ihre wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber der Bonner Republik wird unablässig schadenfroh herausgestrichen; die sozialen und kulturellen Leistungen, die sie buchen kann, werden herabgemindert, und selbstverständlich wird ihr politisches Regime in den düstersten Farben geschildert. Nun fallen gewiß Mängel, Fehler und Unzulänglichkeiten in der DDR dem Besucher ohne weiteres zahlreich in die Augen, und unsere Zeitungen und Eintagsreisenden reden ausgiebig und fast ausschließlich von ihnen. Wovon sie aber kaum reden, das sind drei oder vier ganz sichere Tatsachen, die *für* die DDR sprechen.

Erstens: Die DDR hat bedeutende, ja epochemachende *gesellschaftliche Neuerungen* durchgeführt. Sie hat den Großgrundbesitz auf ihrem Gebiet restlos aufgeteilt und damit dem gemeinschädlichen östlichen Junkertum mit seinen Ablagen in Staat und Armee im eigentlichen Sinn den Boden entzogen. Sie hat den Industrie- und Finanzkapitalismus durch die Sozialisierung der entsprechenden Betriebe überwunden. Von Nazismus und Antisemitismus sind in ihrem öffentlichen Leben kaum noch Spuren übrig geblieben. Die Sozialfürsorge, namentlich auch der Gesundheitsdienst, ist (mit empfindlichen Lücken, gewiß) vorbildlich ausgebaut. Im Schulwesen ist das Bildungsmonopol gebrochen und eine Umgestaltung im Gang, von der auch im Lande Pestalozzis einiges zu lernen wäre. In all dem ist die Richtung auf den Sozialismus, die klassenlose Gesellschaft, unverkennbar.

Zweitens: Die *Lebenshaltung* der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren stark gehoben. Nachdem für eine tragfähige Schwerindustrie die Grundlagen geschaffen sind, wird der Herstellung von Verbrauchsgütern größte Förderung zuteil, und die vielen reich ausgestatteten Läden und Kaufhäuser, in denen regster Zuspruch herrscht, legen schon jetzt Zeugnis für den Fortschritt ab, der hier erzielt worden ist. Die Absicht, schon in ganz wenigen Jahren in den hauptsäch-

lichen Verbrauchsgütern den Stand des Konsums in der westdeutschen Bundesrepublik zu erreichen, hat unter diesen Umständen nichts Utopisches an sich. Die Löhne sind nach meinen Begriffen weithin gut bis sehr gut, besonders wenn man berücksichtigt, daß dank den sozialen Hilfseinrichtungen vielfach auch die Frauen ohne Vernachlässigung der Familie mitverdienen können. Die jungen Arbeiter verdienen sogar oft mehr, als sie auf gesunde und anständige Art ausgeben können.

Drittens: Die wirtschaftlichen Rückstände, die in der DDR anzutreffen sind, erklären sich zum großen Teil durch die gegenüber der Bundesrepublik *ungünstige Ausgangslage*, in der die DDR ihren Aufbau nach dem Krieg beginnen mußte (fast vollständiger Mangel an bisher genutzten Rohstoffen; wenig Schwerindustrie; schwache Landwirtschaft; Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion, usw.). Wenn dennoch die DDR ihre Volkswirtschaft auf den mehr als achtenswerten Stand gebracht hat, den sie heute einnimmt, so kann man *hier* viel eher von einem Wirtschaftswunder reden als in bezug auf Westdeutschland, das nach dem Krieg günstigere Verhältnisse vorfand und zudem amerikanische Kapitalhilfe in reichstem Maße genoß und weiterhin genießt.

Und viertens: Das *politische* Regime der DDR könnte längst viel freiheitlicher und demokratischer sein, wenn der ostdeutsche Staat nicht weit mehr als die übrigen Volksrepubliken vom Westen her mit allen denkbaren Mitteln bekämpft und unterwühlt würde. Die Zwangs- und Diktaturmaßnahmen, die er ergriffen hat, sind zu einem ganz großen Teil einfach Schutz- und Abwehrmaßnahmen, die in dem Maße abgebaut werden könnten, da die Westmächte und die Bonner Republik die Tatsache des Bestehens einer Deutschen Demokratischen Republik politisch anerkennen und mit ihr über die Schaffung eines friedfertigen deutschen Einheitsstaates mit politischer *und* sozialer Demokratie verhandeln würden.

Vom industriellen Aufbau Raumeshalber kann hier von den so eindrucksvollen Fortschritten der ostdeutschen Industrie nur in Stichworten geredet werden*. Die gesamte Wirtschaft mußte auf die Verwendung von *Braunkohle*, des wichtigsten Rohstoffes der DDR, umgestellt werden. Mittelpunkt der Braunkohlenverarbeitung ist das imposante Kombinat «Schwarze Pumpe» in der Oberlausitz mit drei Kraftwerken, drei Brikettfabriken, einer Großanlage für Fasererzeugung und zahlreichen Nebenanlagen. Schon seit fünf Jahren steht übrigens die DDR an der Spitze der Braunkohlenförderung und -verarbeitung in der Welt. Besonders unentbehrlich ist Braunkohle für die *Chemieindustrie*, deren Ausbau ein Hauptanliegen des dritten Fünfjahrplanes der DDR (1961 bis 1965) ist. Ihre

* Näheres darüber wie über die anderen Aspekte der DDR in einer Artikelreihe, die gegenwärtig im «Zeitdienst» (Postfach, Zürich 38) erscheint.

Bruttoerzeugung wird bis 1965 um mehr als 60 Prozent steigen, die Erzeugung von Kunststoffen auf 250 Prozent. Die Produkte der Leuna- und Bunawerke wie auch anderer Chemiebetriebe der DDR sind weltbekannt; in Coswig entsteht das größte Schwefelsäurewerk der Welt. Da Chemie heute in unzählige Fertigwaren eingeht, wird daraus ein mächtiger Aufschwung des Güterverbrauchs der Gesamtbevölkerung erwachsen, zumal die große Erdölleitung, die jetzt von der Sowjetunion west- und südwärts gelegt wird, jede Minute 10 Tonnen Petrol in die DDR fließen lassen wird.

Eine *Metallindustrie* größeren Ausmaßes gab es früher auf dem Gebiete der DDR fast gar nicht. Seit Kriegsende entstehen nun aber überaus leistungsfähige Stahlwerke, so daß (unter Einrechnung des aus der Sowjetunion kommenden Stahls) die DDR, gegenüber 4,5 Millionen Tonnen im laufenden Jahr, 6 Millionen Tonnen Stahl im Jahr 1963 zur Verfügung haben wird und schon heute über dreimal soviel metallurgische Erzeugnisse herstellt wie 1950. Das Hüttenwerk in Stalinstadt — dieser in kärglichster Steppenlandschaft aus dem Erdboden erwachsenden jungen Stadt, ganz nahe der polnischen Grenze, von schon jetzt über 30 000 Einwohnern — gab mir einen Begriff von den Zukunftsmöglichkeiten der ostdeutschen Schwerindustrie, die technisch auf letzter Höhe steht. In die Leistungen der Maschinen- und Apparateindustrie nahm ich Einblick bei Bergmann-Borsig in Berlin (Energiemaschinen, Ausfuhr fast gänzlich nach China) und in den Zeißwerken in Jena, diesem Wunder von wissenschaftlich-technischer Präzisionsarbeit, Kunstfertigkeit und höchster Vollendung.

Was soll ich noch sagen über den *Kraftwerkbau* (eingeschlossen das erste Atomkraftwerk Deutschlands für elektrische Energie, das bei Berlin im Bau ist), über die junge *Nickelindustrie*, die *Textil- und Lederindustrie* und all die anderen wichtigeren Großgewerbe? Überall der gleiche Aufbaueifer, der gleiche Arbeitswille, die gleiche Leistungssteigerung. Bis zur Erfüllung der dritten Fünfjahrplanes wird so die Industrieproduktion auf mindestens 150 Prozent der vorhergehenden Leistung angewachsen sein. Das bedeutet, daß dann die Industrie der DDR fast doppelt soviel erzeugen wird wie 1957. Nicht vergessen will ich den Wiederaufbau der ostdeutschen *Hochseeschiffahrt*, von dem die neue, riesige Warnow-Werft in Rostock und der mächtige, teilweise schon im Betrieb befindliche Ostseehafen dieser Stadt (die im Krieg furchtbar gelitten hat) für mich das augenfälligste, ein geradezu begeisterndes Zeugnis waren.

Genossenschaftliches Bauerntum Besonders viel ist bei uns in den letzten Monaten über die *Landwirtschaft* in der DDR geschrieben worden, im Zusammenhang mit der forcierten hundertprozentigen Vergenossenschaftlichung der Bauernbetriebe, die nach Zweck und Mitteln heftig kritisiert wurde. Auch die «Neuen Wege» haben eine Zuschrift be-

kommen, in der es hieß, die Bauern in der DDR seien zu «Staatssklaven» gemacht worden, denn ein Bauer ohne Grund und Boden sei «kein freier Mann» mehr, sondern «entwurzelt», «seines Wesens beraubt». (Wir können wiederum aus Platzgründen weder diese Zuschrift ausführlich wiedergeben noch mehr als nur ganz summarisch die Landwirtschaftsfrage in der DDR besprechen.)

Ich halte den Vorwurf der «Staatssklaverei», die den Bauern der DDR aufgezwungen worden sei, für gänzlich verfehlt. Der sogenannte freie Bauer, der auf seinem Hof schalten und walten kann, wie es ihm beliebt, ist für mich alles andere als ein Ideal, so wenig es der «freie Unternehmer» ist, für dessen Erhaltung gegenüber dem Ansturm des Sozialismus und Kommunismus sich jetzt die westliche Welt so leidenschaftlich wehrt. Der Bauer war, dem ganzen Wesen seiner Existenz nach, in früheren Zeiten fast überall (und ist es in manchen Ländern noch heute) in eine oft streng geordnete Gemeinschaft eingegliedert; auf germanischem Boden, namentlich auch in der Schweiz, gehörte er einer Markgenossenschaft an, deren Reste wir in Gestalt der Allmenden, der gemeinsamen Alpweiden usw. noch heute unter uns haben. Der vordringende Wirtschaftsindividualismus und Kapitalismus hat diese Dorfgemeinschaften mehr und mehr aufgelöst und einen Geist des Gewinnstrebens und des Eigennutzes in das Bauerntum hineingetragen, der aller Gemeinschaftlichkeit und auch allem Christentum ins Gesicht schlägt. Die bäuerliche Genossenschaftsbewegung hat diese Fehlentwicklung vielfach korrigiert, aber doch nicht folgerichtig umgebogen; das tut erst die leider zunächst nur in den kommunistischen Ländern verwirklichte Vollkollektivierung der Landwirtschaft, zu der ich *grundsätzlich* aus voller Überzeugung Ja sage.

Ich habe mir in der DDR zwei landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) angesehen, eine ältere und eine eben erst gegründete. Die erste hat ihren Mittelpunkt in Jahna bei Meißen, erfaßt 14 Dörfer mit gegen 2000 Hektaren Nutzfläche und hat 420 Mitglieder, davon 64 in diesem Jahr neugewonnene. Der Boden gehörte ehedem landhungrigen Kleinbauern und zwei Rittergutsbesitzern, von denen der eine 1955 gesetzlich enteignet wurde, während der andere in den Westen floh und so sein Besitzrecht ebenfalls verwirkte. Die durch die Bodenaufteilung zu Eigenbesitz gekommenen Bauern begannen sich 1952 zu einer LPG zusammenzuschließen, die — so ist der Zustand heute — jedem Mitglied seinen Hof als Eigentum beläßt, aber volle Gemeinsamkeit in der Bodenbearbeitung und Viehzucht durchführt. Jeder Genossenschaftsbauer kann zwei Kühe, dazu Schweine, Geflügel usw. soviel er will und kann, privat für sich behalten, aber im übrigen sorgen gemeinsam beschlossene Einrichtungen und Maßnahmen für die rationellsten Anbau- und Zuchtmethoden: Rinderställe mit zentraler Milchhalle, Kälberstall, Schweinemästerei, Hühnerfarm, Brüterei, Schweinezuchtställe, Düngerschuppen usw. Die Erträgnisse sind dadurch in den letzten Jahren beträchtlich gesteigert worden, bei

Weizen zum Beispiel von 36 Doppelzentnern je Hektare im Jahr 1952 auf 41 Doppelzentner im vergangenen Jahr. Noch größere Fortschritte sind in der Produktion von Milch, Milchprodukten sowie Fleisch erzielt worden, teilweise bis zu 200 beziehungsweise 400 Prozent.

Die ganze Siedlung mit ihren neuen Einfamilienhäusern macht einen blühenden Eindruck. Die Bauern rühmen ihre geregelte Arbeitszeit (mit Ferien in den Wintermonaten) und die Sicherheit des Absatzes und des erhöhten Verdienstes, die sie nun genießen. Was mir besonders wertvoll erscheint, sind die Erleichterungen für die früher so arg geplagten Bäuerinnen: Kinderkrippe, Kindergarten und Kinderhort, Wäscherei (85 Pfennige das Kilo); gerade während meines Besuches war eine Gruppe von Bauernfrauen aus der Nachbarschaft da, um die neuen Einrichtungen kennenzulernen, und ich bin sicher, sie werden solche Dinger auch in ihrem Dorf schaffen. Dazu kommen noch die kulturellen Neuerungen: Bibliothek, Filmdarbietungen, Theaterbesuch in der nahen Stadt — kurz, ich wundere mich nur, daß die 64 Bauern, die bisher der LPG nicht angehörten, erst jetzt beigetreten sind.

Gewiß sind lange nicht alle LPG auf der gleichen Höhe wie Jahna, und das erklärt zu einem großen Teil die Widerstände gegen die Vollkollektivierung, Widerstände, die mit Druck von oben und außen brechen zu wollen ein schwerer Fehler war. Es wäre viel besser gewesen, den Außenseitern noch ein oder zwei Jahre Zeit zu geben, um die in die Augen springenden Vorteile der Vergenossenschaftung — die letzten Endes die einzige Rettung der Kleinbauern darstellt — kennen zu lernen. Ich zweifle nicht, daß die vielfach angewandten groben «Überredungsmittel» häufig das Gegenteil der gewollten Wirkung hatten und zahlreiche Bauern zur Flucht in den Westen (in einzelnen Fällen sogar in den Tod) trieben. Aber ich weiß auch, daß diesem Unfug rasch gesteuert wurde, und bin überzeugt, daß die allermeisten Neueintritte in die LPG einfach der Einsicht in die Notwendigkeit eines rationelleren Wirtschaftsbetriebes und in den handgreiflichen Nutzen entsprangen, den die Genossenschaft jedem Mitglied bringt. Das bestätigten mir auch die Leiter einer ganz jungen Genossenschaft (sie heißt sich nach einer volkstümlichen Figur «Käp'n Braß») im mecklenburgischen Bezirk Rostock, die 30 Mitglieder mit zusammen 170 Hektaren Land zählt. Hier sieht man noch nichts von den Gemeinschaftsanlagen der älteren Genossenschaften, aber man *weiß* davon und erwartet von ihnen auch hier die Vorteile für den Einzelnen, die man anderwärts errungen sieht. Daß es bei der Gründung dieser LPG keiner verwerflichen Zwangsmethoden bedurfte, glaubte ich den Bauern, mit denen ich redete, ohne weiteres.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften stellt der DDR noch große Aufgaben. Aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Planung *muß* eben auch die Landwirtschaft modernisiert

Nicht tothassen — lebendiglieben!

Wir möchten unseren Lesern in der Juli/August-Ausgabe der «Neuen Wege» eine Auswahl von deutschen Stimmen zur Lage, entweder in ganzen Artikeln oder auszugsweise in Zitaten, vorlegen. Sie sollen zeigen, daß es in Deutschland neben Adenauers Anhängern und den rückgratlosen Opportunisten der offiziellen Linken auch noch Vertreter einer echten, auf ethisch-religiöser Weltanschauung beruhenden Opposition gibt, wie wir sie in der Schweiz in dieser Lauterkeit und Vorurteilslosigkeit kaum kennen. Red.

«Wohlan, alle, die ihr durstig seid, kommet her zum Wasser! und die ihr nicht Geld habt, kommet her, kaufet und esset; kommt her und kauft ohne Geld umsonst beides, Wein und Milch! Warum zählet ihr Geld dar, da kein Brot ist, und tut Arbeit, davon ihr nicht satt werden könnt? Höret mir doch zu und esset das Gute, so wird eure Seele am Fetten ihre Lust haben. Neiget eure Ohren her und kommet her zu mir, höret, so wird eure Seele leben; denn ich will mit euch einen ewigen Bund machen, daß ich euch gebe die gewissen Gnaden Davids.»
Jes. 55, 1—3

Liebe Gemeinde! «Auf, alle Durstigen, kommet zum Wasser! Und wer kein Geld hat, komme! Kaufet und esset ohne Geld und ohne Kaufpreis Wein und Milch!» — In diesen Tagen habe ich das erschütternde Buch «Umfrage in Palermo» von Danilo Dolci gelesen. Da heißt es an der Stelle, wo das Elend des Stadtteils Al Capo aufgezeichnet steht: «Am Abend bedeckt sich der Fußboden der Häuser ganz und gar mit Matratzen, Lumpen, Decken. Wenn die Kinder auf den Abort müssen, tasten sie sich zwischen den Schlafenden vorwärts. Einige schlafen auf dem Tisch, andere darunter. Überall Ratten. In dem Zimmer einer alten Frau schlafen 10 Enkelinnen, die nicht zu Hause leben. In einem Zimmer wohnen drei jungverheiratete Paare zusammen. 49 Knaben zwischen 6 und 13 Jahren gehen zur Schule, 58 nicht.» Von dem Stadtviertel La Kalsa heißt es: «In vielen Familien müssen es die Familienmitglieder an den Fingern abzählen, wieviel ihrer sind. Im Durchschnitt liegen drei Personen in einem Bett. 18 Familien haben einen Armenausweis; in einer hören wir: Wir haben keinen Armenausweis, weil er Geld kostet. Die Fischer arbeiten nur das halbe Jahr über. Die große Mehrheit der jungen Leute hat keine feste Arbeit, alle schmuggeln Zigaretten und Sacharin. Mehr als ein Viertel der Männer hat im Gefängnis gesessen, oft Jahre lang. 13 Ehepaare können lesen und schreiben. 26 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren gehen in den Kindergarten, 44 nicht. Es wurden 7 Fälle von Hirnhautentzündung, 42 von Typhus und 105 von verschiedenen Formen von Schwindsucht festgestellt.» Das ist Palermo, die Hauptstadt Siziliens in Wirklichkeit. Die Armut ist unvorstellbar, die sittlichen Zustände sind un-

ausdenkbar. Während in Rom auf jeden vierten Einwohner ein Auto kommt, hat in Sizilien nur jeder vierte Mann Arbeit. «Auf, alle Durstigen, kommet zum Wasser! Und wer kein Geld hat, komme! Kaufet und esset ohne Geld und ohne Kaufpreis Wein und Milch!» — Was würde geschehen, wenn die Armen Palermos und dieser ganzen, ach so schönen Insel Sizilien einmal diesen Ruf hören und ihm folgen könnten! Aber geht es in unserem Text überhaupt um diesen Hunger und um dieses Elend? Ursprünglich sind die gefangenen Israeliten in Babylon gemeint, wie, wenn wir heute gemeint wären?

Wir? Leiden wir Hunger? Kennen wir Durst? Schlafen wir nicht in weichen Betten? Besuchen unsere Kinder nicht die Schule? Haben wir nicht Arbeit? Verdienen wir nicht gut? Sind wir nicht rechtschaffen? Glauben wir nicht an Gott? — Ach, liebe Gemeinde, vielleicht geht es uns wie den Leuten von Laodicea. Sie hielten sich für reich, satt und meinten, nichts zu bedürfen. Johannes aber schrieb gerade dieser Gemeinde: «Du weißt nicht, daß du bist elend und jämmerlich, arm, blind und bloß. Ich rate dir, daß du Gold von mir kaufest, das mit Feuer durchläutert ist, auf daß du reich werdest, und weiße Kleider, daß du dich antust und nicht offenbar werde die Schande deiner Blöße; und salbe deine Augen mit Augensalbe, daß du sehen mögest!» Freilich, was nützte dieser Brief? Vermutlich haben die Laodiceer die Bildersprache des Johannes gar nicht verstanden. Es ist schwer, Menschen, die sich für satt halten, Hunger einzureden, Menschen, die sich für rechtschaffen halten, die Kümmerlichkeit ihrer Herzen zu bezeugen und Menschen, die sich für fromm halten, Gottlosigkeit zu bescheinigen. Wir ereifern uns über den Zwang und die Gewalt, die im Osten herrschen. Wir verabscheuen die Methoden, mit denen man dort neue soziale Zustände zu schaffen versucht. Wir wollen Freiheit. Nun wohl, in der nächsten Woche halten wir die Woche der Inneren Mission. Wir sammeln in den Häusern und auf den Straßen wieder für die Siechen in den Siechenhäusern, für die Alten in den Altersheimen, für die geistig Zurückgebliebenen in den Pflegeanstalten usw. Ganz ohne Zwang. Ohne jede Gewalt. In aller Freiheit kann jeder geben, wieviel er mag. Unsere Frauen aber haben heute schon Angst, in den einzelnen Wohnungen vorsprechen zu sollen, Angst vor der Art, wie sie empfangen und Angst vor der Art, wie sie in vielen Fällen abgewiesen werden. Ich frage: wo ist nun die größere Armut, die tiefere Not und das schlimmere Elend? Bei den Armen auf Sizilien oder bei den Sizilienreisenden, die es zu Hause nicht übers Herz bringen, für die Kranken, Alten und Armen in ihrer Mitte auch nur eine einzige Mark zu opfern? Natürlich hängen unsere Schaffenswut, unsere Rücksichtslosigkeit, unsere Herzenshärtigkeit und unsere Genußsucht miteinander zusammen und haben eine Ursache. Wir leiden heimlicherweise, obwohl uns nachgerade vor Sattheit nichts mehr recht schmeckt, auch Hunger. Weil es heimlicherweise so mit uns steht, brauchen wir immer mehr und bekommen nie genug. Sind wir Westdeutschen im

Laufe der letzten Jahre nicht zu den heißhungrigsten, unersättlichsten, rücksichtslosesten und ungeniertesten Verbrauchern der Güter dieser Erde überhaupt geworden? Das Teuerste ist vielen von uns gerade gut genug. Das Extravaganteste in der Kleidung und das Ungewöhnlichste ist das Alltägliche, das Verrückteste das Normale. Wir sind überall gewesen und haben nichts gesehen. Wir kaufen alles und wissen nichts damit anzufangen. Wir brauchen Lärm, weil wir es nicht mehr zur stillen Zwiesprache mit uns selber kommen lassen können. Wir brauchen Tempo, um uns selber davonzulaufen. Wir verkommen in Arbeit, Unrast, Unstetigkeit und Flüchtigkeit. Unsere Freiheit heißt Hemmungslosigkeit. Obwohl wir vor Überdruß bereits alles fad finden, sind wir ausgehungerte Leute und sind töricht genug, zu meinen, wir können diesen Hunger mit Rauschgiften stillen.

Ihr werdet sagen: schon recht, aber ist es anderswo besser? Sicherlich nicht. Ich war am 17. Juni in Ostberlin, um mit Pfarrern und Gemeindegliedern aus Ost und West über unseren gemeinsamen Weg als Christen zu beraten. Das, was ich in diesen Tagen in den DDR-Zeitungen las, war kein Brot, die Parolen, die ich auf den vielen Transparenten und Anschlagtafeln sah, auch nicht. Die Straße «Unter den Linden» vom Brandenburger Tor bis zum Marx-Engels-Platz sah weder bei Tage noch bei Nacht wie die Straße des Lebens aus und das «Trink, trink, Trinken regiert die Welt!», von einem Kreis trinkender Frauen in einer HO-Gaststätte gesungen, war nicht mehr als ein Zeichen von abgründiger Lebensgier. Aber das, was ich danach in den westlichen Zeitungen las, war auch kein Brot, die Kino-, Kabarett- und Nachtlokalreklamen in Westberlin schon gar nicht, und der Kurfürstendamm sah noch weniger wie die Straße des Lebens aus. Vor Gott sind wir im Westen so übel dran wie die im Osten und alle miteinander im Innersten unserer Herzen übler als die Hungernden auf Sizilien und anderswo auf Erden. Und offenbar war es bei den gefangenen Israeliten in Babylon nicht anders. Sie sahen die Macht und den Glanz ihrer Zwingherren, und Gott schrieb darüber: «Kein Brot!» Sie sahen den Sternen- und Baalskult, und Gott schrieb auch darüber: «Kein Brot!» Sie sangen das Lied der Heimat: «Wie sollten wir des Herrn Lied singen in fremden Landen? Vergesse ich dein, Jerusalem, so werde meiner Rechten vergessen . . .», und Gott schrieb darüber: «Kein Brot!» Ihr Lied ging über in den Rachegesang: «Du verstörte Tochter Babel, wohl dem, der dir vergilt, wie du uns getan hast! Wohl dem, der deine jungen Kinder nimmt und zerschmettert sie an dem Stein!» Und Gott schrieb darüber erst recht: «Kein Brot!» Wir sollen nicht meinen, daß Gott über die westlichen Freiheitsparolen und über die östlichen Friedensparolen heute etwas anderes schriebe. Wir sollen auch nicht meinen, daß Gott für das Geschrei der Stärke und für die Rüstungen in Ost und West ein anderes Wort bereit hätte. Und wenn wir es so weit brächten, daß alle ihren Kaviar und ihren Sekt hätten und kreuz und quer durch den Weltraum zu fliegen vermöchten, Gott

könnte nichts anderes tun, als auch darüber schreiben: «Kein Brot!» und uns zurufen lassen: «Auf, alle Durstigen, kommet zum Wasser! Und wer kein Geld hat, komme! Kaufet und esset ohne Geld und ohne Kaufpreis Wein und Milch! Warum zählet ihr Geld dar, da kein Brot ist und eure Arbeitsmühe für das, was nicht sättigt? Höret, höret auf mich und esset Gutes, und es erquicke sich am Fett eure Seele!»

Wollte Gott, ich hätte euch mit dem bislang Gesagten so unruhig gemacht, daß ihr jetzt fragt: Was meint Jesaja mit den Bildern, in denen er spricht? Daß das, was wir diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs Leben heißen, kein Leben ist, wissen wir. Daß wir es mit unserer Schaffenswut und unserer Lebensgier, mit unserem Machtwahn und mit unserem Haß in Ost und West falsch anfangen, wissen wir auch. Daß das, was wir im Westen Freiheit nennen, nicht die Freiheit ist, von der die Bibel spricht, und daß das, was die im Osten unter Frieden verstehen, nicht der Friede ist, den uns Gott verheißt, ahnen wir. Daß wir alle miteinander im tiefsten Herzen hungern und daß unsere Hände und Hirne leer sind, diesen Hunger zu stillen, merken wir, sobald wir ein wenig aus der Unrast der Welt heraus und zu uns selber kommen. Aber wo ist das Brot und das Wasser, die Milch und der Wein, das Fett und das Gute, von dem Gott spricht? Was sind «die gewissen Gnaden Davids», die uns umsonst zuteil werden sollen, uns wirklich sättigen und uns wahrhaftig lebendig machen können?

Der verheißene und von dem Volke Israel durch die Jahrhunderte erwartete Messias, den wir Christen in Jesus von Nazareth als gekommen erachten, spricht: «Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken. Nehmet auf euch mein Joch, und lernet von mir; denn ich bin sanftmütig und von Herzen demütig; so werdet ihr Ruhe finden für eure Seelen. Denn mein Joch ist sanft und meine Last ist leicht.» — «Ich bin das Brot des Lebens.» — «Wer zu mir kommt, den wird nicht hungern, und wer an mich glaubt, den wird nimmermehr dürsten.» — «Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben.» — «Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, wird leben, ob er gleich stürbe, und wer da lebet und glaubet an mich, der wird nimmermehr sterben.» — «Ich bin die Tür; so jemand durch mich eingeht, der wird selig werden und wird ein und aus gehen und Weide finden.» — «Ich bin der gute Hirte.»

Es mag einige, vielleicht eine ganze Reihe von Leuten unter uns geben, die an dieser Stelle denken: Das sind Worte, schöne Worte, große Worte. Wir fragen: wieso? Meint nicht, daß Gott euch diese Frage verargt. Es ist gut, daß ihr so fragt, ja, es wäre gut, wenn wir alle ernstlich so fragten. Je ernstlicher wir nämlich fragen, wieso gerade Jesus das Brot des Lebens, das lebendige Wasser, das Licht des Lebens, die Auferstehung und das Leben, die Tür, der gute Hirte, alttestamentlich geredet: die Milch, der Wein, das Fett und das Gute ist, um so mehr werden wir bereit, auf das Zeugnis von ihm zu hören. Je

mehr wir aber auf das Zeugnis von ihm hören, um so eher geht uns — sofern uns Gott unsere Sinne mit seinem Geist erleuchtet — an Jesus auf, was uns erquickt, wie uns sonst nichts erquickt: die Liebe, mit der er uns gottferne und von Ichsucht verdorbene und zerfressene Menschen geliebt hat und nicht aufhören wird, uns zu lieben. Uns ist vergeben. Wir sind Gottes geliebte Leute. Gott heißt uns hoffen. Die Welt ist für uns über all unsere Sünde und Schuld, ja, über die Gräber hinaus nach der Zukunft hin offen. Wir warten eines neuen Himmels und einer neuen Erde. Unser Glaube, dieses gewisse Wissen um diese Liebe und um diese Hoffnung, ist der Sieg, der die Welt in uns und um uns überwunden hat. Wir sind frei dazu, mit der Liebe die Menschen zu lieben, mit der wir selber von Gott geliebt werden. Umsonst haben wir diese Liebe empfangen. Sie ist uns zum Brot des Lebens, zum lebendigen Wasser, zur Auferstehung und zum Leben geworden. Umsonst geben wir sie denen weiter, die nicht von ihr wissen. Das ist der Auftrag der Christen unter den Marxisten im Osten: nicht den Kommunismus totzuhassen, sondern die Kommunisten lebendigzulieben. Und das ist der Auftrag der Christen im Westen, nicht den Egoismus totzuschlagen, aber die Egoisten lebendigzulieben.

Ich habe am Anfang meiner Predigt auf die Hungrigen, Elenden und Verdorbenen auf Sizilien und in aller Welt hingewiesen. Sie kommen mir vor wie der Test Gottes auf unseren Glauben, auf unsere Liebe und auf unsere Hoffnung. Die Frucht des Geistes ist nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift «Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Gütigkeit, Treue, Sanftmut, Keuschheit». Unsere Kirchenbäume sind reichlich steril geworden. Sie haben Wasserreiser noch und noch getrieben. Wir haben gemeint, mit Betriebsamkeit, Tagungen, Diskussionen und leeren Worten könnten die tauben Blüten dazu gebracht werden, Früchte anzusetzen. Wir sind unglaubwürdig geworden. Vor Jahren ist ein Roman geschrieben worden, in dem dargetan wird, daß Jesus nie bis nach Rom gekommen sei. Die «Umfrage in Palermo» zeigt, daß Christus noch nicht einmal bis nach Sizilien gekommen ist, obwohl gerade auf Sizilien die katholische Kirche große Güter besitzt und die Bruderpartei der CDU, die Democrazia Cristiana, das Regiment führt. Der Italiener Danilo Dolci hat nun angefangen, für die Hungernden dieser Insel nach Brot zu suchen, für die Entrechteten nach Recht zu schreien, in den geistig Abgestumpften das Licht des Geistes anzuzünden, den Kindern ein Vater und den Kranken ein Helfer zu sein. Wie viele Danilo Dolcis brauchten wir, damit das Angebot Gottes in Ost und West wieder gehört zu werden vermöchte! «Auf, alle Durstigen, kommet zum Wasser! . . .» Wie einfältig müßten wir werden, damit die Menschen das Erbarmen Gottes zu glauben vermöchten und keine ideologisch-politischen Hintergedanken und Fallstricke bei uns vermuteten! Wie offen müßten unsere Hände werden, damit auch die Gottlosen sie wieder zu ergreifen vermöchten! Eines ist gewiß: Die Zeit, in der wir von unserem Christsein große

Worte machen konnten, ist vorbei. Die Zeit der Bewährung der Christen in der Welt, in die sie Gott im Osten oder im Westen hineinstellt, hat wieder begonnen. Im Osten, und wahrscheinlich auch sehr bald im Westen, wird die Kirche nur so weit bestehen können, so weit sie bereit und willig ist, die Liebe Gottes, die sie in Christus umsonst empfangen hat, umsonst und unter Umständen unter ihrer Selbstentäußerung und ihrer Selbstpreisgabe weiterzugeben. Amen.

Herbert Werner

Aus «Stimme der Gemeinde», 1. Juli 1960

Die Partisanen der Barmherzigkeit

(Schluß)

Unser Herz ist nicht wach, unser Bewußtsein besetzt von vermeintlichem «Naturrecht», das vor allem auf Sicherung einer sogenannten «christlichen Ordnung» bedacht ist, wenn nicht gar von Machtwillen. So dienen wir immer wieder den Reichen dieser Welt und erkennen nicht, wie wir uns immer weiter vom Reiche Gottes entfernen. Im Ersten Weltkrieg haben die Christen Europas keine Bedenken gehabt, einander mit Giftgasen und U-Booten zu morden; im Zweiten haben sie Bomben auf Frauen und Kinder geworfen; im Dritten werden sie bereit sein, das Reich Gottes mit atomarer Massenvernichtung zu «verteidigen». Die Kommunisten aber werden ihr Reich der Gerechtigkeit mit den gleichen Mitteln zu «sichern» suchen.

Was hat der Christ mit solchem cäsarischem Reichsgeist der Gewalttat und der Grausamkeit zu schaffen? Damit kann nicht einmal der gewissenswache Dissident und Ungläubige etwas zu tun haben. Hier gibt es *nur das absolute Nein der Barmherzigkeit.*

Im Mai 1956 bin ich an der Stätte gewesen, an der sich wenige Jahre zuvor das Konzentrationslager *Buchenwald* ausbreitete, die giftige Frucht der gestorbenen Barmherzigkeit, die höllische Konzentration der Grausamkeit. Was hat diese Stätte die Deutschen, die Christen gelehrt? Die antifaschistische Ideologie baut dort eine gigantische Gedenkstätte auf, aber ihr Fundament ist nicht der Geist der Barmherzigkeit, der Geist des Reiches Gottes. Die Mitläufer jenes Geistes von Buchenwald aber (von den Hauptschuldigen erst gar nicht zu reden!) wissen Selbst-Rechtfertigungen aller Art vorzubringen, die nimmermehr eine Wiederholung solcher Greuel ausschließen. Die Herzen sind nicht erschüttert, die Geister nicht gewandelt worden; der barmherzige Herr der Welt herrscht nicht über sie. Sie bleiben «realpolitische» Wehrzwanganhänger und Waldgänger, zwei Seiten des einen unbarmherzigen Gewalttäters, der die Propagandafahne der «Gerechtigkeit» vor sich her trägt. Aber hinter dieser Fahne marschiert

der Massenmord und der Meuchelmord mit. Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit — das ist eine mörderische Fahne, die endlich im Blutsumpf versinkt. Die göttliche Gerechtigkeit selbst, die unfehlbare, hat ihren Sohn nicht als gerechten Richter gesandt, sondern als barmherzigen Retter. Das weist uns den Weg: wir haben nicht zu richten, wir haben Barmherzigkeit zu üben. *So nur* wird das Reich der Gerechtigkeit in dieser Welt begründet.

*

Von den heraufkommenden Greueln der Apokalypse Europas müssen die Christen und die gewissenhaften Humanisten bewegt werden, sich als Partisanen der Barmherzigkeit zu bereiten, im Sein und in der Tat. Das Trachten nach dem Reiche Gottes erfülle ihr Herz ganz und befeuere sie zu Werken der Barmherzigkeit, die lebendiges Zeugnis geben vom Wirken des Geistes Gottes.

Im *politischen* Bereich christlich zu wirken, ist hier und heute nur möglich aus dem Reichsgeist der Barmherzigkeit; alles andere ist Kurzschluß, ist Irrtum oder Illusion, ist Selbstbetrug und Betrug am Reiche Gottes.

Die caritativen Werke der *Staaten* sind verdächtig, anderen Zielsetzungen zu dienen als dem Reiche Gottes. Die Werke der Barmherzigkeit können daher nicht der Kommandogewalt des Staates unterstellt werden, sie müssen frei sein.

Selbst *die Kirchen* haben als «Staatskirchen» und Machtgebilde den Geist der Barmherzigkeit weithin nicht in Reinheit bewahrt. Raten sie heute den vielen Zweifelnden recht? Speisen sie die hungernden Massen im Fernen Osten? Erlösen sie die Gefangenen durch Taten, wie die der Mercedarier waren? Verzeihen sie gerne denen, die sie beleidigen? Sind sie nicht weithin dem Geist des «Antikommunismus» verfallen, der der Geist Beelzebubs ist? Sanktionieren sie nicht, ausgesprochen oder stillschweigend, die Atomgewalten der «Verteidigung»? Geben sie nicht, insbesondere durch ihre «Wehrmachtpfarrer» den Bombenschmeißern ein gutes Gewissen? Sind ihre Geistlichen nicht auch in den Reihen der Waldgänger gewesen? Wir fragen dies nicht, um zu richten, sondern um aus Barmherzigkeit zurechtzuweisen. Die Unglaubwürdigkeit der christlichen Barmherzigkeit wurzelt in diesen Verfehlungen der Kirchen vor allem.

In einer neuen Schrift, die von Christen herausgegeben wurde («Revolution im Wehrdenken»), wird gesagt: «Die Gleichsetzung von christlich und weltlich-politisch in einem Augenblick, da sowohl die Politik wie die militärische Strategie vor nihilistischen Hintergründen operieren, droht zu einer furchtbaren Schuld der Kirche (gemeint ist die katholische) zu werden, die furchtbare Folgen haben müßte.» Hört die Kirche solches Wort, das ihre ganz unhaltbare «Kriegstheologie» zurechtweist? Oder schlägt sie es in den Wind?

Barmherzigkeit ohne Hintergedanken will der Herr. Darum wer-

den die Partisanen der Barmherzigkeit *neue Formen* finden und ihre Werke *in der Freiheit der Kinder Gottes* vollbringen müssen, dienend allein dem Reiche Gottes, das heißt: nur um seinetwillen dem Staat.

*

Ich möchte diesen Aufsatz nicht als unverbindlichen Aufweis der Notwendigkeiten der Stunde hingenommen wissen, sondern als *Aufruf*, der *«Konsequenzen»* hat. Möchten die Leser der «Neuen Wege» sich darüber ernsthaft Gedanken machen und angestrengt nach den neuen Wegen suchen, auf denen die Werke der Barmherzigkeit realisiert werden können. Die Stunde ist sehr vorgerückt und es ist keine Zeit mehr, von vagen Hoffnungen auf politische Konstellationen Wandlungen zu erwarten. Wir selbst müssen uns wandeln und als Gewandelte handeln.

Die von evangelischer Seite gegründeten Zivildienste für fremde Völker sind ein sehr verheißender, guter Anfang. Hier kann das neue «Ritter-Ethos» Wurzel schlagen, das das Böse der kainitischen Partisanenmörderei durch das Gute barmherzigen Dienstes überwindet.

Georg D. Heidingsfelder

Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen

Die Pariser Gipfelkonferenz ist nicht gescheitert. Sie ist nicht zustande gekommen. Gescheitert ist der Versuch, Koexistenzbemühungen unmöglich zu machen und die internationale Entwicklung unrettbar in die Phase eines unversöhnlich erscheinenden West-Ost-Gegensatzes zurückzudrehen. Das hat Chruschtschew mit seinem tumultuarischen und für viele westliche Beobachter befremdenden Auftreten in Paris verhindert. Er durchbrach die diplomatischen Konventionen und schlug — unangenehm hörbar — mit der Faust auf den Tisch. Was hat er erreicht? Daß die Koexistenzbestrebungen fortgesetzt werden müssen und können. — Daß die Verhandlungen über die Entspannung in der Welt und speziell in Mitteleuropa (Berlinproblem und Deutschlandfrage!) auf der Tagesordnung bleiben. — Daß der nächsten amerikanischen Regierung die Hände nicht gebunden sind.

Es ist angesichts der — allerdings nur in der Bundesrepublik einhellig propagierten — Deutung der Pariser Ereignisse nicht ohne weiteres einsichtig, weshalb sich diese Thesen vertreten lassen. Man hat sich deshalb einiger Tatsachen zu erinnern und sie ins rechte Licht zu rücken. Zweifellos hat Chruschtschew das Risiko einkalkuliert, daß der westliche Propagandaapparat in und nach Paris einen nicht unerheblichen Erfolg verbuchen konnte: Die Entspannungshoffnungen breiter Kreise der Öffentlichkeit in den westlichen Ländern waren enttäuscht worden, und es konnte daher nicht schwerfallen, Chruschtschew als denjenigen erscheinen zu lassen, der die Konferenz und damit die Aussicht auf eine Beilegung des Kalten Krieges zerstört hatte.

War er es doch gewesen, der den U-2-Zwischenfall «hochgespielt» und dem amerikanischen Präsidenten «demütigende» und also «unannehmbare» Forderungen gestellt hatte. «Chruschtschew ist an allem schuld», war die erste Reaktion. Aber nur die erste.

In den letzten Wochen ist die Welle der Emotionen, die das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz ausgelöst hatte, abgeebbt. Eine kühlere Beurteilung der Vorgänge beginnt sich durchzusetzen.

Die Bedeutung des U-2-Zwischenfalls

Da ist zunächst die Sache mit dem «Erkundungsflug» der ursprünglich als «Wetterflugzeug» ausgegebenen Militärmaschine. Walter Lippmann, dessen Stellungnahme in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 11) veröffentlicht wurde, hat die dadurch entstandene Lage sofort richtig eingeschätzt: Chruschtschew war durch den Zwischenfall von Swerdlowsk in eine äußerst schwierige Position gedrängt worden, zumal sich Eisenhower geweigert hatte, die Brücke zu benutzen, die ihm der sowjetische Ministerpräsident gebaut hatte, indem er die Auffassung vertrat, der Flug sei wohl «ohne Wissen des Präsidenten inszeniert» worden. Eisenhower machte es nach Lippmanns Meinung «Chruschtschew unmöglich, die Affäre zu übergehen. Hätte Chruschtschew es trotzdem getan, so wäre er Gefahr gelaufen, der Welt, dem sowjetischen Volk, seinen Kritikern in der Sowjetunion und seinen kommunistischen Alliierten gegenüber zuzugeben, daß er den Vereinigten Staaten das Recht zugestanden habe, sowjetisches Territorium zu verletzen. Kein Staatsmann in irgendeinem Lande kann sich nach solch einem Zugeständnis im Sattel halten.»

Sehr bald erklärte auch der amerikanische Präsidentschaftskandidat Kennedy, daß *er* sich an Eisenhowers Stelle entschuldigt haben würde, und rückte deutlich von dem fatalen Entschluß des Präsidenten ab, sich mit den Machenschaften von Allan Dulles und dessen provozierenden U-2-Unternehmungen zu identifizieren. Adlai Stevenson wandte sich sogar gegen die Versuche verschiedener Senatoren seiner (in Opposition stehenden) Partei, nach dem Fiasko von Swerdlowsk der amerikanischen Regierung Schützenhilfe zu leisten und in «gemeinsamer Außenpolitik» zu machen. Amerika scharte sich nicht um Eisenhower, wie man es hierzulande gerne gesehen hätte. Man kritisierte ihn statt dessen heftig und mit großer Schärfe. Die für den Völkerrechtsbruch Verantwortlichen mußten sich einem Verhör unterziehen — ein politischer Akt, der beweist, daß man es sich in Amerika doch nicht ohne weiteres gestatten darf, «im Gebrauch der Macht nicht pingelig» zu sein. Die Vernebelungstaktik, mit der man bei uns — mit Ausnahme des «*Spiegel*» — den U-2-Zwischenfall behandelte («Seht, die Russen haben auch Spione!»), konnte in Amerika trotz der Versuche amtlicher Sprecher und regierungstreuer Presseorgane nicht erfolgreich angewendet werden.

Man hat auch die klägliche Rolle bemerkt, die Cabot Lodge im Weltsicherheitsrat spielte, als er das Überfliegen sowjetischen Hoheitsgebietes durch US-Militärmaschinen zu verteidigen hatte. Lodges ernstgemeinte Argumentationen wirkten so komisch, daß die Delegierten der anderen Mächte mehrmals in lautes Gelächter ausbrachen — so schwach war die Position der Amerikaner.

In den Vereinigten Staaten ist man sich sehr wohl bewußt, daß Swerdlowsk kein üblicher Spionagefall war, sondern eine Verletzung des geltenden Völkerrechts, die nicht dadurch verkleinert werden kann, daß man zynisch zugibt, sie sei auch schon in den letzten Jahren laufend praktiziert worden.

Ein «Zwischenfall», wie er sich am 1. Mai durch den Befehl zum Einflug in die Sowjetunion ereignete, ist eine militärische Provokation, die besonders schwerwiegen muß, weil sie sich unmittelbar vor einer Konferenz ereignete. Im 19. Jahrhundert würde ein solcher «Zwischenfall» unweigerlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Amerika geführt haben. Dies geschah nicht. Eine weltweite Krise wäre die Folge gewesen. *Aber diese Krise fand nicht statt.* Zu furchtbar ist die Möglichkeit der atomaren Weltvernichtung, zu stark ist der Wille der Verständigungsbereiten in West *und* Ost, sich von militaristischen Abenteurern nicht in das Verderben stürzen zu lassen. (Wir haben auf diese Strömung in der globalen Politik in Nr. 10 dieser Zeitschrift aufmerksam gemacht: «Die Krise findet nicht statt».)

Der Großalarm und die Gipfelkonferenz

Chruschtschew fuhr trotz des U-2-Zwischenfalls und trotz der Erklärung Eisenhowers (er habe davon gewußt) zum Gipfeltreffen. Er erschien zur allgemeinen Überraschung sogar zwei Tage vor Beginn der Konferenz in Paris — offenbar um zu sondieren, ob sich durch eine Vermittlung Englands oder Frankreichs noch eine für die Sowjetunion befriedigende amerikanische Erklärung aushandeln ließe. Eine genaue Analyse der Vorgänge in Paris ergibt, daß zumindestens Macmillan um diesen Ausgleich bemüht war. In der Umgebung des amerikanischen Präsidenten scheint man geteilter Meinung gewesen zu sein, denn anders ist es nicht zu erklären, daß sich die von Berufs wegen entspannungsfeindlichen Kreise des Pentagons zum Eingreifen genötigt sahen. Was jetzt geschah, ist beispiellos in der Geschichte diplomatischer Verhandlungen:

Der amerikanische Verteidigungsminister Gates ordnete Großalarm für alle amerikanischen Streitkräfte an, das heißt er setzte sie in Atombereitschaft! Gates schuf dadurch eine Atmosphäre, die es sowohl Eisenhower als auch Chruschtschew unmöglich machen mußte, die durch den U-2-Zwischenfall entstandenen Spannungen zu beseitigen.

Dieser Alarm, nicht aber die angeblichen Machtkämpfe in der Sowjetführung (für die es keinen Beweis gibt) oder gar die Beschwörung des chinesischen Schattens (der allerdings als Trauma auf der amerikanischen Politik lastet) erklärt das intransigente Verhalten Chruschtschews bei der ersten Begegnung der Großen Vier am Tage nach der Nacht vom 15. zum 16. Mai.

Ein Großalarm bedeutet im Zeitalter der strategischen Bomberkommandos und Raketenbasen das gleiche, was einstmals eine Mobilmachung darstellte! Man mache sich einmal klar: In der Nacht vor der offiziellen Eröffnung der Gipfelkonferenz werden über Rundfunk und Fernsehen die Urlauber zu den Waffen gerufen und in dem weltweiten amerikanischen Stützpunktsystem rund um die Sowjetunion wird schlagartig der Einsatz für den atomaren Angriff erprobt, der sich bekanntlich innerhalb weniger Minuten vollziehen muß, wenn er Erfolg haben soll!

Es ist bezeichnend für die mangelnde Vorstellungskraft und die Urteilsschwäche der Menschen hinsichtlich der atomaren Kriegführung, daß dieser als «Probealarm» bezeichnete Befehl in seiner grauenhaften Wirklichkeit überhaupt nicht begriffen wurde. Wenige Stunden vor der Begegnung der vier Staatsmänner, zwischen denen noch der Fall Swerdlowsk stand, wurde also eine neue Belastung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen konstruiert.

Damit war das Schicksal der Konferenz besiegelt.

Chruschtschew blieb jetzt gar keine andere Wahl, als in scharfer Form auf der Entschuldigung Eisenhowers für den U-2-Zwischenfall zu bestehen, denn Gates hatte durch seinen «Alarm» (gegen den zu protestieren selbstverständlich keine rechtliche Handhabe besteht) eindeutig zum Ausdruck gebracht, in welchen Zusammenhang das Pentagon den Flug vom 1. Mai gerückt zu sehen wünschte. (Vergleiche hierzu auch «Spiegel», Nr. 25.)

Der «Alarm» war eine Demonstration der Politik der Stärke, ein Versuch, den Geist von John Foster Dulles wiederzuerwecken, der stets betont hatte, man dürfe mit den Sowjets überhaupt nicht oder nur unter dem Druck absoluter militärischer Überlegenheit verhandeln. Die hinter Gates und dem Pentagon stehenden Kreise der amerikanischen Rüstungsindustrie scheinen gehofft zu haben, durch diese plötzliche Wiederbelebung einer totgeglaubten Konzeption die Entspannungskräfte bremsen und die Gipfelkonferenz in die ihnen genehmen Bahnen lenken zu können. Das Überraschungsmoment für den weit vom Zentrum seiner Macht entfernten Chruschtschew war dabei sicher auch miteingerechnet.

Die Antwort Chruschtschews war verblüffend: Er annullierte die Konferenz, bevor sie begann, bekundete aber gleichzeitig seine Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen und schlug vor, die Gipfelgespräche um sechs bis acht Monate, das heißt in die Zeit nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl, zu verschieben.

Er brachte damit zum Ausdruck, daß die Weltprobleme nicht nach dem Rezept von John Foster Dulles zu lösen sind und die Sowjetunion nicht bereit ist, in eine Konferenz einzutreten, bei der von vornherein bekundet wird, daß man entschlossen ist — ganz im Dulles-Stil —, den Russen mit militärischer Stärke und unnachgiebiger Härte entgegenzutreten.

Wenn Chruschtschew verhandelt hätte . . .

Was wäre geschehen, wenn Chruschtschew trotz Swerdlowsk und Großalarm verhandelt hätte?

Abgesehen davon, daß Lippmann recht hat, wenn er meint, Chruschtschew hätte sich nicht «länger im Sattel halten» können, muß man sich die Folgen solcher Verhandlungen vergegenwärtigen. Die Anhänger der Politik der Stärke würden daraus die Folgerung gezogen haben, die seinerzeit Bundeskanzler Adenauer zog, als er 1952 das Angebot der Sowjetunion, Verhandlungen über die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands zu führen, als Schwäche mißdeutete und der Meinung war, der Westen müsse nun nur «noch stärker» werden, um seinen Willen durchsetzen und seine Vorstellung von der «Regelung der osteuropäischen Angelegenheiten» zu realisieren.

Hätte sich Chruschtschew unter den gegebenen Umständen überhaupt auf Verhandlungen eingelassen (die wahrscheinlich gescheitert wären), würden die Anhänger der Politik der Stärke triumphierend darauf hingewiesen haben, daß alles Gerede von Koexistenz Unsinn sei, daß man noch mehr rüsten, noch härter auftreten, noch entschiedener an den Rand des «heißen» Krieges gehen müsse, um zum Erfolg zu kommen. Diejenigen, die gewillt waren, sich dem «weichen Kurs» Eisenhowers zu widersetzen, und den Großalarm ausgaben, um eine mögliche Einigung über Swerdlowsk zu verhindern, wußten, daß sie dabei auf jeden Fall zu einem für sie günstigen Resultat kommen würden. Sie waren sicher nicht so töricht, anzunehmen, daß die Weltmacht Sowjetunion sich unter dem Eindruck der militärischen Demonstration geneigt zeigen würde, in die Verhandlungen einzutreten. Aber sie konnten sich ausrechnen, daß ein Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz zumindestens das befürchtete Einschwenken der amerikanischen Regierung auf die Koexistenzlinie hinauszögern würde. Tatsächlich kletterten denn auch die Aktien der amerikanischen Rüstungsindustrie nach der Pariser Episode schnell wieder in die Höhe, und wir können wieder einmal erkennen, wie eng die «Verteidigung der westlichen Freiheit» und die Neuyorker Börse zusammenhängen. Die kalten Krieger halten eine sehr einfache Antwort für alle politischen Gegebenheiten bereit: *Wenn die Russen nachgeben, muß man die Rüstung verstärken, um sie noch nachgiebiger zu machen. Zeigen sie sich unnachgiebig, muß man ebenfalls verstärkt rüsten, um die drohende «sowjetische Gefahr» abzuwenden.*

Aber diese Antwort ist keine Antwort auf die Wirklichkeit des atomaren Zeitalters. Und weil am Ende einer solchen Politik, die in immer größerer Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West führen muß, nur die *gewaltsame Lösung* steht, von der jeder weiß, was sie bedeutet, wird sich auch immer wieder das Streben nach Verständigung gegen alle Kalte-Kriegs-Propaganda geltend machen. Es ist auch in den Vereinigten Staaten so stark, daß sich Dillon, der stellvertretende Außenminister (der nächst Gates als einer der härtesten der «harten» Politiker gilt), *nach* Paris und *trotz* aller antisowjetischen Ressentiments zu der Erklärung bereitfinden mußte: «Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um eine rationale Kommunikation mit der kommunistischen Welt zu erreichen (!). Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, um Vereinbarungen mit den Kommunisten zu erzielen, die einen echten Fortschritt in Richtung des Friedens bringen können.»

Diese Erklärung ist das eigentliche Ergebnis von Paris. Dillon, der Ende April durch seine entspannungshemmenden Äußerungen Chruschtschews heftige Rede von *Baku* ausgelöst hatte, befindet sich heute offenbar auf der Suche nach einer Formel für die Koexistenz.

«Armer alter Ike»

Die eigentlich tragische Figur des Pariser Treffens dürfte Eisenhower sein. Die Verhöre, denen sich Allen Dulles, Gates und Herter unterziehen mußten, haben ergeben, daß der Präsident keine Ahnung von den politischen Schachzügen in seiner Umgebung hatte. Er ist überspielt worden und hat sich dann entschlossen, dem fatalen Rat des Pentagons zu folgen und die Verantwortung für alles Geschehene zu übernehmen. Noch in seiner Neujahrsbotschaft hatte Eisenhower erklärt, die Koexistenz genüge nicht, man müsse zu einem wirklichen Miteinander kommen, und immer wieder hatte er Gesten gemacht, die darauf hindeuteten, daß er den Wunsch hatte, als «Friedenspräsident» in die Geschichte einzugehen.

Aber der bewährte General des Zweiten Weltkrieges war noch nie den politischen Aufgaben des höchsten Amtes der Vereinigten Staaten gewachsen. Schon in der Ära Dulles war es deutlich geworden, daß nicht er die Politik bestimmte. Mehrfach hatte John Foster Dulles ihn zurückgepfiffen, wenn er sich mit einer eigenen Stellungnahme vor die Öffentlichkeit gewagt hatte — so, als er die Neutralität Deutschlands zwischen Ost und West für möglich erklärte, oder als er russische Generäle als seine «alten Kriegskameraden» bezeichnete und auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges ein Treffen mit ihnen in Aussicht stellte. Nach dem Tode von Dulles machte er bereitwillig den Kurs der entspannungswilligen Kräfte mit und ließ sich nach der Begegnung von Camp David zu Äußerungen hinreißen, die in der Bundesrepublik nur mit «größter Besorgnis» zur Kenntnis genommen werden konnten.

Die Ereignisse vor, in und nach Paris bereiteten seiner ohnehin ablaufenden Präsidentschaft ein glanzloses Ende. Amerika entdeckt jetzt, daß der «Präsident des Lächelns» dem Lande eine ganze Serie außenpolitischer Mißerfolge hinterläßt: Die Sowjetunion lud Eisenhower wieder aus, Kishi mußte ihn bitten, nicht nach Japan zu kommen, Südkorea und die Türkei machten eine Revolte und enthüllten, daß ihre von den USA als «befreundete Regierung» titulierten Machthaber zwecks «Verteidigung der Freiheit» mit politischem Terror und diktatorischer Zwangsgewalt geherrscht hatten.

«Armer, alter Ike» schrieb der «Daily Herald», als die Absage des Japanbesuches bekannt wurde und der Repräsentant der mächtigen Vereinigten Staaten sich einer weiteren Demütigung ausgesetzt sah. Daß K i s h i , der sich noch am 12. Juni «persönlich für die Sicherheit Eisenhowers verbürgen zu können» glaubte, fünf Tage später den Präsidenten bitten mußte, nicht nach Tokio zu kommen, ist ein Beweis für den wachsenden Widerstand gegen die amerikanische Militärpolitik. Amerikanische Senatoren bezeichneten die Ausladung als «verheerenden diplomatischen Schlag» und halten sie für ein größeres Fiasko als das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz. Die Unfähigkeit der Kishi-Regierung, die Einladung aufrechtzuerhalten, macht sie zu einem höchst unsicheren Faktor in der amerikanischen Außenpolitik. Daran kann auch die Ratifizierung des heiß umstrittenen Militärvertrags nichts ändern, den Kishi unter beispielloser Ignorierung der pausenlosen Protestaktionen des Volkes in Kraft zu setzen wagte.

Es dürfte ein schlechter Trost für Eisenhower sein, wenn er der Öffentlichkeit vorführen muß, daß er wenigstens noch in Tschiang Kai-scheks Formosa gefeiert werden kann; denn immerhin ist der Herr dieses Inselreiches von Amerikas Gnaden vor gar nicht so langer Zeit von den Amerikanern durch die Veröffentlichung der berühmten «Stillwell-Papers» als Repräsentant eines durch und durch korrupten Systems erschienen, das keine Zukunft hat. Es nützt auch nichts, daß man den bundesdeutschen Zeitungslesern glauben machen möchte, die Ausladung, die Kishi an Eisenhower ergehen lassen mußte, sei durch den «Druck der Straße» erfolgt, «die die kommunistische Propaganda mobilisiert hat» («Welt», 18. 6. 1960). Jeder, dem das Wort Hiroshima geläufig ist, weiß, weshalb sich die politisch bewußten Kreise des japanischen Volkes dagegen wehren, zum wichtigsten Glied in der Kette der amerikanischen Atomstützpunkte in Asien gemacht zu werden. Wie man hört, wollte Eisenhower während seines Japanaufenthaltes auch Hiroshima besuchen und dort eine Rede halten. Es ist gut, daß er durch die Ereignisse an der Ausführung dieses unmöglichen Einfalles der amerikanischen Diplomatie gehindert wurde.

«In den Ländern Asiens ist der verloren, der sein Gesicht verliert», schrieb der Fernostkorrespondent des Axel-Springer-Konzerns am 13. Juni in der «Welt», als er motivieren wollte, weshalb Eisenhower trotz der Massendemonstrationen nach Japan reisen müsse. Er ist nicht

gereist. Hat der Westen nun sein Gesicht verloren? Fest steht, daß die Absage des Besuches zu einer diplomatischen Niederlage geworden ist, die sich Amerika bei besserer Voraussicht hätte ersparen können.

Wie soll das weitergehen?

In politischen Kreisen Amerikas ist man überzeugt, «daß es ohne das Scheitern von Paris auch nicht zu den gewalttätigen Demonstrationen gegen Eisenhowers Besuch gekommen wäre», wie Herbert von Borch aus Washington berichtete. Der Versuch einer Wiederbelebung der «harten Politik des Kalten Krieges» ist in Paris gescheitert, und er wird auch in Japan scheitern. Schon melden sich in Amerika wieder die entspannungsbereiten Kräfte zu Wort. Aber die Vorgänge in den letzten beiden Monaten haben gezeigt, wie rasch sich die an der Erhaltung der Rüstungswirtschaft interessierten Kreise in den Vordergrund spielen können. Wenn alle diplomatischen Mittel versagen, gibt es für sie immer noch die Möglichkeit von «Zwischenfällen» und gegebenenfalls die Notwendigkeit des «militärischen Eingreifens». Diese Gefahren bleiben bestehen, solange man den Militärs Macht und damit Einfluß auf die Politik gibt. Aber auch in Amerika haben Gates und das Pentagon ihre Gegenspieler, und mit Erschrecken nahm die amerikanische Öffentlichkeit anläßlich des Verhörs davon Kenntnis, daß die Entscheidung über Leben und Tod der Menschheit letztlich bei einer Handvoll von Generälen liegt, von denen die Politiker überspielt werden können. Hoffen wir, daß dieses Erschrecken groß genug ist, um den amerikanischen Wahlkampf zu beeinflussen. Denjenigen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten, die sich um eine Lösung der Weltprobleme auf dem Wege friedlicher Verhandlungen bemühen und an dem Zustandekommen des großen Ost-West-Gespräches interessiert sind, müssen wir allerdings in aller Deutlichkeit sagen, daß es in der Bundesrepublik wie in Japan ungezählte Menschen gibt, die den Kalten Krieg ablehnen, weil sie in der atomaren Machtpolitik eine tödliche Gefahr erblicken, und daß deshalb niemand das Recht hat, den Eindruck zu erwecken, als stünde die «Bevölkerung der Bundesrepublik hinter Präsident Eisenhower». Wenn dies Herr Strauß — unseren Zeitungen zufolge — in Amerika erklärt hat («Welt», 10. Juni), so muß man entschieden widersprechen. Es trifft auch nicht zu, daß die «Bevölkerung der Bundesrepublik volles Verständnis für den Wunsch der NATO (!) habe, herauszufinden, was hinter dem Eisernen Vorhang vor sich geht». So einfach erledigen sich die völkerrechtswidrigen U-2-Flüge für bestimmte Teile des deutschen Volkes nicht. Denn erstens ist Allan Dulles, der für die Flüge Verantwortliche, nicht die NATO (NATO-Mächte haben sich ausdrücklich davon distanziert!), und zweitens dürfte es gerade in unserem Volke Menschen geben, denen noch in Erinnerung ist, wohin es führt, wenn man nach dem Grundsatz verfährt: «Recht ist, was uns nützt» und fremdes Territorium mißachtet.

In Paris ist keine Türe zugefallen. Wer gehofft hatte, das Koexistenzgespräch durch drastische Maßnahmen unmöglich zu machen, hat sich geirrt. Es kann und muß fortgesetzt werden. Paris hat gezeigt, daß mit der Politik der Stärke nichts mehr zu gewinnen ist. Die Ereignisse in Japan haben es bestätigt. Es wäre deshalb besser, wenn man bei uns die Fehler und Irrtümer dieser ausweglosen Politik aufdecken würde, statt sie zu verschleiern. Die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich infolge der Bonner Machtpolitik ständig verschlechtert. Es ist deshalb mehr als problematisch, wenn man heute in einem falsch verstandenen «nationalen Interesse» auf eine Kritik des bisherigen Kurses verzichtet und dessen Vertretern — in der vagen Hoffnung, vielleicht doch noch etwas retten zu können — anbietet, über das Vergangene zu schweigen und fortan gemeinsame Sache zu machen.

Renate Riemeck

Aus «Stimme der Gemeinde», 1. Juli 1960

Weshalb Globke nicht fällt

Vor mehreren Jahren hatte der inzwischen verstorbene Kanzlerintimus Dr. Lenz die Absicht, nach Art des Reichspropagandaministeriums eine zentrale Koordinierungsstelle der gesamten bundesrepublikanischen In- und Auslandspropaganda zu schaffen, die unmittelbar dem Bundeskanzleramt unterstellt werden sollte. Damals zerschellte dieser Plan, Presse, Funk, Fernsehen und Film gleichzuschalten, an dem Protest einer aufs höchste alarmierten öffentlichen Meinung.

Jetzt ist dieser Plan, an dem Adenauer seither unentwegt festgehalten hat, erneut auf der Tagesordnung. Eine «Koordinierungsstelle für die informationspolitische Arbeit der Bundesregierung» soll geschaffen werden, die im In- und Ausland besser, als das Presse- und Informationsamt es verstand, die entspannungsfeindliche Politik Bonns propagieren soll. Der «Presse-Koordinator» soll vom Kanzler ernannt und direkt seinem Staatssekretär Dr. Globke unterstellt werden.

Diese Tatsache lenkt den Blick der Öffentlichkeit wieder einmal auf jenen Mann, der als Graue Eminenz seit 1951 die Schlüsselstellung des Bonner Staatsapparates innehat und sie bisher gegen jeden Angriff halten und ausbauen konnte. Der Kommentator der Nürnberger Gesetze muß mächtige Freunde haben, daß er auch die stärksten Stürme gelassen ignorieren konnte. Deshalb ist es interessant, einmal nachzuforschen, wem Dr. Hans Globke sein Amt zu verdanken hat und wer ihn sogar gegen die Bedenken der damaligen Hochkommissare schützte. Aufschlußreich auch deshalb, weil daraus zu ersehen ist, welchen Einfluß der militante Katholizismus Roms auf die Bundesrepublik ausübt.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus tauchte Globke zu-

nächst einmal unter — er wurde, wie man damals sagte, ein U-Boot. Und wie noch andere aktive und belastete NS-Größen rettete er sich in den Schoß der römischen Kirche. Im Kloster Walberberg im Eifel-Vorgebirge fand er Schutz vor den Entnazifizierungsinstanzen der Besatzungsmacht und genoß das ganz besondere Wohlwollen des Provinzials des Dominikanerordens, Pater Laurentius Simer. Bei ihm legte Globke eine Generalbeichte ab und erhielt die Absolution.

Der inzwischen verstorbene Pater gehörte zu den einflußreichsten Männern der katholischen Kirche in Deutschland; als Provinzial eines Ordens war er dem Heiligen Stuhl unmittelbar unterstellt. Sein Einfluß war indes nicht nur geistiger Art, er erstreckte sich auch auf führende wirtschaftliche und politische Kreise der damaligen britischen Zone. Simer verschaffte Globke zunächst den Posten des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes in Düsseldorf. 1951 gelang es dem Pater, Globke als Ministerialdirektor in das Bundeskanzleramt zu bringen, womit er einen großen Vorsprung gegenüber dem Orden der Jesuiten gewonnen hatte, die zu den Dominikanern in keinem guten Verhältnis stehen und ihrerseits bemüht sind, wichtige Staatsstellen mit ihnen verbundenen Leuten zu besetzen. Doch haben die verschiedenen rivalisierenden Richtungen im Klerus das eine gemeinsame Ziel: den Einfluß des Vatikans auf die Bundespolitik zu erhalten und zu vergrößern. Und deshalb fällt Globke nicht. *ZZ*

Aus «Die andere Zeitung», Hamburg
2. April-Ausgabe 1960

McCarthy geht immer noch um

Die Frauenliga für Frieden und Freiheit unterstützt Pauling

«Die an ihrem Jahrestreffen versammelten Mitglieder der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit versichern Dr. Linus Pauling ihrer uneingeschränkten Unterstützung bei seinem Eintreten für die Einstellung der Nuklearversuche. Sie bewundern die Festigkeit, mit der er seinen Standpunkt, trotz Einschüchterungsversuchen des Senatsausschusses für interne Sicherheit, vertritt. Die IFFF ist überzeugt, daß das Überleben der Menschheit vom Mut von Leuten abhängt, die wie Dr. Pauling gegen die Nuklearversuche eintreten und das Wettrüsten verurteilen. Die IFFF begrüßt die Gelegenheit, an ihrer Jahresversammlung die Ansichten eines international anerkannten Fachmannes auf diesem Gebiet kennen zu lernen, und geht mit ihm einig, wenn er sich der Fortführung einer solchen nationalen Selbstmordpolitik widersetzt».

Dies war die Resolution, die am 20. Juni von der IFFF anläßlich ihre *Jane-Addams-Jahrhundertfeier* angenommen wurde. Die Resolu-

tion kam zur Abstimmung, weil Dr. Pauling am Schluß seines Vortrages vor der Frauenliga am 18. Juni *eine Vorladung zum Verhör* vor dem Senatsausschuß für interne Sicherheit übergeben worden war. Die Versammlung der Frauenliga stimmte ebenfalls einer Resolution zu, die sich die Abschaffung der Parlamentsausschüsse «gegen unamerikanische Tätigkeit» zum Ziel setzt.

Dr. Pauling wurde vom Anwalt des Unterausschusses der Senatskommission gefragt, ob er am 22. Februar 1951 einen Brief unterzeichnet habe, der vom südkalifornischen Rat der Künste und Wissenschaften abgefaßt worden war, um Beiträge zu erbitten, die dazu helfen sollten, eine Broschüre über die Gefahren des Atomkriegs zu publizieren. Man fragte Dr. Pauling ferner, ob er wisse, daß ein Unterzeichner des Briefes sich 1947 unter Eid geweigert hatte, zu erklären, ob er Kommunist sei oder nicht.

Auch Jane Addams wurde als «Rote» tituliert

Mrs. Agnes E. Meyer erklärte an der Versammlung der IFFF zur Vorladung von Dr. Pauling, was folgt:

«Dies ist genau die autoritäre Anmaßung, die jeder zu erwarten hat, der sich für eine Beendigung der Nuklearversuche und weitere Verhandlungen über die Abrüstung einsetzt. Jede Frau, die sich durch die Möglichkeit solcher McCarthy-Angriffe eingeschüchtert fühlt, sollte daran denken, daß Jane Addams das gleiche Schicksal in heiterem Mute ertrug. Zufolge ihres Eintretens für internationale Friedensverhandlungen wurde sie als ‚Rote' bezeichnet, von Geheimagenten verfolgt, und vollkommen harmlose Zusammenkünfte in Hull House — sogar Musikabende — standen unter polizeilicher Aufsicht.»

Aus J. F. Stone's Weekly vom 27. Juni, Washington.

Fenner Brockway bestätigt die Inquisitionstätigkeit in den USA

In einem Brief an «New Statesman» vom 9. Juli spricht sich *Fenner Brockway*, der englische Labourabgeordnete und Verteidiger der Freiheitsrechte, nach einem Amerikaaufenthalt (Januar/Februar 1960) nicht weniger scharf aus gegen die fortgesetzte Inquisitionstätigkeit der Parlamentsausschüsse. «McCarthy selbst schickte niemanden ins Gefängnis», schrieb Fenner Brockway, «diese Parlamentsausschüsse aber bringen es fertig, 36 Personen, die sich gegen ihre anmaßende Einmischung auflehnen, für 6 bis 12 Monate hinter Kerkermauern nachdenken zu lassen, was zivile Freiheiten in den USA wert sind.»

«Die Öffentlichkeit», sagt Fenner Brockway, «nimmt vorläufig erstaunlich wenig Notiz von dieser Hexenjagd.» Er hofft, daß ein unmißverständlicher Protest britischer freiheitlicher Kreise die amerikanische öffentliche Meinung — die McCarthy wegfegte — dazu bringt, auch seine Nachfolger, diese Parlamentsausschüsse, zu entfernen.

Noch einmal «Moralische Aufrüstung»

Eine abermalige Beschäftigung mit einer Bewegung von der Art der «Moralischen Aufrüstung» würde sich erübrigen, hätten nicht die kürzlichen politischen Ereignisse — Fehlschlag des Gipfeltreffens — Mißerfolg der Genfer Abrüstungskonferenz — bewiesen, daß bei allem Friedenswillen in der Welt selbst die dringendsten Ansätze zu einer Annäherung hintertrieben, ja in eine Verschärfung der Gegensätze verwandelt werden können. Grund zur Genugtuung über ihren Erfolg, über die neue Welle des Hasses und gegenseitiger Beschuldigung, die von neuem durch die Welt geht, haben die Militärgläubigen, die sich nicht von den überholten Vorstellungen einer «Politik der Stärke» freimachen können. Beruhigt können ferner sein die Besitzer von Rüstungsaktien, sind doch die staatlichen Budgets für Mordwerkzeuge aller Art wieder im Anstieg. Auch das offizielle Kirchentum Westeuropas, das nicht den Mut aufbrachte, dem russischen Vorschlag für eine «rasch durchführbare allgemeine und totale Abrüstung» wenigstens zuzustimmen, kann als Hüterin der abendländischen christlichen Kultur weiter der Ruhe pflegen. Leider ist durch sein Stummbleiben wieder einmal deutlich geworden, daß es durch seine Verflechtung und Identifizierung mit den politischen Machtkonstellationen längst aufgehört hat, im Leben des Volkes als geistige Kraft zu wirken — trotz aller modernen Betriebsamkeit. Die neuerliche Vertiefung der Gegensätze und die Verminderung der Kontakte zwischen den beiden Lagern entsprechen offenbar auch den Leitsätzen der «Moralischen Aufrüstung». Sie hat sich in einer kürzlich publizierten Illustrierten (November 1959) der MRA *eine* Tatsache ausdrücklich bestätigen lassen: «Zersetzende Kräfte, die die freie Welt schwächen und die Moralische Aufrüstung zerstören wollen, haben sie beschuldigt, pazifistisch zu sein, und nähren diese böswillige Propaganda. Die Moralische Aufrüstung ist und war nie pazifistisch. Moralische Aufrüstung ist so wichtig wie materielle Aufrüstung. Beide sind wesentlich für unser Überleben», schreibt Admiral William H. Standley (USA) in der oben zitierten Zeitschrift.

Eine noch eingehendere Präzisierung ihrer Aufgabe gibt der deutsche Bundespressechef von Eckardt, der die Moralische Aufrüstung definierte als «inneren Unterbau für die Machtfülle, als Ideologie, der die Machtmittel in einem übergeordneten Sinn zu dienen haben — *eine Ideologie, die im äußersten — im alleräußersten Notfalle sogar der Anwendung dieser Machtmittel die sittliche Berechtigung gibt*»*.

Die Moralische Aufrüstung wird an diesen Worten kaum etwas auszusetzen haben. Sie soll also den Krieg vor dem Gewissen der Bürger rechtfertigen, «dem Soldaten ein gutes Gewissen machen», eine

*Aus «Blätter für deutsche und internationale Politik», Köln, April 1960

Aufgabe, der die lutherisch-protestantische Kirche Deutschlands zum Beispiel nicht mehr völlig gewachsen ist, wie die Synodalverhandlungen der EKD in den letzten Jahren zeigen. Die römisch-katholische Kirche bleibt im Zwielicht. Sie ist der Todfeind des Kommunismus. Das Oberhaupt der Kirche enthält sich darum einer generellen und absoluten Verurteilung des Krieges. Es bleibt den geistlichen Würdenträgern überlassen, die Stellung der Kirche zum Krieg zu interpretieren. Es finden sich unter ihnen überzeugte und unerbittliche Kriegsgegner wie Professor Uhde, neben Moraltheologen jesuitischer Observanz, die auch die Zerstörung der Menschheit als mit Gottes Willen vereinbar erklären, falls es um das höchste Gut, den katholischen Glauben, gehe.

Hier, unter die Kämpfer à outrance, muß man auch die Moralische Aufrüstung einreihen, denn nichts in den schriftlichen Zeugnissen ihrer Bewegung deutet darauf hin, daß sie vor der Anwendung der Nuklearwaffen und der übrigen teuflischen Mordwerkzeuge zurückschreckt. Unsere heutige Situation der Koexistenz, die von allen Menschenfreunden als Übergangszustand zu einer alle Völker und Rassen umfassenden höheren Ordnung empfunden wird, kann nur durch geduldige Verhandlungen mit der Gegenseite, mit den Völkern des Ostens verbessert werden. Das ist eine Tatsache, die in der Überbrückung und Versöhnung von gegensätzlichen Standpunkten in Tausenden von Fällen bestätigt wurde. Wenn sich darum im Westen eine Gruppe von Leuten wie die «Moralische Aufrüstung» weigert, den Kontakt mit einem Gegner aufzunehmen, im Vertrauen auf die westliche materielle Übermacht und ihre sogenannte «ideologische Überlegenheit», so heißt das nichts anderes, als daß sie die gewaltsame Auseinandersetzung bejaht. Denn kein Wesen von gesundem Menschenverstand — auch nicht Frank Buchman selbst — wird den Glauben aufbringen, daß beim heutigen Stand der Kriegsvorbereitungen und immer gewagteren Spionageunternehmen eine «Umwandlung» der Menschen die Gegensätze zwischen Ost und West zum Verschwinden bringt, bevor wir, einfach infolge der Eigengesetzlichkeit der Kriegsmaschinerie, alle miteinander zugrunde gehen. Was der christlichen Lehre in 2000 Jahren nicht einmal im Land, das den Stellvertreter Christi beherbergt, möglich war — man denke an die Schilderungen Danilo Dolcis —, das soll nun den fadenscheinigen vier Absoluten gelingen. Was soll man von einer «absoluten Liebe» halten, die den überzeugten Kommunisten ausschließt, was von der «absoluten Ehrlichkeit» eines Frank Buchman, der in all seinen biographischen Notizen — wohl aus Prestigegründen — angibt, er hätte zwei Jahre (1921/22) an der Universität Cambridge studiert, während Nachforschungen in der Kanzlei der Universität ergeben, daß er zwar sechs Monate an einem theologischen College in Cambridge, das nicht der Universität angehört, verbrachte, doch überhaupt keine Vorlesungen an der Universität besuchte. Wie Sir Alan Herbert im britischen Unterhaus erklärte, «hatte Frank Buchman ebensowenig das Recht, zu behaupten, er habe an der Universität Cambridge stu-

diert, als irgend jemand, der einmal in einer Cambridger Konditorei ein Buch las». Ist es nicht vielleicht doch so, daß diese vier absoluten Forderungen — absolute Liebe, absolute Ehrlichkeit, absolute Reinheit und absolute Selbstlosigkeit — an sich schon zur Unwahrhaftigkeit verleiten; denn wer kennt sich so gut, daß er über alle seine Motive des Handelns immer im klaren wäre?

Diese vier aus der Bergpredigt entnommenen absoluten Forderungen bilden heute den Kern der MRA-Ideologie. Sie bezeichnet sich selbst nicht als christliche Bewegung, aber ihre «überlegene Ideologie» soll das «Christentum» sein, wie sie es versteht — eine «positive Gegenstrategie» zur Strategie des Kommunismus, wie sie «in der MRA aus gottgegebener Initiative erwuchs». MRA ist die wahre Ideologie der Demokratie. «Sie gibt der Demokratie das moralische Rückgrat, das ihr heute fehlt.» Darum ist die Wahl für die Welt nicht Krieg oder Koexistenz, sondern Moralische Aufrüstung oder Kommunismus.

Die MRA hat seit ihren Anfängen in den zwanziger Jahren etliche Wandlungen durchgemacht. Ihr ursprünglicher Name lautete «First Century Christian Fellowship», was man sinngemäß mit «Urchristliche Bruderschaft» übersetzen kann. Ihre ersten Publikationen lesen sich, wie Tom Driberg M. P. im «New Statesman» vom 4. Juni 1960 ausführt, wie altmodische evangelische Traktätchen, mit Berichten von der Bekehrung robuster Fußballspieler, die Gott finden, auf die Knie fallen und das Rauchen und «Unreinheit» aufgeben. Es ist christliche Evangelisationsarbeit mit einer besonderen Technik gemeinsamen Besitzes, stillen Stunden und «Führung», eine Art «Heilsarmee für den Mittelstand», wie sie genannt wurde.

1933 erschien der Name Oxford-Gruppen-Bewegung, in Anlehnung an das Oxford Movement von 1833 und schließlich 1938 die Bezeichnung Moralische Aufrüstung — Moral Rearmament. Im Laufe der Jahre konnte man eine bedeutsame Veränderung feststellen. Es wurde immer weniger Nachdruck auf «Religion» und christliches Bekenntnis gelegt — was entstand, war die «Ideologie», wie sie seither in der MRA-Propaganda bis zum Überdruß wiederkehrt.

Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß Dr. Frank Buchman mehr und mehr zur Überzeugung kam, seine Mission sei der Kampf gegen den Kommunismus. Man weiß, wer sich auf dem europäischen Kontinent als der große Bekämpfer des Kommunismus aufspielte. Man erinnert sich auch, daß Frank Buchman Gott dankte für Adolf Hitler, «der ermögliche eine Front zu errichten gegen den Antichrist Kommunismus». Da Buchmans Anhänger sich beklagen, man habe sein Wort aus dem Zusammenhang gerissen, muß hinzugefügt werden, daß Frank Buchman nicht alles billigte, was Hitler verbrach. «Antisemitismus. Natürlich eine schlimme Sache», dies waren die Worte Frank Buchmans. «Ich stelle mir vor, Hitler sieht in jedem Juden einen Marxisten.» sollte man daraus schließen, daß es nicht so viel

zu bedeuten hatte, wenn ein Marxist der Gaskammer überantwortet wurde? Es ist mindestens ein Beispiel für die oberflächliche, fast kindlich naive Vereinfachung eines Problems, die man bei Frank Buchman so oft bemerkt. So auch die anschließenden Bemerkungen, die er über Hitler äußerte: «Man stelle sich vor, was es für die Welt bedeutete, wenn Hitler sich der Führung Gottes unterstellte. Durch solch einen Mann könnte Gott ein Volk über Nacht in die Führung bekommen und selbst das schwierigste Problem lösen.»

Es ist nicht anzunehmen, daß Nevil Chamberlain in Hitler das Instrument Gottes sah. Sicher ist jedoch, daß er glaubte, die Nationalsozialisten gegen Rußland einsetzen zu können, wie auch der Papst und unser schweizerischer Außenminister, Motta, in Mussolini den Mann der Vorsehung im Kampf gegen den Kommunismus erkannten. Wir haben früher festgestellt, daß dieser selbe Kampf von Amerika aus wieder aufgenommen wurde, sobald Präsident Roosevelt starb und noch bevor die Feindseligkeiten in Europa zu Ende gegangen waren. Im «Kalten Krieg» gegen den Osten konnte auch Frank Buchmans Bewegung Aufschwung und Förderung von höchster Stelle erwarten. Es war auch verständlich, daß er sich nach Verbündeten umsah. Manche von ihnen durfte die Bewegung nicht durch ein betont protestantisch-christliches Gepräge abstoßen. Indien zum Beispiel ist eine der Schlüsselstellungen im Ringen um die Seele Asiens. Die Ablehnung religiöser Formen und europäisch-amerikanischer Denkweise unter dem Eindruck des Sieges über den westlichen Imperialismus ließ es empfehlenswert erscheinen, westliche Religiosität so nach Indien zu projizieren, daß sie auch vom frömmsten Hindu oder Muslim nicht als Neuauflage christlicher Missionstätigkeit empfunden wurde. Durch die Ausmerzung aller Dogmen präsentiert sich darum die MRA als rein säkulare «Ideologie», die nicht den Anspruch erhebt, eine Kirche zu sein oder bilden zu wollen, und darum von kirchlich-religiösen Organisationen nicht als «Konkurrenz» empfunden wird. Diese Verweltlichung der Ideologie ist von besonderem Gewicht für die Beziehungen der MRA zur römisch-katholischen Kirche. «Viele der guten Freunde Frank Buchmans (wir entnehmen diese Angaben einem Artikel von Werner Haak in ‚Die andere Zeitung', Hamburg, 3.-Juni-Ausgabe 1960) sind folgsame Söhne Roms, sie würden sich hüten, in einer Front zu marschieren, die den Römischen nicht behagt. Soziale Engagements, soweit sie ernsthaft die Grundlagen der alten Gesellschaft in Frage stellen (man denke an die ‚Arbeiter-Priester', D. B.), sind ausdrücklich untersagt; pazifistische Zusammenschlüsse, wo sie . . . hinsichtlich der Rechtgläubigkeit über jeden Zweifel erhaben sind, gelten der Romkirche als suspekt . . . Warum also findet MRA ungeschriebene Zustimmung seitens des Klerus?» Die Antwort ist nicht schwer zu erraten. Was für MRA gilt, gilt auch für den römischen Katholizismus — im antikommunistischen Feldzug sind sie bereit, sich mit der schwärzesten Reaktion zu verbünden.

«Ein Publizitäts- und Propagandadienst, der seine amerikanische Herkunft nicht verleugnet und von der durch Jahrhunderte entwickelten Diplomatie der römischen Hierarchie unterstützt wird (man beachte das Zusammenwirken von MRA und katholischer Kirche im kürzlich durchgeführten Sturz der verfassungsmäßigen, aber kommunistischen Regierung von Kerala im Süden Indiens), ist nun seit Jahren an der ideologischen Front tätig — unterhält Zentren für ‚Strategie' in Caux und Mackinac, publiziert Zeitungen und illustrierte Broschüren, führt Tournees von MRA-Schauspieltruppen in alle Welt — immer im Dienst der Moralischen Aufrüstung für die Neuordnung der Welt. «Kommt irgendwo ein vernünftiger Ausgleich zustande — sei es die Verhinderung eines drohenden Streiks, sei es die Beilegung internationaler Konflikte —, sofort ist die MRA auf dem Plan, um ihn als ihr Verdienst zu buchen» (Hildburg Bethke, in «Stimme der Gemeinde», Juni 1960). In ihrer grauen Propagandaschrift «Ideologie und Koexistenz» läßt sie «einen der fünf Riesen amerikanischer Arbeiterorganisationen» auf dem Sterbebett ausrufen: «Ganz Amerika muß es wissen: als Frank Buchman John Riffe bekehrte, ersparte er der amerikanischen Industrie 500 Millionen Dollar!» «Soll man daraus entnehmen», sagt Tom Driberg im bereits zitierten Artikel des «New Statesman», «daß sich die MRA als eine Art geistiger Streikbrecherorganisation betätigt?» Wohl kaum. Aber man fragt sich doch immer wieder: Wem nützt diese hektische Geschäftigkeit der MRA vor allem? Wer steckt dahinter? Die MRA legt über die finanzielle Seite ihres «Betriebes» niemandem Rechnung ab — sie gedeiht, «wie die Lilien auf dem Felde» —, wenn man aber annehmen muß, daß eine neben vielen andern Aktionen, die Streusendung der Broschüre «Ideologie und Koexistenz», mindestens etwa 12 Millionen Schweizer Franken gekostet haben dürfte, beginnt man doch daran zu zweifeln, daß die MRA sich einzig aus den Zuwendungen ihrer Freunde und Anhänger finanziere, wie einem etwa angedeutet wird. Ob die Behauptung eines Korrespondenten des «Daily Express», der auf massive Unterstützung der MRA durch das FBI (Federal Bureau of Investigation) oder durch Allen Dulles' reich dotierte Spionagezentrale tippt, richtig ist, kann hier nicht entschieden werden. Aber auch wenn dies nicht bewiesen werden kann, so ist doch die ganze Einstellung der MRA zu Kaltem Krieg, ihr Haß gegen die Begriffe Humanismus, Toleranz und Freidenkertum so sehr «his Master's Voice», die Stimme ihres Herrn, des antiliberalen, von McCarthy inspirierten Anti-Kommunismus, daß man sich nur noch fragt, wann auch die MRA in den trüben Strom der William S. Schlammschen offenen Kriegshetze einmünden wird.

Doch die Kräfte, die hinter der MRA und allem, was sie vertritt, stehen, sind zum Glück nicht die, die das Feld behalten werden. Wie sagt doch Hermann Rauschning in seinem Buch «Mut zu einer neuen Politik»: «Eine große, umspannende Solidarität ist im Entstehen, eine Solidarität im Widerstand aller Völker gegen den drohenden Krieg,

gegen die alte Politik, gegen alle jene Mächte von gestern, die Routiniers der Machtpolitik, die Meister der Taktik und der Propaganda, die Falschmünzer unserer Wirklichkeit. Es ist eine Solidarität, die keine Grenzen kennt, keine eisernen Vorhänge, keine Rassenunterschiede, keinen Westen und keinen Osten.» *P. F.*

Afrika wohin?

«Das Jahr 1960 steht tatsächlich in einem ungewöhnlichen Ausmaß im Zeichen Afrikas.» Im laufenden Jahr erlangen 14 afrikanische Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von über 80 Millionen ihre Unabhängigkeit. Gegenüber 1950, als 27 Prozent der Afrikaner frei waren, sind es 1960 60 Prozent, die selbst über ihre Zukunft zu bestimmen suchen. Es ist darum höchste Zeit, daß wir im Westen unser Interesse den Entwicklungen auf dem schwarzen Kontinent vermehrt zuwenden.

Ein Artikel von Horst A n d e l, der in den «Blättern für deutsche und internationale Politik (Heft 6, 1960) erschien, trägt ausgezeichnet dazu bei, unsere Kenntnisse über Afrika zu vertiefen. Angesichts der Möglichkeiten einer kommunistischen Entwicklung der jungen Staaten, die Europa mit großer Angst kommen sieht, setzt sich der Verfasser sachlich mit den Gründen auseinander, die sich aus Geschichte und wirtschaftlichen Notwendigkeiten für einen wahrscheinlich vermehrten Einfluß kollektiver Gesellschafts- und Produktionsformen anführen lassen. Sie seien hier kurz zusammengefaßt.

Die neuen Staaten brauchen neue Staatsformen. Der überlieferte Typus der Stammesverbände ist . . . nicht mehr tragbar . . . Die westliche parlamentarische Demokratie wird zwar in ihren äußeren Formen vielenorts nachgeahmt . . . aber sie ist die Staatsform der Kolonialmächte, gegen die man kämpft.

Für die Entwicklungsländer, die vor ganz ähnlichen Aufgaben stehen wie die Russen von 1917 oder die Chinesen von 1950, sind die Fortschritte der Sowjetunion und Rotchinas auf allen Gebieten zu imponierend, als daß sie sie übersehen könnten . . . Hinzu kommt, daß die sozialistischen Länder . . . großzügige Finanz- und Wirtschaftshilfe — ohne Bedingungen — anbieten . . . Die Farbigen wollen keine Almosen.

Es gibt in Moskau ein Institut, das die afrikanische Geschichte und Kultur mit wissenschaftlichen Methoden erforscht. Die Ostblockdiplomaten, die den Boden Afrikas betreten, sind denkbar gründlich geschult, über die speziellen Fragen ihrer Gastländer genau unterrichtet und mit ihren wirtschaftlichen und politischen Sorgen eng vertraut. (Der neue Sowjetbotschafter in Conakry, ein Ukrainer, spricht Arabisch, Englisch und Französisch.) . . . Die neuen Staaten brauchen ein System, das es ihnen erleichtert, die fast unüberwindlich erscheinenden

Schwierigkeiten zu überwinden. Die konservativen Bankiers und Geschäftsleute der USA versuchen (laut «New Statesman» 9. Juli 1960), in den zurückgebliebenen Gebieten Miniaturkopien des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Amerikas aufzubauen. Dadurch verhindern sie die strukturellen Anpassungen an die Verhältnisse des Landes, die allein normales Wachstum ermöglichen.

Afrika muß in dieser Stunde der Entscheidung seine geistige Richtung wählen. Und darin liegt die letzte große Chance des Kommunismus.

Auch Minister Stopper, Delegierter für Handelsverträge im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, mußte an einer Veranstaltung des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung in Zürich zugeben, daß der Umstand, daß sich die Sowjetunion und China aus dem den afrikanischen Verhältnissen vergleichbaren Zustand ausgesprochener Unterentwicklung zu einer technischen Zivilisation emporgearbeitet haben oder das zu tun im Begriffe sind, dem Osten ein erhöhtes Prestige als Lehrmeister gibt. («NZZ», Nummer 2091, 18. Juni.) Minister Stopper fährt weiter: «Die damit verbundene Unfreiheit fällt nicht ins Gewicht — dies um so weniger, als für den Afrikaner der wirtschaftliche Kollektivismus in der Regel die traditionelle Lebensform darstellt.» Unsere Ideen über Unfreiheit stimmen nicht immer überein, wie wir aus den Bemerkungen eines Korrespondenten einer Schweizer Tageszeitung ersehen. Der gleiche Mann, der in Guinea die vielen Kontrollen übelnimmt, betrachtet es als nur gerecht, daß die jungen Schwarzen, die der lange Bildungsmarsch nach Ostberlin, Prag, Budapest, Moskau oder Peking geführt hat, von der Polizei überwacht werden.

Minister Stopper sieht einen weiteren Grund für den Einfluß der sozialistischen Staaten: «Der Umstand, daß es bis anhin fast ausschließlich die Kommunisten waren, welche die in Europa studierenden jungen afrikanischen Intellektuellen als gleichwertig und mit menschlicher Wärme empfangen haben ... Zahlreiche Afrikaner sind zum Schluß gekommen, daß man, von Afrika aus betrachtet, den Kommunismus hätte erfinden müssen, wenn er nicht schon existiert hätte — um die Hilfsbereitschaft des Westens zu stimulieren.»

Von Hilfe an unterentwickelte Völker lesen wir jetzt viel, vom Kampf gegen den Hunger, von Stipendien an Studenten aus Afrika usw., aber wenn sie die fehlenden «Kolonialinvestitionen» ersetzen wollen, werden die Westmächte zu etwas wie dem Colombo-Plan greifen müssen, der als Versuch eines solchen Ersatzes geplant wurde. Ob der DAG (Development Aid Group), der in Paris Mitte Januar konstituiert wurde und vom 5. bis 7. Juli die zweite Tagung in Bonn abhielt, den gleichen Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. (Die Initiative dazu gab der amerikanische Unterstaatssekretär Dillon!)

Wie solche Hilfe von den neu unabhängigen Staaten angesehen wird, davon bekommen wir einen Begriff, wenn wir im «Bulletin d'in-

formation des Amis de l'Abako» von «häßlicher Heuchelei unserer Kolonialisten» lesen (22. April 1960). «Bevor sie von Hilfe sprechen, haben die Belgier die moralische Verpflichtung, Reparationen zu bezahlen, als Kompensation für die Plünderung unserer Naturschätze und die Ausbeutung der eingeborenen Arbeitskräfte während 80 Jahren.»

Auch an der Panafrikanischen Konferenz, die vom 14. bis 24 Juni im Parlamentsgebäude von Addis Abeba abgehalten und von Kaiser Haile Selassie eröffnet wurde, hörte man solche Stimmen. Man muß die Reden und Resolutionen dieser Konferenz gelesen haben. Nicht nur verlangte man die Abschaffung aller fremden Stützpunkte in Afrika und die Einstellung des Luftverkehrs mit Südafrika, sondern man beschloß auch die Äufnung eines besonderen Fonds für die Hilfe an die «Freiheitskämpfer» Afrikas. Hier in Addis Abeba wurde auch «die Zwangsarbeit, die in Angola in ihrer brutalsten Form ausgeübt wird, und die portugiesische Schreckensherrschaft mit ihren Massakern und ihrer Sklaverei» angeprangert.

Die Stimme Afrikas und Asiens wird immer lauter in internationalen Körperschaften. Nach einem Bericht der «NZZ» (Nummer 1887, 1. Juni) ist «die afrikanisch-asiatische Gruppe bereits jetzt die stärkste in den Vereinten Nationen. Sie dürfte bald, soweit nicht innere Zerwürfnisse sie hemmen, eine dominierende Stellung einnehmen.»

Ähnliches ist im Internationalen Arbeitsamt festzustellen. Als der südafrikanische Delegierte auf die Rednertribüne stieg, verließen sämtliche Schwarzen wie auch einige andere Delegationen den Saal.

Wenn dieses Jahr ein afrikanischer Staat nach dem andern unabhängig wird und in die UNO kommt, werden wir uns an solche Stimmen gewöhnen müssen und uns ein Bild davon machen, wie die Welt von Afrika und Asien aussieht. Man stelle sich nur vor, wie E. D. M o r e l l und viele andere, die vor 60 oder 70 Jahren für die Wahrheit über Afrika kämpften, sich über die gegenwärtige Entwicklung freuen würden, selbst über die Entwicklung im Kongo, die momentan so drohend aussieht.

Wie Bundesrat Petitpierre am 1. Juli in einer Radioansprache zum Beginn des Kreuzzuges gegen den Hunger es ausdrückte: «Solange sie (die unterentwickelten Völker) sich nicht in Freiheit ihrer Menschenwürde erfreuen können, solange ist die Freiheit der Welt überhaupt gefährdet. Indem wir ihnen behilflich sind, tragen wir auch *zur Gestaltung unserer eigenen Zukunft bei.*»

In den Schlußworten zu seinem Artikel drückte es Horst A n d e l anders aus: «Das Gebot der Stunde heißt Partnerschaft zwischen Weiß und Farbig, und es heißt für die Weißen, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, denn er läuft unaufhaltsam ab. Jede Umdrehung des Uhrzeigers kann mit dem Paukenschlag zusammenfallen, der die furchtbare Erkenntnis bringt, daß es für eine echte Partnerschaft zu spät ist. Dann aber hieße es für die weiße Erdbevölkerung, nicht mehr nur um die Gleichberechtigung, sondern um das Überleben zu kämpfen!»

Wird für Afrika die Partnerschaft von Tanganjika maßgebend sein, wo sich alle gewählten Mitglieder der Legislative von jeder der drei Rassen als «Team» unter der Führung von Julius N y e r e r e organisiert haben? Oder soll die Partnerschaft wie bisher von den Weißen als Tarnung für die Wahrung ihrer Interessen benützt werden? 1960 ist in der Tat ein Jahr der Entscheidung. *M. F.*

Afrikanische Antworten

Wir verdanken der «Friedensrundschau» (Heft 7/8, 1960) folgenden Bericht, den wir gekürzt wiedergeben.

1956 und 1959 weilte T o m M b o y a , der Vorsitzende des Allafrikanischen Kongresses, ein Führer der Afrikaner in Kenya, auf einer Vortragsreise in den USA. In der «Neuyork Times» vom 28. Juli 1959 stellte er fest, daß das Wissen um Afrika in den letzten drei Jahren große Fortschritte gemacht habe. In diesem Artikel beantwortete Mboya einige der Fragen, die die amerikanische Öffentlichkeit stark beschäftigen, zum Beispiel ob die Afrikaner ein Opfer der kommunistischen Propaganda geworden seien. Afrika sei entscheidend der demokratischen Tradition verbunden, meinte Mboya, aber er zweifle daran, ob Demokratie die Haltung sei, die der Westen in Wirklichkeit in den Augen der Unentschiedenen («uncommitted world») vertritt . . . «Unser Volk fragt, warum der Westen Südafrika nicht in die gleiche Kategorie einreiht wie die Sowjetunion. Warum wird Portugals Zwangsarbeit nicht mit der in den sibirischen Lagern gleichgerechnet? Frankreich bedient sich der NATO-Waffen, die ihm von den Vereinigten Staaten geliefert werden, gegen die Algerier. Die Engländer erschossen mehr als 50 unbewaffnete Demonstranten im Njassaland, und ihre Beauftragten erschlugen 11 Menschen aus Kenya im Gefangenenlager von Hola. Die freie Welt rührt keinen Finger. Man vergleiche dieses mit der Reaktion auf Ungarn und Tibet! Die Afrikaner fragen sich, warum mit zweierlei Maß gemessen wird, wo es sich um Menschenrechte handelt, und mißtrauen natürlicherweise den Motiven einiger Nationen der freien Welt.»

Mboya wurde immer wieder über die Zukunft der weißen Siedler in Afrika gefragt. «Das Problem ist wirklich das der Einwanderer selbst», schreibt Mboya. «Sie kamen und erwarteten als ihr Recht eine privilegierte Stellung und die Oberherrschaft, deren sie sich immer erfreut haben. Wenn Europäer nach Amerika auswandern, freuen sie sich, Amerikaner genannt zu werden, gleicherweise sind sie zufrieden, Kanadier genannt zu werden, wenn sie nach Kanada gehen. Sie bestehen dort auf demokratischer Gleichheit. In Afrika schämen sie sich jedoch, Afrikaner genannt zu werden. Wie können *wir* denn dieses Problem für sie lösen wollen?»

Einige Bemerkungen über die Vorgänge im Kongo

Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zwischen Afrikanern und Belgiern läßt erkennen, daß der Konflikt weitaus schlimmer geworden wäre, wenn die Belgier dem Kongo die Unabhängigkeit nicht zuerkannt hätten.

* *
*

Die Berichte über Angriffe und Vergewaltigungen gegenüber Weißen haben viele von uns fast zur Verzweiflung getrieben. Unsere Sympathie gehört den Opfern, aber diese Gewalttätigkeiten waren das unvermeidliche Ergebnis dessen, was vorausgegangen war.

Es ist einfach Heuchelei, wenn man vorgibt, diese Vorfälle seien einfach auf Mangel an Moral und Disziplin bei den Afrikanern zurückzuführen. Leider kommen solche Scheußlichkeiten immer vor, wo Gewalt und Haß sich austoben können. Ich war nach dem Kriege in Deutschland, wo die gleichen Vergewaltigungen erfolgten, als die alliierten Truppen hineinströmten. Und wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß die Geschichte der weißen Besetzung Afrikas mit ähnlichen Gewalttaten belastet ist.

* *
*

Die Vereinten Nationen sollten mit der Kongo-Republik zusammenarbeiten, um den Frieden wiederherzustellen. Dr. Bunche müßte dazu beitragen, die Probleme der Provinzen Katanga, Kasai und Kivi zu lösen, deren Einwohner von den Diamanten- und anderen Interessen zum Abfall vom Kongo gedrängt werden.

Die Sympathie Afrikas und aller Freunde Afrikas in der Welt steht auf der Seite der Republik Kongo. Helfen wir, ihr die Gelegenheit zu geben, unbehindert durch die Kapitalinteressen des Kolonial-Zeitalters sich zu einem prosperierenden und friedlichen Gemeinwesen zu entwickeln.

Fenner Brockway, M. P., Peace News, 22. Juli 1960

Wer in den letzten zehn Jahren mitangesehen hat, wie die Belgier von einem großen Fehler in den andern stolperten, ist leicht geneigt auszurufen: «Wir haben euch immer gesagt, es würde so herauskommen!» Die Belgier waren immer so überlegen, so selbstzufrieden, so sicher, daß sie recht hätten. «Les noirs, on les connaît». Doch wir wollen nicht auch selbstgefällig sein, denn der Zusammenbruch des Kongo ist eine Katastrophe für uns alle und das Ende des Schadens ist noch nicht abzusehen.

Die Wurzeln dieser Katastrophe gehen zurück auf die Verzweiflung der Kongolesen über die Scheußlichkeiten der Leopoldinischen Sklaverei — und diese Dinge liegen keine 60 Jahre zurück. Obwohl das Schlimmste seit 1908 vorbei ist, dauert wesentliches von jenem System weiter, nämlich die Überzeugung, daß der Belgier ein höchst feiner, fortschrittlicher Erwachsener ist und der Afrikaner ein ausgesprochen minderwertiges, verantwortungsunwürdiges Kind.

* *
*

Was niemand voraussah, war die Meuterei der «Force Publique» (der eingeborenen Truppen), die alle Hoffnung auf den Erfolg Lumumbas zerstörte. Warum hat die «Force Publique» gemeutert? . . . Sie war in zwei Beziehungen anders als alle anderen afrikanischen Armeen, sie war viel größer, aber sie besaß keinen einzigen afrikanischen Offizier. Dazu hatten die belgischen Offiziere keine Tradition der Kampfgemeinschaft mit den Afrikanern . . . Wie wir nun sehen, haßten die kongolesischen Truppen ihre Offiziere, denn die Grausamkeiten dieser Tage (und es hat gewiß welche gegeben, wenn auch weitaus weniger als die allgemeine Hysterie der Europäer glauben läßt) wurden meistens von afrikanischen Soldaten gegenüber ihren belgischen Offizieren und deren Frauen verübt. Nicht Grausamkeit, sondern Erniedrigung scheint das Hauptmotiv gewesen zu sein. Diese Soldaten wollten, wie es scheint, einmal Gleiches mit Gleichem vergelten. Eine Armee, die für rohes Vorgehen gegen unbewaffnete Afrikaner abgerichtet und absichtlich von jeder nationalen oder politischen Loyalität unberührt gehalten wurde, kam in ihrer Einstellung einer Meute von Gangstern gleich und sie übte Vergeltung nach der Art von Gangstern.

* *
*

Die einzige lichte Seite des Kongo-Bildes kann man in dem kleinen Detachement von Ghana-Truppen unter General Alexander sehen, das täglich durch neue afrikanische Truppen verstärkt wird. Afrika hat begonnen, seine eigenen Angelegenheiten mit eigenen Kräften in Ordnung zu bringen. Und dies wird vielleicht letzten Endes das allerwichtigste Ereignis dieser verzweifelten Wochen sein.

Basil Davidson, in «New Statesman», 23. Juli 1960.

Basil Davidson ist der Verfasser des 1957 im Steinberg-Verlag erschienenen Buches: «Erwachendes Afrika».

Je weniger intelligent ein Weißer ist, desto dümmer erscheint ihm der Schwarze. *André Gide*

Dank und Gruß

Die Religiössoziale Vereinigung, die Redaktionskommission der «Neuen Wege» und zahlreiche Leser und Freunde unserer Blätter haben mir so warmherzige Geburtstagswünsche, verbunden mit hoher, oft allzu hoher Wertschätzung meiner Arbeit, zukommen lassen, daß ich ihnen hier nur in tiefer Bewegung und Dankbarkeit gesamthaft die Freundeshand schütteln kann. Wenn ich ihnen nicht sofort auch einzeln danken kann, so mögen sie mir das vorerst gütig nachsehen.

Als ich es Anfang 1946 übernahm, allmonatlich eine Übersicht über die Weltereignisse zum Inhalt der «Neuen Wege» beizusteuern, da hatte ich — als Nachfolger von Leonhard Ragaz auf diesem Feld — ein starkes Gefühl persönlichen Ungenügens. Je mehr ich aber in diese Arbeit hineinwuchs, desto mehr durfte ich es erfahren, daß ich mit meiner Art, die Dinge zu sehen, doch vielen Menschen in dieser wirren Zeit einen Wahrheitsdienst leisten konnte. So verlagerte sich das Schwergewicht meiner ganzen Tätigkeit immer ausgesprochener auf die Sache der «Neuen Wege», und das war und ist mir nicht nur eine Ehre und Verpflichtung, sondern auch ein persönliches Glück, für das ich nicht genug dankbar sein kann.

An Anfeindungen aller Art, an Krisen und Schwierigkeiten hat es uns in diesen Jahren wahrhaftig nicht gefehlt; aber wir haben sie ertragen und überwinden können, weil uns die Treue der meisten unserer alten Leser erhalten blieb, weil wir neue Freunde gewannen und besonders weil eine ganze tapfere Schar von Mitstreitern und Mitarbeitern mit beispielhafter, oft übermäßiger Opferwilligkeit hinter unserem Blatt stand und steht. So dürfen wir hoffen, die «Neuen Wege» werden auch in Zukunft ihren Auftrag nach Kräften erfüllen können, einen Auftrag, dessen Wichtigkeit uns ja inmitten der aufwühlenden Zeitereignisse nur immer klarer bewußt wird. Ich meinerseits werde, soweit meine Kraft und Fähigkeit reicht, in Gemeinschaft mit den anderen Trägern unserer Sache meine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen fortsetzen und bitte unsere Freunde, mir auch fernerhin ihre nachsichtige Hilfe und Ermutigung schenken zu wollen. Ich grüße sie alle in herzlicher Verbundenheit!

Hugo Kramer

Tatsachen zur Lage Wenn man jetzt die Zeitungen liest und das Radio hört, bekommt man unwillkürlich den Eindruck, daß sich die Weltlage in den letzten Wochen ganz bedenklich verschlechtert habe. Und in der Tat reden seit dem Zusammenbruch der Pariser Gipfelkonferenz die Staatsmänner und Regierungen des West- wie des Ostlagers miteinander noch mehr als bisher in einem Ton, wie er früher nur am Vorabend eines Krieges möglich gewesen wäre. Besonders die Äußerungen und Kundgebungen der Sowjetführer haben eine Schärfe angenommen, die weit herum Beunruhigung hervorgerufen hat, aber auch die Wortführer der Westmächte bedienen sich gegenüber den Russen einer Sprache — «verbrecherische Piraterie», «Banditenpolitik», Kriegshetze» usw. —, deren Hemmungslosigkeit peinlich auffallen muß. Auf der andern Seite haben jedoch die bewußt oder unbewußt zum Krieg drängenden Kräfte gerade in den vergangenen Wochen derartige Rückschläge erlitten und sind die Notwendigkeiten eines friedlichen Zusammenlebens der Völker neuerdings derart offenbar geworden, daß wir uns entschlossener als je weigern müssen, eine kriegerische Menschheitskatastrophe als unausweichbares Verhängnis mutlos und schicksalsergeben hinzunehmen. Das Wettrüsten, vor allem dasjenige mit Atomwaffen, droht sicherlich zum kollektiven Selbstmord der Völker zu führen; aber eben darum ist die radikale Abrüstung *die* überragende Notwendigkeit der Zeit geworden. Und ähnlich unabweisbar ist die Notwendigkeit, die unterentwickelten zwei Drittel der Erdbevölkerung ihrem untermenschlichen Armutsdasein durch gemeinsame Anstrengung aller wohlhabenden Nationen zu entreißen, soll nicht der Aufstiegs- und Freiheitskampf der hungernden Proletariervölker zu einer tödlichen Gefahr für die gutgenährten Herrenrassen werden. Die Mittel dazu sind leicht durch die militärische Abrüstung zu beschaffen, die auch von hier aus gesehen eine Lebensnotwendigkeit ist.

Unser Kampf gilt darum denjenigen Mächten, die sich verblendet und verhärtet gegen diese Notwendigkeiten sträuben. Im Vordergrund steht dabei nicht, wie die vorherrschende Meinung im Westen will, die Abwehr des Kommunismus, sondern umgekehrt die Überwindung des gewalttätigen *Antikommunismus*, der *grundsätzlich* keine friedliche Koexistenz und Konkurrenz von entgegengesetzten Wirtschafts- und Staatsformen für möglich oder auch nur wünschbar hält. Denn solche Koexistenz hieße ja Anerkennung des heutigen Bestandes an kommunistisch regierten Ländern und der Möglichkeit weiterer, wenn auch friedlicher Ausdehnung dieses Bestandes auf die gärende Welt Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Und das *will* man eben in den herrschen-

den Schichten der «freien» Welt um gar keinen Preis. «Lieber tot als rot», ist hier die Losung.

Mittel- und Sammelpunkt der weltweiten Kräfte, die auf diesem Boden stehen, sind, wie man weiß, die *Vereinigten Staaten von Amerika*. Ihre heutige Machtstellung gleicht, wie Scott Nearing in der «Monthly Review» (Juniheft) richtig darlegt, der Stellung, die Großbritannien um die Mitte des 19. Jahrhunderts einnahm. Mit dem Unterschied freilich, daß sich der kapitalistische Imperialismus und Kolonialismus damals seinem Höhepunkt näherte, während er heute seinem unabwendbaren Zusammenbruch entgegengeht. Die ehedem niedergehaltene und ausgebeutete Welt der ganz- und halbkolonialen Völker ist in einem nicht mehr aufzuhaltenden Freiheitskampf begriffen, und gleichzeitig baut sich eine sozialistisch und kommunistisch ausgerichtete Welt von Ländern auf, die den Ehrgeiz haben, die alte, kapitalistische Welt auf allen Lebensgebieten zu überflügeln. Amerika stand damit — so sagt Nearing — vor drei ganz verschiedenen Möglichkeiten: Isolierung und Verschanzung gegenüber den neuen Kräften und Bewegungen; Übernahme der Führerschaft in der technischen und gesellschaftlichen Revolution unserer Zeit; und planmäßiger Kampf gegen diese Revolution. «Die Politikmacher der Vereinigten Staaten, mit Präsident Truman als Wortführer, entschieden sich für Restauration, Reaktion und Gegenrevolution, entfesselten 1946 den Kalten Krieg und verkündeten 1947 die Trumandoktrin und legten den Grund für die Außenpolitik, die Washington in den folgenden 15 Jahren befolgt hat.» Ohne Zerschlagung von Sozialismus und Kommunismus gibt es keinen Fortbestand der hergebrachten westlich-amerikanischen Lebensformen — das ist das Grunddogma nicht nur der Politik der Vereinigten Staaten, sondern derjenigen der sogenannten freien Welt überhaupt.

Auf der anderen Seite gibt es auch einen *dogmatischen Kommunismus*, der nicht daran glaubt, daß Frieden, Demokratie, Wohlstand für alle und Aufstieg der unterentwickelten Rassen und Klassen dauernd möglich seien ohne einen letzten großen Entscheidungskampf mit den Mächten des aggressiven Kapitalismus und Imperialismus. So treffen sich beide Strömungen in dem einen gemeinsamen Punkt: dem Glauben an die entscheidende Rolle der militärischen Gewalt, der sich die einen bedienen wollen, um die soziale Revolution unseres Jahrhunderts zu ersticken, die anderen — ein nicht unbeträchtlicher Teil der gesamtkommunistischen Welt —, um diese Revolution zum endgültigen Sieg zu führen.

Rückschläge Das Kennzeichen der Lage ist nun, daß die sozialistische und kommunistische Weltbewegung im Verein mit dem Nationalismus der «zurückgebliebenen» Rassen und mit dem wachsenden Widerstand der Völker gegen den Rüstungsirrsinn das westlich-amerikanische Machtsystem immer unheilbarer erschüt-

tert — wirtschaftlich und gesellschaftlich, wie politisch und militärisch. Über die rasch zunehmende *wirtschaftliche* Erstarkung der Länder des Ostblocks, vor allem der Sowjetunion und Chinas, habe ich an dieser Stelle wiederholt ausführlich gesprochen, so daß es für heute genügt, an Chruschtschews Voraussage zu erinnern: «Im Lauf der kommenden 12 bis 15 Jahre werden wir die Vereinigten Staaten überholen, sowohl was die Gesamtproduktion als diejenige pro Kopf der Bevölkerung betrifft.» Schon jetzt ist die sowjetische Industrieproduktion halb so groß wie die der Vereinigten Staaten. Und während die amerikanische Produktion alljährlich nur um etwa vier Prozent zunimmt und die europäische im Durchschnitt höchstens um 5 Prozent, wächst die russische um 9 bis 12 Prozent jedes Jahr — ein Tempo, das zweifellos anhalten wird, sofern kein Krieg es unterbricht.

Machtmäßig gesehen, ist die Bedrohung der *militärischen* Vorherrschaft Amerikas noch viel ernster. Das Bündnis- und Stützpunktsystem, das die Vereinigten Staaten rund um den Erdball herum errichtet haben, um den Kommunismus — und das heißt in diesem Fall einfach die soziale Revolution — einzudämmen oder gar zurückzurollen und zu zerschlagen, lastet schwer auf den damit «geschützten» Völkern, deren Vorteil sogar in den Augen der Regierenden immer weniger mit demjenigen Amerikas zusammenfällt. Lassen wir dazu einem unverdächtigen Zeugen das Wort, der Neuyorker Massenzeitschrift «U. S. News & World Report» vom 4. Juli d. J. «Um die ganze Welt herum», so beginnt einer ihrer Artikel, «sind die Militärstützpunkte, auf welche die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten für ihre Verteidigung gegen Sowjetrußland und Rotchina angewiesen sind, in Gefahr.» Und dann zählt der Verfasser die einzelnen Gefahrenzonen nüchtern auf. Island, so stellt er fest, entgleitet den USA immer mehr. Unter örtlichem Druck räumte eben jetzt eine amerikanische Kampftruppe den Platz; die Zukunft des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes ist unsicher. Norwegen hat zwar keine amerikanischen Stützpunkte, wird aber von der Sowjetunion wegen der Benützung seiner eigenen Flugplätze durch USA-Spionageflugzeuge bedroht. Die amerikanischen Stützpunkte in England sind mehr und mehr Gegenstand von politischen Angriffen aus den Reihen der Labourpartei, da sie keinen Abschreckungswert gegenüber den Russen hätten und Großbritannien nur der Zerstörung im Fall eines amerikanisch-sowjetischen Krieges aussetzten. Frankreich hat alle amerikanischen Bomberstützpunkte bereits des Landes verwiesen. Die Stützpunkte in Spanien beherbergen nicht einmal je ein halbes Dutzend Flugzeuge. In Marokko müssen die mit teurem Geld erbauten Stützpunkte bis 1963 geräumt sein. Die aus Frankreich und Marokko, wie unlängst auch aus Libyen, zurückgezogenen amerikanischen Bomber sind großen Teils nach Westdeutschland verlegt worden, wo sie für die sowjetische Luftwaffe leicht erreichbar sind. Der Sturz der Regierung Menderes durch die türkischen Militärführer läßt auch die Zukunft des großen USA-Stütz-

punktes Adana als ungewiß erscheinen. «Seit die Engländer aus Suez vertrieben sind, ist dies der einzige bedeutende Stützpunkt, den westliche Streitkräfte in aller Eile benützen können, wenn es in dem unbeständigen Mittelosten zu Unruhen käme.» Pakistan ist, wie Norwegen, von Moskau gewarnt worden, weiterhin seine Flugplätze für amerikanische Militärspionage zur Verfügung zu stellen.

Den schwersten Rückschlag hat die amerikanische Stützpunkt- und Bündnispolitik in der letzten Zeit natürlich in Japan erlitten, das Präsident Eisenhower auf seiner Ostasienreise nicht einmal mehr betreten durfte. Sollten die Vereinigten Staaten brauchbare Stützpunkte in Japan verlieren, so wäre das nach dem genannten Blatt geradezu eine Katastrophe, besonders auch im Hinblick auf die in Ostasien stationierte große Siebente Flotte. Ohne daß die Vereinigten Staaten die japanischen Schiffswerften benützen könnten, wäre es «schwierig, wenn nicht unmöglich, wieder einen Landkrieg in Korea zu führen oder auch nur die beiden jetzt dort stehenden schwachen US-Divisionen zu schützen. Und andere Stützpunkte im Fernen Osten sind höchst verwundbar. Luftstützpunkte in Korea sind Blitzangriffen von den nur ein paar Minuten entfernten kommunistischen Flugplätzen her ausgesetzt. Okinawa ist ohnehin mit amerikanischen Einrichtungen überfüllt. Die Anlagen auf den Philippinen sind unterentwickelt. Keiner dieser Stützpunkte hat Reparatureinrichtungen, wie sie in Japan verfügbar sind. Wenn Japan verlorengeht, so meinte eine amerikanische Autorität, käme das ganze Verteidigungsgebäude im Westpazifik ins Wanken.»

In Amerika zweifelt man denn auch mehr und mehr an der Haltbarkeit des Systems fester Militärstützpunkte, die allzusehr verletzlich sind. «Der Pentagon (der Zentralsitz des Militärapparates, H. K.) ist realistisch, wenn er seine Strategie auf bewegliche Stützpunkte gründet, besonders auf die mit Polaris-Raketen ausgestatteten atomaren Unterseebote», schreibt Claude Julien im Pariser «Observateur» (23. Juni). «Der Pentagon ist aber nicht realistisch, wenn er aus Furcht vor örtlichen Konflikten seine Bodenstützpunkte behalten will. Und das Staatsdepartement hat ebenfalls unrecht, wenn es sich an diese überholte Auffassung klammert. Denn wenn diese Stützpunkte militärisch gesehen nicht ganz ohne Interesse sind, so ist der politische Preis, den Washington dafür bezahlen muß, fraglos viel zu hoch. Amerika geht neuen Unzuträglichkeiten entgegen, solange es diese offenkundige Wirklichkeit nicht anerkennt.»

Von Kuba zum Kongo Das ist sehr mild ausgedrückt. Die Vereinigten Staaten gehen nicht nur allerlei Unzuträglichkeiten entgegen, wenn sie ihren bisherigen außenpolitischen Weg fortsetzen; sie riskieren einen regelrechten Zusammenbruch ihrer Machtstellung, wenn sie nicht rasch und vollständig umkehren und dem ganzen Imperialismus und Kolonialismus, dem sie sich ver-

schrieben haben, gründlich absagen. Wie wenig sie freilich dazu geneigt sind, sieht man neuerdings am Fall *Kuba*. Wie hier schon früher gezeigt wurde, hat die nordamerikanische Union das von der spanischen Herrschaft befreite Kuba — befreit durch einen ebenso unnötigen wie von ihr zynisch inszenierten Krieg — von Anfang an als eigene Kolonie behandelt. Seine Wirtschaft wurde mehr und mehr durch amerikanisches Kapital beherrscht. Bis vor kurzem nahmen die Vereinigten Staaten 58 Prozent der kubanischen Ausfuhr auf und lieferten 71 Prozent der kubanischen Einfuhrwaren. Ein amerikanischer Flottenstützpunkt in der Guantanamobucht sorgte für Wohlverhalten der Regierung in Havana, deren Mitglieder schließlich nur mehr Puppen in den Händen der Drahtzieher von Wallstreet und Umgebung waren. Mit dem Sturz der korrupten Diktatur Batista begann aber auch die wirtschaftliche Befreiung Kubas. Bis heute soll schon mehr als die Hälfte des USA-Besitzes in Kuba in die Verfügungsgewalt des neuen, revolutionären Regimes übergegangen sein, und der Rest dürfte bald folgen. Begreiflich, daß die Kapitalistenklasse der USA dieser Enteignung nicht tatenlos zusehen will. Aber was will sie machen? Mit wirtschaftlichem Druck — wie der Sperrung der Zuckereinfuhr aus Kuba — ist offenbar nicht viel auszurichten; Kuba bekommt jetzt mehr und mehr Handelsverbindung mit den Ostländern. Innerer Umsturz oder militärischer Angriff eines von Nordamerika angestifteten guten Nachbarn, wie im Fall Guatemala, lohnt sich auch nicht; die Revolution ist viel zu volkstümlich, besonders unter der Bauernbevölkerung, die endlich — meist in Genossenschaftsform — eigenes Land bekommt. Also bliebe nur ein offenes kriegerisches Eingreifen der Vereinigten Staaten übrig — aber das droht nicht nur unabsehbare widrige Folgen in ganz Lateinamerika nach sich zu ziehen, sondern auch Verwicklungen mit der Sowjetunion, die sich bereits zur Schutzmacht Kubas aufgeworfen hat. Man kann gespannt sein, welchen Weg die USA schließlich wählen werden. Vorerst befaßt sich die von den Vereinigten Staaten beherrschte Organisation aller Staaten des amerikanischen Kontinents mit der kubanischen Frage, und nachher kommt sie vor den Sicherheitsrat. Aber auch wenn die Union nur die Faust im Sack machen und still sitzen bleiben sollte, wird die Auflehnung der mittel- und südamerikanischen Völker gegen die USA-Herrschaft weitergehen und das kubanische Beispiel erst recht Schule machen.

Die Uhr des Kolonialismus läuft eben rasend schnell ab, trotz dem Chaos im *Kongo*, mit dem die Zeitungen jetzt ihre Spalten füllen. Es wäre unrecht, wollte man annehmen, die Belgier hätten dem Kongo darum so überstürzt die staatliche Unabhängigkeit geschenkt, weil sie wußten, daß seine Bevölkerung noch nicht reif zur Selbstverwaltung war, und hofften, die neue Freiheit werde zu einer Auflösung aller Ordnung führen, was dann einen willkommenen Grund zur Rückkehr der belgischen Militärmacht abgäbe. Nein, sie ernten jetzt nur, was sie gesät haben — nicht nur mit den Kongo-Greueln unter der Regie-

rung König Leopolds II., sondern auch mit ihrer Politik jahrzehntelanger Unmündighaltung des Kongovolkes, wurde doch, wie sogar eine «Neue Zürcher Zeitung» (Nummer 2395) zugeben muß, bis vor zwei Jahren — und mit schätzenswerter Hilfe der katholischen Kirche — «jede Regung eines kongolesischen Nationalismus konsequent unterdrückt». Das Eingreifen belgischen Militärs zum Schutze der Zehntausende von Belgiern und anderen Weißen, die im Kongo verblieben waren, erscheint so moralisch durchaus vertretbar (wenn es im Bereich des Militärs überhaupt noch etwas Moralisches gibt . . .). Aber *den* Verdacht wird man nicht los, daß die Losreißung der mineralreichen Provinz Katanga vom Gesamtstaat, der ohne ihre finanziellen und industriellen Kräfte kaum lebensfähig wäre, wesentlich das Werk belgischer und anderer Kapitalmächte ist, der Hintermänner und Verbündeten der berühmten Union Minière du Haut-Katanga, der allmächtigen Kupferminengesellschaft, die eine Verstaatlichung der so riesig gewinnbringenden Bergwerksindustrie befürchtet.

Wie das kongolesische Drama weitergeht, ob die von den Vereinten Nationen aufgebotenen Truppen afrikanischer und anderer Länder die äußere Ordnung wirklich wiederherzustellen vermögen, ob der Katanga zur Kongorepublik zurückkehrt, ob sich aus dem Kongo gar ein neuer Konflikt der Westmächte mit der Sowjetunion entwickelt, an die sich die Regierung von Léopoldville bereits um Hilfe gewandt hat — all das muß man eben abwarten. Sicher ist nur, daß die stürmischen Ereignisse im Kongo dem Freiheitskampf der afrikanischen Völker neuen Auftrieb geben werden. Das französische Kolonialreich ist trotz seiner papierenen Umwandlung in die Communauté française in fortschreitender Auflösung begriffen — der Vorgang selber kann hier des Raumes halber nicht beschrieben werden — und auch weder durch List noch durch Gewalt, wie die Regierung de Gaulles es jetzt in Algerien versucht, für Frankreich zu retten. Auch im britischen Bereich werden alle Bemühungen um die Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft vergeblich bleiben. Und was Südafrika betrifft, so kann man, nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit dem Kongo, nur mit Schrecken daran denken, was da kommen kann, wenn die unmenschlich brutale Rassenpolitik der Apartheids-Fanatiker einmal zusammenbricht. «Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht!»

Entscheidende Monate So vollzieht sich nun eben unerbittlich das Gericht über die frevelhafte westliche Kolonialpolitik. Und mit ihr ist grundsätzlich auch der ganze kapitalistische Imperialismus mit seinen gegenrevolutionären Zielen und seiner selbstmörderischen Rüstungspolitik verurteilt. Es wäre wahrhaftig allmählich hohe Zeit, daß hier ein *radikaler Wandel* einträte, daß der Kalte Krieg eingestellt und die Lüge von dem immer drohenden Eroberungskrieg des kommunistischen Ostens fallen gelassen würde, daß

die Abrüstung in allem Ernst angepackt und mit ganzer Kraft dem Welthungerproblem zu Leibe gerückt würde, dessen Lösung heute vollkommen möglich geworden ist. Wahrscheinlich werden gerade die nächsten Monate — Herbst und Winter — entscheidende Gelegenheiten bringen, die überfällige Umkehr einzuleiten. Aber es sieht alles danach aus, daß die Maschinerie des Kalten Krieges derart festgelaufen und mit so unendlich vielen Interessen jeglicher Art verquickt ist, daß sie nun einfach eigengesetzlich weiterstampft — bis sie unter einem übermächtigen inneren oder äußeren Druck auseinanderbricht und ihre Bediener und Nutznießer unter sich begräbt.

Jedenfalls denken die Führer der Westmächte überhaupt nicht daran, ihren Völkern einen neuen Weg zu weisen. Im Gegenteil. Der Kommunismus wird von ihnen und ihren Nachbetern mehr denn je als *die* furchtbare Weltgefahr gebrandmarkt. Wo irgend etwas für den Westen schiefgeht, sucht man dahinter die Kommunisten, in Japan und in der Türkei wie in Kuba und im Kongo. Die verantwortlichen Leiter der amerikanischen Außenpolitik versichern darum einmal übers andere, daß sich am bisherigen Kurs der USA in allem Wesentlichen nichts ändern dürfe, und auch der sich als kommender Mann fühlende Senator Kennedy, der Präsidentschaftskandidat der sogenannten Demokraten (der im übrigen auch der Mann des Vatikans ist!), erklärt ausdrücklich sein Einverständnis mit der Politik Eisenhowers und Herters und spricht sogar von einem kommenden beruhigten Europa, «wo vielleicht die Anregungen de Gaulles und Adenauers, die einen Rückzug der Sowjets hinter den Ural erfordern würden, annehmbar wären». Daß die Politik Adenauers nicht nur in Westdeutschland selbst keinen wirksamen Widerstand findet und sogar die Sozialdemokratische Partei mehr und mehr für sich gewinnt, sondern auch innerhalb des Westblocks an Gewicht eher noch zunimmt, ist nur zu bekannt; nicht umsonst hat Adlai Stevenson, der manchmal etwas kritisch gestimmte amerikanische Politiker, Herrn Adenauer «den Außenminister der Vereinigten Staaten» genannt. Von de Gaulle und seinem Frankreich ist sowieso nichts Gutes zu erwarten, und wenn in Großbritannien sogar die Labourpartei nicht wagt, das Durchschneiden der verhängnisvollen Bindung an Amerika zu verlangen, wie soll man da erst Macmillan und seinen Konservativen solch einen Schnitt zumuten? Nicht einmal auf die diplomatische Anerkennung Chinas durch die USA und seine Aufnahme in die UNO erkühnt sich die Londoner Regierung zu drängen — kein Wunder, daß sich Washington nach wie vor weigert, mit Peking in Fühlung zu treten, vielmehr immer noch hofft, die neue Ordnung in China werde über kurz oder lang ja doch zusammenbrechen.

Und erst recht kein Wunder ist es, daß die *militärische Aufrüstung* in allen Staaten des westlichen Lagers — natürlich auch den offiziell neutralen — planmäßig weitergeht, die Abrüstung aber schlechtere Zeiten hat als je. Dafür wird der radikale Abrüstungsplan der Sowjet-

union auch in seiner neuen, dem Westen etwas entgegenkommenden Form in der «freien Welt» wieder als bloßer Schachzug und Propagandatrick und mit allen nur denkbaren technisch-politischen Gründen abgelehnt und der Auszug der sowjetischen Delegierten aus der Genfer Abrüstungskonferenz als «brutal-hohnvolle» Zunichtemachung der ach so grundehrlichen Friedensbemühungen der Westmächte beklagt. In Wirklichkeit haben es die Russen einfach satt, sich von den westlichen Nichtabrüstungstechnikern zum Narren halten zu lassen, haben sie doch seit dem 10. Mai 1955, dem Tag, da sie in Genf zur Bestürzung der Westvertreter allen wesentlichen Abrüstungsvorschlägen des Westens zustimmen zu können erklärten, die Erfahrung gemacht, daß die Westmächte immer neue Ausreden erfanden, um nur ja nicht im Ernst abrüsten zu müssen. Und das ist ja auch ganz natürlich. Salvador de Madariaga sagt es in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nummer 2331) offen heraus: der Westen hätte «niemals Verhandlungen über Abrüstung zustimmen sollen»; die Sowjetunion habe ja «die Hälfte von Europa gestohlen» und halte diese Hälfte «in einem Zustand der Unterdrückung, wie ihn Europa seit den schlimmsten Tagen der türkischen Herrschaft nie mehr erlebt hat», und solange sie ihre versklavten Völker nicht bedingungslos freigebe, seien alle Abrüstungsvorschläge für den Westen von vornherein sinnlos und unannehmbar. Aus der Sprache Madariagas in einfaches Deutsch übersetzt, heißt das: «Solange es in Europa (und Asien) überhaupt kommunistisch regierte Staaten gibt, dürfen und werden die Westmächte nicht abrüsten. Zuerst muß der Kommunismus unschädlich gemacht sein — dann erst kann abgerüstet werden.»

Das ist zwar Wahnsinn, aber es hat doch Methode. Abrüstung im jetzigen Zeitpunkt verlangt tatsächlich von den Westmächten als Voraussetzung die Preisgabe ihrer ganzen, auf die Zerschlagung der sozialrevolutionären Weltbewegung gerichteten Außenpolitik. Das wollen sie aber um keinen Preis — darum muß eben durch eher verstärkte Aufrüstung ein solcher Druck auf die Oststaaten ausgeübt werden, daß die den Kapitalismus bedrohende nationale und soziale Freiheitsbewegung an ihnen keinerlei Halt mehr findet. Nur ist diese Politik eben heute einfach unmöglich geworden. Das ist auch die Meinung von Professor J. P. Morray, der in einem Vortrag an der Universität Berkeley (Kalifornien) am 23. November 1959 ohne Umschweife feststellte: «Es ist nicht mehr möglich, daß die Vereinigten Staaten das Wettrüsten gewinnen.» Die sogenannte Politik der Stärke sei formuliert worden, als die Vereinigten Staaten das Atombombenmonopol hatten, sei aber sinnlos geworden, seit die Sowjetunion in der Atomrüstung mit Amerika (mindestens) Schritt halten könne. «Diesen neuen und unangenehmen Tatsachen müssen wir ins Gesicht sehen.»

Professor Morray fordert darum den Verzicht auf den Rüstungswettlauf, macht es aber ganz klar, was das für die Vereinigten Staaten bedeute, nämlich: Anerkennung Chinas, dem dann Formosa angeglie-

dert werde; Einigung Koreas und Vietnams unter kommunistischem Regime; ein sozialrevolutionäres Laos; Auflösung der SEATO (des von Amerika beherrschten Südostasiatischen Bundes); revolutionäre Bewegungen in Thailand und auf den Philippinen; Zerfall des Bagdadpaktes; Nationalisierung der Oelproduktion in Vorderasien; Gefährdung der amerikanischen Kapitalanlagen in der ganzen Welt; diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, die in einem geeinten Deutschland voll vertreten sein werde; Festigung der Volksrepubliken in Osteuropa, so daß niemand mehr von einer «Befreiung der Satelliten» reden könne in der Hoffnung, man schenke ihm Glauben. Man braucht nur diese Folgen einer Abrüstung ins Auge zu fassen, um auch sofort zu wissen, warum heute weder die Vereinigten Staaten noch ihre Verbündeten und Parteigänger ernsthaft an Entwaffnung denken. *Verhandlungen* über Abrüstung sind von ihrer Seite wirklich nur Spiegelfechterei.

Und der Kommunismus! Wie steht *er* zur Abrüstung? Schon ein Blick auf die *Folgen* einer internationalen Abrüstung, wie sie Professor Morray aufzählt, führt zu dem Schluß, daß die kommunistischen Staaten wie der Weltkommunismus überhaupt das stärkste und ehrlichste Interesse an der militärischen Abrüstung haben, von der Notwendigkeit noch ganz abgesehen, die Rüstungslasten abzuwerfen, um den Sozialismus aufzubauen. Aber innerhalb der kommunistischen Welt gibt es — vor allem in China — sehr starke Strömungen, deren Vertreter den kapitalistischen Staaten keinen echten Willen zur Koexistenz mit dem Kommunismus und zur Abrüstung zutrauen und sich auf einen Gewaltschlag des Westblocks gegen das Ostlager gefaßt machen, der natürlich als Verteidigungs- oder doch Präventivkrieg ausgegeben würde. Eine Zeitlang waltete eine ziemlich gereizte Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking über diese Frage. Sie wurde vorläufig durch einen Kompromiß zwischen den beiden Richtungen beendet, der anläßlich eines Treffens kommunistischer Staatsführer in Bukarest Ende Juni vereinbart wurde und in der Hauptsache der von Chruschtschew geführten, die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit dem Kapitalismus bejahenden Gruppe recht zu geben scheint. Der sowjetische Ministerpräsident bemüht sich aber dauernd, durch heftige, gewaltdrohende Reden und Gebärden den Eindruck zu zerstören, daß er die zum Krieg treibenden Kräfte in der westmächtlichen Politik überhaupt nicht sehe, so auch wieder bei der Behandlung des neuen amerikanisch-sowjetischen Flugzeugzwischenfalles, der viel weniger eindeutig ist als derjenige vom 1. Mai mit der U-2-Maschine; wenigstens können nach Lage der Dinge die Amerikaner überhaupt nicht beweisen, daß ihr «Wetterdienst-Flugzeug» *nicht* sowjetische Hoheitsgewässer überflogen habe, noch haben die Russen bisher einwandfreie Beweise dafür erbracht, daß dies doch der Fall sei.

Im übrigen verläßt sich aber Chruschtschew und seine Richtung auf den raschen Fortschritt der sowjetischen (und chinesischen) Wirtschaft, auf das werbende Beispiel dieses Fortschritts in der ganzen Welt, auf die antikapitalistische Freiheitsbewegung der unterentwikkelten Völker und auf die Friedenssehnsucht, die in den neutralen wie auch weithin in den westmächtlichen Völkern lebendig ist — lauter Kräfte, die nach seiner Überzeugung eine Bändigung der Kriegsmächte mindestens möglich, wenn nicht wahrscheinlich machen. Und darin hat er auch vollkommen recht, ebenso wie man ihm unbedingt zustimmen muß, wenn er vor der Auffassung warnt, ein dritter Weltkrieg werde zwar ungeheure Menschenopfer fordern und unabsehbare Zerstörungen anrichten, aber doch nicht die Kulturmenschheit auslöschen, vielmehr vor allem dem Kapitalismus und Imperialismus den Todesstoß geben und nur den Sozialismus übrig lassen. Allein mit seiner hemmungslosen, gewalttätigen Sprache besorgt der sowjetische Ministerpräsident ja selbst die Geschäfte der westlichen Scharfmacher und jagt den Neutralen Angst vor dem Kommunismus ein. Noch mehr: der ganze Militärapparat der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, so sehr er auf bloße Verteidigung gerichtet ist, stellt wie jeder Militärapparat an und für sich eine ständige Kriegsgefahr dar und wirkt so der Koexistenz- und Abrüstungspolitik tatsächlich entgegen. Nicht daß wir den kommunistischen Staaten zumuten dürften, sich einfach militärisch «wehrlos» zu machen und sich in erster und letzter Linie auf die geistig-sittliche und darum auch «realpolitisch» wirksame Überlegenheit einer echten sozialistischen Lebensordnung zu verlassen; man kann ja nicht Trauben lesen von den Dornen noch Feigen von den Disteln. Aber ich bin mehr denn je überzeugt, daß alle Abrüstungsverhandlungen zwischen militärisch hochgerüsteten Staaten aussichtslos sind, daß nur noch die einseitige Abrüstungs*tat* eines Staates dem Kalten Krieg ein Ende zu machen vermag und daß diese Tat mit einer unbezweifelbaren freiwilligen Verminderung der Kriegsbereitschaft beginnen muß. Wer wäre aber zu diesem Schritt mehr berufen als die Sowjetunion, deren «Ideologie» allem Kriegsgeist und Militärwesen viel stärker zuwiderläuft als die Ideologie der kapitalistischen Welt? Utopisches Begehren? Im Gegenteil; die scheinbare Utopie von heute wird sich auch hier als die Wirklichkeit von morgen erweisen!

Aber nun zum Abschluß dieser Rundschau noch einiges — mit dem soeben Gesagten übrigens in Zusammenhang stehendes — Wesentliche über die Lage in Ostdeutschland, von der ich schon im letzten Heft zu berichten begonnen habe.

Bauwirtschaft in der DDR Was mich bei meiner Reise kreuz und quer durch die Deutsche Demokratische Republik nicht am wenigsten beeindruckt hat, das ist die Fülle von Neubauten aller Art, privaten wie öffentlichen. Es ist ganz richtig: die Althäuser, mindestens die privaten, sind häufig in einem Zu-

stand der Verwitterung und Baufälligkeit, daß die meisten Besucher der DDR zunächst dadurch geradezu abgeschreckt werden. Aber wenn sie sich dann weiter umschauen, werden sie mehr und mehr auf eine Bautätigkeit stoßen, die angesichts des schweren Mangels an Baustoffen und Arbeitskräften — der Ursache des bedenklichen Aussehens so vieler Altwohnungen — doch erstaunlich ist. Besonders auch in Berlin sind aus der Kriegszerstörung wohlgeplante neue Außenquartiere, ja ganze Städte, mit Reihenwohnungen, Läden, Verwaltungsgebäuden, Grünanlagen usw. erstanden, und dazu kommen die zahllosen neuen gewerblichen und industriellen Anlagen, die hier geschaffen worden oder im Bau sind. Ähnlich sieht es in anderen Städten wie auch auf dem Lande aus.

In Berlin sind von 1949 bis 1959 rund 224 000 Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut worden; im letzten Jahr allein waren es 11 000 Neuwohnungen. Und nun ist ein großer Gesamtplan auch für den Ausbau des Zentrums der Hauptstadt in der Ausführung begriffen, der weiträumig gedacht ist und eine aufgelockerte Bebauung, breite Straßen und zahlreiche Grünflächen vorsieht. Die vielgenannte Stalinallee wird gleichfalls ausgebaut und verlängert, so daß eine geschlossene Großboulevard-Anlage entsteht, die sich wirklich neben jedem entsprechenden Straßenzug des Westens sehen lassen kann. Dabei wird sorgfältig auf ein richtiges Verhältnis zwischen Wohnen, Arbeit, Verkehr, Erholung und kulturellem Leben geachtet, so daß die Einwohnerdichte im ganzen Berliner Stadtgebiet 400 Menschen je Hektar nicht überschreitet. (Bei der alten kapitalistisch ausgerichteten Bebauung waren es 1200 Einwohner je Hektar.)

In der ganzen DDR werden seit 1960 alljährlich 100 000 neue Wohnungen erstellt, so daß bis 1965, dank der modernen industriellen — nicht handwerklichen — Bauweise etwa 750 000 mehr Wohnungen da sein werden als 1958. Und wenn man mit Recht die Mängel, Fehlplanungen und sonstigen Unzulänglichkeiten in der Bauwirtschaft der DDR kritisiert, so muß man noch viel mehr die fürchterliche Anarchie, Widersinnigkeit und Kostspieligkeit im Wohnbauwesen der Westländer kritisieren.

In welchem Ausmaß und Tempo die DDR baut, mag man beispielsweise in *Rostock* beobachten. Als Ostseehafen und bedeutendes Industriezentrum war die Stadt im Krieg zum größten Teil zerstört worden. Jetzt ist sie aus den Trümmern sozusagen neu erstanden, mit einer im hanseatischen Stil wiederaufgebauten Innenstadt, weiträumigen Außenquartieren und besonders einem Großhafen, der die modernsten Aus- und Einladeeinrichtungen in Europa bekommen soll und teilweise schon hat. Denn das erste Hafenbecken ist — im Zeitraum von kaum zweieinhalb Jahren — bereits fertig geworden und ermöglicht einen Jahresumschlag von 2,25 Millionen Tonnen; die Gesamtanlage wird 16 Millionen Tonnen jährlich bewältigen können. Welch

riesige Arbeit hier geleistet wurde und fernerhin geleistet wird, kann man wenigstens einigermaßen nur ermessen, wenn man die mächtige Baustelle selbst durchschreitet und sich von den Bauleuten erzählen läßt, wie alles her- und zugegangen ist. Dazu kommt dann noch die neue Warnow-Werft, eine mit allen neuzeitlichen Methoden und Techniken ausgestattete Schiffbauanlage großen Stils. Für die Entwicklung des Außenhandels der DDR, der von Jahr zu Jahr zunimmt, werden diese beiden Rostocker Baukomplexe von größter Bedeutung sein.

Unter den völlig neuen Städten der Republik nimmt *Stalinstadt* die erste Stelle ein. Wo es heute steht, war noch vor einem Jahrzehnt ertragloses, sandiges Steppenland mit mageren Kiefernbeständen, sonst nichts. Inzwischen ist hart an der polnischen Grenze, unweit des Oder-Spree-Kanals, ein modernes Hüttenwerk (mit Eisenerz vor allem aus der Sowjetunion) und in der Nähe eine ganz neue Stadt von bereits 23 000 Einwohnern herangewachsen, die in fünf Jahren an die 50 000 Bewohner zählen wird — nebenbei: die kinderreichste und zugleich wohl die jugendlichste Stadt der DDR, beträgt doch das Durchschnittsalter der Bevölkerung nur etwas über 27 Jahre. Ein Stahl- und ein Walzwerk werden das Hüttenwerk mit seinen sechs Hochöfen zu einem Eisenkombinat ergänzen, das beim Aufbau der Schwerindustrie eine erste Rolle zu spielen berufen ist. Man spürt hier förmlich den Atem der neuen Zeit; nur zu begreiflich, daß die Menschen von Stalinstadt auf ihre sozialistische Stadt mächtig stolz sind und mit Freude an ihrem Ausbau und an der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgabe mitarbeiten.

Vom Leben des Volkes Die harte Notwendigkeit, der DDR zuerst einmal eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage und vor allem eine leistungskräftige Schwer- und Metallindustrie zu geben, drängte im ersten Jahrzehnt des jungen Staatswesens und noch darüber hinaus die Produktion von Verbrauchsgütern oft fast unerträglich zurück. Der «goldene Westen» hatte es da, großzügig unterstützt von Amerika, unendlich leichter und lockte darum die armen Ostdeutschen nur allzusehr an. Das bessert sich nun aber von Jahr zu Jahr sichtbarer. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln ist heute zum Teil beträchtlich höher als 1955, bei verschiedenen Artikeln je Kopf auch bereits höher als in Westdeutschland, und trotz allen Mängeln in Erzeugung und Zuteilung — über die heftig geklagt wird — wird die Versorgung damit in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Besondere Anstrengungen werden in der Herstellung industrieller Verbrauchsgüter gemacht, bei denen der Pro-Kopf-Verbrauch unter dem Stand in Westdeutschland liegt. Die Wirtschaftsplaner hoffen, schon in anderthalb oder zwei Jahren hier wie bei den Nahrungsmitteln den Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesrepublik ein- oder überholen zu können. Auf jeden Fall steht die vermehrte Herstellung von Schuhen, Kleidern, Wäsche, von Uhren und Nähma-

schinen, von Kühlschränken und Waschmaschinen, von Motorrädern und Kleinautos, von Radio- und Fernsehempfängern ebenso weit vorn im Programm wie die erhöhte Einfuhr von Kakaopulver und Rohkaffee, von Reis und Südfrüchten.

Was die *Löhne* betrifft, so haben sie sich in den sozialistischen Industriezweigen von 1950 bis 1958 von 278 Mark auf 436 Mark erhöht, also um etwa 57 Prozent. Da in der gleichen Zeit die Arbeitswoche verkürzt und die Preise wiederholt gesenkt wurden, ist tatsächlich die Kaufkraft der Löhne seither auf mehr als das Doppelte gestiegen. Wirklich unzureichende Löhne, die nach Lage der Dinge zum Unterhalt einer Familie nicht genügen, wird man in der DDR selten antreffen, dagegen sehr häufig Löhne, die, auch wenn die Frau nicht mitverdient, eine sehr gehobene Lebenshaltung ermöglichen, besonders bei jungen Arbeitern. Löhne von 500, von 600, von 700 Mark und darüber im Monat habe ich immer wieder festgestellt. Facharbeiter verdienen in einer Reihe von Berufen bis 900 Mark im Monat, Ingenieure bis zu 2000 Mark. Sehr viele Familien können darum recht ansehnliche Beträge als Ersparnisse zurücklegen. Auf dem Land hat man womöglich noch mehr als in den Städten und Industriegebieten den Eindruck eines rasch steigenden Wohlstandes. Arbeitslosigkeit gibt es zudem schon längst nicht mehr, dafür aber eine Nachfrage nach Arbeitskräften, die nie zu befriedigen ist.

Aber man darf eben in der DDR (wie in den andern Ostländern) überhaupt nicht nur auf den normalen Geldlohn achten. Man muß immer auch einerseits die *Zulagen* berücksichtigen, die die Betriebe bei allen möglichen Gelegenheiten an ihr Personal ausrichten, und anderseits die *Minderausgaben*, die in der DDR die Werktätigen im Vergleich zu fast allen kapitalistischen Ländern haben. Obenan stehen die niedrigen Mieten; 45 bis 50 Mark im Monat für eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung mit Küche sind wohl die Regel in einem Neubau, und was die Altwohnungen betrifft, so kenne ich eine Familie, die für fünf Zimmer mit Küche, aber ohne Bad, im ersten Stock nicht mehr als 71 Mark im Monat bezahlt. Ferner: In den unzähligen Betriebskantinen gibt es ebenso billige wie ausreichende Mahlzeiten. Die Verkehrseinrichtungen — Eisen- und Straßenbahnen, Autobusse — haben mäßige Taxen. Ferienaufenthalte sind unglaublich wohlfeil; 30 Mark pro Person, alles inbegriffen, für 12 Tage sind in den Gewerkschaftsheimen die Regel. Besonders stark ins Gewicht fällt natürlich der ausgedehnte und kostenlose *Gesundheitsdienst*, der nicht zuletzt auch eine Fürsorge für Mütter und Kinder erlaubt, die bei uns in diesem Maße unbekannt ist. Ähnliches gilt von dem Wegfall sozusagen aller Ausgaben für die allgemeine und die berufliche *Ausbildung*; das Stipendienwesen ist, sofern die Eltern unvermögend sind, vorbildlich entwickelt und trägt wesentlich dazu bei, daß jeder begabte junge Mensch freien Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten und damit zu einer

befriedigenden, gehobenen Lebensstellung hat. Das ist etwas, was in unserer angeblich so freien Welt tatsächlich wie ein Märchen tönt . . .

Auch sonst tut die DDR viel für die Weckung und Befriedigung der sogenannten *Kulturbedürfnisse*. Bücher sind viel billiger als bei uns und werden darum auch massenhaft begehrt, so daß die Verlagsproduktion überhaupt nicht nachkommt. Theater gibt es verhältnismäßig mehr als in Westdeutschland; die Zahl der Theaterbesucher ist, bezogen auf je 1000 Einwohner, dreimal so groß wie in der Bundesrepublik, erklärlich vor allem durch die verbilligten Preise, die den organisierten Werktätigen gesichert sind. Von den Konzerten, Filmdarbietungen, den Radio- und Fernsehsendungen und ähnlichen Einrichtungen sei gar nicht erst gesprochen, so wenig wie von den Sportveranstaltungen. Das sind Selbstverständlichkeiten.

Alles in allem kann man sagen, daß sich die Lebenshaltung der DDR-Bevölkerung in den Jahren, da ich sie einigermaßen kenne, bedeutend gehoben hat und eine weitere Hebung innert weniger Jahre erwartet werden darf. Auf *diesem* Gebiet fallen die Gründe, die zu der großen Abwanderung nach dem Westen führen, immer mehr weg.

Sozialistischer Geist Die materiellen Grundlagen für eine sozialistische Ordnung sind in der DDR im vollen Aufbau begriffen. Wie steht es aber mit der *geistigen* Seite des Sozialismus? Erzeugt der wirtschaftliche Unterbau, dem marxistischen Dogma entsprechend, von selbst auch sozialistische Menschen, eine sozialistische Kultur?

Ich bin der letzte, der die Bedeutung des Gemeinschaftslebens und seiner Einrichtungen, insbesondere der wirtschaftlichen Einrichtungen, für die Sittlichkeit und das geistige Leben des Einzelmenschen verkennen würde. Kapitalistische Einrichtungen z. B., wenn sie einmal vorherrschen, zwingen zahllose Menschen, auch kapitalistisch zu denken und zu handeln, wollen sie nicht unter die Räder kommen oder vor schwere Konflikte gestellt werden. Aber der kapitalistische Geist ist trotzdem nicht erst durch die kapitalistischen Einrichtungen — etwa das Privateigentum an den Wirtschaftsmitteln — erzeugt worden, sondern umgekehrt sind die kapitalistischen Einrichtungen weithin erst durch wirtschaftliche Selbstsucht, Besitzgier und Gewinnstreben geschaffen worden. Darum hängt so unendlich viel davon ab, daß schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und erst recht beim Aufbau einer sozialistischen Ordnung sozialistischer Geist und Wille geweckt wird, der allein den gesellschaftlichen Einrichtungen Kraft und Dauer zu verleihen vermag.

Ist dieser Geist in der DDR ebenso im Aufblühen begriffen wie die sozialistischen Wirtschafts*formen* und die neuen gesellschaftlichen Einrichtungen? Man müßte eine viel intimere Kenntnis des Alltagslebens in der DDR haben, um diese Frage zuverlässig beantworten zu

können. Was *ich* beobachten konnte, stimmt mich keineswegs optimistisch. Die Erziehung zum sozialistischen Denken und Wollen geht zum mindesten sehr langsam vor sich. In den Betrieben herrscht, wie ich mir sagen ließ, gar oft herzlich wenig sozialistischer Geist. Und Ähnliches gilt wohl von der Bevölkerung ganz allgemein. Die Leute wollen zunächst einfach besser leben. Im Westen suchen sie das bessere Leben innerhalb des Kapitalismus; im Osten erwarten sie es vom Sozialismus, den sich noch viele nur mehr oder weniger überzeugt gefallen lassen, wenn sie ihn nicht überhaupt ablehnen. Die Studenten und Studentinnen z. B., so hört man klagen, nehmen die jahrelangen Stipendien recht gern an; wenn sie aber mit ihrer Ausbildung fertig seien, zeigten sie sich der neuen Ordnung gegenüber oft recht gleichgültig, wenn nicht feindselig, und wanderten bei der ersten Gelegenheit nach dem Westen ab.

Es wächst freilich auch eine Jugend heran, die «im Geiste des Sozialismus» erzogen wird. Aber dieser Sozialismus gründet sich eben sehr bewußt auf eine ausgesprochen materialistisch-atheistische Lebens- und Weltanschauung, auf diejenige Lebens- und Weltanschauung also, die auch dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde liegt. Wie soll da eine *neue* Ordnung aufgebaut werden können, wenn man einfach die geistigen Grundlagen der *alten* Ordnungen übernimmt? Der schwere Irrtum des religionsfeindlichen Marxismus und Leninismus, namentlich seiner planmäßigen, staatlich geförderten Christentumsfeindschaft, liegt für mich offen zutage. Nicht daß ich für das konservative, ja gegenrevolutionäre Bürgerchristentum, wie es gerade auch in der DDR vorherrscht, irgend etwas übrig hätte; das Gegenteil ist ja der Fall. Aber man schüttet eben das Kind mit dem Bade aus, wenn man wegen des Mißbrauches, der mit dem Christentum getrieben wird, den christlichen Glauben selbst als im Grund reaktionär und sozialismusfeindlich bekämpft. Und ich fürchte, dieser Fehler werde sich immer deutlicher rächen, lebt doch der Sozialismus mit dem Besten, was er hat und ist, von den großen Wahrheiten des christlichen und jüdischen Glaubens, die Kräfte des freien Willens zu einer Ordnung der Gerechtigkeit, der Menschenwürde und des Friedens zu entbinden vermögen wie keine andere Welt- und Lebensanschauung. Der Monopolanspruch des materialistischen Marxismus-Leninismus, der eine andere Begründung des Sozialismus höchstens mißtrauisch duldet, wird sich so, anstatt eine Quelle der Kraft zu sein, mehr und mehr als eine Ursache innerer Schwäche und Zersetzung erweisen.

Diktatur und Demokratie Für die gewaltigen Kräfte der Freiwilligkeit, die aus einem echten religiösen Glauben erwachsen, bietet natürlich diktatorischer Zwang von oben keinerlei Ersatz. Autoritärer Sozialismus hat in diesen revolutionären Zeiten gewiß sein relatives Recht. Wie hätte in Ostdeutschland die nach dem Zweiten Weltkrieg fällige Umwälzung durchgeführt werden

können, wenn zuerst Wahlen zu einer Volksvertretung, Expertenberatungen, Parlamentsverhandlungen und womöglich Volksabstimmungen vorgenommen worden wären, die alle Mächte des Widerstandes wachgerufen und entfesselt hätten? Es wäre gegangen wie bei der ersten deutschen «Revolution» Anno 1918/19, wo sich die Gegenrevolution in aller Muße sammeln und zum Handeln vorbereiten konnte, während Sozialisierungskommissionen und parlamentarische Palaver die beste Zeit zur Schaffung einer sozialistischen Ordnung untätig verstreichen ließen. In dem ungeheuren Durcheinander, das nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches herrschte, konnte in Ostdeutschland, wo überdies keine revolutionär-sozialistische Volksbewegung — wie etwa in Jugoslawien, China oder Kuba — Bahnbrecher- und Erziehungsarbeit geleistet hatte, etwas wirklich Neues nur aufgebaut werden, wenn ein klarer, fester Wille von «oben» den Weg zeigte und erzwang. Das muß man ehrlicherweise einfach zugeben.

Aber dieser autoritäre Weg konnte und kann, wie überall, so auch in der DDR nur gerechtfertigt werden unter zwei Bedingungen. Erstens durfte sich die Revolution nur Ziele setzen, die einer unabweisbaren Notwendigkeit entsprachen und für die eine Volksmehrheit zu gewinnen war: Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken, Versicherungen und dergleichen, Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform, umfassende Gesundheits- und Sozialdienste usw. Die unnötigen, doktrinär gedachten Neuerungen, die darüber hinaus auch durchgeführt wurden — in Gewerbe und Handel, in der Landwirtschaftspolitik, in der Schul- und Religionspolitik, in der Organisierung der industriellen Arbeit usw. — stießen Millionen von Menschen hart vor den Kopf und entfremdeten dem jungen Staatswesen zahllose Menschen, die durchaus für den Sozialismus zu gewinnen gewesen wären.

Zweitens mußten auch die zur Erreichung der sozialistischen Ziele angewandten Zwangsmittel auf das Nötigste beschränkt werden und mußte der aufrichtige Wille da sein, so rasch wie möglich über die Diktaturperiode hinauszukommen und eine echte sozialistische Demokratie, mit weitestgehender Selbstbestimmung des Volkes, aufzurichten. Denn Diktatur ist eben grundsätzlich mit Menschenrecht, sittlicher Freiheit und Würde, also auch mit dem Grundwesen des Sozialismus, unvereinbar und entwickelt aus sich selbst heraus auf die Dauer schwere Schäden aller Art. Man stellt sie auch in der DDR fest: Willkür, Parteibüffelei, geistige Gleichschaltung, Überbürokratie, Angeberei, Unredlichkeit, Strebertum und Heuchelei, Günstlingswirtschaft und dergleichen — ich brauche darauf nicht weiter zu bestehen. Jede obrigkeitliche Beschränkung oder Unterdrückung der freien Meinungsäußerung steht eben immer vor dem bekannten Zwiespalt: Entweder ist die unterdrückte Meinung ganz oder teilweise richtig — dann durfte sie eben *nicht* unterdrückt werden; oder sie ist ganz oder

teilweise falsch — dann ist der Schaden, den die gewaltsame Unterdrückung des Irrtums und die gewaltsame Durchsetzung der Wahrheit verursacht, viel größer als ihr Nutzen. Das überzeugendste Beispiel für die verhängnisvolle Wirkung staatlicher «Wahrheitsförderung» ist ja die gewaltsame Verbreitung und «Sicherung» des Christentums von Konstantin an über Inquisition, Reformation und Gegenreformation bis zu einer gewissen Heidenmission des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die Folgen obrigkeitlicher Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung und Sicherung des Sozialismus sind auf jeden Fall auch in der DDR sehr ungut; man kann sie geradezu an den hohen Zahlen der «Republikflucht» ablesen, aber auch an dem Widerstand ermessen, den noch so berechtigte Sozialisierungsaktionen finden. Und da dieser Widerstand, diese Flucht in den Westen nur zu gern mit neuen Zwangsmaßnahmen bekämpft werden, so bildet sich hier ein Fehlerkreis, der einfach irgend einmal — und je eher, desto besser — durchbrochen werden muß. Der Abbau des Diktatur- und Zwangsregimes, wenn es sich einmal eingelebt hat, ist gewiß nicht leicht und mit Gefahren verbunden, die durchaus ernst zu nehmen sind. Aber die Gefahren seines Fortbestandes sind unzweifelhaft noch größer und wachsen von Tag zu Tag weiter an. Mehr Geistesfreiheit und größere persönliche Bewegungsfreiheit, besonders auch für Reisen in den Westen, scheinen mir darum die ersten Notwendigkeiten zu sein, die auf diesem Gebiet an die Führung der DDR herangetreten sind. Dies um so mehr, als eine Lockerung des autoritären Zwanges nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist in dem Maße, da die Mehrheit der Bevölkerung das neue Regime bejaht. Und ich glaube, daß eine nicht geringe Mehrheit des Volkes der DDR den heutigen Staat bejaht, besonders der Großteil der Arbeiter, der Techniker und der Jugendlichen, mehr und mehr aber auch die Bauernschaft und der gewerbliche Mittelstand, die das Regime der DDR ebenfalls nicht mehr mit demjenigen der westdeutschen Bundesrepublik vertauschen würden. Sie sehen immer mehr, was ihr Staat ihnen an Wertvollem bietet, und den verantwortlichen Trägern dieses Staates kann man darum kaum etwas Besseres wünschen, als daß sie *mehr Vertrauen in die werbende Kraft ihrer Sache* gewinnen und weniger auf die abschreckende Wirkung obrigkeitlicher Verbote und Zwangsmaßnahmen trauen.

Immer wieder muß aber auch gesagt werden, daß der Westen — vor allem die Bundesrepublik, aber auch die übrige «freie Welt» — am wirksamsten zu einer fortschreitenden politischen Demokratisierung des ostdeutschen Staatswesens beitragen könnten, wenn sie sich endlich mit seinem Dasein abfänden und auf seine Bekämpfung und Unterwühlung verzichteten. Sie hätten dazu um so mehr Anlaß, als diejenige Demokratie, die *sie* haben und meinen, weithin nur versteckte Diktatur ist — politische wie auch wirtschaftliche Diktatur des großen Kapitals, der Militärmächte und der mit ihnen verbündeten Kir-

chen. Solange die Befehdung der DDR durch diese Kräfte andauert, bleibt uns darum nichts anderes übrig, als grundsätzlich fest zur ostdeutschen Republik zu stehen, als der Trägerin derjenigen gesellschaftlichen Ordnung, die wir in geläuterter Form auch Westdeutschland und uns selber wünschen.

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

Julius Rößle: «Von Bengel bis Blumhardt.» Gestalten und Bilder aus der Geschichte des schwäbischen Pietismus. Verlag Ernst Franz, Metzingen (Württemberg).

Innerhalb des gesamtdeutschen Pietismus nimmt sein schwäbischer Zweig eine besondere Stellung ein. Nicht nur ist im Württembergischen der Pietismus im 18. und 19. Jahrhundert eine eigentliche Volksbewegung gewesen; er trug außerdem und trägt in gewissem Sinn auch heute noch besondere, dem Volkscharakter entsprechende Züge, unter denen eine allem Schwärmerischen abholde Nüchternheit und Sachlichkeit, oft verbunden freilich mit einem ausgesprochenen Hang zum Grübeln, nicht der schwächste ist. Rößle vereinigt in dem hier angezeigten Buch eine Fülle von Gestalten aus der Geschichte des schwäbischen Pietismus, die uns einen lebendigen Begriff von dem Reichtum und der Mächtigkeit der gern etwas über die Achsel angesehenen Welt der «Stundenleute» gibt. Wir finden hier nicht nur die allbekannten Gottesmänner wie Bengel und Ötinger, Flattich und Hiller, Philipp Matthäus und Johann Michael Hahn, sondern auch heute weniger genannte Prediger, Erwecker und Erweckte wie die beiden Rieger und die beiden Hofacker, J. J. Moser und Albert Knapp, Chr. G. Barth, Samuel Hebich und ein Dutzend oder mehr andere «Schwabenväter» und -mütter.

Welch tiefe Frömmigkeit, welcher Lebensernst, welch entschlossener Wille, Gott zu gehorchen und zu vertrauen, strahlt uns aus diesen Menschenbildern entgegen! Was für ein Gegensatz zum modernen Weltwesen, mitsamt seinem verweltlichten Christentum, tut sich hier auf! Die Schwächen des Pietismus, auch in seiner schwäbischen Ausprägung (die noch heute da ist), seien keineswegs verkannt: seine Engigkeit, seine Buchstabengläubigkeit und Worttüftelei, sein Trachten vor allem nach der persönlichen Seelenrettung, das an die gewaltigen Gemeinschaftsaufgaben der Zeit kaum herankommt oder ihnen in einer konservativ-konformistischen und patriotischen Haltung gegenübersteht. Aber vergessen wir doch auch nicht, daß Blumhardt Vater und Sohn kaum denkbar wären ohne die pietistische Bewegung, weshalb es vollauf gerechtfertigt ist, daß Rößle seine Darstellung mit einem Lebensbild des älteren Blumhardt schließt, der «ganzen Ernst machte mit dem Glauben und den Kräften, die eben doch das Wesen des Urchristentums ausmachen», und seinerseits den Weg seines Sohnes in die Weite der sozialen und politischen Welt vorbereitet hat. Das Buch sei all denen ans Herz gelegt, die nach Zeugnissen eines lebendigen, tätigen Christenglaubens suchen.

H. K.

Das Prophetische im neuen Zeitalter

Diagnose der christlichen Krise im allgemeinen

Worum es heute geht, scheinen leider immer noch die wenigsten zu wissen; darum die vielen Fehlurteile, die vielen falschen Folgerungen, die man aus den Geschehnissen unserer heutigen außerordentlichen Zeit zieht, darum die tragischen Spaltungen, die schon die Bibel von den letzten Zeiten vorausgesagt hat, da die «Väter gegen die eigenen Kinder, die Kinder gegen die eigenen Eltern, der Bruder gegen den eigenen Bruder» auftreten werden. Mit den gewöhnlichen Kategorien des Guten und des Bösen, des Anständigen und Unanständigen kommt man nicht mehr aus. Es stehen sich nicht mehr nur diese Gegensätze gegenüber. Es geht heute nicht mehr darum, das an sich Wahre zu erkennen und zu bekennen, das allgemein Sittliche und Anständige zu tun. Mit der Frömmigkeit, mit der Treue zum angestammten Glauben und zur allgemeinen Religion und Kirche, mit der Korrektheit des Glaubens, mit der Tugendhaftigkeit und Tüchtigkeit ist es daher noch gar nicht getan. Es geht nicht darum heute, weshalb es auch wenig nützt, wenn dies noch so sehr in Schrift und Predigten gefordert wird. Trotz all dem wird es nämlich nicht besser in der Welt, trotz all dem kann man sogar unbewußt den Zwecken des Satans in der Welt dienen. Es ist ja auch heute weitgehend so, daß die Mächte des Bösen von Tugendhaften und Frommen profitieren, daß die «Tugend das Laster bedient». Heute heißt die entscheidende Frage nicht: Gut oder böse, sittlich oder unsittlich, gläubig oder ungläubig? Sie lautet (heute) vielmehr: *Halb oder ganz, schlafend oder wach, tot oder lebendig, lau oder radikal, mittelmäßig oder heroisch, alt oder jung, gewöhnlich oder außergewöhnlich, feig oder mutig, «vernünftig» oder «utopisch»?* Kurz, es kommt darauf an, daß man das Außerordentliche unserer Zeit erkennt und anerkennt und sich danach richtet. Denn in außerordentlichen Zeiten ist das Außerordentliche, scheinbar Utopische, das Vernünftigste, Notwendigste. In solcher Zeit gilt das Wort: «Le superflu, la chose la plus nécessaire.» (Das Übergebührliche, Außerordentliche, Übertriebene ist das Notwendigste.) Denn wer nichts will als das Ordentliche, Bestehende, Gegenwärtige, wäre nicht auch der Schöpfer dieses bestehenden Gegenwärtigen geworden; wie kann er da Helfer und Führer in eine neue Zeit sein? Denn auch dieses gegenwärtige Ordentliche lebte zuerst in prophetischen Utopien, Träumen und Wagnissen. Ohne solche neue Utopien, Gesichte, Träume und Wagnisse stürbe daher der Körper der Staaten und Kirchen (Jean Paul). Hier gilt auch das Wort Christi: «Wenn eure Gerechtigkeit nicht größer ist als diejenige der Schriftgelehrten und Pharisäer (also der Ordentlichen und Maßgebenden jener Zeit), so werdet ihr nicht in das Himmelreich eingehen.» Unsere Zeit ist wiederum eine solche Zeit des Umbruches, der Wende, des Neu-

anfangs, eine Zeit, da es nicht getan ist mit der ordentlichen Lehre und wo nicht der Professor das letzte und ausschlaggebende Wort haben kann, sondern eine Zeit der außerordentlichen Verkündigung, da wir den Propheten brauchen. Wenn der Weg eine Wende nimmt, eine Kurve macht oder an einen Graben führt, dann nützt alles traditionelle, korrekte «Gradaus», aller Gehorsam und Eifer und Glaube nichts. Das einzige und erste, was da nottut, ist: aufpassen, wach sein, sonst fällt man trotz aller Bravheit, Frömmigkeit und Tugend in den Abgrund. Hier zeigt sich eben die Bedeutung des *prophetischen Amtes*, da die Notwendigkeit des Außerordentlichen zur Ergänzung des Ordentlichen. Die bloßen ordentlichen, gewöhnlichen Kategorien des sittlichen Urteils reichen da nicht aus. Der Professor kennt sich nur in der Theorie aus, der Priester in der Einzelseele und ihrer ordentlichen Seelsorge; um die aktuellen und außerordentlichen Situationen und deren Notwendigkeiten zu signalisieren, dazu braucht es den Propheten.

Es ist ganz falsch, gegen diesen sich auf die Dogmatik zu berufen. Dogmatik und Theologie setzen ja den Propheten und Apostel voraus. Dieser selbst ist allerdings kein Theologe und braucht auch keiner zu sein, sowenig die ersten Apostel solche waren. Aber es gibt eben Zeiten, da uns alle theologische Gelehrsamkeit und Korrektheit nichts nützen, wo wir wieder Propheten und entschiedene Wahrheitszeugen brauchen, schlichte, mutige Kämpfer Gottes, deren Blick und Wort einseitig eine bestimmte aktuelle Grundwahrheit aus dem Ganzen des Evangeliums heraushebt und zur Anwendung bringt. Ihre Einseitigkeit stammt aus ihrem lebenden Ergriffensein von dem, was Gott in ihrer Zeit will. Sie sind keine Systematiker, keine Theologen und Schriftgelehrten und wollen auch keine sein, aber sie sind Propheten, die ganz elementar von der geistigen Not ihrer Zeit und von der aktuellen Forderung Gottes für ihre Zeit erfaßt sind. Es ist ihnen nicht die ganze Fülle der geoffenbarten Wahrheit präsent. Sie hören nur das, was Gott ganz besonders laut in ihre Zeit hineinruft. Sie haben offene, nicht durch allseitig orientierte Schriftgelehrsamkeit verstopfte Ohren. Sie haben aber den Ruf Gottes an ihre Zeit um so klarer, eindeutiger und tiefer verstanden und sind gerade darum um so besser befähigt für *ihre* Aufgabe, weil sie nicht durch eine ganze Summe theologischer Wahrheit und Wissenschaft in Anspruch genommen und abgelenkt sind. Der Mut zu dieser Einseitigkeit wird für sie geradezu zur Probe ihrer prophetischen Berufung. Denn von ihnen gilt das Wort Christi: «Ich bin gerufen und gesandt, die Werke des Teufels zu zerstören.» Gewiß: es geht heute um Christ oder Antichrist, aber worauf es ankommt, ist, daß man weiß, *was* Christus dient und wie man heute Christus dient und seinem Reiche, daß man erkennt, daß gegen die kräftigen Irrtümer der Zeit unsere schwächlichen Wahrheiten nicht aufkommen, daß gegenüber einem radikalen Heidentum ein halbes Christentum nicht bestehen kann, daß eine außerordentliche Zeit ein

außerordentliches Geschlecht erfordert, daß einer maximalen dämonischen Bedrohung kein minimales oder normales, sondern nur ein *maximales* Christentum gewachsen ist.

Minimalismus und Maximalismus im Christentum

Die verschiedene Beurteilung der großen Zeitfragen beruht in der Regel auf einer verschiedenen Sicht der christlichen Situation überhaupt. Es findet sich allgemein ein großer Mangel an geschichtlicher, konkreter Sicht in bezug auf das Christentum als Ganzes. Um dasselbe nicht nur theoretisch «an sich», sondern konkret, lebendig beurteilen zu können, scheint mir folgende Unterscheidung nötig: Es gibt ein enthusiastisches *Anfangs-* (oder Ur-) Christentum, ein imperialistisches *Hoch-* (oder Kultur-) Christentum und ein minimalistisches (dekadentes) *End-*Christentum, das nur noch den Namen und die Form der Christlichkeit besitzt, in Wirklichkeit aber (in der Tat) derselben widerspricht. Dies End-Christentum muß wiederum durch das Anfangs-Christentum abgelöst werden, soll anders eine Erneuerung nicht nur des Christentums, sondern der Welt überhaupt erhofft werden. End- und Anfangs-Christentum stehen sich so radikal gegenüber wie Antichrist und Christ. «Das Antichristentum ist dadurch der Gegensatz zum Christentum, daß es den Schein des Christentums an sich trägt, während es unter diesem Schein das Wesen desselben zu ändern und zu zerstören sucht» (Baumgarten). Diese Erklärung entspricht auch der Auffassung des Neuen Testamentes, das von den Wölfen im Schafskleid spricht und von einer «gewissen Form der Gottseligkeit, welcher die Werke widersprechen», und daß am Ende «die Liebe bei vielen erkalten wird». Es erscheint demnach selbstverständlich, daß der «Endchrist» den Anfangschristen als maximalistischen Schwärmer, als gefährlichen Extremisten oder «Superchristen» betrachtet und bekämpft. Aber dieser Anfangs- oder Urchrist erhält *gerade dadurch* seine Berechtigung. Es erscheint als wirkliche Utopie und romantischer Anachronismus, wenn man in einer apokalyptischen Endzeit gegen die dämonischen Mächte der Unmenschlichkeit, der Lüge und des neuen Heidentums glaubt mit einem minimalistischen Christentum auskommen zu können, mit einer sogenannten «christlichen Mitte» und mit einem mittelalterlichen Christentum, das selbst die Mächte Cäsars, Krieg und Gewalt, in aller Unschuld gegen die Feinde benützen will. *Das* zeugt uns von einer totalen Unkenntnis der völlig veränderten Situation, die im 20. Jahrhundert besteht gegenüber dem 12. Jahrhundert. Gerade die wirkliche Situation, in der wir uns befinden, fordert eine maximalistische urchristliche Einstellung, den Radikalismus der militia Christi. *Nur* ein neues Urchristentum mit dem ursprünglichen Enthusiasmus und Heroismus des Glaubens und der Liebe ist der Dämonie der Gegenwart gewachsen. Das bestätigt in einem interessanten Aufsatz auch N. Berdiajew: «Zum Kampf gegen die dämonischen Mächte, die sich in der Welt entfesselten, ist ein

Glaube nötig, der dem Glauben eines Hitler an Dynamit noch überlegen ist. Ein solcher Glaube fehlt uns heute noch.» — Damit kann er nicht den Glauben an christliche Waffengewalt gemeint haben, sondern nur den neuerwachten lebendigen Glauben an Christus und sein Reich. Was der heutigen Dämonie gewachsen ist, das ist nicht der Militarist und nicht der Sozialist, sondern nur der Christ, der es wieder im vollen unbedingten Sinne des Wortes ist, ohne Kompromiß und Abschwächung.

Das ist nichts Akademisch-Abstraktes, das nur als «Lehre» in Betracht kommt, nicht aber als Praxis. Im Gegenteil: es ist die einzig mögliche, realistische, der Wirklichkeit Rechnung tragende Einstellung, sowohl für den einzelnen als für das ganze Volk, das heißt: sowohl in sittlicher als auch politischer Hinsicht. In sittlicher Hinsicht: Es beruht auf einer ganz falschen Auffassung des Christlichen, wenn es, im Sinne eines heroischen Idealismus, in einer asketischen Höhe gesehen wird, welche nur die wenigsten erreichen. Während die menschlichen Philosophien mit der Erkenntnis der Wahrheit und dem Erreichen der Vollkommenheit (was beides nur einem esoterischen Kreis gelingt) aufhören, beginnt das Christentum schon mit vollem, klarem Licht, mit der vollen Entscheidung für Christus. Es befindet sich sozusagen im Parterre, nicht in irgendeinem obersten Stockwerk, wohin nur außergewöhnliche geistige oder heroische Bemühung gelangt. Das Christsein ist nicht nur am Ende, sondern am Anfang, nicht in der Höhe, sondern in der Tiefe zu suchen. Gerade die Schwachen und die Sünder finden den Zugang zu ihm besser als die Starken, Gerechten und Tugendstolzen. Man tritt sofort ganz ins Christliche ein oder gar nicht. «Die unterste Stufe des Christentums ist in Wirklichkeit die höchste Stufe an Kraft, Licht und religiöser Dynamik. Wer die Wirkung dieser höchsten Stufe erfahren will, muß in das Parterre hinab und dort die Nahrung und die Motive für sein Leben suchen» (Fiedler). Die Bereitschaft zum christlichen Martyrium, zur militia Christi, kann man daher besitzen, bevor man ein vollkommener Heiliger im asketischen Sinne ist. Wir sind davon überzeugt, daß das Martyrium in der kommenden urchristlichen Epoche eine Massenerscheinung werden wird, wie es schon in der Urkirche der Fall war. *Wir brauchen heute Märtyrer ihres christlichen Gewissens, verfolgt von Staat und Kirche.* Solche gibt es schon heute zu vielen Tausenden innerhalb und außerhalb der Konzentrationslager. Diese sind der Same einer besseren Zukunft und eines neuen Christentums. Diese militia Christi ist gewiß scheinbar gegen die Natur und die staatlichen Notwendigkeiten. Aber wenn sie ihr Recht und ihre Notwendigkeit auch nicht allen Zeitgenossen einleuchten machen kann — sie bleibt den einen eine Torheit, den andern ein Ärgernis —, so erweist sie sich schließlich doch als das Vernünftigste auch auf politischem Gebiet. Es mehren sich heute schon die Stimmen, die den Krieg als völlig sinnloses Mittel betrachten, politische Notwendigkeiten damit zu verte-

digen. Warum sollen wir da nicht das Maximum an geistiger und moralischer Kraft mobilisieren gegenüber dem Maximum an dämonischer Bedrohung? *G. S. Huber*

Aus «Der Christ in der Welt», Juli/August 1960

Wiedervereinigung oder Freiheit?

Ein Brief an Prof. K. Jaspers, Basel

Sehr verehrter Herr Professor!

Sie werden auf Ihre im deutschen Fernsehen übertragene Rede eine Flut von Zuschriften erhalten haben, so daß es fast als Zumutung erscheint, wenn ich Ihnen daraufhin schreibe, obwohl ich die Rede nur durch die Presse kenne. Da meine beiden Jüngsten noch sieben und zwölf Jahre alt sind, habe ich noch keinen Fernsehapparat angeschafft, da man nach einem mir richtig erscheinenden Bonmot von einem Fernsehapparat Fingerabdrücke leicht entfernen kann, Fliegen und andere Insekten schon schwieriger, Kinder überhaupt nicht. Ich muß es darum allerdings in Kauf nehmen, daß ich auch mich interessierende Sendungen versäume. Mir scheint allerdings, daß die Presseberichte es mir doch erlauben, Ihnen zu zwei Punkten etwas zu schreiben.

1. Bitte nehmen Sie die zahlreichen amtlichen und privaten Mißfallensäußerungen über Ihre Stellungnahme zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten als ebenso spontan wie die Klänge eines Schlagers aus einem Musikautomaten, in den man einen Groschen geworfen hat. Wo immer dieses Schlagwort fällt, sind derartige Stimmen zu hören. Ihr Gewicht entspricht allerdings im umgekehrten Verhältnis ihrem Pathos. Die am lautesten für die Wiedervereinigung eintreten, sind am wenigsten bereit, dafür Opfer zu bringen, vor allem, soweit es sich um politische Opfer handelt, etwa um die Aufgabe einer politischen Doktrin, wie die, daß man mit Pankow nicht verhandeln kann. (Vorher waren es andere Doktrinen, wie der Gegensatz zu einer militärischen Neutralität Gesamtdeutschlands.) Daneben allerdings spielt auch das Wirtschaftliche eine Rolle. Kaum jemand ist bereit, vom «Wirtschaftswunder» etwas preiszugeben, um dadurch der Wiedervereinigung zu dienen. Nicht wenige haben Angst vor jenem Tag, der jetzt in so weite Ferne gerückt zu sein scheint, weil dieser Tag wirtschaftliche Opfer fordert, wie es nicht anders möglich ist bei dem Gefälle, das in bezug auf Kapitalinvestitionen zwischen der Bundesrepublik und der DDR besteht.

Aber so nüchterne, sachliche Erwägungen, wie Sie sie anstellen, dürfen auch dann nicht laut werden, wenn sie jedem einleuchten, weil das Schlagwort «Wiedervereinigung» allein den Weg der Bundesrepu-

blik rechtfertigen kann. Ich persönlich stimme Ihren Gedanken auch insoweit zu, als sie gegen den deutschen Nationalismus gerichtet sind und der Existenz eines deutschen Nationalstaates überhaupt keine Notwendigkeit beimessen. Daß dennoch bei den meisten Bürgern der Bundesrepublik ein Verlangen nach einer Wiedervereinigung besteht, sei es rein menschlich durch persönliche Bindungen bedingt, sei es romantisch begründet in dem Wunsch nach einem deutschen Nationalstaat oder sei es endlich ethisch begründet in der Verpflichtung gegenüber den Bürgern des anderen deutschen Staates, die wir nicht einfach durch die Aufspaltung des Landes loswerden, das werden Sie sicher verstehen.

2. Ich würde Ihnen ebenso bereitwillig in dem zweiten Punkt zustimmen, daß es nur darauf ankommt, daß in der DDR wirkliche Freiheit herrscht, wenn ich davon überzeugt sein könnte, daß diese Freiheit wirklich von den sogenannten «freien Wahlen» abhängt. Ich darf Ihnen in bezug auf dieses schillernde Wort «Freiheit» vielleicht ein wenig von der «Freiheit» eines Bundesbürgers berichten, der in Opposition zur Politik der Regierung steht, und zwar nicht nur in der braven Opposition einer Partei des Bundestages, sondern in wirklicher Opposition. Zunächst unterscheidet sich die Position eines solchen Oppositionellen bei den Wahlen kaum von der eines Bürgers der DDR. Auch in der Bundesrepublik können wir nur einer Politik in verschiedenen Schattierungen unsere Stimme geben, keineswegs aber einer grundsätzlich anderen Politik, weder außenpolitisch noch innenpolitisch. Diese Freiheit haben wir verspielt, als die Parteinahme für den Westen zur Voraussetzung aller noch verbleibenden «Freiheit» gemacht wurde und die Möglichkeit einer Neutralität oder einer dritten Kraft als Illusion verspottet und bald als kommunistische Unterwanderung verdächtigt wurde. Bitte, sagen Sie mir, welcher Unterschied besteht heute noch zwischen einem Bürger der DDR, der nur eine Einheitsliste wählen kann, und einem Bürger der Bundesrepublik, der nur unter den immer schwächer werdenden Schattierungen einer Partei wählen kann? Meines Erachtens ist der einzige Unterschied, daß dem Bürger der Bundesrepublik unangefochten das Recht bleibt, daß er überhaupt nicht wählt, wie es offensichtlich immer mehr geübt wird.

Was «Freiheit» im übrigen in der Bundesrepublik heißt, kann ich Ihnen nur kurz an einigen Schlagworten beziehungsweise Namen illustrieren. Es bedeutet, daß der wesentlich Mitbeteiligte an den Nürnberger Rassengesetzen, Globke, bis heute unangefochten die rechte Hand des Bundeskanzlers ist, daß in seinen Händen wesentliche Fäden der Politik zusammenlaufen, daß der Henker des Warschauer Aufstandes, Reinefarth, nicht nur im Schleswig-Holsteinischen Landtag sitzt, sondern dazu noch Bürgermeister von Westerland ist, daß die deutsche Justiz, wie kürzlich der Prozeß gegen den Mördergeneral

Simon zeigt, keineswegs von nazistischem Denken frei ist, wie die Säuberung von Männern mit nazistischer Vergangenheit immer erneut aufgeschoben und verhindert wird. Das ist Freiheit in der Bundesrepublik. Sie hat die Kehrseite, daß Frau Professor Riemeck ihr Amt im Prüfungskollegium und damit praktisch ihre Lehrtätigkeit verlor, weil sie «Ostkontakte» hatte. Das bezog sich auf drei Reisen in die DDR zu Universitätsjubiläen, denen ein Dutzend Reisen etwa nach England gegenüberstehen. Es bedeutet, daß ein Göttinger Kreistagsabgeordneter verhaftet und vier Monate in Untersuchungshaft gehalten wird wegen «Verdachts der Staatsgefährdung», ohne daß ein ordnungsgemäßer Haftprüfungstermin abgehalten worden wäre, bei dem der Verhaftete Gelegenheit gehabt hätte, sich zu äußern. Er berichtet dagegen von Verhören, die mich lebhaft an Verhöre vor der Gestapo aus den *ersten* Jahren des Hitler-Regimes erinnern. Diese «Freiheit» bedeutet, daß zur 15. Wiederkehr der Bombe auf Hiroshima keine Gedenkkundgebung in Gießen sein konnte, weil der Verdacht bestand, daß für diese Kundgebung auch Kommunisten geworben haben könnten. Weder gegen die Veranstalter noch gegen die Redner war etwas einzuwenden. Diese «Freiheit» bedeutet, daß der Bundeskanzler sich über das Grundgesetz skrupellos hinwegsetzen kann, das die Kulturhoheit der Länder garantiert, um rasch noch für den Wahlkampf ein Fernsehprogramm ausstrahlen lassen zu können, bei dem er das letzte Wort hat. Dies setzt er gegen den Willen sämtlicher Länder durch. Das ist die «Freiheit» der Bundesrepublik.

Vielleicht verstehen Sie, daß ich darum den mir formal erscheinenden Maßstab «freier Wahlen» für nicht mehr ausreichend halte, und meine Kritik wäre, daß Sie Ihren Begriff der Freiheit allzu formal verstehen und ihn dadurch einer politisch mißbräuchlichen Verwendung aussetzen.

Ich habe 1957 versucht, meinem Band Kerygma und Mythos III ein Referat über Ihre Antwort auf Bultmanns Replik anzufügen.* Ich weiß nicht, ob ich dabei Ihre Gedanken immer richtig getroffen habe. Dieses Referat stellte ich unter den Titel «Freiheit und Liberalität». Ich fühlte mich dazu berechtigt, weil Sie den letzten Begriff verschiedentlich verwandten. Ich frage mich, ob nicht ein ähnlicher Unterschied auch jetzt mich hindert, Ihrem Vortrag zuzustimmen. Wenn man die Freiheit wie Bultmann als Geschenk der Gnade Gottes versteht, das uns in der Begegnung mit seinem Wort widerfährt und uns die Eigentlichkeit der Existenz schenkt, dann wird der Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht mehr wesentlich unter dem Begriff Freiheit verstanden werden können, dann werden wir hier und dort gegen einen Eingriff in diese geschenkte Freiheit von Fall zu Fall uns auflehnen müssen. Wir werden aber vor allem den formalen Maßstab der Wahlen aufgeben. Wir werden den Unter-

* Bezieht sich auf Professor Jaspers' Beitrag zur Entmythologisierungsdebatte.

schied dann eher in dem Gegensatz, der Ost und West trennt, sehen: Kapitalismus als Wirtschafts-, Gesellschafts- und Produktionsordnung gegenüber einem System, das beansprucht, Sozialismus zu heißen, dessen Recht auf diesen Begriff wir prüfen müssen.

Bei diesem Gegensatz scheint es mir wesentlich zu sein, daß er auf dem Gebiet ausgetragen wird, auf dem er am ersten sichtbar wird, das heißt wirtschaftlich. Daß der Gegensatz aber zu einem wirtschaftlichen Wettbewerb und zu nichts anderem führt — vor allem nicht zu einer machtpolitischen militärischen Auseinandersetzung —, das muß unser aller Bemühen sein. Und dazu, meine ich, habe nun das deutsche Volk dennoch eine weltpolitische Aufgabe, in deren Zusammenhang die Wiedervereinigung Bedeutung gewinnt.

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist der Gegensatz zwischen Ost und West am schärfsten, weil hier die Schnittfläche verläuft. Reisende, die in die Sowjetunion gefahren sind, berichten, daß die Freiheit proportional der Entfernung von der «Zonengrenze» wächst, daß vor allem das russische Volk auf Grund der Bildungsmöglichkeiten und relativ zur Zeit vor 1953 und vor 1917 keineswegs sich unfrei fühlt. Umgekehrt kann in Amerika ohne jede Behinderung oder gesellschaftliche Disqualifizierung veröffentlicht werden, was in der Bundesrepublik — wie im Fall Frau Prof. Riemeck — gesellschaftliche Disqualifizierung und staatliche Zwangsmaßnahmen hervorruft. Daraus geht meines Erachtens hervor, daß die Gefahr eines machtpolitischen Zusammenstoßes an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten am größten ist.

Und hier scheint mir nun die Wiedervereinigung wie Schritte zu einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten für die weltpolitische Situation, für den Gegensatz Ost-West von Bedeutung zu sein. Würde jene politische Doktrin der Nichtanerkennung der DDR durchbrochen, so gäbe es damit noch nicht gleich die Wiedervereinigung, aber es wäre dies der erste Schritt zu einer Entspannung, an deren Ende vielleicht auch die Wiedervereinigung stehen könnte, die parallel der Entwicklung der weltpolitischen Situation in Richtung auf Entspannung oder auf Vertiefung der Gegensätze gehen wird. So weit es aber an den Bürgern und Regierungen der beiden deutschen Staaten liegt, scheint mir diesen die Aufgabe zuzufallen, von beiden Seiten das Opfer der ideologischen Doktrin zu bringen und den anderen deutschen Staat anzuerkennen.

Als Christ und Theologe sehe ich dies alles allein unter dem Gebot der Nächstenliebe. Auch der Wettbewerb der beiden konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme hat für mich nur die eine Bedeutung, daß eine Seite erweisen muß, daß in ihr dem Menschen mehr gedient, seine Würde besser gewahrt und für sein Wohl besser gesorgt wird. Damit verbunden ist dann selbstverständlich, daß zu diesem Maßstab auch gehört, in welchem System die Freiheit des Menschen besser gewahrt ist; denn sie gehört mit zu seiner Würde. Aber nun

müßten wir noch einmal über diesen Begriff Freiheit diskutieren, der offensichtlich bei uns von anderen Voraussetzungen verstanden wird als etwa in Rußland und China. Beinhaltet er dort vor allem die Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit und wird demgegenüber etwa die parlamentarische Wahl gering geachtet, weil diese Völker sie nie gekannt haben, so sehen wir sie an der in der parlamentarischen Demokratie gewährleisteten Teilhabe an der politischen Entscheidung gebunden. Ich möchte nicht den einen gegen den anderen Begriff abwägen, weil das den Brief überlasten würde. Wesentlich ist mir nur, daß der genannte Maßstab gültig bleibt und nicht durch irgendwelche Ideologien östlicher oder westlicher Richtung, auch nicht durch eine christliche Ideologie beeinträchtigt wird.

In diesem letzten Punkt hoffe ich wiederum mit Ihnen einig zu gehen, daß keine christliche Ideologie und das heißt dann auch keine christliche Dogmatik, nichts von dem, was Sie bei der christlichen Botschaft zurückweisen, diese politische, wirtschaftliche und soziologische Bewertung bestimmen darf, daß es dabei allein darum gehen soll, auf welcher Seite dem Nächsten besser gedient wird. Aber dafür gilt es zunächst die Voraussetzungen zu schaffen, und auch darin hoffe ich mit Ihnen einig zu sein, daß wir alles daransetzen müssen, daß diese Voraussetzungen, eine Entspannung der weltpolitischen Gegensätze, geschaffen werden.

Ich erlaube mir, diesen Brief einigen befreundeten Blättern zu geben, und bleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener *Dr. Hans-Werner Bartsch*

Lehrfreiheit in Deutschland?

Wir brachten in der Juli/August-Ausgabe der «Neuen Wege» den Artikel «Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen» von Professor Renate Riemeck. Nicht allen unsern Lesern wird bekannt sein, daß der Verfasserin dieser und ähnlicher Äußerungen wegen das Recht, Prüfungen abzunehmen, entzogen wurde. Diese Maßnahme, vom Kultusminister von Rheinland/Westfalen, Werner Schütz, verfügt, soll eine tapfere Kämpferin für den Frieden und dadurch notwendigerweise auch Gegnerin der Adenauer-Regierung zum Schweigen bringen.

Wir veröffentlichen zu diesen Vorkommnissen einen Brief Professor Riemecks an einen befreundeten Pfarrer, das Protestschreiben des weltbekannten Pädagogen Friedrich Wilhelm Förster an Minister Schütz und einen Kommentar des Hamburger Blattes «Die Andere Zeitung», Nr. 62, 1960.

Prof. Riemeck: Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut

Wie uns bekannt wird, haben sich Freunde von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck zu einem «Freundeskreis Riemeck» zusammengeschlossen. Die Federführung hat Pfarrer Gottfried Wandersleb, Herne i. W., Bismarckstraße 98a, übernommen. In einer ersten Publi-

kation veröffentlicht der Kreis unter anderem einen Brief von Frau Prof. Riemeck an Pfarrer Wandersleb. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Pfarrer!

Ich habe viel darüber nachgedacht, was Sie und viele andere Menschen an dem «Fall Riemeck» so sehr bewegt und beschäftigt. Die erste Aufregung hat sich gelegt. Man beginnt, über die grundsätzliche Seite der ganzen Angelegenheit nachzudenken. Das ist gut, denn es darf dabei gar nicht um meine Person gehen.

Wenn Sie mich nach meiner Beurteilung der Sachlage fragen, die zu einem heftigen Für und Wider in der Presse geführt hat, so möchte ich folgendes sagen:

Die entscheidende Frage bei meiner durch das Kultusministerium getroffenen Maßregelung (denn als solche muß ich die Abberufung aus dem Prüfungsausschuß werten), scheint mir nicht in dem Problem zu liegen, ob die Meinungsfreiheit unterdrückt werden soll oder nicht. Das Problem ist vielmehr, auf welchen Inhalt man die verfassungsmäßig verbürgte Meinungsfreiheit jetzt und für die Zukunft festlegen möchte. Es geht um dieses: Kritik an der Politik des Westens, auch an der Politik der Bundesregierung darf geübt werden, wenn gleichzeitig das erwünschte Soll an ablehnender Kritik gegenüber dem Osten erfüllt wird.

Man wirft mir nicht vor, daß ich unwahre Behauptungen über die Bundesregierung oder die westliche Politik verbreitet hätte. Man wirft mir vor, daß ich mich nicht im Sinne des Kalten Krieges gegen den Osten äußere und erblickt darin eine ausgesprochene «Einseitigkeit». Das ist die Kernfrage, um die sich alles dreht.

Nun, es besteht für mich kein Zweifel, daß der Kalte Krieg die prinzipielle Verneinung der Koexistenz ist. Aber es gibt keine Alternative zur Koexistenz. Wir müssen es deshalb begreifen, daß der eigentliche Feind der Menschheit nicht der Kapitalismus oder der Sozialismus, sondern einzig und allein der Atomkrieg ist.

Wer — wie unser Freund *Heinrich Vogel* — den «Ruf von Hiroshima» vernommen hat, der weiß auch, daß es nur ein einziges, realistisches Ziel aller politischen Bemühungen geben darf: die beiden großen Weltsysteme müssen es lernen, nebeneinander zu leben. Die Auseinandersetzung über die bessere der beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsformen kann nicht durch Anwendung militärischer Gewalt entschieden werden. Wir müssen es also erreichen, daß der Wettkampf zwischen den beiden Systemen mit wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln ausgetragen wird.

Das aber setzt voraus, daß wir danach trachten, ein neues Verhältnis zum Osten zu gewinnen.

Das Nein zur Koexistenz führt in die Katastrophe. Wir müssen uns deshalb darauf einstellen, daß wir den Weg der Verhandlungen

und nicht den der fortgesetzten Aufrüstung zu gehen haben. Das heißt: Wir müssen diejenigen, mit denen wir verhandeln wollen, als verhandlungswürdig betrachten. Wir müssen also die Sowjetgesellschaft als das nehmen, was sie ist: das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung, die nicht rückgängig gemacht werden kann.

Der Westen kann mit dem Osten in die Koexistenz eintreten in dem Bewußtsein, daß er der künftigen Menschheit das große Erbe seiner eigenen Kultur und Zivilisation einbringt. Mit Raketen und den Parolen des Kalten Krieges erreichen wir nichts. Wir steigern nur die ohnehin ständig vorhandene Kriegsgefahr.

Ich glaube, daß es nach westlichen Begriffen sehr vieles gibt, was am Osten zu kritisieren wäre (wie es umgekehrt auch der Fall ist). Was man aber jetzt von mir verlangt, ist nicht eine sachliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen in der östlichen Welt, sondern eine — dem Kalten Krieg dienende — Kritik im Sinne einer zerstörerischen Todfeindschaft. Dazu bin ich nicht bereit.

In der vergifteten Atmosphäre des Kalten Krieges will man ja gar keine sachliche Auseinandersetzung. Diese gilt schon als kommunistenfreundliche «Anbiederung». Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut, jedes Verständnis für die Reaktionen der «Sowjetmenschen» ausschließt, Abscheu und Furcht hervorruft und also den friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West als unmöglich erscheinen läßt.

Das steht im Widerspruch zu den besten Traditionen der westlichen Demokratie. Diese Demokratie gründete sich bei ihrer Entstehung darauf, daß die Regierten sich ein genügend großes Wissen erwerben, um die Regierenden für ihre Entschlüsse und Entscheidungen zur Rechenschaft ziehen zu können. Politiker, die sich diese urdemokratische «einseitige Kritik» nicht gefallen lassen wollen, sind bewußt oder unbewußt dabei, von der überlieferten westlichen Demokratie Abschied zu nehmen. Der Kalte Krieg ist nicht zuletzt auch ein willkommener Anlaß, um die Kritik an Fehlern und Irrtümern der eigenen Politik durch die Kritik an den «Andern» zu lähmen. Wir sollten deshalb alle, wie das der Amerikaner *C. W. Mills* vorschlägt, «Kriegsdienstverweigerer des Kalten Krieges» werden. Wir dienen dann der Demokratie und arbeiten für die Koexistenz.

In Verbundenheit
Ihre
gez. Renate Riemeck

Brief von Friedrich Wilhelm Foerster an Kultusminister Schütz

Friedrich Wilhelm Foerster, Ph. D. D. D., der weltbekannte Pädagoge, ehemals Professor der Philosophie und Pädagogik an den Universitäten Wien und München, der wegen seiner gegen die deutsche Militärpolitik gerichteten Stellungnahme schon in der Weimarer Republik sein Amt aufgeben mußte, schreibt:

New York, July 25, 1960

«Dem Herrn Kultusminister Schuetz
von Nordrhein-Westfalen

Hochgeehrter Herr Minister!

Soeben berichten mir meine deutschen Freunde von Ihrer Aktion gegen Frau Professor Renate Riemeck. Erlauben Sie mir, als einem der ältesten deutschen Pädagogen, Sie im wahren deutschen Interesse sehr dringend um Revision dieser Aktion zu bitten. Da Frau Renate Riemeck nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland weithin als eine Erzieherin ersten Ranges bekannt ist, die auch von der jungen deutschen Generation mit Recht hoch verehrt wird, so müßte ein schwer wieder gut zu machender Schaden aus jeder amtlichen Unterdrückung der Wirksamkeit dieser höchst verehrungswürdigen Frau entstehen. Ich selber würde mich verpflichtet fühlen, mit meiner ganzen Autorität dafür einzutreten, daß eine solche Erzieherin der deutschen Jugend nicht nur vor jeder Unterdrückung und Verfolgung sichergestellt, sondern vielmehr noch ganz besonders geehrt würde. Da ich nur annehmen kann, daß Sie, hoch geehrter Herr Kultusminister, über diesen Fall ungenügend informiert wurden, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Sie sicher bereit sein werden, Ihre Entscheidung in dieser Sache von Grund aus zu revidieren, und Frau Professor Riemeck durch irgendeine besondere Ehrung für die über sie verhängte Bedrohung zu entschädigen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr aufrichtig ergebener
gez.: Unterschrift»

(Schluß folgt)

Die portugiesischen Kolonien in Afrika

«Die portugiesischen Kolonien sind Afrikas ‚Zone des Schweigens' genannt worden, und kein Wunder», schreibt *Basil Davidson* in seinem Vorwort zu der soeben erschienenen UDC-Broschüre (Union of Democratic Control) von *Abel Djassi*. Djassi gehört zu den leitenden Kräften der neugebildeten «Frente Revolucionária Africana Para a Independencia Nacional das Colónias Portuguesas» (FRAIN). «Was Mozambique zu einem unbekannten Land macht, ist die Tatsache, daß seine Bevölkerung keinerlei Möglichkeit hat, ihre Lage zu schildern», hat kürzlich auch ein amerikanischer Anthropologe, Professor Mervin Harris, festgestellt. Er fährt fort: «Sie sind fast alle Analphabeten, sorgfältig gegen aufrührerische Nachrichten aus dem Ausland abgeschirmt und sogar körperlichen Strafen und Deportation aus-

gesetzt, wenn es ihren europäischen Herren gefällt. Ihre Gedanken kommen nie zum Ausdruck, ihre Stimme wird nie gehört.» Das gleiche gilt auch für die anderen afrikanischen Kolonien Portugals, Angola, Guiné, Sao Thomé und die Kapverdischen Inseln.

«Hier in dieser bemerkenswerten Broschüre ist endlich eine authentische Stimme der Völker Portugiesisch-Afrikas zu vernehmen.» Bevor er Abel Djassi das Wort erteilt, zitiert Basil Davidson einige englische und amerikanische Schriftsteller zu diesem Thema, zunächst John Gunther in seinem Buch «Inside Africa» (London 1955): «Die schlimmste Erscheinung in Portugiesisch-Afrika ist die Zwangsarbeit.» Er zitiert auch Professor Charles-André Julien von der Sorbonne in seiner «Histoire de l'Afrique» (Paris 1955) und zuletzt sein eigenes Buch «Erwachendes Afrika» (Steinberg Verlag 1957, Seite 266) und fügt hinzu: «Diese Berichte unterstreichen die Tatsache der Zwangsarbeit, denn diese prägt die Knechtschaft der Bewohner dieser Kolonien. Fehlende Schulung und Gesundheitspflege, die Unmöglichkeit, sich politisch zu organisieren, all diese Bedingungen hängen mit der Zwangsarbeit zusammen.»

Der Bericht Abel Djassis (stark gekürzt. Der Übersetzer)

Elf Millionen Afrikaner leiden unter der kolonialen Herrschaft Portugals. Die portugiesischen Kolonien umfassen ein Gebiet von rund zwei Millionen Quadratkilometern. Die Bevölkerung dieser Kolonien ist von einem kleinen Land versklavt worden, das seinerseits das rückständigste Land Europas ist und selbst 40 Prozent Analphabeten aufweist.

Wirtschaftliches Elend

Die fruchtbarsten Gebiete, aus welchen die Afrikaner systematisch verjagt wurden, unterstehen heute Kolonialunternehmungen und europäischen Siedlern. Während die Afrikaner in Armut leben, bereichern sich Siedler und europäische Unternehmer. Der größte Teil ihrer Gewinne fließt ins Ausland. Die Afrikaner müssen verschiedene Steuern bezahlen. Die sogenannte «Eingeborenensteuer» stellt den bedeutendsten Posten jedes portugiesischen Kolonialbudgets dar. Jeder Afrikaner über 15 ist steuerpflichtig; was er zu zahlen hat, übersteigt oft einen Viertel seines kleinen Jahreseinkommens. Um eine europäische Familie in Angola zu installieren, muß die Regierung eine Million Eskudos aufwenden. Wenn eine afrikanische Bauernfamilie so viel Geld zu verdienen hätte, müßte sie tausend Jahre leben und ohne Unterbruch arbeiten.

Zwangsarbeit

20 000 Arbeiter von Angola, Mozambique und den Kapverdischen Inseln arbeiten zwölf Stunden im Tag auf den Farmen der Siedler in

Sao Thomé (einer Insel in der Äquatorialzone). Zwangsarbeit besteht für die öffentlichen Dienste in Guiné, Angola und Mozambique, und in den zwei letzteren Gebieten kommt sie auch in der Privatwirtschaft zur Anwendung. Jedes Jahr müssen 400 000 Afrikaner in Mozambique Zwangsarbeit leisten, und zwar werden 100 000 von ihnen in die Bergwerke Südafrikas und Nord- und Südrhodesiens verschickt. Dieser Handel mit Zwangsarbeit ist eine von Portugals sichersten Quellen ausländischer Devisen. Henrique Galvao, seinerzeit Kolonialverwalter, der den Mut hatte, die Wahrheit auszusprechen, stellte fest, daß «nur die Toten der Zwangsarbeit entgehen können». Diese neue Art Sklaverei hat Millionen afrikanischer Familien auseinandergerissen.

Ärztliche «Hilfe»

380 Ärzte «sorgen» für die Gesundheit von elf Millionen Menschen auf einem Gebiet von zwei Millionen Quadratkilometern. In den Kapverdischen Inseln gibt es einen Arzt auf 10 000 Einwohner, in Angola einen Arzt auf 20 000, ein Spital auf 280 000 Menschen. Die Kindersterblichkeit soll 40 Prozent übersteigen.

Schulbildung

Gebiete größer als Portugal weisen keine einzige Schule auf. Im Jahre 1937 besuchten vergleichsweise zehnmal mehr Kinder die Volksschulen im Belgisch-Kongo als in Angola. Mittelschulen sind nur für die Söhne der Siedler da. Es gibt keine Universität, aber 100 Afrikaner können an den Universitäten von Portugal studieren. Die portugiesischen Schulen verachten den Afrikaner und seine Tradition. Afrikanische Sprachen sind in den Schulen verboten.

Widerstand

Trotz all ihren Leiden haben diese Afrikaner ihren Widerstandsgeist nie preisgegeben. Trotz großen Schwierigkeiten hat das politische Bewußtsein der Afrikaner, dank der «unterirdischen Tätigkeit», schon zugenommen, und die Tatsachen des portugiesischen Kolonialismus erreichen die Außenwelt. Keine Macht auf Erden wird diese Tätigkeit zum Stillstand bringen. Unterirdische politische Parteien und Massenorganisationen bestehen nun in allen Kolonien Portugals. Die «Frente Revolucionária Africana Para a Independencia Nacional das Colónias Portuguesas (FRAIN) wird von fast allen Afrikanern der portugiesischen Kolonien, die im Ausland leben, unterstützt.

In Belgisch-Kongo und der Republik Kongo gibt es gegenwärtig mehr als eine Million Einwanderer aus Angola. Hunderttausende von Afrikanern aus Mozambique haben sich in Tanganjika, Njassaland und Nord- und Südrhodesien niedergelassen. Zehntausende von Afrikanern aus Guiné und den Kapverdischen Inseln leben nun in der

Maliföderation, in der Republik Guinea und in Gambia. Auch diese Afrikaner haben sich organisiert, um den Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu fördern. Diejenigen, die in Europa leben (darunter eine Anzahl verbannter, von der portugiesischen Polizei gesuchter Patrioten) sind organisiert und zur Auflehnung entschlossen. Afrikanische, gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfende Organisationen waren an der Allafrikanischen Volkskonferenz — sowohl 1959 und 1960 — vertreten. In Accra waren ein Delegierter und ein Beobachter anwesend, in Tunis fünf Delegierte, die dafür sorgten, daß ein Passus über den portugiesischen Kolonialismus in die Schlußresolution eingefügt wurde.

Während der letzten Session der UNO-Generalversammlung machten ein paar Vertreter, hauptsächlich von den unabhängigen Staaten Afrikas und Asiens, einen direkten Angriff auf den portugiesischen Kolonialismus, was auf den Kampf der Afrikaner in den portugiesischen Kolonien zurückzuführen ist.

Die Antwort Portugals: Gewalt

Obwohl Portugal die öffentliche Meinung der Welt und der UNO nicht länger täuschen kann, bereitet es sich auf einen verzweifelten Kampf zur Verteidigung seiner Stellung in Afrika vor. Geheimabkommen sind mit der Südafrikanischen Union und anderen Kolonialmächten abgeschlossen worden. Man hat nicht-portugiesischen Kapitalinteressen, besonders amerikanischen, deutschen und holländischen, außergewöhnlich verlockende Angebote gemacht. Portugal verpfändet die Zukunft der Völker und Länder, die es beherrscht. Gleichzeitig kauft es Waffen für einen Unterdrückungskrieg gegen die Afrikaner.

Militärische Verstärkungen werden in die Kolonien geschickt, Luft- und Flotteneinheiten in Angola, Mozambique und Guiné untergebracht. *Portugal nützt seine Stellung in der NATO aus,* um Waffen gegen die Afrikaner zu bekommen.

Vor ein paar Jahren schon begannen die portugiesischen Kolonialisten einen Feldzug gegen die afrikanischen Patrioten. Verfolgung, Verhaftung, Deportation, Folterung und Massaker unbewaffneter Menschen sind seither in den portugiesischen Kolonien gang und gäbe. Im Bezirk Kabina in Angola wurden mehr als 200 Afrikaner, die offen die Unabhängigkeit ihres Landes forderten, verhaftet und später als «vermißt» gemeldet. Im März 1959 startete die portugiesische Kolonial-Gestapo ihre Unterdrückungskampagne. Mehr als 100 afrikanische Patrioten wurden verhaftet und gefoltert. Überdies wurden auch sieben europäische Demokraten festgenommen, weil sie die Movimento Popular de Liberacao de Angola unterstützt haben sollen. Unter ihnen befindet sich Julieta Gandara, eine Ärztin, die von den Afrikanern Luandas hochgeachtet wird.

Früher hat Portugal in der Verfolgung der Afrikaner immer indi-

rekte Mittel eingesetzt. Nun geht es zum Massaker über. In Sao Thomé wurden im Februar 1953 1000 Afrikaner aus einer Einwohnerzahl von 40 000 von der portugiesischen Zivilbevölkerung und Soldaten umgebracht, weil sie sich gegen die Zwangsarbeit aufgelehnt hatten. Zwangsarbeiter aus anderen Kolonien wurden gezwungen, am Massaker teilzunehmen.

Portugal kommt endlich vor Gericht

Ein faschistisches Gericht in Luanda verhört gegenwärtig 40 Afrikaner, 7 Europäer und 3 amerikanische Neger, die eines Vergehens gegen die «portugiesische nationale Einheit» angeklagt sind. Die drei Prozesse hätten am 7. März 1960 beginnen sollen, wurden aber wegen der weltweiten Publizität vertagt. Sie finden jetzt geheim statt.

Doch sind es weder die afrikanischen Patrioten, die um das Recht kämpfen, als Menschen leben zu dürfen, noch die anständigen Europäer, die Freunde der afrikanischen Völker sind, die in Luanda vor Gericht stehen. *Wir appellieren daher an alle Menschen, die Frieden und Freiheit* lieben, diesen «Prozessen» ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken. Sie müssen geschlossen an der Seite der Afrikaner stehen.

Was die Afrikaner fordern

Wir verlangen, daß Portugal dem Beispiel Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens folge, indem es das Recht der unter seiner Herrschaft lebenden Menschen auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt.

Basil Davidson schließt sein Vorwort zu Abel Djassis Broschüre mit folgenden Worten:

«Immer mehr Afrikaner kommen zur Einsicht, daß ihr Leben nicht so hoffnungslos bleiben muß. Sie finden neue Freunde, die ihnen zu einer besseren Zukunft verhelfen werden. Portugiesisch-Guiné hat bereits ein unabhängiges Land zum Nachbarn, die Republik Guinea, und nun ein zweites, Mali. Angolas anderer Nachbar, Belgisch-Kongo, wird in ein paar Wochen unabhängig, Tanganjika, das an Mozambique anstößt, wird sich bis Ende des Jahres selbst regieren, und Njassaland, das auch an Mozambique grenzt, wird bald folgen. Die Regierung Ghanas wird nächstens täglich Radioprogramme in portugiesischer Sprache aussenden.

Wir geben diese Broschüre in der Zuversicht heraus, daß der Ruf nach Hilfe seitens der Afrikaner unter portugiesischer Herrschaft in Großbritannien nicht ungehört bleiben wird.»

London, Juni 1960.

Chinas Sieg über den Hunger

Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit (siehe zum Beispiel «Neue Wege», Januar 1960), auf den Kampf Chinas gegen den Hunger hinzuweisen. Heute, da die Überwindung dieser Geißel der Menschheit als dringendste Verpflichtung erkannt ist und unter Führung der Organisationen der UNO in Angriff genommen wird, ist es angezeigt, daß wir uns wieder einmal, und wohl nicht das letzte Mal, mit einigen Aspekten dieses gigantischen Unternehmens auseinandersetzen. Unmittelbaren Anlaß dazu bietet ein Artikel, der unter obenstehendem Titel in unserer Lausanner «Revue économique et sociale» als Wiedergabe eines Vortrags von *Josué de Castro*, dem früheren Präsidenten der FAO (Food and Agricultural Organisation) und Verfasser des Buches «Geographie des Hungers» (1952), im April dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Der erwähnte Artikel provozierte einen scharfen Angriff gegen die Einstellung de Castros. Der protestierende Einsender wendet sich in seinem Brief an die Redaktion der «NZZ» (8. Juli, Nr. 2344) sowohl gegen die Anklage, die de Castro gegen die Kolonialmächte erhebt, wie gegen die, wie er meint, kritiklose Hinnahme der Statistiken und Behauptungen der heutigen Regierung Chinas. Was ihn besonders empört, ist die wohlwollende Darstellung der kommunistischen Revolution und der Methoden, die die Machthaber beim Übergang zur neuen Sozialordnung verwandten.

Wenden wir uns der Schilderung de Castros zu. Chinas weite Ländereien waren seit urdenklicher Zeit periodisch wiederkehrenden Naturkatastrophen — Dürre und Überschwemmungen — ausgesetzt, die die Anstrengungen von Millionen fleißiger Hände zerstörten. Das soziale Gefüge, die sozialen Traditionen, der Moralkodex des chinesischen Volkes wurden recht eigentlich geprägt durch den Kampf um die Nahrung, um das bloße Überleben . . . Wenn es auch richtig ist, daß in keiner anderen Region der Erde so viele ungünstige natürliche Umstände zusammentreffen, um den Existenzkampf der Bevölkerung zu erschweren, so ergibt nach de Castro eine genauere Analyse doch, daß wirtschaftliche und politische Faktoren noch mehr dazu beigetragen haben, das chinesische Volk im Elend niederzuhalten. Wie de Castro in seinem Buch «Die Geographie des Hungers» ausgeführt hat, beweisen jedoch der angebliche Mangel an anbauwürdigem Boden und seine schlechte Ausnützung wie die katastrophalen Folgen von Dürre und Überschwemmungen in erster Linie die baufällige Struktur der bestehenden Bodenbewirtschaftung, wie auch die Gleichgültigkeit, Kurzsichtigkeit und Unwirksamkeit des dafür verantwortlichen politischen Systems. Wenn in China der Hunger als Anhängsel des Feudalismus, und einer fast nur für den Eigenbedarf produzierenden Agrarwirtschaft, bestehen blieb, so hat der Einfluß der westlichen Zivilisa-

tion die Situation nicht nur nicht erträglicher gemacht, er hat sie im Gegenteil noch verschärft. In der Tat trat der westliche Imperialismus gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach dem Opiumkrieg und dem Vertrag von Nanking, in seiner despotischsten Form in Erscheinung, löste innerchinesische Streitigkeiten aus, monopolisierte den gesamten Außenhandel und bremste jeden chinesischen Versuch einer Industrialisierung des Landes. Er trug durch seine Ausbeutung nicht wenig zum wirtschaftlichen Chaos bei, das bis 1949 andauerte. Unzählige Zeugen verbürgen, daß das chinesische Volk alle Formen des Hungers, von chronischer Unterernährung bis zu den spektakulären Hungerepidemien, die nach Naturkatastrophen oder Kriegswirren grassierten, erlitten hat.

Hunger, der alle Teile des Riesenreiches, den Norden wie den fruchtbaren Süden, immer wieder heimsuchte, das Bleigewicht, das so schwer auf dem chinesischen Volk lastete und seine soziale Entwicklung hintanhielt, wurde, wie de Castro sich ausdrückt, zur stärksten Triebfeder der Revolte gegen den Kolonialimperialismus, die Triebfeder auch eines sich aufbäumenden Nationalismus, dessen Ziel die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und die Befreiung von den schweren Ketten des Hungers war. De Castro geht sogar so weit, zu erklären: «Der Hunger ist es, als Produkt sozialen Unrechts vom chinesischen Volke erkannt, der es in das kommunistische Abenteuer getrieben hat. Es war der Hunger, den die Westmächte in China sorgsam unterhalten hatten, da sie ihn als ihren Verbündeten betrachteten, es war der Hunger, der sich aber plötzlich als ihr schrecklichster Feind herausstellte. Er war der beste Rekrutierungssergeant für die Armee Mao Tse-tungs. Es waren die hungernden Bauern, die, vom Ertrag ihrer winzigen Flecken Land lebend, ihren Pachtherren, den Großgrundbesitzern, unter horrenden Bedingungen verschuldet waren, die sich den Partisanen Maos anschlossen und schließlich mehr als zwei Drittel seiner Befreiungsarmee ausmachten.»

Schon im Verlauf der Kämpfe gegen die Kuomintang-Armeen Tschiang Kai-scheks wurde das Land der Großgrundbesitzer konfisziert. Mit der Ausrufung der Volksrepublik im Jahre 1949 war äußerlich ein Ziel — die Befreiung von der Fremdherrschaft — erreicht, doch für den neuen Staat hatten damit die Schwierigkeiten erst begonnen. Im Jahre 1949 war die Produktion von Getreide im befreiten China auf das äußerst niedrige Niveau von 110 Millionen Tonnen gesunken, während in den Vorkriegsjahren ein Durchschnittsertrag von 150 Millionen Tonnen erreicht worden war. Die Regierung ergriff alle Maßnahmen, die eine unmittelbare Steigerung der Produktion fördern konnten. Daß in dieser spannungsgeladenen Atmosphäre von Erwartung und Furcht mit sehr viel Takt und psychologischem Verständnis operiert werden mußte, sollte nicht das Chaos, sondern höhere Leistungen resultieren, das ist selbstverständlich. Der Zweck wurde jedenfalls erreicht, denn die Getreideerzeugung stieg schon 1952 auf

163 Millionen Tonnen und nahm seither Jahr für Jahr um rund 8 Prozent zu. De Castro, der China 1957 bereiste, stellte fast keines der Anzeichen von Hunger fest, die er als Mediziner und Spezialist auf dem Gebiet der Ernährung in anderen unterentwickelten Gebieten sozusagen immer antraf. Er fand die Chinesen «recht ernährt» (raisonablement nourri) und zweifelt nicht daran, daß Mangelerscheinungen, wie sie sich aus der früher sehr einseitigen Nahrung in gewissen Teilgebieten Chinas ergaben, in den nächsten Jahren verschwinden werden. De Castro beruft sich auch auf das Zeugnis eines chinesischen Ernährungswissenschafters, Li Ching-han, der früher unter dem Namen Franklin Lee lange Jahre in Amerika und auch in der FAO außerhalb Chinas gearbeitet hatte. Er bestätigt, daß heute in der Ernährungsweise der Chinesen eine große Mannigfaltigkeit an die Stelle der früheren trostlosen Monotonie getreten ist. Selbst Schweinefleisch und Eier beginnen heute ihren Platz in der normalen Ernährung einzunehmen. Die Besserung in der Ernährungslage kommt nicht nur in einem erhöhten Wohlbefinden und robusterer Gesundheit zum Ausdruck, sie stimuliert auch die Arbeitsfreude.

De Castro weist mit Recht darauf hin, daß die Hebung des chinesischen Lebensstandards nicht «auf eine isolierte Maßnahme oder eine bestimmte technische Neuerung zurückzuführen ist. Sie ist vielmehr die Frucht einer Gesamtheit von Maßnahmen, die das ganze Wirtschaftsleben Chinas umfassen, ein Resultat, das nur durch die wohlüberlegte Mobilisierung der einst brachliegenden Kräfte des 650-Millionen-Volkes erreicht werden konnte. Die Schritt um Schritt vorgetragenen Neuerungen in wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellten auf den sichtbaren, den Bauern einleuchtenden Erfolg ihrer Arbeit ab. So konnte ihr Selbstvertrauen und ihre Initiative geweckt und erhalten werden.»

Die selbe abwägende Vorsicht ist, nach de Castro, in der Abstimmung des Fortschrittes der Industrialisierung auf die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung wahrzunehmen. Ohne eine intensive Hebung der landwirtschaftlichen Produktionskraft ist eine Industrialisierung des Landes undenkbar, während anderseits die industrielle Produktion wohl ein notwendiges Element der agrarwirtschaftlichen Umwälzung darstellt, für sich allein aber deren Erfolg nicht sichern kann. China hat in diesem Punkt aus den russischen Erfahrungen gelernt.

Das neue China hat seine bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft sozusagen ohne moderne mechanische Hilfsmittel, sondern mit den traditionellen, durch einige neue Erfahrungen ergänzten Methoden erreicht. Dies erheischte die Anspannung aller verfügbaren Kräfte in einer unerhört straffen Organisation, die im Westen gemeinhin als verabscheuungswürdig empfunden wird. Tatsache ist immerhin, daß dadurch das alte Schreckgespenst, Hunger, aus China verbannt wurde. Dem Kritiker der «NZZ», dem der Enthusiasmus

de Castros mißfällt, möchte man empfehlen, die Berichte über das neue China von *Lord Boyd ORR* oder *Peter Townsend* zu studieren. Sie können mit dem besten Willen nicht als «kommunistisch verseuchte» Schönfärber bezeichnet werden, kommen aber, was die Fortschritte Chinas in den letzten zehn Jahren anbelangt, zum selben Resultat. Selbst der Herausgeber der «Revue économique», der sich in seiner Antwort an den Kritiker dagegen verwahrt, den Enthusiasmus de Castros oder die Ideen der chinesischen Regierung zu teilen, muß gestehen, daß der «Dynamismus dieses Volkes etwas Begeisterndes hat». Es kommt doch nicht von ungefähr, daß ein oft gehörtes Wort im alten China hieß: «Es gibt keinen Weg» (aus unserer Misere). Heute sagt man dort «Yo banfa!» — «Es gibt einen Weg». Red.

WELTRUNDSCHAU

Neues Waffengeklirr Der Sommer, der wieder keiner war, neigt sich seinem Ende zu, ohne daß es zu dem kriegerischen Zusammenstoß der beiden Machtlager gekommen wäre, den viele, offenbar in Erinnerung an die unheilvollen Sommer von 1914 und 1939, befürchtet haben. Aber daß der *kalte* Krieg in aller Form weitergeht, das lehrt uns ja sozusagen jeder Tag. Man ersieht das nicht zuletzt an dem neuen Rüstungsprogramm, das Präsident *Eisenhower* am 8. August verkündet hat: Vermehrte Flugzeugträger für die Flotte, mehr Polaris-Unterseeboote und Raketen, erhöhtes Tempo der Operationen des strategischen Bomberkommandos, beschleunigte Entwicklung des Überschallbombers B-70, erhöhte Schlagkraft der Landstreitkräfte, Verbesserung der Alarmbereitschaft aller Waffen usw. Die Begründung ist natürlich die «verschärfte Aggressivität der Sowjetunion», die jetzt in der westlichen Phantasie eine so große Rolle spielt; Präsident Eisenhower hat in seiner Botschaft ausdrücklich von einem kommunistischen Imperialismus gesprochen, der sich «die Eroberung der gesamten Welt zum Ziel gesetzt» habe, und Kardinal Spellman sekundierte ihn wacker mit seiner Brandrede am Münchener Eucharistischen Weltkongreß (eine Million Teilnehmer!), in der er die «sowjetischen Tyrannen» anprangerte, «die wie eine Bestie, die Blut geleckt hat, nun von Macht trunken geworden sind, aber die Besiegten von morgen sein werden».

Das gleiche Waffengeklirr wie aus Amerika hört man — selbstverständlich — aus *Westdeutschland*, dessen Wiederaufrüstung, wie der ehemalige Nazigeneral Hans Speidel, jetzt Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, unlängst feststellte, die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen in den letzten Jahren gewesen

sei. Und diese Aufgabe, so fügte er hinzu, werde auch künftighin planmäßig weitergeführt werden, eingeschlossen die Ausstattung der bundesdeutschen Wehrmacht mit atomaren Raketenwaffen. Auf diesen Punkt legte eine an alle Soldaten der westdeutschen Armee verteilte Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr besonderes Gewicht — eine Kundgebung, die in einer peinlich an Hitler erinnernden Sprache der Bonner Regierung Mut machen wollte, ihre «Politik der Stärke» weiter zu verfolgen und unter Ablehnung aller Neutralitätslockungen fest und treu zu den Westmächten zu stehen. Der «einzig mögliche» Feind, der Deutschland bedrohe, sei ja der Kommunismus; «das Ziel des Gegners», so erklären die westdeutschen Generäle, sei «die Bolschewisierung Deutschlands», und die militärischen Forderungen der Führer der Bundeswehr müßten «den Worten unserer zivilen politischen Führung Macht und Gewicht verleihen können». So redet man heute an einflußreichster Stelle der westdeutschen Republik!

Es ist zwar schwer zu glauben, daß die verantwortlichen Führer der westlichen Welt von der Bereitschaft der Sowjetunion überzeugt seien, durch den Versuch einer «Eroberung der ganzen Welt» Selbstmord im Kolossalstil zu begehen. Ganz gewiß träumt man in Moskau davon, daß die ganze Welt einmal kommunistisch sein werde. Aber ebenso gewiß ist man in Moskau überzeugt, daß es nicht auf dem Weg militärischer Eroberungen dazu kommen werde. «Es erscheint mir unglaubhaft», schreibt R. H. S. Crossman, der englische Labourpolitiker, in seinem Büchlein «Labour in the Affluent Society», «daß Chruschtschew den Fehler begehen wird, die Westmächte vor dem bequemen Fortgang der friedlichen Entartung zu retten, die bei ihnen jetzt begonnen hat. Denn der Kreml ist jetzt überzeugt, daß das einzige, was den schließlichen Sieg des Weltkommunismus verhindern könnte, ein atomarer Krieg ist. Seine Entschlossenheit, die friedliche Koexistenz zu betätigen, ist darum ein Zeichen nicht von Schwäche, sondern von Selbstvertrauen. Wenn er uns herausfordert, sofort abzurüsten und uns auf einen friedlichen Wettbewerb einzulassen, so tut er das, weil er sicher ist, daß er den Wettstreit gewinnen wird.»

Den Westen zu veranlassen, endlich den Kalten Krieg abzublasen, den er angesichts der gewaltigen sowjetischen Atomwaffenrüstung ja doch nicht mehr gewinnen könne, und auf Verhandlungen über den Verzicht auf die Militarisierung Westdeutschlands und auf die amerikanischen Militärstützpunkte im Ausland einzutreten — das ist tatsächlich der Hauptzweck der «aggressiven Sprache», deren sich die Sowjetführung seit der großen Enttäuschung mit der Gipfelkonferenz befleißigt. Dazu kommt freilich besonders bei Chruschtschew das Bestreben, den Kritikern seiner Koexistenzpolitik zu beweisen, daß er aus seinem Hereinfall auf die Verhandlungsbereitschaft Eisenhowers und Macmillans etwas gelernt habe und es sehr gut verstehe, auch mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Wie sehr der sowjetische Ministerpräsident hier besonders auch mit den *Chinesen* zu rechnen hat,

geht aus einem Bericht aus Peking hervor, den Raffaelo Uboldi dem Pariser «Observateur» (10. August) übermittelt hat. Man höre, so heißt es darin, in den Reihen der mittleren Parteifunktionäre häufig Äußerungen wie die: «Wir wollen keinen Krieg, aber wir haben vor ihm auch keine Angst. Wenn der Krieg durch die Schuld des Imperialismus ausbrechen sollte, so wird es sicher *er* sein, der ihn verlieren und vernichtet werden würde. Es könnte zwar sein, daß im Laufe des Zusammenstoßes 200 Millionen Chinesen den Tod fänden. Aber dank den Mitteln der modernen Technik werden wir China rasch wiederaufbauen können. Und zum mindesten werden wir dann ein- für allemal den Imperialismus los sein.» In China fürchte man, so bemerkt Uboldi, eine sowjetisch-amerikanische Verständigung könne unter den gegenwärtigen Umständen auf Kosten Chinas erfolgen und werde auf jeden Fall die kapitalistische Welt mehr begünstigen als die kommunistische. Die Revolution gegen Kapitalismus und Imperialismus, besonders in Afrika und Lateinamerika, sei bereits im Gang und könne durch eine Politik friedlicher Koexistenz nur verzögert werden. Die Pekinger Regierung habe für den Augenblick ein Interesse daran, «in China eine Atmosphäre der Hetze (excitation) gegen Amerika und den Westen zu erzeugen, wie sie in keinem anderen östlichen Land besteht».*

Es geht um die Wirtschaft Die Sowjetführung fühlt sich auf jeden Fall genötigt, solchen in China offenbar weitverbreiteten Stimmungen Rechnung zu tragen und namentlich die Revolte der kolonialen und halbkolonialen Völker gegen den europäisch-amerikanischen Kapitalismus durch dramatische Gebärden zu unterstützen. Siehe Chruschtschews Drohungen mit einem Eingreifen im Kongo und in Kuba und nicht zuletzt die bisher vorsichtig zurückgehaltene, nun aber offen bekundete Sympathie Moskaus mit dem algerischen Freiheitskampf. Ob es dem Kreml mit einer allfälligen militärischen Unterstützung der sozialen und nationalen Revolutionen unterentwickelter Länder wirklich ernst ist, darf bezweifelt werden; im «New Statesman» (30. Juli) wird mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Sowjetunion den größten Wert auf ihre guten Beziehungen mit Indien lege, die niemals besser gewesen seien als jetzt, aber schwer geschädigt werden müßten, wenn Moskau

* Die hier geschilderte Atmosphäre in China hat offenbar zu einer ernstzunehmenden Entfremdung zwischen Moskau und Peking geführt, die ihren Ausdruck unter anderem in einem fast völligen Rückzug der Russen aus der chinesischen Wirtschaft und aus der kulturellen wie der propagandistischen Zusammenarbeit beider Völker findet. Und daß das milde Urteil des Moskauer Militärgerichtes im Falle des amerikanischen Militärspions Powers auch nicht geeignet ist, die chinesischen «Harten» zufriedenzustellen, liegt auf der Hand. Dafür hat Moskau mit diesem Urteil und der ganzen anständigen Prozeßführung in der westlichen Welt entschieden einen guten Eindruck gemacht.

irgendwo militärisch auftrumpfen würde. Die Sowjetpolitik tue darum für die *wirtschaftliche* Förderung Indiens mehr als für die Entwicklung irgendeines anderen Landes außerhalb ihres eigenen Lagers — und die Wirtschaft ist denn auch unstreitig das Hauptfeld, auf dem Moskau den Wettkampf mit dem Westblock auch in anderen Ländern auszutragen gedenkt. Hier hat der Kommunismus, wie Crossman in der angeführten Schrift darlegt, in der Tat die größte Aussicht, das Rennen zu gewinnen. Man solle ja nicht, so warnt er, auf eine Schwächung des Sowjetregimes durch eine allmähliche Liberalisierung seiner Einrichtungen zählen; es werde im Gegenteil unwiderstehlich werden, wenn es seiner wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit auch die Kraft beifüge, die aus freiheitlichen politischen Einrichtungen fließe. Die Plan- und Gemeinwirtschaft, wie sie die Sowjetunion entwickelt habe, sei der ungeplanten Wirtschaft der kapitalistischen Welt, in der allein die organisierten Geldmächte die wesentlichen Entscheidungen fällten, offenkundig immer überlegen. «In unserer Überflußgesellschaft bekommt es zwar der einzelne schneller gut und behaglich, aber die Gesamtheit wird *noch* schneller schwächer und schwächer . . . Die demokratische Beherrschung der Kräfte, die die soziale und politische Entwicklung bestimmen, geht (im Westen) ständig zurück und damit auch die Fähigkeit der Nation, als Nation zu handeln, und diejenige des Volkes, einen freien demokratischen Willen auszuüben. Wenn die westliche Welt von den schrecklichen Übeln des Totalitarismus frei ist, wie sie es sicherlich ist, so ist sie das Opfer einer noch verderblicheren Krankheit — des Aufkommens einer modernen Feudalherrschaft, die unsere Demokratie erwürgt, bevor sie noch Zeit gehabt hat, groß zu werden.»

Vor diesem modernen Feudalismus und «neuen Despotismus», wie Crossman die geballte wirtschaftliche und politische Macht des Spätkapitalismus nennt, schließen freilich die meisten Freiheitsschwärmer im Westen beharrlich die Augen. Sie tun so, als sei die Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts immer noch dasselbe, was sie im 17., 18. und 19. Jahrhundert war, als das junge Bürgertum die Fesseln der Feudalherrschaft und des Staatsabsolutismus sprengte und seine manchmal ziemlich blutigen Revolutionen machte, und wollen nicht zugeben, daß dieses Bürgertum längst selber konservativ, ja reaktionär geworden ist und die *heute* fällige, die *soziale* Revolution mit allen Mitteln staatlicher Gewalt, auf nationalem wie auf internationalem Boden, wütend bekämpft. Sie erkennen nicht die Notwendigkeit, die unheilvolle Verkettung von Demokratie und Kapitalismus — den Mißbrauch demokratischer und liberaler Einrichtungen zur Stützung der kapitalistischen Klassenherrschaft — aufzulösen und die politische Volksherrschaft und Volksfreiheit auf die soziale und wirtschaftliche Demokratie zu gründen. Ihre Art und Weise, die Freiheit zu verteidigen, ist dadurch von vornherein zu tragischem Mißerfolg verurteilt. Das wurde schon klar im Kampf gegen den Faschismus, genügte es

doch längst nicht, den Faschismus und Nazismus durch isolierte politische Abwehr und gar durch militärische Niederwerfung zu «erledigen». Und es genügt erst recht nicht, den Kommunismus politisch-militärisch zu bekämpfen, den Kapitalismus aber und die auf ihm beruhende gesellschaftliche Ordnung bestehen zu lassen. Die Folge wird nur sein, daß der *in erster Linie* notwendige Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus mit seinen tödlichen Gefahren für Frieden und Freiheit zum Monopol der Kommunisten wird, die ihn *ohne* die so schwer entartete politische Demokratie überwinden wollen.

Ähnliches gilt vom *«christlichen»* Antikommunismus. Ein verbürgerlichtes Kirchentum, das tatsächlich dem widergöttlichen Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus zu Diensten steht, ist tatsächlich zur stärksten Stütze des weltanschaulichen und sozialen Materialismus geworden, wie er sich im Kommunismus verkörpert hat. Vom weltlich-materialistischen Standpunkt aus ist eben der Kommunismus wirklich die vollkommen logische Folgerung aus der heutigen gesellschaftlichen und politischen Lage, und wenn ich Atheist wäre, so wäre ich schon längst Kommunist geworden. Weil aber die Welt heute ganz überwiegend atheistisch ist — die gewaltige Mehrheit der Menschen lebt ja ohne Gott dahin —, wird sie auch immer anfälliger für den Kommunismus, und die verbürgerlichte Christenheit wird sich damit halt einfach abfinden müssen. Tua culpa, tua maxima culpa! (Es ist deine eigene Schuld, deine ganz große Schuld!)

Aufgabe und Versagen Crossman sieht durchaus richtig, wenn er es als Aufgabe eines freiheitlichen Sozialismus erklärt, «seine Politik neu zu formen, so daß sie zur unmittelbaren Herausforderung der Überflußgesellschaft (des Kapitalismus. H. K.) wird», und vor der kommenden Krise warnt. Diese Krise, die er als Ausdruck der Unterlegenheit der bürgerlich-kapitalistischen Welt und ihrer Zivilisation gegenüber der östlich-kommunistischen Völkergemeinschaft drohend nahen fühlt, könne aber nicht durch einen Atomkrieg überwunden werden. Sie verlange vielmehr eine eigentliche wirtschaftliche und soziale Umwälzung in Gestalt einer scharfen grundsätzlichen Absage an den Kapitalismus und der Ausweitung der plan- und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsformen zum herrschenden Wirtschaftstyp.

Das ist nur zu richtig. Aber wo ist in den sich sozialistisch-demokratisch heißenden Parteien des Westens ein Wille zu solch radikaler Neuorientierung zu bemerken? Sind sie — mit wenigen Ausnahmen — nicht vielmehr einfach Anhängsel und Stützen der alten, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und Politik, deren verlogene Freiheitslosungen auch sie getreulich nachbeten? Hat nicht ihr blinder Antikommunismus sie schon längst unfähig zu einer im besten Sinn revolutionären Haltung gemacht, ja sie zu einer der verläßlichsten Kampf-

truppen der Gegenrevolution werden lassen? Und wurstelt darum das kapitalistische Bürgertum nicht in fröhlicher Unbefangenheit fort, nur dann und wann aufgeschreckt durch die innere Gewißheit, daß «die Füße derer, die es hinaustragen werden, schon vor der Türe stehen» (Apostelgeschichte 5, 9)?

In den *Vereinigten Staaten*, wo es überhaupt keine ernsthaft ins Gewicht fallende sozialistische Bewegung mehr gibt und wo die Gewerkschaften jeweilen der meistbietenden kapitalistischen Gruppe den Zuschlag geben, wird jetzt zwar bald der Präsidentschaftswahlkampf in vollen Gang kommen — aber was für ein grundsätzlicher, irgendwie tiefgehender Unterschied zwischen dem Programm des demokratischen und demjenigen des republikanischen Kandidaten besteht, ist schwer zu sagen. Hier kämpfen einfach zwei Gruppierungen des gleichen Bürgertums um den Zugang zur Staatsmacht, und die Sieger verteilen dann die Beute untereinander, wobei sich natürlich Rom, dessen Kandidat der schwerreiche Kennedy ist, auch ein saftiges Stück verspricht. Spellman und seine Leute reiben sich schon die Hände. Außenpolitisch wird sich auf jeden Fall unter dem neuen Präsidenten nichts wirklich Grundlegendes ändern.

In *Kanada* scheint die Sorge, daß man von den Vereinigten Staaten auf böse Wege geführt werden könne, einigermaßen um sich zu greifen; sogar vom früheren (liberalen) Außenminister Lester Pearson werden Äußerungen berichtet, die die konservative Regierung auffordern, sich von der «amerikanischen Hörigkeit» zu befreien. Aber vorderhand predigt der Mann eben tauben Ohren.

Stärker ist die «Los-von-Amerika»-Bewegung in *Großbritannien*, wo große Gewerkschaften auf einseitige Abrüstung drängen und auf dem Labourparteitag scharfe Auseinandersetzungen über den Kurs der Außen- wie der Innenpolitik bevorstehen. Aber die Rechte sitzt trotzdem noch viel zu fest im Sattel, als daß von Labourseite der Anstoß zu einem Umschwung der britischen Politik zu erwarten wäre.

Von der *französischen* Sozialdemokratie schweigt man lieber; die neue sozialistische Linke aber ist unter der Diktatur de Gaulle ebenso einflußlos wie die Kommunistische Partei und muß schon froh sein, wenn sie nicht ganz mundtot gemacht wird. Der Algerienkrieg kann so recht ungestört weitergehen.

In *Italien* preist man es schon als Fortschritt, daß sich die «neue» Regierung unter Fanfani nicht mehr auf die Faschisten zu stützen braucht. Allein, was ist sie denn mehr als der geschäftsführende Ausschuß des Dreibundes von Großkapital, Großgrundbesitz und Vatikankirche, der Italien beherrscht? Daß die (links-)sozialistische Partei unter Nenni ihr gegenüber nur neutral bleibt, statt zum Angriff vorzugehen, ist mehr als bedenklich.

Und vollends die *westdeutsche* Sozialdemokratie! Ihre Führung drängt so hemmungslos zur Regierungsmacht, daß sie allen sozialisti-

schen «Ballast» immer zynischer über Bord wirft und nahe daran ist, auch die Rüstungs- und Außenpolitik Adenauers und Straußens zu übernehmen. Ein offenbar nicht mehr aufzuhaltender moralischer Bankerott!

Was Adenauer bei seinen jüngsten Zusammenkünften mit de Gaulle und Macmillan wirklich verhandelt hat, ist freilich trotz der vielen Druckerschwärze, die darübergewalzt wurde, noch immer höchst unklar. Den «kleineuropäischen» Plänen de Gaulles scheint jedenfalls weder in Bonn noch in London viel Begeisterung entgegengebracht zu werden, obwohl die Engländer froh wären, wenn diese Pläne mithülfen, ihre zollpolitische Absperrung gegenüber dem europäischen Festland zu durchbrechen. Fest scheint nur das eine zu stehen, daß Macmillan von seinen Koexistenzgelüsten abgebracht und ziemlich zuverlässig wieder in die antikommunistische Front eingegliedert worden ist.

Aber es ist eben noch nicht aller Tage Abend. Es ist vielmehr, um nochmals den Engländer Crossman anzuführen, recht wahrscheinlich, «daß, wenn die Richtung der Weltentwicklung klar wird und die kommunistischen Siege nicht mehr zu leugnen sind, ein tiefgreifender Umschlag einsetzen wird. Mehr und mehr werden unsere Völker aus ihrem behaglichen Überfluß herausgerissen werden. Mehr und mehr werden ihre Augen für die Bedrohung der demokratischen Werte geöffnet werden, die ihnen jahrelang von Regierungen verheimlicht wurde, welche planmäßig die privaten Profitmacher auf Kosten der öffentlichen Dienste und Unternehmungen zufriedengestellt haben. Und eines Tages wird Zorn an die Stelle der Selbstgefälligkeit treten . . .»

Die Kongokrise Das Erwachen der Westvölker zur Erkenntnis der weltpolitischen Wirklichkeit wird natürlich besonders stark durch die Revolution der von ihnen so lange unterdrückten und ausgebeuteten Kolonialrassen gefördert werden. Ein sprechendes Beispiel dafür ist der *Kongo*. Es braucht hier nicht im einzelnen wiederholt zu werden, was dem Leser schon aus der Tagespresse und dem Radio geläufig ist, zumal sich die Lage im Kongo sozusagen von Tag zu Tag ändert und von hier aus gänzlich unübersichtlich geworden ist. Nur ein paar Tatsachen sollen rasch herausgehoben werden.

Einmal: Was die Belgier jetzt am Kongo erleben, das ist nur Gericht über die namenlosen Verbrechen, die sie seit 75 Jahren in ihrer riesigen afrikanischen Kolonie begangen haben — und zwar ein sehr mildes Gericht. Sie haben kein Recht, sich über die Ausschreitungen zu beklagen, die die Opfer ihrer Ausbeutungs- und Bevormundungspolitik und deren Nachkommen nun begehen, da sie plötzlich frei geworden sind. Dies um so weniger, als diese Ausschreitungen, wie

zuverlässig bekannt geworden ist, großenteils von belgischen Offizieren und Beamten selbst unmittelbar verschuldet, ja bewußt hervorgerufen wurden.

Sodann: Katanga. Die Südostprovinz des Kongo ist das industrielle Herz des Gesamtstaates. Seine Bergwerke fördern fast 10 Prozent des Kupfers in der Welt, 60 Prozent des Kobalts, alles Radium, viel Zink, Germanium, Kadmium und Edelmetalle. 50 bis 80 Prozent der Einnahmen der Kongoregierung stammten in den letzten Jahren aus dem Katanga. Die Abspaltung des Katanga wäre für die Republik Kongo eine Katastrophe. Aber für die belgisch-britischen Besitzer der Katanga-Bergwerke — für die Union Minière und ihre Tochtergesellschaften — wäre vielleicht das Verbleiben innerhalb des Gesamtstaates ebenfalls eine Gefahr. Schon 1953 schrieb der Amerikaner John Gunther in seinem Buch «Afrika von innen»: «Die Entstehung eines echten Industrieproletariats im Kongo könnte in fernerer Zukunft das Land für das Eindringen des Kommunismus anfällig machen. Das wäre ein übler Streich für die Union Minière und die belgische Regierung. Aber die handfesten Belgier sind sich darüber so klar wie nur irgend jemand, und das ist ein Grund dafür, warum sie ihr möglichstes tun, um die politische Entwicklung (zur Selbstregierung) auf ein Mindestmaß zu beschränken.»

Das war sehr kurzsichtig und rächt sich jetzt. Und auch die «Unabhängigkeitsbewegung» des Herrn Tschombe, der bloß ein Strohmann der Union Minière und anderer «handfester Belgier» ist, wird auf weitere Sicht erfolglos bleiben, so starke Finanz- und Militärkräfte auch jetzt am Werk sind, um das «Selbstbestimmungsrecht» des Katanga — lies: die kapitalistischen Gewinne der dortigen Bergwerksunternehmungen — gegen die «herrenlosen Verbände» der zentralkongolesischen Streitkräfte zu verteidigen, «die sich bisher ausschließlich im Meutern bewährt haben» («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2882). Auf jeden Fall muß man dem kühnen Unternehmen, das die Vereinten Nationen begonnen haben, um die belgischen Truppen durch von der UNO aufgebotene Streitkräfte zu ersetzen und damit nicht nur den Sonderbündlern im Katanga ihren Rückhalt zu nehmen, sondern auch im ganzen übrigen Kongo halbwegs Ordnung zu schaffen — diesem Unternehmen muß man den größten Erfolg wünschen. Die Vorwürfe, mit denen der geduldige, von besten Absichten beseelte UNO-Generalsekretär Hammarskjöld jetzt von der Kongoregierung und von der Sowjetunion überschüttet wird, sind sehr ungerecht. Nur muß man sich darauf gefaßt machen, daß die UNO hier vor einer sehr langwierigen Aufgabe steht. Man spricht von mindestens fünf Jahren; manche rechnen sogar mit Jahrzehnten. Setzt sich die UNO hier durch, so hat sie Aussicht, zu einer Friedenskraft ersten Ranges in der Welt zu werden.

Die kubanische Revolution Neben dem Kongo ist gegenwärtig *Kuba* ein Hauptbrennpunkt der ungeheuren sozialen Umwälzung, die die unterentwickelten Völker dreier Erdteile erfaßt hat. Und wie in die kongolesische, so spielt auch in die kubanische Revolution der Gegensatz zwischen den beiden großen Machtblöcken des Westens und des Ostens bedrohlich stark herein, obschon sowohl der Kongo als Kuba entschlossen sind, sich von diesem Gegensatz fernzuhalten. Um so willkommener ist es, daß wir jetzt eine gründliche Darstellung der kubanischen Umwälzung haben, die uns ihr Wesen und ihre Hintergründe zuverlässig erschließt. Es ist ein Sonderheft der Neuyorker «Monthly Review» (Juli-August 1960), das zu einem richtigen Buch von 173 Seiten ausgewachsen ist und auf einer Studienreise der beiden Redaktoren *Leo Huberman* und *Dr. Paul Sweezy* beruht. («Cuba. Anatomy of a Revolution», auch in Buchform erschienen im Verlag der «Monthly Review», 66 Barrow Street, New York 14.) Als Ergänzung und zum Teil Richtigstellung dessen, was ich schon bisher über Kuba hier gesagt habe, seien die folgenden gedrängten Feststellungen geboten.

Was man vor allen Dingen wissen muß, das ist, daß die kubanische Revolution eine ausgesprochene *Landarbeiterrevolution* ist. Der landwirtschaftlich nutzbare Boden Kubas war bis vor ganz kurzem in verhältnismäßig wenigen Großbesitzerhänden zusammengeballt. Nach der letzten Zählung umfaßten 114 Güter, nicht einmal 0,1 Prozent der Gesamtzahl, über 20 Prozent allen Bodens; 8 Prozent Großgüter umfaßten über 71 Prozent des Bodens. Die kleinen Güter, das waren 39 Prozent aller Betriebe, nahmen nur 3,3 Prozent der Bodenfläche ein. Mehr als die Hälfte des bebauten Bodens von Kuba war von Zuckerrohrpflanzungen bedeckt; Tabak und Kaffee spielten eine geringere Rolle. Die Zuckerproduktion — meist in nordamerikanischem Besitz — beherrschte so weitgehend und einseitig Kubas Wirtschaft, daß dieses Land — eines der reichsten Ackerbaugebiete der Welt — sich nicht einmal selbst ernähren konnte!

Die Zuckerplantagen und Zuckerraffinerien beschäftigten im Jahr 1953 fast den vierten Teil (23 Prozent) aller im Lohnverhältnis stehenden Arbeitskräfte Kubas. Und zwar entfielen auf je einen Besitzer oder Pächter im Durchschnitt drei Landarbeiter, die meistens auf den Riesengütern beschäftigt waren. «Beschäftigt» — das heißt hier: sie hatten nur drei bis vier Monate im Jahr Arbeit und Verdienst, ist doch der Zuckerrohranbau ein ausgesprochenes Saisongewerbe. Die übrige Zeit des Jahres waren sie erwerbslos und führten ein Hunger- und Elendsdasein, vernachlässigt in jeder Weise, ohne irgendwie genügende Schulbildung (rund 30 Prozent der Kinder von sechs und mehr Jahren gingen im Jahr 1953 überhaupt nicht in die Schule und ebensoviel nur höchstens drei Jahre lang), in ganz mißlichen Wohnverhältnissen, allen Krankheiten und frühem Tod ausgesetzt. Auch

die katholische Kirche nahm sich dieser Proletarierbevölkerung so gut wie nicht an. Die industriellen und gewerblichen Arbeiter waren besser dran, lebten aber ebenfalls unter Bedingungen, wie wir sie uns so untermenschlich kaum richtig vorstellen können.

Das kubanische Proletariat und ganz besonders das Landproletariat war somit, objektiv gesehen, reif zur Revolution. Zusammen mit anderen Volksgruppen trug es denn auch die revolutionäre Bewegung zum Sieg, die das verfaulte kapitalistisch-feudalistische Regime Batista stürzte und am 1. Januar 1959 unter der Führung Fidel Castros das neue Regime aufrichtete. Die entscheidende Kraft der Bewegung war die revolutionäre *Armee*, die sich 1956 zuerst in der Sierra Maestra gebildet hatte. Es war in der Hauptsache eine Bauernarmee — «Bauern» im kubanischen Sinn genommen, also vorwiegend besitzlose Landarbeiter. Drei Viertel bis vier Fünftel der Soldaten waren Bauern; geringer war natürlich der bäuerliche Anteil bei den Offizieren, die aber ebenfalls mehrheitlich der Landbevölkerung entstammten, bis in die höchsten Ränge. (Der oberste Grad in der Revolutionsarmee ist Comandante, unserem Major entsprechend.) Die Tatsache, daß die neue kubanische Armee echt revolutionären, und zwar agrarrevolutionären, Charakter trägt, unterscheidet sie grundlegend von den Armeen, die sonst in Lateinamerika die Revolutionen machen und meist nur die Werkzeuge *einer* besitzbürgerlichen Gruppe oder Partei in ihrem Kampf gegen die andere, die jeweils an der Herrschaft befindliche, sind.

Der erklärte, unbestrittene Führer der kubanischen Revolutionsarmee und damit auch des neuen Regimes selber war und ist *Fidel Castro*. Selbst der Sohn eines ziemlich großen Grundbesitzers, hat er ein so intuitives Verständnis für die Bedürfnisse des einfachen Volkes und ein so leidenschaftliches Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und Freiheit, daß er, im Verein mit seiner wissenschaftlichen Schulung und seiner strategischen Begabung, ganz von selbst zum Haupt der Aufstandsbewegung wurde. Die Verfasser unseres Buches zögern nicht, Fidel Castro einen der genialsten Revolutionsführer aller Zeiten zu nennen. Er ist heute 34 Jahre alt. «Als er von den Bergen herabkam, um die Machtergreifung im ganzen Lande zu vollenden, bestand zwischen dem Führer und den Bauernoffizieren und -soldaten, die nach seinen eigenen Worten ‚die Blüte und das Herz' der Armee ausmachten, ein wahrhaft höchst bemerkenswertes Verhältnis von Solidarität, Vertrauen und Verständnis. Von dem, was seither in Kuba geschehen ist, kann man nichts richtig verstehen, wenn man diese grundlegende Tatsache aus den Augen verliert.»

Die große Reform Während des Bürgerkrieges war die Revolutionsarmee Regierung, Militärmacht und politische Partei in einem. Nach dem Sieg begann dann sofort der Umbau

des ganzen Wirtschafts- und Staatswesens in mehr oder weniger normalen Formen. Die Aufgabe war und ist gewaltig. Es geht um nichts Geringeres als um die Überwindung der Massenarmut, besonders auf dem Land, um eine gerechtere Verteilung der Güter dieses Lebens, um die Beseitigung des Hungerelends, um die Hebung der Volksgesundheit und der Volksbildung, um die Ermöglichung einer ausgeglichenen Volkswirtschaft, die nicht vom Gedeihen oder Verderben eines einzigen Produktionszweiges — der Zuckerindustrie — abhängt, aber auch um die Wiedergutmachung der Schäden, die das korrupte Regime Batista und der Bürgerkrieg verursacht haben. Konnten sich die «jungen, unerfahrenen Männer», die an der Spitze der Revolution standen, an diese Riesenaufgabe mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg wagen?

Sie konnten es. Sie hatten wohl keine Erfahrung in den verächtlichen Praktiken des alten Regimes, aber sie hatten eine brennende Leidenschaft für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Sauberkeit, waren offen für technischen Rat und Beistand aller Art, den sie suchten und erhielten, und entwickelten bald eine derartige eigene Meisterung der wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die die Revolution stellte, daß an *diesem* Problem das neue Regime auf keinen Fall scheitern wird. Im Mittelpunkt stand von allem Anfang an die *Landwirtschaftsreform*. Im Mai 1959 wurde das Agrargesetz in Kraft erklärt, das die Grundlage nicht nur für die Umgestaltung der Landwirtschaft, sondern für die Erneuerung und Gesundung der ganzen Volkswirtschaft bildet. Es ist keineswegs brutal-konfiskatorisch. Die Grundbesitzer dürfen bis tausend Acres (ungefähr unseren Jucharten entsprechend) weiterhin behalten, sofern sie ihren Betrieb selber leiten. Als Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie wird ein Gut von 66 Acres erklärt. Was über (normalerweise) tausend Acres hinausgeht, wird gegen Entschädigung (staatliche Schuldverschreibungen mit 20jähriger Laufzeit und 4½ Prozent Zins) enteignet und entweder ungeteilt landwirtschaftlichen Genossenschaften zugewiesen oder an Einzelbauern verteilt. Die Durchführung des Gesetzes liegt in den Händen des Nationalinstituts für die Landwirtschaftsreform (INRA), das außerordentlich große Vollmachten hat und, wie vorhin angedeutet, auch die Industrialisierung Kubas nach neuen Richtlinien leitet.

Das besondere Merkmal der kubanischen Agrarreform ist nun, daß über die Begrenzung und Enteignung des Großgrundbesitzes hinaus die INRA nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht hat, wenn immer möglich landwirtschaftliche Genossenschaften zu begründen. Das stellt einen eigentlichen Bruch mit den herkömmlichen Grundsätzen radikaler Bodenreform dar, war doch von der Französischen Revolution über die Landaufteilungsgesetze im zaristischen Rußland, in der jungen Sowjetunion und im übrigen Osteuropa bis zur chinesischen Revolution das Vorgehen so, daß zuerst das den Großgrund-

besitzern weggenommene Land an die Masse der Kleinbauern und Pächter verteilt wurde, worauf später landwirtschaftliche Genossenschaften einfachen Stils folgten, die dann mehr oder weniger schnell und gewaltsam in solche mit völligem Gemeineigentum und gemeinsamer Bodennutzung umgewandelt wurden. Auch in Kuba erwog man anfänglich diesen Weg. Wenn er dann doch nicht eingeschlagen, vielmehr vom Großgrundbesitz unmittelbar und sofort zu vollkollektivierten Genossenschaften übergegangen wurde, so ist das vor allem Fidel Castro zu verdanken, der — wie sich zeigte mit Recht — überzeugt war, daß die kubanischen Bauern und Landarbeiter für diese Form des Landwirtschaftsbetriebes bereits reif waren. Ganz bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß die Verfasser unseres Buches einmal eine Gruppe von Genossenschaftsbauern fragten, ob sie denn nicht lieber eigenen Grund und Boden hätten, aber zunächst von den Männern einfach nicht verstanden wurden. Als diese schließlich begriffen, sagten sie, daß ihnen privater Landbesitz gleichgültig sei, daß sie vielmehr vor allem bessere Wohnungen, mehr Schulen und ständige Arbeit wollten. Fidel Castros Entscheidung für die Vollgenossenschaften stellt wirklich einen Wendepunkt in der kubanischen Revolution dar, wie Huberman und Sweezy bemerken. Und soviel man bisher überhaupt sehen könne, habe die Landwirtschaftspolitik des neuen Regimes der kubanischen Landbevölkerung einen gewaltigen Fortschritt wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art ermöglicht. «Wenn man sagt, die Genossenschaften seien ein Erfolg, so ist das mild, aber ungenügend ausgedrückt. Wahrheit ist, daß es wahrscheinlich nie eine große gesellschaftliche Reform in irgendeinem Land und zu irgendeiner Zeit gegeben hat, die begeisterter aufgenommen worden wäre oder schönere Früchte getragen hätte als die Landwirtschaftsreform in Kuba.»

Kommunismus! Die Industriereform geht naturgemäß viel langsamer vor sich, zumal die Schaffung neuer Industrien. Bisher bestand die Tätigkeit des neuen Regimes vor allem in der Nationalisierung der bereits vorhandenen Industrien, die größtenteils in nordamerikanischen Händen waren. Das hat begreiflicherweise in den Vereinigten Staaten sehr böses Blut gemacht und dazu geführt, daß Kuba jetzt als dem Kommunismus verfallen erklärt wird und mit Hilfe der Organisation der Staaten des amerikanischen Kontinents in Acht und Bann getan worden ist. Aber deswegen ist Kuba noch lange kein kommunistischer Brückenkopf auf der westlichen Halbkugel, auch wenn es notgedrungen bei der Sowjetunion und bei China wirtschaftliche und vielleicht politische Unterstützung suchen muß. Tatsache bleibt, daß, wie Huberman und Sweezy feststellen, in Kuba «zum erstenmal eine echte sozialistische Revolution von *Nichtkommunisten* gemacht wurde». Die Abstempelung des neuen Kuba als ver-

rucht kommunistisch hat ja auch nur den Zweck, eine gegenrevolutionäre Bewegung zu rechtfertigen, die die alten schönen Zustände in dem fruchtbaren Inselland wiederherstellen soll. Das ist allerdings nicht so einfach. Das revolutionäre Regime ist im kubanischen Volke selbst schon viel zu stark verankert, und, wie vor sechs Jahren gegen Guatemala, eine gegenrevolutionäre Söldnertruppe von einem Nachbarstaat aus gegen Kuba auf die Beine zu bringen, verspricht von vornherein keinen Erfolg. Ein offenes militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten selbst aber wäre psychologisch und internationalpolitisch ein derart gewagtes Abenteuer, daß man davor in Washington mindestens während des Präsidentschaftswahlkampfes zurückschreckt.

Die nordamerikanische Politik hat kürzlich ohnehin einen empfindlichen außenpolitischen Rückschlag in *Laos* erlitten, dem indochinesischen Königreich, das entgegen dem Volkswillen, wie er bei den Wahlen von 1957 zum Ausdruck kam, und entgegen dem Genfer Vertrag von 1954 über die Beendigung des Krieges in Indochina durch einen militärischen Staatsstreich ein richtiggehender Satellit und Kostgänger der Vereinigten Staaten geworden war, jetzt aber nach einer neuen Militärrevolte seine Neutralität gegenüber beiden Machtblöcken erklärt hat. Und auch das neue Regime in *Südkorea* scheint sich von Amerika zu entfernen und eine neutralistische Linie — mit Annäherung auch an China — einschlagen zu wollen. Kann sich da die Regierung Eisenhower auch noch einem Mißerfolg in Kuba aussetzen? Es ist schwer zu glauben. Die kubanische Revolution dürfte so Zeit gewinnen, um sich mehr und mehr zu befestigen und in den lateinamerikanischen Ländern allmählich derartige Sympathien zu erlangen, daß ein Gewaltstreich gegen sie immer aussichtsloser wird. Sie ist wirklich, wie die Verfasser des von uns benützten Buches feststellen, «eines der großen geschichtlichen und prophetischen Ereignisse unserer Zeit», und ihre Ausstrahlungen werden sich gewiß auch in der großen Weltpolitik mehr und mehr bemerkbar machen.

2. September *Hugo Kramer*

Folge mir nach!

Und da Jesus von dannen ging, sah er einen Menschen am Zoll sitzen, der hieß Matthäus; und sprach zu ihm: Folge mir! Und er stand auf und folgte ihm. Und es begab sich, da er zu Tisch saß im Hause, siehe, da kamen viele Zöllner und Sünder und saßen zu Tische mit Jesu und seinen Jüngern. Da das die Pharisäer sahen, sprachen sie zu seinen Jüngern: Warum ißt euer Meister mit den Zöllnern und Sündern? Da das Jesus hörte, sprach er zu ihnen: Die Starken bedürfen des Arztes nicht, sondern die Kranken. Gehet aber hin und lernet, was das sei: «Ich habe Wohlgefallen an Barmherzigkeit und nicht am Opfer.» Ich bin gekommen, die Sünder zur Buße zu rufen und nicht die Gerechten. Matth. 9, 9–13.

Wenn wir auch heute noch den Herrn Jesum als den ansehn, in welchem der Keim liegt zu einer rechten Entwicklung der Menschen, des Menschengeschlechts, dann werden wir auch sagen müssen: Niemand außer ihm in der ganzen Weltgeschichte hat den Menschen so gewürdigt wie der Herr Jesus. Aber dann fragen wir: Wie folgen wir heute diesem Jesus nach? wie werden wir seine Jünger in dem Sinn, daß wir auch etwas dazu beitragen dürfen, in der Entwicklung der Menschen das Hohe zu erreichen, das wir doch gern erreichen möchten? Und nun kommt die Schwierigkeit: ein anderer macht große Sprüche, so ein Sokrates, ein Plato, ein Aristoteles und dann später die Kirchenlehrer, die Päpste — alle, die Parteien gegründet haben und wie wir sagen, historisch geworden sind mit gewissen Grundsätzen —, von dem allem sieht man bei Jesus nichts. Man sieht bloß ein anderes *Leben*, und aus diesem anderen Leben heraus muß man die Schlüsse ziehen, wie man ihm nachfolgen kann bis auf den heutigen Tag. Lernet alle Dogmatik der Welt auswendig, lernet alle Bibelsprüche auswendig, und wenn ihr unter die geehrtesten Christen gehören würdet, so fragt sich immer noch: Seid ihr Nachfolger Jesu Christi?

Um ein Nachfolger Jesu Christi zu werden, ist es wohl das erste, daß wir eine hohe Meinung von ihm haben — natürlich nicht so, wie es zur Gewohnheit geworden ist, daß man ihn eben äußerlich einen Sohn Gottes nennt und ihn äußerlich verehrt mit allerlei Sitten und Gebräuchen; es muß wirklich innerlich empfunden werden, was er ist. Und das lernen wir, wenn wir sein Leben betrachten. Im Namen Gottes kommt alles aus ihm heraus. Aus Gott kommt heraus die große Wertschätzung der Menschen, ich möchte sagen, der Glaube an die Menschen. Glaube an Gott wird vorausgesetzt, aber der Glaube an die Menschen, daß jeder einzelne auch lernt, an sich zu glauben, daß er lernt, an andere zu glauben, das kommt aus der Persönlichkeit des Herrn Jesu heraus. Jesus ist wirklich ein Gottgeborener, er empfindet in sich selbst aus allen seinen Erfahrungen, auch aus den Erfahrungen, die er in der Niedrigkeit des menschlichen Wesens macht, daß er doch immer ein Kind Gottes bleibt. Und nun wagt er zu sagen: «So muß

es auch in den andern sein.» Wenn er den Sohn Gottes in sich fühlt, das Kind Gottes, das zum Hohen und Höchsten berufen ist und führen darf, dann sagt er nicht: «Ach, die übrigen Menschen, die um mich herum sind, das ist ein geringes Volk, wie kann ich mich mit denen einlassen!» Die Großen auf Erden, die schauen von hoch herunter auf die Kleinen, er aber anders, er denkt und glaubt und spricht es mit Zuversicht aus: «Was ich in mir fühle, das muß auch irgendwo in diesen zum Teil noch in ganz geringen geistigen Auffassungen Stehenden zu finden sein. Grade das Hohe, das ich in mir fühle, das mußt du, Mensch, auch irgendwo in dir haben, sonst könnte ich ja gar nicht sagen, ich sei der Bruder dieser Menschen, unter denen ich wandle, die mich plagen, die mich beschweren, die einen beständigen Druck auf mich legen, der mir oft fast den Atem nimmt, wenn ich dabei bleibe, sie zu mir zu rechnen.»

Seht, das ist bis auf den heutigen Tag das, was uns die höchste Hochachtung vor der Würde des Herrn Jesu geben kann, daß bis auf den heutigen Tag kein einziger Mensch denken darf: «Von Jesus, von dem Geist Gottes, der in Jesus ist, werde ich verachtet.» Kein einziges Menschenkind, und wenn es noch so übel dran ist, und wenn es noch so verkehrte Wege gegangen ist, daß es von den Menschen geringgeschätzt wird, kein einziges darf denken: «Der Geist Gottes, der in Jesus ist, verachtet mich.» Und das ist merkwürdig, man erfährt es tausendmal, selbst bei Ungläubigen, die nicht viel von Religion wissen wollen, sie denken doch, wenn sie auf Jesus kommen: «Der Geist, der in ihm ist, verachtet niemand.» Das ist das Große, ich glaube, das Innerlichste des Herrn Jesu, dem wir folgen lernen sollen.

Das Christentum und die Christen im allgemeinen folgen diesem Jesus nicht. Selbst manchen unsrer großen Lehrer gegenüber, denen wir zum Teil viel zu verdanken haben — wenn gewisse Menschen an Luther denken, so müssen sie sagen: «Mich würde er verachten.» Wenn gewisse Menschen an Calvin denken, so müssen sie denken: «Mich würde er gering achten.» Und nennet mir irgendeinen anderen, der groß geworden ist in der Geschichte der Kirche und des Christentums — eine ganze Menge Menschen müssen denken: «Mich würde er verachten», ja vielleicht: «Mich würde er verfolgen, mich würde er verdammen, vielleicht würde er mich töten lassen.» Es ist kein anmutiges Bild, das wir von der bisherigen Nachfolge Jesu Christi bekommen. Auch andere Leute, die in anderer Weise als in der kirchlichen Frömmigkeit Gründungen gemacht haben — kaum sehen sie einen andern, der nicht ganz so denkt wie sie, dann geben sie ihm ihre Geringschätzung zu verstehen. Und ich kenne liebe Leute in meiner Zeit, Leute, die ich zum Teil sehr hoch geschätzt habe, denen gegenüber ich gedacht habe, ich sei nicht wert mit ihnen zu sprechen, und doch — eins hat mich immer geplagt, sie verachten die andern: «Von denen will ich nichts, mit denen will ich nichts zu tun haben, die glau-

ben nicht, sie nehmen dies und jenes nicht an, sie haben andre Sitten, und davon will ich nichts.»

Ihr glaubet gar nicht, was das für eine Mühe für mich ist. Wir sollten immer denken wie Jesus: Was ich in mir Hohes und Wahres habe, das muß in andern auch irgendwo versteckt sein; und ich will recht behutsam sein, daß ich nicht durch Verachtung oder Härte oder Geringschätzung das Hohe kränke, das in andern noch nicht ganz geboren ist. «Glaube an die Menschen!» hat einmal mein Vater zu mir gesagt, als ich in großer Not an ihn schrieb, weil in jenen Tagen die freiere Christentumsrichtung, die man die ungläubige nannte, um mich herum tobte. «Wie soll ich mich benehmen», habe ich gefragt, «diesen ganz anders denkenden Menschen gegenüber?» Kurzerhand schrieb mir mein Vater: «Du sollst sie alle nehmen, wie du selber bist. Glaubst du, dann steckt auch in anderen ein Glaube; suchst du Gott, so sucht auch etwas in den andern Menschen Gott, ob du es siehst oder nicht.» — Der Herr Jesus sieht das, was in ihm selber ist, auch in den andern, wenn auch noch verborgen und wie im Keim; auf diesen Grundsatz stellt er sein ganzes Benehmen, so verkehrt er mit seinen Nebenmenschen, und das soll durchschlagen. Denn glaubet mir: Die Wahrheit siegt nie mit Worten; mit Predigten und schönen Worten kommt die Wahrheit Gottes nie auf; es siegt allein das Hohe von Gott, wenn es aus uns herauskommt, wie es aus dem Herrn Jesus herausgekommen ist, dieser Glaube an die Menschen. Das spürt der andere, der dir begegnet und denkt: «Der achtet mich; vielleicht weiß er, daß ich viel Törichtes getan habe, vielleicht tadelt er mich auch, aber weil er mich achtet, nehme ich auch seinen Tadel gern an.» Viele danken einem sogar, wenn man ihnen ihre Torheiten sagt; denn niemand kann sich auf den Rücken schauen. Jedermann kommt einmal in die Lage, daß ihm ein anderer etwas aufdecken muß, weil er nicht auf seinen Rücken sieht. Ich möchte sagen: Kein strafendes Wort wird dem übelgenommen, der uns achtet.

Nun denke man sich, welch hohe Stellung ein Jünger Jesu dadurch bekommt! Damit, daß wir andere Leute verachten, weil wir glauben, die Rechtgläubigen zu sein und die andern die Ungläubigen, weil wir glauben, die Gescheiten zu sein und die andern die Dummen, weil wir glauben, die Moralischen und die Gerechten zu sein und die andern die Unmoralischen und die Ungerechten, damit verderben wir unsre ganze Stellung, damit geben wir die Macht des Geistes Gottes aus unsern Händen und werden dann selbst geringgeschätzt. Also das erste ist, daß wir den Sinn des Herrn Jesu verstehen; und ich kann gar nicht aussprechen, welch eine gewaltige Hebekraft das werden kann, wenn der liebe Gott noch gibt, daß in dieser Richtung eine Wendung unter die echten Jünger Jesu kommt. Das ist der Punkt, der moralische Punkt, auf den ich warte. Ich warte nicht auf eine neue Lehre — wir

haben Lehren genug! Ich warte nicht auf ein neues Christentum —, alles, was ihr vielleicht augenblicklich denket, und was ihr für eine Weltanschauung habet, das ist ja alles veränderlich. Aber eines sollte unveränderlich werden in uns: diese Stimmung, daß wir andere nicht verachten können. Achtung vor den Menschen! — das möchte ich im Namen Gottes mit Feuer in die Herzen schreiben, daß sie es nie vergessen. Wie kann das Menschengeschlecht in Wärme zu Gott aufschauen, der «Vater» heißt, und der die Liebe ist, wenn die Vertreter des Glaubens andere verachten?

So ist Jesus, und so bleibt er nicht nur theoretisch — jetzt treibt es ihn mitten in die Gesellschaft hinein. Es ist ganz richtig, was der Apostel Paulus von ihm sagt: «Er entäußerte sich selbst.» Es war für ihn keine so leichte Sache, das, was er im Geist erkannt hatte, nun auch sofort in Praxis zu gestalten. Jetzt geht er direkt zu denen, die von den andern verachtet wurden. Der Ausdruck «Zöllner und Sünder» ist nicht in dem Sinn zu verstehen, als ob das schlechtere Leute wären als andere, sondern es waren Geringgeschätzte, die vielleicht freier als andre dachten, die deswegen nicht so geschätzt wurden im Tempel, die nicht mehr zu den Opfern zugelassen wurden, weil man sagte: «Das sind Freisinnige.» Es sind Leute, die nicht mehr in der guten Gesellschaft der Religiösen Geltung fanden. Schlechter waren sie nicht als andere, aber verkehrt natürlich auch, wie alle Menschen. Aber diese Verkehrten sind dem Herrn Jesus lieber als die Verkehrten, die im Stolz daherkommen.

Aber es war natürlich schwer und ist bis auf den heutigen Tag schwer, gerade da, wo der Ruhm und der Stolz und das Selbstgefühl der Zeit verächtlich hinschaut, da sein Leben verlaufen zu lassen. Der Herr Jesus gibt sich selbst in die Verachtung, aber dieses Hoheitsgefühl, mit dem er gerade dahin geht, wo die Weltgeschichte verächtlich hinschaut, dieses Bewußtsein: diese Kleinen, diese Verachteten hat Gott lieb — das soll auf uns einen tiefen Eindruck machen. Ich habe noch nichts so stark empfunden wie dieses Gottesrecht, daß man sich auch einmal mit denen verbinden darf, die verachtet sind, die Zöllner und Sünder heißen. Ich fühle das wie eine Gabe der Freiheit, der Hoheit, namentlich von dem Gesichtspunkt aus, daß Gott will, daß *allen* Menschen geholfen werde, daß die ganze Menschheit sich erhöhen lasse zu der von Gott gewollten Würde in seinem Licht. Das ist die größte Folge, die aus dem Geist Gottes in Jesus herauskommt. Etwas anderes als dieses Evangelium mußt du auch gar nie predigen. Predige einfach: Der Herr Jesus will dich gewürdigt wissen, der Herr Jesus will dich als Persönlichkeit in deiner gottgewollten Würde sehen, darum heraus aus der Schmach und der Schwäche, aus der Selbstverachtung, aus dem Gefühl, du könntest nichts, aus dem Gefühl, du habest es verderbt, es könne nimmer anders werden, aus dem Gefühl, es sei nichts mehr zu machen mit dir oder deinem Nächsten — heraus

aus allen diesen Schwachheiten in die Höhe, die es glaubt, daß auch das Verdorbene wiedergeboren werden kann! Es kann nur eine gewisse Partie in uns Menschen wirklich verderbt werden; etwas ist in jedem, das wird ewig nicht verdorben, das kann immer wieder zur Auferstehung kommen, auch aus aller Schwachheit und Sünde heraus, auch wenn unser Leib zugrunde gehen sollte — es bleibt ein stilles Kleinod, das härter ist als aller Druck, der von außen an unser Leben kommt. Es bleibt ein unverletzbares Kleinod in dir, und wenn du meinst, du müßtest in Übel und Schlechtigkeit zugrunde gehen — es bleibt in dir ein Kleinod, und das wird so gewiß, als Gott in Jesus war, auferstehn und dich selig machen. Das ist das Evangelium.

Wer nun mit einem ängstlichen Sinn kommt: «Nein, bei dem und jenem ist es verloren» — der ist kein Nachfolger Jesu. Den Glauben an Gott braucht man nicht, um andre Leute zu verdammen — das tun auch alle Heiden. Aber der Glaube, der in uns selbst in den schwersten Zeiten der Anfechtung sagen kann: «Es gibt etwas in mir, das geht nicht verloren, das darf auferstehen» — das ist das Zeugnis des Geistes Gottes in Jesus. Das ist der Glaube, mit dem wir Jesus nachfolgen müssen; das ist sein Glaube und das muß unser Glaube werden.

Und nun prüfe dich: Hast du diesen Glauben? — Geben wir die Zuversicht auf, daß etwas in uns und andern unverdorben bleibt, dann wankt für uns alles, dann wäre es besser, wir wären wie die Tierlein, die eben kommen und gehen. Wozu dann unser Verstand, alles hohe Sehnen und Glauben in unsern Herzen? — Das ist Christentum, daß man hinausschauen kann in die Zukunft als in eine Zeit der Wiedergeburt, des neuen Lebens — daß man sagen kann: «Es wird immer besser!» — daß man hoffen kann: Es fällt einmal ein Feuer vom Himmel, welches dieses Unverdorbene in den verdorbenen Menschen, diesen bleibenden Edelstein auch in den schmutzigen Menschen berührt und zu seiner Geltung bringt, daß die Leute sagen müssen: «Jetzt endlich ist die Zeit erfüllt, jetzt ist es nicht nur aus dem Geist Jesu Christi herausleuchtend, daß Gott niemand verachtet, jetzt ist es zur Tatsache geworden, jetzt bin ich ein neuer, ein wiedergeborener Mensch, jetzt darf ich jauchzen, jetzt bin ich ein wahrhaftiges Wesen, das wirklich sich freuen darf dessen, was es ist, und was es schaffen darf.»

So schauen wir uns aus dem Sinn Jesu heraus in eine große Zukunft für uns und für die Menschen; so kommt es bei uns zu der gewaltigen Hoffnung auf eine ganz neue Zeit, die immer mehr naht, zu der auch unsre Zeit beitragen muß in vieler Hinsicht. Es kommt zu der neuen Zeit, daß die Menschen nicht nur als Geringe und Sünder und Törichte noch gerettet, sondern daß sie zur Ehre Gottes erneut werden zu wirklich befreiten, seligen, erlösten Gotteskindern.

Christoph Blumhardt, aus «Gottes Reich kommt!»

Tibet im Weltgetümmel

Das geheimnisvolle Land im Herzen Asiens, lange abgeschlossen gegen die Außenwelt, ist heute in den Strudel der Weltumwälzung hineingerissen. Grund genug für unsere Zeitschrift, frühere Berichte zu ergänzen und die laufenden Entwicklungen so gewissenhaft wie möglich zu beleuchten.

In unserem Jahrhundert sind eine Anzahl von Büchern über Tibet erschienen von Forschern, die sich mit unbeugsamem Mut, allen Gefahren durch Menschen und Natur trotzend, auf den wenigen Zugangsstraßen in das grandiose, unwirtliche Bergland einschlichen, um ihren Zeitgenossen Kunde über Land und Leute zu bringen. Einer der ersten unter ihnen, der schwedische Asienforscher Sven Hedin, leistete unschätzbare Dienste dadurch, daß er die ersten Landkarten zeichnete und dazu seine Bücher durch Bleistiftskizzen illustrierte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erschienen andere, nicht weniger fesselnde Bücher von englischen und amerikanischen Forschern, durch Schwarzweiß- und Farbphotographien illustriert, deren Reinheit der Forschung aber durch politische Untertöne getrübt ist. Da ist zum Beispiel das fesselnde Buch des jungen Kanadiers Amaury de Riencourt: «Tibet, das Dach der Welt, der Schlüssel zu Asien», dem ich folgende Abschiedsgedanken entnehme: «Zum letzten Mal stand ich auf dem Nathu-La-Paß, und meine Gedanken schweiften über das Dach der Welt, über dieses märchenhafte, verbotene Land, Ehrfurcht erweckend durch die feierliche Majestät seiner Wolkenmeere und schneegekrönten Gipfel ... Es war ein eigenartiges Gefühl, daß es *mir* vergönnt war, dieses am wenigsten bekannte Land der Welt gesehen zu haben ... Zwischen der zyklopischen Kette des Himalajagebirges und den Kunlun-Bergen überragt Tibet nach allen Seiten die drei bevölkertsten Länder der Erde: China mit 500 Millionen, Indien mit 400 Millionen und die Sowjetrepublik mit 200 Millionen ... Es ging mir auf, welche gewaltige strategische Bedeutung dieses ‚Dach der Welt' besitzt. Jede Großmacht mit Luftstützpunkt auf der Chang-Tong-Hochebene hätte die Kontrolle über das Herz Asiens ... Im Hinblick auf die kommunistische Infiltration Tibets ist mir die politische Gleichgültigkeit der Westmächte unbegreiflich, wenn ich an die heutigen Möglichkeiten der Luftwaffe denke». Der Verfasser, der diese Tibetreise im Jahre 1947 machte, da Mao Tsetungs Sieg über die japanischen Usurpatoren und die unfähige Regierung Tschiang Kai-scheks täglich anwuchs, schreibt in der Einführung zu seinem Buche: «Vor allem habe ich dem Intelligence-Digest von London und Neuyork zu danken dafür, daß sie mich nach Mittelasien sandten aus der Weitsicht, daß der Schlüssel zu Asiens Zukunft auf dem Dach der Welt zu finden ist.» Spricht diese Feststellung nicht *gegen* die Gleichgültigkeit der Westmächte?

Während de Riencourts Schilderungen sich auf die Natur des Landes und das Leben der geistlichen und weltlichen Aristokratie konzentrieren, dagegen das Dasein der großen Mehrheit des kleinen Volkes kaum berühren, lernen wir mehr darüber aus dem Buche: «Jenseits des hohen Himalajas» des Forschers William O. Douglas, der gleichzeitig einer der Richter des Obersten Gerichtshofes in Washington ist. Seine langen Gerichtsferien hat er bisher zu Reisen in Asien benutzt aus sichtlichem Interesse an dem Leben der «unterentwickelten» Massen. Als charakteristisch für ihn erwähne ich eine kleine Episode aus dem Kapitel «Meine medizinische Praxis».

Unter seinem Gepäck, so erzählt er, befand sich natürlich auch eine gutausgestattete Reiseapotheke. Im Anblick des von Seuchen geplagten Landvolkes, das bei Krankheiten keine andere Hilfe hat als die Gebete des Lamas im Dorfkloster, behandelte er Kranke, die ihm begegneten. Das sprach sich herum, und er bekam Zulauf. Eines kühlen Tages näherte sich ihm ein Mann, der sich über starken Husten und Kopfweh beklagte. Er stellte hohes Fieber fest und bettete ihn in der Nähe eines offenen Feuers, gab ihm zwei Aspirinpillen und versprach, nach einer Stunde wieder nach ihm zu sehen. Er fand seinen zehnjährigen Sohn neben dem Kranken, seine Schläfen massierend. Auf die Frage nach dem Befinden seines Vaters, erwiderte der Knabe: «Die Welt ist böse. Sie sind reich, und wir sind arm. Vater muß von frühmorgens bis spätabends arbeiten und Mutter auch. Das ist ungerecht, daß Sie so reich sind und wir so arm.» Verdutzt drehte sich der hilfreiche Richter nach seinem Dolmetscher um: «Was soll das heißen?» «Kommunistische Verhetzung. Kommunistische Agenten machen sich an Kinder heran und lehren sie, aufreizende Fragen zu stellen.» Es ist verständlich, daß die Bemerkungen des Kleinen den Oberrichter erschreckten, und nur deshalb verwunderten, weil er bisher noch keine rebellische Stimmung unter den Massen bemerkt hatte, deren Elend ihm ans Herz ging. Im Kapitel «Die Kirche als Landherr» erzählt er, daß die Klöster zusammen mit den Adeligen so gut wie den ganzen bebaubaren Boden besitzen und ihre Knechte in strengster Leibeigenschaft halten. Die Dämonenlehre der tibetischen Ur-Religion, verbunden mit buddhistischen Lehren des Karma und der Reinkarnation ermöglichen durch Tibets zweckbewußte Weltabgeschlossenheit, im 20. Jahrhundert die Erhaltung eines Feudalsystems reinsten Wassers. Der Lama (Lama = weiser Lehrer) hält die Massen in Unwissenheit. Er ist Herr über die Geisterwelt, kann Rachegötter und Teufel herbeirufen und beschwören, ja, selbst Yama, den König der Hölle. Die Kinder hören von ihren Eltern, daß ihr elendes Dasein die Strafe für die Sünden eines vorangegangenen Lebens sei. Der Leibeigene gibt sein Letztes an den Früchten seiner Arbeit den Opferschalen des Klosters, um sich ein besseres Dasein im nächsten Leben zu verdienen, und glaubt ohne Zweifel und Groll an die furchterregenden Geschichten der Gebetsmühlen drehenden Mönche.

Anders die geistlichen und weltlichen Herren. Sie wissen, daß es mit dem Feudalismus aus ist, sobald unerwünschte Gedanken von außen eindringen. Daher ist ihnen das Vordringen des Kommunismus ein wahrer Alpdruck. Mr. Douglas will auch nichts von ihm wissen. Doch wieder und wieder belehrt er seine amerikanischen Landsleute, daß man ihn nicht durch Gewalt bekämpfen kann, sondern nur durch Besserung der Lage der unterdrückten Völkerschaften.

Eine andere Einstellung zum gleichen Problem offenbart das Buch des Asienreisenden Lowell Thomas junior: «Out of this World». (Der Titel des Buches scheint unübersetzbar zu sein.) Sein Vater, Lowell Thomas senior, der berühmte Rundfunknachrichter und Gestalter des Cinerama-Kinos, scheint gleiches Verdienst um das Buch zu haben wie sein Sohn. Beide machten zusammen im Jahre 1949 eine Reise nach Tibet und beschreiben in glühenden Farben, auch durch prachtvolle Farbphotos, Kunst und Natur des Landes, aber auch seine barbarischen, absurden Sitten und die elende Lebenshaltung der Massen.

Ich werde auf dieses Buch später zurückkommen und vorerst einen gedrängten Überblick über Geographie und Geschichte Tibets geben.

Die gesamte Bodenfläche Tibets erstreckt sich über 1,2 Millionen Quadratkilometer. Im Zentrum erhebt sich ein gewaltiges Plateau, teilweise bis zu einer Höhe von 18 000 Fuß über dem Meeresspiegel (3½ Fuß = 1 Meter), umlagert im Süden von der Himalajakette, im Norden von den Kunlunbergen. Im Südosten der Hochebene erstrecken sich fruchtbare Täler mit der Hauptstadt Lhasa und den nächstbedeutendsten Städten Shigatse und Gyantse. Begrenzt wird Tibet im Süden von Indien, Nepal, Bhutan und Burma, im Norden und Osten von den chinesischen Provinzen Singkiang, Chinghai und Yunnan, und im Westen ebenfalls von Indien, Kaschmir eingeschlossen. Den Gletschern Tibets entspringen die gewaltigen Ströme Indus und Brahmaputra. Nach dem letzten chinesischen Zensus hatte Tibet 1,2 Millionen Einwohner, also eine Person auf jeden Quadratkilometer. Zählt man die Tibeter hinzu, die angrenzende chinesische Provinzen zusammen mit zahllosen andern Rassen bewohnen, so kommt eine Gesamtzahl von etwa 4 Millionen heraus. Die Bevölkerung, rassisch den Mongolen verwandt, bildet jedoch eine Rasse für sich, was Sprache, Religion und Kultur betrifft. Sie zerfällt gesellschaftlich in drei Klassen: die hohe, mittlere und niedere Geistlichkeit mit etwa 150 000 Seelen, Adelige und wohlhabender Mittelstand etwa 50 000, Bauern und Hirten etwa 1 Million und mehr. Über alle herrscht das Religionssystem des Lamaismus, eine Verbindung vom Mahajana-Buddhismus Indiens mit Bon Po, der tibetischen Ur-Religion, deren schreckhafte Idole und Masken man in unsern Völkerkunde-Museen studieren kann. Hauptnahrungsmittel ist nicht wie in China der Reis, sondern die Gerste. In den Tälern mit relativ gemäßigter Temperatur gedeihen Gemüse und Früchte, Hornvieh und Hühner und Pferde, Esel und Maultiere. Das tibetische Wundertier ist der Yak, dem Büffel ähnlich, mit langhaarigem

Wollfell. Als Lasttier unübertrefflich, trägt er bis zu 300 Pfund über engste Bergpässe, an schwindelnden Abhängen sicher jonglierend, unberührt durch die dünne Luft höchster Höhen und durch Hitze- und Kälteextreme. Er ist der Hauptlieferant von Fleisch, Milch, Wolle und Leder. Grimmig ausschauend mit seinen langen, spitzen Hörnern, dient er geduldig auch als Reittier. Da religiöse Gesetze Räderfahrzeuge verbieten, bilden Yak-Karawanen das Transportmittel für den Warenaustausch an den Grenzen der Nachbarländer. Bergbau ist gleichfalls durch die Religion verboten. Man will die Geister der Tiefe nicht reizen. Daher gewinnen Tibeter vom noch unerforschten Reichtum des Bodens nur das leicht unter der Oberfläche zu erreichende Gold und Salz. Zur Beleuchtung benutzt man Yak-Butter als Brennstoff für Dochtlampen, als Feuerung Holz und getrockneten Yak-Dung.

Aus den Archiven der chinesischen Tang-Dynastie im 7. Jahrhundert n. Chr. stammt die erste geschichtlich-authentische Kunde von To Bo (heute Tibet). Nach dem Buche der Sachverständigen für chinesische Geschichte, Tsung-Lien Shen und Shen-Chi Liu: «Tibet and the Tibetans» (herausgegeben vom Far Eastern and Russian Institute der University of Washington, USA), brachte im 8. Jahrhundert eine chinesische Prinzessin, durch Heirat nach Tibet verpflanzt, dorthin die erste Kunde von der Lehre Gautama Buddhas. Erst im 13. Jahrhundert gewann diese Lehre allgemeine Verbreitung durch den chinesischen Kaiser Kublai Khan, einen Enkel des blutigen Eroberers Ghengis Khan. Er selbst war ein frommer Buddhist geworden und behandelte seine Untertanen menschlich.

Die Einführung des Christentums in den angelsächsischen und nordischen Ländern Europas brauchte lange Zeit, die uralten Götterlehren und heidnischen Gebräuche zu verdrängen. Der buddhistischen Lehre gelang es in Tibet bis heute nicht, Herr der alten Dämonenlehre zu werden und ihre grausamen Traditionen zu besänftigen. Skulptur und Malerei der Lamaklöster erreichten bei weitem nicht die Höhe der japanischen und chinesischen Kunst. Ihre Kulte haben possenhaften Charakter. Das stundenlange Drehen der Gebetsmühlen, die im Winde flatternden, auf Band gezogenen Zettel, die den Geistern Gebete übermitteln sollen, das tagelange Gongschlagen, Trommeln und Trompetenblasen der Mönche, um durch Lärm die Teufel zu besänftigen, scheinen schwer mit dem stillen, meditativen Charakter der buddhistischen Lehre zu harmonieren.

Vom Ende des 14. Jahrhunderts datiert die Lehre, daß die Seele eines Buddha nach dem Tode freiwillig auf das verdiente Nirvana verzichten kann, um in den Körper eines neugeborenen Knaben einzutreten, der durch Weisheit und Heiligkeit zum religiösen Herrscher bestimmt ist. Mit Hilfe von Orakelsprüchen, Zeichen und Wundern wird das Auffinden des heiligen Knaben, des Dalai Lama, ermöglicht. (Dalai = Ozean, Dalai Lama = Lehrer von unausschöpfbarer Weisheit.) Die Suche dauert oft mehrere Jahre, währenddessen der «Pan-

chen Lama» oder ein Regent die geistliche Regierung ausübt (Panchen = kostbar). Der gefundene Gott-Knabe wird nach Lhasa gebracht, wo er im Potala, dem königlichen Palast, aufwächst, sorgsam gepflegt und von ausgesuchten Lehrern unterrichtet wird. Bis zu seinem 18. Jahre regieren ein Regent und der Oberste Priester in seinem Namen. Tibet hat außerdem noch eine sekuläre Regierung, die aus dem Regenten und sechs Ministern besteht und die weltlichen Staatsgeschäfte besorgt. Der jetzige Dalai Lama, zurzeit als Flüchtling in Indien, wird von westlichen Besuchern als ein Jüngling von großem Wissensdurst, geistiger Aufgeschlossenheit und erstaunlichem Gedächtnis geschildert.

Seine Residenz, der Potalapalast, übt als Bauwerk auf Besucher einen überwältigenden Einfluß aus, nicht nur durch seine Größe. Er hat 13 Stockwerke und über 1000 Zimmer, zu denen sich ausseitig eine imposante Treppe emporschlängelt. Auf dieser schleppen Sklaven täglich das benötigte Wasser zu den Gemächern des Dalai Lamas, der den höchsten Stock bewohnt. In diesem Palast, wie in den tausenden von Klöstern, die wie aus den Felsen herauszuwachsen scheinen oder auf Felsenklippen hocken oder an Steilabhängen kleben — hat die tibetische Kunst Leistungen aufzuweisen —, finden die Besucher nicht nur Galaräume, sondern auch von Schmutz starrende dunkle Höhlen und von Butterlämpchen schwach beleuchtete Kapellen, in deren Opferschalen Ratten und Mäuse sich an den dargebrachten Gaben gütlich tun. Die Religion verbietet, sie zu töten. *Alice Herz*

(Fortsetzung folgt)

Erklärung von Linus Pauling

Der Konflikt, den Professor Linus Pauling mit dem USA-Senatsausschuß für interne Sicherheit hatte (siehe «Neue Wege» Juli/August 1960), sollte am 5. Oktober vor dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ausgetragen werden. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Wir veröffentlichen nachstehend die Erklärung, die Professor Linus Pauling nach seinem Verhör vom 12. Juli 1960 durch den Senatsausschuß abgab. Red.

Am Samstag, 18. Juni, sprach ich an der Jahresversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Willard Hotel, Washington, D. C., über die Notwendigkeit des Weltfriedens. Nach meinem Vortrag wurde mir eine behördliche Aufforderung übergeben, des Inhalts, ich solle am 20. Juni vor dem Internen Sicherheitsausschuß des USA-Senats erscheinen, um Aussagen zu machen «über kommunistische Teilnahme oder Unterstützung an der Propaganda-Kampagne gegen Nuklearversuche, wie auch andere kommunistische oder kommunistisch inspirierte (Communist Front) Tätigkeit, von der Sie Kenntnis haben mögen».

Als ich zur vorgeschriebenen Zeit mit meinem Anwalt, Mr. A. L. Wirin von Los Angeles, erschien, teilte man uns mit, daß das Verhör um einen Tag verschoben worden sei. Am selben Nachmittag schickte ich dem Präsidenten des Senats-Unterausschusses folgendes Telegramm:

«Die Aufforderung, in der Sie mir befehlen, vor Ihrem Unterausschuß zu erscheinen, um über die Kampagne gegen Nuklearversuche auszusagen, gab nicht bekannt, daß die Verhandlung geheim sei. Als ich heute morgen erschien, war ich überrascht zu erfahren, daß die Verhandlung, die Sie auf morgen vormittags 8 Uhr verschoben haben, eine Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse sein soll. Ich liebe diese Geheimhaltung nicht und ich wünsche meine Aussagen in aller Öffentlichkeit zu machen. Ich habe nichts mitzuteilen, das geheim gehalten werden muß, und ich bedarf nicht des Schutzes eines Geheimverhörs noch wünsche ich ihn. Übrigens stellen die Prozedurvorschriften Ihres Unterausschusses fest, daß alle Aussagen, die in Geheimsession gemacht werden, auch geheim gehalten werden, stellen es aber dem Unterausschuß anheim, beliebige Teile meiner Aussagen nach seiner Wahl für die Veröffentlichung frei zu geben; dies könnte sich offenbar höchst nachteilig für mich auswirken, indem eine bloße Auswahl von Teilen meiner Aussage die Bedeutung meiner ganzen Aussage verfälschen könnte. Nach Ihren Vorschriften habe ich weiter kein Recht auf eine Abschrift meiner Aussagen, es sei denn sie werden in öffentlicher Session gemacht und zu Protokoll gegeben. Ich bestehe aber darauf, eine Abschrift meiner Aussage ausgehändigt zu erhalten. Aus diesen Gründen ersuche ich Sie höflich, das Verhör, in welchem ich meine Aussage mache, öffentlich und nicht geheim durchzuführen.»

Der Unterausschuß erklärte sich damit einverstanden, das Verhör öffentlich abzuhalten. Es fand statt von 10.15 Uhr bis 11.50 Uhr vormittags und von 2.25 Uhr bis 3.15 Uhr nachmittags unter dem Datum des 21. Juni. Anwesend waren die Senatoren Dodd (als Präsident), Johnston, Keating und Cotton.

Fast alle Fragen, die man mir stellte, bezogen sich auf den Appell amerikanischer Wissenschafter und die Petition von 11 021 Wissenschaftern aus 49 Ländern an die Vereinten Nationen, die verlangt, daß ein internationales Abkommen betreffend Einstellung der Versuche mit Nuklearwaffen gemacht werde. Diese Petition hatte ich am 15. Mai 1957 geschrieben und sie am 15. Januar 1958 Mr. Dag Hammarskjöld übergeben. Ich bestätigte die Korrektheit einer Photokopie der Liste von 11 021 Wissenschaftern, die die Petition unterzeichnet hatten, wie sie im Hauptquartier der Vereinten Nationen in Neuyork hinterlegt ist. Ich beantwortete viele Fragen über die Petition und die Art, wie die Unterschriften gewonnen worden waren.

Der Kommunismus wurde während der Verhandlung nur ganz kurz erwähnt. Man zeigte mir einen Brief, datiert vom 22. Februar

1951, der meinen und den Namen von fünf anderen Männern in Schreibmaschinenschrift trug. Man fragte mich, ob ich die fünf Männer kenne und ob ich wisse, daß sie Kommunisten seien. Meine Antwort war, daß ich zwei von den Männern kenne und daß mir nicht bekannt sei, daß irgend einer von ihnen Kommunist sei. Der Brief hat gar keinen Bezug zur Nuklearversuchspetition.

Nachdem ich die Photokopie mit den 11 021 Namen der Unterzeichner der Petition an die Vereinten Nationen identifiziert hatte, wurde ich gefragt, ob ich bereit sei, dem Unterausschuß die Original-Unterschriften zu zeigen, worauf ich antwortete, ich sei dazu bereit. Man fragte mich ferner, ob ich willens sei, dem Unterausschuß die Namen der Wissenschafter bekanntzugeben, an die ich Abschriften der Petition geschickt hatte, mit der Bitte, daß sie sie unterzeichnen und andere Wissenschafter veranlassen, sie zu unterschreiben. Ich erwiderte, daß nach meiner Auffassung, der Empfänger eines Briefes keine Verantwortung trägt, daß die Verantwortung für die Auswahl der Leute, an die ich schrieb und Kopien der Petition schickte, meine Verantwortung sei, und daß ich mich bereit erkläre mitzuteilen, an wen ich der Petition wegen geschrieben habe. Hierauf stellte man mir die Frage, ob ich willens sei, dem Unterausschuß die Namen der Wissenschafter bekanntzugeben, die Kopien der Petition mit Unterschriften zurückgeschickt haben, wie auch die Anzahl der Unterschriften, die jede dieser Personen mir zugestellt hatte. Auf diese Frage antwortete ich wie folgt:

«Ich bin verantwortlich für meine Handlungen. Ich schrieb die Petition und ich schickte sie an diese Wissenschafter und bat sie, Unterschriften für sie zu sammeln. Ich wählte sogar die vielen Personen aus, an die Petitionen geschickt werden sollten. Ich glaube, daß mein Ruf und Beispiel viele jüngere Leute veranlaßt haben mag, auf diese Weise für den Frieden zu arbeiten. Mein Gewissen erlaubt mir nicht, mich selbst zu schützen, indem ich diese idealistischen und optimistischen Leute preisgebe, und ich werde es auch nicht tun. Aus Gewissensgründen und aus Treue meinen Prinzipien gegenüber und um der öffentlichen Moral willen habe ich mich entschlossen, der Forderung dieses Unterausschusses nicht nachzukommen.»

Mein Anwalt wies darauf hin, daß meine rechtliche Stellung auf die Erklärung gegründet werden kann, daß die Forderung des Unterausschusses nicht zur gesetzlich erlaubten Untersuchung durch den Unterausschuß gehört, und daß ein Eingehen auf diese Forderung meine Gewissensfreiheit, die Freiheit der Assoziation und Meinungs- und Redefreiheit, die durch den ersten Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten garantiert sind, verletzt würden.

Zur Erklärung meines Entschlusses fügte ich hinzu: «Das Sammeln von Unterschriften auf Petitionen ist ein wichtiger Bestandteil des demokratischen, politischen Lebens. Sollte es abgeschafft oder stark

gehindert werden, so wäre das für unsere Nation ein Abstieg, vielleicht auf eine Diktatur oder einen Polizeistaat hin.

Mir liegt das Schicksal unserer Nation, der Vereinigten Staaten von Amerika, sehr am Herzen, ebenso das Funktionieren der Schutzmaßnahmen, die in der Verfassung und «Bill of Rights» (Erklärung der Parlamentsrechte) verankert sind. Nun mag mir dieser Unterausschuß noch so viele Zusicherungen geben über die Verwendung der Namen von Leuten, die meine Petition zirkulieren ließen, ich bin überzeugt, daß diese Namen zu Repressalien verwendet würden, gerade gegen diese begeisterten, idealistischen, edelgesinnten Friedensfreunde, die noch auf das demokratische Verfahren vertrauen. Ich bin davon überzeugt, weil ich selbst die Epoche des McCarthy-Regimes durchgemacht und in einem gewissen Grade darunter gelitten habe, wenn ich mich auch nicht darüber auslassen will. Ich bin davon überzeugt, weil ich das Funktionieren des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen unamerikanische Tätigkeit und dieses Senatsausschusses für interne Sicherheit zu beobachten Gelegenheit hatte. Ich habe das Gefühl, daß, wenn diese Namen Ihrem Unterausschuß preisgegeben werden sollten, die Sache des Weltfriedens einen schweren Rückschlag erleiden würde. Unsere Nation steht heute in großer Gefahr, in größerer Gefahr als je. Die Gefahr kommt nicht vom Frieden oder von den Leuten, die für den Frieden arbeiten oder von Personen, die Petitionen zirkulieren lassen mit der Forderung nach internationalen Gesetzen und internationalen Abkommen. Die Gefahr kommt von den Vorräten an Kernwaffen, die in der Welt heute bestehen und die stark genug sind, die Welt zu zerstören. Sie haben weit mehr als nur die Fähigkeit, die ganzen Vereinigten Staaten zu zerstören und alle Amerikaner umzubringen und gleichzeitig ganz Sowjetrußland zu verwüsten und alle Russen umzubringen. Diese Gefahr, die Gefahr der Zerstörung durch einen Kernwaffenkrieg, würde noch weit größer als sie heute ist, wenn dem Kampf um den Frieden in der Welt, um Frieden und internationales Recht und internationale Abmachungen Hindernisse in den Weg gelegt würden.

Gegenwärtig werden bei uns in den Vereinigten Staaten hinterhältige und gefährliche Angriffe gegen unsere Regierung gemacht, insofern sie sich bemüht, internationale Abkommen über Einstellung der Nuklearversuche und Abrüstung herbeizuführen. Diese Angriffe erfolgen durch Vertreter der Rüstungsindustrien, die vom Kalten Krieg profitieren. Von einem Thomas G. Lanphier, Junior, zum Beispiel, der, wie die «New York Times» mitteilt, entweder aus seinem 60 000-Dollar-Job bei einer Firma von Raketenfabrikanten entlassen oder beurlaubt ist, um die Erklärung abgeben zu können, daß wir keine internationalen Abkommen treffen, wohl aber unser Verteidigungsbudget um 15 Milliarden Dollar erhöhen sollten, um uns auf den kommenden Krieg vorzubereiten. Zu diesem Angriff tragen auch unzuverlässige und betont an die Gefühle appellierende H-Bomben-Wissenschafter

wie ein Dr. Edward Teller bei, oder Leute wie Mr. Gerhardt D. Bleicken, Vizepräsident der John-Hancock-Versicherungsgesellschaft, und Mitglied des Akademieausschusses für Zivilschutz, der kürzlich in einem im Dezember 1959 veröffentlichten Artikel (Political Sciences Quarterly) erklärte, weder unsere Verteidigung noch unsere Sicherheit beruhten auf internationalen Abkommen; sie beruhen nach ihm nur auf der Erhöhung unserer Zerstörungskräfte und unserer Fähigkeit, der Welt unter Drohung eines Nuklearangriffs unseren Willen aufzuzwingen. Er sagt nicht gerade ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit und Moral, aber er sagt tatsächlich, daß wir der Welt unter Drohung eines Nuklearangriffs unseren Nationalwillen aufzwingen müssen.

Es sind sogar Reden im USA-Senat gehalten worden, in denen verlangt wurde, daß wir unsere Bemühungen um internationale Abkommen über die Kontrolle von Kernwaffen und Abrüstung aufgeben und uns anstatt dessen für unsere Sicherheit auf ein ständiges Übergewicht an großen Kernwaffen verlassen, das heißt, ein Übergewicht gegenüber der UdSSR.

Wenn nun zwei Völker, die UdSSR und die USA, Jahr für Jahr versuchen sollten, diese Politik des gegenseitigen Übertrumpfens an Zerstörungskräften durchzuführen, dann wären wir wahrlich dem Untergang geweiht, dann würde der Kernwaffenkrieg, der die Welt zerstören wird, mit Sicherheit eintreffen.

Ich bin der Überzeugung, daß der Kampf um Frieden, Moral und Gerechtigkeit auf der Welt heutzutage verstärkt werden muß, und ich habe mir vorgenommen, für den Frieden in der Welt und internationale Abkommen über Abrüstung zu tun was ich nur kann; immer natürlich in der Weise, daß solche Abkommen die Sicherheit der Vereinigten Staaten erhöhen, nicht vermindern, und daß sie Kontrolle und Inspektion einschließen.»

Meine Schlußerklärung lautete: «Darf ich nun eine Erklärung abgeben, die sich auf meine Vorladung vor diesen Unterausschuß und deren Wirkung auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten bezieht? Ich glaube, daß die Bemühungen, die ich seit 1945 gemacht habe, von einiger Bedeutung sind. Ein Teil meiner Bemühungen schloß in sich die Abfassung jenes Appells, der zur Petition an die Vereinten Nationen wurde. Zu meinen Bemühungen gehörte weiter, daß ich Briefe an Wissenschafter richtete und sie bat, Unterschriften für die Petition zu sammeln. Ferner gehörte dazu, daß ich den Appell an Präsident Eisenhower übergab und hernach die Petition an die Vereinten Nationen.

Wenn ich Ihrer Forderung nachkäme und Ihnen die Namen der Leute preisgäbe, die mir Begleitbriefe mit Namen und Unterschriften auf diesen Petitionen zukommen ließen, wäre es mir aus Gewissensgründen unmöglich, bei solchen Bemühungen weiter mitzuwirken, ich könnte eine ähnliche Petition nicht mehr schreiben, ebensowenig wie Briefe an andere Personen mit der Bitte um Unterschriften. Denn da-

durch würde ich sie meiner Überzeugung nach in eine Lage versetzen, die für sie voller Schwierigkeiten werden könnte. Die Unterzeichner der Petition, die ich verfaßte, sind bekannt. Sie haben die Namen, Sie können jeden beliebigen von ihnen vorladen und ihn fragen: ‚Sammelten Sie Unterschriften oder nicht?' oder ‚Wurden Sie irgendwie dazu gedrängt, wurde irgendwelcher Druck auf Sie ausgeübt, damit Sie unterzeichneten?' oder ihnen irgendwelche andere Fragen stellen, wie es Ihnen beliebt. Aber soviel ist sicher, und ich muß es wiederholen, wenn ich Ihrer Forderung nachkäme, müßte ich meine Arbeit aufgeben.»

Man befahl mir dann, am 9. August 1960 vor dem Unterausschuß zu erscheinen und alle Originalunterschriften auf der Petition vorzulegen, zusammen mit allen Begleitbriefen, in welchen oder im Zusammenhang mit welchen solche Unterschriften mir zugestellt oder von mir empfangen worden waren.

Ich teilte der Presse mit, daß ich dem zweiten Teil dieses Befehls aus Gründen, die ich im Verhör angegeben habe, nicht nachkommen würde.

Das Datum des zweiten Verhörs ist vom 9. August soeben auf den 15. September verschoben worden. *Linus Pauling*

Lehrfreiheit in Deutschland?

(Schluß)

«Andere Zeitung», Nr. 62/1960:

. . . Als Herr Kultusminister Schütz vor mehr als einem halben Jahr vom Dozentenkollegium der Pädagogischen Akademie in Wuppertal tatsächlich um Schutz für die in ungehöriger Weise angegriffene Professorin angegangen wurde, ließ er nichts von sich hören. Der sonst recht tatkräftige Mann ließ sich viel Zeit zum Nachdenken. Das Ergebnis war statt eines Schutzes die Degradierung der Vertrauensdozentin zahlreicher Kommilitonen an der Pädagogischen Akademie. Und das einen Tag vor den Ferien und vor Beginn der Prüfungen . . .

Dabei hat Herr Schütz Beispiele dafür erbracht, daß er sehr wohl ein Förderer und Beschützer sein kann. So verwendete er sich im Jahre 1941 für einen gewissen Anwaltsassessor *Erik Fuchs*, der vom 16. September 1937 bis zum 1. Juni 1940 in seiner Rechtsanwaltspraxis tätig war. Der damalige Rechtsanwalt Werner Schütz schrieb über seinen Schützling Fuchs:

«Anwaltsassessor Fuchs war, wie mir bekannt ist, schon lange vor dem Beginn seiner Beschäftigung bei mir Mitglied der NSDAP und SA. Ich habe mich mit ihm vielfach über nationale und politische Fra-

gen unterhalten und hierbei festgestellt, daß seine Einstellung zu Führer, Volk und Staat eine besonders positive und in jeder Beziehung einwandfreie ist. Für die Persönlichkeit und das Werk des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zeigte Anwaltsassessor Fuchs eine uneingeschränkte Bewunderung; an dem SA-Dienst nahm er mit großer Freude teil und erbat und erhielt von mir hierzu die nötige Beurlaubung . . .

Ich halte, wie ich abschließend bemerke, Anwaltsassessor Fuchs für in besonderem Maße geeignet, den Beruf eines Rechtsanwalts auszufüllen und befürworte deswegen seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf das wärmste.»

Herr Schütz konnte schützen. Und drohen konnte er auch.

Als Rechtsvertreter eines Solinger Fabrikanten schrieb Rechtsanwalt Schütz im Jahre 1943 einen Brief an einen Herrmann W. in Solingen-Wald, in dem es unter anderem heißt:

«Wie zwischenzeitlich gerüchtlich bekannt und erst jüngst festgestellt wurde, hat Ihr Sohn Ernst im Jahre 1935 die Ehe mit einer Volljüdin geschlossen, so daß Sie selbst über Ihren Sohn jüdisch versippt sind. Diese Tatsache haben Sie gegen Treu und Glauben sowohl bei der Umwandlung der GmbH wie auch bei dem Abschluß der späteren Verträge, die sogar eine Rechtsnachfolge dieses Sohnes in Ihre Rechte vorsehen, wie auch bis in die Gegenwart hinein, arglistig verschwiegen. Hiermit haben Sie meine Auftraggeber getäuscht, die niemals mit einem jüdisch Versippten einen Gesellschaftsvertrag eingegangen oder sogar die Mitinhaberschaft des Gatten einer Volljüdin in Aussicht genommen haben würden . . .»

Und weiter: «Da ich annehmen muß, daß Sie eine schiedlich, friedliche Auseinandersetzung einer gerichtlichen sowohl in Ihrem eigenen Interesse als auch in dem Ihrer Angehörigen vorziehen, stehe ich mit meinen Auftraggebern zu einer Besprechung zur Verfügung . . . Heil Hitler!»

Dieses Dokument aus der Vergangenheit des Herrn CDU-Kultusministers, der es sich angelegen sein ließ, die mutige Kriegsdienstgegnerin Riemeck durch eine Degradierung zu «schützen», ist erhalten.

Als Nachfolger für Frau Professor Renate Riemeck hat Herr Kultusminister Schütz nun einen gewissen Herrn Dr. *Klein* aus Bad Godesberg ins Prüfungsamt berufen. Er soll sich vor zwei Jahren selbst einmal als Mitarbeiter des Generals *Gehlen* bezeichnet haben. Herr Schütz will von diesen Dingen nichts wissen. Aber wenn sie nun den Tatsachen entsprechen, so wurde er in Düsseldorf auf der besagten Pressekonferenz befragt, was dann? Der Minister ersparte sich auf diese präzise Frage eine klare Antwort. Hier handelt es sich offenbar um einen Mann, der sich wirklich auf seine Förderung und seinen Schutz verlassen kann.

Bemerkungen zu einem Film

Der Film «Mein Kampf», der vom schwedischen Journalisten Erwin Leiser auf Grund authentischer Aufnahmen zusammengestellt wurde, hat in der Schweiz, soweit sich die Rechtskreise damit befassen, eine gute Presse. So schreibt, zum Beispiel, die «NZZ» vom 28. September (Nr. 3297) unter dem Titel:

Ein Film, der die Gewissen wachhält:

«Die Menschen vergessen schnell. Nur 15 Jahre sind verflossen, seit das gewissenlose Morden der SS-Schergen aufgehört hat. Die Erinnerung an das Dritte Reich beginnt zu verblassen. Die heranwachsende Generation hat nur noch vage Vorstellungen von dem, was einst geschah. Ein Film wie ‚Mein Kampf' erfüllt die Aufgabe, die Gewissen wachzuhalten und daran zu erinnern, daß der Kampf gegen die Entfesselung des Bösen weitergeht. *Das Dritte Reich ist zwar in Blut und Trümmern untergegangen. Der Totalitarismus aber lebt weiter. Er hat heute ein anderes Gesicht und andere Parolen, seine Konsequenzen sind jedoch die gleichen wie beim Nationalsozialismus . . .*»

Man sieht, wo der Filmkritiker der «NZZ» hinauswill. Was wir jedoch wissen wollen, ist dies: Erfüllt der Film wirklich die Aufgabe, die ihm gestellt ist? Unseres Erachtens durchaus nicht. Wir werden wohl Zeugen der ungeheuerlichen Schandtaten und Verbrechen des Nazismus und der äußeren Niederlage des Dritten Reiches. Doch damit ist für den Filmrezensenten das Kapital der Weltgeschichte, das sich «Nazismus» nennt, abgeschlossen. Aber zu behaupten, es gehöre der Vergangenheit an, heißt uns blind und taub machen wollen für die politische Entwicklung, die in Deutschland schon wieder so drohende Gestalt angenommen hat. Es mag Ende der vierziger Jahre Ansätze gegeben haben, die nazistische Vergangenheit wirklich zu «bewältigen», erklärte doch Adenauer am 24. März 1946: «Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muß ganz und gar oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel.»

Diese Erkenntnis, die in den Worten des führenden deutschen Politikers zum Ausdruck kam, hätte an den Schluß des Films gehört. Sie wäre geeignet gewesen, den Kontrast seiner Forderungen mit der

neuen deutschen Wirklichkeit aufzuzeigen. Wie diese Wirklichkeit aussieht, erfährt man, wenn auch nur bruchstückweise, selbst aus unserer die Entwicklung in Deutschland verharmlosenden Presse.

«Die Chefbuchhalter des Todes buchen wieder», lautet der Titel eines Vortrages, den Siegfried Einstein am 23. September 1960 vor der Internationale der Kriegsdienstgegner und der Verfolgten des Naziregimes hielt («Andere Zeitung», Hamburg, 4. September Ausgabe). Seine Worte sind ein erschütterndes Zeugnis nicht allein der Verbrechen des Dritten Reiches, sondern mehr noch der kriminellen Ahnungslosigkeit des deutschen Volkes und des europäischen Westens der Gegenwart. «Es darf niemals mehr geschehen», lauteten die Schlußworte des Filmes. Was aber, wenn vor unseren Augen geschieht, was unfehlbar zu einer neuen Katastrophe führen muß? «Die Chefbuchhalter des Todes buchen wieder» bedeutet nichts anderes, als daß von neuem die Früchte deutschen Fleißes, des deutschen «Wirtschaftswunders» in Kriegsrüstungen gesteckt werden, daß Deutschland in Kürze «die stärkste NATO-Macht» sein wird, mit allem, was dies bedeutet. Als Begleiterscheinung geht damit Hand in Hand die Rehabilitierung vieler durch Kriegsverbrechen belasteter militärischer Führer, die heute frohlockend feststellen, daß sie ihr Kriegsvergehen, das noch vor zwei, drei Jahren als schweres Verbrechen gebrandmarkt wurde, heute als «harte, aber gerechte Maßnahme» zu bezeichnen wagen dürfen. Auch wenn einen Eichmann, ganz ohne Zutun, wenn nicht gegen den Willen der Adenauer-Regierung, sein Schicksal erreicht, so dürfen wir, wie Siegfried Einstein sagt, über dieser Ausnahme nicht der zahllosen Eichmänner vergessen, die sich in Bundesdeutschland allgemeiner Wertschätzung erfreuen. In ihren Forderungen benachteiligt und verfolgt werden in jenem schönen Land nicht die Henker und Folterer, sondern ihre Opfer, die zufällig nicht vergasten oder gehenkten ehemaligen Insassen der Konzentrationslager. Man muß sehen, wie mühselig und erbittert sie um ihre Wiedergutmachungsansprüche zu kämpfen haben und wie generös anderseits Millionen und aber Millionen in Pensionen an ehemalige Nazigrößen und ihren Anhang zugestanden werden. Vorkommnisse dieser Art sind ohne enge Interessenverflechtung der Nutznießer des Dritten Reiches mit der heute regierenden Partei gar nicht denkbar.

Und die Kirche — oder die Kirchen? Wir nahmen schon früher Anlaß, die Anfälligkeit des Luthertums für die Lockungen des Obrigkeitsstaates strenger Observanz zu beleuchten. Viel zu wenig bekannt ist anderseits der hintergründige, aber nichtsdestoweniger entscheidende Einfluß der katholischen Kirche auf die Entwicklung der europäischen Faschismen. Sie wären ohne die Direktiven eines Pius XII. gar nicht denkbar. Als bloße Andeutung dieses Einflusses mag hier erwähnt werden, daß Bundespressechef von Eckardt erst kürzlich Dr. Globke, «der rechten Hand Adenauers», attestierte, er habe sein Amt bei Hit-

ler (als Kommentator und Bearbeiter der Nürnberger Judengesetze) im Auftrage der katholischen Kirche ausgeübt.

Die fieberhafte Aufrüstung der Bundesrepublik, die Anschaffung der ausgesprochenen Angriffswaffe, Polarisrakete, die bereits in Aussicht gestellt ist — die ständigen Forderungen des Offizierskorps nach noch vollkommeneren Waffen, wie die Äußerungen des Wehrministers und präsumptiven Nachfolgers im Kanzleramt Franz Josef Strauß — alle diese Indizien und viele mehr lassen keinen anderen Schluß zu, als daß die deutschen Militaristen und ihre Hintermänner entschlossen sind, alles auf eine Karte zu setzen. Unter der Devise: «Verteidigung gegen den Kommunismus» und mit der stärksten Militärmacht des Westens im Rücken muß es ja diesmal gelingen. Noch hat die Bundesregierung nicht alle Machtmittel in den Händen, die Hitler, dem früheren «Verteidiger gegen den Kommunismus», zur Verfügung standen. Wenn nicht alles täuscht, wird das Notstandsgesetz, das noch diesen Herbst dem Bundestag unterbreitet und ohne Zweifel mit einigen belanglosen Abänderungen angenommen wird, das Instrument sein, das die «Einigung» für die Ziele der Regierung ermöglicht. Es kommt, wie Kenner der Materie feststellen, in seiner Wirkung dem Ermächtigungsgesetz Hitlers vom 24. März 1933 gleich!

Daß die Regierung Adenauers nicht den Frieden will, steht für uns fest, trotz den Beteuerungen des Kanzlers. Die einst Deutschlands Absinken in den Wahnsinn der Hitlerzeit an Leib und Seele erlitten, haben sicher kein schlechtes Sensorium für kommendes Unheil. Und wenn Siegfried Einstein an seine Schicksalsgefährten appelliert, so spürt jeder nicht geflissentlich Taube, daß seine Worte keine Rhetorik sind. «Wir, die Überlebenden von Dachau und Buchenwald, die Überlebenden von Auschwitz und Theresienstadt, die Überlebenden der Emigration, müssen zusammenstehen und dem rasenden Kriegsfahrzeug in die Speichen greifen — mag das noch so gefahrvoll sein» — denn «die Chefbuchhalter des Todes buchen wieder.» *Red.*

Lateinamerika — eine große Hoffnung

Professor *L. L. Matthias*, der Verfasser des ausgezeichneten Buches «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953», ist auch ein guter Kenner der mittel- und südamerikanischen Länder. In der Hamburger «Neuen Politik» (24. September) bekennt er, daß er schon vor Jahrzehnten, als er zum ersten Mal nach Kuba und Mexiko kam, die Überzeugung gewann, «daß nur in der lateinischen Welt des amerikanischen Kontinents die Quellen sprudeln, die die Hoffnung am Leben erhalten.» «Wenn ich», so schreibt er, «all jenen Nonsens zusammentragen könnte, den ich in meinem Leben über Lateinamerika gehört und ge-

lesen habe, so würde der Himalaja erröten. Es ist erst wenige Jahre her, daß jemand, der in der Bundesrepublik allzu bekannt ist, die Ergebnisse seiner Reise durch Südamerika (die er — wie man mir später erzählte — mit einem Monokel im Auge gemacht hat) in die Worte zusammenfaßte: ‚Man hat den Eindruck, eine Bühne zu betreten, auf der die Lichter schon erloschen sind.' Man könne das Phänomen nur als ‚Entweltung' bezeichnen. Wir haben jahrzehntelang das gleiche gestelzte Geschwätz über China gehört. Vielleicht hätte dieser Herr die Welt, durch die er gereist ist, besser sehen können, wenn er sein Monokel zu Hause gelassen hätte.

. . . Ich habe in meiner Jugend geglaubt, daß nichts leichter sei, als anderen Leuten den Unterschied zwischen Quellwasser und Abwässern klarzumachen. Ich glaubte, es gehöre dazu nicht viel mehr als eine gute Nase. Aber ich habe mich geirrt. Man säuft den Unrat und geht an den Quellen vorüber. Man bestaunt eine Nation, deren sportliche Rekorde durch die Neger gewonnen werden (wie die Amerikaner), aber glaubt sich berechtigt, die Nase über Lateinamerikaner zu rümpfen, die als einzige christliche Nation in der gesamten modernen Geschichte den gefährlichen und unsagbar schweren Prozeß einer Rassenmischung mit Erfolg zum guten Ende geführt hat. Wo in unserer aufgeblasenen, wackelnden Welt ist man auf diesem Wege auch nur zwei Schritte weitergekommen? In den Vereinigten Staaten etwa oder in Südafrika? Wie kann man den Anspruch auf die Führung der Welt erheben, wenn man noch nicht einmal imstande ist, dieses Grundproblem aller politischen Probleme unserer Zeit zu lösen? Wie kann man die Selbstgerechtigkeit besitzen, sich als Christ zu bezeichnen, wenn man nichts mehr mit dem Rahmen anzufangen weiß, der Christen einstmals zusammengehalten hat? Oder glaubt man, daß Neger, Iberer, Äthiopier, Armenier, Syrer, Griechen und Sklaven aller Länder sich einstmals zum Christentum bekehrt haben, weil ihnen nichts plausibler schien als der Begriff der Dreifaltigkeit? Sie haben sich bekehrt, weil ihnen das Christentum Brücken baute, um über den Graben zu kommen, der sie von ihren Mitmenschen trennte.

. . . Es schien mir nicht schwer, bereits 1921 zu der Überzeugung zu kommen, daß die Chancen Europas nicht in den Vereinigten Staaten, sondern in der lateinamerikanischen Welt liegen. Der Norden des amerikanischen Kontinents ist eine Karikatur seines Ursprungs. Es ist alles übertrieben, von den Wolkenkratzern bis zu den Wagen und der Aufmachung der Gesichter. Es war das schon immer so. Als *de Quincey* vor hundert Jahren *Daniel Webster* in London traf, ließ er es sich nicht nehmen, zu ihm zu sagen: «Sir, so groß, wie Sie aussehen, kann ein Mensch gar nicht sein.» Amerika ist nicht Europa plus etwas mehr. Aber man findet das alte, vertraute Gesicht in den lateinamerikanischen Ländern wieder, in Mexiko, in Kuba, in Kolumbien, in Ekuador, Peru und selbst in solchen Duodez-Staaten wie Guatemala.

. . . Ich habe keinen Zweifel, daß wir am Vorabend einer Entwicklung stehen, die lang, vielleicht auch blutig werden mag, aber von seltener Größe sein wird. Kuba hat den Weg bereitet. Die anderen werden folgen.

Die Vereinigten Staaten werden gezwungen sein, zuzusehen. Sie werden im Parkett des Welttheaters auf schön gepolsterten Sesseln sitzen, air-conditioned, und werden es anfangs nicht glauben wollen, daß sich die Bühne, die die Welt ist, gedreht hat. Aber es wird der Augenblick kommen, in dem diese Drehung nicht mehr geleugnet werden kann, und das strahlende Licht im Parkett wird langsam verdämmern.»

Der „Dank" der Gemeinde

Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir den Lesern der «Neuen Wege» mitteilen, daß Herr *Gaudenz Giovanoli*, der seit 47 Jahren der ungeteilten Schule Maloja im Oberengadin, mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit vorstand, letzten Frühling plötzlich entlassen wurde. Die vorbildliche Schulbehörde von Stampa, zu der Maloja gehört, teilte ihm in dürren Worten mit, man habe jetzt einen jungen Lehrer zur Verfügung — Herr Giovanoli möge darum beförderlichst seine Demission einreichen. Basta.

Gegen dieses unqualifizierbare Verhalten einer Behörde müssen wir vor aller Öffentlichkeit protestieren. Allein schon das halbe Jahrhundert hervorragender Führung einer mehrsprachigen Schule ist eine Leistung, der höchste Anerkennung gebührt. Unser Freund Giovanoli, im Sinn und Geist Leonhard Ragaz' wirkend, setzte sich darüber hinaus unter großen persönlichen Opfern für Werke des Gemeinwohls und Fortschrittes im besten Sinne des Wortes ein. Es konnte nicht ausbleiben, daß er dadurch den Widerstand und Haß gewisser Dorfgrößen, die sich in ihren Interessen bedroht fühlten, zu spüren bekam. Gaudenz Giovanoli machte aus seiner Gesinnung auch in seinem Einstehen für die Friedenssache nie ein Hehl. Bedrückend ist aber, daß eine Gemeinde, die sein Lebenswerk und seine Persönlichkeit vor Augen hat, angesichts solch schäbiger Einstellung der Behörde nicht geschlossen zu ihm steht.

Wir von den «Neuen Wegen» jedenfalls danken Gaudenz Giovanoli für sein Wirken und die aufrechte Haltung, die er Zeit seines Lebens bewiesen hat. *Red.*

Die Tagung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege»

fand am 2. Oktober im «Rigiblick» am Zürichberg statt. Sie war einem Vortrag von Studentenpfarrer Herbert *Mochalski* aus Darmstadt, Mitherausgeber der «Stimme der Gemeinde», gewidmet, mit dem Titel «Die geistige und politische Lage in Deutschland». Etwa 100 Personen folgten aufmerksam und dankbar den Ausführungen des Referenten, der diese Lage im Zusammenhang mit der Entwicklung seit 1945 klar und überzeugend darlegte. Da die vorzügliche Arbeit in den «Neuen Wegen» erscheinen soll, möchten wir uns hier mit einer nur skizzenhaften Andeutung ihres Inhaltes begnügen.

Als Besinnungswort an den Eingang der Tagung — und des Vortrags! — stellte Pfr. Mochalski das bitter aktuelle Wort aus Lukas 9, 51—56, wo die Jünger Jesu, weil er in einem Dorf der Samariter nicht aufgenommen ward, ihm nahelegen: «Herr willst du, so wollen wir sagen, daß Feuer vom Himmel falle, und verzehre sie, wie Elias tat? Jesus aber wandte sich und bedrohete sie und sprach: Wisset ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid? Des Menschen Sohn ist nicht gekommen, der Menschen Seelen zu verderben, sondern zu erhalten.»

In erschreckendem Gegensatz hiezu steht die geistig-politische Entwicklung in Deutschland von Kriegsende bis heute. Damals, 1945, nach dem militärischen und moralischen Zusammenbruch, wäre Deutschland reif gewesen für Selbstbesinnung und Einkehr, und sie wären möglich gewesen. Statt dessen drängte die unselige «Entnazifizierung» die Deutschen von dieser Richtung weg in die gegensätzliche der *Selbstrechtfertigung*. «Persilscheine» nannte man damals die für die eigene Reinwaschung benötigten Dokumente, die sich jeder beschaffen mußte, wo er eben konnte.

Es kam zur Bildung des westdeutschen Staates. Er entstand im Auftrag der Westmächte, nicht aus Entschluß der Deutschen selber. Diese wirkten erst durch die Parlamentswahlen bei der Staatsbildung mit. — Ein eigener Staat muß ein eigenes Heer haben, so nach allgemeiner Auffassung und insbesondere nach der von Dr. Adenauer. So kam es zum Anfang der deutschen Aufrüstung. Diese stoppte die Umbesinnung nun gänzlich. Da man keine anderen hatte, zogen die Hitlergeneräle wieder in die Wehrmacht ein.

Die Kirche hatte die Schwenkung von der anfänglichen Selbstbesinnung zur Selbstrechtfertigung mitgemacht — der Vortragende belegte es durch Auszüge aus den maßgebenden Dokumenten — und sie machte auch den weiteren Weg mit. Er führte schließlich zum «Militär-Seelsorge-Vertrag».

Auch die deutsche Sozialdemokratie hat, wie man weiß, ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben. Nur so meint sie hoffen zu können, an der Regierung teilzunehmen. So ist also heute keine organi-

sierte ernstzunehmende Gegenkraft vorhanden, die von dem eingeschlagenen Weg abdrängen könnte, der gerichtet ist auf Machtzuwachs im allgemeinen und auf Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete im besonderen, «mit friedlichen Mitteln» wie man heute noch sagt.

Wohin wird dieser Weg führen? Wohin *kann* er nur führen? Was es heißt, den deutschen Militarismus wieder zu beleben — darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben. Man sagt, die Einordnung der Wehrmacht in die NATO sei eine Sicherheitsgarantie. Aber wer will einen deutschen General hindern, seine Truppen in Bewegung zu setzen?

So stehen wir heute in einem Wettlauf zwischen Frieden und Krieg. Churchill hat nach der Machtergreifung Hitlers davon gesprochen, daß wir nur mehr in meßbarer Entfernung vom Kriege wären. Ihn zitierend schloß Pfr. Mochalski seine Ausführungen mit der bangen Frage, ob wir uns heute nicht auch schon in solch einer «meßbaren Entfernung» vom nächsten Kriege befinden?

Die Diskussion war interessant und fruchtbar und brachte manche Ergänzung, vor allem auch die Aufhellung des Zusammenhanges zwischen der amerikanisch-russischen Spannung und dem Geschehen in Deutschland, das ja nur auf diesem Hintergrund überhaupt erst möglich wurde. *H. H.*

WELTRUNDSCHAU

Die neue UNO Den Verhandlungen und Beschlüssen der Organisation der *Vereinten Nationen* kommt sonst wohl nur eine mäßige Bedeutung zu. Mit ihrer heurigen Tagung ist es anders. Sie weist ganz offenkundig ein außerordentliches Gepräge auf — aus zwei Gründen. Einmal deswegen, weil sich Chruschtschew selber an die Spitze der sowjetischen Abordnung gestellt und dadurch nicht nur die Führer der meisten übrigen Länder des Ostblocks, sondern auch fast alle leitenden Staatsmänner der mehr oder weniger neutralen Staaten veranlaßt hat, nach Neuyork zu reisen: Nehru, Nasser, Tito, Castro, Sukarno und so fort, denen sich wohl oder übel vom Westblock wenigstens Eisenhower, Macmillan und Segni vorübergehend beigesellen mußten.* Der sowjetische Ministerpräsident nimmt mit

* Der gewollt schäbige «Empfang» des sowjetischen Ministerpräsidenten auf amerikanischem Boden und die zum Teil noch fortdauernden Schikanen, die ihm die amerikanischen Behörden zuerst bereiteten, sind so «vornehmer» Gastgeber wirklich nicht würdig. Besonders die britische Presse aller Richtungen hat sich denn auch für die Amerikaner regelrecht geschämt.

seinem Vorstoß in die UNO hinein einfach die Politik wieder auf, die er bis zu seinem Pariser Mißerfolg vom vergangenen Mai im Rahmen bloßer Begegnungen mit den ersten Staatsführern der Westmächte allein verfolgt hatte. Statt der Gipfelkonferenz en petit comité, die ihm versagt blieb, hat er nun eine Gipfelkonferenz im Weltmaßstab bekommen, was seinem Temperament auch wohl besser entspricht als das diplomatisch streng umhegte Schachspiel, das ihn in Paris erwartet hätte. Er hofft, in der UNO-Versammlung genug Unterstützung für seine Abrüstungs- und Koexistenzvorschläge zu bekommen, daß die Vereinigten Staaten gezwungen wären, sich doch endlich zu ernstgemeinten Verhandlungen über die Beendigung des Kalten Krieges herbeizulassen.

Diese Hoffnung gründet sich nicht zuletzt darauf, daß — und das ist der zweite Umstand, der das Gesicht der heurigen UNO-Tagung bestimmt — nicht weniger als sechzehn meist afrikanische Staaten, die im Lauf eines einzigen Jahres ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen haben, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden sind, eingeschlossen Nigeria, das bei weitem volkreichste Land Afrikas, das am 1. Oktober von britischer Oberherrschaft freigeworden ist. Die UNO ist damit aus dem Anhängsel und Werkzeug der amerikanisch-westmächtlichen Politik, das sie so lange war, wohl endgültig eine Vereinigung von Staaten geworden, die mehrheitlich gegebenenfalles auch *gegen* den Westblock in Bewegung gesetzt werden können, selbst wenn in ihrem Kreis die Chinesische Volksrepublik fehlt, die aus guten Gründen von der Washingtoner Regierung der UNO ferngehalten wird.

Natürlich hoffen die Vereinigten Staaten ihrerseits, die neuen UNO-Mitglieder und recht viele der alten aus dem Lager der «blockfreien» Nationen für sich gewinnen und so die UNO ihre klassische Rolle als größtes Propagandaorgan der «freien Welt» weiterspielen lassen zu können. Allein das ist keineswegs so einfach. «Die ‚neuen' Nationen, die (in der UNO) den Ausschlag geben, sind», wie der «New Statesman» (17. September) schrieb, «nicht überzeugt, daß die schönen Erklärungen über westliche Demokratie irgendwie mehr sind als ein Schirm, hinter dem die alten imperialistischen Praktiken weiterbetrieben werden können.» Es brauche schon, so meint das britische Labourblatt, «einen Umschwung in der westlichen Politik», um zu verhindern, daß sich das Stimmengewicht in der UNO zuungunsten des Westens verschiebe — eine neue Politik der Westmächte also in bezug auf Abrüstung und Westdeutschland, auf Kolonialismus, Algerien, Südafrika, auf China, Kuba und so fort. Anderseits denken die «neuen» Nationen und der asiatisch-afrikanische Block auch nicht daran, auf die gegenwärtige Linie der Sowjetpolitik einzuschwenken, so nahe sie ihr vielfach kommen mögen. Für all diese Völker spielt eben der Gegensatz von West- und Ostblock, der für unsere gewöhnliche Art zu sehen den Angelpunkt der ganzen Weltpolitik bildet, sachlich nur eine

ganz untergeordnete Rolle; ihnen ist es in erster Linie um die Befreiung und den Aufstieg der bisher unterentwickelten Länder zu tun und natürlich auch darum, daß aus dem West-Ost-Konflikt nicht ein dritter Weltkrieg herausspringt. In diesem Sinn ist *ihre* Haltung ausgesprochen neutralistisch, keinem der beiden großen Machtlager zugewandt, und es ist kaum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß die Welt der neutralen Völker mehr und mehr zu einer jener Kräfte heranwächst, an deren Wirksamkeit sich unsere Hoffnung auf Vermeidung eines atomaren Vernichtungskrieges knüpft.

Der Kampf um den Kongo Die neutralistische Haltung des asiatisch-afrikanischen Blocks (der freilich ganz und gar nicht als fugenloses Einheitsgebilde anzusehen ist) macht sich besonders auch in den Auseinandersetzungen der UNO-Versammlung über die *Kongofrage* bemerkbar. Im Westlager sucht man zwar die Entschließung zur Kongofrage, die an der außerordentlichen UNO-Tagung (unmittelbar vor Eröffnung der ordentlichen Session) mit den Stimmen der Westmächte und des asiatisch-afrikanischen Blocks, aber gegen diejenigen des Ostlagers angenommen wurde, als deutliches Zeichen einer westlichen Orientierung der «neuen» Nationen darzustellen. Daran ist soviel richtig, daß die Annahme dieser Resolution eine empfindliche Schlappe der Sowjetunion bedeutet, die die Aktion der UNO im Kongo heftig kritisiert und darauf gerechnet hatte, daß auch die neutral-unabhängigen Staaten Afrikas von der UNO abrücken und Hilfe vom Ostblock erwarten würden. Das war gewiß eine Verkennung der Grundlinie, der die Kongo- und überhaupt die Afrikapolitik dieser Staaten folgt. Aber ebenso gewiß ist, daß sich die Neutralen keineswegs von einem grundsätzlichen Antikommunismus im westmächtlichen Sinn oder gar von einer besonderen Vorliebe für die «amerikanische Linie» bestimmen lassen. Ihr Leitgedanke ist vielmehr: Weder Kolonialismus noch Kommunismus, sondern nationale Selbstbestimmung ohne interessierte ausländische Einmischung. Da aber der Kongo noch lange nicht auf eigenen Füßen stehen kann, glaubt er wenigstens die *uninteressierte* Hilfe der UNO annehmen zu müssen, deren Autorität zu stärken und für die Erhaltung der gebietlichen Einheit der Gesamtrepublik nutzbar zu machen eine Lebensnotwendigkeit für den Kongo sei.

Diesem Leitgedanken entsprechend unterstützten die Staaten des asiatisch-afrikanischen Blocks, zusammen mit der Sowjetunion, die UNO bei der Vertreibung der belgischen Truppen aus dem Kongo und bei der Abwehr der Abfallbewegung im Katanga und in Kasai, hinter der offenkundig kapitalistisch-kolonialistische Interessen standen und stehen. Als aber die Sowjetunion Miene machte, die UNO-Aktion im Kongo *grundsätzlich* anzugreifen und sie einfach mit Hörigkeit gegenüber kolonialistischen Interessen gleichzusetzen, da stellten sie sich wiederum hinter die Vereinten Nationen und ihren so scharf

angefeindeten Generalsekretär und rückten von dem sowjetischen Resolutionsentwurf ab, der den Weg zu einem Eingreifen afrikafremder Mächte außerhalb der UNO-Aktion bahnen wollte. Daß dies keine Parteinahme für die westmächtliche Politik war, ging besonders deutlich aus der Rede Nkrumahs, des Ministerpräsidenten von Ghana, hervor, der darauf bestand, daß das UNO-Kommando ausdrücklich angewiesen werden sollte, die «rechtmäßige Regierung» Lumumba-Kasavubu zu unterstützen, alle «Privatarmeen», vor allem diejenige des Katanga, aufzulösen und die Einheit und Unverletzlichkeit des Gebietes der Kongorepublik zu sichern. Das sind alles Forderungen, die der westmächtlichen Linie zum mindesten nicht entsprechen und sich eher der sowjetischen Linie nähern.

Bei alldem bleibt die Frage offen, ob die Aktion der Vereinten Nationen im Kongo wirklich so korrekt und unantastbar war und ist, wie sie von den Westmächten und von Generalsekretär Hammarskjöld selbst hingestellt wird. Daß die sowjetischen Angriffe auf die UNO in ihrer Verallgemeinerung und Maßlosigkeit ungerecht sind, steht für mich fest. Aber der Verdacht ist einfach nicht abzuweisen, daß die Kolonialisten und ihre Freunde alles aufbieten, um die UNO-Aktion in ihren Dienst zu stellen. «Die Vereinigten Staaten», so schrieb beispielsweise die liberale Londoner «News-Chronicle» am 7. September, «üben einen Druck auf Hammarskjöld aus, um ihn zu viel größerer Härte im Kongo zu veranlassen. Es besteht sogar Grund zur Annahme, daß die Vereinigten Staaten lange Zeit nach Mitteln suchten, um Lumumba zu stürzen, ein antikommunistisches Regime aufzurichten und die Ordnungskräfte zu entwaffnen.» Hat Hammarskjöld diesem Druck wirklich immer genügenden Widerstand geleistet? Und wird sich die Aktion der Vereinten Nationen nicht zuletzt doch noch so auswirken, daß der Katanga ein von der Zentralregierung in Léopoldville unabhängiger, dafür aber um so mehr von der Union Minière abhängiger Staat wird und der Rest der Kongorepublik zu einem vorerst wirtschaftlich wie politisch ohnmächtigen Gebilde herabsinkt, das in irgendeiner Form unter den Einfluß der Westmächte gerät?

Hammarskjöld hat in seiner Antwort auf Chruschtschews Angriffe kaum etwas gesagt, was uns in bezug auf die vergangene und künftige Aktion der UNO besonders beruhigen könnte, es sei denn, daß er — mit Recht — sehr stark betonte, wie verhängnisvoll sein Rücktritt in der gegenwärtigen Lage auf die Entwicklung im Kongo, ja auf die ganze Tätigkeit der UNO einwirken würde. Er hat damit einen billigen Sieg über Chruschtschew davongetragen; aber der sowjetische Staatsführer hat sich diesen neuen Mißerfolg selber zuzuschreiben, verdirbt er doch mit seiner ungezügelten Sprache und seiner grobschlächtigen Taktik regelmäßig auch die beste Sache, die er vertreten mag. Das gilt für seine Kongopolitik; es gilt für seinen Vorschlag, die Leitung der UNO gründlich umzugestalten (eine Notwendigkeit, die sich infolge des Anwachsens der Zahl der UNO-Mitglieder von 51 auf

fast 100 und des rasch zurückgehenden Einflusses Nordamerikas und Westeuropas früher oder später sicher durchsetzen wird), und es gilt nicht minder für die Art und Weise, wie er sich für die so dringend gebotene Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen einsetzte. Die Westmächte und ihre Anhänger hatten und haben es unter diesen Umständen wirklich leicht, vom sachlichen Gehalt der sowjetischen Anträge abzulenken und mit der Inszenierung moralischer Entrüstung gegen das *Auftreten* Chruschtschews auch das innere *Recht* seiner Sache und das Unrecht der Westpolitik zu verdunkeln. Chruschtschew ist so ein wahres Teufelsgeschenk für die Westmächte; sie müßten den «wilden Mann aus dem Kreml» geradezu erfinden, wenn sie ihn nicht schon hätten. Wir andern aber müssen es klar aussprechen, daß dem Frieden und der freundschaftlichen Zusammenarbeit der Völker nur dient, wer auch aus dem *Geist* des Friedens heraus redet und handelt, nicht aus dem Geist des Krieges, dem alle Mittel recht sind, um den Gegner zu unterwerfen oder ihn überhaupt zu «liquidieren» — seien es auch «nur» die Mittel des *Kalten* Krieges: Haß, Verhetzung, Verdrehung, Verdächtigung und dergleichen Propagandakünste. Damit soll keineswegs einer Verwischung der Gegensätze und einer falschen Versöhnlichkeit das Wort geredet sein. Ich bin gewiß der Letzte, der dafür zu haben wäre, bemühe mich vielmehr immer, gegenüber allem oberflächlichen «Friedenmachen» die unheimliche Macht der Kriegskräfte in all ihren Erscheinungsformen klarzustellen. Aber eben darum dürfen wir uns nicht selber vom Kriegsgeist anstecken lassen und im Dienst des «Friedenslagers» tatsächlich nur den Gegner moralisch und propagandistisch zusammenhauen wollen, statt durch den Beweis friedfertiger Gesinnung, den wir auch in unserer Kampfführung erbringen, mit Hilfe anderer Friedenskräfte seine Gefährlichkeit zu bändigen und eine unkriegerische Koexistenz mit ihm zu ermöglichen, die mehr und mehr zu einem echten Friedenszustand werden kann.

Wer will abrüsten! Für den Kampf um die *Abrüstung* ist das natürlich ganz besonders wichtig. Die Abrüstungsfrage ist zwar unter amerikanischem Druck als eigenes Geschäft zunächst von der Tagesordnung der UNO-Versammlung abgesetzt worden; aber selbstverständlich steht sie auch so hinter allen möglichen Streitgegenständen, die die Versammlung beschäftigen, und sowohl der amerikanische Staatspräsident als der sowjetische Ministerpräsident hat ihr in den Programmreden, die die ganze Tagung eröffneten, stärkste Aufmerksamkeit geschenkt. Nur ist *Eisenhower* eben wieder völlig in jenen konservativ-konventionellen Gedankengängen stecken geblieben, die von westmächtlicher Seite sozusagen automatisch vorgebracht werden, sobald die Abrüstung aufs Tapet kommt, und die mit ihrem Gestrüpp von Vorbedingungen und Zaudermaß-

nahmen die Abrüstung um keinen Schritt vorwärts bringen. Das ist auch nur zu begreiflich. Die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt *können* ja gar nicht abrüsten, ohne ihre ganze auf die «Ein dämmung» oder Zerschlagung des Kommunismus gerichtete Weltpolitik aufzugeben. Wie an dieser Stelle (im Juli-August-Heft) neuerdings gezeigt wurde, hätte der Verzicht auf die ständige Bereitschaft zum Losschlagen und auf die Unterhaltung dutzender von Militärstützpunkten in der ganzen Welt herum für die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch ihrer ganzen Machtstellung in Europa wie in Nordafrika, in Vorderasien wie im Fernen Osten zur Folge und würde eine völlige Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik voraussetzen — eine Umstellung, zu der die herrschenden Kreise in den USA noch nicht entfernt bereit sind, so unausweichlich sie auch tatsächlich ist. Von den politischen Erwägungen abgesehen, die eine ernsthafte Abrüstung für die Vereinigten Staaten gegenwärtig ausschließen, wirken auch zwei andere Gründe machtvoll in der gleichen Richtung. Einmal das bekannte Interesse der amerikanischen Rüstungsindustrie an der Sicherung der riesigen, so überaus gewinnbringenden Militärlieferungen, und sodann die Überzeugung der Militärkreise, in der *Polaris-Rakete* eine Waffe entwickelt zu haben, die den sowjetischen Atomwaffen eindeutig überlegen sei. Der geglückte Abschuß einer Polaris-Rakete am 20. Juli 1960 wird sogar als der Beginn einer neuen Kriegstechnik gefeiert, die das west-östliche Kräfteverhältnis entscheidend umzugestalten geeignet sei. So wird unter der Überschrift «Die neue Strategie» in einem Artikel des amtlichen Bulletins der westdeutschen Regierung (Nr. 137, 1960) über die Polaris gesagt:

«Ihr Geschoßkörper ist außer der bombentragenden Spitze zweistufig. Ihre Nutzlast, wenn in Fusionsexplosivstoffen, dürfte bei Volltreffer genügen, um eine Stadt mittlerer Größe völlig zu vernichten: ein Mehrfaches der Hiroshima-Bombe . . . Es handelt sich also um eine hochwertig leistungsfähige Waffe. So *erbaulich* diese Tatsachen an sich sind, und so sehr sie die Vollendung amerikanischer Produktionsmethoden beweisen, so ist mit solcher Feststellung doch keineswegs eine ausschöpfende Bewertung des geglückten Kap-Canaveral-Tests gegeben . . .»

Und das Bulletin ergänzt die Bewertung:

«Die Polaris ist beweglich. Sie hat keinen festen Abschußstandort notwendig. Außer den U-Booten können sogar Eisenbahnwaggons als Rampe dienen. Durch ihre Reichweite macht sie es möglich, daß mit einigen U-Booten vom Mittelmeer, der Nordsee, dem Pazifischen Ozean aus sowohl das europäische Rußland bis hinter Moskau als auch die wichtigsten strategischen Teile des asiatischen Sowjetgebietes mit Atombomben belegt werden können und daß diese *Angriffsposition* ausreichend sicher ist, solange die Sowjets keine genügenden neuen Verteidigungsmittel aufgebracht haben, die in der Lage sind, die

U-Boote unter Wasser anzupeilen und sie dann ihrerseits mit Bomben zu belegen. Eine der Hauptsorgen der Amerikaner gilt infolgedessen zurzeit den Versuchen, die U-Boote noch geräuschloser zu machen.»

Ein Mitarbeiter der «Deutschen Woche» (München, 24. August 1960), der wir dieses Zitat entnehmen, bemerkt dazu: «In der Tat scheint es bei dem gegenwärtigen Stand der Technik noch kein zuverlässiges Verfahren zu geben, mit dem ein atomar getriebenes Unterseeboot rechtzeitig geortet und mitsamt seiner Raketenlast vernichtet werden kann. Auf dieser Annahme basiert die amerikanische Auffassung, daß mit der Kombination von Atom-U-Boot und Polaris-Rakete eine ideale Angriffswaffe gefunden sei ... Auf die enorme Tauchfähigkeit der atomgetriebenen U-Boote anspielend, die sich notfalls monatelang unter die Eiskappe der Arktis legen können, um dann plötzlich und unerwartet zum Angriff vorzugehen, triumphiert man in militärischen Veröffentlichungen darüber, daß die 5000 Kilometer lange Nordküste der Sowjetunion jetzt praktisch ungedeckt sei.»

Die ohnehin große Versuchung, einen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln, wird durch die Verfügbarkeit von Polaris-Raketen für die Militär- und Staatsführung der Vereinigten Staaten unzweifelhaft noch größer. Auf alle Fälle aber verstärkt die Existenz der neuen Waffe den Widerstand gegen jegliche Abrüstung in der amerikanischen Führungsschicht ganz wesentlich, so daß *Chruschtschews Vorschlag einer radikalen, dreistufigen Abrüstung*, wie er ihn vor der UNO-Versammlung neuerdings entwickelt hat, nun erst recht keine Aussicht hat, irgendwie ernstgenommen zu werden. Mit seinen unnötig verletzenden Schärfen und Anklagen hat der sowjetische Ministerpräsident freilich auch hier nicht diejenige Sprache gefunden, die ihn zum Fahnenträger der Friedens- und Abrüstungsbewegung in aller Welt machen könnte, so bedeutungsvoll es auch bleibt, daß der verantwortliche Regierungschef einer Militärmacht ersten Ranges die vollständige Abschaffung aller Armeen zu einem Eckstein seiner Politik gemacht hat. Bei *solcher* Haltung und Kampfführung wird eben auch von der Ostseite her kein entscheidender Schritt zur Abrüstung möglich werden. Und die Überzeugung verstärkt sich mehr und mehr, daß nur *einseitiges*, wagemutiges Vorgehen eines der neuen Wirklichkeit gegenüber ganz aufgeschlossenen Staates den Durchbruch durch die Mauer der Kriegsrüstungen herbeiführen kann, die zum Einsturz gebracht werden *muß*, soll sich das Gesetz, daß Rüstungen den Krieg nicht verhindern, sondern herbeiführen, nicht auch hier erfüllen.

Am stärksten scheint diese Überzeugung ins *englische* Volk eingedrungen zu sein. Die Führer der Bewegung gegen atomare Aufrüstung schätzen, daß schon 40 oder mehr Prozent der Bevölkerung Großbritanniens bereit seien, die Hand zu einem einseitigen Verzicht auf Atomwaffen zu bieten. Man sagt sich in England eben ganz nüchtern, daß — was es auch mit der abschreckenden Wirkung von Atomwaffen im gegenseitigen Verhältnis von Großmächten auf sich habe —

der Besitz von Kernwaffen für ein kleines Inselland wie Großbritannien einfach selbstmörderischer Unsinn ist. Denn wenn England als erstes seine Atomwaffen benütze, so könne es den Gegner ja doch nicht tödlich treffen und werde durch dessen Vergeltungsschlag nur selbst vernichtet; werde es aber angegriffen, so werde es zerstört sein, bevor es zum Gegenschlag ausholen könne.

Für England, das einem Block angehört, der keinen Angriff zu fürchten hat, ist es natürlich auch viel leichter, den Irrsinn *aller* Kriegsrüstungen einzusehen, als zum Beispiel für die Sowjetunion, die seit ihrer Geburt immer wieder vom Westen her angegriffen wurde und daran fast zugrundegegangen ist. Trotzdem ist es eine Tat, daß der jüngste Labourparteitag unter dem Druck großer Gewerkschaften, wenn auch mit schwacher Mehrheit, sich zur Notwendigkeit einer einseitigen atomaren Abrüstung als erstem Schritt zu einer Gesamtabrüstung bekannt hat. Und es wirft ein schlechtes Licht auf die innerparteiliche Demokratie in der Labourbewegung, daß der Parteiführer Gaitskell, gegen dessen national-konservative Politik der Beschluß von Scarborough im besonderen gerichtet war, zynisch erklärt hat, über den Kurs der Partei entscheide nicht der Parteitag, sondern die Parlamentsfraktion, in der die «Apparatleute» und Ministeraspiranten naturgemäß die vorwärtsdrängenden Kräfte weitaus überwiegen. Mit ihrer Hilfe ist es Gaitskell ja auch gelungen, den grundlegenden Artikel im Labourprogramm über die Sozialisierung der großen Wirtschaftsmittel so verwässern zu lassen, daß die selbstherrliche Parlamentsfraktion damit anfangen kann, was sie will. Die Labourpartei ist nun auf jeden Fall in eine akute Krise geraten, von der kein Mensch vorauszusagen vermag, wie sie sich weiterentwickeln wird.

Berlin und Deutschland Ob auch die Frage von Berlin und Gesamtdeutschland in den UNO-Verhandlungen eine größere Rolle spielen wird, steht dahin, so eng sie mit dem Abrüstungsproblem verknüpft ist. Die beiden deutschen Teilstaaten sind ja ohnehin nicht Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen. Sicher ist aber, daß sich der zähe Kampf um die Zukunft Berlins und Deutschlands überhaupt, der sich seit Jahr und Tag zwischen Ost- und Westblock abspielt, einer neuen gefährlichen Kraftprobe nähert. Der Versuch der westdeutschen Regierung, durch Abschnürung des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten die DDR so schwer als möglich zu schädigen, zeigt bereits, wie bedenklich weit die Dinge gediehen sind. Und anderseits hat Chruschtschew in Neuyork abermals auf die Notwendigkeit einer Endlösung der deutschen und der Berliner Frage hingewiesen, die er sich als Ergebnis einer West-Ost-Konferenz zu Beginn des nächsten Jahres vorstellt, für deren Durchsetzung aber vorderhand alle Voraussetzungen fehlen.

Das ist vor allem die Schuld der westdeutschen Regierung, die sich

mit ihrer planmäßigen militärischen Aufrüstung ein Druckmittel zu schaffen sucht, dessen Einsatz — auch wenn es nicht zum Krieg kommen sollte — über die Einverleibung Ostdeutschlands in die Bundesrepublik hinaus einen mehr oder weniger großen Teil der 1945 verlorenen übrigen *Ostgebiete* ins wiedervereinigte Reich zurückführen soll. Anders kann man es sich kaum erklären, daß verantwortliche westdeutsche Staatsmänner — so neuerdings Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Erhard und Minister Seebohm — immer und immer wieder die Polen, Russen und Tschechoslowaken zur Herausgabe ihrer neuen, ehemals deutschen Gebietsteile auffordern, obwohl sie genau wissen, daß diese Völker das gut- und freiwillig nie tun werden, und daß ein Krieg um die Wiedergewinnung des Verlorenen den gemeinsamen Untergang aller Beteiligten bedeuten müßte. Und wenn die Bonner Regierungsredner es andauernd als schreiendes Unrecht anprangern, daß den bei Kriegsende vertriebenen Deutschen das «Recht auf Heimat» verweigert werde, so erinnert Jens Daniel im «Spiegel» (7. September) zutreffend daran, daß «Russen, Polen und Tschechen zusammen den Deutschen bis zum heutigen Tag nicht halb soviel mordlüsternes Unrecht angetan (haben), wie wir den Ostvölkern ... Kein einziger Vertriebenen-Sprecher möchte ja in die Heimat zurück, wie sie sich jetzt darstellt. ‚Recht auf Heimat' bedeutet vielmehr, daß die uns weggenommenen Gebiete ihres derzeitigen Staats und ihrer derzeitigen Regierung wieder entkleidet werden müßten. ‚Recht auf Heimat' meint, wo es mehr als Floskel ist, Hoffnung auf gewaltsamen Umsturz». Daniel warnt darum eindringlich vor einer Fortsetzung dieser Ostpropaganda und ihrer Unterstreichung durch militärische Kraftmeierei. «Ist man sich klar», fragt er, «daß die Bundeswehr, Wachs in den Fäusten eines Um-jeden-Preis-Menschen, in Tonart und Forderungen auf eine Kraftprobe mit den Sowjets zusteuert? Hat man eine ungefähre Vorstellung, wie weit England und Frankreich, ja sogar wie weit die USA uns bei dieser Kraftprobe begleiten werden? Und ist man sich klar, daß diese Boulanger-Politik entweder im Krieg oder in einer folgenschweren Niederlage endet?»

Ähnliches gilt auch von der westdeutschen *Berliner Politik*. Das gegenwärtige Geplänkel um Westberlin, mit Reiseerschwerungen auf der einen, Wirtschaftsboykott und Handelsbeschränkungen auf der andern Seite, ist ja nur ein Vorspiel zu weit schwereren Kämpfen, die sich für eine nahe Zukunft ankündigen. Wobei man sich völlig klar darüber sein muß, daß die Berufung auf den offiziellen Rechtszustand in Berlin, den es gegen östliche Willkür zu verteidigen gelte, für die Westmächte, eingeschlossen die Bundesrepublik, nur eine Konstruktion ist, hinter der einfach gröbste Macht- und Herrschaftsinteressen stehen. Und um die vielbesungene Freiheit der Westberliner ist es ihnen auch nicht viel mehr zu tun als um die Freiheit überhaupt, die sie Arm in Arm mit einem Dutzend rassenreiner Diktatoren gegen den östlichen Kommunismus «verteidigen». Westberlin ist für die NATO-

Mächte vor allen Dingen ein unbezahlbarer Propaganda-, Militär- und Unterminierungsstützpunkt, den sie sich um jeden Preis sichern wollen, und zugleich das breite Tor für die Flucht aus der DDR, das sie ebenso unbedingt offenhalten wollen, wie die DDR es schließen möchte, für die der westliche Stützpunkt mitten in ihrem Gebiet ein zunehmend schmerzender Pfahl im Fleisch ist. *Darum* geht es in der Berliner Frage, nicht um den Viermächtestatus oder sonst eine Rechtsfrage, ist doch das ganze Rechts- und Vertragsgebäude, das die Siegermächte bei Kriegsende zum Zweck der Lösung der deutschen Frage errichtet haben, sowieso längst heillos erschüttert, ja zerstört, vor allem das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das unter anderem die «völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands» und die «Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft» vorsieht, «dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen». Was ist aus diesem Abkommen in Westdeutschland unter den Händen der gleichen Westmächte geworden, die sich jetzt zu todesmutigen Verteidigern der Freiheit Westberlins und des heiligen Rechtes der Völker aufwerfen!

Wie sie ihre Machtstellung in Westberlin behaupten wollen, ist freilich einigermaßen unklar. «Die Hauptwaffe des Westens», so stellt der Bonner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 3182) fest, «ist seine Versicherung, daß er eine Verletzung seiner Rechte . . . nicht hinnehmen und sich dagegen mit allen Mitteln, den nuklearen Krieg eingeschlossen, zur Wehr setzen werde.» Er fügt aber selbst bei, daß der Osten es gar nicht zu einer Entscheidung kommen zu lassen wünsche, bei der sich der Einsatz der letzten, fürchterlichsten Waffe irgendwie rechtfertigen ließe. Und es ist anderseits anzunehmen, daß auch die Westmächte einer solchen Entscheidung — allen pathetischen Erklärungen zum Trotz — nach Möglichkeit auszuweichen suchen, so gefährlich es für sie werden kann, daß sie der Bonner Regierung freie Hand für den völligen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Ostdeutschland gegeben haben. Wenn sie sehen, daß sich daraus ein Konflikt entwickelt, bei dem es wirklich auf Biegen oder Brechen geht, so werden sie vielleicht doch ihren Verbündeten zum Einlenken raten — und das würde die «freien» Deutschen doch in erhebliche Verlegenheit bringen. In der Hamburger Wochenschrift «Neue Politik» (10. September) schreibt denn auch Wolf Schenke mit Recht: «Brandt und die westdeutschen Parteien spielen mit Berlin seit dem Winter 1958 ein großes Vabanque-Spiel. Sie setzen darauf, daß die Westmächte ihnen in jeder Situation helfen müssen. . . Es wäre jedoch irre, zu glauben, daß auch nur ein Tausendstel der Bevölkerung der sogenannten ‚freien Welt' bereit wäre, für die Freiheit der Westberliner zu sterben.» Der gegenwärtig von Bonn und Westberlin gesteuerte Kurs kann so zu einer schweren Enttäuschung für die Deutschen führen, wenn bei den Westmächten Vernunft und Vorsicht die Oberhand ge-

winnen — oder aber zum Krieg, wenn die Berliner Frage von ihnen so dramatisch hochgespielt wird, daß sie ihre Völker wirklich in die allvernichtende Katastrophe hineinjagen können. Das eine wie das andere, so folgerte Schenke, kann vermieden werden, wenn Westdeutschland ein neues Verhältnis zur Sowjetunion gewinnt. «Wir brauchen», sagt er, «eine Regierung, in die Rußland Vertrauen hat, obwohl sie den Kommunismus in Deutschland nicht will. Dieses Vertrauen ist nur dadurch zu erwerben, daß man

1. für ein wiedervereinigtes Deutschland fordert, daß es keinem der beiden gegeneinander stehenden Bündnissysteme angehört. Noch in Wien hat *Chruschtschew* erst vor kurzem die Möglichkeit einer deutschen Neutralität als einen Segen für alle Völker bezeichnet,

2. bei der bestimmtesten Ablehnung des Kommunismus als Lebensform für uns selbst sich jeder Äußerung und Handlung enthält, die auf einen von außen bewirkten Umsturz im östlichen Machtbereich zielt,

3. den Russen und den anderen Ostvölkern ohne die Überheblichkeit, die heute weitgehend noch verbreitet ist, bei entschiedener Wahrung der eigenen unveräußerlichen Lebensinteressen wohlwollend begegnet, indem, ebenso wie es im Westen geschehen ist, ein Schlußstrich mit den gegenseitigen Abrechnungen aus der Vergangenheit gemacht wird,

4. in Deutschland jene dritte Gemeinschaftsordnung jenseits von Kommunismus und Kapitalismus verwirklicht, die allein dem industriellen Zeitalter angemessen ist und auf die im Grunde sich die Dinge in Ost und West auf verschiedenen Wegen hinentwickeln, ohne daß das Verhaftetsein in alten ideologischen Vorstellungen es erkennen läßt.

Eine solche neue Haltung würde Wunder bewirken, nicht von heute auf morgen, aber doch beharrlich über eine Reihe von Jahren verfolgt.»

Kann man noch hoffen, daß sich ein solch neues Verhältnis Westdeutschlands zur Sowjetunion *rechtzeitig* durchsetzt?

Die Revolutionierung Lateinamerikas Einen nicht geringen Raum werden an der UNO-Tagung bestimmt die Probleme *Lateinamerikas* einnehmen. Der von Fidel Castro in seiner Riesenrede bereits mit Leidenschaft gesetzte Ausgangspunkt ist dabei *Kuba* und seine Revolution, von der in unserer letzten Weltrundschau einläßlich die Rede war. Sie ist — um es zu wiederholen — in erster Linie eine Agrarrevolution, hat aber unzweifelhaft die große Mehrheit des ganzen Volkes hinter sich, obwohl sie den Umständen entsprechend in Form einer Diktatur durchgeführt wird. Ganz logischerweise wurde die Revolution dazu gedrängt, die Kernstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsmacht überhaupt zu zerstören, Schritt für Schritt den großen Privatbesitz in Landwirt-

schaft, Industrie und Handel — der vorwiegend in nordamerikanischen Händen lag — in Volkseigentum zu verwandeln und sich im Kampf gegen die kapitalistischen Mächte des Auslands an die kommunistischen Länder anzulehnen.

Es ist eine große Leistung des neuen Regimes, daß diese ganze tiefgreifende Umwälzung mit einem Mindestmaß von Gewalttätigkeit vollzogen worden ist. Wie sogar in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 3135) festgestellt wird, «macht das Land einen durchaus geordneten Eindruck, und bisher hat es sich auch gezeigt, daß genügend Leute vorhanden sind, um die zahlreichen vom Staat übernommenen ausländischen Betriebe weiterzuführen». Der Verfasser dieses Berichts über Kuba, Victor Meier, stellt auch unzweideutig fest, daß «die Kommunisten und ihre Protektoren . . . kein großes Eigengewicht innerhalb der revolutionären Bewegung besitzen», und daß die Sowjetunion sich der kubanischen Revolution gegenüber, die sie als Rivalin empfinde, eher vorsichtig und zurückhaltend benehme. Um so mächtiger sei die «antiamerikanische Grundwelle», die über Kuba hingehe — und nicht nur über Kuba. Fidel Castro fühle sich «als ein von der Vorsehung gesandter Volkserlöser, der die zweite Befreiung ganz Lateinamerikas, diesmal nicht von Spanien, sondern vom ‚Yankee-Imperialismus' zu vollbringen berufen sei». Und die Wahrscheinlichkeit ist tatsächlich groß, daß das kubanische Beispiel im übrigen Lateinamerika mehr und mehr ansteckend wirkt. Das betont im «New Statesman» (17. September) auch Paul Johnson, der Mittel- und Südamerika bereist hat. Er bezweifelt, daß die soziale und nationale Befreiung der lateinamerikanischen Länder anders als durch diktatorische Mittel erreicht werden könne. Bürgerliche Demokratie mit Wahlen und Volksabstimmungen müsse wirkungslos bleiben, solange die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Klasse ungebrochen weiterbestehe. «Lateinamerika besitzt darum nicht die Möglichkeit, auf reformistischem Weg vorwärtszukommen; der einzige Weg zum Fortschritt ist für es eine echte Revolution, eingeschlossen die konfiskatorische Enteignung der besitzenden Klassen und ihres Verbündeten, des ausländischen Kapitals.» Wenn diese Revolution nicht rechtzeitig vollzogen werde, werde sie eben wohl in kommunistische Hände geraten.

Was können, so fragt Johnson, die Vereinigten Staaten hiegegen tun? Ihre gegenwärtige Politik gegenüber Kuba und anderen lateinamerikanischen Ländern sei auf jeden Fall gänzlich verfehlt, weil sie «Fidelismus» und Kommunismus einfach gleichsetze. Es komme darum alles darauf an, daß man in den Vereinigten Staaten den wahren Charakter des lateinamerikanischen Nationalismus erkenne und den mittel- und südamerikanischen Ländern durch großzügige Hilfe aus ihren erschreckenden Wirtschaftsnöten heraushelfe. Von der Eisenhower-Regierung sei hier freilich nichts zu erwarten; aber wenn Kennedy, der demokratische Präsidentschaftskandidat, im November ge-

winne, so bestehe Aussicht, daß eine neue Generation ans Ruder komme und nicht nur die kubanische Revolution anerkenne, sondern auch eine Wirtschaftshilfe für ganz Lateinamerika im Stil des Marshallplanes — der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg — ins Werk setze. Die unvermeidlich gewaltsamen Umwälzungen, denen Lateinamerika entgegengehe, könnten dadurch auf ein erträgliches Maß beschränkt werden. «Die reichen Nationen haben eine schwere Schuld wiedergutzumachen gegenüber einem Erdteil, den sie so ruchlos ausgeplündert haben.»

Konservatives Nordamerika Wird sich diese Hoffnung auf eine Wendung in der nordamerikanischen Haltung gegenüber einem revolutionären Lateinamerika erfüllen? Daß vom *republikanischen Regime* in den Vereinigten Staaten in dieser Beziehung nichts mehr zu erwarten steht, ist freilich sicher; der außenpolitische Mitarbeiter der «Detroit News» (2. September) stellt unverblümt fest, daß die 600 Millionen Dollar, die die Bundesversammlung als zusätzliche Hilfe für Lateinamerika bewilligt hat, nur «ein Teil unseres Programmes zur Unterwühlung der Macht des kubanischen Ministerpräsidenten Castro» sind. Aber wird vielleicht eine demokratische Regierung eine wirklich neue Politik einleiten und die Revolutionierung Lateinamerikas fördern, statt sie zu bekämpfen? Ich glaube es nicht. Das Äußerste, was möglich scheint, ist, daß die Vereinigten Staaten sich mit der Aussicht auf eine gewisse soziale und nationalistische Umwälzung in Lateinamerika abfinden, aber gleichzeitig versuchen werden, sie irgendwie zu kanalisieren, also sie für den Kapitalismus und besonders für ihre eigene Machtstellung unschädlich zu machen, wenn sie nicht ihre Wirtschaftshilfe geradezu benützen, um die Ansätze zu einer sozialistischen Ordnung zu zerstören, wie sie es mit Erfolg nach 1945 mit dem Marshallplan gemacht haben. Es ist eben ganz allgemein gesprochen höchst unwahrscheinlich, daß die nordamerikanische Außenpolitik aus ihrem kapitalistischen Geleise durch einen bloßen Wechsel der regierenden Partei herauskommt. Die Interessen der kapitalistischen Klasse erfordern nun eben einmal — neben der Sicherung von Rohstoff-, Absatz- und Kapitalausfuhrgebieten — den weltweiten Kampf gegen die soziale Umwälzung, der überall der Stempel «Kommunimus» aufgedrückt wird — auch in Kuba, auch im übrigen Lateinamerika. Und hier sind sich die beiden großen Parteien, die um die Beherrschung der Regierungsmaschinerie kämpfen, durchaus einig. Ihre Führer geben fortwährend Erklärungen über die Außenpolitik ab, die ihre Partei im Fall ihres Wahlsieges betreiben werde. «Aber», wie die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) schreibt, «kein einziger von ihnen hat einmal irgendwelche Kritik an den Grundsätzen der amerikanischen Politik geäußert oder vorgeschlagen, daß sie in irgendeiner wichtigen Hinsicht geändert

werde. Die Demokraten kritisieren natürlich die Fehlleistungen der Regierung Eisenhower (was leicht genug ist) und behaupten, wenn sie an der Macht seien, würden keine Fehlleistungen mehr vorkommen (was zum mindestens zweifelhaft ist). Wenn es aber darum geht, die außenpolitischen Niederlagen der jüngsten Vergangenheit zu erklären und Rezepte für die Zukunft zu verschreiben, dann machen die Demokraten gemeinsame Sache mit den Republikanern, geben alle Schuld den bösen Kommunisten und rufen nach Verschärfung des Kalten Krieges und Beschleunigung des Wettrüstens.»

Der nordamerikanische Kurs gegenüber Lateinamerika wird sich darum, unter dem Druck kapitalistischer Interessen, in absehbarer Zeit *grundsätzlich* so wenig ändern wie der Kurs der USA-Weltpolitik überhaupt. Dies obwohl diese Politik seit zehn, zwölf Jahren eine Niederlage um die andere einstecken mußte. Um nur an die jüngste Vergangenheit zu erinnern: was in Südkorea, in der Türkei, in Japan geschah, was in Laos und Kuba, was sich um den U-2-Flug mit seinen unglaublichen Fehlgriffen der Washingtoner Regierung herum abspielte, das hat die moralische Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt immer mehr erschüttert, und alle Propaganda- und Manövrierkünste, die an der UNO-Versammlung aufgeboten werden, können nicht mehr verhindern, daß die Unfähigkeit der herrschenden Klasse der USA, die Weltprobleme lösen zu helfen, immer klarer an den Tag kommt. Ein Umschwung in der Gesamthaltung der Vereinigten Staaten wird freilich erst eintreten, wenn das Versagen ihrer Außenpolitik sehr fühlbar auch auf ihre Wirtschaftslage zurückwirkt oder aus anderen Gründen die kapitalistische Klassenstruktur Amerikas erschüttert wird. Und die Macht, die alles Weltgeschehen beherrscht, wird dafür sorgen, daß dieser Zeitpunkt eintritt, bevor die Gegenmächte Gelegenheit haben, sich aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausweglosigkeit in die Verzweiflungstat einer Kriegsentfesselung zu flüchten!

10. Oktober *Hugo Kramer*

Die Kirchen verraten Gott und führen die Menschen in die Irre

Dies ist nicht eine Herausforderung, sondern ein Schrei des Schmerzes. Schmerz darüber, daß so viele Gläubige dermaßen verblendet sind, daß sie genau das Gegenteil dessen machen, was Gott von ihnen verlangt. Gott hat uns geschaffen, damit wir uns lieben: wir hassen einander. Gott hat uns zum Leben erschaffen, und wir sind dabei, den großen Selbstmord vorzubereiten, die Vernichtung seiner Schöpfung. Das ist in ihrer schrecklichen Einfachheit die Rechtfertigung des Schreis: «Die Kirchen verraten Gott.» Sie verraten ihn, weil sie, obwohl sie zu Gott im Himmel beten, obwohl sie Reden und Predigten über den Völkerfrieden halten, obwohl sie das Gesicht vor den Schrecken des modernen Krieges verhüllen, sie doch seine Möglichkeit annehmen, die gegenwärtige militärische Ordnung unterstützen, den Rüstungswettlauf billigen und manchmal sogar empfehlen und schließlich sich weigern, entschieden zu handeln und unzweideutig zu sagen:

«Wir, die Kirchen, Zeugen Gottes und Verkünder seines Geistes, der ein Geist des Friedens ist, wir verurteilen den Krieg in allen seinen Formen. Wenn wir gesündigt haben, indem wir dies in der Vergangenheit nicht taten, heute, am Tage vor dem letzten Sündenfall, wollen wir unsere Pflicht erfüllen und die Gesamtheit unserer Kräfte darauf verwenden, daß der Friede unter den Völkern geschaffen werde. Wenn Rasende vor dem göttlichen Licht hartnäckig die Augen der Vernunft und des Herzens verschließen und zur Verwendung der modernen Waffen bereit sind, so sollen sie es tun. Aber wir, wir verwerfen diese Verwendung bedingungslos.

Es gibt Bewegungen für den Frieden; die größte von ihnen ist weltlich, und Millionen ihrer Mitglieder nennen sich Atheisten und sind uns fremd, oft feindlich. Wir werden eine noch gewaltigere Bewegung bilden, wir werden eine geistige Sturmflut auslösen. Wir werden im Namen des Friedensgottes handeln. Kein weltliches Interesse wird uns anfeuern, sondern allein das Interesse der Gerechtigkeit und der menschlichen Brüderlichkeit im Hinblick auf den endgültigen Frieden in Gott. Und wenn Millionen von sogenannten Atheisten sich vereinigen, um von Abrüstung zu reden, wird es andere Millionen von Katholiken, Protestanten, Orthodoxen, Juden, Muselmanen, Indern und Buddhisten geben, die sich auch zusammentun. Die Quantität wird also da sein und noch mehr die Qualität, denn diese Millionen werden sich mit dem Feuereifer von wirklichen Gläubigen erheben. Und wir, die Kirchen, werden diesen neuen Kreuzzug durchführen.»

Führen sie ihn durch? Was sie tun, ist eher ein Kreuzzug der verschränkten Arme. Zahlreiche Gläubige widmen sich mit Leib und

Seele der Sache des Friedens. Aber ohne Erfolg, denn nur eine Bewegung, die von den obersten Spitzen käme, wäre imstande, die Massen mitzureißen. Doch die Kirchenführer ergreifen keinerlei Initiative, außer etwa in der Fürbitte.

Das bedeutet soviel wie die Arbeit, die Gott ihnen aufgetragen hat, auf Gott abzuladen. Anders gesagt, sich zu weigern, das zu erfüllen, was sie allein erfüllen können und sollen; und, da es keinen Mittelweg gibt, den Krieg gewähren zu lassen, weil sie sich nicht für den Frieden einsetzen wollen. Wie kann man das anders nennen als Gott verhöhnen? Und wie sollte man nicht erschüttert sein vor diesem Versagen der geistigen Führer?

Ich schreibe diese Zeilen weder als Polemiker noch als Satiriker noch als Hetzer, sondern als Gläubiger, der sich nicht dazu entschließen kann, eine solche Lage anzunehmen ... Man betrachte diese Schrift nicht als Anklage gegen irgendwelche Personen und noch weniger als Verurteilung. Wir sind alle solidarisch, wir tragen alle zusammen das Gewicht der begangenen Fehler. Wer würde mir erlauben, mich als Richter aufzuwerfen? Ich verkünde nur meine Trostlosigkeit, ich verkünde sie inmitten einer Wüste der Gleichgültigkeit. Eine erstickende Stille herrscht in unseren Landen, wie vor einer Sintflut. Eine Art Erstarrung.

Es stimmt, daß die Kirchen weiter ihr Amt ausüben, die Glocken läuten; die Gläubigen, ein schwarzes Buch in der Hand, betreten das Haus des Herrn. All dies scheint nur noch eine leere Mechanik zu sein, deren Feder noch funktioniert und die man, wenn nötig, immer wieder aufziehen kann. Eintöniges Geräusch, schlimmer als das Schweigen. Die Kirchen haben lange Wunder der Frömmigkeit vollbracht. Sie haben die Menschen über sich selbst erhoben und haben ihre Zivilisation zur Blüte gebracht. Selbst wenn sie im Geheimen Verrat übten, waren ihre Wohltaten noch so groß, daß man darob ihre Fehler vergaß. Aber nun haben die Wohltaten unmerklich abgenommen, während umgekehrt der Verrat immer stärker und schädlicher wurde. Es ist zu einem kritischen Punkt gekommen, eine Schwelle ist überschritten worden. Heute haben die Kirchen ihren inneren Sinn verloren, und wenn sie auch den Schein des Lebens weiterbehalten, so handelt es sich doch nur noch um Automaten.

Die Kirchen verraten, indem sie die Sünde des Krieges nicht mißbilligen und praktisch nichts tun, um zu verhindern, daß sie begangen wird. Diese Sünde hat heute einen solchen Umfang angenommen, daß sie von einem Gläubigen nicht mehr und in keiner Weise geduldet werden kann. *Robert Junod*

Aus: *Junod, «Les Eglises trahissent»*, Ed. Perret-Gentil, Genf 1960.

Schutz dem Unbekannten Kinde!

I.

«Was haben wir, die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs, getan, um unsere Rettung zu rechtfertigen?» Ich hatte die Tatsache, verschont geblieben zu sein, genau so gedankenlos hingenommen wie viele andere. Dann aber traf ich die Atomopfer von Hiroshima . . . Seither weiß ich, daß wir, die Generation derer, die «noch einmal davongekommen sind», unsere ganze Kraft darauf verwenden müssen, daß unsere Kinder nicht nur so zufällig überleben wie wir.

Robert Jungk, «Strahlen aus der Asche», Seite 318.

Robert Jungk, der nach Hiroshima ging, um «die interessante Geschichte einer fremden Stadt aufzuschreiben», bekennt in seinem Buche, dem die obigen Worte entnommen sind,* je länger er sich damit beschäftigt habe, desto deutlicher sei ihm geworden, daß er nicht außerhalb und über dieser Geschichte stand, sondern ein Teil von ihr war. Er hat sich tief in Einzelschicksale der mit knapper Not Überlebenden eingefühlt, und das Unheil und Unrecht an den Kindern — nicht nur an den grausam Getöteten, auch an den der Nachernte des Krieges seelisch Preisgegebenen — hat ihn zuinnerst ergriffen.

Gespräche mit gütigen, liebevoll sorgenden Waisenhausleitern gaben ihm erschreckende Einblicke, was in den Kinderseelen zerstört worden war. «Die Kinder von Hiroshima hatten die Erwachsenen verachten gelernt. Während der Panik hatten sie scheußliche Szenen der Brutalität, der rücksichtslosen Lebensbehauptung mitangesehen. Erwachsene Männer hatten halbwüchsige Jungen und Mädchen niedergetrampelt, sie hatten den Schwächeren oft das letzte Wasser weggetrunken. Rücksichtslos hatten sie gezeigt, daß sie die Stärkeren waren. Und nach dem Krieg — so hat mir einer der Direktoren der Waisenanstalt Ninoshima erzählt — war es immer wieder vorgekommen, daß sich Verwandte angeeignet hatten, was eigentlich den Kindern der umgekommenen Eltern gehörte.» «Die Kinder», so sagte er, «denken jetzt, die Erwachsenen hätten sich vor der Katastrophe ihnen gegenüber nur verstellt, und haben sich geschworen, nie wieder auf ihre großen Worte hereinzufallen!»

Dies ist ein und dasselbe japanische Volk, dessen Kriegs- und Alltagslebensordnung in seiner Feudalzeit von echter und edler Ritterlichkeit getragen und durchdrungen war: «fair play» auch im Kampf; Anerkennung als Feind nur, wer würdig war, im Frieden ein Freund zu werden; Schonung des unterlegenen Feindes; größter Stolz des von jung auf im Schwertgebrauch geübten Samurai (Ritter), seine Waffe nie mit Blut zu beflecken, weil der größte Sieg unblutig ist, und Mitgefühl über allem. *Ignazo Nitobé*, Christ, Gelehrter und sieben Jahre

* Verlag Scherz, Bern 1959.

lang Delegierter Japans im Genfer Völkerbund, hat dies in seinem schönen Buche «Bushido», das in zehn Sprachen übersetzt wurde, dargestellt, und die Japankenner *W. E. Griffis* und *Lafcadio Hearn* haben bestätigt, daß diese Verhaltensweisen der Oberschicht in hohem Maße auch die des einfachen Volkes geprägt haben, bis die westliche Zivilisation eindrang und alles nivellierte. Kein Wunder, daß die Appenzellerin *Katharina Sturzenegger*, die *Henri Dunant* 1905 aus Heiden voller Sorge auf den russisch-japanischen Kriegsschauplatz entsandt hatte, ihm von vorbildlich liebevoller Fürsorge der Japaner für russische Gefangene berichten konnte und auch sonst von dem humanen Wesen, zum Beispiel im Strafvollzug, so tief berührt war, daß sie sich kaum wieder von Japan trennen mochte.

Man könnte kaum ein besseres Beispiel als diesen Gegensatz von einst und jetzt in Japan wählen, um zu kennzeichnen, wie ehedem sogar der Waffenkrieg ein individuelles und kollektives Verhalten erlaubte, das trotz allem noch vornehme und humane Züge zuließ, und wie im Kontrast dazu moderne «Waffen», die keine Waffen mehr sind, im «Ernstfall» offenkundig und zwangsläufig ein Verhalten mit sich bringen, das seine Schatten schon vorauswirft in der Politik des Terrorgleichgewichts, des «Friedens» durch Vergeltungsdrohung und der von Haß und Mißtrauen erfüllten Atmosphäre, die dabei unvermeidlich ist.

Beide Aspekte: die unvorstellbare Brutalität, die ein Krieg mit A-, B- und C-Waffen — die gegen den Willen der Höchstverantwortlichen infolge Irrtums, Panik oder Verstörtheit losgehen können, solange sie vorhanden sind — zur Folge hätte, und die Welt des Mitgefühls und der Herrschaft des Rechts anstelle der Macht, die wir praktisch aufbauen können, wenn die Völker vom Rüstungszwang befreit werden, leuchten uns entgegen im jüngsten Buche des Friedens-Nobelpreisträgers von 1959, *Philip Noel-Baker, M. P.*, «The Arms Race» — der Rüstungswettlauf —, 1958 bei Stephens, London, in erster Auflage und soeben in zweiter erschienen. Diese Stimme «gleicht der eines Rufers in der Wüste und warnt die Völker vor dem nahenden Gericht, zeigt uns aber auch immerfort, wie am Horizont ein Licht aufleuchtet und uns auf den Weg zu Glück und Frieden unter den Menschen weist», heißt es in der Urkunde bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Derby an den Verfasser, der seit rund 24 Jahren einen Wahlkreis derselben im Britischen Unterhaus vertritt. Diese Bilder sind nicht etwa Phantasiegebilde eines Visionärs in apokalyptischer oder idealistisch prophetischer Schau. Vielmehr drängen sich diese Kontrastbilder dem noch nicht ganz abgestumpften Vorstellungsvermögen des Lesers selber auf, der mit wachem Sinn und Gemüt die bewundernswert disziplinierte, sachliche Darstellung auf sich wirken läßt, hinter der freilich bei allem Verzicht auf Moralisieren der Pulsschlag einer warmen Menschlichkeit spürbar ist.

Auf Grund vierzigjährigen miterlebenden Studiums aller Abrüstungsprobleme und Mitarbeit an ihrer Lösung völkerrechtlicher, technischer und psychologischer Art an der Pariser Friedenskonferenz 1919, als Mitglied des neuen Völkerbundsekretariats in Genf, als Erster Berater *Arthur Hendersons* an der Abrüstungskonferenz 1932, als britischer Parlamentarier und mehrmals Staatsminister, dazwischen Professor für internationale Beziehungen an der Universität London — in allen diesen Eigenschaften Geistesgefährte und Fortsetzer von politischen Bahnbrechern wie *Fridtjof Nansen* und *Lord Robert Cecil*, leitet uns der Verfasser durch die Geschichte des Kampfes für die Weltabrüstung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Freudig, aber auch mit tiefem Erschrecken nehmen wir wahr, in allen Einzelheiten mit äußerster wissenschaftlicher Exaktheit belegt, daß diese Geschichte keineswegs nur der Trauermarsch war, als die sie uns zumeist dargestellt wird. Uns wird glaubwürdig und streng dokumentiert vor Augen geführt, *wie* nahe sachlich mehrmals ein günstiger Abschluß und Übereinstimmung zwischen Ost und West über wesentliche Punkte einschließlich Kontrolle waren — und daß im kritischen Moment unsachliche Quertreibereien, persönliche Verärgerung, unüberwindlicher und ungeprüfter Argwohn der Diplomaten alles zu Fall brachten. Einleuchtend wird anhand der Verhandlungen und des Auftrags der 14. UNO-Vollversammlung im Herbst 1959 die heute noch ganz nahe und konkrete Möglichkeit eines längst allseitig vorbereiteten *umfassenden Weltabrüstungsvertrags* gezeigt mit stufenweiser Durchführung, Inspektion und Kontrolle, wie ihn der Westen schon 1952 in der UNO-Kommission verlangte «nicht zur Regulierung, sondern zur Verhinderung des Krieges, indem man ihn der Natur der Sache nach . . . praktisch unmöglich macht», und wie ihn heute, entgegen früherer Obstruktion, die Sowjets mit allen nötigen Zugeständnissen als richtunggebendes Ziel fordern und anbieten.

Das Gegenbild steht vor uns auf, wenn wir dem Autor folgen, wo er uns mit unerbittlicher Schärfe und gleicher Sachlichkeit in die Entsetzlichkeiten des heute vorbereiteten ABC-Kriegs einführt, die zu untersuchen er sich überwunden hat, um uns zu warnen. Wenn *Plato* den *Mut* definiert als «ein Wissen, was ein Mensch zu fürchten hat und was nicht», dann finden wir hier den höchsten, von stärkster Wahrhaftigkeit geleiteten Mut in einer Zeit, in der wir, nach *Günther Anders'* Wort, «Angst vor der Angst» haben; psychologisch nach *Heinrich Meng* ausgedrückt: in der wir die berechtigte und notwendige «Realangst» verdrängen und damit einer allgemeinen, dumpfen, lähmenden, Haß und Mißtrauen ausbrütenden Angst Raum geben. *Der norwegische Storthing* hat diesen *Mut der Durchschauung* sowohl des heute greifbar Möglichen — wenn der Völkerwille sich antreibend hinter die Diplomaten stellt — als des Unheils eines ziellos weiter rasenden Rüstungswettlaufs gekrönt. Und dies nicht nur als verdiente Anerkennung dieser hohen Aufrichtigkeit, gepaart mit kritischem Un-

terscheidungsvermögen. Ein Licht ist auf den Scheffel gestellt worden, damit es die Geister rundum erhelle und den Willen wecke, die Menschheit zu schützen und ihr das Tor zur echten Gemeinschaft in einer entwaffneten Welt zu öffnen.

Man muß es selbst lesen, um es zu fassen. Das Buch wird demnächst deutsch im Kindler-Verlag, München, erscheinen, herausgegeben von der «Forschungsgesellschaft für Friedenswissenschaft», München. Wir denken an ein anderes Buch, das die Welt 1947 aufgerührt hat und das *Einstein* «die Antwort auf die Atombombe» nannte: *Emery Reeves*, «Die Anatomie des Friedens» (Europa-Verlag Zürich), das uns nahe brachte, wie nach der totalen Abrüstung aller Länder eine Weltordnung erstehen kann, die auf Gesetzesbasis oberhalb der Nationen beruht und die nicht nur eine Vereinigung der Regierungen, ein Bund der Völker ist: vielmehr darüber hinaus *ein Bund aller Menschen*, die ihm konkret (concretum = zusammengewachsen) zugehören, weil sie durch eine gemeinsame Rechtsordnung zugleich gebunden und geschützt sind — während die Weiterrüstung die beinahe mathematisch genaue Formel für die Herbeiführung eines dritten, des grauenhaftesten und wohl des letzten Weltkriegs ist . . . Von E. Reeves' Buch sind seinerzeit 27 Ausgaben in 18 Sprachen und eine in Blindenschrift erschienen. *Noel-Bakers* dokumentarisches Werk verdient und erfordert eine ebenso große Verbreitung, damit seine Botschaft, *daß* und *wie* es geschehen kann, und daß es *bald* sein muß, gleich einer olympischen Flamme von Land zu Land wandert, die Köpfe klären hilft und die Herzen entzündet.

II

Geht dies alles uns als die beauftragten Schützer der Kindheit, als die Garanten ihrer Zukunft, soweit sie mit in unserer Hand liegt, in besonderem Maße an? Als die Schwedin *Ellen Key* vor zwei Menschenaltern nach einem «Jahrhundert des Kindes» rief, hatte sie weit mehr eine Warnung als eine Vorhersage im Sinn — Prophetie nur so weit, als es Dichtermund im Sinne des geistigen Auftrags der alten Propheten bisweilen gegeben ist, aufzurütteln und den Finger auf die wunden Stellen zu legen, wenn Not und Arglist der Zeit eine kraftvolle Wendung gebieten. Seither ist im engeren Bereich der Pädagogik viel geschehen, um den Kindern ein innerlich freieres Aufwachsen in der Kinderzeit zu verschaffen. Die «Internationale Kinderhilfe», Sitz Genf (UIPE), die das 1920 von *Eglantyne Jebb* geschaffene «Kinder-Rettungswerk» fortführt und ausbaut, und die UNICEF gehören zu den tröstlichsten Erscheinungen der Zeit. Aber ist ihre Notwendigkeit nicht auch zugleich ein alarmierendes Warnzeichen dafür, wie grausam kindesfeindlich unser Jahrhundert in seiner Gesamtstruktur geworden ist? Es liegt in der Natur ihrer Aufgaben, daß diese Institutionen mehr heilend oder wenigstens lindernd als neues Unheil ver-

hütend wirken können, obgleich ihre Maßnahmen vielfach auf weite Sicht aufbauend geplant sind.

Was haben wir auf die Frage *Robert Jungks*, die diese Betrachtung eingeleitet hat, zu antworten? *Ed. von Schenck* sagt von jenem Buch, es sei ein Ereignis, weil es «nichts als die Wahrheit» im Spiegel eines Menschen unserer Zeit und Art bringen will, der auch vor dem Grauenhaften nicht zurückschreckt, aber ohne von passiver Unterwerfung unter eine hinzunehmende ausweglose Tragik besessen zu sein — weil er an den *Menschen* glaubt. Und er glaubt an ihn, weil er ihn auch unterhalb der Symptome der Unmenschlichkeit, die in der Nachernte des Krieges ihr Unwesen trieb, in den leib-seelisch geschädigten Japanern, mit denen er in Beziehung trat, aufzuspüren wußte. Dieses Sicheinfühlen in fremdes Schicksal und Leid ist den Millionen Menschen — Offizieren und Soldaten, Wissenschaftern, Technikern und Männern und Frauen im Arbeiterstand, die in der Militärforschung und -planung oder in der Rüstungsindustrie tätig sind, versagt. Die amerikanische Zivilverteidigung spricht von «*Megabods*», die britische von «*Megacorpse*», was soviel bedeutet wie eine Million Leichen. Diesen abstrakten Begriff braucht man, um zu berechnen, wieviel Tote es durch eine bestimmte Zahl von Bomben gewissen Kalibers über einem Gebiet von soundsoviel Umfang geben wird, wie viele Einwohner vielleicht am Leben bleiben und was sonst einkalkuliert werden muß. Ein kühler – als Privatmensch vielleicht warmherziger – amerikanischer Forscher, *Fritz Sternberg*, führt in einem Buch «The Military and Industrial Revolution in Our Time» aus, die USA sollten ausgiebige Zufluchtsmaßnahmen treffen, denn ein totaler Bombenangriff könne sie 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung kosten, was zuviel wäre; aber ein lebenskräftiges Land könne gut den Verlust von 10 Prozent der Einwohnerschaft ertragen — bei, sagen wir, 170 Millionen «nur» 17 Millionen am Feuer- oder Strahlentod sterbend, «nur» 17 Millionen Familien in Herzeleid gestürzt . . . Es ist begreiflich, daß die mit solchen Vorbereitungen Befaßten das natürliche Gefühl abschirmen, ihre Phantasie ausschalten und mit Zahlen und Abstraktionen operieren müssen — denn wie sollten sie es sonst übers Herz bringen, ihre Arbeit zu tun? Oder wäre es vielleicht die Rettung der Menschheit, wenn sie mit einem Schlage wüßten, was sie tun, und sich mit einem entschlossenen «Nimmermehr» dagegen aufbäumten und den Dienst verweigerten?

Der *Dichter Rabindranath Tagore*, der fernöstliche und westliche Kultur zu wechselseitiger Befruchtung zu bringen suchte, hat als echter Freund Europa den Spiegel vorgehalten, damit es seine Fehlentwicklung erkenne und sich wandle. «Dieser beständige, ungeheure, mechanische Druck des Leblosen auf das Lebendige ist es», schrieb er 1921 («Nationalismus», Kurt-Wolff-Verlag, München), «worunter die heutige Welt stöhnt . . . Der Westen hat systematisch seine sittliche Natur versteinert, um eine Grundlage zu haben, auf der abstrakte Ungetüme

die größte Wirksamkeit entfalten können ... Wenn wir ganze Menschen sind, so können wir einander nicht an die Kehle fahren; unsere sozialen Instinkte, die Tradition unserer sittlichen Ideale hindern uns daran. Wenn man mich dazu bringen will, daß ich menschliche Wesen hinschlachte (oder ihre Ermordung vorbereiten helfe), so muß man die Ganzheit meines Menschentums durch etwas zerstören, was meinen Willen tötet, mein Denken lähmt, meine Bewegungen mechanisiert und dann wird ... jene Abstraktion hervorgehen, jene zerstörende Kraft, die nichts mehr mit wahrer Menschlichkeit zu tun hat und daher leicht brutal wird.»

Wir aber wollen, beschwingt durch die noch unzerstörte Ganzheit des Menschseins, die uns im Wesen des Kindes entgegentritt, resolut den entgegengesetzten Weg gehen. Auch *Goethe*, der wie Tagore fernöstliches Schauen und westliches Denken in sich zur Einheit brachte, weist uns auf diesen Weg. «Was ist das Allgemeine? Der einzelne Fall. Was ist das Besondere? Millionen Fälle.» Wir wollen in jedem fröhlichen, der Welt vertrauenden Kinde, das wir in unser Herz schließen, zugleich die Millionen seinesgleichen sehen, die nicht nur im äußersten Fall durch kriegsbedingten Tod — den Pestalozzi ehrlich «Menschenmord» nannte —, sondern auch vom Aufwachsen in einer von Terror und Vergeltungsdrohung verstellten Welt bedroht sind. Und wenn wir von «Megabods» oder «Megacorpse» oder wie die vertuschenden Abstraktionen heißen mögen, hören oder lesen, so haben wir uns zu überwinden, uns darunter unendliche Scharen lebendiger, unbefangen aufgeschlossener Kinder vorzustellen, jedes von ihnen sehr ähnlich denen, die unmittelbar in unsere Hut gegeben sind. Auch das *«Unbekannte Kind» hat Anspruch auf unsere Menschenliebe.* «Alle Wissenschaft der Welt ist nichtswürdig, so sie mit den Tränen der Kinder erkauft wird» — so läßt uns *A. Den Doolard* in seinem an unsern den Kindern zugewandten Herzen kräftig rüttelnden Buch «Die Zukunft in deinen Händen» *Dostojewskis* Stimme zu uns sprechen. Es bedarf eines neuen «Kinderkreuzzugs», zum Besten der Ahnungslosen von uns als ihren Betreuern geführt, damit wir nicht anstatt Beschützern durch passives Geschehenlassen zu ihren Verderbern werden.

Will sich der Einwand erheben, die Schweiz sei ja an politischen Spannungen und möglichen Kriegsursachen nicht schuld? Gewiß nicht — aber fällt uns nicht eben darum eine Vermittlerrolle zu, nicht nur politisch, wozu sich ihr in Genf viel Gelegenheiten bieten, auch in der Hebung der Weltmeinung aus Gleichgültigkeit oder Fatalismus — den *Ph. Noel-Baker* als die größte Gefahr für den Frieden bezeichnet — zu tatkräftiger Abwehr der wachsenden Bedrohung im Wettrasen zur Vorbereitung immer brutalerer Tötungsmittel, die, wahrgenommen oder nicht, immer mehr Gefühl abtöten und unbemerkt das Gift der Anerkennung von bitterer Vergeltung als sittlich berechtigt in junge Seelen streuen? Der verstorbene Basler Hirnforscher *Carl Hen-*

schen, der pädagogisch stark interessiert war, hat — *Freuds* Lehre von der Empfindsamkeit des Unbewußten von der physiologischen Seite her bestätigend — die Lehrer und Erzieher gewarnt, sich besser darum zu bekümmern, was für ein feinfühliger, erzieherischer Modellierstoff das Kindergehirn ist. Wir wollen die Kinder zur Achtung vor Menschenrecht und -würde erziehen. Können wir das in einer Welt, die über das Lebensrecht Unschuldiger hinweggeht und es mit der Menschenwürde vereinbar findet, teuflische Vernichtungsmittel gegen Schuldlose bereitzuhalten, sei es auch «nur» zur Abschreckung und «wenn es sein muß» doch zum Gebrauch?

Dies wären bloße moralistische Überlegungen, wüßten wir nicht dank der Forschung und dem lebenslangen Geisteskampf eines so Unbestechlichen und Klarblickenden wie *Ph. Noel-Baker* und andern, daß *die Weltabrüstung*, die diesem Rasen Einhalt gebietet, *realistisch möglich ist* — daß die materiellen Abweichungen der Vorschläge wiederholt der Überbrückung ganz nahe waren und daß nur von uns, den Völkern und ihren Bürgern, der gebieterische Anstoß für die Diplomaten kommen kann, ihre psychologischen Hemmungen und Unfähigkeiten zu überwinden und menschlich und sachlich zu verhandeln.

Wir haben geschichtlich gelernt, daß die besten Abkommen zur «Ächtung des Krieges» oder zu seiner Humanisierung im Kriegfall überrannt werden. Nun müssen wir in positiver Richtung lernen, daß die völlige Abschaffung des Krieges, sobald die Versuchung zum Waffengebrauch nicht mehr vorhanden ist, keine Utopie, vielmehr dringendste Möglichkeit und Notwendigkeit ist. An beides, *die konkrete Beseitigung der Kriegsmöglichkeit* und an den Neuaufbau einer vom Rüstungszwang befreiten Welt durch Herrschaft des Rechts und Zusammenarbeit der Verschiedenen, hat *Fridtjof Nansen* — dessen Voraussagen kühnster Art immer eingetroffen sind — fest geglaubt und uns durch Anbahnung einer in seinem Bereich erfolgreichen Friedenspolitik großen Stils den Weg gewiesen — und nur zu wenig Nachfolger gefunden. Einer von ihnen, schon zu Nansens Lebzeiten sein Gefährte, ist der in Oslo preisgekrönte Kämpfer für Frieden und Recht, der uns alle braucht, damit wir zum Besten der Kinder und unser aller die von ihm aufgedeckten Wahrheiten erkennen und ergreifen.

«Erschaffe Welt zu ihrem Brauch
Die ungeborenen Geister auch
Begehren Weltgebilde.»
Christian Morgenstern

Elisabeth Rotten

Saanen, B. O., geschrieben am 18. Mai 1960, «Tag des guten Willens».

Tibet im Weltgetümmel

(Fortsetzung)

Nirgendwo ist die Stellung der Frau so eigenartig wie in Tibet. Das weibliche Geschlecht gilt nicht als minderwertig, sondern als dem Manne gleichwertig, auch in Geldsachen. Eheschließungen werden vom Lama gesegnet, und Ehebruch gilt als Sünde. Besonders auf dem Lande ist es üblich, daß ein Mädchen, wenn es in eine Familie mit mehreren Söhnen heiratet, automatisch die Brüder ihres Erwählten oder von den Eltern Bestimmten mitheiratet. Ihre Ehemänner nehmen ihren Namen an. Daß dadurch die Bestimmung der Vaterschaft von Nachkommen schwer, oft unmöglich wird, scheint kein Problem zu sein. In seinem vorher erwähnten Buch teilt de Riencourt mit, daß oft Ehefrauen ihre drei oder mehr Ehemänner mit eiserner Faust regieren. Solch eine den Pantoffel schwingende Ehefrau kam mit ihm ins Gespräch, als sie hörte, daß er Amerikaner sei. Ganz unschuldig fragte sie ihn: «Hat man in Amerika die Harems abgeschafft, oder leben die Frauen dort im gleichen Elend wie die Frauen in Indien?» Allbekannt ist es, daß sexuelle Ausschweifungen üblich und venerische und andere Seuchen weit verbreitet sind, was natürlich die Armen in ihren von Schmutz und Ungeziefer starrenden Lehmställen viel härter trifft als die Wohlhabenden, die sich Heilmittel des Auslandes schon seit langem beschaffen konnten. Von seinem Gönner, dem Krösus Tsarong Shapé, berichtet de Riencourt, daß in seinem Herrenhaus nichts an westlichem Komfort fehlte. Eine Dieselanlage versorgt das Haus mit Wasser und Licht, sein Badezimmer kann sich mit dem eines Neuyorker Luxushotels messen. Hohe geistliche und Regierungswürdenträger haben in dieser Richtung ebenfalls nichts zu leiden, ein Zeichen, daß die jahrhundertealte Isolierung nur noch für die niederen Massen besteht. Auch die Rachegötter und Dämonen haben praktisch in hohen Kreisen gründlich abgedankt. Wer sich's leisten kann, lächelt darüber. Ein System, das in alten Zeiten seine Dienste tat, ist heute durch und durch morsch und zum Einsturz reif geworden. Nach den Beobachtungen von Douglas und anderen wissen das viele Einsichtige unter dem Adel und der Geistlichkeit, man spricht von 30 Prozent und mehr, und viele haben sich bemüht, Reformen einzuführen, für die auch der Dalai Lama zu haben ist. Sie trafen dabei aber bei den status quo-Anhängern auf solchen Aufruhr, Mord und Totschlag, daß sich keiner traut, etwas zu tun. (Wir erleben ähnliches hier in Amerika, die Gleichberechtigung der Neger betreffend.)

Ich möchte nun auf das Buch von Lowell Thomas und die Abenteuer von Vater und Sohn in Tibet zurückkommen. Was trieb sie dazu, im Sommer 1949 in höchster Eile um Einlaßbewilligung in das verbotene Land zu ersuchen, und was veranlaßte die tibetischen, sonst so spröden Behörden, sie ihnen umgehend zu bewilligen? Erinnern wir

uns daran, daß damals die Generäle Tschiang Kai-scheks sich einer nach dem andern mit ihren Armeen und den von Amerika gelieferten Waffen Mao Tse-tung anschlossen und der Sieg der kommunistischen Armeen nicht mehr aufzuhalten war. Im Kapitel «Warum wir eingeladen wurden» wird klar ausgesprochen, daß «die Rotchinesen» mit allen Mitteln daran verhindert werden müssen, Tibet und seine strategischen Möglichkeiten (siehe de Riencourt, Seite 262) an sich zu reißen. Daher zuerst von Seiten Amerikas die Bitte um Einlaß und schnell darauf die Antwort: «Kommt! Ihr seid uns willkommen.»

Hören wir aus dem gleichen Kapitel folgende aufschlußreiche Stelle: «Vor etwa einem Jahr gab das British Foreign Office bekannt, daß eine Expedition in Tibet ‚Erzlager von unschätzbarem Wert' entdeckt hätte. Die Londoner Bekanntmachung nahm dabei stillschweigend an, daß es sich bei dem neuen Fund um radioaktives Material handle.» Ein späteres Kapitel «Gespräche mit Lhasas Würdenträgern» handelt vorwiegend von der chinesischen Gefahr, und wie Amerika helfen kann. Folgende Sätze werfen ein Licht auf Geschehnisse, die sich zehn Jahre später, im März 1959, ereigneten: «Man sprach über Tibets Hauptsorgen: Kommunismus und China. Diese Probleme hatten die tibetische Regierung veranlaßt, uns die Einreiseerlaubnis zu erteilen . . . Die Außenminister hatten nicht die leiseste Ahnung, welche Art von militärischem Beistand sie benötigten . . . Wie sollten sie auch, da sie doch ganz außer Fühlung mit militärischen Entwicklungen in der Außenwelt waren . . .? Was sie am meisten brauchten, sind natürlich tüchtige Guerillatruppen. Um sie auszubilden, braucht Tibet vor allem Waffen und militärische Berater von der Außenwelt, und Waffen, die speziell für den Guerillakrieg geeignet sind . . . Die Berater müssen fähig sein, technische Anleitung im richtigen Gebrauch moderner Waffen und ihrer sachgemäßen Instandhaltung zu geben, sowie den nötigen Drill in den neusten Methoden des Guerillakrieges . . .» Am Schluß ihrer detaillierten Berichte kamen die beiden Minister ohne Umschweife zur Sache: «Sollten die Chinesen Tibet angreifen, wird dann Amerika helfend eingreifen? Eine kaum zu beantwortende Frage. Wir hielten uns in Tibet als Privatleute auf, nicht als offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten . . . Wir konnten höchstens der Hoffnung Ausdruck geben, daß unser Land Tibet freundlich gesinnt sein möge. Tatsächliche Unterstützung wäre von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten abhängig.»

Das war eine ehrliche Antwort auf die knifflige Frage.

Nach der Rückkehr von Vater und Sohn wurde die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten dahin bearbeitet, daß Tibet ein selbständiger, von China unabhängiger Staat sei, und daß China gut tue, die Hände davon zu lassen, da eine etwaige Invasion von der freien Welt nicht geduldet werden könne.

Damit wurde die Frage: «Ist Tibet ein Teil von China, ein Gebiet mit unbestrittener autonomer Lokalregierung, doch unter Chinas Ober-

hoheit stehend, oder ist es, zwar früher zu China gehörend, seit dem Sturz der Mandschu-Dynastie im Jahre 1911, ein von China unabhängiges, selbständiges Land?» zu einem Streitobjekt im Kalten Weltkrieg und für die USA zu einem der Gründe für ihre Nichtanerkennung des Neuen Chinas.

Als Quelle zur Beantwortung dieser Frage dienten mir das schon erwähnte Buch: «Tibet and the Tibetans», dazu eine im Anfang 1960 herausgegebene wissenschaftliche Studie dieser Frage: «Tibet heute und gestern» von Tieh Tseng-Li, und — last not least: die zwei letzten Bücher der Chinasachverständigen Anna Louise Strong: «Unterhaltungen mit Tibetern», 1959, und «Die Sklaven Tibets erheben sich», 1960.

Es ist mir nicht möglich, alle die tumultuösen Geschehnisse, die sich durch die Jahrhunderte ringsum und inseitig dieses isolierten und doch nie ganz luftdicht abgeschlossenen Landes abspielten, im Gedächtnis zu behalten und gegeneinander abzuwägen. Jedoch *ein* roter Faden zieht sich unbestreitbar durch die ganze bekannte Geschichte Tibets: Das Land ist niemals ein selbständiges Land außerhalb der Landesgrenzen Chinas gewesen. Ich habe eine Anzahl Atlanten und Landkarten alten und neusten Datums angesehen: überall ist Tibet in die chinesische Grenzlinie eingezeichnet. Wohl hat sich das Verhältnis zwischen China und Tibet geändert vom Vasallentum zum selbständigen Familienmitglied. Zollten die chinesischen Kaiser ihrem westlichen Anhang Achtung und schützten ihn im Notfall, dann war Tibet stolz, zum großen «Reich der Mitte» zu gehören. Waren die Dynastien korrupt und kümmerten sich in Peking oder Nanking nicht um ihre abgelegenen Provinzen, dann lag Tibet nichts daran, zu ihnen zu gehören. Doch schloß kein Nachbarland Verträge mit Tibet ohne die Unterschrift des chinesischen Kaisers, der auch jeden neuen Dalai Lama zu bestätigen hatte. Als die Engländer im Jahre 1904 als Beherrscher Indiens durch die Francis Younghusband-Expedition mit Waffengewalt Grenzveränderungen zum Vorteil Indiens und bedeutende Konzessionen und Rechte von der Tibeter Regierung erzwangen, mußte der chinesische Kaiser den «ungleichen Vertrag» mitunterzeichnen, um ihn gültig zu machen.

Als 1911 die Mandschu-Dynastie fiel und der «Sohn des Himmels» durch einen Präsidenten, einen gewöhnlichen Sterblichen, ersetzt wurde, ergriff die tibetische Regierung die Gelegenheit, ihre Unabhängigkeit von China zu erklären. China hat diese einseitige Erklärung nie bestätigt. Aber auf sie stützte Tibet seinen Anspruch und stützt ihn noch heute. Kann es ihn rechtlich aufrechterhalten, nachdem das Chaos von 1911 gewichen und in China eine neue Ordnung erstand, der es zum ersten Mal in seiner Geschichte gelungen ist, seine mörderischen Flüsse zu zähmen, Massensterben infolge von Dürre zu bannen, durch unbestechliche Redlichkeit ein menschenwürdiges Dasein für alle zu erarbeiten?

Wenn man in Betracht zieht, daß gerade diese Taten Neu-Chinas von Tibets Regierung wie der Tod gefürchtet werden, daß die USA nicht China, aber den Lama-Staat, diesem «lebenden Museum des orientalen Mittelalters», seine Anerkennung und seine menschliche Sympathie schenkt und tatsächliche Hilfe gewährt, dabei lüsterne Blicke auf seine Brauchbarkeit als Waffenstützpunkt und auf die ungehobenen, strategisch wertvollen Schätze seines Bodens wirft — kann man dann verdammen, wenn China sich zur Wehr setzt, seine Rechte auf Tibet geltend macht und auch von Indien das 1904 durch Englands «Waffendiplomatie» geraubte Grenzgebiet zurückverlangt?

In welcher Weise ist China bisher vorgegangen? Diese Frage beantworten die beiden genannten Bücher von Anna Louise Strong. Sie wurde 1885 im amerikanischen Staat Nebraska geboren, widmete sich nach ihrem Universitätsstudium und nach Erreichung des Dr. phil. der Kinderfürsorge, zusammen mit einem Quäker-Komitee. Dieses ermöglichte ihr, 1921 nach Moskau zu kommen, um dort als Berichterstatterin des Hearst-Zeitungskonzerns laufend über die revolutionären Entwicklungen zu berichten und die durch das Quäkerhilfswerk gesandten Nahrungsmittel zu verteilen. In ihrem bewegten Leben kam sie 1925 zum erstenmal nach China. Viel später, im Jahre 1937, besuchte sie Mao Tse-tung in seinem nördlichen Zufluchtsort Yenan und schrieb das Buch: «China erobert China». Seit zwei Jahren lebt sie in Peking als Freundin des Volkes und seiner Regierung und als Berichterstatterin der fortschrittlichen Wochenschrift «National Guardian» in Neuyork.

Ihr erstes Buch gibt ihre Unterredungen mit nach Peking geflüchteten tibetischen Leibeigenen, mit einem für Chinas Reformen gewonnenen Aristokraten und dem in China aufgewachsenen Panchen Lama (die Chinesen nennen ihn Panchen Erdeni) wieder. Im zweiten Buch berichtet sie ihre in Lhasa gesammelten Eindrücke und Wahrnehmungen aus erster Hand und die Erzählungen der an den Ereignissen Beteiligten.

Im Oktober 1949 hatte man in Peking die Befreiung ganz Chinas gefeiert. Als die Heere Mao Tse-tungs durch die entlegenen westlichen Provinzen zogen, machten sie vor der an der Schwelle Tibets gelegenen Festung Chambo halt. Gerüchte von Friedensangeboten Tibets schwirrten durch die Luft. Als sich diese nicht verwirklichten, besetzten sie die Festung, ohne Widerstand zu begegnen. Nur mit einigen nördlichen Nomadenhäuptlingen kamen sie ins Gemenge. 4000 Tibeter Soldaten ergaben sich samt ihren Führern. Unter letzteren waren 40 höhere tibetische Beamte und ein Staatsminister. Der mündigerklärte Dalai Lama in Lhasa ernannte diesen Minister zum Führer einer nach Peking bestimmten Expedition zum Zwecke freundschaftlicher Verhandlungen. Am 17. Mai 1951 wurde zwischen der «Zentralregierung von China» und der «Regionalen Regierung von Tibet» ein Übereinkommen mit folgenden Bestimmungen beschlossen:

Tibet wird Selbstregierung und dem Dalai Lama Beibehaltung seiner Macht und seiner Funktionen zugesichert. Die bestehenden religiösen und klösterlichen Einrichtungen und Sitten bleiben unangetastet. Die früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Dalai Lama und dem Panchen Lama sollen wiederhergestellt werden. Die Zentralregierung erhält das Recht, militärische Hauptquartiere und einen militärischen und administrativen Ausschuß in Tibet niederzulassen. Tibets bestehende Armee soll nach und nach in die Armee der Zentralregierung eingegliedert werden. Tibets Geschäfts- und Handelsbeziehungen mit Nachbarländern sollen auf der Basis gleicher Rechte, gegenseitigen Nutzens und gegenseitiger Achtung der souveränen und territorialen Rechte aller Beteiligten geregelt werden. Alle in Tibet anwesenden «imperialistischen und aggressiven Kräfte» müssen ausgewiesen werden.

Diese, in freundlichem Ton gehaltenen Bestimmungen bewirkten, daß der Dalai Lama, der seinen Hof an die indische Grenze verlegt hatte, nach Lhasa zurückkehrte. Gleichzeitig rückten Truppen der Zentralarmee in Tibet ein und bezogen Garnisonen. Der technische und Verwaltungsstab ließ nicht auf sich warten und machte sich daran, Fahrwege und Gebirgsstraßen, Aufforstung, Bewässerungsanlagen, Land- und Viehzuchtreformen sowie das Bauen von Schulen und Krankenhäusern in Angriff zu nehmen.

Die Regierung Maos erstrebte eine *unblutige* Revolution in Tibet. Er wußte, daß solche allein durch das soziale Erwachen der bedrückten Massen kommen konnte. In Geduld wollte er die Wirkung der Wohltaten, die seine Reformen dem Volke brachten, abwarten. Aus dem Wissen um die Zähigkeit jahrtausendealter Traditionen wollte er ihm keinen Zwang in bezug auf seine religiösen Vorstellungen und Gefühle auferlegen in der Erwartung, daß durch die Eröffnung einer Welt des Wissens und der Bildung die Abschüttlung von Aber- und Irrglauben *aus ihm* heraus kommen würde.

Über die Wucht der Gegenarbeit und Obstruktion von seiten der etwa 200 Familien des Hochadels und der Geistlichkeit in Lhasa und der Unterstützung von seiten fremder Mächte machte er sich keine Illusionen.

Dem tibetischen Volk war durch seine geistlichen und weltlichen Herren große Angst vor der chinesischen Armee eingeflößt worden. Es war daher überrascht, als die in Lhasa einziehenden Truppen weder raubten noch vergewaltigten, auch nicht die Einwohner aus ihren Wohnstätten verdrängten, sondern strenge Disziplin übten, ihren Bedarf, auch den kleinsten, bar bezahlten und sich gleich daran machten, den Bauern und Hirten bei der Arbeit zu helfen. Sie hielten sich an das Abkommen vom Mai 1951 und tasteten die religiösen Einrichtungen und Gebräuche nicht an, mischten sich auch nicht in die Geschäfte der weltlichen Regierung. Dagegen machten sie sich mit großer Energie an das Bauen von Straßen, die den Gebrauch von Fahrrädern

und Motorwagen ermöglichten, was Hohen und Niedrigen als erwünscht und nützlich erschien. Konnten doch dadurch die wichtigsten bewohnten Gegenden miteinander verkehren und Waren austauschen. Bald erstand eine Schule, und die Ärmsten konnten die Wohltat eines Krankenhauses erfahren. Moderne Pflüge ersetzten die hölzernen, durch Yaks gezogenen, die sich die Bauern durch Anleihen zu niedrigem Zinssatz erwerben konnten. Die chinesische Behörde kaufte einheimische Produkte zu gutem Preis und versorgte das Volk mit eingeführtem Tee, Zucker, Tabak, Kleiderstoffen, um seinen Lebensstandard zu heben. Kann man sich wundern, daß dies mit großer Begeisterung aufgenommen wurde?

Die chinesische Verwaltung hatte gelobt, bis zum Jahre 1956 mit eingreifenderen Reformen zu warten, und sie hielt diese Zusage.

Um zu ermessen, was schon diese Anfangsreformen den Tibeter Leibeigenen bedeuteten, müssen wir einen Blick auf die Art der Feudalwirtschaft werfen, wie sie seit tausend Jahren bis in die jüngste Vergangenheit in Tibet bestanden hat. (Schluß folgt) *Alice Herz*

Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter

Obwohl das Atomzeitalter schon 15 Jahre alt ist und die Gefahr für die Weltbevölkerung durch das ständige immer zunehmende Wettrüsten jedes Jahr größer wird, ist der organisierte Widerstand dagegen, das Verlangen nach friedlichen Lösungen der Weltprobleme noch viel zu schwach, um eine Wirkung zu erzielen. Aus dieser Erkenntnis sind Frauen aus den verschiedenen Friedensbewegungen aus Ost und West viermal zusammengekommen, um diese allerwichtigste Frage zu besprechen, zuerst in Paris im Mai/Juni 1958, dann in Lausanne im April 1959 und in Brunate* über dem Comersee vom 11. bis 12. Juli 1959.

Das vierte europäische Frauentreffen im Zeichen der «Verantwortung der Frau im Atomzeitalter» fand vom 28. bis 30. Oktober 1960 in der schönen österreichischen Stadt Salzburg, im Herzen Europas, statt. Rund 100 Frauen aus 17 Ländern Europas trafen sich im Kongreßhaus von Salzburg. Für die 14 anwesenden Schweizerinnen war es etwas ungewöhnlich, so frei mit Frauen aus Osteuropa über Wege zur Entspannung und Abrüstung sprechen zu dürfen. Leider haben die zwei angemeldeten Frauen aus der Sowjetunion ihre Visa zu spät erhalten, um noch rechtzeitig einzutreffen. Ungewöhnlich war es auch,

*Sonderdrucke über den Frauenkongreß von Brunate sind zu beziehen bei der Administration der «Neuen Wege», Manessestraße 8, Zürich 4.

die Präsidentin der österreichischen Frauenvereinigungen unter den Delegierten zu sehen, die sich über die Grenzen hinweg um die Lösung dieser schwierigen Probleme bemühen. In ihrer Begrüßung der Teilnehmerinnen erinnerte *Frau Henriette Hainisch* an die Bestrebungen Bertha von Suttners für den Frieden, an ihr 1889 erschienenes Buch «Die Waffen nieder!» und an die 1890 gegründete erste österreichische Friedensgesellschaft.

Die Präsidentin des Verbindungskomitees, *Frau Professor Gertrud Woker*, deren langjähriger, unermüdlicher und mutiger Kampf um den Frieden den Lesern der «Neuen Wege» wohl bekannt ist, sprach in ihrer Eröffnungsrede von den Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, von der Atomgefahr und dem Mißbrauch der medizinischen Wissenschaft zum Selbstmord der Gattung Mensch. «Man wird in Zukunft nicht nur mit dem atomaren ‚fall-out', sondern mit dem biologischen ‚fall-out', beziehungsweise mit der Verseuchung der Luft, des Wassers, des Erdbodens mit krankheitserzeugenden Keimen zu rechnen haben. Mit dem faßbaren Giftstoff, dem Toxin, ist die Verbindung hergestellt zwischen der biologischen und der chemischen Kriegsführung.» An Hand der modernen Waffen, die zu unser aller Ausrottung bereitstehen, zeigte Frau Professor Woker «welch ungeheurer Gefahr nicht etwa nur die kombattanten Truppen, sondern ebensosehr die Zivilbevölkerung der ganzen Welt gegenüberstehen. An alle Völker der Erde richtet sich darum der Appell dieser Konferenz. Es ist ein Notschrei, tausendfach verstärkt durch die Gefahr der Stunde, der Notschrei der großen österreichischen Vorkämpferin für den Frieden, Bertha von Suttner: ‚Die Waffen nieder!'»

Madame Elsa Bergamaschi, Professor der Philosophie, aus Italien, wies anderseits darauf hin, wie rapid sich die Welt um uns ändert und wie langsam sich unsere psychologische Anpassung an die neuen Gegebenheiten entwickelt. Unsere Auffassungen sind so tief verwurzelt, daß es schwierig ist, sie neu zu formen. «Das geozentrische System wurde im Mittelalter als wahr angesehen, aber nach Kopernikus und Galilei als falsch erkannt. Das Hinschlachten von Ungläubigen, das zur Zeit der Kreuzzüge als höchst moralisch und lobenswert angesehen wurde, wird heute verdammt.» Doch wie langsam kommen solche Erkenntnisse. Ein Beispiel von Gesinnungswechsel sieht Madame Bergamaschi in der Erklärung von 121 Intellektuellen Frankreichs, die sie verpflichtet, das Lebensrecht der Menschen und ihre freie Entscheidung wie die der Völker anzuerkennen, indem sie die von der Tradition und den politischen Einrichtungen hochgepriesenen Pflichten, die uns heute zwingen wollen, das Verbrechen des Krieges, der Verfolgung und der Folterung zu akzeptieren, zurückweisen. Die Ideen der italienischen Professorin verdienten es, von Lehrerinnen (und Lehrern) aller Länder Europas zu Herzen genommen zu werden. Die Erzieher sollten die Kinder zur Einsicht bringen, daß der Krieg sinnlos und ab-

scheulich ist. Durch ihre Lehrtätigkeit sollten sie die psychologische, soziologische und politische Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Völker schaffen. Die Kinder müssen lernen, daß ihr Land nur durch die Zusammenarbeit mit allen andern Ländern gedeihen kann. Eine der großen Aufgaben der Gesellschaft besteht nach der Referentin darin, die verschiedenen Völkergruppen in einer sozialen Symphonie zu orchestrieren.

Welcher Abgrund uns von diesem Zusammenklingen der Arbeit der Völker trennt, zeigte uns *Dr. Elisabeth Rotten*. Wir müssen die Gefahr des Wettrüstens überwinden, was uns um so schwerer fällt, als unsere Phantasie seit Kriegsende durch das Kreisen unserer Gedanken um immer grauenvollere Vernichtungsmöglichkeiten abgestumpft worden ist. Im Jahre 1946 waren die Menschen durch die Berichte über die Wirkung der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki erschüttert. Heute spricht man von einer solchen Bombe als «konventionell». Heute braucht man in der Zivilverteidigung Ausdrücke wie «Megabods» und «Megacorpse», um damit *eine Million Leichen* zu bezeichnen.

Ein weiterer Beitrag zu dieser Diskussion kam von der deutschen Psychotherapeutin *Frau Christel Kupper*. Sie mußte leider feststellen, daß der Aufruf der Frauen an das Weltgewissen bisher nicht erfolgt ist. Er ist nicht hörbar geworden, obwohl die Ehrfurcht vor dem Leben, der Schutz des Lebens die ureigenste Aufgabe der Frau ist. Wir sind noch nicht Wortführer der Vielen, sondern Pioniere, deren Aufgabe darin liegt, zunächst im eigenen Denken sicher und fest zu werden und dann die anderen zu überzeugen, ihnen die Fakten unserer Welt begreiflich zu machen und in ihnen die Kräfte zu mobilisieren, die das Neue ermöglichen können.

Der zweite Tag des Frauentreffens war Diskussionen in den Arbeitsgruppen gewidmet, so daß am dritten Tag die Resolutionen im Gremium besprochen werden konnten. Eine Resolution, in Form eines Briefes, wurde an den Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen nach Neuyork gesandt. Sie ersuchte diesen Ausschuß, endlich konkrete Schritte der Abrüstung zu beschließen. Ein Brief ging auch an die Regierungen der neutralen Staaten mit dem Ersuchen, unsere Bestrebungen zu unterstützen.

Leider können wir hier nicht alle Stimmen des Salzburger Frauentreffens wiedergeben. Die Frauen, die dort zusammenkamen, wissen wohl, daß diese dreitägige Konferenz nur einen winzig kleinen Schritt im Kampf gegen die Mächtigen, die den Frieden verhindern wollen, bedeutet, aber sie gingen auseinander mit dem Gefühl, daß sie nicht allein stehen und daß sie heute mehr als je für eine Welt ohne Krieg arbeiten müssen. *M. F.*

Wir gratulieren!

Am 25. November feiert *Gertrude Baer* ihren siebzigsten Geburtstag in geistiger Frische und unermüdlichem Arbeitseifer. Als Mitglied des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit arbeitete sie schon früh mit ihren deutschen Mitbegründerinnen *Dr. Anita Augspurg* und *Lida Gustava Heymann* zusammen und lernte in der Arbeit mit diesen bedeutenden Frauen internationales politisches Denken. Die Einsicht der Notwendigkeit der Arbeit für den Frieden führte sie dazu, diese ihrer musikalischen Begabung vorzuziehen, ein Verzicht, den sie wohl immer noch als solchen empfindet.

Als ständige Vertreterin der Frauenliga in der UNO, und dort besonders im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), beim Internationalen Arbeitsamt (BIT) und beim Welternährungsamt (FAO), hat sie Gelegenheit, ihre reiche Erfahrung und ihren politischen Weitblick fruchtbar einzusetzen. Unsere Zeitschrift ist durch sie immer wieder gefördert worden, weniger in Artikeln als durch zahlreiche Anregungen, durch die sie sozusagen ein Mitglied unserer Redaktionskommission ist. Wir sind ihr dafür immer dankbar und möchten diese Dankbarkeit heute auch vor unseren Abonnenten aussprechen.

Wir wünschen *Gertrude Baer* noch viele Jahre geistiger und körperlicher Kraft, um ihre reiche Erfahrung und Einsicht weiter wirken zu lassen, und wir wünschen ihr und uns, daß sich immer mehr die Früchte der Arbeit für den Frieden zeigen, der sie ihr ganzes Leben in unermüdlicher Treue gewidmet hat. *Die Redaktionskommission*

Weltpolitik von China aus gesehen

Am 5. September 1960 gewährte Premier Tschu En-lai dem britischen Journalisten Felix Greene ein Fernsehinterview, in welchem er zu verschiedenen aktuellen Fragen Stellung nahm. Wir geben nachstehend den Schluß dieser Unterredung wieder, in der Annahme, daß sie unsere Leser in mancher Hinsicht interessieren dürfte.

(Entnommen den Nachrichten der Agentur Hsinhua)

Felix Greene: Manche westliche Beobachter halten dafür, daß China außerordentlich viel daran liegt, als Mitgliedstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, d. h. daß die Pekinger Regierung wünscht, als rechtmäßiger Vertreter des chinesischen Volkes akzeptiert und anerkannt zu werden. Andere wieder glauben, die chinesische Regierung, Ihre Regierung, habe gar nichts dagegen, den gegenwärtigen Zustand noch eine gute Weile andauern zu lassen, schon weil Nichtaufnahme in die UNO so etwas wie einen berech-

tigten Klagegrund darstellt, der sich recht gut für Propagandazwecke, insbesondere gegen die USA, eignet. Möchten Sie sich zu diesen Mutmaßungen äußern?

Tschu En-lai: Erstens einmal *ist* China Mitglied der Vereinten Nationen. Es gehört sogar, mit der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zu den Gründernationen der UNO. Die Lage ist heute so, daß die Vereinigten Staaten, die die UNO beherrschen, als Vertreter Chinas jene Tschiang-Kai-schek-Clique durchhält, die vom chinesischen Volk schon längst hinausgeworfen wurde. Chinas Platz in den Vereinten Nationen ist demnach widerrechtlich besetzt, und die Volksrepublik China mit ihren 650 Millionen Bürgern ist ihrer legitimen Rechte in den Vereinten Nationen beraubt. Das chinesische Volk ist fest in seinem Widerstand gegen eine solche Politik der USA. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten an dieser Einstellung festhält, so wird *Amerika* und nicht China mehr und mehr isoliert, wie es auch das Prestige der Vereinigten Staaten ist, das darunter leiden wird, und nicht die internationale Stellung Chinas. Die Vereinten Nationen müssen die Tschiang-Kai-schek-Clique ausstoßen und die legitimen Rechte Chinas wiederherstellen. Falls dies nicht geschieht, kann China nichts mit der UNO zu tun haben.

Felix Greene: Die Bevölkerung Chinas zählt heute nahezu 700 Millionen und nimmt, wie ich glaube, um 12 bis 14 Millionen per Jahr zu (1700 Menschen pro Stunde!). So möchte ich zunächst fragen, warum die chinesische Regierung sich heute weniger für Geburtenkontrolle einsetzt als, sagen wir, vor drei Jahren. Zur Erläuterung meiner Frage möchte ich dies hinzufügen. Trotzdem die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion, wie ich gehört habe, die Geburtenvermehrung in den letzten 10 Jahren überstieg, muß es doch eine Grenze geben, über die hinaus kein Land seine Nahrungsproduktion steigern kann. So frage ich weiter: Was wird geschehen, wenn in Ihrem Land dieses Maximum an landwirtschaftlicher Produktion erreicht ist? Wird China sich dann nicht gezwungen sehen, entweder seine Geburtenzahl drastisch einzuschränken oder sein Territorium unter Gewaltanwendung auszudehnen?

Tschu En-lai: China ist das volkreichste Land der Welt, aber seine Bevölkerungsdichte ist doch nur etwa 70 Personen pro Quadratkilometer, viel weniger demnach als diejenige Großbritanniens, Japans oder Indiens. Anweisungen für Geburtenkontrolle wurden und werden bei uns immer noch gegeben, in erster Linie allerdings, um die Gesundheit der Mütter zu schützen, wie auch, um günstige Bedingungen für die Erziehung von Kindern zu schaffen, und nicht infolge des sogenannten «Bevölkerungsdruckes». Chinas Bevölkerung nimmt um etwa 2 Prozent pro Jahr zu, in absoluten Zahlen heißt das um über 10 Millionen pro Jahr. Das ist tatsächlich eine beträchtliche Zahl. Sie ist

jedoch weniger hoch, wenn man die natürlichen Bedingungen Chinas mit seinem weiten Gebiet und seinen reichen Hilfsquellen in Betracht zieht. Die Zahl erweist sich als noch weniger hoch, wenn man an die Arbeitskräfte denkt, die unser gewaltiges Bau- und Entwicklungsprogramm erfordert.

Chinas bebautes Gebiet beläuft sich auf wenig mehr als eine Million Quadratkilometer, was etwa einen Neuntel des nationalen Territoriums ausmacht. Langfristige Urbarmachung erlaubt, die Fläche des landwirtschaftlich nutzbaren Landes auf über zwei Millionen Quadratkilometer auszudehnen, das heißt, daß von Mangel an bebaubarem Land gar nicht die Rede sein kann.

Noch wichtiger ist, daß von 1949 bis 1959 die Produktion an Getreide aller Art die Bevölkerungszunahme um mehr als das Vierfache überstieg — die Erzeugung von Industriewaren für den täglichen Gebrauch nahm sogar jährlich um 10 Prozent zu. Dazu kommt, daß wir den Ertrag pro Hektare durch verschiedene Maßnahmen ständig erhöhen und daß, wie schon erwähnt, jedes Jahr weiteres Kulturland unter den Pflug genommen wird. Die Bevölkerungszunahme wird also durch erhöhte landwirtschaftliche Produktion mehr als ausgeglichen.

Sie scheinen anzunehmen, daß ein Land eine expansive Politik treibt, weil es unter Überbevölkerung leidet. Wir sind nicht dieser Ansicht. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Großbritannien 45 Millionen Einwohner, nicht sehr viel also. Und doch besaß Großbritannien lange Zeit ein Kolonialreich, «über welchem die Sonne nie unterging», wie der Ausdruck lautete. Die Vereinigten Staaten verfügen über ein nahezu gleich großes Gebiet wie China, mit einer Bevölkerung von weniger als einem Drittel derjenigen Chinas. Und doch sind die USA-Militärstützpunkte über die ganze Erde verbreitet, mit Mannschaftsbeständen auf fremdem Gebiet, die 1,5 Millionen übersteigen. China, anderseits, trotz seiner riesigen Bevölkerung, hat nicht einen einzigen Soldaten, geschweige denn Stützpunkte auf ausländischem Territorium. Die Frage, ob ein Land eine expansive Politik treibt, hängt also, wie Sie sehen, nicht von seiner Volkszahl ab, sondern von seinem gesellschaftlichen System.

Da China ein sozialistisches Land ist, kann es und darf es unter keinen Umständen auch nur einen Zoll breit fremden Bodens besetzen, ganz abgesehen davon, daß es dies gar nicht nötig hat. Das chinesische Volk hat in der Vergangenheit schwer unter imperialistischer Aggression gelitten. Wir wissen auch, daß Aggression schließlich immer in einer Niederlage endet. Unsere volle Sympathie gehört allen Völkern, die unter imperialistischer und kolonialer Unterdrückung gelitten haben. Wir unterstützen darum voll und ganz die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit. Red.

BUCHBESPRECHUNG

Myriam Orr, «Sie leben für den Frieden». Humata-Verlag, Bern, Fr. 5.80.

Auch den Friedensgedanken verstehen wir am besten, wenn wir ihn in Menschen suchen, die ihn leben und verkörpern. Solche Menschen schildert uns Myriam Orr in diesem kleinen Buch: Danilo Dolci, den in Sizilien selbstlos wirkenden Apostel der Bruderhilfe, Abbé Pierre, der in Frankreich ein ähnliches Werk tut, den in China arbeitenden Neuseeländer Rewi Alley, Professor José de Castro, den brasilianischen Kämpfer gegen den Welthunger, Kuo Mo-jo, den chinesischen Dichter, Forscher und Friedensarbeiter, Lord Boyd Orr, den Vorgänger de Castros in der Leitung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen. Etwas aus dem Rahmen des Ganzen herausfallend, mutet der Schlußabschnitt über den Inder Swami Sivananda an, doch läßt man sich gern auch von diesem erstaunlichen Yogi erzählen, der eine so ganz von der unsrigen verschiedene Geisteswelt vertritt. Das Buch von Frau Orr ist frisch, fesselnd, einfach und doch aus weitverzweigtem Wissen heraus geschrieben und wird dem Friedenskampf bestimmt gute Dienste leisten.

H. K.

WELTRUNDSCHAU

Amerika nach den Wahlen Gerade noch rechtzeitig vor Abschluß meiner Monatsübersicht wird das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten, vor allem der Präsidentschaftswahl, bekannt. Wie ziemlich allgemein erwartet, ist der Kandidat der sogenannten Demokratischen Partei, der 43jährige Senator John *Kennedy*, als Nachfolger Eisenhowers zum neuen Präsidenten der USA gewählt worden, wenn auch nur mit knappem Mehr. Aber ich wäre in Verlegenheit, wenn ich daraus irgendwelche Schlußfolgerungen für die künftige Richtung der amerikanischen Politik ziehen sollte, außer der Feststellung, daß sich daran grundsätzlich nichts ändern wird. Denn diese Wahl war ja in Wahrheit gar keine Entscheidung zwischen Vertretern entgegengesetzter oder auch nur wesentlich verschiedener politischer Grundauffassungen, und damit war der Wahlkampf auch keine Auseinandersetzung über politische Programme und dahinter stehende Willensrichtungen und Interessen, kein Werben um Überzeugungen und Meinungen, keine Konkurrenz von Ideen und Grundsätzen, so daß dann der Bürger nach sachlicher Abwägung des Für und Wider der beidseitigen Standorte sein begründetes Urteil hätte abgeben und der Volkswille sich hätte in freier Entscheidung bilden können. Das wäre eine *demokratische* Wahl gewesen, aus der wirklich, wie es der berühmten Formel von Abraham Lincoln entsprochen hätte, eine Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk, hätte hervorgehen können.

So etwas ist freilich in reiner Ausprägung unter einem kapitalistischen Wirtschaftsregime von vornherein ausgeschlossen, diesem Regime, das eine echte politische Demokratie gar nicht aufkommen läßt und ihr Wirken von Grund auf verfälscht. In der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie ist es ja nicht das Volk, das die Politik macht, sondern die wirtschaftlich und gesellschaftlich herrschende Klasse, also eine Minderheit, die im Spätkapitalismus mit seiner immer stärkeren Zusammenballung der Wirtschaftsmacht in wenigen Händen eine sehr kleine Minderheit sein kann. In den Vereinigten Staaten ist vor Jahren ein Buch erschienen mit dem Titel «Amerikas sechzig Familien», eine Beschreibung der vielfältig versippten obersten Schicht der kapitalistischen Klasse der USA, in deren Händen auch die Führung der Staatsgeschäfte liegt. Und ähnlich, wenn auch vielleicht nicht so kraß, ist das Bild, das die übrigen bürgerlichen Demokratien darbieten. Die Politik wird hier in erster und letzter Linie im Interesse der besitzenden Klasse gemacht, weder *für* das Volk noch *durch* das Volk, dem durch die von den Herrschenden gehandhabten Mittel der Meinungsbildung — Presse, Radio, Fernsehen, Kino, auch Schule und weithin Kirche usw. — nur eingetrichtert werden muß, daß seine Interessen mit denen der «Oberen» übereinstimmen. Einer, der es wissen mußte, Henry Wallace, Vizepräsident der Vereinigten Staaten unter Roosevelt, schrieb denn auch seinerzeit (in seinem Buch «Dem Weltfrieden entgegen») ganz offen: «Die äußere Form unserer Regierung in den Vereinigten Staaten wird zweifellos weiterhin unsere verfassungsmäßige Demokratie sein, aber die wirkliche Herrschaft . . . wird beim Militär und bei den Männern liegen, die die größeren Finanz- und Industriekonzerne leiten . . . Die kapitalistischen Schlüsselmänner üben auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einen Einfluß aus, der feiner angelegt ist als derjenige, den die herrschenden Mächte in den Ländern ohne freie Presse ausüben. Trotzdem ist die Übermittlung einer gegebenen Einstellung durch die Presse ebenso wirkungsvoll und fast ebenso einheitlich.» Wobei zu bemerken ist, daß die Presse in den Vereinigten Staaten hinter den übrigen Werkzeugen der Meinungsfabrikation immer mehr zurücktritt.

Von einer irgendwie demokratischen Willensbildung bei Volkswahlen kann also in den USA schon aus dem angeführten Grund keine Rede sein. Dazu kommt nun aber, daß bei dieser Präsidentenwahl keiner der beiden Kandidaten auch nur ein halbwegs greifbares politisches Programm hatte. Daß sie beide auf ausgesprochen kapitalistischem Boden stehen, war zwar selbstverständlich, zumal bei dem schwerreichen Kennedy, der ohne weiteres der Wirtschaft und Staat beherrschenden Oberschicht zuzuzählen ist. Aber darüber hinaus konnte kein Mensch mit Bestimmtheit sagen, was für Richtlinien der eine oder der andere der Präsidentschaftsanwärter im Fall seiner Wahl folgen würde. Ganz bewußt ließen das beide in einem dämmerigen

Zwielicht, sei es, um keine Wählergruppe zu stark vor den Kopf zu stoßen, sei es, um sich völlig freie Hand für ihre Amtsführung zu wahren. Man kann zwar annehmen, daß Kennedy in der Innenpolitik liberaler und sozialfortschrittlicher sein wird, als das Nixon hätte sein können. Aber wie weit er dabei gehen wird und was er sich heute selber unter seinem innenpolitischen Programm vorstellt (sofern er es überhaupt wird verwirklichen können), das ist völlig unbekannt. In der Außenpolitik wird er, wenn man aus gewissen seiner Äußerungen einen Schluß ziehen darf, versuchen, das gesunkene Ansehen der USA in der Welt durch forscheres Auftreten wieder zu heben, aber er wird genau so scharf und aggressiv antikommunistisch sein, wie sich Nixon gebärdete, vielleicht — seinem «dynamischen» Temperament entsprechend — noch schärfer und aggressiver. Auch in dieser Beziehung hatten die Wähler und Wählerinnen jedenfalls nicht zwischen zwei verschiedenen Auffassungen von der Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt zu entscheiden, wie das Voraussetzung für einen demokratischen Wahlakt gewesen wäre.

So blieb also in der Hauptsache nur die Wahl zwischen zwei *Männern* als Charakteren und Persönlichkeiten. Daß hier Kennedy den Vorzug verdiente, unterliegt für mich keinem Zweifel; Nixon ist ein derartig mittelmäßiger Routinier und grundsatzloser Streber, daß man sich nur wundern muß, wie dennoch Millionen und aber Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen bereit waren, ihn zum Präsidenten zu machen. Kennedy hat Format — das sieht man. Er wird imstande sein, Initiativen zu ergreifen und wieder Kurs in die amerikanische Politik zu bringen. Aber eben — was für einen Kurs? Das ist die Frage. Daß er die Politik der USA nicht grundsätzlich umstellen und den Kalten Krieg nicht abblasen wird, ist zwar sicher; er wird sich im Rahmen der seit Roosevelts Tod betriebenen westmächtlich-kapitalistischen Machtpolitik halten, die im Kommunismus (und Sozialismus) *den* großen Menschheitsfeind sieht. Aber er wird innerhalb dieses Rahmens genug Spielraum finden, um «persönliche Politik» zu machen, im Guten wie im Bösen. Ob dabei auch seine Eigenschaft als praktizierender Katholik zur Geltung kommen wird, steht dahin; ich für meinen Teil kann mir schwer denken, daß das nicht der Fall sein wird. Für den *politischen* Katholizismus ist seine Wahl auf jeden Fall ein unerhörter Triumph, und trotz aller klugen Zurückhaltung des Klerus ist es auch ganz sicher, daß die katholische Kirche als Ganzes, die man als die wirksamste «Druckgruppe» in den Vereinigten Staaten bezeichnet hat, wesentlich dazu beigetragen hat, einen Mann *ihres* Glaubens an die Spitze des mächtigsten Reiches der westlichen Welt zu bringen. Für die nichtkatholischen Wähler spielte Kennedys Konfession freilich kaum eine Rolle; sie standen wie das ganze Wahlvolk im Banne der hemmungslos wüsten, geradezu hypnotischen Propaganda, die um die beiden Kandidaten als Persönlichkeiten «an und für sich» betrieben wurde. Für irgendwie in demokratischem Geist

geführte Volksaufklärung blieb da erst recht kein Platz mehr; was in diesen letzten Wochen und Monaten von den Reklamemaschinen in beiden kämpfenden Lagern geboten wurde, das war auch bei weitherzigster Auslegung des Begriffes keine Demokratie mehr, das war übelste Demagogie. Und davon soll eine heilsame Wirkung auf Amerika, auf die Welt ausgehen? Nein, es wird sich *von hier aus* weder in den Vereinigten Staaten noch in der Welt überhaupt etwas Wesentliches ändern, mindestens nicht zum Guten, und am wenigsten in der Außenpolitik, deren Grundlinie auch für Kennedy festgelegt ist und von ihm nur mit anderen Methoden weitergeführt werden wird — zum Unheil seines Landes und der übrigen Welt.

Eine wirklich tiefgreifende Wandlung der amerikanischen Außenpolitik ist, wie schon in der letzten Weltrundschau bemerkt wurde, erst zu erwarten, wenn die außenpolitischen Niederlagen der Vereinigten Staaten das Gefüge des amerikanischen Kapitalismus selbst ernsthaft erschüttern und bedrohen. Und dieser Zeitpunkt ist nicht so fern, wie man vielleicht anzunehmen bereit ist. In den anderthalb Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die große amerikanische Geschäftswelt immer stärker weltwirtschaftlich und damit weltpolitisch festgelegt. Noch 1950 betrugen ihre Kapitalanlagen im Ausland erst 17,5 Milliarden Dollar; 1958 hatten sie sich mit 37,4 Milliarden bereits mehr als verdoppelt. Es sind vor allem die Riesenkonzerne des Ölkapitalismus und einiger anderer Schlüsselindustrien, die allmählich aufs engste mit der wirtschaftlich-politischen Entwicklung in der außeramerikanischen Welt verbunden sind, nicht nur mit derjenigen in Westeuropa — Frankreich, Westdeutschland, Italien, Schweiz usw. —, sondern namentlich auch mit den Ereignissen in den «rückständigen» Ländern und Erdteilen. Die amerikanische Kapitalistenklasse kann hier zwar leichte und große Gewinne einheimsen, wird aber gleichzeitig auch in unangenehmster Weise von den Umwälzungen in Mitleidenschaft gezogen, die sich in diesen Ländern abspielen. Der USA-Kapitalismus wird damit in einem Grad verwundbar, wie er es noch vor zehn, fünfzehn Jahren, auf dem Höhepunkt seiner Macht, bei weitem nicht war; sein Lebensraum — das heißt sein Ausdehnungsfeld — wird zusehends enger, und da sich der Kapitalismus immer weiter und immer tiefer in fremde Räume hinein ausdehnen muß, will er nicht ersticken, so droht ihm diese Entwicklung direkt ans Leben zu gehen.

Bittere Lehren Schon der Verlust Rußlands, des übrigen Osteuropas und Chinas traf die nordamerikanische Wirtschaft empfindlich und erklärt zu einem großen Teil den wütenden Antikommunismus der Vereinigten Staaten. Noch viel gefährlicher aber droht für den amerikanischen — und den internationalen! — Kapitalismus der reißend schnell vor sich gehende Abfall der ganz- und

halbkolonialen Nationen Vorderasiens, Afrikas und Lateinamerikas von der «freien Welt» zu werden, dem sich die Erschütterung der Herrschaftsstellung der Vereinigten Staaten im Pazifikraum anschließt. Die Losreißung *Kubas* vom nordamerikanischen Kapitalismus gewinnt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung, zumal das kubanische Beispiel in allen lateinamerikanischen Ländern die nationalrevolutionäre Bewegung mächtig zu stärken geeignet ist. Mit Kuba verlieren die USA, wie die Neuyorker «Monthly Review» (Oktoberheft) hervorhebt, eines der fortgeschrittensten unter den sogenannten Entwicklungsländern. «Ein reicher Absatzmarkt, der bisher erheblich über eine halbe Milliarde Dollar im Jahr einbrachte, ist reißend schnell eingeschrumpft und wird es im ganzen Jahr 1960 wahrscheinlich auf nicht viel mehr als einen Drittel dieser Zahl bringen. Die amerikanischen Kapitalanlagen in Kuba, die früher auf annähernd eine Milliarde Dollar geschätzt wurden (ungefähr ein Zehntel der US-Anlagen in ganz Lateinamerika) und die zumeist außerordentlich hohe Erträge abwarfen, sind beinahe alle nationalisiert worden (jetzt sind sie es restlos. H. K.) . . . Und vielleicht das Allerbedeutsamste: die Ereignisse in Kuba haben bereits zu einer Verlangsamung des Kapitalzuflusses nach ganz Lateinamerika geführt.» Dabei ist der Betrag der nordamerikanischen Kapitalanlagen in Lateinamerika schon zwischen 1958 und 1959 von 945 auf 644 Millionen Dollar gesunken. Das alles kann nicht ohne Rückwirkung auf das Schicksal des amerikanischen Kapitalismus und der amerikanischen Weltmacht bleiben.

Im Fernen Osten ist es vor allem *Japan*, das den Regierenden der Vereinigten Staaten Sorgen macht, müssen sie sich doch auf das schließliche offene Abspringen des Verbündeten vom amerikanischen Stützpunktsystem gefaßt machen. *Laos* haben sie wohl bereits verloren. Mit etwelcher Bitterkeit fragt man sich darum in den Vereinigten Staaten, ob man mit Geld wirklich noch zuverlässige Freunde und Verbündete schaffen könne. «US News and World Report» (31. Oktober) erinnert daran, daß die Vereinigten Staaten dem südostasiatischen Dschungelland «massive Einspritzungen von Hilfsdollars» verabfolgt hätten, ohne es doch wirklich für sich zu gewinnen. In den letzten sechs Jahren sei mehr als eine Viertelsmilliarde Dollar nach Laos gewandert, je Kopf der Bevölkerung mehr als in irgendein anderes Land der Erde. Der Großteil der amerikanischen Hilfsgelder ging in die laotische Wirtschaft, wobei, wie sich die Neuyorker Zeitschrift zartfühlend ausdrückt, «einige Korruption unvermeidlich» war und «einige reiche Laotianer noch reicher wurden»; mit dem Rest wurde die Armee aufgebaut, die seither vollständig von den Vereinigten Staaten ausgehalten wurde. Gerade diese Armee aber war es, welche die amerikanisch eingestellte Regierung im vergangenen August absetzte und eine neutralistische Regierung ans Ruder brachte, die, wenn auch gegen ihren Willen, mehr und mehr gegen das chinesisch-nordvietnamesische Lager hin abgedrängt wird. «Was ist also die Lehre von

Laos?» fragt «US News and World Report». Und antwortet: «Die Lehre von Laos ist, daß man nicht erwarten kann, einen Verbündeten zu gewinnen oder auch nur ein Land stark zu machen, wenn man sich in der Hauptsache auf massive Einspritzungen amerikanischer Hilfsgelder verläßt.»

Höchst wahrscheinlich werden die Vereinigten Staaten die gleiche Erfahrung auch noch mit anderen ostasiatischen Ländern machen. Nicht zuletzt mit Tschiang Kai-scheks *Formosa*, das sie kaum weniger massiv als Laos unterstützen, in der Hoffnung, es zum Sturz des kommunistischen Regimes *in China selbst* benützen zu können. Und doch befestigt sich die Chinesische Volksrepublik von Jahr zu Jahr mehr und mehr, politisch nicht weniger als wirtschaftlich und sozial. Das bestätigt im Oktober-Dezember-Heft der Londoner «Junction» auch unser Freund Jack Boggis, der mit einer englischen Delegation einen Monat in China weilte. Die westmächtliche Propaganda, so schreibt er unter anderem, stellte China als Polizeistaat hin, der das Volk unterdrücke und versklave. «Warum sollte es aber für unglaublich gehalten werden, daß das Volk mit der Kommunistischen Partei und der Regierung zusammenarbeite, nicht weil es versklavt wäre, sondern weil es mit ihr zusammenarbeiten *will*, weil es an die Ziele der Regierung und der Partei glaubt? Bestimmt gibt es keine sichtbaren Anzeichen eines Polizeistaats. So ist beispielsweise (und das ist eine weitere kleine, aber bezeichnende Tatsache, die mich sehr stark beeindruckte) die Polizei unbewaffnet und steht anscheinend sehr gut mit dem Volk. Es gibt heute nur sehr, sehr wenige Länder in der Welt, wo die Polizei unbewaffnet ist.» Natürlich gebe es eine Minderheit, die durch die Revolution entmachtet und geschädigt worden sei oder die sonst irgendwie in der Opposition stehe. «Aber die überwältigende Mehrheit des Volkes unterstützt freudig und begeistert die Regierung mit jeder Faser ihres Seins und entspricht jeder Anforderung, die an sie gestellt wird, in dem Bewußtsein, daß es ihre Bestimmung ist, eine wirklich große Nation in jedem Wortsinn zu werden.» Die chinesischen Volksmassen seien nicht nur besser genährt, gekleidet und behaust als jemals zuvor; auch für die Schwachen, die ganz Jungen, die Alten, die Kranken, die Blinden werde wirklich gut gesorgt, und alle Dinge des Geistes, der Kunst, der Musik fänden umfassende Pflege. «Das mag abgedroschen erscheinen; aber ich glaube», so betont Boggis nachdrücklich, «ich kam in China einem tätigen Christentum näher, als ich es jemals zuvor war.»

Und dieses China hofft die herrschende Klasse im kapitalistischen Amerika immer noch zerschlagen und wieder der «freien Welt» eingliedern zu können, die es so schamlos ausgebeutet und unterdrückt hat? Nein, mit der Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten geht es in Ostasien immer mehr bergab. Und bergab geht es damit auch in Vorderasien, im braunen und im schwarzen Afrika, eingeschlossen den *Kongo*. Die belgischen Kolonialisten, hinter denen die USA stehen,

benützen jetzt zwar ganz unverhohlen die im Kongo um sich greifende Anarchie dazu, in ihre alten Stellungen zurückzukehren. Aber Generalsekretär Hammarskjöld und seine Mitarbeiter scheuen sich nicht, das planmäßige Wiedereinsickern der Belgier in die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens der Kongorepublik offen zu brandmarken — zum großen Verdruß auch der amerikanischen Regierung. Und ebensowenig nehmen sie ein Blatt vor den Mund, wenn sie die Zuchtlosigkeit der «Armee» des Obersten Mobutu und die Umtriebe des Monsieur Tschombé im Katanga kennzeichnen, die beide die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen Kongostaates sabotieren. In der Sowjetunion schaut man all dem mit einer gewissen Schadenfreude zu, sieht man doch seine Kritik an der UNO-Aktion durch die neue Sprache ihrer Leiter selbst mehr oder weniger gerechtfertigt. Gerade darum werden aber die Vereinigten Staaten als die Hauptfinanzierer der Aktion erst recht darauf drängen, daß es im Kongo nach *ihrem* Willen gehe. «Wer zahlt, der befiehlt!» Nur werden die übrigen UNO-Mitglieder, vor allem die selbständigen afrikanischen Staaten, dabei auch ein Wörtlein mitzureden haben — und wir vermuten, daß *sie* es sein werden, die das *letzte* Wort haben . . .

Die Labourkrise Und die europäischen Verbündeten der USA? Sie sind nach dem Zweiten Weltkrieg, als Westeuropa zum Sozialismus reif zu sein schien, durch massivstes amerikanisches Eingreifen noch einmal für die kapitalistische «Ordnung» gerettet worden; aber all ihr wirtschaftlicher Aufschwung wird es nicht verhindern können, daß sie in den fortschreitenden Rückgang der Weltgeltung der Vereinigten Staaten und das Einschrumpfen des kapitalistischen Lebensraums hineingezogen werden. Auch die *Deutsche Bundesrepublik* mit ihrem «Wirtschaftswunder» nicht, sie, die die sicherste Stütze des amerikanischen Machtsystems in Europa geworden zu sein scheint, aber gerade wegen ihrer ungesunden wirtschaftlichen Aufblähung und der darauf begründeten militärisch-nationalistischen Renaissance tatsächlich ein Koloß auf tönernen Füßen ist. Und ebensowenig die anderen NATO-Mächte. *Großbritanniens* kapitalistische Wirtschaft ist ohnehin nicht in der besten Verfassung. Die 400 000 Arbeitslosen, die auf ihr lasten, sind nur *ein* Anzeichen für ihre Schwierigkeiten; ihre technisch-organisatorische Rückständigkeit und der ganze konservative Geist, der ihre Träger beherrscht, deuten darauf hin, daß das Privatunternehmertum in England keine große Zukunft mehr hat. Die Rüstungsausgaben, die sich Großbritannien leistet, werden denn auch von Jahr zu Jahr schwerer erträglich, und die tödliche Gefahr, in der das Land im Fall eines Zusammenstoßes von West- und Ostblock schwebt, läßt es erst recht als dringlichst geboten erscheinen, alle Kraft aufzubieten, um dem Kalten Krieg — und das heißt der Abhängigkeit von der amerikanischen Gewaltpolitik — so schnell als möglich ein Ende zu machen.

Bisher ist es freilich der Natur der Sache nach erst die Labourbewegung, in der sich der Wille zu einer radikalen Neuorientierung der britischen Politik durchzusetzen begonnen hat. Der Parteitagsbeschluß von Scarborough, der die Abkehr von der Illusion einer «atomaren Abschreckung», den einseitigen Verzicht auf Kernwaffen und die Preisgabe der amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien fordert, ist ein erster machtvoller Durchbruch der Erneuerungskräfte auch dann, wenn es angesichts des Blockstimmensystems, das die Minderheiten in den Gewerkschaften nicht zur Geltung kommen läßt, nicht sicher ist, ob bereits die Mehrheit der Parteimitglieder hinter dem Beschluß steht. Auf jeden Fall aber schlägt es allen Regeln der Parteidemokratie ins Gesicht, wenn der rechte Labourflügel unter der Führung Gaitskells sich weigert, im Parlament dem Entscheid des Parteitags, des obersten Organs der Bewegung, Rechnung zu tragen, und darauf beharrt, daß die Unterhausfraktion ihre Haltung in der Militär- und Außenpolitik selbständig festlegen müsse. Die Bestätigung Gaitskells als Fraktionsvorsitzenden hat darum die innere Krise der Labourpartei keineswegs gelöst; daß ein voller Drittel der Fraktion für den verständigen Harold Wilson als Präsidenten stimmte, zeigt an, wie stark auch in dieser Körperschaft, die der offiziellen Denkweise in außenpolitischen Dingen viel zugänglicher ist als ein Parteitag, der Widerstand gegen die stur aufrüstungswillige Parteiführung geworden ist. Wie die Auseinandersetzung in der Labourpartei weitergehen wird, ist noch unklar. Sicher ist nur, daß diejenigen Abgeordneten, die mit einem ausgesprochen rüstungsgegnerischen Programm gewählt wurden — es sind ihrer rund sechzig —, künftig im Unterhaus nicht mehr im Namen der Parteidisziplin gezwungen werden können, gegen ihre Überzeugung zu stimmen. Und wenn das trotzdem über kurz oder lang zu einem Auseinanderfallen der Labourfraktion in zwei selbständige Gruppen führen sollte, so wäre auch das kein zu hoher Preis für das Festhalten der Anhänger des Beschlusses von Scarborough am Grundsatz der atomaren Abrüstung, der in der Labourmitgliedschaft und darüber hinaus auch in den anderen Parteien immer mehr Zustimmung findet.

Selbstverständlich arbeiten die Gegner des Parteitagsbeschlusses, vor allem seine bürgerlichen Kommentatoren, jetzt mit der Unterstellung, die Labourbewegung treibe bewußt oder unbewußt dem Kommunismus zu. «Die Kommunisten», so schrieb zum Beispiel ein vielgelesenes amerikanisches Blatt, «haben bereits einen bedeutenden Sieg errungen. Zwei ihrer Hauptziele — Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa und Auflösung der NATO — sind jetzt ins offizielle Programm einer verantwortlichen nichtkommunistischen Partei aufgenommen worden, die vor nur zehn Jahren England regierte und bei den letzten Wahlen mehr als 12 Millionen Wähler musterte.» Nur zieht eben der Kommunistenschreck in England — und wohl auch in anderen Teilen Europas, die Schweiz natürlich ausgenommen

— lange nicht mehr so sehr, wie man sich in Amerika noch vorstellt. Wenn die Kommunisten etwas verlangen, so ist das in den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen noch keineswegs ein Beweis dafür, daß es schlecht, ja ruchlos ist.

Auch das Schlagwort von der «Beschwichtigungspolitik» taucht wieder auf; Pazifismus und Abrüstungspropaganda, so heißt es, hätten wesentlich den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verschuldet, und sie drohten jetzt ebenfalls zur Wehrlosmachung Großbritanniens und zur Ermutigung des schon bereitstehenden Angreifers zu führen. Aber das gehört eben zu der großen, alles vergiftenden Lüge, daß die Sowjetunion heute die Rolle des ehemaligen Dritten Reiches spiele und Chruschtschew nur ein zweiter Hitler sei. Was in Wahrheit den Zweiten Weltkrieg ermöglichte, das war ja jener Antikommunismus der Westmächte, der planmäßig die deutsche Wiederaufrüstung förderte und Hitler freie Hand für seine gegen den Osten gerichtete Eroberungspolitik (Österreich, Tschechoslowakei, Polen usw.) ließ. Und der gleiche Antikommunismus ist heute abermals am Werk, fördert energisch die Wiederaufrüstung auch des heutigen kapitalistischen Deutschlands und ermutigt es zu einem dritten Zug gen Osten, bei dem es diesmal, wie es glaubt, die ganze westliche Welt im Rücken hätte, also unbedingt siegen müsse. Daß in England heute starke Kräfte am Werk sind, um dieses verbrecherische Unternehmen zu vereiteln, sollte kein Grund sein, sie zu verleumden, sondern nur ein Grund, ihnen zu danken und sie auch von außen her zu unterstützen.

Neuer Umsturz in Frankreich! Einstweilen tut freilich die offizielle Welt des Westens alles, um die Friedenskräfte in Großbritannien zu schwächen und die Kriegskräfte besonders in Adenauers Deutschland zu stärken. Wie weit es schon gekommen ist, ersieht man daraus, daß von jetzt an westdeutsche Truppen in der Champagne ihre neue Kriegstechnik und -taktik ausprobieren dürfen — in dem gleichen *Frankreich* also, das seit 90 Jahren dreimal deutsche Armeen als Angreifer auf seinem Boden erlebt hat. Auch Belgien stellt übrigens Westdeutschland einen Truppenübungsplatz zur Verfügung und verlegt deshalb sogar ein Denkmal zu Ehren einer Gruppe von Widerstandskämpfern, die von den Deutschen erschossen wurden, an eine passendere Stelle. Sonst sind allerdings die westdeutsch-französischen Beziehungen gegenwärtig nicht ungetrübt. De Gaulle findet nicht nur bei England und Amerika mit seinen Plänen für eine Reform der NATO, die von einem Direktorium der «drei Großen» geleitet werden solle, keine Gegenliebe; er stößt auch bei seinem Freund Adenauer auf hartnäckigen Widerstand gegen sein «Europa der Vaterländer», das heißt gegen seine Idee, zu rein nationalstaatlichen Armeen zurückzukehren, ist man doch in Bonn umgekehrt eifrigst daran, die militärischen Rüstungen und sonstigen «Ver-

teidigungsmaßnahmen» der Westmächte technisch wie organisatorisch vereinheitlichen zu helfen. Das hat zu einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs geführt, die in Paris um so schmerzlicher empfunden wird, als man in der Algerienfrage, die nun auch wieder vor die Vereinten Nationen kommen soll, internationale Unterstützung dringend nötig hat.

Der Algerienkrieg geht nun ja schon ins siebte Jahr, und noch ist kein Ende des Mordens abzusehen. De Gaulle möchte gewiß gern zu irgendeiner Art Verständigung mit der algerischen Befreiungsbewegung kommen, aber was er ihr als «Selbstbestimmung» und «freien Volksentscheid» anbietet, ist, wenn nicht einfach Betrug, so gewiß eine derart zweifelhafte Sache, daß die kämpfenden Algerier daraufhin unmöglich die Waffen niederlegen können und infolgedessen im vergangenen Sommer die Verhandlungen von Mélun ergebnislos abgebrochen werden mußten. Auf der anderen Seite geht aber schon das, was de Gaulle anregte, der französischen Minderheit in Algerien und ihrem Anhang in Frankreich selbst, besonders aber der Armee — das heißt dem Offizierskorps — viel zu weit. «Noch ein Schritt in dieser Richtung» — so drohen die vereinigten Ultras —, «und wir schlagen mit letzter Kraft los!» Dazu kommt, daß sich de Gaulle und seine Regierung auch in der Nationalversammlung einer wachsenden Opposition von links wie von rechts gegenübersehen; bei der Abstimmung vom 24. Oktober über das beantragte Mißtrauensvotum brachten es die Gegner der Regierung auf die respektable Zahl von 207 Stimmen, so daß bereits die Auflösung des Parlaments in der Luft schwebte. General de Gaulle findet sich so durch eigene Schuld in einer fast verzweifelten Lage, aus der er nur mehr den Ausweg einer Erklärung des nationalen Notstands, also seiner unbeschränkten persönlichen Diktatur, weiß. Das ist nichts anderes als die Anmeldung des moralischen Bankerotts der Fünften Republik; der förmliche äußere Zusammenbruch wird folgen — es fragt sich nur wann und wie. Die Putschdrohung der Militärs und der äußersten Rechten und die Aussicht auf die Notstandsdiktatur des Präsidenten mögen eine Zeitlang ihre Wirkung tun und Herrn de Gaulle am Ruder halten; aber daß es nicht unbegrenzt so weitergehen kann wie bisher, liegt auf der Hand, so daß man sich auf alles gefaßt machen muß. Das Unglück ist nur, daß die Linke viel zu uneinig und unentschlossen ist, um eine zielklare, tatkräftige Aktion zur Lösung der Algerienfrage und zur Bändigung der reaktionär-militaristischen Draufgänger ins Werk setzen zu können. Und doch vermöchte ein folgerichtig und lange genug durchgehaltener Massenstreik Wunder zu wirken im Kampf um die Schaffung jenes neuen Frankreichs, das schon 1945 auf dem Weg war und heute eine noch dringlichere Lebensnotwendigkeit für unser westliches Nachbarvolk ist als jemals zuvor.

Was kostet der Kalte Krieg! Für die Schaffung eines neuen Frankreich ist eine erste Voraussetzung die Beendigung des Algerienkrieges, der die Kräfte des Landes völlig aufzuzehren droht und alles, was Freiheit und Demokratie heißt, einfach erstickt. Aber es müßte mit der Rüstungs- und Gewaltpolitik überhaupt Schluß gemacht werden, die mit ihrer unsinnigen Verschleuderung von Kraft und Geld ein Haupthindernis für eine großzügige französische Politik der Volkswohlfahrt und des wirtschaftlichen Gedeihens ist. Und das gleiche gilt für alle übrigen Länder — nicht zuletzt die Schweiz —, auf denen die Kriegsrüstungen als in jeder Hinsicht lebensfeindlicher Druck lasten. Das legt in besonders aufschlußreicher Weise Professor *John D. Bernal*, der weitbekannte englische Biologe, in seinem Buch «Welt ohne Krieg» dar, das in deutscher Übersetzung unlängst in Berlin (Verlag der Wissenschaften) erschienen ist.

Die Kosten des Kalten Krieges, so schreibt er, sind viel größer, als es scheinen mag, wenn man die Summen addiert, die von den verschiedenen Ländern der Welt für Kriegsvorbereitungen ausgegeben werden und die jedes Jahr mnidestens 90 Milliarden Dollar, also gegen 400 000 Millionen Schweizer Franken, erreichen. Die Hauptleidtragenden des Wettrüstens sind die unterentwickelten Völker, denen mit dem genannten Betrag in kurzer Zeit zu einem menschenwürdigen, ja reichen und freien Leben verholfen werden könnte. Aber auch die fortgeschrittenen Länder nehmen schweren Schaden. Man braucht sich nur vorzustellen, welche Werke der Volkswohlfahrt, der Volksgesundheit, der Volksbildung in der Schweiz geschaffen werden könnten, wenn die mindestens 1200 Millionen Franken, die schon jetzt die Vorbereitung der Armee auf den «nächsten Krieg» alljährlich verschlingt, vernünftig und anständig verwendet würden.

Dazu kommen in allen modernen Ländern die überhaupt nicht genau meßbaren Kosten für die *Vorbereitung* der Militärrüstungen, für Forschung und Entwicklung auf technisch-industriellem Gebiet, besonders in der Elektro- und Flugzeugindustrie, in der Atomkraft- und Raketentechnik usw. Die Elektro- und Flugzeugfirmen produzieren zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, wie Bernal feststellt, zu 90 Prozent Militärflugzeuge. «Daneben werden auch Flugzeuge für zivile Zwecke gebaut, aber der Zweck dieses großen neuen Industriezweiges ist grundsätzlich nicht der, solche Flugzeuge herzustellen, sondern immer wirksamere Bomber und Kampfflugzeuge zu produzieren.» Am verheerendsten ist die Nutzbarmachung der Atomwissenschaft für militärische Zwecke. «Die Art der Forschung ist auf die militärischen Anwendungsmöglichkeiten ausgerichtet. Das hatte zur Folge, daß die Entwicklung der Atomforschung für friedliche Zwecke wahrscheinlich mindestens ein Jahrzehnt lang aufgehalten wurde ... Angesichts des Weltmangels an Energie ist die eingetretene Verzögerung allein schon ein weiteres Verbrechen an der Menschheit.» Die

Hindernisse, die der Kalte Krieg dem Welthandel und der Weltwirtschaft bereitet (Blockade der kommunistischen Länder usw.), gehören ins gleiche Kapitel. Und so noch eine Reihe anderer schwer abschätzbarer Verluste, die die Menschheit durch das Wettrüsten erleidet, dessen Einstellung die Westmächte unter dem unwahrhaftigen Vorgeben verweigern, die Sowjetunion wolle keine wirksame Kontrolle einer international zu vereinbarenden Abrüstung. Tatsächlich hat es Chruschtschew auch an der gegenwärtigen UNO-Tagung wieder ganz klar gemacht, daß die Sowjetunion zu jeder Rüstungskontrolle bereit ist, die nach grundsätzlich beschlossener Abrüstung vorgenommen werden sollte, freilich — und mit Recht — nicht zu einer Kontrolle, die *vor* einem Abrüstungsvertrag ausgeübt würde, weil dann ja zum Beispiel die Vereinigten Staaten auf leichteste Art alle Verteidigungsvorkehren der Sowjetunion auskundschaften könnten, aber, wenn es zur Abrüstung käme, mit irgendeiner Ausrede den Abschluß eines Übereinkommens abzulehnen vermöchten. Die Westmächte *wollen* eben nicht abrüsten. «Der Kalte Krieg muß so lange dauern, bis die kommunistischen Regierungen bankerott gemacht haben, oder, wenn das nicht eintritt, bis in alle Ewigkeit währen», so stellt Bernal als Auffassung der Westmächte fest.

Die große Gefahr ist nur, daß das Wettrüsten mit Atomwaffen zur allvernichtenden Kriegskatastrophe führen wird, wenn es auch bloß noch kurze Zeit weiterbetrieben wird. Rettung sehen wir allein in einem Aufstand der bedingungslos kriegsfeindlichen Volkskräfte in möglichst vielen Ländern gegen das verbrecherische Treiben der dafür verantwortlichen Regierungen, unterstützt von einer Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems selber, das — wie in einem früheren Abschnitt angedeutet — auf seinen bisherigen Wegen einfach nicht mehr weiterkommt. Möge uns die Gnadenfrist geschenkt werden, den Widerstand gegen Krieg und Rüstungen, Kapitalismus und Kolonialismus so lange durchzuhalten, bis uns aus dem Versagen der alten Weltordnung die Bundesgenossen erwachsen, mit deren Hilfe wir die neue, gerechtere Weltordnung aufbauen können!

9. November *Hugo Kramer*

Nur wer den Furchtbarkeiten der ungeheuren Entwicklung, in der wir stehen, furchtlos die Fackel der Wahrheit entgegenhalten kann, ist Träger des Neuen.

Möge uns allen diese reine Furchtlosigkeit sicherer und sicherer gegeben werden. *Emil Fuchs, Januar 1936*

Nicht verzehrt werden

Moses aber hütete bei Jethro, seinem Schwiegervater, dem Oberpriester der Midianiter, die Schafe. Als er nun einst die Schafe tiefer in die Wüste trieb, gelangte er zum Berge Gottes, dem Horeb. Da erschien ihm Gott in einer Feuerflamme, die aus einem Dornstrauch hervorschlug. Als er aber näher zusah, da brannte der Dornstrauch, ohne daß er vom Feuer verzehrt wurde. Da dachte Moses: «Ich will doch hingehen und dies große Wunder sehen, warum der Dornstrauch nicht im Feuer aufgeht.» 2. Mos. 3, 1–3.

Es gilt *auszuhalten!* Denn das Jahr, das wir begonnen haben, wird wahrscheinlich sehr große Ansprüche an Leib und Seele machen. Groß ist die Gefahr, daß wir *verzehrt* werden, daß wir aufgerieben werden, daß wir nicht standhalten, es nicht aushalten können. Das erfüllt gewiß viele von uns beim Anblick auf all die kommenden Arbeiten und Kämpfe mit schwerer heimlicher Sorge. Und es sind nicht nur die Arbeiten und Kämpfe an sich, die uns bange machen, es ist die ganze Atmosphäre der unheimlichen, ja dämonischen Spannung, der standzuhalten fast unmöglich scheint. Aber wenn es auch nicht gerade dieses Jahr wäre, mit seinen besonderen Aufgaben, Entscheidungskämpfen, düstern Gefahren, so ist ja die Atmosphäre unserer ganzen Zeit, diese Atmosphäre der Unrast, des Lärms und des Streites, diese Atmosphäre des Götzendienstes, der dämonischen Gewalten, aufreibend, ach wie aufreibend! Das braucht ja nicht bewiesen zu werden, jedermann weiß es. Wenn sich ein großer Teil der Zeitgenossen dagegen durch den Sport oder allerlei andere Betäubung, geistige wie körperliche, zu schützen sucht, so ist darin oft erst recht etwas Aufreibendes, weil im üblen Sinn Aufregendes. Und übrigens war das Leben *immer* aufreibend, besonders für zartere oder auch, und das noch fast mehr, für leidenschaftliche Seelen. Auch ist man oft gerade beim Beginn eines neuen Tuns so verbraucht, so erschöpft. Wie soll das gehen! Was soll daraus werden! Wie soll man durchkommen!

Wo finden wir Schutz gegen dieses Verzehrtwerden? Wo die Bürgschaft, daß wir aushalten und standhalten können?

Ich habe mein Leben lang nie eine bessere und tiefere Antwort auf diese Frage gefunden als in der Geschichte vom brennenden Dornbusch am Horeb, aus dem Gott zu Moses redete. Es ist nicht meine Absicht, in diesem Zusammenhang die ganze Großartigkeit, Gewalt und Tiefe dieser Offenbarung, die an einer der größten Wenden der Gottes- und Menschengeschichte, oder besser: der Geschichte Gottes mit dem Menschen und des Menschen mit Gott, steht, zum Gegenstand unseres Nachdenkens zu machen. Nur ihren Rand gleichsam möchte ich berühren. Auch von ihm schon geht große Kraft aus. Erinnern wir uns an ihren Umriß. Seit fünfzig Jahren lebt Moses, als Flüchtling, in der Wüste, er, der königliche Mann, als Bauer bei Bauern, in der großen Einsamkeit die Schafe hütend, Israel und seine

eigene Berufung fast vergessend und doch nicht vergessend. Eines Tages treibt er die Herde noch tiefer in die Wüste hinein, in die ungeheure, fast unheimliche und doch heilige Einsamkeit. Da, aus dieser geisterhaften Stille, leuchtet das große Wunder auf: der brennende Dornbusch – der Dornbusch, der ganz in starker, stiller Glut steht; aber wie er auch brennt, kein Blatt an ihm wird verzehrt. Aus dieser Glut aber redet *Gott*, der lebendige Gott, zu ihm, der nur mit ausgezogenen Schuhen näher treten darf, weil es heiliger Boden ist. Er nennt ihm seinen Namen, den Namen des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs, und dieser Name lautet: «Ich bin da.» Moses empfängt seine Berufung, und von dieser Stunde, wo er den brennenden Busch gesehen und aus ihm Gottes Stimme gehört, kommt ihm seine eherne Kraft, daß noch von dem Hundertundzwanzigjährigen, nach allem Sturm und Streit seines Lebens, gesagt werden konnte: «Seine Augen waren nicht blöde geworden und seine Kraft war nicht verfallen.»

Was bedeutet das hohe Geheimnis des brennenden Dornbusches für unsere Frage?

Es bedeutet: der brennende Busch wird nicht verzehrt, weil er in *heiligem* Feuer brennt, in einem Feuer, das aus *Gott* kommt, das Gott selbst ist; wir aber werden verzehrt, weil in uns ein unheiliges Feuer brennt, Feuer nicht von Gott, sondern von der Welt, wenn nicht noch schlimmeres.

Ja, das ist ganz sicher das Geheimnis, im negativen und im positiven Sinne. Was uns verzehrt, das ist nicht das Übermaß der Arbeit. Gewiß kann auch ein solches verzehren. Aber es stammt vielleicht selbst aus etwas Falschem. Jedenfalls ist sicher, daß das Übermaß, das uns *heute* verzehren will, besonders die Hast und Hetze des heutigen Tuns, nicht aus Gott stammt. Und so ist es auch nicht der Kampf, der uns verzehrt, der Kampf mit den Mächten des Bösen in der Welt und in uns. Arbeit und Kampf können das Leben erfrischen und stählen. Wie viele werden verzehrt, weil sie *keine* Arbeit und *keinen* Kampf haben. Nein, was uns verzehrt, das sind die fremden Elemente, welche sich mit der reinen Glut der Arbeit und des Kampfes vermischen. Es ist die Sorge, die weltliche Sorge, die bohrende, hetzende; es ist der Ehrgeiz, der von der Sache auf die Person ablenkende, im leeren Raum brennende und damit uns selbst verbrennende; es ist der gewalttätige, unruhige, gierige Wille des Ich, mit dem wir die Dinge anfassen; es ist das Leid, das ungesühnte, welches uns das Mark aussaugt; es ist das Schicksal, das unverstandene, gegen welches anstürmend wir uns verbluten. Das sind die Elemente, die uns verzehren. Und um nur noch eins hervorzuheben: wieviel heilige Lebenskraft, die wir für Arbeit und Kampf brauchen sollten, wird durch unreine sinnliche Triebe verbraucht und zerstört. Wie wird dadurch die heilige Quelle der Kraft selbst verheert! Ja, es ist ganz klar: es ist das *unheilige* Feuer, das uns verzehrt.

Mit dieser negativen Antwort ist aber auch schon die positive

gegeben: Wir müssen, wenn wir nicht verzehrt werden wollen, darnach trachten, in *heiligem* Feuer zu brennen. Wir müssen, statt der Sorge, dem Ehrgeiz, dem Ich, dem Leid, dem Schicksal, der Sinnlichkeit zu erlauben, mit ihrer unheiligen Glut in die reine Glut einzubrechen, aus der unser Tun strömen sollte, aus dieser reinen Glut leben, arbeiten, kämpfen, aus der Wahrheit der Sache selbst, aus der Liebe, aus dem Glauben, im Dienste Gottes und der Menschen. *Gott* muß das Feuer sein, aus dem wir leben, der lebendige Gott, der heilige Gott, vor dessen Gericht nichts Unreines bestehen kann, der aber in Christus, ganz offenbar geworden, uns von der verzehrenden Unruhe der Schuld befreit und durch die Kraft seiner Auferstehung wunderbares Leben in unsern «Todesleib» ergießt.

Gott über uns, in uns und mit uns schützt uns vor dem Verzehrtwerden. Er ist es, der unserm ganzen Tun einen Sinn und Inhalt gibt, einen ewigen Sinn, einen unendlichen Inhalt, und es dadurch vor der verzehrenden Leere schützt, ihm damit getroste Zuversicht, tiefquellende Kraft, hohe Freudigkeit und einen unantastbaren Kern verleiht. Wie Moses vor dem brennenden Dornbusch seine Berufung empfing, so müssen auch wir, im Kleinen, das aber doch auch innere Unendlichkeit besitzt, für unser Tun einen Ruf und Auftrag Gottes haben und aus dem tiefen Gefühl davon leben. Das gewährt der Seele und all ihrem Tun und Leiden den festen Untergrund, das sichere Fundament einer unendlichen Ruhe. «Und unter dir sind ewige Arme.» Dieser Gott, der Einzige, Lebendige und Allmächtige, der allein der Herr ist, er spricht zu Moses: «Meine Name ist: Ich bin da». Wir übersetzen gewöhnlich: «Ich bin» (oder «Ich bin der ich bin»). Und auch das ist der Fels, auf dem die Seele ruht: «Ich *bin*» – du darfst dich darauf verlassen gegen alle andern Mächte und Gewalten, und ich allein *bin* wirklich, alles andere ist nur Scheinmacht und Scheinwesen.» Aber dieses Sein ist nicht ein fernes, kühles, philosophisches, sondern ein nahes, tätiges, helfendes, etwas, was immer da ist, wenn wir in Not sind, wenn wir Licht, Kraft und Zuversicht brauchen. Dieses Wissen von der Macht und Nähe dessen, der allein wahrhaft *ist*, bricht die furchtbare Macht der Sorge. Wir sind nicht mehr von einem dunkeln Schicksal beherrscht, sondern von Seinem starken Arm an Seinem Herzen getragen. Wir sind nicht den Dämonen ausgeliefert, sondern von jener ewigen, unbedingten und unbegreiflich großen Liebe umfaßt, die uns in Christus endgültig so gewiß geworden ist, daß nichts uns mehr von ihr scheiden kann.

Das, meine ich, sei das einfache, große Geheimnis des Nichtverzehrtwerdens: Gott die heilige Flamme in uns, die selbst uns reinigt, die uns schützt gegen das, was nicht Gott ist, und als Flamme des Lebendigen in uns Leben schafft. In dem Maße, als *dieses* Feuer in uns brennt, verzehrt uns die Arbeit nicht, sondern wird umgekehrt eine stets neue Quelle der Kraft. Es verzehrt uns nicht der Kampf, sondern weckt in uns das höchste Leben auf. Es verzehrt uns nicht

das Leid, sondern wird zur tiefsten Quelle der Verjüngung des Lebens, weil es näher zu Gott führt. Es zerstören uns nicht Schuld und Schicksal, weil die Schuld selbst, die erkannte und vergebene, zu einer neuen Kraft der Liebe und des Dienens wird und das Leben vor Sattheit bewahrt, und weil das Schicksal das Material wird, aus dem wir immer neu das Leben gestalten, weil im Schicksal uns immer neu der Schickende begegnet, der uns zu sich empor in sein Leben zieht. Es keimt etwas Unberührbares, Heiliges, Festes, Unzerstörbares in uns auf. Wenn wir nur es nicht fahren lassen, dann mag noch so viel Kampf und Lärm um uns toben, noch so viel Mühsal uns belasten, noch so viel eigenes Irren und Fehlen unser Tun und Leiden trüben und uns unnötige Ausgabe der Kraft verursachen – dieses Eine in uns trägt uns, hält uns zusammen, schützt uns, erquickt uns; es ist das ewige Leben in uns. Es ist eine unversiegliche Quelle der Kraft. Und es ist auch der letzte Hort der Gesundheit. Hier strömt die tiefste, ja im Grunde die einzige Erquickung und Beruhigung der *Nerven*, heilt sich alle Neurasthenie – *nur* hier. Es ist das große Wunder in uns. Wie staunen wir ob diesem Wunder in Menschen, die durch ein Leben voll schwersten Leides, erschütternder Schicksale und unendlicher Mühsal nicht verzehrt werden, sondern nur immer lebendiger, immer gesunder, immer kraftvoller geworden sind, von Jugend zu Jugend schreitend, immer tiefer in die Jugend hinein. Aber dies Wunder ist uns allen zugänglich: es ist Gott, der Lebendige, über uns, in uns, mit uns, der auch zu uns spricht: «Ich bin da.»

So können auch wir brennen, ohne verzehrt zu werden – im *falschen* Sinne verzehrt zu werden.

Im falschen Sinne! Denn gibt es nicht auch ein berechtigtes, ja gefordertes Verzehrtwerden? Hat schließlich nicht unser Leben gerade den Sinn, daß wir verzehrt werden, daß wir dienen, uns brauchen lassen, uns nicht schonen, uns von der Flamme willig verbrennen lassen?

Ja und Nein! Gewiß, wir sollen uns in diesem Sinne verzehren lassen. Und doch nicht verzehrt werden! Unsere Flamme soll der Flamme Gottes gleichen, die im Dornbusch glüht. Dieser Gott ist ja der Lebendige, er ist die vulkanische Glut der Schöpfung; er ist, wie in dem gewaltigen Bilde von Michelangelo, der von Schöpfung zu Schöpfung Stürmende, der im Feuer sich Ausgebende, und doch ist seine Flamme ganz still und unbewegt. Und doch ruht er schaffend in sich selbst. Und doch verzehrt er sich nicht, sondern wächst (wenn ich so sagen darf) im Ausgeben seiner ewigen Kraft. So sollte auch unser Wirken sein. Es sollte aus einer tiefen Ruhe fließen. Es sollte aus der Ewigkeit in die Zeit brechen, so wie der Felsenquell aus der Tiefe des Gebirges. Schaffend sollten wir ruhen und ruhend schaffen. Das wäre das rechte Wirken. Es wäre mitten in Eile doch entfernt von Hast, mitten im Getümmel doch in der Stille, mitten im Aus-

strömen zum Tun doch ganz bei sich selbst. So lebte es vom lebendigen Gott und seiner Glut, die nicht verzehrt, sondern mehrt, nicht tötet, sondern lebendig macht.

Darum aber soll zum Schlusse noch auf eins geachtet werden: Moses erblickt *in tiefer Einsamkeit* und *Stille* den brennenden Busch. Anderswie und anderswo hätte er ihn nicht erblicken können. Damit ist ein unendlich bedeutsames Stück des Geheimnisses der Kraft kundgemacht. Wir müssen aus dem lärmenden, hastenden, betäubenden Tun, das uns verzehren will, immer wieder die Einsamkeit und Stille des Gottesberges suchen. Das war immer nötig, ist aber heute das Nötigste von allem. Dort, in der Einsamkeit und Stille des Gottesberges, treffen wir, vielleicht auf ganz unerwartete Weise, den Lebendigen, der uns wieder seinen Namen nennt und sein: «Ich bin da» zu uns spricht. Hier wird uns wieder unsere Berufung klar. Hier wird uns wieder gewiß, daß Er der Herr ist und keine andern Mächte, wie groß und furchtbar sie auch scheinen. Hier leuchten seine ewigen, richtenden und heilenden Ordnungen in neuer Gewißheit und Selbstverständlichkeit auf. Hier wird das falsche Feuer der Welt in uns durch das reine Feuer Gottes beleuchtet und vertrieben. Aus diesen Stunden schöpfen wir die Kraft, die uns arbeiten und kämpfen läßt, ohne verzehrt zu werden.

Mit *dieser* Kraft, die wir alle *haben* können – noch einmal: sie ist nahe: «Ich bin da» – wollen wir auch in dieses Jahr hinein, es bringe, was es wolle. Auf alle Fälle *ist* Er und ist *da*, als der Herr und Vater.

Leonhard Ragaz

Brief aus England

Das Christentum, wenn es nur aufrichtig angenommen ist, wirkt wie das schrecklichste Dynamit, es zerstört alles Alte und eröffnet neue, unendliche Horizonte. *Tolstoj*

Von unserem Freund Jack Boggis, Pfarrer in Uxbridge, erhalten wir nachstehenden ermutigenden Bericht über den Zusammenschluß der religiösen Sozialisten in seinem Land.

Der Mißerfolg der Labour Party bei den letzten Parlamentswahlen und die Art und Weise, wie sie an die Wähler appellierte – waren doch ihre Argumente genau so kraß materialistisch und bar jedes Ideals und jeder ethischen Überzeugung wie die der Konservativen – trugen viel dazu bei, dem Zusammenschluß der religiösen Sozialisten zum Erfolg zu verhelfen. Seit etwa zwei Jahren vor den Wahlen

kam eine Gruppe von hervorragenden christlichen Sozialisten regelmäßig zusammen, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Bewegung und das solchen Differenzen zustehende Gewicht miteinander zu besprechen. Nach vielen Monaten ernster und freundschaftlicher Diskussion wurde eine Broschüre unter der Überschrift «Vorträge aus dem Lamm» zusammengestellt. («Zum Lamm» hieß das Wirtshaus, in dessen Saal die Zusammenkünfte stattfanden.) Die Broschüre bestand im wesentlichen aus einer Reihe von grundsätzlichen Erklärungen, über die sich die Gruppe geeinigt hatte. Erklärungen zum Beispiel über unsere Stellung zu Gemeinbesitz, Friede, Rassengleichheit, Imperialismus und Kolonialismus, die Sowjetunion und die Einheit der christlichen Bekenntnisse. Alle Teilnehmer an den Diskussionen, hauptsächlich Mitglieder des Bundes sozialistischer Christen, des Verbandes sozialistischer Pfarrer, neben Vertretern anderer kleiner Gruppen, bezeugten schriftlich ihre Zustimmung zu den «Vorträgen aus dem Lamm». Die Broschüre wurde herausgegeben und eine Konferenz anberaumt, in der Absicht, eine neue Vereinigung der christlichen Sozialisten zu gründen, nachdem alle bestehenden Gruppen übereingekommen waren, sich zugunsten der neuen Organisation aufzulösen.

Es herrschte große Begeisterung. Über 500 Personen nahmen entweder als Delegierte oder als künftige Mitglieder an der Versammlung teil. Verschiedene Freunde und Leser der «Neuen Wege», wie Jim Desormeaux und ich, gehören dem geschäftsführenden Vorstand der neuen Organisation an. Ihr Name wird einfach lauten: Christlich-Sozialistische Bewegung. Ihr Präsident ist der weitherum bekannte und geachtete Methodistenpfarrer Dr. Donald Soper, einer der Führer des Feldzuges für nukleare Abrüstung, zu dessen Manifestationen die Aldermaston-Märsche gehören. Die bekannten Labour-Parlamentarier Tom Driberg und Anthony Greenwood gehören auch dem Vorstand an, ebenso wie Pfarrer Stanley Evans, Domherr der Southwark-Kathedrale, und der Veteran Vater John Groser.

Die neue Christlich-Sozialistische Bewegung wächst erfreulich, Zweiggruppen werden denn auch in allen Teilen des Landes gegründet. Eine sehr erfolgreiche öffentliche Versammlung wurde kürzlich in Scarborough, gleichzeitig mit der so ereignisreichen Labour-Party-Konferenz, veranstaltet. Die Christlich-Sozialistische Bewegung steht Christen aller Bekenntnisse offen, auch Angehörigen der römisch-katholischen Konfession, die sich zum Kampfe für die nachstehenden Ziele verpflichtet haben.

«Von der Überzeugung durchdrungen, daß die menschliche Gesellschaft auf den christlichen Glauben gegründet sein sollte und daß der Sozialismus die politische Ausdrucksform des Verlangens nach dem Reich Gottes auf Erden darstellt, geloben die Mitglieder der Christlich-Sozialistischen Bewegung zu arbeiten

für gemeinschaftliches Eigentum der hauptsächlichen Hilfsquellen der Welt,
für eine klassenlose und gerechte Gesellschaft,
für menschliche und rassische Gleichstellung,
für die Einheit aller christlichen Menschen,
für Freundschaft zwischen Osten und Westen,
für Abschaffung der Nuklearwaffen,
für Abrüstung und Weltfrieden,
um diese Ziele geistig zu ringen, für sie zu geben und zu beten.»

Diese unsere Ziele werden wir durch kurzgefaßte Flugschriften verbreiten und erklären. Wir wissen, daß unsere schweizerischen Genossen uns durch ihre Fürbitte unterstützen werden. Gruß und gute Wünsche euch allen, die ihr uns zur Seite steht im Kampf um Frieden, Sozialismus und Fortschritt im Blick auf das Reich Gottes auf Erden.

Jack Boggis

Die Weltgesundheitsorganisation über den Gesundheitsdienst in Osteuropa

Wenn es heute möglich ist, sichere Grundlagen über die Weltbevölkerung und ihre Probleme zu haben, so verdanken wir diese Grundlagen in erster Linie den weltumspannenden Untersuchungen, Statistiken und Publikationen der UNO und ihrer internationalen Organisationen. Zu diesen Publikationen, den einzigen vielleicht, die noch nicht vom Kalten Kriege gelenkt werden, gehören auch die zahlreichen bedeutenden Veröffentlichungen der Weltgesundheitsorganisation (OMS). Es sind Publikationen, wie sie kein einzelner Staat oder einzelne Institution in dieser umfassenden übernationalen Weise zu unternehmen in der Lage wäre. So ist auch das offizielle Organ der OMS, «Santé du Monde», eine Fundgrube objektiver Unterlagen über das wirkliche Leben der Völker und Einzelmenschen in allen Teilen der Welt. Leider dringt nur ein verschwindender Teil dieser aktuellen Tatsachen an die große Öffentlichkeit, obwohl gerade diese Publikationen der Presse zugänglich sind und als Aufklärung für weiteste Kreise gedacht sind. Vor allem wird zur Weiterverbreitung meistens alles das übergangen, was die OMS aus den Oststaaten berichtet, weil es der obligaten Schwarzmalerei des Kalten Krieges widerspricht.

Greifen wir ein einziges solches Beispiel heraus. Die Sondernummer der «Santé du Monde» vom September/Oktober 1960 war ausschließlich dem Gesundheitsstatus und dem öffentlichen Gesund-

heitswesen des heutigen Europas, 15 Jahre nach dem Hitlerkrieg, gewidmet. Unter anderem enthält diese Nummer auch typische Direktporträts des Durchschnittsmenschen in den verschiedenen Ländern Europas; «portraits robots» nennen sie der von der OMS damit beauftragte französische wissenschaftliche Journalist und Schriftsteller Bernard Gouley und die international bekannten Photographen, die ihn dabei unterstützen.

• Da ist das vierte Bild:

«Nicolas, der Bulgare, hat leben gelernt.»

Ein Bild aus dem heutigen Bulgarien, das so wenig zu dem paßt, was die Propaganda des Kalten Krieges von Bulgarien zeigt, daß es hier herausgegriffen werden soll, um für einen Augenblick jenes Gleichgewicht in der Information wiederherzustellen, das uns überall abhanden gekommen ist.

Sehen wir zu, was der 60jährige Bauer Nicolas Bartchevenski, aus dem 2000 Seelen zählenden Dorfe Rajevo-Konaré, Bernard Gouley erzählt hat, wie sich sein Dorf seit seiner Jugend verändert hat (von uns übersetzt): «Ich habe mein erstes Bett 1931 gekauft. Vorher schlief ich auf dem festgestampften Erdboden, wie mein Vater und mein Großvater . . . Das Leben war hart, mein Herr», sagte Nicolas. «Wir aßen nichts als weiße Bohnen und etwas Speck. Sobald wir etwas Geld zusammenbringen konnten, mußten wir es für eine zweite Kuh oder eine dritte Ziege verwenden. Für unser Haus und für uns selber konnten wir nichts erübrigen. Wenig Leute konnten lesen, und wir gingen oft auf den Friedhof, unsere Kinder begraben . . . Heute haben wir zu leben begonnen.»

Noch vor zwanzig Jahren befand sich das Dorf in einem jammervollen sanitären Zustand. Die meisten Häuser besaßen keinen Abort. Misthaufen lagen ziemlich überall herum, erzählt später der Arzt dem Vertrauensmann der Weltgesundheitsorganisation.

Doch jetzt «läßt mich Nicolas Bartchevenski stolz sein Haus besuchen, über dessen Tür ein Diplom für guten sanitären Unterhalt steht, das vom Arzt ausgestellt wird . . . Zwei Zimmer (Nicolas lebt mit seiner Frau und empfängt häufig seine Enkel), ein Aufenthaltsraum und eine Küche. Alle Räume sind sauber und normal möbliert; nichts ruft die Zeit des festgestampften Erdbodens zurück. Das Radio (alle Häuser des Dorfes haben Radioempfänger) verbreitet die Musik Rimsky-Korsakoffs.» Das Dorf hat auch einen gepflegten Park, in dem, in Pelzmütze und Schaffellen, die alten Männer sitzen, ein Kulturhaus und ein Dispensarium. Der Arzt, von dem dieses geführt wird, ist 28 Jahre alt und vollendet hier das obligatorische dreijährige Stage, das jeder junge bulgarische Arzt auf dem Lande absolvieren muß. «Glauben Sie nicht», macht er mich loyal aufmerksam, «daß

schon alle bulgarischen Dörfer diese relative Perfektion erreicht haben wie das unsrige. Wir sind in einer florierenden Gegend, und unsere Cooperative verkauft ihre Frühgemüse und Früchte gut. Aber die Verbesserung ist da, und mit der Zeit und mit unseren Anstrengungen wird dieses Resultat überall erreicht werden.»

Die Dorfbewohner, praktisch alle in der blühenden Genossenschaft vereinigt, besitzen nicht nur ihren persönlichen Gesundheitsschutz. 98 Prozent der Kinder werden im Dispensarium zur Welt gebracht; die meisten Frauen sind für eine schmerzlose Geburt vorbereitet. Auch die sanitäre Gesundung des ganzen Dorfes ist vollzogen. Von den 800 Häusern haben 767 bereits das Diplom des Arztes, ein «exemplarisches Haus» zu sein. Das bedeutet, daß dieses Haus sechs Dinge besitzen muß: «Eine hygienische zementierte Abortgrube, einen einwandfreien Miststock, der auf einen zementierten Boden gesetzt sein muß, einen Schweinestall, der sich leicht reinigen läßt, und einen dreigeteilten Hof mit Blumen, einem gepflasterten Teil mit dem Brunnen, dann für sich abgeschlossen die Ökonomiegebäulichkeiten und schließlich – eine Ruhebank.»

Ja, auch Blumen und eine Ruhebank.

«Nachdem 1945 die bulgarische Regierung daran ging, die sanitären Zustände des Landes zu verbessern, dachte sie in erster Linie an die Bauernschaft, die noch 1956 60,4 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachte. Gewiß, der bulgarische Bauer war kräftig und die Hundertjährigen nicht rar. Aber die hygienischen Zustände waren beklagenswert, und die Kindersterblichkeit erreichte 141 pro 1000. Die Diphtherie, die Tuberkulose, die Syphilis richteten Verheerungen an.»

«Heute sind Diphtherie, Malaria, Typhus sozusagen verschwunden» (nur eine Art Gelbfieber ist noch häufig). «In den ländlichen Gegenden Bulgariens gibt es jetzt 300 Spitäler, 250 Dispensarien, 788 ärztliche Praxisstellen und 576 Sanitätsposten . . . Auf dem Lande ist in Bulgarien die Säuglingssterblichkeit (unter einem Jahr) für 1000 Neugeborene von 146,1 im Jahr 1936 auf 124 im Jahr 1944 und auf 58,5 im Jahr 1958 gesunken.»

*

Das ist jenes andere Gesicht von Bulgarien, das uns die Kommunistenfresser aller Schattierungen unterschlagen. Schade, daß uns der Raum fehlt, die anderen Porträts aus Ost- und Westeuropa in dieser Nummer der «Santé du Monde» wiederzugeben. Die Völkerverhetzung wäre bald nicht mehr so mächtig, wenn hüben und drüben der Einseitigkeit der Information durch objektive Quellen solcher Art entgegengearbeitet würde.

Emmy Moor

Yandi

Die Brüderlichkeit ist den Menschen natürlich, Unbrüderlichkeit und Entzweiung werden den Menschen anerzogen. *Tolstoj*

Ein reizvoller Bericht über Befreiung und Aufstieg von Volksstämmen, die, wie man glaubte, dem Untergang geweiht waren, erreicht uns aus Australien. Es ist nicht so sehr die materielle oder zahlenmäßige Bedeutung als vielmehr der psychologische Aspekt der Geschehnisse, der unser Interesse fesseln muß. Die Befreiung primitiver Völker von Unmündigkeit und Sklaverei und alles, was sie mit sich bringt, ist zwar heute ein Tagesthema der Presse aller Erdteile, doch tritt in dieser Schilderung noch ein bezeichnender Umstand hinzu.

Was den Reiz der vorliegenden Saga ausmacht, ist ihre Unmittelbarkeit. Wir erleben tatsächlich, als wären wir mitten unter ihnen, wie diese Eingeborenen im Westen Australiens aus einem Dasein der Hoffnungslosigkeit und der Selbstaufgabe die ersten Schritte tun zur Selbstbehauptung, zum Bewußtsein menschlicher Würde. Man muß wissen, daß sich die australischen Eingeborenen, trotz der Geringschätzung, die ihnen bis vor kurzem von den meisten Weißen zuteil wurde, als außergewöhnlich widerstandsfähiger, intelligenter Menschenschlag erwiesen haben. Ethnologen, die die Lebensgewohnheiten der noch freilebenden Eingeborenen erforschten, heben ihre Beobachtungsgabe hervor und ein unglaubliches Anpassungsvermögen an die harten Bedingungen ihres wüstenähnlichen Lebensraumes, das allein schon auf bedeutende geistige Qualitäten schließen läßt. Besonders bemerkenswert ist jedoch ihr hohes Stammesethos, das sie für die alten und schwachen Glieder der Sippe sorgen heißt, und ihre stete Bereitschaft, Fehden mit andern Stämmen friedlich zu schlichten.

Während die australischen Eingeborenen vor dem Eindringen der Europäer gesamthaft Nomaden gewesen waren, zwang die fortschreitende Einschränkung ihres Jagdgebietes Tausende, auf den Vieh- und Schaffarmen der Weißen Arbeit anzunehmen. Ihre Dienste als Viehtreiber und vor allem ihr Geschick als Tracker (Spürer) wurden aber nur schlecht gelohnt. Sie verkamen mit ihren Familien im Schmutz, erhielten in der Regel nur geringe Rationen schlechtester Nahrung und sehr wenig Barlohn. Vor allem aber lastete auf ihnen die offen zur Schau getragene Verachtung der Weißen. Mißhandlung der Eingeborenen war, da die Farmen oft Tagreisen vom Sitz einer Behörde entfernt sind, nicht selten. Die Regierung, in Gestalt des motorisierten Polizisten, war allerdings schnell zur Stelle, wenn sich einzelne der so versklavten Farbigen einfallen ließen, wegzulaufen. Sie wurden, wenn erwischt, nicht selten am Halse angekettet zurückgebracht und bestraft.

Daß die Eingeborenen und Mischlinge – denn auch solche gibt es

in großer Zahl – ein erbärmliches Los erleiden, ist in der australischen Öffentlichkeit nicht unbekannt. Es gibt viele anständige Australier, die sich der schoflen Behandlung einer wehrlosen Minderheit von Ureinwohnern schämen. Würden sie wohl noch ganz ausgerottet werden, nachdem sie von einst etwa 300 000 Seelen bis zum Zweiten Weltkrieg bis auf rund 60 000 reduziert worden waren? Das durfte nicht sein. Es gab vereinzelte Missionsstationen, darunter eine in Alice Springs im Zentrum Australiens, die sich seit langem mit großer Hingabe um die Eingeborenen bemühten. Die Bundesregierung tat ein übriges, indem sie durch das Amt für Eingeborenen-Wohlfahrt einige Hilfs- und Beobachtungsstationen schuf, die den noch in Reservaten verbliebenen Schwarzen beistehen sollten. Solche Kontakte zwischen Schwarz und Weiß waren ganz nützlich, insofern sie dazu beitrugen, die Öffentlichkeit über das Leben der Eingeborenen, über ihre Sitten und Bräuche zu informieren, ja sogar die Einsicht reifen zu lassen, daß die auf ihren Fortschritt stolze weiße Rasse hier eine Aufgabe zu erfüllen hat.

Es ist möglich, daß auch das Beispiel Neuseelands mit seiner gleichberechtigten, in voller Entwicklung begriffenen Eingeborenen-Minorität der Maori dazu beitrug, in Australien eine zeitgemäßere Einstellung in der Rassenfrage anzuregen. Freilich hatten die Maori, seit sie zuerst mit den Weißen in Berührung kamen, bessere Erfahrungen mit ihnen gemacht. Die dunkelhäutigen Australier hingegen haben Generationen dauernde Unterdrückung und Dezimierung durch die weißen Siedler hinter sich. Ihre Erfahrungen haben sie mißtrauisch und aus Hoffnungslosigkeit passiv werden lassen oder «faul, geistig stumpf und verschlagen», wie es dem oberflächlichen Urteil der Weißen erschien. Von oben angeordnete Maßnahmen zur Hebung ihres kulturellen Niveaus wären höchstens dazu angetan gewesen, das Mißtrauen der Eingeborenen noch zu vertiefen. Der Anstoß zu einer Neuregelung der Beziehungen mußte offenbar von ihrer Seite kommen, von unten, von den Graswurzeln her, wie der Amerikaner sagt.

Den Verlauf eines Versuches australischer Eingeborener, sich selbst zu finden – oder sich als Volk wiederzufinden –, schildert nun das von Donald Stuart verfaßte Buch «*Yandi*»* in gewinnender Weise.

Stuarts Story ist in den Hauptlinien ein Bericht von Tatsachen, die auch in behördlichen Akten ihren Niederschlag gefunden haben. Es ist die Geschichte einer Auflehnung, eines Streiks der farbigen Farmarbeiter. Zuzugeben ist allerdings, daß es ein seltenes Exemplar von einem Weißen war, der den zündenden Funken gab, ein Mr. *McLeod* ein alter Prospektor oder Goldsucher, der zeit seines Lebens mit den Eingeborenen Umgang gehabt, mehrere ihrer Stammesdialekte sprach und durch seine Worte und sein Verhalten ihr absolutes Vertrauen erworben hatte. Der Ruf, der ihm vorausging, wie auch seine Fähig-

* Donald Stuart: «*Yandi*», Australasian Book Society, Melbourne, 1959.

keit, wie ein richtiger Wilder auch der Wüste noch ein Minimum an Lebensmöglichkeiten abzutrotzen, dies alles machte ihn zum idealen Helfer und Bruder der Eingeborenen. Er verabredete mit einzelnen von ihnen – seine Kenntnis und Achtung vor ihren Traditionen unterstützten ihn in der Wahl der Anführer –, wann sie samt ihrem Anhang ihre Dienststellen verlassen sollten. Mit Hilfe eines primitiven Kalenderholzes, das auf ihre Unkenntnis des Lesens und Schreibens abstellte, wurde ein Datum vereinbart und durch Boten im Laufe von Wochen in den Eingeborenenquartieren der Farmen des Nordwestens verbreitet. Das Datum des Streikes – der 1. Mai 1946 – wurde eingehalten; die eingeborenen Arbeiter mit ihren Familien zogen zum maßlosen Erstaunen ihrer weißen «Bosses» ab, an vorausbestimmte Sammelplätze.

Was nun an der Schilderung Stuarts besonders aufschlußreich ist – die tägliche und stündliche Erziehung zu Selbstvertrauen und Würde beginnt nun im Widerstand gegen die polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen zu spielen. Gegen die bewaffnete Macht des Staates und der mit ihr verbündeten Farmer könnten die Eingeborenen mit Gewalt nichts ausrichten; es entspricht dies auch nicht ihren Gewohnheiten. Ihre Führer verstehen es aber, aus der Wehrlosigkeit ihrer Leute eine geistige Waffe zu schmieden. Im Zusammenstoß mit der Polizei, gegenüber dem komplizierten und unverständlichen Apparat, den ein britisches Gericht für sie darstellt, immer beobachten sie scharf und vertreten würdig ihre Forderungen: anständige Löhne, menschenwürdige Behandlung für sich und ihre Angehörigen und das Recht, die Arbeit zu verweigern, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Sie nehmen Opfer auf sich, gehen ohne Zögern ins Gefängnis, in Ketten, wenn es die weißen Herrschaften so wollen. Sie finden mit der Zeit sogar ihren Humor wieder und machen sich über die einfältigen Maßnahmen der Polizei lustig. «Ihr werdet sicher in ganz Australien berühmt, wenn ihr alle eure Gefängnisse voller Schwarze habt. Aber gibt es auch genug Zuchthäuser für alle unsere Leute?» Immer stärker im Bewußtsein, daß sie ihr Lebensrecht vertreten, erkennen sie, daß kein Außenstehender gegen die geschlossene Gemeinschaft der Eingeborenen etwas ausrichten kann und daß sie sich schließlich durchsetzen werden. Man wird angesichts ihrer Haltung unwillkürlich an den gewaltlosen Aufstand der Inder gegen die britische Herrschaft erinnert. Nicht von ungefähr, steht doch MacLeod während vieler Monate in brieflichem Verkehr mit Nehru und Rewi Alley in China.

Nicht leicht ist es, für die Streikenden, die auf verschiedene Lager verteilt sind, die nötige Nahrung zu beschaffen; doch auch dieser Umstand dient zu ihrer Erziehung. Es gibt in Westaustralien Oberflächen-Fundstellen von Mineralien, von Zinn, Blei, auch Gold. Viele sind von Prospektors oder den Equipen von Unternehmern schon ausgebeutet worden; aber bei zäher Arbeit mit dem Yandi (einem flachen Gefäß, in welchem die wertvollen Mineralteilchen aussortiert

werden) und ein bißchen Glück sind doch da und dort noch kleine Mengen zusammenzubringen, die im Laden der nächsten Stadt gegen Mehl und dergleichen ausgetauscht werden. So gehen ganze Gruppen von Männern, Frauen und Kindern dieser Arbeit nach; andere Teams sind an der Küste mit Fischfang und Muschelsammeln beschäftigt. In wildreichen Gebieten trägt auch die Jagd auf Känguruhs oder wilde Ziegen zum Unterhalt bei. Zeiten des Hungers gibt es auch und ständige Schikanen der Polizei und Razzien, bei denen die Jagdhunde der Schwarzen unter irgendeinem Vorwand abgeschossen werden. Doch die Gruppen bleiben bis auf wenige Ausnahmen beisammen oder erhalten Verstärkung, und wo die führenden Männer ins Gefängnis geholt werden, treten andere an ihre Stelle. Wenn wieder einmal ein Schlag gefallen ist, wird im Rat der Männer, einer Art Landsgemeinde, beschlossen, wie der neuen Lage zu begegnen ist. Zur Ehre der australischen Behörden und ihrer Polizei muß gesagt werden, daß die verhafteten Eingeborenen in den Gefängnissen einigermaßen anständig behandelt, auf alle Fälle nicht geschlagen oder gefoltert werden. Dies ist im 20. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit!

Inzwischen sind die Freunde der Streiker-Gemeinschaft nicht müßig geblieben. McLeod und befreundete Juristen setzen sich in der Öffentlichkeit für die Rechte der Eingeborenen ein; die mächtige Gewerkschaft der Seeleute gibt den Farmern zu verstehen, daß ihre Exportwolle nicht verladen wird, falls sie ihren Arbeitern nicht anständige Bedingungen bieten. Sogar der Oberste Gerichtshof Australiens gibt den Streikenden recht.

Eine neue Wendung im Kampf der Streikenden bringt schließlich die Entdeckung einer reichen Fundstelle von Wolfram. McLeod sorgt dafür, daß ihre Schürfrechte ordnungsgemäß bestätigt werden, nachdem ihm lange untersagt gewesen war, sich für seine schwarzen Freunde einzusetzen.

Nun ist dies die Geschichte der Eingeborenen-Emanzipation in nur *einer* Region Australiens. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß die Bewegung auf andere Teile des Kontinents übergreift.

Doch stellt sich damit nachträglich das wichtigste Problem: Welchen Weg soll die Gruppe, deren Schicksal wir eben geschildert haben, fortan gehen? Sie haben sich angesichts einer Übermacht von Gegnern und feindlichen Faktoren als Gemeinschaft durchgesetzt und ihre materielle Existenz, in ihrem Fall, durch den Wolfram-Abbau gesichert. Sie verdanken ihren Sieg nicht zuletzt, daß Stammestraditionen des Duldens und zähen Verhandelns, die gegen den Widerstand von einigen von Weißen beeinflußten Eingeborenen, die zur Unterwerfung rieten, von den Stammesältesten hochgehalten wurden. Sie kennen nur Gemeinbesitz in ihrer Stammestradition, sie unterstehen sehr komplizierten Ehegesetzen, die in unserem heutigen Urteil als tyrannisch empfunden werden. Ihre Kontakte mit der Welt der Weißen haben ihnen aber ihre prekäre Lage zum Bewußtsein gebracht. Sie sind wie

selten jemand dem Boden verhaftet. Heute können sie «als Mündel der (weißen) Nation» kein Land besitzen. Sie sind es aber müde, je nach Laune der Weißen da- oder dorthin verschoben zu werden. Sie möchten auch nicht in die frühere Knechtschaft zurück. Sie wollen endlich einen Flecken ihrer heimatlichen Erde, von dem niemand sie vertreiben kann (nicht einmal eine militärische Behörde, die neue Raketentestgebiete sucht). Darin fänden sie Zufriedenheit und Glück. Wie es einer ihrer «Gesetzträger» oder Ältesten ausdrückte: «Wir wollen unsern alten Auffassungen treu bleiben und nur nach und nach, wenn wir gute Gründe dafür haben, davon abgehen. Wir wollen auch von den Weißen das eine und andere annehmen, aber nur was gut ist.»

Ob diese Gemeinschaft von Eingeborenen, die durch das gemeinsame Erlebnis eines in erster Linie geistigen Kampfes zusammengeschmiedet wurde, an ihrer Kollektivwirtschaft festhalten kann, ist allerdings fraglich. Vorauszusehen ist, daß sie ihren Kindern die Schulbildung wird geben wollen, ohne die sie, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht die gleichen Rechte wie die Weißen werden beanspruchen können. Einmal dem Einfluß der Stammestraditionen entzogen, wird die junge Generation der Eingeborenen kaum den Lokkungen des modernen Erwerbslebens widerstehen können. Die Schilderung des Aufstandes der «Wilden» und ihrer würdigen Selbstbehauptung, wie wir sie in «Yandi» verfolgen können, läßt allerdings die Frage offen, ob die Preisgabe des Ethos, das dem Kampf der älteren Generation der Eingeborenen zugrunde lag, in jeder Beziehung als Aufstieg bezeichnet werden kann. Soviel steht immerhin fest: Die Eingeborenen Australiens werden nicht aussterben, sondern sich mit der Zeit aus «Mündeln der Nation» zu rechtmäßigen Bürgern des Landes entwickeln. *P. F.*

Tibet im Weltgetümmel

(Schluß folgt)

Bis zur Mitte unseres Jahrhunderts herrschten in den «unterentwickelten Ländern» Asiens noch alttestamentliche Zustände. Friedliche Nomaden zogen mit ihren Herden von abgegrasten Strecken zu frischen Weideplätzen. Wenn sie solche nicht fanden, vereinigten sie sich zu Horden und raubten, wo sie konnten. Die seßhaften Bauern waren in großer Mehrzahl besitzlos und mehr oder weniger nach alten Feudalgesetzen den Großgrundbesitzern hörig.

Tibet bildete keine Ausnahme. Nach den bereits zitierten Werken von W. O. Douglas und Lowell Thomas war fast das gesamte Land mit Einschluß der Flüsse und Berge Eigentum der Klöster, des Adels

und der weltlichen Regierung. In manchen Angelegenheiten überschnitten sich die Machtbefugnisse der Geistlichen und Laien. Nominell stand der Dalai Lama als Gottkönig über der kirchlichen und weltlichen Macht, und er blieb es in den Augen des gläubigen Volkes, auch wenn es in der Praxis nicht zutraf.

Die besitzlosen Landarbeiter mit ihren Familien waren an den Landherrn gebunden, für den ihre Vorfahren gearbeitet hatten. Ohne Einwilligung des Grundherrn durften sie sein Land nicht verlassen. Als Entlohnung verpachtete dieser ihnen kleine, meist minderwertige Parzellen, die sie für ihren Lebensunterhalt bearbeiten durften. Doch wurde ihnen dafür nur ein Drittel oder ein Viertel ihrer Arbeitszeit zwischen Sonnenaufgang und -untergang bewilligt. Unter günstigen Umständen konnten sie sich damit ärmlich ernähren, wohl auch durch Verkauf von ihren Produkten etwas Bargeld erübrigen. Bei Mißernte, Dürre oder Überschwemmung aber waren sie gezwungen, vom Herrn gegen Wucherzinsen zu borgen und damit verstärkte Hörigkeit zu erdulden. Außerdem war jede Bauernfamilie gehalten, ein bestimmtes Maß von «Ula», das heißt Fronarbeit, für den Gebieter zu leisten, zum Beispiel Holzhacken, Wasserschleppen, Yak-Karawanen vorbereiten und führen, wobei sie für ihre Kleidung und Nahrung selbst zu sorgen hatten. Nach de Riencourt und Douglas klagten die Bauern über nichts so sehr wie über Ula. Wie schon erwähnt, ertrugen die älteren diese Zustände mit buddhistischer Gläubigkeit. Weniger die jungen. Rissen sie aus, warteten ihrer die traditionellen Strafen, wie Abhacken von Gliedmaßen, Ausstechen der Augen mit besonders dafür geeignetem Werkzeug, öffentliches Auspeitschen usw. Die Kinder wuchsen ohne Schulung auf, denn was in den Klöstern an Schulen vorhanden war, diente den Kindern der nicht unter Zölibat stehenden Mönche.

Richter Douglas hatte das Glück gehabt, für seine in Delhi vorbereitete Tibet-Expedition einen jungen, in Indien erzogenen Tibeter, Rahul, als Führer und Dolmetscher zu finden. Dieser war nicht nur vielsprachig geschult, geübter Bergsteiger und Tibet-Sachverständiger aufgeschlossenen Geistes, sondern auch, was Douglas sehr lag, ein humorvoller Bursche. – Eines Tages, als beide sich über tibetische Verhältnisse unterhielten, entwickelte sich folgendes Gespräch: «Vor einem Jahr», erzählte Rahul, «war ich aufgefordert worden, als Laie zu einer Gruppe von Lamas zu sprechen. Ich sagte ihnen, daß nach meiner Meinung die Klöster Erziehungsanstalten werden müßten. Sie sollten die Kinder ihrer Umgebung sammeln und unterrichten. Darob erhoben die Lamas ein Wutgeschrei und setzten mir gehörig zu.» «Warum?» fragte Douglas. «Weil die Macht der Lamas zum Teil auf der Unwissenheit des Volkes beruht. Das ist ja der Grund, daß Tibet das verbotene Land wurde. Die Lamas wollten nicht, daß Ideen von außen ins Volk dringen, denn Ideen können gefährlich werden. Auch müssen sie die Armut aufrechterhalten. Unwissenheit schafft Armut, und Armut schafft Unwissenheit.»

Douglas hat sich in allen seinen Reisebüchern mit der Lage der Enterbten befaßt. In Tibet und den umliegenden Ländern fand er das Phänomen, daß ein Religionsstaat sondergleichen ohne jedes Bedenken den Zustand der Hörigkeit verewigte. Hören wir die folgende Schilderung:

«Es gibt zwei Hauptklassen von Mönchen: die betenden Mönche und die arbeitenden Mönche. Die letzteren stehen unter dem Chhagzot (Verwalter) und dem Konyer (Schatzmeister). Der Chhagzot hat die Arbeit der Bauern zu überwachen und die Abgaben einzuziehen. Er pflegt auf einem großen weißen Roß durch die Dörfer zu reiten und verkörpert neben der Macht des Grundherrn auch die religiöse Macht der Kirche. Er ist der heilige Mann, dem der Bauer Treue schuldet, der sein Leben in seiner Hand hat. Von Natur mag er kein böser Mann sein; doch seine Machtfülle jagt Schrecken ein. Da es seine Aufgabe ist, dem Volke die Armut zu erhalten, kann er mit gutem Gewissen auf seinem ‚Pfund Fleisch' bestehen. Und dem armen, wimmernden Dörfler bleibt nichts übrig als Unterwerfung.» So weit Richter Douglas.

Von Lowell Thomas erfahren wir Einzelheiten über die Wohnverhältnisse auf dem Lande.

Seine Kavalkade hatte den Weg aller von Indien über Nepal eindringenden Reisenden bis zur Marktstadt Gyantze zurückgelegt. Bis dahin hatten sie es gut gehabt, denn sie konnten als Nachtquartier die seinerzeit von den Engländern für ihre Beamten erbauten Rasthäuser, zwölf an der Zahl, benutzen. Dort fanden sie saubere Zimmer, ein wärmendes und Kleider trocknendes Feuer und Kochgelegenheit. Von nun an mußten sie in den vom Quartiermacher belegten Bauernhäusern übernachten. Hören wir Lowell Thomas:

> «Nach einem tüchtigen Tagesritt machten wir in Gobshi halt und wurden zu einem zweistöckigen Steinhaus geführt. Wie in allen tibetischen Wohnungen, mit Ausnahme der Yakfell-Zelte, war das Erdgeschoß für die Karawanentiere und das Vieh des Besitzers bestimmt. Die üblichen bösartigen Hunde, die jeden tibetischen Haushalt bewachen, bellten uns aus vollen Kräften an. Um in die oberen Räume zu gelangen, mußten wir eine gebrechliche Leiter hinaufklettern. Sie führte uns in einen Vorraum, umgeben von Räumen mit schmutzstarrenden Fußböden. Auch eine Küche war dabei mit einem Loch im Dach, das als Schornstein diente. Wir blickten in einen kleinen dunklen Raum mit flackernden Butterlämpchen und Buddhabildnissen. In jeder Schlafkammer standen zwei niedrige Ruhelager und ein kleiner roter Tisch. Als Abort diente ein Loch im Fußboden, gerade über dem darunterliegenden Dunghaufen. Alles nicht gerade anheimelnd, aber Schutz vor den kalten Winden gewährend.»

Amaury de Riencourt gibt uns eine lebendige Schilderung der Stadt Phari Dzong, der schmutzigsten Stadt Tibets, und ihrer Bewohner. Es war die erste größere Stadt, in der er nach seinem Eintritt in Tibet

Rast machte, 14 700 Fuß hoch inmitten einer überwältigend großartigen Gebirgslandschaft gelegen. Nach seinen Worten fand er «eine buchstäblich in Schlamm und Unrat versunkene Stadt».

«Seit Jahrhunderten werfen die Einwohner Kehricht und Kot aus den Fensterlöchern (Glas gibt es nicht) und Türen auf die Straßen. Dadurch wurden diese nach und nach auf eine höhere Ebene gebracht. Beim Betreten eines Hauses muß man daher durch den Schmutz hindurch in das ehemalige Erdgeschoß wie in einen Keller hinuntersteigen. Die Einwohner dieses Schweineparadieses sind seit Generationen an diese Zustände gewöhnt. Zum Teil ist das Höhenklima schuld daran. Im Winter gibt es in dieser Höhenlage weder Holz noch Kohle zum Heizen, nur trockenen Yakdung. Da bildet der Morast innerhalb und außerhalb der Wände eine die Kälte mildernde Isolierung. Die Ärmsten haben auch nicht einmal diese Isolierung, da sie den teuren Yakdung zum Kochen sparen müssen.

Der Durchschnittsbürger von Phari wäscht sich einmal im Jahr und legt nur selten den Schafspelz und seine dicke Wollkleidung ab. Einmal im Sommer geht er in einen Fluß oder Teich und schabt sich mit einem scharfen Stein die zolldicke Schmutzschicht auf seiner Haut ab. Die meisten fühlen sich danach ungemütlich und erholen sich erst, nachdem sich eine neue Schmutzschicht angesetzt hat. Der extremen Höhenluft ist es zu verdanken, daß sich Ungeziefer und Krankheitskeime kaum entwickeln können. Andernfalls könnten Menschen unter diesen Umständen nicht existieren. Freilich ist die Kindersterblichkeit gewaltig, und das durchschnittliche Lebensalter wird auf 30 Jahre geschätzt.»

Schwer konnte sich de Riencourt mit den Frauen von Phari versöhnen. Sobald sie auf die Straße gehen, entstellen sie ihre pergamentartige Gesichtshaut noch extra, indem sie eine Salbe aus Ruß und Dung auflegen. Später hörte ich, daß die Frauen von den Lamas angehalten werden, sich so häßlich wie möglich zu machen, um etwaigen Versuchungen zu entgehen.

Bald nach seiner Ankunft, erzählt derselbe Berichterstatter, wurde er in ein Lamakloster eingeladen und machte dort Bekanntschaft mit dem nahrhaften Nationalgetränk, dem Buttertee. Um ihn zu bereiten, werden chinesische Teeblätter in Wasser und Soda, die an den Flußufern gefunden wird, gekocht. Salz und eine reichliche Menge ranziger Butter, die oft mehrere Jahre alt ist, werden der sprudelnden Brühe zugefügt und mit einem Butterstößel zu einer Emulsion geschlagen. Der Zusatz einer Prise Yakdung verfeinert das Aroma. Bei seinen Zusammenkünften mit weltlichen und geistlichen Aristokraten mußte er mindestens zwölf Tassen zu sich nehmen, um seine Wirte nicht zu beleidigen. Der Tibeter bringt es auf 50 bis 60 Tassen täglich und mehr.

Nicht nur als Nahrungsmittel spielt die Butter eine große Rolle im

Volksleben. Wie schon erwähnt, ist sie das einzige Beleuchtungsmittel. Daneben dient sie zum Einbalsamieren von Leichen höchsten Ranges. Als während de Riencourts Aufenthalt der Dreizehnte Dalai Lama (der Vorgänger des jetzigen) starb, erlebte er, wie seine in Butter und Salz gekochte Leiche – der Kopf war vergoldet – täglich von Tausenden kniender Gläubigen besucht wurde. Sie beteten für eine schleunige Reinkarnation der Seele.

Die Totenbestattung des Adels- und Bürgerstandes vollzieht sich auf dafür bestimmten Anhöhen. Die Leiche wird in kleine Stücke zerhackt, die Knochen zermahlen und den darüber kreisenden und kreischenden Geiern und Krähen zum Fraß überlassen. Nur wenn vom Körper kein Rest mehr übrig ist, kann die Seele frei werden. Die Armen versenken ihre Leichen im Fluß, wo die Fische die nötige Arbeit tun, freilich nicht so schnell wie die Geier.

Es ist kein Zufall, daß alle hier zitierten Tibet-Schriftsteller aus dem Westen von den höchsten Adelspersonen Lhasas als Ehrengäste empfangen und in ihren prächtigen Villen bewirtet wurden. In allen Büchern liest man die gleichen Namen, vor allem Tsarong Shape, dessen Gastfreundschaft höchstes Lob erteilt wird. De Riencourt wurde geehrt dadurch, daß man ihm den Sohn George Tsarong als Führer und Dometscher anbot. Es dauerte auch nicht lange, bis er von dieser Familie zu einem Gala-Gartenfest geladen wurde.

Ich muß mir die Schilderung der von luxuriösen Blumenbeeten durchzogenen Rasenflächen, des Glanzes der Seidenbrokat-Gewänder von Männern und Frauen, das Blitzen der Juwelen, das Aufzählen der 35 Gänge des Festmahls versagen, um auf etwas, das mir *wesentlich* erscheint, zu kommen. Lassen wir de Riencourt erzählen:

> «Das Menü hatte mit einer Vogelnester-Suppe begonnen . . . Bevor es halbwegs beendet war, verstummte plötzlich die laute Unterhaltung der Gäste, und ein verlegenes Schweigen breitete sich über die Gesellschaft aus. Ein Rasseln von Ketten veranlaßte mich, den Kopf zu wenden, um zu meiner Bestürzung einen Lama mit aristokratischem Gesicht zu erblicken, der, mit gefesselten Füßen und Hals und Hände in hölzerne Gestelle geschraubt, über den Hof schritt. Lautlos und hastig wurde er fortgeschafft. Als ich später meinen Mentor George fragte, erzählte er mir vom Kloster Sera, in dem kürzlich eine Lamarevolte stattgefunden hatte. Die Lamas wollten den derzeitigen Regenten (Stellvertreter des unmündigen Dalai Lama) absetzen und durch einen fortschrittlichen, der für Einführung von Reformen eintrat, ersetzen. Die Revolte wurde niedergeschlagen. Der gefesselte Lama durfte als entfernter Verwandter der Familie seine Strafe im Hause Tsarong abbüßen.»

Gibt es in Tibet ein organisiertes Gerichtssystem? Nein, sagt Heinrich Harrer, und er muß es wissen. Denn er hat sieben ununterbrochene Jahre, von 1944 bis 1951, in Tibet verbracht. Sein Buch «Sieben Jahre in Tibet» kann uns daher eine weit intimere Kenntnis des Landes ver-

mitteln als die Berichte von Reisenden mit nur zwei- bis dreimonatigem Aufenthalt.

Nichts lag Heinrich Harrer ferner als die Große Politik. In Graz geboren, waren Skilaufen und Bergsteigen seine Leidenschaft. In beidem brachte er es zur Meisterschaft, und einmal den höchsten Gipfel, den Mount Everest, zu besteigen, war der Traum seiner Jugend. Im unruhigen Sommer 1939 bot sich ihm und seinem Freund Peter Aufschnaiter die Gelegenheit, mit einer Bergsteiger-Expedition nach Indien zu gehen. Kaum dort angekommen, brach Hitlers Krieg aus, und die beiden wurden in ein Internierungslager gebracht. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es ihnen, zu entwischen und nach unglaublichen Strapazen und Gefahren in Tibet einzudringen. Man wies sie aus, nicht einmal, sondern viele Male, doch endlich gewannen sie durch ihre vielseitigen, nützlichen Fähigkeiten Vertrauen bei hoch und niedrig.

Gibt es Gerichte, gibt es die Todesstrafe in Tibet? Der Buddhismus gebietet die Ehrfurcht vor dem Leben. Das geht nach Harrer so weit, daß der Tibeter eine Ameise, die an ihm hochkrabbelt, zärtlich nimmt und fortträgt. Fällt eine Fliege in die Teetasse, so ist das eine Katastrophe; sie wird vor dem Ertrinken gerettet, denn sie könnte ja die Wiederverkörperung der verstorbenen Großmutter sein. Wenn Yaks und Schafe geschlachtet und gegessen werden, so ist das von der Kirche erlaubt, weil das Klima Fleischnahrung erfordert. Hören wir Harrer:

«Folgerichtig ... gibt es in Tibet keine Todesstrafe ... Der Täter wird nur ausgepeitscht und bekommt Eisenfesseln um seine Fußgelenke geschmiedet. Die gräßlichen Auspeitschungen sind aber im Grunde weniger human als unsere Todesstrafe, denn oft haben sie ein Sterben unter fürchterlichen Qualen zur Folge. Wegelagerern oder Räubern werden ... zumeist Hände oder Füße abgehackt. Ich war entsetzt, als ich erfuhr, auf welche Weise man die Wunde steril macht: das Glied wird in kochende Butter gehalten.

Einen berufsmäßigen Richterstand gibt es nicht. Die Untersuchung von Straffällen wird zwei oder drei Adeligen übertragen. Leider führt dieses System zu Bestechungen. Nur wenige Adelige stehen im Ruf unbeirrbarer Gerechtigkeit. Bestechungssummen gelten ganz offen als gute Einnahme des Feudalsystems.»

Ein paar Bemerkungen über Gesundheitspflege:

«Damit steht es in Tibet sehr ernst. Fälle von venerischen Krankheiten, auch Malaria und Pocken, kommen ... recht häufig vor; doch wie bei allen andern Krankheiten mißt man ihnen wenig Bedeutung bei ... Man holt den Arzt erst, wenn es zu spät ist ... Die Chirurgie ist hier noch ganz unbekannt ... Die Tibeter kennen keinerlei Eingriffe in den menschlichen Körper außer dem Aufschneiden von Geschwüren. Auch die Geburtshilfe ist fremd.»

Vom Betrieb innerhalb der Klöster und Kirchen gibt uns de Riencourt wesentliche Beobachtungen. In abgelegenen Tälern hatte man ihm Steinhütten gezeigt, in denen sich Eremiten lebendig einmauern ließen, um bei Wasser und Gerstenmehl durch Meditationen in die Tiefen der Religion zu dringen.

In den Klöstern und Kathedralen dagegen, welch ein Gegensatz! Sein erster Besuch galt der großen Kathedrale von Lhasa. Im dreizehnten Jahrhundert erbaut (nicht mit dem Potala-Palast zu verwechseln!), ist sie für den Lamapilger, was die Kaaba in Mekka für den Mohammedaner ist: das Allerheiligste. An den Wänden unzähliger, durch Butterlampen schwach erleuchteter Kapellen reihen sich farbige Figuren furchterregender Dämonen. Durch ein Gewimmel von Pilgern, die teils auf den Knien rutschten, teils mit gefesselten Füßen trippelten, mußten sich die beiden Besucher hindurchwinden. Ihrer aller Ziel war eine vergoldete, mit zahllosen Juwelen verzierte Statue Gotama Buddhas. Das unaufhörliche Getöse von Trommeln, Glocken und Zimbeln des tibetischen Rituals, die heiße, vom Duft ranziger Butter und Weihrauch durchtränkte Luft gab dem Außenseiter das Gefühl, «als ob ich in einem bodenlosen Ozean ertränke».

In den unterirdischen Gewölben der Kirche erklärte ihm sein Begleiter George Bilder der Teufelin Lhamo. Man sieht sie bekleidet mit der Haut menschlicher Leichen, wie sie die Gehirnmasse aus Menschenschädeln verschlingt. Auch hier unten ein Gemenge von Pilgern, erstickende Luft, ohrenbetäubender Lärm durch Gongs und Trommeln, dazu das Surren der Gebetsmühlen und der accelerando gemurmelten Litanei: «Om! Mani Padme Hum!» (Heil! Juwel in der Lotosblume!)

Noch ein Erlebnis beim Besuch des Drepung-Klosters, eines der drei größten Klöster des Landes. Es zählt 10 000 Bewohner, die sich auf sieben autonome Genossenschaften verteilen, jede von ihrem eigenen Abt und Schatzmeister verwaltet. Wie jedes Kloster, lebt auch diese Klosterstadt vom Ertrag ihrer großen Landgüter und von den reichen Spenden von Lamagemeinden des Auslandes. Alle alten Klöster bergen dazu ihre durch die Jahrhunderte angesammelten Schätze an Gold und Juwelen.

Als die beiden Besucher die Klosterstadt betraten, war seltsamerweise niemand zur Stelle, sie zu empfangen, obgleich sie sich formgerecht angemeldet hatten. Die Straßen waren verödet, und erst nach langem Suchen fanden sie einen jungen Lamabeamten, der scheu einwilligte, sie herumzuführen, obgleich er beteuerte, nichts vom inneren Betrieb zu wissen. Von ihm erfuhren sie den Grund für das sonderbare Gebaren und die fast feindliche Atmosphäre: Drepung ist im Gegensatz zu den meisten andern Klöstern *für* China und mißbilligt westliche Besucher.

Wir wollen unsern Versuch der Darstellung charakteristischer Züge der tibetischen Kultur nach zuverlässigen Berichten durch zwei Erlebnisse Heinrich Harrers beenden.

Das Neujahrsfest und das Sommerfest sind die beiden großen Volksfeste, zu denen alle, auch die Land-Leibeigenen, die Kulis und zahllosen Bettler, geladen sind. Wie in ganz China wird das Neujahrsfest im Februar gefeiert, und nicht nur einen Tag, sondern viele. Sein Höhepunkt ist eine Prozession des Dalai Lama vor allem Volk, die Harrer von dem Fenster eines seinem Freund Tsarong gehörenden Hauses beobachten konnte.

«. . . Jetzt kommt der große Augenblick: die Tore der Kathedrale öffnen sich, und langsam tritt der Dalai Lama heraus, der junge Gottkönig, rechts und links gestützt auf zwei Äbte. Ehrfurchtsvoll beugt sich das Volk . . . Bei seinem Näherkommen wogen die Rücken der Tausende wie ein Ährenfeld, über das der Wind streicht. Niemand wagt den Blick zu heben. Langsam und gemessen beginnt der Gottkönig seinen Weg . . . Ein glänzendes Gefolge hat sich ihm angeschlossen, alle hohen Würdenträger und Adeligen, denen genau dem Rang nach geordnet die ganze Beamtenschaft des Landes folgt. Da können wir auch unsern Freund Tsarong erkennen! Entsprechend seiner hohen Stellung kommt er bald nach dem Dalai Lama. Wie alle Adeligen trägt er einen schwelenden Weihrauchstock in der Rechten. Die Menge schweigt. Nur die Musik der Mönche ist zu hören: Oboen, Tuben, Pauken und Tschinellen. Es ist wie eine Vision aus einer andern Welt, eine seltsam unwirkliche Atmosphäre, der auch wir nüchternen Europäer uns nicht ganz entziehen können. Im gelben Flackern der vielen Lampen scheinen die Butterfiguren Leben anzunehmen . . . Falten prunkvoller Göttergewänder bewegen sich knisternd, eine Dämonenfratze verzieht den Mund – ein Gott hebt segnend die Hand . . . Nun ist der Lebende Buddha ganz nahe herangekommen . . . Er ist ja nur ein Kind, sage ich mir immer wieder. Ein Kind. – Und doch das Ziel des geballten Glaubens Tausender! Inbegriff ihrer Gebete, Hoffnungen, Sehnsüchte. – Ob Lhasa oder Rom – eines eint sie alle: der Wunsch, Gott zu finden und ihm zu dienen . . . Ich schließe die Augen – gemurmelte Gebete, Musik ,Weihrauch . . .

Der Dalai Lama hat seinen Rundgang beendet und verschwindet wieder im großen Tsug Lag Khan. Die Soldaten ziehen mit klingendem Spiel geordnet ab. – – – Wie aus einer Hypnose erwacht, stürzen in diesem Augenblick die Zehntausende aus der Ordnung ins Chaos. Der Übergang ist so plötzlich, daß man fassungslos ist. Geschrei, wilde Gesten – sie trampeln sich gegenseitig zu Boden, bringen sich fast um. Aus den eben noch weinend Betenden, ekstatisch Versunkenen sind Rasende geworden. Die Mönch-Soldaten beginnen ihr Amt! Riesige Kerle mit ausgestopften Schultern und geschwärzten Gesichtern, damit die erschreckende Wirkung noch stärker wird! Rücksichtslos schlagen sie mit ihren langen Stöcken auf die Menge ein . . . Die Butterheiligen sind in Gefahr! Ohne Sinn und Verstand drängt alles zu den Pyramiden. Heulend

steckt man die Schläge ein. Aber selbst die Geschlagenen kehren wieder zurück. Als ob sie alle von Dämonen besessen wären! Sind das noch dieselben Menschen, die sich erst demütig vor einem Kind beugten? Jetzt nehmen sie die Peitschenhiebe hin wie einen Segen. Rußende Pechfackeln über den Köpfen, Schmerzensschreie aus dem Toben der Massen – hier ein verbranntes Gesicht – dort das Stöhnen eines Niedergetrampelten!

Es ist späte Nacht geworden . . . Irgendwie bin ich traurig. Am nächsten Morgen sind die Straßen leer, die Butterfiguren weggeräumt, keine Spur mehr von Demut und Ekstase der Nacht.»

Wie ist dieser Wechsel von anbetender Ekstase zu einem Ausbruch bestialischer Urtriebe psychologisch zu erklären? Wohl nur dadurch, daß das Volk Tibets heute wie vor tausend Jahren fortdauernd dem Anblick künstlich hervorgerufener Verrenkungen des Geistes ausgesetzt und durch Unwissenheit unfähig ist, Zweifel zu hegen und Vergleiche anzustellen. Diese Erklärung erhält Rückhalt durch Harrers Erfahrung mit dem «Staatsorakel» in Lhasa:

«Wie die Bevölkerung für die Sorgen des Alltags Rat und Hilfe bei Wahrsagern und Lamas sucht, so befragt die Regierung vor großen Entscheidungen das Staatsorakel. Ich bat meinen Freund Wangduela einmal, mich zu einer offiziellen Befragung mitzunehmen, und in aller Frühe ritten wir hinaus zum Netschung-Kloster. Die Würde des Staatsorakels trug damals ein neunzehnjähriger Mönch . . . Um als Orakel zu wirken, muß der Mönch seinen Geist vom Körper trennen können, damit der Gott des Tempels von ihm Besitz ergreift und durch ihn spricht, erklärte mir mein Freund . . .

Bei unserer Ankunft tönt uns aus dem Tempel eine dumpfe, unheimliche Musik entgegen. Wir treten ein – der Anblick ist furchterregend! Von allen Wänden grinsen grausige Fratzen und Totenköpfe. Die weihrauchgeschwängerte Luft beengt die Brust. Gerade wird der junge Mönch in die düstere Tempelhalle geführt. Er trägt einen runden Metallspiegel auf der Brust, Diener hüllen ihn in bunte Gewänder und geleiten ihn zu seinem Thron. Dann ziehen sich alle von ihm zurück. Ich beobachte ihn scharf, wende kein Auge von seinen Zügen. Nicht das leiseste Zucken seiner Mienen entgeht mir. Mehr und mehr scheint das Leben aus ihm zu weichen. Jetzt ist er völlig reglos, das Gesicht eine starre Maske. Und da – wie vom Blitz getroffen, bäumt sich der Körper auf . . .: der Gott hat von ihm Besitz ergriffen. Zittern befällt das Medium . . . Schweiß perlt auf seiner Stirn. Diener treten zu ihm und setzen ihm einen phantastischen Kopfputz auf, der so schwer ist, daß zwei Männer das ungeheure Ding halten müssen, während sie es ihm aufsetzen. Die schmächtige Gestalt des Mönches sinkt unter der Last der Tiara noch tiefer in die Kissen des Thrones . . .

Das Zittern wird stärker, auf und ab schwankt der schwer be-

lastete Kopf, die Augen quellen hervor. Das Gesicht ist aufgedunsen und von einem ungesunden Rot überzogen. Zischende Laute brechen zwischen den Zähnen hervor. Plötzlich springt er auf – Diener wollen ihn halten, er entgleitet ihnen, und zum Gewimmer der Oboen beginnt er, sich in einem ekstatischen Tanz zu drehen . . . Jetzt beginnt er mit einem riesigen Daumenring wild auf sein schimmerndes Brustschild zu schlagen – das Klirren übertönt das dumpfe Rollen der Trommeln – jetzt dreht er sich auf einem Fuß aufrecht unter der riesigen Krone . . . Diener füllen seine Hände mit Gerstenkörnern – er wirft sie unter die verängstigte Menge . . . Nun wird er etwas ruhiger. Diener halten ihn mit festem Griff, und ein Kabinettsminister tritt vor ihn. Über den von der Last gebeugten Kopf wirft er eine Seidenschleife und beginnt die vom Kabinett sorgsam ausgeklügelten Fragen zu stellen. Die Besetzung einer Gouverneurstellung, die Auffindung einer hohen Inkarnation, Krieg oder Frieden, das alles wird dem Orakel zur Entscheidung vorgelegt. Oft muß eine Frage mehrmals wiederholt werden. Ich bemühe mich, aus dem Murmeln verständliche Worte herauszufinden – unmöglich! Während der Regierungsvertreter demütig gebeugt steht . . . schreibt ein älterer Mönch fließend die Antworten nieder. Er hat das schon Hunderte Male getan, denn er diente schon dem verstorbenen Orakel als Sekretär. Ich konnte mich des Gedankens nicht erwehren, daß dieser Sekretär vielleicht das eigentliche Orakel war. Die niedergeschriebenen Antworten waren bei aller Zweideutigkeit doch immer richtunggebend und genügten, das Kabinett der größten Verantwortung zu entheben . . . Mönche treten zu dem bebenden Medium, reichen ihm kleine Seidenschleifen. Mit zitternden Händen knüpft er Knoten hinein. Bittsteller benutzen sie als Amulette . . . Dann bricht er zusammen und wird von vier Mönchen bewußtlos aus der Tempelhalle getragen . . . Ein merkwürdiges Erlebnis war es mir immer, wenn ich dem Orakel im Alltagsleben begegnete, zum Beispiel mit ihm an einem Tisch zu sitzen und ihn genau wie alle andern Adeligen seine Suppe schlürfen zu hören . . . Sein Gesicht war dann das eines netten jungen Mannes und erinnerte in nichts an die rote, aufgedunsene Fratze . . . Außer dem Staats- und Wetterorakel gab es in Lhasa noch mindestens sechs Medien, darunter eine alte Frau, die als Manifestation einer Schutzgöttin galt. Für kleine Spenden war sie bereit, sich in Trance zu versetzen und die Göttin sprechen zu lassen. In meinen Augen allerdings war sie eine ziemlich gerissene Scharlatanin . . . Das Befragen der Orakel stammt noch aus der vorbuddhistischen Zeit, als die Götter Menschenopfer verlangten, und wurde fast unverändert übernommen.»

Wenn ich in der Presse des Westens hier und jenseits des großen Teiches Worte von der «religiös-geistigen Elite» des tibetischen Volkes, von der «echten Aristokratie der Lamas», von den Lamaklöstern als

den «Hochburgen der Kultur» lese und dazu die Aufrufe, «eine der höchststehenden Kulturen der Geschichte zu retten», dann stehe ich vor einem gleichen Rätsel wie Harrer, nach seinem Geständnis, vor den zuckend gemurmelten Offenbarungen des Staatsorakels. Sie stehen mit ihren Lobpreisungen im Gegensatz zu der *wahren* Elite des tibetischen Volkes aller Ränge, die wohl weiß, daß die gepriesene Kultur eine vergoldete Mumie ist und der Flut des Fortschrittes weichen muß. Wenn man Tibet helfen will, muß man es aus Kenntnis der Tatsachen tun. (Schluß folgt) *Alice Herz*

Zum Vortrag Mochalski

Herr Pfarrer Herbert Mochalski, den wir von seinem Vortrag «Die geistige und politische Lage in Deutschland» in vorzüglicher Erinnerung haben, teilt uns mit, daß es ihm infolge Arbeitsüberlastung nicht möglich sei, uns ein Manuskript seines Vortrages zur Verfügung zu stellen. Pfarrer Mochalski ist, im Zusammenhang mit seiner Arbeit als Studentenpfarrer, neuerdings das Ziel heftiger Presseangriffe. Man wirft ihm vor, er «verbilde» die Jugend. Wir wissen, was wir davon zu halten haben, wurde doch der gleiche Vorwurf schon gegen Sokrates und nicht zuletzt gegen Leonhard Ragaz erhoben.

Wir wünschen Herrn Pfarrer Mochalski Kraft und Geduld in seinem Kampf für eine fortschrittliche Politik seines Landes.

WELTRUNDSCHAU

Das neue Afrika Das scheidende Jahr 1960 hat uns viele denkwürdige Ereignisse und Entwicklungen gebracht. Wir können sie hier nicht nochmals im einzelnen aufzählen; aber *eine* große, folgenschwere Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung hebt sich im Rückblick auf 1960 doch aus all den Vorgängen zweiten und dritten Ranges machtvoll heraus: der fast schwindelerregende, wenn auch noch nicht abgeschlossene Aufstieg *Afrikas* zur Selbstregierung, zur Freiheit von weißer Kolonialherrschaft.

Vor zehn Jahren noch, um 1950, gab es im Schwarzen Erdteil erst vier unabhängige Staaten: Ägypten, Äthiopien, Liberia und die Südafrikanische Union. Fast alle anderen Länder wurden in den internationalen Übersichten unter dem Titel «Nichtselbständige und abhängige Gebiete, Treuhandschaftsgebiete und frühere Mandatsgebiete» zusammengefaßt. Die «nichtselbständigen Gebiete» waren teils belgische, teils britische und französische, teils portugiesische und

spanische Kolonien. Heute, zu Ende des Jahres 1960, leben etwa 150 Millionen von den 230 Millionen Einwohnern Afrikas in etwa zwanzig unabhängigen, von afrikanischen Ministern regierten Ländern, und die meisten anderen werden bald ebenfalls die nationale Unabhängigkeit erlangen. Die Ausnahmen: die Südafrikanische Union, die Zentralafrikanische Föderation (die beiden Rhodesien und Njassaland, die unter britischer Herrschaft stehen), Algerien (das noch immer in französischer Hand ist) und die portugiesischen und spanischen Kolonien bestätigen die Regel; sie wirken als zeitwidrige Überbleibsel des europäischen Kolonialismus und Imperialismus, die als solche gleichfalls zum Verschwinden verurteilt sind. Welch gewaltige Revolution im Lauf eines einzigen Jahrzehnts!

Wie wird sich aber das Leben der afrikanischen Völker unter den neuen Bedingungen gestalten? Wird sich zu der politischen Unabhängigkeit, die die meisten unter ihnen bereits gewonnen haben, auch die wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit gesellen? Werden sie von den weißen Nationen als rassisch und menschlich gleichberechtigt anerkannt werden? Werden sie sich wirklich selbst regieren können? Werden sie nicht irgendwie zum Spielball des internationalen Machtkampfes werden? «Die Machtpolitiker», so bemerkte schon im vergangenen Sommer der Londoner «New Statesman» (9. Juli), «werden sich darauf konzentrieren, die Beziehungen zwischen den verschiedenen afrikanischen Staaten und ihren internationalen Verbindungen zu beobachten. Wird das Ergebnis der afrikanischen Freiheitsbewegung eine Balkanisierung sein, mit nationalen Konflikten als unvermeidlicher Folge? Wird das Streben nach einem allafrikanischen Zusammenschluß irgendeinen Erfolg haben? Wird der Mangel an Kapital, Maschinen und Fachleuten den Führern des neuen Afrikas nahelegen, sich dem kommunistischen Block zuzuwenden? Oder werden sie aus der Überfülle der Vereinigten Staaten mit ihren antikommunistischen Bedingungen schöpfen?»

Wie berechtigt solche Fragen sind, lehrt nur allzu handgreiflich die Entwicklung der Lage im *Kongo*, der am 20. Juni dieses Jahres unabhängig geworden ist. Die Belgier, die es planmäßig unterlassen haben, die Kongolesen zur Selbstregierung zu erziehen (wie es hingegen besonders die Engländer in ihren Kolonien getan haben), haben dafür gesorgt, daß der Kongo sofort in die gefährlichste Wachstumskrise gestürzt wurde. Sie haben – wie als feststehend gelten kann – die Meuterei der Force Publique und die folgenden Unruhen selbst hervorgerufen und die Anarchie, in der die junge Republik lebt, großenteils bewußt verschuldet. Sie kehren immer zahlreicher in ihre alten Stellungen zurück und stehen namentlich auch hinter der Provinzialregierung des Katanga, der sich mit seinen reichen Bodenschätzen vom Gesamtstaat losgerissen hat. «Im Katanga», so berichtet ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 4123), «herrscht Ordnung; die Produktion der ‚Société Minière' läuft auf vollen Tou-

ren ... Die Stellung der Belgier ist fast unangetastet geblieben. Freilich gibt es eine schwarze Regierung; aber sie arbeitet eng mit den Belgiern zusammen.» Wenn man die belgische Oberschicht beobachte, habe man den Eindruck, sie gebe sich «wohl etwas allzu sehr» dem Gefühl hin, es sei alles «beim alten, beim guten alten geblieben und das Kupfer des Katanga bilde einen undurchdringlichen Panzer gegen die Unbilden der Zeit, die den übrigen Kongo in ein Chaos verwandelt haben».

Die Vereinten Nationen befassen sich nun zwar schon seit Monaten mit der Bändigung dieses Chaos, aber bisher mit ganz ungenügendem Erfolg. Das Schlimmste dabei ist, daß die unabhängigen afrikanischen Staaten unter sich selbst nicht einig sind über die Politik, die im Kongo verfolgt werden soll. Während ein Teil von ihnen, unterstützt von asiatischen Staaten wie Indien, die Republik unter der ordnungsmäßig gewählten Regierung Lumumba zusammenhalten will, hat sich ein anderer Teil von Belgien, Frankreich und den Vereinigten Staaten ins Schlepptau nehmen lassen und die Zulassung einer Delegation der durch den Staatsstreich Mobutus eingesetzten Gegenregierung zur UNO-Versammlung durchgedrückt. Der Ostblock bekämpft seinerseits diesen Kurs aufs heftigste und entzieht auch der UNO jede finanzielle Unterstützung für ihre Befriedungsaktion im Kongo, so daß es fraglich geworden ist, ob und wie lange diese Aktion überhaupt noch fortgeführt werden kann. Eine trübe Aussicht nicht nur für den Kongo, sondern für die Zukunft Afrikas überhaupt, das doch der Hilfe der übrigen Welt für seine ganze Entwicklung so dringend bedarf! Nichts könnte deutlicher als diese Machtkämpfe zeigen, daß eine Überwindung des Kalten Krieges und die Freimachung der riesigen Mittel und Kräfte, die jetzt die Militärrüstungen verschlingen, für würdige, lebenerhaltende Zwecke auch die Voraussetzung für jede wirksame Hilfe an die unterentwickelten Länder ist.

Unruheherde Das gilt erst recht für *Algerien*, dessen muselmanische Bevölkerung aus ihrer beinahe hoffnungslos scheinenden Elendslage nur herauskommen kann, wenn ihr Land sowohl von einer Einbeziehung in den Kalten Krieg zwischen West- und Ostblock bewahrt bleibt (die Gefahr einer solchen Internationalisierung der Algerienfrage besteht zweifellos) als auch endlich dem Heißen Krieg entrückt wird, den die französische Armee seit sechs Jahren dort führt. Präsident de Gaulle hat diesen Krieg offenbar gründlich satt. «Jetzt oder nie ist der Augenblick da, Frieden zu machen», scheint sein Gedanke zu sein. So hat er schon am 4. November das Wort von der «algerischen Republik» fallen lassen, die kommen und mit eigener Regierung und eigenen Einrichtungen und Gesetzen ausgestattet sein müsse. Der bedrohliche Widerstand, auf den er damit bei der Armee und den «Ultras» gestossen ist, hat ihn dann 14 Tage später zu einem weiteren Schritt veranlaßt: zur Ankündigung einer

Volksabstimmung in Frankreich und Algerien, die in der ersten Januarhälfte stattfinden und die Grundlage für Algeriens Selbstregierung schaffen soll mit ihren drei Möglichkeiten: Eingliederung in Frankreich (wie bisher), bloße Verbündung mit Frankreich und völlige Unabhängigkeit. Aber was bei einem solchen Referendum herauskommen wird, ist heute noch so unklar wie de Gaulles eigener Plan. Man schreibt ihm zwar die Absicht zu, ein mit Frankreich eng verbunden bleibendes Algerien zu schaffen, mit fortschreitender Gewährung von Selbstverwaltungseinrichtungen an die Algerier, eingeschlossen die muselmanische Mehrheit. Aber die große Frage ist, welche Rolle dabei die Armee spielen soll. Ihre Führer sind gegen jeglichen Friedensschluß mit der Algerischen Befreiungsfront (FLN) und verlangen unter allen Umständen die «Kontrollierung» Algeriens durch die Militärmacht Frankreichs. Die Führer des FLN anderseits und die algerische Exilregierung wollen sich auf keine Lösung der Algerienfrage einlassen, die sie selber ausschalten würde und die Dinge im Grund so bleiben ließe, wie sie jetzt sind. Wie de Gaulle diesen Gegensatz auflösen will – Verhandlungsfrieden ohne Kraftprobe mit der französischen Armee – das ist sein Geheimnis ... Er spielt ein hohes, halsbrecherisches Spiel.*

Ein weiterer Unruh- und Krisenherd: die *Türkei*. Der Staatsstreich General Gürsels und seiner Offiziersgruppe, der das verfaulte Regime Menderes beseitigt hat, scheint keineswegs so volkstümlich gewesen zu sein, wie man hätte annehmen können. Nicht nur trauert die Landbevölkerung dem alten Regime nach; auch die liberalen Intellektuellen und besonders die studierende Jugend sind mit dem Revolutionsregime wenig zufrieden und drängen auf demokratische Reformen. Und doch ist das Dringendste, was die Türkei braucht, eine Gesundung ihrer Wirtschaft und ihrer Finanzen, und die kann schwerlich mit westlich-parlamentarischen Methoden erreicht werden. Gürsel, der jetzt freilich durch Krankheit gehemmt ist, hat darum trotz allem eine feste Stellung, namentlich seit er die schärferen Vertreter eines Diktaturregiments

---

* Inzwischen sind die Fragen bekanntgegeben worden, die bei der Volksabstimmung vom 8. Januar zu beantworten sind. Aber die «Selbstbestimmung» Algeriens, über deren Anerkennung oder Ablehnung die Franzosen entscheiden sollen, ist wieder mit derartigen Vorbehalten und Zweideutigkeiten umgeben, daß sich die Algerier dafür kaum besonders erwärmen werden. Und insbesondere fehlt im Referendumstext die Frage, ob mit dem FLN *Verhandlungen* über einen Waffenstillstand und über die Sicherung der freien Stimmabgabe bei einer späteren algerischen Volksabstimmung angeknüpft werden sollen. Und das ist doch jetzt die Hauptsache. Anderseits hat schon die Ankündigung, daß über eine algerische Selbstregierung «grundsätzlich» entschieden werden solle, neuerdings die Empörung der Algerienfranzosen erregt und anläßlich der jüngsten Reise de Gaulles nach Algerien zu wilden Kundgebungen der «Ultras» geführt. Gegenkundgebungen der afrikanischen Algerier waren die unvermeidliche Folge, mit dem Ergebnis, daß die französischen «Ordnungstruppen» auf die unbewaffneten (oder höchstens mit Stöcken versehenen) Algerier schossen und deren neunzig töteten. Ein neuer Frevel, den die Franzosen hier verübt haben! Das Blut der Ermordeten schreit zum Himmel! (13. Dezember)

aus seiner Umgebung entfernt hat. Inzwischen geht der Prozeß gegen die Träger und Nutznießer des alten Regimes schier endlos weiter, ohne daß abzusehen wäre, wie er eine wirkliche Reinigung der politischen Luft bewirken könnte.

Am anderen, dem östlichen Ende von Asien rumort es beständig, vor allem in *Laos* und *Südvietnam*. Während aber ein Aufstandsversuch gegen die südvietnamische Regierung unter Ngo Dinh Diem – einer amerikanischen Puppe – gescheitert ist, behauptet sich die linksgerichtete Opposition in Laos gegen alle Versuche, die Staatsmacht wieder in die Hände der amerikanischen Oberschicht zu bringen. Der neutralistische Ministerpräsident, Prinz Souvanna Phouma, verhandelt offen mit der kommunistischen Bewegung des Pathet Lao, die mit ihrer 4000 Mann starken Truppe in der Nähe der Hauptstadt Vientiane steht, über eine Koalitionsregierung und legt Wert auf gutnachbarliche Beziehungen mit China, von dem Laos ebenso Hilfe anzunehmen bereit ist wie von der Sowjetunion. Aber klar entschieden ist der Kampf um die politische Orientierung des Landes noch keineswegs.*

Er ist es auch in Japan nicht. Bei den Parlamentswahlen hat zwar die Regierungspartei, die den Militärvertrag mit den Vereinigten Staaten durchdrückte, ihre Stellung befestigt (mit 13 Sitzgewinnen); aber die Zweidrittelsmehrheit, die für Verfassungsänderungen erforderlich ist, hat sie dennoch nicht erreicht. Auf der anderen Seite haben die linksstehenden Sozialisten auf Kosten der Rechtssozialdemokraten 23 Sitze gewonnen und die Kommunisten, die bisher nur noch einen Abgeordneten hatten, zwei weitere Vertreter erhalten. Die Radikalisierung innerhalb der Opposition ist unverkennbar, und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, ob sich Japan, das erste Opfer des modernen Atomkrieges, aus dem von Amerika angeführten Kalten Krieg löst, dessen Schrecken diejenigen von Hiroshima und Nagasaki ebensosehr übertreffen würden, wie die Atombomben von heute diejenigen von 1945 an Zerstörungskraft übertreffen. Vergessen wir doch auch nicht, daß die Masse des japanischen Volkes unter armseligen Bedingungen lebt. Nach einem Bericht der Mailänder «Critica soziale» (20. Juni 1960) sind 7 Millionen japanische Arbeiter unterbeschäftigt; ein Drittel der 17 Millionen Industriearbeiter verdient im Durchschnitt nicht einmal 70 Schweizer Franken im Monat (was unter dem Existenzminimum liegt), und die Mehrzahl der 16 Millionen Bauernfamilien leidet gleichfalls unter großer Bedürftigkeit, so daß eine Massenabwande-

---

* Aus den jüngsten Meldungen geht hervor, daß die Amerikaner die Streitkräfte des Rebellengenerals Phoumi, ihres Vertrauensmannes und Werkzeugs, mit Geld und Waffen unterstützen, mit dem Zweck, die Regierung wieder in *ihre* Hand zu bekommen. Unter diesem Druck hat sich Ministerpräsident Souvannah nach Kambodscha geflüchtet, während der neutralistische Hauptmann Kong Le mit seinen Anhängern die Hauptstadt besetzt und die Regierung in die Hand genommen hat, seinerseits von China und der Sowjetunion unterstützt, die ihm, wie dem Prinzen Souvannah vor ihm, Waffen liefern. Es wird auch für Laos immer schwerer, eine Linie wirklicher Neutralität einzuhalten! (13. Dezember)

rung vom Land in die Städte und Industriegebiete erfolgt, die ohnehin schon überbevölkert sind. Das alles wird früher oder später seine Wirkungen auf das ganze wirtschaftlich-soziale und damit auch das politische Regime Japans ausüben. Auch Japan wird sich der gewaltigen Umwälzung nicht entziehen können, von der ganz Asiens gesellschaftliche Ordnungen betroffen sind.

Und wenn wir in Gedanken einen Sprung über den Stillen Ozean nach *Mittelamerika* machen wollen, so sehen wir die gleichen Wirkungen aus den gleichen Ursachen bereits offen daliegen. «U. S. News & World Report» (14. November) stellt die Ausstrahlungen der kubanischen Revolution auf die Länder um das Karibische Meer in vielleicht schon allzu düsteren Farben dar. Ein Dutzend neuer «Castros» drohe in diesem Raum aufzukommen: in San Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, San Domingo, Kolumbien, Venezuela usw. «Mit Ausnahme von Costa Rica», so gibt die große Neuyorker Wochenzeitung zu, «leiden alle Länder des ganzen Gebietes unter Hunger, Krankheit, Mangel an Verdienstmöglichkeiten, schlechten Wohnungsverhältnissen, einer riesigen Kluft zwischen reich und arm und einer anschwellenden Geburtenzahl . . . Früher oder später, so hofft Castro, werde er der rote Diktator des karibischen Raumes sein und eine Stellung gewinnen, um südwärts nach Südamerika hin vorzustoßen und den Kommunisten zu helfen, auch nordwärts nach Mexiko einzudringen. Das ist Castros Spiel, das er von seinem kubanischen Stützpunkt aus heute treibt.» Die Vereinigten Staaten lassen denn auch bereits ihre Kriegsschiffe in der Karibischen See patrouillieren und demonstrieren ihre militärische Stärke in diesem unruhigen Winkel auch sonstwie; aber gleichen alle solchen Vorkehrungen, um die soziale Revolution einzudämmen, nicht dem Versuch, einen Lavastrom mit Bretterzäunen abzuwehren?

Der Dollar regiert Präsident Kennedy wird, wenn er im Januar sein Amt antritt, auf jeden Fall auch in seiner Außenpolitik gleich vor schwierige Aufgaben gestellt werden. Ob er ihnen einigermaßen gewachsen sein wird, ob er namentlich dem Kommunismus etwas anderes entgegenzusetzen hat als reaktionäres Scharfmachertum, das hängt zu einem erheblichen Teil von der Entwicklung ab, die Amerikas *Währungslage* nehmen wird. Denn: «Der Dollar wird der große Regulator von Kennedys Plänen und Handlungsweise sein», glaubt die vorhin erwähnte Zeitschrift voraussagen zu können. Der Dollar ist tatsächlich beunruhigend schwach geworden. In den 15 Jahren der Truman- und der Eisenhower-Ära sind insgesamt 75 Milliarden Dollar in verschiedenen Formen als Hilfsgelder ins Ausland geflossen. Der sagenhafte Goldschatz im Fort Knox ist dadurch und durch andere Goldabzüge auf 18 Milliarden Dollar zusammengeschmolzen und droht sich noch weiter zu verringern. Mit Großbritannien zusammen haben die Vereinigten Staaten, die Sieger im

Zweiten Weltkrieg, jetzt die schwächste Währung, wohingegen Westdeutschland und Japan, die Besiegten, die stärksten Währungen haben. Nicht daß diese beiden Länder nun ihrerseits den Vereinigten Staaten unter die Arme greifen müßten, wie diese es nach Kriegsende ihnen gegenüber getan haben; aber daß Amerikas Verbündete, Westdeutschland voran, die Kosten der NATO-Rüstungen und der amerikanischen Militärstützpunkte in Europa viel stärker als bisher mittragen müssen, ist trotz dem bisherigen Mißerfolg der entsprechenden Bemühungen der USA augenscheinlich. Darüber hinaus werden die Vereinigten Staaten selbst eine Reihe von ziemlich einschneidenden Maßnahmen ergreifen müssen, um den Dollarabfluß ins Ausland einzudämmen. Namentlich werden sie kaum darum herumkommen, Sparmaßnahmen zu treffen, die – neben den sozialpolitischen Aufwendungen – wohl auch die Rüstungsausgaben in Mitleidenschaft ziehen werden.

Aber ich habe bereits in der letzten Weltrundschau bemerkt, daß eine *gründliche* Änderung des bisherigen außenpolitischen Kurses der USA erst in Frage kommen dürfte, wenn die überseeischen Kapitalanlagen der amerikanischen Geschäftswelt durch die Schrumpfung des Lebensraumes der «freien Wirtschaft» und die Ausdehnung der sozialistischen Wirtschaftsform ernsthaft gefährdet sind. Und auch dann ist es zunächst wenig wahrscheinlich, daß die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten den Weg einer friedlichen Zusammenarbeit mit der kommunistischen Welt und einer radikalen Abrüstung einschlagen wird. An den Kriegsrüstungen hängen so viele und mächtige Interessen, daß die Umstellung von der Rüstungswirtschaft auf großzügige Wohlfahrtsförderung im In- und Ausland, vor allem auf eine umfassende Hilfe an die unterentwickelten Länder, den größten Schwierigkeiten begegnen würde, obwohl sie an sich durchaus möglich wäre. Was aber wohl noch wichtiger ist: die Nutznießer der bestehenden Ordnung haben, wie die «Monthly Review» (Novemberheft 1960) zutreffend feststellt, überhaupt keine vernünftige Erklärung für das, was heute in der Welt vorgeht. Und doch verlangt das menschliche Denken irgendeine Erklärung – wenn keine vernünftige, dann eben eine unvernünftige. Das besagt aber, daß sich der *Kommunismus* weiterhin als der bequemste Sündenbock für die «freie Welt» darbietet. «Der Jude ist an allem schuld», hieß es einst unter Hitler; «der Kommunismus ist an allem schuld», heißt es seit Hitlers Verschwinden (und hieß es schon vorher vielfach). Die amerikanische Politik wird auch in Zukunft Niederlage um Niederlage erleiden. Aber diese neuen Rückschläge werden – so erwartet die genannte sozialistische Revue –, «statt die herrschende Klasse zum Verstand zu bringen, nur zu einer verstärkten Anbetung des kommunistischen Teufels führen. Nicht weniger, sondern *mehr* Antikommunismus, mehr Kalter Krieg, mehr Wettrüsten sind zu erwarten. Und natürlich auch mehr Niederlagen. Und größere Niederlagen.»

Was das *Wettrüsten* anlangt, so wird es wohl schon bald einen

neuen Antrieb bekommen. Zweifellos im Einverständnis mit Washington verficht jetzt auf die kommende NATO-Tagung hin General Norstad, der Oberkommandierende der NATO-Wehrmacht, den Plan, deren Streitkräfte mit eigenen, gemeinsamen Atomwaffen auszustatten, besonders mit den amerikanischen Polaris-Raketen, von deren Wirksamkeit und «Unverwundbarkeit» (weil von atomar angetriebenen Unterseebooten aus abzuschießen) ja Wunderdinge erwartet werden. Bis jetzt scheint noch keine Einigung unter den europäischen NATO-Regierungen über diesen Plan zustande gekommen zu sein. Besonders de Gaulle «bockt», wie üblich; er will eben seine eigene Atommacht, auch wenn sie in den nächsten fünf Jahren Frankreich 25 Milliarden Dollar kosten wird. Dafür sieht Adenauer im Norstad-Plan den bequemsten Weg, um der westdeutschen Wehrmacht zu den ersehnten Atomwaffen zu verhelfen, während Macmillan, der sich einem zunehmenden Widerstand des englischen Volkes gegen atomare Rüstungen gegenübersieht, offenbar noch zögert. Allein bei genügendem amerikanischem Druck wird – vielleicht mit etwelchen Zugeständnissen an die «nationalen Besonderheiten» der Westeuropäer – das Projekt wahrscheinlich doch verwirklicht werden. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß Kennedy bereits ins Vertrauen gezogen worden ist und Norstad nicht abschütteln wird. Auch er hält es eben für die vornehmste Aufgabe der amerikanischen Außenpolitik, den Kalten Krieg zu *gewinnen*, nicht ihn zu *beendigen*. Die *Schweiz*, als nicht der NATO angehöriges Land, wird durch den ganzen Plan freilich in eine gewisse Verlegenheit kommen. Müssen unsere atomwaffenbegeisterten Obersten dann offen die Eingliederung unserer Armee in das NATO-System verlangen? Oder hoffen sie, von Amerika (oder England oder Frankreich) gesondert Atomwaffen beziehen zu können, um wenigstens den *Schein* der Neutralität aufrechzuerhalten?

Wo bleibt der Sozialismus? Die gegebene Opposition gegen die ganze verhängnisvolle Richtung, in der die bürgerlich-kapitalistische Welt dahintreibt, sollte innerhalb der nichtkommunistischen Länder die *sozialistische Bewegung* sein. Sie *ist* es auch weithin noch, besonders in Japan, Italien, Großbritannien, Norwegen, Finnland, aber auch in einigen anderen Ländern, in denen die *wirklich* sozialistische Bewegung, wenn nicht stark, so doch lebendig und gesinnungsgetreu ist oder in einer innere Erneuerung steht. Große Hoffnungen darf man namentlich auch auf ein Erstarken des radikalen Sozialismus in den unterentwickelten Ländern setzen, die im Aufstand gegen Kapitalismus und Kolonialismus begriffen sind, ohne sich dem Kommunismus zu verschreiben; Lateinamerika scheint, von der kubanischen Revolution angefeuert, in der nächsten Zeit hier in den Vordergrund treten zu wollen.

Um so bedenklicher sieht es mit dem Sozialismus in Westeuropa aus. In der Berichtszeit haben in dieser Hinsicht – abgesehen von

Großbritannien, wo der Kampf zwischen «links» und «rechts» in der Labourpartei erbittert weitergeht – namentlich Italien und Westdeutschland viel zu reden gegeben. Wie ich schon wiederholt darzulegen Gelegenheit hatte, machen sich in der Sozialistischen Partei *Italiens* unter Führung Pietro Nennis seit Jahren starke Neigungen geltend, ein parlamentarisches Bündnis mit der regierenden Christlichdemokratischen Partei (die natürlich weder christlich noch demokratisch ist) einzugehen. Ihre Kammerfraktion hat durch wohlwollende Stimmenthaltung bereits das neugebildete Kabinett Fanfani gerettet, das nach dem Bruch mit den Neufaschisten keine zuverlässige Mehrheit mehr hat, und jetzt, nach den jüngsten Provinzial- und Gemeindewahlen, hat die Parteileitung, ohne dazu vom Parteivorstand oder gar von einem Parteitag bevollmächtigt worden zu sein, den Christlichdemokraten sogar eine umfassende Verständigung über die Bildung der Stadtregierungen in denjenigen Gemeinden vorgeschlagen, die nicht von vornherein eine absolute Mehrheit entweder der klerikalen Rechten oder der Linken oder der «demokratischen» Mitte (Christlichdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) aufweisen.

Dieses Angebot steht durchaus im Gegensatz zu den politischen Strömungen, die sich bei den genannten Wahlen abgezeichnet haben. Ihr Hauptmerkmal ist ein deutlicher Ruck nach links. Die Kommunisten haben fast 25 Prozent aller Stimmen erlangt (gegen 19 Prozent bei den ersten Nachkriegswahlen im Jahre 1946 und 23 Prozent bei den Kammerwahlen von 1958); die Linkssozialisten haben 3 Prozent Stimmen verloren (als Folge ihrer schwankenden Haltung), verfügen aber zusammen mit den Kommunisten über rund 40 Prozent aller Stimmen, fast ebensoviel wie die Christlichdemokraten, die diesmal 2 Prozent Stimmen verloren haben, während die Monarchisten annähernd aufgerieben wurden, die Neufaschisten jedoch ordentlich «geerbt» haben. Schon dieser Wahlausfall sollte den Sozialisten eine taktische Verständigung nicht mit der klerikal-reaktionären Rechten, sondern mit der kommunistischen Linken nahelegen – in den Gemeinden und Provinzen wie auf Landesebene. Noch viel mehr aber sollten grundsätzliche Erwägungen gegen ein Zusammengehen mit der sich gemäßigt oder zentristisch nennenden Rechten sprechen. Lelio Basso, der beste Kopf, den die Sozialisten wohl haben, wird nicht müde, vor einem Weiterrutschen auf der schiefen Ebene zu warnen, auf die sich Nenni und seine Anhänger gewagt haben. In seiner Monatsschrift «Problemi del socialismo» zeigt er neuerdings (Heft 8/9), wie die Anlehnung an die klerikale Regierungspartei – die politische Vertretung des Dreibunds von Großgrundbesitz, Großkapital und Vatikankirche – einfach Verzicht auf die Erfüllung der wesentlichen Aufgabe einer sozialistischen Partei ist: nicht die herrschende Unrechtsordnung etwas zu verbessern und dadurch tatsächlich zu stützen, sondern sie zu überwinden und unnachgiebig und zielklar an der Vorbereitung

einer neuen, gut sozialistischen Ordnung festzuhalten. Die Versuchung, trotz allen Lippenbekenntnissen zum «alten Glauben» das Wesentliche am Sozialismus preiszugeben, um *in der bestehenden Wirtschafts- und Staatsform* irgendwie an die Macht zu kommen, mag groß sein, aber auf die Länge ist die Spekulation der Anpassungspolitiker doch kurzsichtig und falsch. «Der Sozialismus», so mahnt Basso, «ist in der Vergangenheit in den Augen der Massen eine Gegenbewegung zum Bestehenden gewesen, eine allumfassende Gegenbewegung auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und moralischem Gebiet, und als Gegenbewegung, als Verkörperung einer radikalen Opposition zum bestehenden Regime, als geistige Kraft, die allen bürgerlichen Ideologien entgegengesetzt ist, hat der Sozialismus Riesenschritte gemacht und ist überall der große Vorkämpfer der neuzeitlichen Geschichte geworden.» Nur in diesem Zeichen, fügen wir hinzu, wird er auch siegen – durch mutige Entfaltung seiner Fahne, nicht durch ihre schlaue Verhüllung, durch die sich die flottanten Mittelschichten, auf die es die revisionistischen Strategen abgesehen haben, ja doch nicht täuschen lassen.

Der Verrat von Hannover Wir hoffen, der italienische Sozialismus werde sich doch noch rechtzeitig der tödlichen Gefahr bewußt werden, in die er mit einer Anbiederung an die Träger der herrschenden «Ordnung» – dieser fürchterlichen Mißwirtschaft – geraten müßte, zumal ja das Schicksal der unter Saragats Führung längst nach rechts abgeglittenen Sozialdemokratischen Partei eine beredte Sprache spricht. Was soll man aber erst vom Schicksal der *westdeutschen Sozialdemokratie* sagen? Mit ihr geht es moralisch so rasend schnell bergab, daß auch ihre Gegner den Atem anhalten und kaum glauben können, was doch seit dem Parteitag von Hannover, Ende November, Tatsache geworden ist: die offene Wegwerfung alles sozialistischen Gedankengutes durch die SPD und ihre Verwandlung in eine bestenfalls bürgerliche Fortschrittspartei, die aber außenpolitisch den rückschrittlichsten Militarismus und Nationalismus stützt.

Das neue (Godesberger) Programm, das sich die SPD letztes Jahr gegeben hat, hatte – so meinte man damals – schon das Menschenmögliche geleistet, um unter Beibehaltung eines gewissen «rötlichen» Anstrichs tatsächlich den Sozialismus selbst, nicht nur den Marxismus, zu liquidieren. In Hannover riß die Partei ebenso brutal wie zynisch auch noch die Fassade weg und enthüllte sich mit einer Schamlosigkeit sondergleichen als reine Strebermaschinerie, die rücksichtslos zur Regierungsmacht drängt, koste es, was es wolle. Ein Einzelvorgang ist dafür höchst bezeichnend. In seiner Eröffnungsrede hatte der Parteivorsitzende Ollenhauer erklärt, die SPD lehne die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab, da sie weder militärisch notwendig noch die zweckmäßigste Bewaffnung deutscher Einheiten sei. Das stand im Ein-

klang mit dem Godesberger Programm, das das atomare Wettrüsten als zu einer Katastrophe führend bezeichnet, die «Ausschaltung der Kernwaffen» als unerläßlich anerkennt und die «Ausklammerung» bestimmter Gebiete (gemeint ist Mitteleuropa) aus «strategischen Machtverhältnissen» fordert. Ollenhauer fand mit seiner programmatischen Erklärung den stürmischen Beifall der erdrückenden Mehrheit der 400 Delegierten. Was geschah aber? Die eigentlichen Regisseure des Parteitages saßen, bestürzt über diese «Entgleisung» des Präsidenten, sofort zusammen und bereiteten über Nacht eine Gegenkundgebung vor, um die Annahme der Parteivorstandsresolution zu sichern, die, ohne ausdrücklich Atomwaffen für die Bundeswehr zu fordern, doch die Tür für deren Einführung aufmacht. Am anderen Morgen setzten Erler, Wehner und dann namentlich Willy Brandt, der «Kanzlerkandidat», den Delegierten auseinander, daß sich die Partei einer atomaren Aufrüstung nicht widersetzen dürfe, wenn sie sich im kommenden Wahlkampf nicht Adenauer «ans Messer liefern» wolle. Und siehe da: mit Ausnahme eines guten Dutzends Aufrechter fiel der ganze Parteitag um und stimmte einer Politik zu, die er tags zuvor begeistert abgelehnt hatte. Verächtlicher hat noch nie ein verantwortliches Parteiparlament angebetet, was es zuvor verbrannt hatte, und verbrannt, was es soeben noch angebetet hatte!

Den Schlußeffekt bildete dann der «Appell von Hannover», der keinen Zweifel darüber läßt, daß die SPD mit ihrer mehr oder weniger sozialistischen Vergangenheit radikal gebrochen hat. Innerhalb einer Generation – so wird versprochen – werde die Lebenshaltung auf die doppelte Höhe der heutigen gebracht werden (ohne Änderung der Wirtschaftsform); Deutschland müsse eine «eigentumsbesitzende Demokratie» werden, in der jede Familie ihr Eigenheim, ihr Auto und die Möglichkeit zum Erwerb von Industrieaktien habe. Richard Crossman, der gegenwärtige Vorsitzende der Labourpartei, der dem Hannoverschen Kongreß beigewohnt hat, meinte einem Mitglied des Parteivorstandes gegenüber, dieses Programm der SPD unterscheide sich ja in nichts mehr von demjenigen der Freien Demokraten oder der Adenauerschen Christlichdemokratischen Union. Worauf der Mann erwiderte, das sei doch gerade der Zweck des Manifests: die SPD programmatisch so nahe an die CDU heranzubringen wie möglich. «Wir sind darum nicht nur eine Partei des freien Unternehmertums geworden, ohne irgendwelche Festlegung auf weitere Sozialisierungen, sondern haben auch alle Angriffe auf Adenauers Außenpolitik eingestellt.» Später könne man ja von der Gegenpartei wieder ein wenig Abstand nehmen, «falls es taktisch wünschbar ist».

Crossman, der sein Erstaunen über die radikale Schwenkung der westdeutschen Sozialdemokratie nicht verhehlt, anerkennt immerhin, daß die ganze Aktion «mit Mut und Entschlossenheit» durchgeführt worden sei. (Vergleiche «New Statesman», 3. Dezember.) Ein trauriger Mut freilich, diese Entschlossenheit zum offenen Verrat! Allein

das kapitalistische «Wirtschaftswunder» in Westdeutschland, der Haß gegen die DDR, die sich auf den Sozialismus beruft, und der verzehrende Drang zur Macht ließen die Führer der Partei, die August Bebel einst den «Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft» genannt hatte, eben jede Selbstachtung und jeden Anstand so sehr vergessen, daß ihr die Erreichung des heiß begehrten Zieles jedes, wirklich jedes Opfer wert scheint. Wird sich aber die Charakterlumperei, die hier begangen worden ist, «realpolitisch» auch wirklich lohnen? Es mag zweifelhaft erscheinen, wenn man bedenkt, daß der Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1957 mindestens sechs Millionen Stimmen fehlten, um die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erlangen, und daß sie immerhin noch drei Millionen Stimmen gewinnen muß, wenn sie mit den Freien Demokraten zusammen regieren will. Wahrscheinlich hofft sie, wenigstens so viel Stimmen auf sich zu vereinigen, um ihren Willy Brandt zum Vizekanzler neben einem CDU-Kanzler – ob nun Adenauer oder ein anderer das sein wird – erheben zu können.

Aber es kommt ja gar nicht darauf an, ob sich die Wahlspekulation der SPD-Führung nächstes Jahr als gelungen erweist. Entscheidend ist der moralische Bankerott der Partei, der sich früher oder später mit völliger Sicherheit auch in eine politische Niederlage umsetzen wird. Auf jeden Fall wird der völlige Wegfall einer wirksamen Opposition gegen die Außen- und Militärpolitik der heutigen Bonner Regierung Unheil auf internationalem Boden nach sich ziehen. Und daß das böse Beispiel der westdeutschen Sozialdemokratie auch andere sozialistische Landesparteien veranlassen wird, noch entschlossener als bisher den sozialistischen «Ballast» von sich zu werfen, darauf wird man sich ebenfalls gefaßt machen müssen. Ich denke da nicht zuletzt an die Sozialdemokratische Partei der *Schweiz*, die es gerade noch nötig hat, in ihrem bürgerlichen Anpassertum und Militärpatriotismus ermutigt und gestützt zu werden!

Kommunisten und Christen Die ganze Entartung und Auflösung *dieses* Sozialismus – wenn der gute Name überhaupt noch für eine so schlechte Sache gebraucht werden darf – kommt nur den Mächten der kapitalistischen Welt – und dem Kommunismus zugut. Mehr und mehr bleiben beim Fortgang der geschilderten Entwicklung nur noch Kapitalismus und Kommunismus als Wahlmöglichkeit übrig; für einen freiheitlichen Sozialismus, der sich weder durch den erstrangigen Gegensatz zur kapitalistisch-militärischen Welt ins kommunistische Lager noch durch sein Festhalten an den politischen Menschen- und Bürgerrechten ins kapitalistische Lager abdrängen läßt – für einen solchen Sozialismus verengert sich der noch verfügbare Lebensraum immer unheilvoller. Und je mehr sich das eine Lager verschanzt und verhärtet, um so mehr droht es auch das andere zu tun – die altbekannte Wechselwirkung.

Gegenwärtig ist im kommunistischen Lager freilich eine deutliche

Auflockerungs- und Entspannungstendenz am Werk. Das *Konzil von Moskau*, das vor wenigen Tagen nach vierwöchiger Dauer zu Ende gegangen ist, war ausgesprochen der Klärung und Festigung dieser Tendenz gewidmet, wobei der Ausgleich der Gegensätze zwischen der «chinesischen» und der «russischen» Schule im Mittelpunkt stand. Und wenn auch in dem neuen Kommunistischen Manifest, das als Ergebnis der großen Tagung herausgegeben wurde, gewiß scharfe Töne angeschlagen wurden, wenn die grundlegenden Gegensätze zwischen den beiden feindlichen Weltlagern nicht im mindesten verwischt wurden, so ist doch unverkennbar jener sich auf Lenin berufende Dogmatismus, der die Kriegskräfte im Kapitalismus als auf friedlichem Weg nicht überwindbar erachtet, abgelehnt, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Überwindung des Kalten Krieges und eines im großen ganzen katastrophenlosen Übergangs zum Sozialismus aber deutlich genug festgestellt worden. Damit jedoch die kommunistische Koexistenzpolitik endgültig durchdringt, ist eben auf westmächtlicher Seite eine klare Entscheidung für die Abkehr vom Kalten Krieg erforderlich, für den Verzicht auf alle Versuche, den Wettbewerb mit dem Kommunismus auf militärischem Gebiet auszutragen, weil man die *wirkliche* Herausforderung, die der Kommunismus darstellt und die auf geistigem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet liegt, nicht bestehen zu können fürchtet. Dann wird auch die Diktatur – als *innere* Abwehr der Bedrohung durch die kapitalistische Welt – in den Ostländern abgebaut werden können. Und es werden in Verbindung damit jene geistigen und sittlichen Kräfte entbunden werden, die dem Sozialismus und dem Völkerfrieden erst ein gesichertes Leben zu geben vermögen und deren Bedeutung im Marxismus-Leninismus jetzt so tragisch verkannt, ja geleugnet wird.

Was Leonhard Ragaz immer so stark betont hat, ist heute, da der Sozialismus im Weltmaßstab Wirklichkeit wird, sichtbarer als je: «Der Sozialismus verbindet sich öfters mit einer Weltanschauung, die gar nicht zu ihm paßt, sondern viel besser zu der Welt, die er bekämpft.» Es ist recht eigentlich ein Verhängnis, sagte einst Ragaz, daß der Sozialismus «gerade jenen Mächten huldigt, die den Kapitalismus herbeigeführt haben und ihn stützen. Er wird nicht nur rückständig, sondern untergräbt sich selbst. Den Sozialismus auf Materialismus, Egoismus und Atheismus stützen, heißt ein Haus auf den Sumpf bauen ... Wenn die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Sozialismus erfordert, möglich sein soll, so müssen gewisse geistige Mächte besiegt werden, sonst bekommen wir im günstigsten Falle die alte kapitalistische Welt mit einigem sozialistischem Firnis.» Man müßte blind sein, wenn man diese Gefahr sich nicht schon heute in den Ländern der sozialistischen Verwirklichung abzeichnen sähe!

Auch Friedrich Wilhelm Foerster, der hochbetagt noch unter uns weilt und seine Stimme hören läßt, zeigt so überzeugend klar, daß es nicht oberflächlicher Idealismus, sondern tiefster Realismus ist, wenn

GTU Library
3 2400 00334 8418

v.54
1960

Neue Wege THREE DAY v.54
1960